

Acta Juridica

ACADEMIAE
SCIENTIARUM
HUNGARICAE

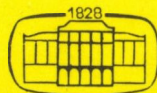
ADIUVENTIBUS

I. KERTÉSZ, T. KIRÁLY, I. KOVÁCS, K. KULCSÁR,
E. LONTAI, F. MÁDL, V. PESCHKA

REDIGIT

GY. EÖRSI

TOMUS XXX
FASCICULI 1—2



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST

1988

ACTA JURIDICA

A QUARTERLY OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES

Acta Juridica publishes papers on jurisprudence by Hungarian authors in English, French, German and Russian.

Acta Juridica is published in yearly volumes of four issues by

AKADÉMIAI KIADÓ
Publishing House of the Hungarian Academy of Sciences
H-1054 Budapest, Alkotmány u. 21

Manuscripts and editorial correspondence should be addressed to

Acta Juridica
H-1250 Budapest, P. O. Box 25

Subscription information

Orders should be addressed to

KULTURA Foreign Trading Company
H-1389 Budapest, P. O. Box 149

or to its representatives abroad

Acta Juridica publie des travaux dans le domaine de la jurisprudence en français, anglais, allemand et russe.

Acta Juridica est publié sous forme de quatre fascicules qui forment un volume par an et est édité par

AKADÉMIAI KIADÓ
Maison d'édition de l'Académie des Sciences de Hongrie
H-1054 Budapest, Alkotmány u. 21

Adresse de la Rédaction:

Acta Juridica
H-1250 Budapest, P. O. Box 25

Abonnement

s'adresser à l'Entreprise du Commerce Extérieur KULTURA

H-1389 Budapest P. O. Box 149

ou chez les représentants à l'étranger

INDEX

HERCZEG, G.: Ungarn und Europa /1683-1686/ /ХЕРЦЕГ, Г.: Венгрия и Европа, 1683-1686 г.г./.....	3
LÖRINCZ, L.: Modernization and reform in public administration /ЛЁРИНЦ, Л.: Модернизация и реформа государственного управления/.....	27
КИЛЕНЬИ, Г.: О дальнейшем развитии системы Советов /KILÉNYI, G.: Further development of the council system/.....	45
WEISS, E.: Über die Novelle des ungarischen Familien-gesetzbuches - Gesetz Nr. IV 1986. /ВАЙС, Э.: Новая редакция закона ВНР о браке, семье и опеке/....	83
SZAMEL, L.: Responsibility of corporate bodies /САМЕЛ, Л.: Ответственность коллегиальных органов/.....	121
FICZERE, L.: Principes et système juridique de la coopération dans le CAEM /ФИЦЕРЕ, Л.: Принципы и правовая система сотрудничества в рамках СЭВ/.....	141
RÁCZ, A.: Administrative rule-making on the national level /РАЦ, А.: Нормотворчество центральных административных органов/.....	171

INFORMATIONES

DOMÉ, M.: Formes de propriété terrienne prévues par la nouvelle Loi Foncière /ДОМЭ, М.: Формы земельной собственности по новому земельному кодексу/.....	197
--	-----

RECENSIONES

VIGH, J.: Social determination, criminal responsibility and prognosis /Szilágyi, P./ /ВИГ, Й.: Социальная необходимость, уголовная ответственность, прогноз/ /Силадьи, П./.....	207
Zum ersten Band einer neuen Reprint-Serie: Beitrag zum ungarischen Staatsrecht, geschrieben von F. Deák, Pest, 1865. /Horváth, P./ - -: К первому тому новой серии переизданий: Добавки к венгерскому публичному праву, автор Ф. Дзак, Пешт, 1865. /Хорват, П./.....	212
HAERTEL, G. - PÓLAY, E.: Römisches Recht und römische Rechtsgeschichte. Eine Einführung. /Hamza, G./ /ХЭРТЕЛ, Г. - ПОЛАЙ, Э.: Римское право, история римского права, Введение/ /Хамза, Г./.....	216

Études dédiées à Elemér Pólay /Hamza, G./ --: Статьи по юбилею Элемера Полаи /Хамза, Г./.....	225
--	-----

VARIA

TÖRÖK, G.: Die ersten Schweizerisch-Ungarische Juristentage in Veszprém /ТЁРЁК, Г.: Первая встреча швейцарских и венгерских юристов в Г. Веспрем/.....	233
HAMZA, G.: Zum Stellvertretungsbegriff in altgriechischen Recht /ХАМЗА, Г.: О понятии заместителя по древнегреческому праву/.....	235
VARGA, Ч.: Право как история /VARGA, Cs.: Le droit en tant qu'histoire/.....	240

INTERNATIONALIA

Book reviews - Рецензии.....	249
------------------------------	-----

BIBLIOGRAPHIA

VEREDY, K.: Hungarian legal bibliography 1987 1 st part /ВЕРЕДИ, К.: Венгерская юридическая библиография, 1987, часть 1./.....	275
---	-----

UNGARN UND EUROPA
/1683-1686/

G. Herczegh
Universitätsprofessor
"Janus Pannonius" Universität, Pécs

Der grosse Krieg, im Laufe dessen die Habsburger die Gesamtheit Ungarns erworben, wurde nicht von ihnen angefacht, sondern er wurde ihnen von den Türken geradezu aufgezwungen. Die geschichtliche Rolle des Hauses Habsburg war nicht die Vereinheitlichung der an der Donau wohnhaften Völker gegen die türkischen Eroberer; der militärische und politische Schwerpunkt ihres Reiches lag in Spanien, als ihren ärgsten Feind betrachteten sie Frankreich und mit den Türken einigten sie sich in der Aufteilung Ungarns. Daran wollten sie auch dann nicht ändern, als sie in 1664 in einem gleichfalls durch die Hohe Pforte provozierten Krieg, einen glänzenden Sieg über die Türken errangen.

Die durch die Politik Wiens enttäuschten Mitglieder des ungarischen Hochadels wollten mit den Türken unter günstigeren Bedingungen Vereinbarung schliessen - das war die sogenannte Wesselényi-Verschwörung - und nach deren Wiederkämpfung versuchten sie mit französischer Hilfe gegen Wien aufzutreten. Imre Thököly gelang es in Oberungarn (umgefähr das Gebiet der heutigen Slowakei) unter der Schutzherrschaft des Sultans in 1682 ein Vasallenfürstentum zu errichten. Er und seine Anhänger waren der Meinung, dass zwischen dem Haus Habsburg und den Türken letzterer der mächtigere ist, man soll sich also mit ihm einigen.

Durch die Erfolge von Thököly angefacht beschloss der Sultan die Bestürmung von Wien, wo aber seine Armee eine katastrophale Niederlage erlitt. Wien wollte auch diesmal Frieden, der Grossvesir gab sich aber noch nicht geschlagen und so den Friedensschluss scheiterte. Die neueren Siege brachten die Kriegspartei in Wien zur Herrschaft; Ludwig XIV rührte sich einstweilen nicht, die Türken verhafteten aber den verdächtig gewordenen Thököly, was ihre Lage noch weiter verschlimmerte, weil die Soldaten von Thököly massenhaft zu den Truppen des Hauses Habsburg desertierten. Doch die Wiener Regierung wollte nicht, dass die Ungarn im Krieg politische Verdienste erwerben, deshalb liess sie die Aufstellung einer ungarischen Armee nicht zu. Die Ungarn, kämpften in kleineren Einheiten, eingeteilt in die kaiserlichen Armeekorps. Am 2. September 1686 gelang es das durch die Türken bis zum letzten Atemzug verteidigte Buda (Ofen) zurückzuerobern und zwei Jahre später marschierten die Truppen des Kaisers auf dem Balkan. Das war das bedeutendste Ereignis in der Geschichte von Ost-Mitteleuropa zwischen Mohács und des ersten Weltkrieges. Ungarn wurde nicht frei, sondern wechselte bloss seinen Herren. Die eine Fremdenherrschaft wurde durch eine für Ungarn gleichfalls fremde Herrschaft abgelöst, die Tatsache aber, dass die Einheit des Landes hergestellt wurde, eröffnete den Bewohner die Möglichkeit einer neuen Entwicklung.

G. Herczegh

Es mag für manche Überraschend sein, es ist aber Tatsache, dass die Türkenherrschaft in Ungarn zu einer Zeit ihre grösste Ausdehnung erreichte, als sie unmittelbar vor dem Zusammensturz stand; und auch das ist Tatsache, dass der grosse Krieg, im Laufe dessen das Haus Habsburg die Gesamtheit von Ungarn erwarb, nicht von ihm angeregt wurde, sondern es wurde ihm von den Türken im wahrsten Sinne des Wortes aufgezwungen. Die Minister der Dynastie glaubten bis zur Befreiung Wiens von der Belagerung in 1683 nicht, dass den Türken ein entscheidender Schlag versetzt werden kann, ja sie hielten es auch gar nicht für notwendig.

Im Frühling von 1683 versammelten sich die ungarischen Magnaten mit ihren Truppen am Ufer der Raab bei Körmend und am unteren Lauf der Vág, um zusammen mit den kaiserlichen Truppen zu versuchen, die annahenden Türken aufzuhalten. Das "königliche", das heisst unter der Herrschaft von Leopold von Habsburg stehende Ungarn schrumpfte sich auf einige Komitate an der österreichisch-mährischen Grenze zusammen, während die Türken in Form eines weit gespreizten Dreiecks den mittleren, flachen Teil Ungarns unter ihrer Herrschaft hielten und ihnen gehörte auch Buda (Ofen), die ehemalige Hauptstadt des Landes. Das siebenbürgische Fürstentum das um die Mitte des XVII. Jahrhunderts noch das östliche Drittel Ungarns in sich fasste, beschränkte sich seit 1660 auf das eigentliche Siebenbürgen. Der türkische Sultan rächte die Ungehorsamkeit seines Vasallen durch eine gründliche Verkleinerung des Fürstentums. In dem im Grossen und Ganzen der heutigen Slowakei entsprechenden nördlichen Teil des Landes versuchte Imre Thököly, der Führer¹ der ungarischen Insurgenten unter türkischer Schutzherrschaft einen Siebenbürgen ähnlichen Feudalstaat zu errichten.

Die Mitglieder der an der Raab und Vág wachenden Gruppe, die auch durch die Vortruppen der mächtigen türkischen Armee

¹Imre Thököly (1657-1704) Grossgrundbesitzer, Mitglied des ungarischen hohen Adels war zwischen 1678 und 1685 Führer der ungarischen Aufständischen, der sogenannten "Kuruzen". 1682 wird er zum Fürsten von Nordungarn ernannt. Mit dem Niedergang des türkischen Reichs nahm auch seine Rolle und sein Einfluss ab und, obzwar es ihm gelang, sich in 1690 zum Fürsten von Sieben-

hätten weggefegt werden können, sahen mit Besorgnis, dass Wien nicht an die Beschützung des restlichen Ungarns denkt. Der Palatin² fragte in seinem am 30. Juni an Leopold I. geschriebenen Brief verzweifelt: "Sind Eure Hoheit fähig sie zu beschützen, oder nicht? In bejahendem Fall bitten sie untertänigst um einen baldigen Schutz, denn der Feind steht an unserer Schwelle und ist im Begriff uns zu überfallen. Im verneinenden Fall darf uns Eure Hoheit nicht übel nehmen, wenn sie dem Zwang nachgeben und - um sich selbst, ihre Frauen und Kinder zu retten - sich der Macht von Thököly unterwerfen."

Am nächsten Tag gab der kaiserliche Befehlshaber, Karl von Lothringen die Raab-Linie auf und zog sich bis Wien zurück. Die ungarischen Adeligen erschienen einer nach dem anderen in Thökölys Lager den Treueid zu leisten oder ergaben sich mit einem von ihm erhaltenen Schutzbrief dem Grossvesir. Der Palatin und mit ihm zusammen einige Ungarn verliessen das Land. Thökölys Lager nahm mächtig zu, er aber folgte den Weisungen des Grossvesirs nicht. Er zog sich zurück und wartete auf den Ausgang des grossen Kampfes, denn er ahnte, dass wer immer von den Parteien den Sieg erringen mag, seine Lage kann nur schlechter werden.

Das Verhalten sowohl Thökölys als auch des ungarischen Magnaten war durch die geschichtlichen Erfahrungen von anderthalb Jahrhunderten bestimmt. Nach der Schlacht von Mohács in 1526, wo das ungarische Heer von der Armee Sulejmans eine schwere Niederlage erlitt, und wo auch der ungarische König, Ludwig II. seinen Tod fand, wählte eine Gruppe der ungarischen Adeligen Ferdinand von Habsburg in der Hoffnung zum König, dass seine mächtige Dynastie - und vor allem sein Bruder Kaiser

bürger wählen zu lassen, kurz danach musste er das Land verlassen und starb in Emigration in der Türkei.

²Ursprünglich leitender Angestellter des königlichen Hofes - der erste Mann des Königs, später aber immer mehr Führer der Stände. Die Habsburg-Herrscher liessen - sich vor der politischen Macht der Position fürchtend - die Würde des Palatins mehrmals unbesetzt, während eine der Hauptforderungen der Stände die Erwählung des Palatins war. In 1683 besetzte diese Staatswürde Pál Esterházy, ein fester Anhänger des Herrscherhauses.

G. Herczegh

Karl V. - geneigt und fähig sein wird, das Land vor den Türken zu beschützen. Sie mussten sich enttäuschen. Karl V. war, neben den unzähligen Sorgen seines Reichs, an das Schicksal Ungarns nicht interessiert und die Kraft Ferdinands reichte bloss soweit, dass er einige Komitate behalten konnte. Auch die Vertreter der türkischen Orientierung enttäuschten sich. Sultan Sulejman konnte den Habsburgern keinen entscheidenden Schlag versetzen - sein Angriff gegen Wien in 1529 war ein Fehlschlag - und nach dem Tod von János Szapolyai dem Gegenkönig, besetzte er Buda, um die Habsburger an der Vereinigung des Landes zu verhindern. Nach Mohács teilten die beiden Grossmächte, - das Haus Habsburg und das Türkische Reich - Ungarn untereinander aus, wenn auch der Türke das ihm zugesprochene Gebiet nicht in seiner Gesamtheit direkt in Besitz nahm.

Diejenigen, die der Meinung sind, dass die geschichtliche Rolle des Hauses Habsburg bestand darin die Donau-Länder zusammen zu fassen und von der türkischen Eroberung schützten, vergessen dass das Haus Habsburg und die unter seiner Leitung ausgebauten Staatsorganisation diese Rolle nicht erfüllte und es auch nicht wollte.

Für Ungarn hatte es fatale Folgen, dass es den Habsburgern früher gelang den deutsch-römischen Kaisertitel endgültig an sich zu reissen, sie erwarben früher die reiche burgundische Erbschaft und den Thron des mächtigen Spanien, als die Krone des Heiligen Stephans. Die Stephanskrone - nachdem sie, als Folge einer zwei jahrhundertelangen Kraftanwendung den Habsburgern tatsächlich zukam - für sie nicht mehr so wichtig war und wenig Nutzen, wohl aber viel Last brachte. Ungarn, Böhmen, ja sogar die österreichischen Erbländer rückten hinter den mit ihnen verknüpften reicheren und - aus dem Gesichtspunkt der Grossmachtposition der Dynastie - wichtigeren westlichen Ländern in den Hintergrund. Das Verhalten der österreichischen Habsburger wurde durch die Zielsetzungen des viel mächtigeren spanischen Zweiges und das unter seiner Leitung stehenden Bündnisse bestimmt, von dessen politischer und materieller Unterstützung sie abhängig waren und dessen Güter sie, im Falle dessen Aussterbens, ererbt hätten. Bei der Erwähnung des Namen Habsburg denken wir vor allem an Wien und Österreich, aber

Weltpolitik machten sie hauptsächlich als Herrscher von Spanien, das heisst: nicht in Wien, sondern in Madrid! Die Habsburger sahen ihren Erbfeind nicht in den Türken, sondern in Frankreich, (welches alles unternahm um den erstickenden Ring des Habsburgreichs zu sprengen), deshalb verzichteten sie auf die Beschützung des gesamten Ungarns und beschränkten sich auf die Erhaltung eines Gebietstreigens, der den westlichen Länder als Schild diente.

Aus ihrem Gesichtspunkt war es natürlich, dass sie die Beschützung ihrer westlichen Besitze und Interessen der Erhaltung Ungarns vorzogen. Wir dürfen nicht über nehmen, dass sie Antwerpen oder Mailand für wichtiger hielten als Buda oder Eger, die Ungarn waren aber freilich nicht erfreut darüber, dass sie in ein Staatenbund gezwungen wurden, in dem sie eine unterstellte Rolle hatten und in dem ihre grundlegenden Interessen ständig fremden Interessen geopfert wurden. Es ist also verständlich dass die Ungarn des XVII. Jahrhunderts mit ihrer Lage unzufrieden waren und sowohl die Türken als auch die "Deutschen" als ihren Feind betrachteten. In Wien wurden dagegen die Ungarn als ein unvertrauenswürdiges rebellisches Volk angesehen das seinen geborenen Herren nicht in Treue dienen will und sich denen gegenüber auf längst veraltete Rechte beruft. Montecuccoli schrieb in 1677: "Die unbeständige, nicht zu befriedigende, undankbare, zügellose und aufrührerische Natur der Ungarn lasse sich weder mit Vernunft regieren, noch mit Milde gewinnen, noch mittels Gesetze leiten. Ein Volk ist immer zu fürchten, wenn es selbst nicht fürchtet, daher muss sein Wille mit einer Rute beherrscht und mit Strenge zusammengehalten werden."³

Am 1. August 1664 errang das kaiserliche Heer in einem durch die Hohe Pforte angeregten Krieg bei Sankt Gotthard einen glänzenden Sieg über die Türken, zehn Tage darauf schlossen aber die Beauftragten Kaiser Leopolds dringend einen Frieden, dessen Bedingungen auch dann nicht schlechter hätten sein können, wenn bei Sankt Gotthard der Türke gesiegt hätte. Der schnelle Friedensschluss und dessen unvorteilhafte Bedingungen

³S. MAYER, TH.: Verwaltungsreform in Ungarn nach der Türkenzeit, Gerlach und Wiedling, Wien und Leipzig, 1911. p.31.

steigerten die Verbittertheit des Landes bis zum äussersten. Die Ungarn verstanden es nicht, oder wenn sie es verstanden, wollten es nicht hinwegnehmen, dass sich die Richtung der Politik des Wiener Hofes auch nach dem dreissig jährigen Krieg nicht nach Osten, das heisst nach Ungarn wandte.

Im Mittelpunkt dieser Politik stand die im Deutsch-Römischen Reich erfüllte Lage des Hauses Habsburg und die Ausbalancierung des steigenden französischen Einflusses. 1658 gelang es Leopold unter grossen Schwierigkeiten die kaiserliche Krone zu erwerben, die schon zwei Jahrhunderte hindurch ohne Unterbrechung durch die Mitglieder seiner Familie getragen wurde. Die unter der Leitung des Erzbischofs von Mainz stehende Rhein-Alliance verhinderte die Stärkung der kaiserlichen Macht und das verursachte in Wien mehr Sorgen, als das Schicksal des Siebenbürger Fürstentums. Hinter der Politik der Rheiner-Alliance sah Wien nicht ohne Grund die Hand von Ludwig XIV. Der französische König benützte die Alliance zur Stärkung seines Einflusses, und das Gewicht der Rheiner-Alliance wollte er durch die Ankündigung des auf deutschem Boden volkstümlichen Krieg gegen die Türken steigern. Frankreich und das türkische Reich waren potentielle, zeitweise auch formelle Verbündete. Trotz dessen erlaubte Ludwig XIV. dass sechstausend Französer an dem Krieg gegen die Türken teilnehmen, die bei Sankt Gotthard tüchtig kämpften, das diente aber in Wien als weiteres Argument für einen dringenden Friedensschluss.

Die führende Rolle, die im XVI. Jahrhundert Spanien geführt hatte, fiel seit 1648 infolge seines Reichtums, seiner Bevölkerung und seiner königlichen Macht Frankreich zu. Von den hundert Millionen Bewohnern des damaligen Europas waren 20 Millionen Franzosen das heisst jeder fünfte Mensch. Frankreich galt für traditionell reich und dieses Reichtum diente nunmehr völlig und ganz dem König. Richelieu und Mazarin brach die Macht des französischen Adels, zwang die Hugenotten zum Gehorsam und Ludwig XIV., als er 1661 die Regierung übernahm, konnte mit Recht sagen: "Der Staat bin ich!" Unter seiner Herrschaft wurde in Europa die erste ständige Armee mit hoher Personalstärke aufgestellt. Gegen 1672 hatte er schon 120 tausend bewaffnete Soldaten und hunderte von Manufakturen waren damit beschäftigt, diese mit Uni-

form und Waffen zu versehen. Die Hofhaltung und die Regierung des Französischen Königs diente für die Herrscher von ganz Europa als Beispiel, von deren mehrere von der französischen Schatzkammer regelmässig Subventionen erhielten, damit sie lässliche Verbündete der das Kontinent umwebenden französischen Aussenpolitik seien. Statt der lateinischen Sprache wurde immer mehr die französische zur Sprache der Diplomatie und die Zeremonien des französischen Hofes galten zu Normen der diplomatischen Berührung.

Die in seiner Hand zentralisierte Macht benützte der französische König zur Eroberungspolitik. Seine Gegner verdächtigten ihn damit, dass er die universale Monarchie errichten will. Das war zwar eine Übertreibung, es steht aber fest, dass er die Grenzen Frankreichs bis zum Rhein vorschieben wollte. In dem sogenannten "Devolutionskrieg", in dem er die angeblichen Rechte seiner spanischen Gemahlin geltend machen wollte, begnügte er sich mit der Eroberung von 12 Grenzfestungen, doch die weitere Hebung des Personals der Armee zeugt von weiteren Eroberungsabsichten.

Die Bestrebungen Ludwigs XIV. bedeuteten eine neue Epoche des jahrhundertelangen Streites zwischen den Habsburgern und dem französischen Herrscherhaus. Infolge des Rückganges der spanischen Weltmacht und der durch den Frieden von Westfalen bestätigten Zerstückelung des Deutsch-Römischen Reiches war der österreichische Zweig jene kontinentale Macht, die der französischen Ausbreitung am stärksten den Weg verstellen konnte. Diese Aufgabe - für die sie ihrer Meinung nach, die kaiserliche Krone verpflichtete - übernahmen sie gerne. Der Nuntius meldete im Jänner 1674 dem Papst empört, dass laut der in Wien allgemein verbreiteten Meinung es eine viel kleinere Gefahr sei, wenn der Türke ganze Länder unter sein Joch treibt, als würden die Franzosen auch nur eine Handbreite vorwärts kommen. "Im Osten (das bedeutet: gegen die Türken) verlieren wir einige Komitate - sagte man in Wien - aber im Westen gelangt die kaiserliche Krone in Gefahr." Die Eroberung ungarischer Burgen, die Unterwerfung einiger Komitate verursachte keine Angst, solange Wien nicht in unmittelbare Gefahr gelangt. Seit 1629 erschienen aber keine türkischen Truppen vor der Hauptstadt und

diese Gefahr schien vorbei zu sein. Kaiser Leopold war also nachgiebig gegenüber den Türken, um erfolgreich die Franzosen bekämpfen zu können.

Aus dem Gesichtspunkt der europäischen Politik war der Bourbon-Habsburg Antagonismus der bestimmende Hauptgegensatz, im Verhältnis zu welchem die sonstigen Konflikte als sekundär und örtlich qualifizierten. Durch den Frieden von Pyrenäen in 1659 bewahrte zwar Spanien seine niederländischen und italiänischen Besitze, gelangte aber auf der europäischen Rangliste hinter Frankreich. Der Papst, - obzwar der Kirchenstaat zwischen die spanischen Besitze in Italien gezwängt wurde - konnte die Interessen des Herrschers des grössten katholischen Landes nicht ausser Acht lassen. Nach der Restauration der Stuarts wurde auch im englischen Hof französischer Einfluss geltend und auch der swedische König verbündet mit Frankreich, dessen Soldaten für die besten in Europa galten. Seit dem Aussterben des Hauses Jagelló waren die polnischen Königswahlen Wettbewerbe zwischen der österreichischen, beziehungsweise französischen Parteien und die in Rückfall befindliche "Adels-Republik" wurde immer mehr zum Schauplatz von äusseren Eingriffen. In Russland dagegen gelang es den Romanovs die Zarenherrschaft zu festigen, da sie aber im politischen Leben Europas nicht besonders teilnahmen, hielt die französische Diplomatie nicht die, sondern die Türken für ihren wichtigsten Partner im Osten.

In der Mitte des XVII. Jahrhunderts hatte das sich auf drei Weltteile erstreckende türkische Reich eine schreckens-erregende militärische Macht, doch seine wirtschaftliche Lage schien weniger vorteilhaft zu sein. Seine Handwerkerindustrie blieb hinter der Entwicklung der westliche Manufakturen zurück, auch seine Händler konnten sich nicht in den sich ausbreitenden Welthandel einschalten und die schwerfällige Bürokratie, die sich immer mehr verbreitende Komption unterminierte die Finanzen. Die gewaltsamen Thronänderungen, die Aufstände der Janitscharen und die sich in schneller Folge ablösenden Grossvesire - zwischen 1650 und 1657 kam es zu nicht weniger als 13 Regierungsänderungen - schwächten die politische Leitung. Der Rückfall der Wirtschaft und die Störungen in der politischen Leitung wirkte sich auch auf die militärische Macht des Reichs aus.

Die Zahl der Janitscharen nahm zu, sie bildeten aber nicht mehr eine so fanatische und disziplinierte Schar, als zu der Zeit, wo sie ihren Ruf begründeten.

Das Türkische Reich konnte ebenso wenig einen zweifronten Krieg führen, wie die kleineren europäischen Länder. So oft es gegen Persien kämpfte, herrschte in Ungarn eine verhältnismässige Ruhe. In den ersten Jahrzehnten des XVII. Jahrhunderts erlebte Persien seine glänzendste Epoche, während diese Periode für die Türken ein mit Widersprüchen überlasteter Zeitabschnitt war. Die siebenbürgerischen Fürsten der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts genossen deshalb eine verhältnismässig breite Handlungsfreiheit, weil die Türken teils mit ihren inneren Streitigkeiten, teils mit den Persern beschäftigt waren. Dem Grossvesir Mohamed Köprili, der die Regierung Ende 1656 übernahm, gelang es aber die innere Ordnung herzustellen, und da der Grossteil seiner Kräfte nicht anderswo beschäftigt war, rechnete er mit dem ungehorsamen Fürsten Siebenbürgens, György Rákóczi II. gnadlos ab. Die Pforte hat ihre sämtlichen Eroberungen bewahrt, konnte diese sogar noch erweitern, und nur die scharfäugigsten Beobachter konnten die Zeichen des Rückfalls der Armee beobachten, die durch die Erfolge der 60er, 70er Jahre vor den Menschen im allgemeinen verhüllt waren.

Die grossen Gegner waren, neben den sie trennenden Gegensätzen durch gewisse Interessen miteinander auch verbunden. Wegen dem zu erwartenden Aussterben der spanischen Habsburger wollte sich der auf die Erbschaft Anspruch erhebende österreichische Zweig und die französische Dynastie der Bourbons wenigstens zeitweise friedlich einigen. Und was das Türkische Reich und die Habsburger betrifft, waren sie - nachdem sie Ungarn untereinander aufteilten - an der Erhaltung der Aufteilung interessiert. Deshalb missbilligte Wien die türkengegerischen Aktionen der Ungarn und gleichzeitig hielt es die türkische Gefahr für ein geeignetes Mittel zur Bändigung der mit ihrem Schicksal stets unzufriedenen Ungarn. Die Habsburger und ihre Minister trachteten auch in Ungarn den Absolutismus einzuführen. Im dritten Quartal des Jahrhunderts waren dazu die Bedingungen günstiger als je zuvor.

Nach dem Friedensschluss zu Vasvár in 1664 wandten sich

einige bis zur Verzweiflung verbitterte ungarische Magnaten im geheimen an den französischen Botschafter in Wien und später an die Türken, sie um Hilfe bittend zur Stürzung der die grundlegenden Interessen des Landes vernachlässigenden Dynastie. Gromonville wollte aber in der Aufteilung der spanischen Besitze mit dem Wiener Hof Vereinbarung erzielen und wünschte seine Verhandlungen nicht mit ungarischen Unstimmigkeiten zu belasten, und die mit Venedig Krieg führenden Türken wollten den für sie günstigen Frieden von Vasvár nicht brechen. Die Verschwörer bekamen ausser leeren Versprechungen keine Hilfe und auch sie wussten nicht was sie tun sollen. Die Isolation und Aussichtslosigkeit der Bewegung zeigte sich an der inkonsequenten Handlung der Führer, von denen einige, in der Hoffnung, dass ihnen ihre Sünden vergeben werden, die Verschwörung dem Hof selber aufdeckten.

Die damaligen Ungarn konnten die Aufteilung des Landes nie als endgültige Tatsache akzeptieren. Sie konnten es nicht im Voraus sehen, welche Grossmacht es sein wird, die das Land auf irgend einer Weise wieder vereinigen wird, deshalb mag ihr Verhalten und ihre Anpassung an die bestehenden Verhältnisse oft für unrichtig und inkonsequent anmuten. Sie sahen nur, dass Wien für ihre Verteidigung nichts tut und auch wenn es siegt, sie den Türken ausliefert. Warum sollen sie passiv Opfer dieser landesvergebenden Politik sein, wenn sie durch freiwillige Unterwerfung günstige Bedingungen von den sichern können? "Wenn wir uns unterwerfen müssen, dann eher dem Mächtigeren" - hiess es und trotz der Niederlage bei Sankt Gotthard schien der Türke der mächtigere zu sein. Mag auch die türkische Kriegsführung noch so grausam gewesen sein, war die Türkenherrschaft selbst erträglich - wenigstens was ihre mittelbare Form bedeutete - und daraus ergab sich die neue Zielsetzung: die Sicherung eines Siebenbürgen ähnlichen Status auch für das "königliche" Ungarn.

Nur die Trauma des Friedens von Vasvár, die übertriebenen Hoffnungen der Vertreibung der Türken plötzlich zu Nichts machende Shockwirkung kann die jehe Wendung erklären, die sich in der Gedankenwelt des hohen Adels und des gemeinen Standes in Ungarn einstellte und die Verwirrung der politischen Wertordnung nach sich zog. Die bestehende Lage konnte - eben, weil

die Möglichkeit einer schnellen Änderung aufläuchtete - nicht mehr ertragen werden. Das gewünschte war unerreichbar, man müsste handeln, doch gab es keine vernünftige Alternative.

Die Wiener Regierung liquidierte unbarmherzig die Bewegung. Die Führer wurden hingerichtet, hunderte wurden verhaftet - unter ihnen zahlreiche protestantische Priester - und es wurden Steuern bemessen, die die Zahlungsfähigkeit des Landes weit überstiegen. Die Soldaten der ungarischen Grenzfestungen wurden entlassen.

Wegen der unbarmherzigen Unterdrückung zogen Jahr für Jahr immer mehr Flüchtige ("bujdosó") nach Siebenbürgen und auf die Nachbargebiete der unter türkischer Herrschaft stehenden Landteile, um bewaffneten Widerstand zu leisten. Ihre Zahl belief Anfang 1672 schon auf mehrere Tausend, dazu waren sie aber nicht stark genug, dass sie sich mit den kaiserlichen Truppen hätten messen können, äussere Hilfe bekamen sie aber nicht. Siebenbürgen wollte nicht in ihrem Interesse auftreten und auch an die zu dieser Zeit mit Polen kämpfenden Pforte wandten sie sich umsonst.

Frankreich griff aber 1672 die Niederlande an, mit der die spanischen und die österreichischen Habsburger im nächsten Jahr eine Bündnis schlossen. Deshalb wandte Ludwig XIV. in 1674 seine Waffen gegen das Haus Habsburg und unter solchen Umständen begann auch die französische Diplomatie sich für die Vorfälle in Ungarn zu interessieren. Marquis Béthune, der französische Botschafter in Warschau und Schwager des in 1674 erwählten polnischen Königs, Jan Sobieski schlug seiner Regierung die Hilfeleistung für die Aufständischen vor. Sein Beauftragter reiste im nächsten Jahr nach Siebenbürgen, wo er mit den Führern der Bewegung in Ungarn eine Vereinbarung schloss. Als im Herbst 1677 Béthune Geld und unter der Leitung von Oberst Boham eine dreitausend Mann starke Hilfstruppe nach Ungarn sandte, trat der junge Imre Thököly auf, der in 1678, durch sein im Rücken des kaiserlichen Heers durchgeführtes kühnes Manöver die Wiener Regierung zur Schliessung eines Waffenstillstandes zwingen konnte, was sich in den nächsten Jahren wiederholte. In der Person Thökölys gewann die Bewegung einen begabten, tatkräftigen Führer, der aber mit der Hilfe Siebenbürgens nicht rechnen konnte,

auch nicht mit deren Frankreich, denn Ludwig XIV. schloss in 1679 den Frieden von Nymwegen und sein Interesse für die Bewegung in Ungarn nahm bedeutend ab. Die mit Boham gekommenen französischen Offiziere kehrten der Reihe nach zurück. Sobieski brach inzwischen mit den Franzosen und näherte sich Kaiser Leopold, wodurch auch die Beziehungen Thökölys, die über Polen führten, abgebrochen wurden.

Die Erfolge von Thököly zwangen den Wiener Hof zu Konzessionen. 1681 wurde eine Landesversammlung einberufen, ein Teil der absolutistischen Massnahmen wurde aufgehoben, doch mit Thököly war der Hof nicht geneigt Vereinbarung zu treffen, er versprach bloss Amnestie.

Thököly setzte also dem Kampf fort. Er eroberte einen bedeutenden Teil Nordungarns, in Kaschau richtete er einen fürstlichen Hof ein, war aber nicht stark genug um mit eigenen Waffen die Entscheidung herbeiführen zu können. In seiner Isolierung blieb ihm nichts anders übrig, als Leopold zu huldigen oder die Hilfe der Türken in Anspruch zu nehmen, deren Unterstützung er ursprünglich sorgfältig vermied. Die Pforte nahm Stellung für ihm und am 16. September 1682 überreichte der Budaer Pascha Thököly das Athname des Sultans. Das Dokument nannte Thököly ungarischen König, versprach, dass die Türken ungarische Gebiete nicht wühlen werden und sämtliche Burgen, die die Ungarn mit türkischer Hilfe erobern werden, in ungarischer Hand bleiben. Es musste dem Sultan eine Steuer von 40 tausend Thaler geleistet werden, die auch später nicht gehoben werden sollte.

Thököly nahm den Königstitel nicht an, sondern nannte sich Fürst, um den Weg zur Versöhnung mit den Habsburgern nicht zu versperren. Seine Politik mag inkonsequent anmuten, aber sie gründet auf alten Überlegungen. Kein Reich sah es gerne, wenn seine Vasallen Kraft gewinnen - auch die Pforte nicht! - die Führer der Vasallenstaaten versuchten aber - falls es möglich war - ihre einseitige Abhängigkeit durch Verbindungen mit anderen Staaten zu lockern. Die Sonderstellung Siebenbürgens war dadurch möglich, dass es von der Macht des Hauses Habsburg durch die Türken, von den Türken aber durch das Habsburg-Reich "geschützt" wurde. Seine Fürsten brauchten nicht nur die Be-

kräftigung des Sultans, sondern auch, dass sie ihre Herrschaft von den jeweiligen Habsburg-Herrschern bekräftigen lassen.⁴

Diese Politik wollte auch Thököly weiterführen und seine wichtigste Sorge war sein Fürstentum durch die Habsburger anerkennen zu lassen. Seine Gesandten reisten wiederum nach Wien, in der Hoffnung dass ihm die Komitate Nordungarns überlassen werden. Das neue Fürstentum hätte die Macht Leopolds I. weiter vermindert aber gleichzeitig hätte es ihn der Sorge und der Last der Verteidigung des Landes enthoben. Auch die hinter ihm liegenden Erbländer wären geschützt gewesen. Doch das echte Problem war nicht die Gebietsfrage. Thököly irrte sich, als er ausser Acht liess, dass aus dem Gesichtspunkt des Absolutismus eine Vereinbarung mit einem Rebellen geltenden Untertan ein grösseres Opfer gewesen wäre, als die Überlassung von militärisch wenig wichtigen Gebieten. Er aber, und mit ihm die ganze Bewegung, fand sich eine absolute Macht anstrebenden Herrscher gegenüber.

Die westliche Gebundenheit des Hauses Habsburg und die Steigerung des türkischen Drucks galten als zwei internationale Vorbedingungen des neuen Fürstentums. Der Frieden von Nymwegen lockerte Übergangsweise die Gebundenheit Wiens im Westen, hob sie jedoch nicht völlig auf, weil Ludwig XIV. seine Vereinigungspolitik die Gebietserwerbung weiter fortsetzte, die Erreichung des Ziels konnte nur von der Zunahme des Drucks der Türken erwartet werden. Die Frage war bloss, ob hinter diesem Druck eine echte Überlegenheit stand? Die Mehrheit bemerkte die Zeichen des Rückfalls nicht, sah nur die des Wachstums und glaubte daran. Die Pforte schloss in 1664 den Krieg in Ungarn mit einem territorialen Gewinn, in 1669 eroberte sie Kreta, in 1672 das zu Polen gehörende Podolien und in 1681 beendete sie siegreich den Krieg mit Russland. Diese Erfolgserie, neben welchem die Niederlage von Sankt Gotthard als blosser Zufall schien, steigerte das Selbstvertrauen der Pforte bis zum Übermut.

⁴Eine ganze Reihe der siebenbürgischen Fürsten hat - zwar in streng vertraulichen Verträgen - anerkannt, dass Siebenbürgen Teil der ungarischen "Heiligen Krone" bildet und die Rechte der Krone nicht beeinträchtigt.

G. Herczegh

Auf diese Weise und deshalb kam es in 1683 zum letzten Eroberungskrieg der Türken. Die Kriegsvorbereitungen wahrnehmend trachtete Wien die drohende Gefahr durch diplomatische Aktionen abzuwehren, weil der Grossteil seines Heeres weiterhin im Westen blieb, doch wollte Grossvesir Kara Mustafa die sich bietende günstige Lage nicht unausgenützt lassen und deshalb vermittelten sich die Friedensversuche.

Das mächtige türkische Heer, den sich zurückziehenden kaiserlichen Truppen folgend, umzingelte am 17. Juni Wien, der Grossvesir aber leitete die Belagerung unenergisch und liess Zeit, dass unter der Führung von Jan Sobieski und Karl von Lothringen - teils aus den gegen die Franzosen aufgestellten Heeresteilen der deutschen Fürsten eine 80.000 Mann starke Befreiungsarmee gesammelt wurde, die am 12. September die Wien umzingelnden türkischen Truppen angriff und einen entscheidenden Sieg über diese errang. Der Vesir lief bis Raab, sein ganzes Lager, samt Ärar und Artillerie kam in die Hände der Sieger. Die Grösse des Erfolges überraschte auch die Angreifer, denn eine so glorreichen Sieg hatte ein christliches Heer gegen die Türken noch nie errungen.

Auch diesmal gab es in Wien Stimmen, die einen raschen Friedensschluss wollten, ja am 24. September sandten sie sogar den Friedensantrag an die Pforte ab und begannen mit der Auflösung des zusammengezogenes Heeres. Der Grossvesir gab sich aber nicht geschlagen. Er hoffte, den Fehlschlag wieder gutmachen zu können und nahm Wiens Angebot nicht an. Der Krieg ging weiter und am 9. Oktober kam es zu einer neuen Schlacht, wo die Türken wieder geschlagen wurden. Thököly kam absichtlich zu spät, obwohl ihn der Grossvesir zur Schlacht bestellt hatte. Vorher gab er dem Hof bekannt, dass er seine volle Kriegskraft gegen die Türken einsetzen werde, falls der Kaiser mit ihm Frieden schliesst und er versuchte seine Lage durch geheime Besprechungen mit Sobieski zu retten.

Unter der Wirkung der erwarteten Siege - und über Anregung des päpstlichen Nuntius - beschloss Kaiser Leopold die Fortsetzung des Krieges. Die Adeligen aus Nordungarn, die sich im Laufe des Sommers Thököly anschlossen oder den Türken huldigten, kehrten nach dem Sieg bei Wien eiligst zu Leopold zu-

rück. Die Partei Thököly's begann sich aufzulösen, doch seine alten Anhänger blieben ihm treu.

Die weiteren Vorfälle wurden nunmehr durch die seitens der päpstlichen Diplomatie zusammengeschmiedeten, grossangelegten türkengeegnerischen Alliance bestimmt. Mitglied der Heiligen Liga war neben dem Papst, Kaiser Leopold, der polnische König und die Republik Venedig. Da sich Ludwig XIV. nicht rührte, liess die Alliance die Initiative nicht aus der Hand und stellte ein Heer auf, das die Türken an mehreren Fronten - in Ungarn, in Moldavien, auf dem Peloponnes - angreifen konnte. Es wurden Schritte unternommen Russland auf ihre Seite zu stellen und es wurde versucht - zwar ohne Erfolg - den persischen Schach und Etiopien zu überreden, die Türken anzugreifen.

Die Feldzüge wurden Jahr für Jahr systematisch eingeleitet. Die Kraft des Halbmonds hatte sich merkbar geschwächt, trotzdem bedurfte es langwierige verbitterte Anstrengungen um die Türken aus Ungarn zu vertreiben. In 1684 weehrten die Verteidiger die 109 Tage dauernde Belagerung von Buda ab, worauf die kaiserliche Kriegsführung ihre Kraft zur Eroberung Siebenbürgens und Nordungarns anwendete.

Die Meinung des Landes teilte sich in der Beurteilung der unerwarteten Wendung in der wiener Politik. Es stellte sich heraus, dass die Türken militärisch besiegt werden können, nur fragte es sich, ob Wien genügend Kraft und Ausdauer zum voraussichtlich lang dauernden Krieg, haben wird, der noch nicht entschieden ist, weil Buda den Türken gehöre. Was geschieht wenn die Türken ein neues und besseres Heer aufstellen oder wenn der französische König am Rhein doch angreift?

Wien entschloss sich zur Erfüllung der Jahrhunderte langen Forderung der Ungarn das heilt zum Angriffskrieg gegen die Türken zu einer Zeit, als es die Mehrheit seiner ungarischen Untertanen endgültig entfremdet hatte. Viele von ihnen dachten, es lohne sich kaum Risiken einzugehen, um die türkische Herrschaft gegen ein anderes, vielleicht noch schwereres Joch zu vertauschen. Solange es, wenn auch in mindest Mass, wahrscheinlich schien, dass die Gestaltung der internationalen Kraftverhältnisse die Wiener Regierung zu Unterhandlungen zwingt, durfte die durch Thököly geführte Bewegung nicht aufgegeben werden,

denn ohne deren militärische Kraft wären die Ungarn der Macht Kaisers Leopold völlig ausgeliefert gewesen.

Das Dilemma wurde durch die Türken gelöst. Die militärischen Niederlagen riefen im türkischen Reich Kopflosigkeit, Störungen hervor. Die Pforte wollte nunmehr Frieden, wofür sie auch Thököly geopfert hätte, der ja tatsächlich viel gegen die Treue zu den Türken "gesündigt" hatte. Der Pascha von Várad liess ihn am 15 Oktober 1685 gefangen nehmen, um ihn als Gegenleistung für den Friedensschluss den Kaiserlichen auszuliefern. Es erwies sich, dass zwischen Wien und Stambul kein Platz existiert für eine auch nur halbwegs selbstständige ungarische Politik, obzwar dieses Erkenntnis im gegebenen Fall nur die Kaiserlichen begünstigte. Die Nachricht von der Gefangennahme Thökölys trieb seine Soldaten massenhaft zu den Kaiserlichen und sie eroberten mehrere kleinere Festungen von den Türken. Wien kam es gelegen, dass sein gefährlichster ungarischer Feind eben durch die Türken zugrunde gerichtet wird und neigte sich noch weniger zu einem Friedensschluss. Die Türken erkannten, welchen grossen Fehler sie begangen hatten, aber die Wiederherstellung der früheren Würde Thökölys war umsonst, die Politik Thökölys hat ihre Galubwürdigkeit vor den Ungarn endgültig verloren.

Verbesserte sich ihre Lage durch Thökölys Sturz auf der anderen Seite?

Die kaiserliche Heeresführung setzte sich für des Jahr 1686 die Eroberung Budas zum Ziel, wozu ein 60 tausend Mann starkes Heer zusammengezogen wurde. Zu dieser Zeit kämpften schon 20 tausend Ungarn an verschiedenen Stellen unter den Fahnen des Kaisers, später wurde der grössere Teil von ihnen, - 15 tausend Mann, - in das Lager vor Buda bestellt, um sie an der Zurückschlagung der zur Befreiung der Burg vorschreitenden türkischen Truppen benützen. 15-20 tausend Mann war eine verhältnismässig grosse Zahl, wenn wir in Betracht nehmen, dass diese von bloss einem Drittel des Landes gestellt wurde, trotzdem wurde von ihnen wenig gesprochen und das war kein Zufall.

Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln - das wusste man auch schon im XVII. Jahrhundert. In einem derartig ausgedehnten Krieg, wie es in 1686 gefochten wurde, konnte Wien gegenüber den Türken die ungarischen Soldaten nicht

entbehren, achtete aber sorgfältig sie nicht in grössere Einheiten zusammenzuziehen und keinen ungarischer Befehlshaber an ihrer Spitze zu setzen. Die Politik des Hauses Habsburg war auf die Erwerbung Ungarns angerichtet, so aber, dass es die persönliche Macht des Kaisers, das System des Absolutismus stärkere - wie das nach der Schlacht bei den Weissen Bergen in Böhmen der Fall war. Der Krieg musste der Weise geleitet werden, dass die ungarischen Stände - wir können aber ruhig sagen: die Ungarn - keine politischen Verdienste erwerben, auf die sie sich nachträglich berufen und ihre Rechnung einreichen können. Der Ungar soll bleiben, was er nach seinem früheren Ruf war: ein unzuverlässiges, rebellierendes Volk, das auf Grund des Prinzips der kollektiven Verantwortung verurteilt und wegen der Anhängerschaft zu Thököly, und mit ihm zusammen zum Feind des Christentums erklärt werden kann. Nachträglich fragt ja sowieso niemand, wie und warum die Ungarn ins türkische Lager gelangten. Obzwar nicht nur die Ungarn sondern auch kaiserliche Generäle die Aufstellung eines selbstständigen und stehenden ungarischen Heeres empfahlen und das auch der päpstliche Nuntius befelegte, ja sogar der Kriegsrat befasste sich mit der Frage und auch über den Personen der Befehlshaber geredet wurde,⁵ schon Wien die Entscheidung auf um die Frage endgültig von der Tagesordnung streichen. Amtlich wurde es nicht begründet, es besteht aber kein Zweifel, dass politische Überlegungen massgebend waren.

Buda haben in 1541 die Ungarn verloren, von ihnen gelang es in türkische Hand, von der türkischen Grossmacht konnte es aber nur durch eine andere Grossmacht erobert werden, durch eine internationale Koalition, in deren Armeen auch die Ungarn anwesend waren, aber ohne politisches Gewicht. Unter den Titeln Leopolds nahm der Titel "König von Ungarn" eine vornehme Stelle ein, aber nie war er weniger ungarischer König, und mehr österreichischer Kaiser, als zur Zeit der Eroberung von Buda. Unab-

⁵Der Hofkriegsrat ernannte zum Befehlshaber der ungarischen Feldtruppen János Pálffy und zum Kommandanten der Grenzbürgen István Csáky. S. Magyarország története (Geschichte Ungarns) Akadémiai Kiadó, Budapest, 1986. III/2. p. 1597.

G. Herczegh

hängig vom Willen und Geld seiner ungarischen Untertanen verfügte er über eine grosse Armee, mit Hilfe deren es ihm leicht war, seinen Willen den Ungarn aufzuzwingen. Er konnte sich sogar leisten, dass er von ihnen - ausnahmsweise - verhältnismässig viele in Waffen hielt, das fremde Militär machte mehr als das dreifache der ungarischen Soldaten aus.

Die Türken verteidigten Buda bis zum letzten Atemzug, das nach einer dreimonatigen Belagerung, am 2. September 1686 als qualmender Scheiterhaufen in die Hände der Kaiserlichen gelangte. Was die Gleichgültigkeit der Türken von der durch die Reisenden und Gesandten so viel gepriesenen Palast in Buda übrig liess, das wurde durch Kanonenfeuer völlig vernichtet. Durch die Belagerung wurde die riesige militärische Bedeutung von Buda wieder bewiesen. Nachdem die Stadt gefallen war, stürzte die Herrschaft der Türken in Ungarn zusammen und die Kaiserlichen - sich um die noch in türkischer Hand befindlichen Burgen nicht besonders kümmernd - übertrugen den Gewichtspunkt ihrer Kriegshandlungen weit nach Süden. Ein Teil zog nach Siebenbürgen, das sich - unter Druck der Kaiserlichen Waffen - von den Türken tatsächlich trennte - diesmal zu spät - ohne dass der Rechtsstatus des Fürstentums geregelt worden wäre. Für Wien war die Sache nicht mehr eilig und es war klar, dass je mehr Siege seine Truppen über die Türken erringen, umso enger wird die Autonomie Siebenbürgens - wenn überhaupt etwas davon noch erhalten bleibt. Die Franzosen hielten es aus ihren eigenen Gesichtspunkten für das beste, dass sich die Habsburger in einem je grösseren Krieg mit den Türken verwickeln und sie ihre Gebundenheit im Osten zu blutlosen Gebietserwerbung benützen könne. "Es gibt nichts Günstigeres aus dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung des Christentums - schrieb Ludwig XIV. seinem Gesandten in Stambul - als die Fortsetzung des Krieges in Ungarn."

So wurde es zur Wahrheit, was die Ungarn Mitte des XVI. Jahrhunderts von Ferdinand I. und Karl V. verlangt, ja gefordert hatten und an dem sie seit dem Frieden von Vasvár garnicht mehr glaubten und infolgedessen die Herrschaft des Sultans nahmen: durch Zusammenraffung der Kräfte von Mitteleuropa verjagten die Habsburger die Türken aus Ungarn.

Ein Ereignis von hervorragender Bedeutung, die grösste Änderung in der Geschichte Mitteleuropas zwischen der Schlacht bei Mohács und dem I. Weltkrieg. Die Türken wurden auf das Gebiet des Balkans zurückgedrängt, das in alten Zeiten zu Bisanz gehörte; doch 1686 folgend wurde nicht wieder das vor Mohács existierende böhmisch-polnisch-ungarische Ost-Mitteleuropa wieder hergestellt, sondern es rückte eher eine west-mitteleuropäische, sich hauptsächlich auf die Deutschen stützende, die Gegenreformation und den Absolutismus vertretende Staatsorganisation nach Osten vor, "Österreich", das infolge dieses Krieges zur europäischen Grossmacht wurde. Die Fürsten des Deutsch-Römischen Reiches verhinderten die Habsburger in der Vereinigung des Reiches, doch verhalfen sie, dass es ausserhalb seiner alten Grenzen ein neues Reich erwerbt. Ohne Hilfe der zur Verfügung gestellten bayerischen, schwäbischen, sächsischen und brandenburgischen Hilfstruppen⁶ hätten sie die Türken nicht besiegen können. Nach den Alpenländern, Böhmen und Schlesien lag nunmehr auch Ungarn mit Siebenbürgen und Kroatien unter ihre Macht. Nichts war für die Vermehrung der Autorität der Dynastie mehr bezeichnend, dass während die Wahl Leopolds zum Kaiser in 1658 - wie wir sahen - äusserst zweifelhaft war, die Wahl seines Sohnes, Josef I. ohne Schwierigkeit vor sich ging.

Der grosse Krieg bedeutete gleichzeitig den Fehlschlag der Bestrebungen Ludwigs XIV. Das Frankreich auf das Leben Europas einen entscheidenden Einfluss nehmen konnte, bedurfte es einer von ihm unabhängige, jedoch mit ihm verbündete Grossmacht im Osten. Durch die Niederlage der Türken verminderte sich auch die politische Gewalt der Franzosen. Bei der nächsten Königswahl in Polen Unterlad der Kandidat der Franzosen dem der Habsburger und Schweden, der andere traditionelle Partner der Franzosen, war durch ein dänisch-polnisch-russi-

⁶Das unter dem Befehl von Karl von Lothringen stehende gegen Buda ziehende Heer war 40.123 Mann stark, davon kaiserliche Soldaten 24.230 Mann, Brandenburger: 7.680, Schwaben: 4.000, Franken: 3.000, Schweden: 1.300 Mann. Maximilian Emanuel führte 20.150 Männer, darunter 8.000 Bayern, 4.700 Sachsen und 7.350 kaiserliche Soldaten.

sches Bündnis bedroht. Die französische Diplomatie war nicht mehr imstande Österreich zu umzingeln.

In den meisten Grossstädten Europas wurde die Eroberung von Buda mit Salven, Glockengeläute und Feuerwerken gefeiert. Die Landesversammlung in 1687 zu Pozsony verzichtete als Anerkennung der Verdienste der Dynastie auf das Recht der freien Königswahl, und hob die Widerstandsklausel der Goldenen Bulle von 1222 auf, dem Grundpfeiler der Ständeversammlung. Hinter den offiziellen Feierlichkeiten steckte aber keine aufrichtige Begeisterung. Das Land gewann keine Freiheit, es wechselte nur den Herren. Die Gebietseinheit wurde zwar hergestellt, das bedeutete aber nicht gleichzeitig die Rückgewinnung der Selbstständigkeit. Ungarn wurde ein Teil eines grösseren Reiches, wo das Verhältnis zu demselben, - das Mass der Autonomie - fraglich blieb und die Führer des neuen Reichs waren der Meinung, dass im Interesse dessen Stärkung Ungarn - und die Ungarn - vermindert werden sollen.

Die Eingliederung des Landes in das Reich ging unter ungünstigen Umständen, unvorteilhaften Bedingungen vor sich. Ungarn musste teuer bezahlen und bekam dafür wenig. Ein unverhältnismässig grosser Teil der Kriegsausgaben wurde der auch sonst verarmten Bevölkerung Ungarns aufgebürdet, die auch durch die Plünderungen des den Winter hier verbringenden Militärs geplagt wurde. "Was für ein Nutzen wird es sein - fragte der Palatin angesichts der allgemeinen Verelendung - wenn Eure Hoheit bloss über Wälder und verlassenen Bergen herrschen wird?"⁷

Im rückeroberten Buda konnten nur drei Ungarn Haus kaufen: der Palatin, der Primarier und der Landesrichter. In 1687 schrieb der Buda besuchende Jakob Tollius: "Die einst so stolze Burg und Stadt war infolge des fürchterlichen Kanonenfeuers ein Ruinenhaufen, kein einziges unversehrtes Haus gab es in der ganzen Stadt", - und mit der Objektivität des uninteressierten Ausländers zeichnete er die für die Ungarn bluteregende Tatsache auf: "Kein Ungar darf Buda betreten, für die Ratzer. (Süd-

⁷s. SZEKFÜ, Gy.: Magyar Történet (Ungarische Geschichte), Budapest, Kemény IV. p. 223.

slawische Einsiedler in Ungarn), und besonders für die Weiber war der Verkehr gestattet."⁸

Wenn der Spruch auch nicht wörtlich galt, das der Hof das Land zuerst zum Bettler, dann zu Katholiken und schliesslich, zu Deutschen macht, war viel Wahres dabei. Die Wiener Regierung versuchte den Überschreitungen der Soldaten, den gewaltsamen Requirierungen halt zu bieten, Tatsache ist aber, dass das Leben der Protestanten übermässig verbittert wurde und die Ansiedelung der Deutschen wurde deshalb befleissigt, damit dadurch das Königtum, oder zumindest ein Teil desselben schrittweise germanisiert wird und das revolutionäre, Unruhe stiftende ungarische Blut durch die Deutschen gezämt und zur Treue und Liebe zu seinem ewigen König erzogen wird. Wenn auch nicht zum Bettler, wohl aber zu Katholiken und Deutschen sollte das Land werden.

Die Sorgen wurden dadurch noch erschwert, dass der grosse Krieg nach der Rückeroberung von Buda noch zehn Jahre lang dauerte. In 1688 eroberten die kaiserlichen Truppen Belgrad und drangen tief in die Balkan-Halbinsel ein, in Stellen, die seit den Kriegszügen von János Huryadi christliche Truppen nicht betreten haben, da stellte sich aber in den Gang des Krieges eine Wendung ein. Die Truppen des französischen Königs drangen in das Rheingebiet ein und in Stambul gelang es dem neuen Grossvesir Ordnung zu schaffen und die Kräfte des Reiches zum Gegenangriff zusammenzuziehen. Wien musste wählen und, wie schon so oft, sicherte es auch diesmal seinen westlichen Interessen den Vorrang. Der beste Teil der kaiserlichen Truppen wurde an den Rhein, ein anderer Teil nach Italien versetzt und mit den zurückgebliebenen Teil konnte die Offensive nicht fortgesetzt werden. Die Türken nahmen 1690 Belgrad zurück und obzwar sie im nächsten Jahr bei Szalánkemén wieder Niederlage erlitten, bloss der Sieg Eugens von Savoyen bei Zenta brachte sie so weit, dass sie zu einem Friedensschluss bereit waren, nachdem der Vertrag

⁸ SZAMOTA, I.: Régi utazások Magyarországon és a Balkán félszigeten 1514-1717 (Alte Reisen in Ungarn und auf der Balkan-Halbinsel, 1514-1717) Franklin, Budapest, 1891. pp.288-289.

G. Herczegh

von Rijswik in 1697 dem Krieg im Westen beendet hatte. Der Frieden mit den Türken wurde in Karlowitz in 1699 geschlossen, ihre Herrschaft in Ungarn wurde - mit Ausnahme des Temes-Gebiet - beendet und die europäischen Grossmächte standen für den spanischen Erbkrieg bereit.

Dieser Krieg - der grosse Zusammenprall Österreichs und seiner Verbündeten mit Frankreich - gab Ungarn Gelegenheit zu versuchen seine Unabhängigkeit zurückzuerwerben. Der Kampf brachte keinen Erfolg, auch die Franzosen konnten dem ungarischen Aufstand keine nennenswerte Hilfe reichen, trotzdem war der Kampf nicht umsonst. Die Selbstständigkeit konnte nicht erfochten werden, doch die innere Autonomie wurde gewahrt und damit - wenn auch nicht eine freie Entwicklung, doch die Bedingungen des Bestehens, einer späteren Entfaltung waren gegeben. Das hätte aber nicht geschehen können ohne die Wiedervereinigung des Landes und so brachte 1683 und die darauf folgenden Jahre schliesslich doch die Möglichkeit eines Aufstiegs des ungarischen Volkes.

ВЕНГРИЯ И ЕВРОПА, 1683-1686 г.г.

Г. Херцер

Не Габсбурги и их министры были инициаторами великой войны, в ходе которой они захватили всю Венгрию; турки прямо навязали им ее. Исторической ролью династии Габсбургов не было объединение народов Дунайского бассейна против турецкого захватчика. Они сочли главным врагом Францию и практически согласились с турками и разделении Венгрии. Они не стремились к изменению данного соглашения ни того года, когда они одержали большую победу над турецкими войсками во время войны, спровоцированной также Портой в 1664 году.

Венгерские магнаты, разочарованные в политике Вены, сами хотели согласиться с турками, на более льготных условиях. Это было г.н. заговор Вешшеленьи. После ликвидации заговора венгерские магнаты попытались выступить против Вены с помощью Франции. В 1682 году в Верхней Венгрии /на территории нынешней Словакии/ Имре Тёкёли создал вассальное княжество под покровительством султана. Тёкёли и его сторонники считали, что из двух зол, Венского двора и Порты, последняя является более сильной, поэтому с ней приходится согласиться.

Воодушевляя успехами Тёкёли, султан решил осадить Верну, но там его войска потерпели катастрофичное поражение. Венский двор и тогда хотел заключить мир, однако великий визирь еще не чувствовал себя побежденным, поэтому заключение мира сорвалось.

Габсбурги добились новых успехов и в Вене это привело к приходу к власти сторонников войны. Людвик XIV пока не двинулся, турки же поддержали подозревавшегося Тёкёли и это ослабило ее позицию.

Воины Тёкёли толпами перешли на службу к войскам Габсбургов, но венское правительство хотело помешать венграм в достижении политических заслуг на войне. Поэтому она не разрешила постановку венгерской армии. Венгры боролись в составе императорских войск, в маленьких соединениях. 2-го сентября 1682 года освободилась Буда, которую турки защитили до последнего вздоха, а два года тому назад императорские войска уже находились на Балканах. В истории Средне-Восточной Европы это было самым значительным событием в период от битвы при Мохаче до первой мировой войны. Однако Венгрия не освободилась, она только перешла в другие руки: чужое господство сменилось другим господством, которое также было чуждо ей. Однако факт, что единство страны восстановилось и это открыло перед населением новые возможности развития.

HUNGARY AND EUROPE 1683-1686

G. Herczegh

The great war, which ended with the result that the Habsburgs took the whole of Hungary, was not initiated by them or their ministers, but virtually forced upon them by the Turks. The historical role of the House of Habsburgs had not been the unification of the area of Danube against the Turkish conquerors, because the basis of their empire was in Spain - politically and militarily as well, they considered France as their main rival. They practically agreed with the Turkish to divide Hungary and they did not have the intention to change this even when they achieved a significant victory over the Turkish army in the war provoked by the Splendid Porta in 1664.

Those Hungarian aristocrats who were disappointed by the politics of Vienna wanted to make a deal with the Turks themselves - with much favourable terms - that was the so-called Wesselényi Conspiracy. After the elimination of this plot they wanted to step up against Vienna with French help. Imre Thököly succeeded to create a vassal state in Upper Hungary /cca the area of the contemporary Slovakia/ under the guardianship of the Sultan. He and his followers considered that the Turks are more than match for the Habsburgs, therefore they have to bargain with them.

The successes of Thököly encouraged the Sultan to start the siege of Vienna, however, his armies suffered a catastrophic defeat there. Vienna still intended to make peace, but the Grand Visier did not feel himself defeated. The latter victories gave the power to the war party in Vienna - Louis XIV. temporarily did not move - the Turks had arrested the suspicion-burdened Thököly, which further deteriorated his situation. The soldiers of Thököly had turned to the troops of the House of Habsburgs in masses, but the government in Vienna did

G. Herczegh

not have the intention to let the Hungarians to gain political merits in this war, therefore it had not permitted the establishment of a Hungarian army, but the Hungarians fought in the troops of the army of the emperor in smaller units. In September 2 1686 Buda, which was defended by the Turks until their last breath, had been retaken, two years later the troops of the emperor already had roamed the Balkans. This was the most significant event in the history of Eastern-Central Europe between the Battle of Mohács and the First World War. However, Hungary was not liberated, only it changed masters, one foreign rule gave a way to another one, but the fact itself that the unity of the country had been restored, had opened a possibility of a new development for the population.

MODERNIZATION AND REFORM IN PUBLIC ADMINISTRATION

L. Lőrincz

Institute for Legal and Administrative Sciences of
the Hungarian Academy of Sciences

The Hungarian public administration went through several changes since 1950, however, the really significant changes have not taken place. The 40 years old structure, the outdated characteristics of its operational principles and the high degree of centralisation are the causes of the fact that the Hungarian public administration hardly can cope with the changes.

1. The positions of the specialized branches of science are as uncertain concerning the possibilities of remodelling public administration and the pace and extent of its modernization as they are uniform in that the modernization of settlement structure is a long-drawn-out process and calls for a large-scale rechanneling and an effective utilization of material resources.

Indeed, one is faced with numerous difficulties in analyzing this set of problems. First of all, we have vague ideas about modernization as there is no safe guide to creating a base of comparison for assessing development trends. We obviously have to abandon the simplified notion that modernity is equal to present-day conditions, which are used as yardsticks for designating current institutions and phenomena as modern, while declaring earlier periods to be a priori unmodern, antiquated or primitive. To gauge modernity by another random criterion seems rather arbitrary as well.

Invoking a centralized public administration as something modern and fully satisfying the needs of society is as unacceptable as taking full-scale self-government for a pathway pointer. Nor is it probable that the extended use of mechanized means of direction would be the only criterion of the modernity of public administration, as it would likewise be mistaken to accept efficiency and expeditiousness, namely the highly valued and really significant criteria of administrative sciences, as the exclusive indicator, since we know of highly efficient, expeditious and economical dictatorial systems which cannot be called modern after all.

The techniques and organizational frameworks of administration and economic activity failing to provide by themselves a sufficient basis for determining the degree of public administration's modernity, we wonder if inquiries by political and ideological criteria help us to move forward. Can we concede that participation of the population or of workers in decision-making, namely allowing a broad scope for democratism, is tantamount to a modern public administration? What is to be considered more modern: an apparatus composed of politically committed functionaries or one of experts familiar with the techniques of administration? Can a public administration which is based on the broadest scale of democratism, but is incapable of handling matters owing to defects of its organizational and operational patterns be called as really democratic?

The list of questions could be lengthened at will, but let us stop at stating that the modernity of public administration can only be judged on the basis of a combined and thorough analysis of a multitude of its ingredients, and the conclusion may also be drawn that a social institution cannot be termed modern solely by reason of the fact that it came into being at a later point of time, which is to say that modernity is not the function of a declarative statement, but the result of a long process of social development in a favourable environment.

Interestingly, socialist literature has never claimed that the public administration of socialist countries is modern. The attributives commonly used to qualify it, such as superior and more democratic, go to show that assessment relies on ideologic parameters. Also commonly known is the fact that socialist public administration, referred to as excellent in textbooks, is the only element of the state organization to come in for a large share of permanent criticism from political fora and mass communication media, mainly for its sluggish and bureaucratic handling of matters. The campaigns for rationalization, in progress for a long time now, have brought about several changes, with a no negligible measure of organizational concentration at the local level, and has thereby speeded up the "overinsured" and tardy decision-making process in certain areas, etc. However, it logically follows from the foregoing that rationalization

Reform in public administration

designed to simplify the administrative procedures can be regarded as only one aspect of modernization, just as the measures to increase efficiency and innovations concerning budgetary and staff management are but added means of streamlining, not exhausting the repertory of devices. Modernization is a more complex process, pressing for an adjustment of theory, organization, functions, operation and human factors to the changing needs of society. Under this approach, it is not an end in itself, but constitutes a series of inevitable steps and actions in any period of time when essential changes in social conditions occur or, to use a fashionable phrase, when society has to face new challenges. The 1980's mark the beginning of a new era in economic development and the international correlation of forces, and it is not by accident that they witness significant reforms in public administration across the world. To mention but a few, we refer to curtailments of administrative powers and a notable decentralization of these still exercised; full renewal of information networks facilitated by the use of computers; revamping of territorial divisions by way of communal integration, on the one hand, and through establishment of regions, on the other; essential changes in the philosophy and technique of the budget; opening of new channels for popular participation with the help of telecommunication, and the list could be continued at length. In Hungary, in addition to tackling the so-called global problems, public administration must cope with special problems, partly of historical origin, partly of more recent vintage, like halting the population decline or improving the quality of social care, and these examples are not exhaustive. All these aspects combine to support the statement that the modernization of Hungarian public administration should be part and parcel of the case to be stated by research in political science, sociology, administrative and legal sciences and be envisaged in programmes of policy.

Along with the aforementioned reasons there are more arguments to be advanced in favour of streamlining public administration in Hungary. The first argument, likely to provoke debates, concerns the fact that the socialist public administration of Hungary, though in a state of flux, has not yet undergone a

genuine reform. The current organizational frameworks, the prevailing system of operation and the established sets of technical conditions took shape as early as the beginning of the 1950's, just as the ideology governing the social function of public administration did, and although the changes seriously affecting partial areas and their impact should be judged positively by all means /the introduction of qualification standards and the gradual increase of requirements have considerably raised the level of competence; it is unfair even to compare today's style of management and humaneness of administration to the situation of 35 years ago; the objectivity and hence usefulness of research have increased by orders of magnitude/. I feel that the elaboration of a reform encompassing all spheres of a concentrated public administration, directed from above, and enhancing the democratism as well as the efficiency of execution - enabling it to perform the tasks changed, or to renew itself, which is what may be called modernization - is a task yet to be solved. The need for renewal and reformation can in no way involve altering fundamental principles whose validity is reaffirmed by the existing experience of a developing socialist society. I refer in the first place to the principle of social control over public administration and to the need for the supremacy of representation, guarantees for citizens, regulation by legislation, and the expression of political will to be treated as stable elements of the underlying concept. Here, too, technical arrangements, procedures, and forms of organization are liable to change not affecting the validity of fundamental principles. In mentioning the reform of public administration I have in mind the renewal of structures and methods which may have been modern at the time and place of their emergence, but are living on borrowed time here and now and, given their rigidity, prevent or are likely to prevent the introduction of our social and economic reforms, the efforts to steer their course and hence to put them into effect. Lack of space does not permit me to address all of the related aspects, so I try to move closer to the subject of our discussion, but let me refer to move elements apparently remote from our current concern, yet affecting, even if indirectly, as will be seen, the pattern of settlement stru-

Reform in public administration

cture and of public life in settlements.

I would begin with the concept of organizational set-up. Under it, social ownership on the means of production and a planned economy require a strongly centralized structure of public administration in which the superior organs are vested with wide powers in respect of both the subordinate non-administrative and the administrative organs. The principle of dual or binary direction is a screen for an instability that favours the superior organs by allowing them to interfere with decision on any matter, thus neutralizing efforts to win recognition for the relevance of local affairs and for local autonomy. The concept of dual direction served a useful purpose in attaining the objectives of the socialist accumulation of capital, industrialization, and the uniformity of state management, but today the local as well as the central organs of Hungary need a more clearly defined allocation of tasks better suited to the establishment of responsibility and the performance of duties. Society and its management have undergone significant changes. Suffice it to mention that our conceptions of the management and substance of social ownership differ from those of thirty years ago, let alone planning and a planned economy and the possibilities inherent in them for the transformation of society. This change of concept has resulted in a wide scope of enterprise autonomy or, more specifically, a large-scale reduction in enterprise dependence on particular organs of state administration. Changes of such a scale are hard to perceive in relationships between organs of state administration. For one thing, we have not yet finished ending the separation of deconcentrated local organs independent of council administration, although the possibilities to do so would obviously be at hand in several areas of, e.g., public security and police administration. Yet, greater success is promised elsewhere, namely in a reappraisal of hierarchical relationships. As matters stand at present, much wider autonomy is enjoyed by enterprises, even those in subordination to state administration, than by the lower organs of public administration vis-à-vis those of a higher level. The task of executive committees is to provide direct guidance for those of a lower level and, where

appropriate, to propose recall of their members, to issue instructions for a subordinate executive committee or to annul its decision contrary to law. The special administrative agencies direct the work of those of a lower level through the executive committees, issuing professional guidelines and statements of principles, requesting data and reports, and giving instructions in cases specified by legislation /law, law-decree, decree of the Council of Ministers/. We might believe this situation to be favourable to the top organs of the administrative sphere, namely the ministries and the authorities with nationwide competence /national high authorities/. We are nevertheless aware that ever since the system of councils emerged and as the process of council integration gathers speed the central organs have made increased efforts to build a network of deconcentrated organs independent of the councils. Among the underlying causes, reference is made above all to the impossibility of asserting sectoral responsibility, a reason which, in this form, is subject to reservation, but it would be a mistake to ignore that the growth of this trend is also motivated by actually acceptable reasons. Special administrative departments with nearly similar powers, competence and structure are now being established in every county despite notable territorial and demographic differences between counties. This state of affairs relegates administrative efficiency to the background, as one cannot obviously speak of optimum areas of operation. Health administration has 19 administrative units with county rank /20 with that of Budapest/, although it is not inconceivable to have less such units /e.g. equal to the number of clinics in the country, as is suggested in a recent study/ sufficient to do the work. But the same situation prevails with regard to the administration of education, culture, industry and commerce, each sector having to keep to county boundaries. Even if county boundaries are supposed to meet the most precise scientific criteria, it is hard to understand why the administrative area of each sector follows the same pattern, it being absolutely certain that the optimal boundaries of commercial management cannot coincide with those of industry, agriculture or education.

Reform in public administration

On the other hand, speaking of local organs, it is appropriate to refer to the lack of actual and stable autonomy, for if the superior organs can have legal means to instruct local ones, it is rather difficult to give free play to the self-governing functions of the council organs. The simplest technical way of drawing the line of demarcation between the vertical and horizontal domains of dual direction, or subordination is that of separating the cluster of local matters and granting the councils full autonomy in their management within the confines of law.

Rather than continuing to enlarge on problems relative to the organization of local administration, I should like to arrive at the conclusion to be drawn. All things considered, local administration of the council type can be handled not only in the current structure, which has been virtually unchanged for 35 years, but, as is illustrated by arrangements in Poland and Yugoslavia, also in one in which local and central administrations are not merged, and central administration is left with no scope for steamrolling local administration at will, without curtailing the dominance of representative organs, the efficiency of central administration, and local autonomy as essential attributes of the council system. An example could also be cited of the structure of central administration. The organization of ministries follows the sectoral principle, namely - and simplifying the matter to the extreme - separate administrative units - departments or sections - are set up to manage each area of material activity appearing or considered to be homogeneous and each department appearing or considered to be homogeneous is supervised, coordinated and directed by a deputy minister or a secretary of state. This structure took shape when the ministries were concerned chiefly with the operative direction of producing, servicing and administrative organizations of an enormous size. The related mass of tasks has "petered out" by today, operative direction has been legally abolished, the number of subordinate enterprises has been cut to one-twentieth, and special administration by councils is not hierarchically subordinated to ministries, yet the concept of organizational set-up is unchanged, the result being that most of the

ministries of a non-political character cannot be regarded as uniform organs except as a mere fiction, because they provide a formal framework for subbranches actually functioning side by side, but rarely acting in a community of interests or seeking contact with one another.

Nevertheless, one should by no means attribute too great significance to the rigidity of organizational arrangements, but should rather recognize some of its benefits. I attach much more importance to the need for a revision of the professional structure of staff. As for personnel in charge of actual administration, one can see that, with some exaggeration, nearly every line of profession has its own ministry, national high authority and administrative branch functioning: the Ministry of Justice for lawyers, the Ministry of the Interior for the police, the Ministry of Defence for the military, the Ministry of Education and Culture for teachers, the Ministry of Industry for engineers, the Ministry of Health for physicians, etc. As a matter of fact, training requirements in the council organization and practice in the ministries have evolved schemes of professional co-operation, meaning that specialists with more or less similar qualifications decide on questions of their profession and take charge of organizing and controlling implementation and managing processes. When administration was still directly concerned with the management of material and production processes the staff had to be recruited from the ranks of experts in directing material processes. The professional pattern of staff hardly conformed to changing tasks which were dominated by administrative acts, legality control, market inspection, and responsibilities of correct and precise rule-making.

To furnish one comparative figure, 80% of the staff in Austria's Federal Ministry of Trade, Commerce and Industry are lawyers and organizers of administration against 10% of lawyers in the Hungarian Ministry of Industry this year. I think we shall have to make our option as soon as possible, deciding whether to continue operating the ministries as professional corporations, scientific institutes, managing trusts or top organs of administration. Many are looking forward to the way staff patterns in the domains of the economy, public health,

Reform in public administration

education and administration are going to be moulded - without an essential restructuring, or reform - to shifts in management policy already introduced or now contemplated.

I could continue the list of arguments at great length - not to mention budget, territorial division and the technology of administration - to state my case that a public administration in a state of flux is prepared for a genuine renewal, or reform only in time of a grave crisis situation and to the extent of its pressure. A dynamic public administration gears itself to self-renewal, keeps its rigidification under control, since social reforms can only hope for success of implementation by a public administration which is itself undergoing reforms. One might ask whether there is no contradiction between our complaints about a sea of shifts that are going to grow into a trackless labyrinth and our proposal to introduce still more significant changes as a remedy. I believe there is none, because continuous change is probably generated by the pressure of a necessary, but postponed reform, and consistent examination of the related sets of problems and implementation of that reform in response to its imperative could serve as a stabilizing factor.

2. Of course, the modernization of public administration cannot come about except as a result of removing numerous obstacles in its way, as has always been the case in the course of our history and also in other countries. Prof. Csizmadia has compiled a sizable volume of draft reforms not implemented at their time, from the Kollonics draft of 1688 to the National Peasant Party's draft of 1946 concerning the reform of Hungarian public administration. A common feature of these and subsequent drafts is that they brought influence to bear on the development of public administration, even if not at the time of their submission, not in their entirety, and not in their original form. The qualification requirements ordered by Joseph I. were approved by the Hungarian legislature in 1883 and given effect in the inter-war period. The general rules of administrative procedure were laid down in the 1930's and codified in the Code of Administrative Procedure in 1957. Certain elements of the Erdei-Biró draft can be detected in the amendments of 1983 to

the Councils Act concerning the abolition of district councils and the delegation of powers from the mid-level organs of administration to towns and counties.

Not discussing even in broad outlines the strategy for modernization, the objective and subjective obstacles to its introduction, and the explicable and inexplicable causes of resistance to it - for numerous foreign books and essays on these questions have been followed by some excellent Hungarian studies -, I shall confine myself to asking whether the effort to transform reform and renewal concepts into political decisions and to translate them into operationalized terms receive sufficient assistance from our social sciences. In answering this question it will not be amiss to recall that the relevant literature in America, France and West-Germany acknowledges with self-criticism its inability to elaborate reform proposals at sufficient depth and with sufficient substantiation, except to attempt at least an outline in addition to presenting and signalling the problems involved. It would be too bold to claim we are capable of doing more, and we can make sure of it reviewing a great diversity of relevant publications, the outcome being that either the convincing force of proposals weakens, with the unpredictability of consequences discovered by policy and practice, which, owing to the uncertainty of options, reject realization even of the concepts otherwise appealing, or the concepts are operationalized by practice, meaning ministries and national high authorities in our case, and all of us could cite examples to show how the reform ideas are meanwhile eroded unnoticed or at times under our very eyes. So research workers should, in addition to formulating a philosophy of reform, develop and apply a complex approach to details of implementation, which in turn should not be left exclusively to civil servants limited as they are by partial interests in their freedom of action.

3. The everyday character of public administration - its main concern being with law enforcement, organization of services for the population and implementation of decisions, by recourse to coercion where necessary - unfolds in settlements, towns and villages, or, put another way, settlements are the

Reform in public administration

real areas of operation of public administration.

Public administration has a dual relationship to settlements: on the one hand, it takes note of the given network and structure of settlements as objective facts, adjusting its own pattern to them, and, on the other, carries out its organizing work in their areas, regarding them as objects of administration.

The concept of establishing the network of our public administration has undergone several changes during the past 35 years as well, the changes affecting villages strongly and towns less strongly. The network of public administration was most densely built in 1951, with lower organizational units established in every settlement with more than 300 inhabitants. Relevant literature offers a variety of arguments for building a public administration that is closer to citizens, or their settlements. According to some sources, this goal was motivated by the extension of democratism, by encouragement to competent decision-making based on knowledge of local conditions. According to others, the expansion of public administration was expressive precisely of centralization, with the central power delegating its agents even to the smallest settlements for purposes of direct management and control of economic processes, collection of agricultural produce and livestock, and exertion of direct influence on public opinion. Whatever the real reason was, it may be stated that aspects of administrative expedience and efficiency were not given consideration in that line-up. It was not by chance that the staff of administration was the largest, 86 000, at that time in Hungarian history. To give a single figure for the level of education and qualification of that enormous staff in 1951, as low as 8 to 9% of village council presidents had primary or higher education and even in 1960 - when secondary school, university and college turnouts amounted to hundreds of thousands of socialist experts - 35% of village executive committee secretaries, namely specialists in administration, had no more than primary schooling. It is equally a fact, however, that Hungarian public administration had never before taken care of administering over 3,000 settlements. From 1962 practically down to our days, one can see a new trend ris-

ing, that of public administration drifting away from settlements. The effect of this trend is felt most strongly in villages where, merged as they were into districts, an administrative apparatus is found in every third village on average, with its competence extending to each village, but the apparatus functioning often at a distance of 15 to 20 kilometres from the population of villages so associated. However, the trend away from the population can also be observed in large towns, particularly in the capital city, where the administration of residential districts with 50 to 60 thousand inhabitants is assigned to the district council operating in the given district or in the larger part thereof. One of the arguments most frequently advanced in favour of a change in basic posture concerns aspects of administrative expediency and efficiency: fewer administrative units need less staff, while expertise can be increased, and hence powers decentralized. The arguments included the requirement for the areas of economic and administrative activities or, in our case, of co-operative farms and village administration to coincide and then the possibility for development resources to be concentrated. No matter how we look at this process and this set of arguments, it should be stated that Hungarian public administration has been patterned on the arrangements adopted everywhere in Europe, while preserving some of the traditions established in the form of district-notary offices well before the liberation, except for one factor, the impact of which has proved significant, namely which has concentrated not only administration, but also representation as a quasi derivative thereof. While elsewhere, e.g. in France, administration reached a higher degree of concentration than in Hungary, legislation continued to enhance the role of elective representative organs or self-governing bodies in every small village. We are now witness to the beginning of the third stage, in which the magistracies not only serve to restore elements of representation formerly missing, but are also agents, in part, of the process of administrative decentralization by performing certain administrative functions. As we all know, the strongest motivation in elaborating the newest concept was the requirement of democratism, concern about the decline of public life

Reform in public administration

in villages, yet the criteria for rationalizing administration did not slip into the background.

Now that a new stage of development has started and previous contradictory conceptions have been abandoned we cannot fail to draw a few lessons from them. First and foremost, the fate of our settlements cannot be left to depend on the specific internal needs and demands of administration. Technocratic and managerial approaches cannot overshadow political desiderata, primarily the need for the territorial-organizational pattern to give priority to the interests of the population, to easy and inexpensive access to administration. The existing administration-centred concept of efficiency was totally ignorant of costs to the population, reducing administrative outlays by passing them on to citizens; the increase in travel expenses and the length of absence from work impair the principle of free administrative services, even with allowance made for the fact that local offices of special administrative agencies and local schedules of attendance to the clientele tend to blunt the criticisms incurred.

Another lesson is the advisability and usefulness of relaxing the rigidity of central and uniform administration, directed from above, by increasing the spread of free and voluntary associations. Administrative associations deserve encouragement not only because they express a measure of autonomy of settlements, of their free will, but also because of their administrative rationality, as they break the constraints of uniformity and are thus likely to encourage the emergence of an administrative network adjusted in time and space to concrete branches and related tasks, changeable and hence rational, going far to have regard for the specific interests of settlements. The existing economic associations in Hungary far outnumber the administrative ones, and even these few reflect county approaches more strongly than the free will of autonomous organizational units.

The third and last conclusion is that quite a few of the canonized principles of territorial division are now time-worn. Such is, in the first place, the oft-repeated requirement for zones of economic pull and administrative boundaries to coinci-

de. In the 1960's the knell of autonomy for small villages was sounded by the idea of territorial coincidence with co-operative farm areas. In the 1970's zones of economic pull were most frequently invoked to support the extension of periurbanism, and the preparations for regionalism in the 1960's were likewise marked by research into the boundaries of economic pull. But those efforts failed because this idea cannot be realized except in an autarchic economic system, whereas in an open economy a zone of pull attracts the whole world. Through its IKARUS Factory, Székesfehérvár's pull may embrace Budapest, Győr, Moscow and Sofia if placed in the context of the entire vertical line of production and marketing processes, the range narrowing if seen against the background of the place of residence of workers travelling daily to their places of work, but the substance of a zone of pull cannot be subjected to so narrow an interpretation. The same is true of small villages and co-operative farms, with the added remark that the deformations likely to result from the territorial coincidence of economic activity and public administration can be sensed in their purest form in this domain.

4. As noted earlier, public administration adjusts its network to existing settlements. At least in principle, however, administration is not for itself, but exists to bring active influence to bear on the environment within the frameworks established by law. In 1971 the Government gave binding character to a settlement development concept which defines, in a long-term perspective, the scope of towns and town-to-be villages and, in its decree of the same year on the enforcement of the Councils Act, provided that in elaborating proposals for territorial arrangements the councils must take into account the Government decision concerning the development of the national network of settlements. That decision received several criticisms, the most authentic being this year's decision of Parliament, but I do not wish to repeat them here. I would merely mention that, contrary to the development plans for the network of settlements, no plan, either short-term or long-term, has yet been drawn up for a modernization of the territorial division of public administration. In his study of 1975 István Bibó

Reform in public administration

raised the issue of different treatment being given to these interconnected questions, namely the development of settlements and the territorial division of public administration. The changeability of the political concept concerning the territorial division of public administration may be illustrated by the fact that one year before the abolition of districts a highly placed political functionary said to a rally of activists that the need for districts would continue to be felt for a long time to come. After the districts had been abolished the question of territorial division was simply this: what was to become of counties? Since 1949, when comparatively significant adjustments of county boundaries were made and the so-called fragmented counties were abolished, the boundaries and functions of counties have remained essentially unchanged, the counties thus continuing to be focal points of territorial division and organization of public administration. The role of counties and their area of operation have been addressed by three major reform proposals over the past hundred years: those of Szapáry in 1873, Hantos in 1931, and Erdei in 1946. The most original of them is undoubtedly Ferenc Erdei's draft, which, unlike the other two, sought to have the counties not only reformed, but abolished, and replaced by township counties. It is thought-provoking why none of these proposals - not even Szapáry's bill, which had been prepared at government request and presented with the support of the government party - was received favourably, although no one questioned the obsolescence of the county system. Why was the same fate reserved for the later proposal of István Bibó, who worked out several variants to replace the prevailing county system? /His scheme of public administration envisaged 6 national regions, 13 to 15 large counties, 24 middle counties, 20 to 40 small counties, and 88 large districts, or periurban areas./ The reasons are obviously numerous, but the most convincing was described by Erdei in 1965, stating that "in practical experience, the territorial reform of state administration admits only of arbitrary decision" and that /the question/ "should be conceived of, not as a problem to be solved with scientific substantiation, but as a practical step to be taken under a complex practical approach, on the basis of a ra-

tional agreement". Indeed, is there any actual, objective, inevitable pressure for change in the territorial arrangement of counties? I wonder whether in the countries where the past 40 years have seen 3 or 4 reforms of territorial organization, or county reorganization, the aspects of territorial location of production and of state administration have been brought more into line, whether productive forces are developing in greater harmony, and whether local initiative comes more fully into play than in Hungary. Can anyone claim in earnest that the territorial disproportions of Hungarian counties have anything to do with our economic difficulties or have promoted planned development in the years of economic expansion? As Erdei wrote and as has since been reaffirmed by others, the county organization became institutionalized, firmly established, and grew into a reality which, rather than letting itself be transformed by the development of productive forces, has itself moulded their shape, at more than one place, within its own frameworks and its own confines over the space of a thousand years indeed.

In my view, the counties have established identities of their own and have articulated specific interests of their own, which argue all for retaining the existing pattern of territorial division. But I should also like to point out that, as I have already indicated, the organization of county administration and its functions naturally call for substantive change as part of the effort to streamline local administration.

МОДЕРНИЗАЦИЯ И РЕФОРМА
ГОСУДАРСТВЕННОГО УПРАВЛЕНИЯ

Л. Лёринц

Начиная с 1950 года государственное управление в Венгрии перешло ряд изменений, но значительные реформы обошли его. Причинами тяжеловатого приспособления венгерского государственного управления к изменениям являются устарелость сороколетней структуры и принципов деятельности, а также высокая степень централизации.

Reform in public administration

LA MODERNISATION ET LA RÉFORME
DE L'ADMINISTRATION PUBLIQUE

L. Lőrincz

Bien que l'administration publique hongroise ait subi depuis 1950 de nombreux changements, les réformes d'une grande portée l'ont évitée. La structure établie il y a 40 ans, la désuétude des principes de fonctionnement, le haut degré de la centralisation expliquent que l'administration publique hongroise ne suit que difficilement les changements.



О ДАЛЬНЕЙШЕМ РАЗВИТИИ
СИСТЕМЫ СОВЕТОВ

Г. Киленьи

Руководитель Программного Бюро государственно-правовых
исследований Венгерской Академии Наук

В течение двух десятилетий организация Советов в ВНР была двухзвенной: в период от 1950 до 1971 г. Советы существовали на областном, районном и сельском уровнях. Согласно третьему закону о Советах, принятому в 1971 году, коллегиальные органы /Совет и исполком/ районного уровня были упразднены и созданы районные управления, действовавшие на основе единоначалия. В дальнейшем, с 1 января 1984 года, как районные управления так и районы /как территориальные единицы/ были упразднены. Однако в настоящее время органы городских Советов еще принимают участие в управлении сельскими советскими органами со стороны области, поэтому создание двухзвенного /областного и местного/ руководства Советами представляет собой только перспективную цель. Автор хочет внести свой вклад в теоретическое обоснование четвертого закона о Советах и с этой целью излагает свои соображения о будущей роли Совета, исполкома, должностных лиц, комитетов Совета и органов отраслевого управления, а также об их взаимоотношениях, включая все это в процесс дальнейшего развития социалистической демократии.

I.

Результаты ретроспективных анализов, связанных с 35-летием возникновения системы Советов, уже известны. Однако всегда полезно взглянуть на пройденный путь, ведь это дает возможность раскрытия известных тенденций развития и создает тот умственный арсенал, на основании которого ищутся возможные способы дальнейшего развития. Данная статья возникла из желания взглянуть на будущее. В ней хочется высказаться, поразмыслить вслух о том, о чем говорится в заглавии — о возможных организационных формах, развития системы Советов в будущем. Несомненно, что нет готового рецепта для решения. Путь, по которому мы идем, не является проторенным. Наша ответственность сводится к тому, чтобы с учетом отдельных элементов организационных моделей других стран, но не копируя их, разработать те альтернативы, которые могут стать реальными и целесообразными способами дальнейшего развития, исходя из положения сети венгерских населенных пунктов, массового транспорта, культуры в области управления, и т. п. Автор попытается внести свой вклад в это дело и побудить к

коллективному размышлению или, хотя бы, к дискуссии.

В течение последних тридцати пяти лет у нас были изданы три закона о Советах, которые институционализировали три организационные модели, значительно отличавшиеся друг от друга. Несмотря на то, что какое значение мы приписываем этим законам, даже если будем рассматривать их решающими вехами в развитии организации венгерских Советов, нельзя не считаться с теми изменениями, которые произошли в период между изданием старого и нового закона о Советах. Иными словами, в период между двумя законами о Советах сама организация не осталась в статическом положении, а постоянно изменялась, отчасти под влиянием различных мер по территориальной организации, отчасти же в результате экспериментальных или окончательных изменений, внесенных в некоторые элементы организации. Эти изменения означали переход к качественно новому, более высокому рангу регулирования. Это же наблюдалось и в период подготовки третьего закона о Советах, который характеризовался динамичным ростом числа Советов, общих для нескольких сел, сокращением количества районов и экспериментальными формами, введенными по всей стране указом №8/1965 г. /создание единых специализированных административных органов в селах, введение категории крупного села, прекращение двойного подчинения органов отраслевого управления, распространение городского управления на деятельность некоторых сельских Советов/.

В целом, очень значительные изменения произошли также с момента введения третьего закона о Советах, правда, они только отчасти требовали внесения изменений в закон. Без претензии на составление общего списка этих изменений, сошлемся на следующие из них:

- упразднение районов и повсеместное введение пригородной административной системы,
- введение категорий Совета крупного села со статусом города и Совета крупного села под непосредственным руководством области,
- образование управ,
- отрядное развитие сети городов страны,
- слияние районных структур управления в областных городах,
- создание менее разветвленной системы органов отраслево-

го управления в небольших городах,

- введение системы районного или межрайонного делопроизводства в столице,
- широкое распространение административных товариществ,
- новая система ведения хозяйств Советов, обеспечивающая их большую самостоятельность.

Не секрет, что в период подготовки решений не все из указанных изменений встретили общее одобрение. Были, да и сейчас отчасти имеются острые споры, которые отличаются тем, что все участники дискуссии желают добра, но каждый из них по-своему хочет достичь этого добра. Были такие, например, которые всеми средствами боролись против введения системы управ потому, что они опасались "разгромления" системы общих сельских Советов. Некоторые подняли голос протеста против введения категории крупного села под непосредственным руководством области. Отметим, что некоторые лица уже более чем полтора десятилетия не могут примириться с тем, что организационное управление по вертикальной линии специализированной административной организации было заменено управлением, основанном на сферах деятельности, и они упорно защищают организационное управление, даже если это приведет к разгрому специализированной административной организации.

Мы исходим из того, - об этом выше уже говорилось -, что никто из нас, а тем более автор данной статьи, не имеет в кармане философский камень. Однако в интересах продвижения вперед время от времени мы должны способными к обновлению, а это немислимо без отступления от привычек и без тщательной ревизии прежних взглядов. Естественно, что упрямство, преследующее цель изменений любой ценой /если ее не подкреплять рациональными аргументами/ является столь же вредным явлением, как упорное отрицание всякого нового, отбрасывание предложений "экспромтом" только потому, что они не соответствуют прежней концепции отжившей свой век. Альфой полемической культуры является правило, согласно которому не факты должны подстраиваться к нашей концепции, а наоборот, и мы должны дать себя убедить аргументами, будь то они логическими или такими, которые подтверждены фактами на практике.

Если мы уже зашли так далеко, позволим себе сказать не-

сколько слов о роли экспериментов. Полтора-два десятилетия тому назад еще настойчиво держалось "официальное" мнение, согласно которому с государственной организацией, будучи серьезным делом, не следует экспериментировать. Это мнение также сыграло свою роль в том, что — за исключением формы пригородной администрации того времени — эксперименты, предшествовавшие третьему закону о Советах, были введены в качестве общеобязательных по всей стране. С тех пор уже недвусмысленно доказано, что подобный подход — глупость. Именно потому, что государственная организация, более того вся политическая структура является очень серьезным делом, перед введением всеохватывающих изменений хорошую услугу могут оказать эксперименты локального масштаба, ограничивающиеся некоторыми выбранными базовыми единицами. /Об усвоении этого подхода партией свидетельствует то, что задолго до упразднений районов с экспериментальным характером были созданы объединенные городские-уездные комитеты партии, сперва в семи местах, а потом их было два десятка./ "Эксперимент в Тёрёксентмиклоше", а потом экспериментальное применение "модели мелкого города" раз и навсегда рассеяли сомнения, возникшие в системе Советов относительно локальных экспериментов. /Однако надо сказать, что и поныне имеются противники этой модели./ По сути дела, экспериментом было и то, что в городе Дьёр, получившем статус областного города, было создано лишь одно центральное "районное" управление для осуществления компетенции по первой инстанции. Это решение оказалось моделью для других четырех областных городов.

Необходимо подчеркнуть, что эксперимент по своей сущности включает в себя и угрозу ошибок, под которыми подразумевается не только то, что эксперимент не оправдывает надежд /это, естественно, бывает/, но и то, что тот или другой элемент экспериментальной модели не оправдывается на практике. Целью эксперимента является именно обнаружение таких ошибок, а также их исправление перед всеобщим введением. Следовательно, исполнителям эксперимента нельзя исходить из того, что эксперимент должен принести, во что бы то ни стало, результат на сто процентов; по мере возможности они должны сохранить объективность и критический подход.

Существование угрозы ошибок не означает признание обосно-

О дальнейшем развитии системы Советов

ванности непродуманных или неприготовленных экспериментов. В качестве экспериментальных моделей возможно применить следующие организационные формы, при условии что:

- их внедрение входит в перспективную концепцию дальнейшего развития системы Советов,
- их реализация не наталкивается на законодательные трудности, или же эти трудности могут быть устранены на основе делегированных полномочий на соответствующем уровне,
- обеспечены необходимые к их применению объективные и субъективные условия /включая также предварительную подготовку соответствующих работников/,
- тщательный анализ их осуществления обещает пользу, превышающую фактор неопределенности, или, как минимум, ожидается, что в определенной сфере они будут более эффективными или пригодными, чем ранее примененная форма.

II.

Выше уже отмечалась перспективная концепция дальнейшего развития системы Советов. Сразу надо сознаться, что в настоящее время эта концепция существует еще только в общих чертах. Несмотря на то, что создание двухзвенного местного-территориального управления, как перспективная цель, было намечено в политической директиве высокого уровня, однако мало кто знает, что будет означать это двухзвенное, двухступенчатое управление.

Может быть, это утверждение шокирует тех, которые до сих пор думали, что двухзвенное управление ни что иное, как нынешняя система управления Советов, без участия городов в областном руководстве. /Руководители ряда областей уже предложили, что в экспериментальном порядке они готовы ввести двухзвенное управление./ Поэтому мы вынуждены повторить наше разочаровывающее сообщение: двухзвенное управление далеко не столь простое явление, каким оно кажется.

Давайте разберемся сначала с самым простым на вид вопросом - проблемой двух звеньев, двух уровней. Что значит два уровня? Стереотипный ответ - областной и местный уровни. Но в таком случае мы зададим еще один вопрос: о каком областном уровне идет речь? Перед тем как нас обвинят в содействии панике, сразу же

отметим, что в настоящее время, по нашим сведениям, ни соответствующие центральные политические и правительственные органы, ни научные центры не занимаются мыслью всеобщей реформы настоящей системы областей. Однако из этого нельзя сделать вывод, что существующие границы между областями являются вечными.

Тех, кто придерживается другого мнения, прошу взять в руки административную карту страны и хорошо ее изучить. При первом взгляде всякий может убедиться в том, что многие из центров агломераций находятся /в пространственном и во временном отношении/ значительно ближе к центру соседней области, чем к своей области. Достаточно построить мост или дорогу и центр притяжения целых районов может переместиться. А сколько дорог построено у нас в последнее время!

Перед тем, как пригородная система управления получила общее применение, казалось очевидным, что при определении окружающих границ агломераций следует исходить из реальных связей на месте притяжения /занятость рабочей силы, снабжение, обслуживание/. Однако рабочие карты от 1982 года свидетельствуют о том, что оптимальное с точки зрения населения определение границ агломераций вызвало бы необходимость в более или менее значительных поправках границ между областями. Занимающиеся процессом подготовки решений считали, что ошибочно было бы нагрузить и само по себе ответственное решение об упразднении районов иными, сопутствующими проблемами. Поэтому, и только поэтому, образование агломераций произошло без исправления областных границ. Однако это несколько не меняет того факта, что границы между областями уже во многих отношениях устарели и под влиянием урбанизации и развития инфраструктуры этот процесс, наверное, будет продолжаться. И от того, что в определенный момент реальную проблему "прячут под ковер", проблема остается проблемой, и рано или поздно приступить к ее решению.

Здесь коротко отметим еще две проблемы, которые спрятали "под ковер". В первой половине 1970-х годов науке был задан "урок" теоретически изучить вопросы, кажущиеся ключевыми с точки зрения дальнейшего развития системы Советов. В то время научные работы начались по трем темам, являющимся относительно самостоятельными, но все-таки взаимосвязанными. Только одна из них была посвящена перспективной роли районов. После первых попыток

/1975, 1976 годы/ политическое руководство вынесло наконец свое решение по существу в 1983 году. Другие две темы были посвящены совершенствованию управления в столице и структуры управления агломерации Будапешта. Правда, тему управления в столице можно отделить от районных проблем, но ее нельзя отрывать от темы агломерации, и поэтому эти три темы в конечном счете взаимосвязаны. Научное исследование последних двух тем завершилось в 1974 году. /В последние годы Институт организации государственного управления пытается выступить/ в роли "попечителя" достижений законченных исследований, с тем чтобы сравнить их с произошедшими изменениями.¹ Ввиду того, что с января 1984 года проблема районного управления решена, пора вернуться /лучше раньше, чем позже/ к остальным двум темам, к этим "спящим красавицам". Мы не хотим вдаваться в подробности, однако надо сказать, что реальной основой пригородной модели управления является осознание того, что управление не может не принимать во внимание систему многообразных связей между городом и окружающими его населенными пунктами. Сказанному противоречит то, что именно тот город /это — столица/ не имеет пригорода, вокруг которого эти связи притяжения проявляются в самой сильной и интенсивной мере. Столицу и область Пешт нельзя герметически отделить друг от друга. Ведь не только "синие" /столичные/ автобусы ездят в населенные пункты, находящиеся в окрестностях Пешта, и не только столичные телефонные линии включены в некоторые из этих населенных пунктов, но, к счастью, снабженская сфера различных учреждений также не считается с административными границами. В одном из окра-

¹ CSALÓTZKY, GY. — SZAKÁCS, GY.: A budapesti agglomeráció határainak felülvizsgálata: a település-együttésen belüli vonzási kapcsolatok elemzése. Államigazgatási Szervezési Intézet, Budapest, 1982. /ЧАЛОЦКИ, Д. — САКАЧ, Д.: Пересмотр границ будапештской агломерации: анализ связей притяжения внутри группы населенных пунктов. Институт организации государственного управления, Будапешт, 1982./

PÉTERI, G.: A budapesti agglomeráció határainak kijelölése a főváros vonzáskörzetében lévő település elemzése alapján. Államigazgatási Szervezési Intézet, Budapest, 1982. /ПЕТЕРИ, Г.: Определение границ будапештской агломерации на основе анализа населенного пункта, находящегося в сфере притяжения столицы. Институт организации государственного управления, Будапешт, 1982./

Отметим, что группа Института организации государственного управления по изучению столицы и в настоящий период проводит исследования по данной теме.

инных районов столицы сейчас строится новый пост противопожарной службы с весьма очевидной целью — распространить свою сферу действия и на пригородные окрестности. Построение противопожарного поста будет означать пересечение границы.

Можно выдвинуть множество аргументов за ревизию столичного управления, более конкретно — за изменение нынешней и устаревшей системы деления на районы. Мы не делаем этого только потому, что этим мы отошли бы от исходной мысли, от утверждения, что дело двухзвенной системы далеко не такое простое явление, как некоторые считают.

Рассмотрим проблему областного уровня в цифровом аспекте. Ведь масштабы и темпы развития непосредственных связей между областным и местным уровнями в значительной мере зависят от числа местных Советов. В области Чонград насчитывается 46 местных Советов, в области Хайду-Бихар — 47 местных Советов; эти областные Советы довольно легко могут вступить в непосредственные связи с относящимися к ним местными Советами, либо по поводу совещания руководителей либо в связи с надзорной проверкой. Однако совсем иная картина, говорящая о серьезных трудностях, скажем, в области Боршод с 159 местными Советами, или в области Пешт, где местных Советов 130. Огромное преимущество нынешней системы пригородного управления заключается в ее гибкости: областные органы с учетом особенностей данной области могут взвешивать, что в руководстве деятельностью органов сельских Советов они в какой мере будут опираться на городские органы. /Единственная исключительная компетенция города по отношению к селам находит выражение в осуществлении властных правомочий, но это не является участием в областном руководстве, а реализацией компетенции, отнесенной к городу. На самом деле, однако, и это можно отнять у него: ведь отнесение Совета крупного села к непосредственному областному руководству автоматически прекращает компетенцию специализированных административных органов города по первой и второй инстанциям, применительно к данному населенному пункту или населенным пунктам./ И в настоящее время есть такая область, в которой надзор за законностью деятельности всех органов Советов крупных сел осуществляется из области, где подавляющее большинство комплексных надзорных проверок выполняется специалистами области, где официальные совещания проводятся

в "одноступенчатом" порядке, с участием представителей всех местных Советов, то есть участие города в областном руководстве здесь минимальное. В то же время в других областях города играют намного более значительную роль и, по-видимому, им и впредь будет принадлежать такая роль.

Однако вопрос "о каком областном уровне идет речь?" имеет не только территориальные аспекты, но и такие, которые оказывают влияние на содержание работы. Если говорить серьезно о развёртывании самостоятельности местных Советов /а мы ведь об этом говорим серьезно/, то необходимо критически пересмотреть взгляды на роль и место управления областного уровня. При изучении проблем местного уровня мы еще вернемся к этому вопросу.

III.

В настоящее время, — исходя из организационной структуры и объема компетенции, в Венгрии существует два вида местных Советов /в рамках одного типа рассматриваются самостоятельные и общие Советы; если же они рассматриваются самостоятельно, то насчитывается одиннадцать видов/. Ими являются следующие:

А/ Местные Советы, действующие в населенных пунктах со статусом села

1/ Сельский Совет представляет собой тип местных Советов, который имеет самую узкую компетенцию. Его общий специализированный административный орган вправе рассматривать ряд категорий административных дел по первой инстанции, но не в силу правовой нормы, а по поручению исполкома областного Совета. Его компетенция по созданию и содержанию предприятий и учреждений является более ограниченной, чем подобная компетенция других местных Советов.

2/ Совет крупного села: его компетенция во многих отношениях напоминает компетенцию городского Совета. С тех пор, как районы упразднены, специализированный административный орган Совета центра агломерации только по нескольким категориям дел осуществляет компетенцию по первой инстанции в отношении крупных сел. По остальным вопросам местного значения, составляющим подавляющее большинство решаемых дел, компетенцию по первой ин-

станции единый специализированный административный орган Совета крупного села. Компетенция этого Совета по созданию и содержанию предприятий и учреждений является более широкой, чем подобная компетенция сельских Советов.

3/ Совет крупного села под непосредственным руководством области: ведомственные полномочия его общего специализированного административного органа совпадает с полномочиями городского Совета. Вышестоящим органом по таким делам является соответствующий отраслевой орган управления областного Совета /то-есть, система инстанций отличается от первых двух типов, в которых вышестоящим органом является соответствующий орган отраслевого управления городского Совета или Совета крупного села со статусом города./ Областные органы осуществляют также надзор за законностью деятельности этих органов и компетенцию по ведению надзорной проверки. Следовательно, органы Совета центра агломерации не принимают участия в управлении деятельностью органов этого Совета на областном уровне. Тем самым полномочия этого Совета и Совета крупного села /п.2/ по руководству предприятиями тождественны. Ввиду того, что территориальная сфера деятельности указанного Совета составляет часть какого-нибудь пригорода, компетентные органы городского Совета осуществляют те полномочия по руководству учреждениями, которые превышают компетенцию Совета крупного села.

4/ Совет крупного села со статусом города. Задачи, компетенция и система связей этого Совета и городского Совета в полной мере совпадают. Он не называется городским Советом только потому, что село, являющееся его местопребыванием, еще не получило статуса города, значит это – де факто городской Совет. Его специализированный административный аппарат делится на отделы таким же образом, как это имеет место в городском Совете. Несмотря на это, между ними в настоящее время имеется два различия. Совет крупного села со статусом города может быть Советом, общим для нескольких населенных пунктов, обладающих правовым положением села, но в отношении городского Совета это исключено. Городской Совет не во всех случаях принимает участие в областном управлении, имеются и города без пригорода /Будапешт, Хайдубёсёрмэнь, Сазхаломбатта, Токай, Туркэвэ/. В то же время рассматриваемый правовой статус может быть предоставлен только

О дальнейшем развитии системы Советов

Советам крупных сел, участвующим в областном управлении, а Советы крупных сел без окружности не обладают им.

Б/ Местные Советы, действующие в населенных пунктах со статусом города

5/ Городской Совет: в стране насчитывается 125 городов и из них 119 имеют указанную категорию Советов. Характер правового положения: полная компетенция по решению местных дел, довольно широкие права по созданию и содержанию предприятий и учреждений, непосредственная связь с областными органами, разветвленный специализированный административный аппарат, по мере необходимости участие в областном руководстве деятельностью сельских Советов и крупных сел; в таких случаях рассматриваемый Совет осуществляет полную ведомственную компетенцию по второй инстанции, распространяющуюся на всю окружность, и компетенцию по первой инстанции в отношении некоторых категорий дел.

6/ Совет областного города. По сравнению с "простым" городским Советом, существенное различие заключается в двухступенчатой управленческой системе и вытекающей из этого своеобразной системе инстанций обжалования /областное городское управление — орган отраслевого управления исполкома Совета областного города — секретарь исполкома Совета областного города/. В сфере властных полномочий и ведомственного руководства областным городским Советам — по сравнению с другими городскими Советами — на основе некоторых все еще действующих законодательных актов о городах областного назначения предоставлены известные дополнительные полномочия.

7/ Районный в столице Совет. Исходя из того, что столица, разделенная на 22 района, составляет один населенный пункт, районный в столице Совет является местным Советом с ограниченным правовым положением. Ограничения вытекают из того, что те задачи, которые затрагивают всю столицу или несколько из ее районов, выполняются столичным Советом, который, кроме этого, вправе предписать выполнение отдельных задач районной специализированной администрации в определенном районе или районах.

IV.

После этого краткого обзора рассмотрим заботы, связанные с дальнейшим развитием системы местных Советов. Первая из них — очевидная сложность, излишняя дифференцированность изложенной системы. Это излишество и наглядно проявляется, если учесть, что в немалых странах мира /к тому же, которых нельзя назвать слаборазвитыми/ местные Советы по правовому положению входят в одну категорию: горное село с населением 150 человек точно так же, как и большой миллионный город. Но если исходить из того, что нынешняя система носит переходный характер, которая в конечном итоге должна привести нас к часто упомянутой двухзвенной системе управления, то уже вовсе нельзя сетовать на нынешнюю дифференцированность; ведь различия в правовом статусе служат, с одной стороны, постепенности перехода, с другой — они нацелены на то, чтобы перед каждой организацией были поставлены такие задачи, с которыми она может справиться.

В переходной системе не могут не быть переходные категории. Таким является прежде всего Совет крупного села с рангом города, который своим существованием обязан неравномерному географическому расположению сети венгерских городов, но предполагается, что он скоро исчезнет. Если 1 января 1984 г. таких Советов было 34, то сегодня их насчитывается 19, и можно надеяться, что в скором времени села, являющиеся их местопребыванием, приобретут ранг города. /В настоящее время мы не рассчитываем на возникновение новых Советов крупных сел с правом города./

Переходной категорией является также Совет крупного села, находящийся под непосредственным руководством области. Это — предшественник местного Совета бывшего двухзвенного управления. По действующему регулированию его форма — половинчатая; по властным полномочиям он считается городом, а учитывая компетенцию по созданию и содержанию учреждений — селом. /Это, естественно, выглядит не совсем так, ведь половинчатый характер возник в результате неосновательной концепции, согласно которой для выполнения указанного, второго круга задач нельзя обеспечить необходимые штатные условия. Эта проблема могла бы быть преодолена на основе применения испытанной организационной формы административного товарищества, но в ходе ускоренных событий ноября 1983

года просто не было времени убедить тех, кто еще не "переварил" даже порядок специализированной административной деятельности, введенный в 1971 году. /Половинчатость усиливается и тем, что при данном типе Совета может создаваться только общий специализированный административный орган; но на уровне определенной штатной численности целесообразность такой общности крайне сомнительна. /К этой проблеме ниже еще вернемся./

Вся система однако в целом характеризуется постепенным преодолением больших различий. Дело в том, что в результате децентрализации компетенций исчезло прежнее качественное различие, имевшее место в статусе Советов, действующих в селах и в городах. Это выражается в том, что уже почти нет различий между типами, указанными в пунктах 4 и 5, но типы п.п. 2 и 3 также не далеки от типа п. 5. Если не учитывать организационную структуру /двухзвенное управление/, то уменьшилось различие и между типами 5 и 6.

Каким будет дальнейший ход развития? Кажется, что дальнейшее развертывание этого процесса состоит в постепенном изменении численной пропорции в рамках типов 1, 2 и 3, в пользу двух последних категорий с одновременным прекращением половинчатого характера типа 3. Говоря о цифрах, отметим, что если в 1960 году число Советов, действующих в селах, составило 3.024, то сегодня их насчитывается 1.369, включая также 19 Советов крупных сел со статусом города. Однако мы считаем, что создание двухступенчатой системы управления требует дальнейшего значительного сокращения этого числа, и именно такого сокращения, которое в отдельных зонах должно осуществляться дифференцированно, в зависимости от условий сети населенных пунктов. Может быть, это объясняется бедностью нашей фантазии, но при нынешних условиях транспортной, телефонной сети и прочих обстоятельств трудно представить себе двухступенчатое управление, если в каждой области будет насчитываться 100 или хотя бы 80 единиц местных Советов.

Каким образом осуществить требуемое сокращение? Отчасти, путем определенной организационной интеграции, отчасти же с помощью известных организационных мер. Основным типом организационной интеграции мы считаем дальнейшее развитие системы общих Советов крупных сел. В оправдание сказанного мы не будем приво-

дить аргументы – речь идет об организационной форме, испытанной на практике. Однако необходимо остановиться на другой организационной форме: на общих сельских-городских Советах. Самая идея не новая. Институт организации государственного управления еще в ходе предыдущих изменений закона о Советах настаивал на введении этой организационной формы. Как это ни странно, эта форма также является правовым институтом, испытанным на практике. Ведь первоначально 14 из 34 Советов крупных сел с рангом города были общими Советами. Говоря выше о четвертом типе местных Советов, мы сказали, что это, на самом деле, городской Совет, поэтому указанные 14 организационные единицы спокойно можно рассматривать как экспериментальную базу организационной формы общего сельско-городского Совета. Итак, эксперимент удался; оказалось, что динамически развивающееся/"почти что город"/ село, являющееся местопребыванием Совета, беспрепятственно может жить вместе со своими периферийными селами. По иронии судьбы и вследствие отсутствия легализации организационной формы общего городско-сельского Совета, это беспрепятственное сожительство должно быть прекращено как только село, являющееся местопребыванием Совета, получает "официальную бумагу" о том, что оно – город. Возможные формы упразднения сожительства:

- слияние периферийного села с селом, являющимся местопребыванием Совета,
- образование самостоятельного Совета для периферийного села,
- образование Совета, общего для периферийного села и других населенных пунктов.

Надо сказать, что за исключением некоторых населенных пунктов, обладающих благоприятными местными условиями /например, когда периферийное село почти встраивается в город/, применение этих методов не является целесообразным. Дело в том, что мы не поддерживаем ни объединение с городом такого села, которое находится в 6-8 км от города и располагает самостоятельной жизнью населенного пункта, ни организацию самостоятельного Совета для населенного пункта с населением 800-1200 человек. Наихудшим вариантом является тот случай, когда село, привязанное множеством нитей к новому городу, организовывается в общий Совет, местопребыванием которого является село, расположенное в противо-

ложном направлении.

Хотелось бы подчеркнуть: здесь мы не говорим об общем Совете крупного села с правом города /их количество сократилось до 8 после последнего придания населенным пунктам статуса города/. Общий городской-сельский Совет как организационная форма считается приемлемым для формирования связей народного представительства и управления городов и сельских населенных пунктов, входящих в сферу притяжения городов. Сущность этой модели состоит в том, что сельский населенный пункт не лишается правового статуса села, имеет свою управу и своих представителей в общем коллегиальном органе, а его жители получают специализированное административное "обслуживание" на городском уровне. Мы, конечно, знаем и возражения противников всякого нового: такое сожителство не может привести к добру — ведь периферийные села находятся в стесненном положении, так как члены Совета, избранные в городе, имеют большинство голосов в отношении тех членов Совета, которые избраны в селах. На это мы можем дать следующий ответ: демократия общественной жизни является не просто математическим вопросом. Например, в Государственном Собрании ВНР подавляющее большинство депутатов избирается не на основе национальной принадлежности и они находятся в подавляющем большинстве в отношении тех депутатов, которые избираются из национальной принадлежности. Но вовсе не это обстоятельство определяет национальную политику нашей страны. При математическом подходе к демократии не было бы созданы и общие сельские Советы. Ведь члены Совета, избранные в динамически развивающемся селе с населением 6.000 человек, являющемся местопребыванием Совета, превосходят своей численностью депутатов периферийных сел с населением 800 или 1.200 человек. Однако за 35 лет существования системы Советов уже сложилась такая культура общественной жизни, такая терпимость к меньшинству, которая стала органической частью нашей политики и которая исключает злоупотребление численным перевесом в общем представительном органе группы населенных пунктов, нуждающихся в взаимной помощи.

Что же касается стратегии по сокращению числа сельских единиц Советов, по нашему мнению, она имеет два центральных элемента: во внутреннем кольце сферы притяжения города — создание организационной формы общего городского-сельского Совета, а во

внешнем кольце – широкое применение организационной формы общего Совета крупного села и постепенное распространение непосредственного руководства из области. Мы сознательно применяем слово "стратегия", указывая на то, что мы имеем в виду не краткосрочную /1-2 года/ кампанию, а длительный процесс развития, в ходе которого обеспечение штатных условий /профессиональный и стабильный аппарат, деловитые руководители/ играет столь же важную роль, как улучшение массового транспорта. Применительно к двум организационным формам целесообразно указать, что образование управ создает качественно новые условия для более широкого применения общих представительных форм. Раньше население – не без основания – высказалось против интеграции, ссылаясь на то, что в результате "отступления государства" положение периферийного села ухудшается в повышенной степени: оно теряет не только свой административный орган, но и свой представительный орган, и в селе не остается лицо, которое олицетворяло бы собой хранителя доверия населения и местного представителя государства, к которому люди могли бы обращаться со своими заботами и проблемами. Без этого населенный пункт, даже если он сохранит за собой правовое положение села, будет бесправным ведь его статус – пустая форма, без содержания. Первый опыт деятельности управ свидетельствует о том, что данная организационная форма соответствует социально-политическим требованиям, то-есть управы не только оформляют и реализуют интересы периферийного села, но они стали также главным двигателем местной общественной жизни.

На основе опыта некоторых социалистических стран, /например, Болгария/, а также учитывая отечественные стремления к новым, рациональным решениям, надо бы подумать о создании управ не только в периферийных селах, но и в тех территориальных единицах городов, которые являются относительно самостоятельными и которые имеют особые интересы; мы имеем в виду бывшие села, расположенные в 4-5 км от города, объединившиеся с городом, или отдельные части города /зеленые районы города, новый микрорайон/. В январе 1986 г. после того, как некоторые села приобрели статус города, это уже получило применение с экспериментальным характером /за неимением лучшего/ в двух бывших селах, объединенных с городом.

О дальнейшем развитии системы Советов

Само наличие управы, естественно, не решит всех проблем жителей периферийных сел. Надо позаботиться и о том, чтобы предводитель или иное лицо на месте располагал соответствующим количеством информационных листов /например, о строительных работах, подлежащих заявлению и разрешению, и т.п./, формуляров для ходатайства, гербовых марок; это необходимо для того, чтобы информации или официальные бланки были доступны жителям на месте, чтобы оградить их от вынужденных поездок в ущерб работе в село, являющееся местопребыванием Совета. Систему приема граждан и делопроизводства на месте также следует улучшить, ведь много лишних поездок можно предотвратить путем рассмотрения административных правонарушений на месте или же, например, тем, что технический делопроизводитель во второй половине каждого вторника будет находиться в данном периферийном селе для приема сторон, а также с целью осуществления очередных осмотров на месте и официальных проверок.

Говоря об организационных мерах, надо сказать, что к ним следует отнести также образование административных товариществ. Они уже оправдали себя в ряде области работы и способствовали принятию решений по специальным вопросам на уровне, соответствующем населенным пунктам. /В виде исключения, желательный результат по отдельным категориям дел был достигнут именно в результате отдаления уровня решения. Например, из-за социологической зависимости Совета, для дел по административным правонарушениям местных хозяйственных руководителей характерным является не строгое применение закона, а их прекращение путем предупреждения. Однако товарищества области Ноград по административным правонарушениям не находятся в такой зависимости и они стали значительными факторами укрепления государственной и гражданской ответственности./ В перспективе административные товарищества могут принять к своему производству некоторые виды дел, по которым в настоящее время компетенцию по первой инстанции и в отношении пригорода осуществляют специализированные административные органы города /например, экспроприация, надзор за законностью деятельности местных обществ/.

V.

Формирование местного уровня двухзвенного управления является, естественно, не только вопросом цифр. Дальнейшее сокращение числа местных административных единиц, несомненно, очень важно. Но речь идет далеко не только об этом, а на самом деле о комплексном пересмотре всей системы организации Советов, и в рамках этого, роли и места каждого типа органов.

Наше размышление начнем о сущности самоуправления.

Известно, что был период, когда выражение "самоуправление" не считалось приличным, так как по официальному мнению, самоуправление олицетворяет собой определенное противостояние центральной государственной воли, а потому самоуправление — несовместимо с демократическим централизмом. За этим последовал период, когда идея о самоуправлении постепенно стала признаваться, но это признание происходило вне сферы государственного аппарата, а в области деятельности обществ и кооперативов. Это было важным шагом вперед, осознанием того, что форма самоуправления не чужда политическому устройству социалистического общества, более того, предоставление самоуправления определенной общности может стать источником полезных общественных энергий, явившихся раньше латентными. После этого последовало признание того, что самоуправление может иметь основание для своего существования также в рамках государственного аппарата. Это признание происходило в период подготовки третьего закона о Советах, когда идея самоуправления Советов в качестве лозунга была выдвинута в отношении управления и она нашла отражение также в тексте закона. После этого наступил период временного застоя и отступления назад: некоторые авторы в своих статьях заговорили о том, что Советы не являются органами самоуправления, они — органы, имеющие характер самоуправления. Другими словами, они являются и самоуправляемыми и несамоуправляемыми органами /что и говорить, в этом было много истины/. Однако наука до сих пор остается в долгу относительно разработки теоретических основ социалистического самоуправления. Это утверждение общепринято и оно относится не только к территориальным органам самоуправления. В настоящее время подобная неясность наблюдается и в оценке Венгерской Академии наук как профессионального /научного/

62

О дальнейшем развитии системы Советов

органа самоуправления, входящего в состав государственной организации. Но теоретики с большой осторожностью обращаются также с вопросом о квалификации характера государственных предприятий, выбывших из-под руководства государственного управления.

Хотелось бы подчеркнуть, что это очень важный вопрос, который нельзя просто одним махом решить. Поэтому ниже мы не ставим себе задачи разработать научные основы самоуправления Советов /хотя решение этого вопроса уже нельзя откладывать в долгий ящик/, а всего лишь изложим наше мнение по некоторым вопросам ключевой важности.

Мы исходим из того, что Советы как органы самоуправления составляют часть государственного аппарата и они de lege ferenda останутся таковыми. Следовательно, самоуправление в Советах не направляется ни на отрицание государственного характера Советов, ни на их отдаление от государственного аппарата. Наша модель мышления не такова, при которой на одной стороне находятся государственные органы, а на другой – местные-территориальные органы самоуправления. Мы придерживаемся мнения, что нет никаких противоречий между государственным характером Советов и их характером самоуправления. Усиление у Советов характера самоуправления одновременно означает и укрепление социалистического государственного аппарата. Иными словами, развитие самоуправления представляет собой процесс в рамках государственного аппарата.

Наш следующий тезис: Советы выполняют не только задачи самоуправления. Они и впредь обязаны участвовать в осуществлении центральной государственной воли и направлении деятельности его органов в этой области. Тем не менее, мы считаем необходимым более конкретное разграничение этих двух сфер деятельности. Разграничение имело бы не только теоретическое значение, но оно повлекло бы за собой важные практические последствия, из которых выделим два. По делам, отнесенным к сфере самоуправления;

а/ сохранилось бы центральное государственное руководство, воплощающееся в правовых нормах, но оно носило бы рамочный характер и обеспечило бы органам самоуправления широкое поле действия, а в случае необходимости – возможность для местного регулирования, выражающего местные особенности;

б/ последовали бы изменения в системе инстанций обжалова-

ния, она стала бы горизонтальной по делам, относящимся к этому кругу. Здесь возможен ряд способов решений. Одним из них могло быть то, что дела по первой инстанции рассматривались бы отраслевым органом управления, по второй инстанции — трехчленной комиссией обжалования во главе с секретарем исполкома, в деятельности которой члены Совета также приняли бы участие. Следовательно, в деятельности данной комиссии одновременно были бы отражены аспекты профессиональности, законности, справедливости и целесообразности. При горизонтальной системе инстанций обжалования можно было бы достичь, чтобы решения по местным делам не выносились незаинтересованным вышестоящим органом. Ведь незаинтересованность означает не только беспристрастность, но и то, что вышестоящему органу безразлично решение дела: он находится далеко от данного населенного пункта и не несет отрицательные последствия возможного плохого решения. /Отметим, что в областных городах система инстанций обжалования и в настоящее время является горизонтальной./ При этой форме не было бы возможности для заявления ходатайства о пересмотре по делам, отнесенным к компетенции самоуправления, но в отношении правонарушений могло быть применено судебное обжалование. /Общее обеспечение возможности судебного пересмотра и закрепление исключений в законодательном акте высшего ранга входят в назревшие проблемы развития государственного управления, безотносительно к дальнейшему развитию системы Советов./ Отмежевание дел, входящих в компетенцию самоуправления, от осуществления центральной государственной воли можно было бы закрепить в законе о Советах и в особой правовой норме об установлении компетенций. Ввиду того, что компетенция организации самоуправления и ее органов в обеих категориях дел является, в основном, производной — то есть она олицетворяет власть, делегированную вышестоящими государственными органами —, между ними не установлены вечные, естественно-правовые границы; группу дел, отнесенных к сфере самоуправления, постепенно можно и расширять.

Третье исходное положение — институты представительной и непосредственной демократии не являются взаимоисключающими категориями. Вполне понятно, что система Советов в целом и в дальнейшем будет основываться на почве представительной демократии. Однако она может и должна дополнена усовершенствованными видо-

О дальнейшем развитии системы Советов

изменениями непосредственной демократии, существующими до сих пор в довольно рудиментарной форме. События, связанные с работой станции по сжиганию отходов в г. Дорог, опыт сельских сходов и дискуссии относительно местного налога о развитии населенных пунктов – все это подтверждает, что местные общины все больше и больше претендуют на то, чтобы избиратели получили не только консультативную, но и решающую роль в вопросах, имеющих особую важность с точки зрения жизни данного поселка или группы населенных пунктов. Поэтому обоснованно как можно скорее урегулировать институт местного референдума.

По нашему мнению, местный референдум мог бы иметь место при условии, что

- это предусматривается правовой нормой высшего ранга,
- Совет по собственной инициативе ставит вопрос, отнесенный к его компетенции, на местное голосование,
- часть местных избирателей, определенная законодательством, выдвигает предложение о проведении местного референдума по вопросу, отнесенному к компетенции Совета или управы.² /При определении необходимого числа избирателей стоило бы исходить из реальностей, из рационально ожидаемой степени спонтанной самоорганизации, однако возможно и дифференцированное регулирование. В населенном пункте с численностью 10.000 человек без всяких трудностей можно приобрести подпись одной трети избирателей, однако в городе средней величины это практически невозможно./

В перечисленных случаях результат местного референдума стал бы таким решением дела по существу, которого Совет не мог бы изменить своим решением. Именно поэтому при проведении местного

2

Следовательно, рассматриваемый нами круг проблем шире предварительной концепции Института организации государственного управления.

См.: KARA, P. – WIENER, GY.: A népszavazás bevezetésének lehetősége a helyi tanácsoknál /prekonceptió/. Államigazgatási Szervezési Intézet, Budapest, 1985. /КАРА, П. – ВИНЕР, ДЬ.: Возможность введения референдума в местных Советах /предварительная концепция/. Институт организации государственного управления, Будапешт, 1985./

голосования о принятии законопроекта целесообразно ввести предварительную гарантию законности во избежание последующего обнаруживания того факта, что проект, принятый путем опроса местного населения, противоречит закону. /Однако Президиуму ВНР можно было бы предоставить право изменить или отменить те решения, которые приняты в результате местного референдума, но которые противоречат закону или нарушают интересы общества. Высокий ранг этого органа явился бы гарантией реализации реальных, а не мнимых общественных интересов./ Наряду с введением института местного референдума – включая также право сельского схода мелких поселений на принятие решений по существу –, и в дальнейшем следует сохранить такие консультативные формы непосредственной демократии, как общественное обсуждение проектов постановлений Совета, сельские сходы или же выполняющие подобную роль совещания жителей квартала больших населенных пунктов, обсуждение общественными жюри проектов важных с точки зрения градостроительства зданий и т.п. Правда, эти форумы не правомочны решить дело по существу, но они вовлекают избирателей в подготовку важнейших решений, поэтому они могут стать важными средствами открытой политики по отношению к населенным пунктам, подобно распространяющейся системе местного кабельного телевидения.

VI.

После изложения некоторых соображений относительно самоуправления, представляется уместным высказаться о роли важнейших структурных элементов организации местных Советов в будущем. В этой связи еще раз отметим, что в различных странах, в том числе и социалистических, существует ряд организационных моделей. Излагаемая ниже форма представляет собой одну из возможных структур, которую автор считает подходящим, правильным.

В другом месте мы уже отметили, что демократия – это не простой математический вопрос. Уже давно устарела концепция, согласно которой основным мериллом демократии является число членов Совета. Дело обстоит почти наоборот: чем больше членов насчитывает определенный коллегиальный орган, тем менее проявляется его гибкость. Об этом прямо говорят такие проблемы, как редкость проведения заседаний, переход фактического руководства

О дальнейшем развитии системы Советов

к узкой коллегии, высокая зависимость коллегиального органа от специализированного административного аппарата, подготавливающего решения. В конечном итоге, все это говорит о формальной роли коллегиального органа.

Соответствующее дополнение представительной демократии институтами непосредственной демократии, то есть если избирателям обеспечивается широкая возможность высказать свое мнение по общественным делам, создает реальную основу для того, чтобы Совет стал рабочим органом с небольшой численностью, члены которого располагают большей информацией; обладая ею и обсуждая важные вопросы по двум кругам, они являются хозяевами процесса подготовки решений, чаще заседают и фактически осуществляют все правомочия Совета /то есть, нет необходимости в передаче права осуществления компетенции, ведь каждый орган сам осуществляет отнесенные к нему правомочия/. Все это означает и то, что фактический вес власти Совета и исполкома и их взаимоотношения изменяются и исполком становится тем, что вытекает из его названия — органом, организующим и координирующим исполнения решений Совета. Если это на самом деле так, то есть если Совет становится ареной согласования интересов и принятия решений по существу, то это может оказать воздействие и на состав исполкома, который должен приспособливаться к кругу задач. Следовательно, когда исполком выступает не как орган, замещающий Совет и осуществляющий некоторые его полномочия, тогда нет необходимости в том, чтобы исполком "красовался" в качестве "маленького представительного органа", и чтобы для сохранения этой видимости, был дополнен "простыми" членами Совета, которые, по сравнению с должностными лицами, находятся в числовом большинстве, но ни по информированности, ни по подготовленности, ни по весу слов они с ними не входят в одну весовую категорию. Исполком, наделенный отмеченными нами задачами, не является представительным органом и он не должен быть им, поэтому он спокойно может состоять из "профессионалов". /К вопросу о конкретном его составе ниже еще вернемся./

"Перемещение центра тяжести" между Советом и исполкомом, /то есть, выдвижение представительного органа на передний план/ в силу необходимости оказывает влияние на деятельность председателя Совета и секретаря исполкома, а также на разделение тру-

да между ними. Говоря на языке не юриста-профессионала, первый является "первым лицом коллегиального органа", а второй – "первым лицом аппарата". Этим мы хотим выразить, что в деятельности председателя доминирующим является общественно-политический элемент, в центре его работы стоят задачи коллегиального органа по подготовке решений, уходу за исполнением постановлений и осуществлению представительства органа. Секретарь является официальной главой аппарата, который организует исполнение коллегиальных решений, осуществляет оперативную координацию и надзор за законностью в области специализированной административной деятельности. Но в то же время мы, со своей стороны, категорически выступаем против мнения, согласно которому председатель является "политическим деятелем", а секретарь исполкома /которого в будущем, быть может, следует именовать иначе/ – "чиновником". По нашему мнению, деятельность секретаря исполкома имеет политическое содержание в такой же мере, как и деятельность председателя, но все это выражается по-другому. С другой же стороны, председатель необязательно должен быть специалистом в области государственного управления, но если он разбирается в государственной администрации, то это не означает, что он не может быть отличным председателем. Иными словами, "непрофессиональность" не должна служить критерием при выборе председателя, его общественно-политическое мировоззрение вовсе не пострадает от того, что он случайно знает работу Совета. Это надо подчеркнуть потому, что иногда встречаются такие мнения, что административные знания председателя являются исключаящим мотивом, ибо если они налицо, то председатель может "поплыть по течению" административного аппарата. Однако человек, знающий государственное управление, вряд ли будет "плыть по течению", это скорее случится с тем, у которого только туманные представления о работе Совета. Председатели Советов знают, что возглавлять Совет населенного пункта или несколько пунктов – это нелегкая профессия, которую надо усваивать точно так же, как и иные профессии, связанные с ответственным постом. Но ведь усвоение профессии не означает непригодности к должности. Кстати сказать, председателем Совета может стать рабочий, преподаватель, экономист, инженер-аграрник и – да простит мне всевышний! – юрист или специалист по организации управления.

О дальнейшем развитии системы Советов

Усиление роли Совета в обязательном порядке влечет за собой повышение оценки деятельности комиссий. Некоторые требуют предоставления комиссиям права на принятие индивидуальных решений. Нам известны такие зарубежные модели /функционирующие неплохо!/, в рамках которых комиссии выполняют определяющую роль в специализированной административной деятельности, а деятельность аппарата с незначительной численностью ограничивается, по сути дела, "обслуживанием" комиссий, подготовкой и оформлением их решений. С учетом отечественных условий мы все-таки не в этом видим возможности для дальнейшего развития деятельности комиссий.

Мы считаем, что работа комиссий должна стать более весомой в ходе подготовки решений Совета. Кажется, что избрание специалиста-нечлена Совета в состав комиссии оправдало себя. Этим Совет может обеспечить, чтобы специальные и служебные знания аппарата подверглись контролю со стороны другого органа, который связан с Советом и обладает необходимым профессиональным значением, жизненным опытом. Этот контроль либо подкрепляет предложения аппарата /усиливает профессиональную основу решения Совета/ либо обнаруживает их возможные недостатки, но порою способствует принятию альтернативных решений. Не исключено и то, что разработку какого-нибудь предложения Совет поручает комиссии /а специализированная административная организация работает "на руку" комиссии/. В последние годы наблюдается отрадное оживление деятельности комиссий Государственного Собрания и это может послужить примером также для комиссий Советов. В ходе подготовки к заседанию Совета председатель может использовать опыт своего участия на заседаниях соответствующих комиссий, или же он может созвать рабочее совещание с участием председателей комиссий при подготовке комплексных предложений.

Регулирование правового положения специализированной административной организации также является важным вопросом. В недалеком прошлом состоялось обсуждение статьи на эту тему,³ на

³MÜLLER, GY.: A tanácsai szakigazgatási szervezet jogi helyzetének egyes problémái. "A közigazgatás fejlesztésének komplex tudományos vizsgálata" országos szintű kutatási főirány

котором присутствовали почти все выдающиеся представители венгерской науки административного права и многие из специалистов-практиков. Мнения по данному вопросу были высказаны весьма различные. Некоторые участники отметили, что концепция самостоятельности /юридической личности и невозможности изъятия определенных полномочий/ специализированных административных органов является излишней и устаревшей. Другие выступили в защиту самостоятельности, утверждая, что она является важной гарантией осуществления законности и аспектов профессиональной политики, которую обязательно надо сохранить.

Мы со своей стороны подходим к данному вопросу с практической стороны. Известно, что в свое время законодательные акты положения о компетенции адресовали отделам /например, в качестве органа, рассматривающего дело, был отмечен отдел управления исполкома городского Совета/. Ввиду того, что это было несовместимо с положениями третьего закона о Советах, с момента введения в действие решения правительства №1030/от 8 июля 1971 г. адресатами являются "органы отраслевого управления исполкома... Совета, выполняющие задачу..."

До поры до времени такая передача компетенции соответствовала требованиям, однозначно определялся орган, уполномоченный рассматривать дело. Однако в настоящее время этот способ также устарел. Напомним, что со времени широкого применения "модели небольшого города" исполком городского Совета имеет не один, а два органа отраслевого управления в области строительства, здравоохранения, торговли, и т.п.; разделение труда между ними /дифференцированное в зависимости от города/ устанавливается не центральным предписанием, а нормой Совета /например, ведомственные налоговые правомочия в одном городе осуществляют ведомственным отделом, а в другом городе - отделом коммунального развития и хозяйства/. Возьмем другой пример: разрешение на право

Programirodaja, Budapest, 1985. /МЮЛЛЕР, Д.: Некоторые проблемы правового положения специализированного административного органа Советов. Программное бюро главного направления исследования на общегосударственном уровне по теме "Комплексное научное исследование развития государственного управления", Будапешт, 1985./

непромысловой рыбной ловли выдается специализированным административным органом исполкома областного Совета, выполняющим сельскохозяйственные и продовольственные задачи. В столице эту компетенцию осуществляет Бюро приема граждан исполкома столичного Совета, которое вообще не является самостоятельным отраслевым органом управления; оно ведь входит в состав Главного отдела управления, значит при всем желании его нельзя рассматривать в качестве органа отраслевого управления, выполняющего сельскохозяйственные задачи. Кажется, что порядок передачи полномочий, установленный в 1971 году, нуждается в пересмотре.

И еще один практический вопрос: Управление по делам Советов при Совете Министров по какой причине считает, что единый специализированный административный орган сел является "совершенным" и почему оно высказалось против создания разветвленной системы специализированного управления в Советах крупных сел под непосредственным руководством области? Разве в Управлении не известно, что сверх определенной численности единство является фикцией, что специализированный административный орган делится на относительно самостоятельные организационные единицы? Об этом и речи не может быть. За сохранение видимости единства говорит веский аргумент, а именно: в рамках единой специализированной административной организации можно перегруппировать задачи и рабочую силу довольно гибко и быстро, и что важное — исключается вмешательство вышестоящих органов. Однако в разветвленной организации это отнюдь не так просто, ведь, например, согласно постановлению о порядке исполнения закона о Советах, если местный Совет намерен перегруппировать задачи между органами отраслевого управления, то об этом предварительно должен запросить мнение исполкома столичного/областного Совета. Зная социологическую расстановку сил, здесь речь идет о таком мнении, которое, мягко говоря, целесообразно учесть. Хотя в законодательстве не предусматривается право вмешательства при перегруппировке численного состава, практический опыт свидетельствует о том, что вышестоящие органы отраслевого управления вообще упорно защищают численный состав подчиненных им специализированных административных единиц, препятствуя стремлениям Совета к улучшению использования рабочей силы, к равномерному распределению нагрузки. /Отметим, что перегруппировка численного

состава между различными органами отраслевого управления с точки зрения трудового права является более сложной, чем это имеет место в пределах единого специализированного административного органа, ведь назначение работника касается конкретной сферы работы определенного специализированного административного органа./

Итак, сейчас дело сводится к тому, что два важных практических аргумента говорят против нынешней разветвленной системы специализированного административного управления. Сущность первого аргумента состоит в том, что если принять всерьез п. д/ абз. 1 §12 закона о Советах, предоставляющий Совету право самостоятельно определять организацию специализированной администрации /на это право Совета можно повлиять только с помощью необязательных директив/, и если учесть, что Совет вправе установить разделение труда между специализированными административными органами, то предусмотренная законодательством форма передачи компетенции считается неприменимой. Другой аргумент состоит в том, что разветвленная структура мешает быстрой, гибкой, способной учитывать задачи момента перегруппировке рабочей силы.

Этим аргументам противостоит заслуживающая весьма серьезного внимания точка зрения, согласно которой самостоятельность специализированного административного органа, исключение возможности передачи его компетенции связаны с такой ценностью, как

- социалистическая законность,
- соответствующая реализация профессиональных и отраслевых интересов,
- исключение протекционизма из делопроизводства.

Разве противоположность между противостоящими аргументами является непримиримой? По нашему мнению, нет. Мы считаем возможным создание такого специализированного административного аппарата, который очень похож на модель районного управления, оправдывавшего себя в свое время. Характерными чертами указанной возможной модели могли бы быть:

а/ Специализированный административный аппарат составляет единое целое, в рамках которого имеет место внутреннее разделение труда, то есть существуют организационные единицы.

О дальнейшем развитии системы Советов

б/ Адресатом полномочий является "специализированный административный аппарат исполкома... Совета". Следовательно, правовая норма отмечает только уровень /городской, областной/ решения и размежевает полномочия Совета, исполкома, отдельных должностных лиц и специализированного административного аппарата. Задачей Совета является "разбивка" полномочий специализированного административного аппарата по организационным единицам, действующим в данном Совете.

в/ Сотрудники назначаются в штат специализированного административного аппарата. Право назначения, за исключением заведующих отделами, осуществляется секретарем исполкома, который однако может наделить заведующих отделами правом назначения на некоторые должности. Назначение юридически отмежевывается от должности, которая связана с отделами.

г/ При осуществлении ведомственных правомочий отделы являются самостоятельными в сфере деятельности, отнесенной Советом к их компетенции, то есть никто не может давать им обязательное указание о содержании принимаемого решения и никто не может изъять у них полномочия.

Указанную организационную модель мы считаем приемлемой к всем местным единицам будущего двухзвенного управления, ведь сущностью двухзвенного управления является то, что на местном уровне нет существенных различий между компетенциями, то есть с точки зрения компетенции местный уровень приобретает гомогенный характер. В этом плане различия между городом и селом прекращаются: нет различия между полномочиями городского Совета и Совета сельского населенного пункта, имеющего специализированную административную организацию в меньшем составе, чем сегодня. /Естественно, что некоторые категории дел могут решаться и административным товариществом./ Одним из преимуществ этой модели является то, что ее применение прекращает нынешнее шизофреническое состояние секретаря сельисполкома: ведь в настоящее время он в одном лице является руководителем специализированного административного органа и ответственным за надзор законности.

После этого вернемся к вопросу о составе исполнительного комитета. В соответствии с задачами по организации исполнения и осуществлению оперативного согласования, он состоит из секре-

таря исполкома /пока останемся при этом названии/ и из руководителей специализированных административных единиц.

Однако, на наш взгляд, возможно и такое решение, что под руководством председателя Совета создается президиум Совета, состоящий из работающего на общественных началах заместителя /заместителей/ председателя Совета и председателей комиссий, то есть в основном – из числа непрофессионалов. Президиум осуществлял бы задачи по подготовке решений и узкий круг задач по принятию решений. В рамках принятия решений его задачи включали бы, часть дел, отнесенных сейчас к компетенции исполкома, далее, определение "адресатов" правомочий, возложенный новым законодательством на организацию специализированной администрации. Надо подчеркнуть, что это выдвинуто нами в качестве организационной формы, подлежащей изучению, ведь, может быть, из-за частоты заседаний Совета с небольшой численностью такой орган вообще не нужен или же не везде нужен. /Необходимость в нем может возникнуть в больших городах. Возможно и то, что сам Совет решает вопрос о создании президиума; полномочия президиума там, где его нет, мог бы осуществлять сам Совет./ Секретарь исполкома в качестве постоянного приглашенного принимал бы участие на заседаниях президиума.

В связи с подготовкой заседания Совета и исполнением его решений председатель Совета мог бы давать указания как секретарю исполкома, так и специализированному административному органу /через секретаря/, но данное полномочие и в дальнейшем не распространялось бы на определение содержания индивидуальных ведомственных решений. Было бы прекращено неопределенное и произвольно толкуемое правомочие председателя осуществлять общий надзор, но ему было бы предоставлено право проверять исполнение коллегиальных решений и запрашивать информацию по любому делу. Председатель стал бы должностным лицом, отстаивающим интересы коммунальной политики, развития и благоустройства населенных пунктов, а также организатором взаимодействия последних. В этом качестве он следил бы за работой управ и принимал бы участие в согласовании и реализации тех интересов населенных пунктов или их частей, защита которых определяется управками. Решение вопросов о трудовых отношениях председателя осуществлял бы Совет.

До сих пор мы говорили только о заместителях председателя

Совета, выполняющих свою работу на общественных началах. Это объясняется тем, что в выдвинутой нами модели на местном уровне мы не предусматриваем посты освобожденных заместителей председателя, ответственных за надзорную деятельность. Может быть, в крупных городах понадобится должность освобожденного /общего/ заместителя председателя Совета, однако его функции отличались бы от функций нынешних заместителей, которые по существу являются заведующими главных отделов.

Очень коротко рассмотрим и вопросы, связанные с кадровым составом специализированного органа. Уже в течение долгих лет в виде лозунга повторяется требование, что нам нужен высококвалифицированный, стабильный и немногочисленный аппарат. Увы, от этого мы еще очень далеки, более того, налицо предостерегающее развитие событий. Например, число инженеров-строителей в районных в столице Советах за последние десять лет сократилось с 94 на 24, и это произошло таким образом, что в некоторых районных Советах их вообще нет. Как говорится, поезд тронулся /или может быть, уже уехал?/. Что касается численного состава: в некоторых областях ощущается острая нехватка персонала, способного эффективно выполнять задачи, в других же местах, говоря откровенно, работа могла бы выполняться и с меньшим количеством людей. /Например, по причине недостаточного численного состава эффективность ведомственного контроля в некоторых областях специализированной деятельности весьма печальна./ Вполне очевидно, что необходимо в централизованном порядке повысить уровень материального стимулирования работников, но делу во многом помогло бы прекращение или ослабление административных ограничений, связывающих Советам руки. Более того, рискнем сделать такое замечание, что изредка и в этом нет надобности — надо просто содействовать осознанию того, что такие ограничения не существуют.

Средства массовой информации уже сообщили о том, что в некоторых Советах созданы хозяйственные трудовые товарищества, занимающиеся уборкой помещений. Мы против этого ничего не имеем, но разве нельзя изыскивать такие умственные потенциалы, которые стремились бы к созданию хозяйственных трудовых товариществ не только для проведения уборочных работ? Разве немислимым является то, чтобы хорошо подготовленные технические специалисты проектировали детский сад или другое общественное зда-

ние в рамках временного трудового товарищества? /Можно провести и ряд других примеров./ Мы не призываем к тому, чтобы в сфере ведомственно-властной деятельности следует создать хозяйственные трудовые товарищества. Мы исходим из того, что при неимении должного числа работников, к примеру, 2 каких-либо специалиста, за соответствующее материальное вознаграждение, могли бы пожертвовать частью своего досуга для выполнения задач, рассчитанных на 4 человека /например, надзор за соблюдением договора о пожизненном содержании и уходе можно осуществлять и после работы; ведомственный контроль за текущими строительными работами можно производить по субботам и воскресеньям/. Правило о назначении на должность в зависимости от квалификации также нуждается в пересмотре.

Выполнение ряда рутинных задач – к примеру в области контроля за местами общего пользования, по вопросам исследования социальной среды –, не требует высшего образования. Выполнение этих работ лицами, имеющими среднее образование, привело бы к двойной пользе; с одной стороны, за счет освобождающейся части заработной платы можно было бы усилить материальное стимулирование квалифицированных специалистов, которые заодно избавились бы от бремени рутинных задач и могли бы тратить свою энергию на работы, соответствующие их профессиональной квалификации. Руководство отдельными организационными единицами также трудно обусловить определенной профессиональной квалификацией. На наш взгляд, например, заведующий отделом коммунального развития и хозяйства может быть экономистом, инженерно-техническим работником или же специалистом по организации управления, получившим постградуальное образование по ведению хозяйства Советов.

Следовало бы рассмотреть и хозяйственные условия развертывания самоуправления Советов. Однако для этого потребуются другое исследование, в котором можно подвести итоги применения законодательных актов последних лет, изданных в интересах повышения финансовой самостоятельности Советов; оно могло бы лечь в основу определения путем дальнейшего развития.

VII.

До сих пор мы подробно рассматривали местный уровень двух-

звенного управления. В таком же объеме можно было бы, да и нужно было бы, рассмотреть и областной уровень. Но этого мы делать не станем по двум причинам. Первая из них является очень прозаичной: мы уже и так вышли за пределы предоставленного объема и мы не хотим того, чтобы в силу его беглого рассмотрения создавалось впечатление, будто мы принижаем важность областного уровня. Другой более существенной причиной является то, что мы — сторонники структурного строительства снизу вверх и считаем, что до тех пор, пока нет общего согласия по вопросам местного уровня или, по крайней мере, не станут известными различные концепции, предлагающие и альтернативные решения, подробный анализ о месте и роли областного уровня является преждевременным.

Однако надо отметить, что число важных и нерешенных вопросов в областном управлении не меньше, чем на местном уровне. Прежде всего возникает вопрос о том, что область является ли единицей самоуправления или же только носителем самоуправления Советов. Если область рассматривается в качестве самоуправляемой единицы, то спрашивается: самоуправление области в чем отличается от местного самоуправления? Данный вопрос тесно связан с проблемой представительства интересов местных Советов. Дело в том, что распространяется и усиливается мнение, согласно которому центральное представительство интересов органов местного самоуправления перед органами правления и ведомств не является служебной задачей, и исходя из опыта зарубежных стран, у нас также следует создать всеевропейский /и областной/ союз местных самоуправлений. Нам известно и противоположное мнение, которое исходит из того, что Советы являются частью государственного аппарата, поэтому они не нуждаются в представительстве интересов перед центральными государственными органами. Эту концепцию мы считаем устарелой и теоретически необоснованной. Ведь в политической системе, основанной на однопартийной системе, придается особое значение тому, чтобы различные интересы, иногда сталкивающиеся друг с другом, проявились в институционной форме и получили представительство в ходе подготовки решений. Говоря о различных интересах, мы имеем в виду не только интересы некоторых слоев граждан /молодежи, национальностей, лиц с физическими недостатками, и т.п./. Определенные типы органов /сельскохозяйственные производственные кооперативы, государственные

предприятия, научно-исследовательские институты/ также являются носителями определенных интересов. Нам отнюдь не безразлично, что каким образом регулируются заработная плата, налоговая система и ведение финансового хозяйства в этих организациях. Это наше утверждение носит общий характер, оно высказано без учета существования различных форм собственности. Речь идет всего лишь о том, что все это мы осознали и признали в негосударственной сфере раньше /прежде всего, в различных типах кооперативов/, нежели в государственной сфере; многие все еще считают абсурдной идею о том, что "государственный орган нуждается в представительстве интересов по отношению к государству". Это основано на недоразумении. Представительство и защита интересов требуется не по отношению к государству, а по отношению к порядку вынесения государственного решения – вот чего многие не понимают. Уже давно миновали времена Людовика XIV, который с гордостью заявил, что "государство – это я". У нас ни Министерство финансов, ни Государственное бюро по зарплате и труду, ни Совет Министров не может отождествляться с "государством". Именно с учетом этого начался процесс, который обеспечивает государственным органам, обладающим значительной самостоятельностью /или полномочиями самоуправления/ создание центрального органа представительства интересов, выступающего в качестве общественной организации. По отношению к государственным предприятиям /и не только к тем, которые выбыли из сферы государственного управления/ таким органом является Венгерская Торговая Палата. Советы являются не просто государственными органами, но одновременно также органами самоуправления, и этот факт еще более выделяет необходимость того, чтобы они участвовали в принятии тех решений, которые затрагивают их интересы. Таким образом, здесь речь идет не о служебной задаче, тем более не о задаче центрального органа, принимающего участие в направлении работы Советов.

Может показаться, что мы отошли от вопросов управления областного уровня, но это – видимость. Ведь если допустить существование всевенгерского союза местных Советов /в рамках которого могут быть "секции" Советов курортных и дачных районов или Советов винодельческих районов, которые наряду с общими интересами являются носителями и специфических интересов/, то

О дальнейшем развитии системы Советов

вполне допустимо существование и областного союза, а это создаст совершенно новое положение с точки зрения задач и структуры государственной организации областного уровня. На этом мы приостанавливаем ход рассуждений, надеемся, что другие продолжат его.

Кому можно поручить институционное представительство в областном органе? Только местным Советам или также местным советам профсоюзов и производственных кооперативов? В некоторых социалистических странах уже дан ответ на этот вопрос. /Но подобная проблема возникает и на местном уровне; например, кто представляет интересы владельцев дач, которые не являются постоянными жителями данного населенного пункта, но составляют большинство проживающих в данном районе? Допустимо ли, чтобы в ходе местного референдума по вопросам, влекущим за собой материально-финансовые обязанности, правом голоса пользовалось только "туземное" население, составляющее /скажем/ 30 процентов всех жителей?/ Должна ли партия "внедряться" в систему областного управления или же ей следует остаться наружу? /Практика социалистических стран в этом вопросе также не единообразна./

Как и по каким принципам следует построить областное специализированное административное управление? /В его рамках организационному решению государственного надзора за законностью и социальной политике принадлежит приоритет во времени, но желательно, чтобы оно органически вышло в еще неразработанную концепцию дальнейшего развития всей организации./ Что делать со специализированными административными институтами, находящимися в половинчатом правовом положении, в отношении которых вертикальная линия руководства усилилась в последние годы? В зависимости от деления специализированной административной организации, есть ли нужда в заместителях председателя, которые на основе права "надзора за деятельностью" по существу являются заведующими главотделов? Думаем, что перечень тех вопросов, которыми хотелось указать на вес и многогранность нерешенных проблем, нет смысла продолжать.

Мы заканчиваем наше повествование с тем, чем начали: данная статья ни что иное, как размышление вслух. Хотя большинство рассмотренных нами схематично проблем требует решения только в перспективе, но это вовсе не означает того, что мы не должны

Г. Киленьи

знать наш завтрашний и послезавтрашний шаг, а также более отдаленные цели. Науке "урок" задан, но не помещает, даже будет желательным, если определение контуров будущего не будет рассматриваться внутренним делом того или другого научного центра, и если практические работники по государственному управлению также примут участие в коллективном раздумье. Сохраняя за собой право ошибаться, автор попытался содействовать именно этому.

FURTHER DEVELOPMENT OF THE COUNCIL SYSTEM

G. Kilényi

The council organization had three layers in Hungary for two decades: between 1950 and 1971 councils operated on county, district and village level. The third council act adapted in 1971 has eliminated the corporative organs /councils and executive committees/ and provided the establishment of one-person management of district authorities. Later on, January 1, 1984 both the district authorities and the districts as territorial units ceased to exist. Recently, however, the city council organs still participate in the county-level guidance of the village council organs, therefore the development of a two-level /county and local/ council administration is only a perspective, an aim for the future. The author intends to contribute to the theoretical bases of the fourth act, namely he explains his ideas on the future role and mutual relations of the council, the executive committee, the officials, the council-level committees and special organs, finding place for them in the process of the further development of socialist democracy.

LE DEVELOPPEMENT DE L'ORGANISME DES CONSEILS

G. Kilényi

En Hongrie, l'organisme des conseils a eu pendant deux décennies trois échelons: entre 1950 et 1971 les conseils ont fonctionné au niveau des départements, des districts et des communes. La troisième loi sur les conseils, adoptée en 1971, a supprimé les organes collégiaux /les conseils et les comités exécutifs/ au niveau des districts, établissant des bureaux de districts sous la direction d'une seule personne. Plus tard, le 1^{er} janvier 1984, et les bureaux de districts et les districts eux-mêmes ont été supprimés en tant qu'unités territoriales. Néanmoins, à l'heure actuelle les organes des conseils des villes participent encore au niveau départemental à la direction des organes des conseils communaux, par conséquent l'établissement de l'administration des conseils à deux niveaux /dépar-

temental et local/ n'est qu'un but à réaliser dans l'avenir. L'auteur se propose de contribuer à la création des bases théoriques de la quatrième loi sur les conseils, en exposant sa conception du rôle futur et des relations mutuelles du conseil, du comité exécutif, des fonctionnaires, des commissions des conseils et des organes administratives spécialisées, et les intègre dans le processus du développement progressif de la démocratie socialiste.



ÜBER DIE NOVELLE DES UNGARISCHEN FAMILIENGESETZBUCHES*
- Gesetz Nr. IV 1986 -

E. Weiss
Professor
Eötvös Loránd Universität, Budapest

Die Änderungen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen, insbesondere aber der Familienverhältnisse geben Grund zu einer neuen umfassenden novellaren Änderung des ungarischen Familiengesetzes. Das neue Gesetz, Gesetz Nr. IV vom Jahre 1986 trat am 1. Juli 1987 in Kraft.

Die Abhandlung weist einige von den Fragen vor, in denen das neue Gesetz Änderung brachte, auch die Gründe und den Hintergrund der Änderung ermittelnd. Es gewährt eine Information

*Als Vorbereitungsarbeiten zum Gesetzesentwurf gab das Ministerium für Justizwesen drei Studienbände aus: Család, társadalom és jog (Familie, Gesellschaft und Recht) 1982, Családjogunk fejlődésének kérdései (Probleme der Entwicklung unseres Familienrechts) 1983, und Családvédelem és jogalkalmazás (Familienschutz und Rechtsanwendung) 1984. Ein Teil der Abhandlungen dieser Werke untersucht die aufgrund des früheren Gesetzes herausgeformte gerichtliche und vormundschaftsbehördliche Praxis, ein anderer Teil enthält Kodifikationsvorschläge, ein weiterer, dritter Teil berichtet über heimische und ausländische Erfahrungen im Zusammenhang mit Fragen bezüglich der Familie, aber auch über Fragen die in engerem Sinn nicht familienrechtlicher Natur sind (Familienpolitik, Familienfürsorge, mentalhygienische Methoden, sog. Scheidungsvermittlung usw.).

Wesentlichere Quellenarbeiten, die über die Vorarbeiten des Gesetzesentwurfes, über die im Zuge dieser Arbeit geführten Debatten, umstrittenen Fragen berichten, sind: A Családjogi törvény módosításának elvi kérdései (Grundsätzliche Fragen der Modifikation des Familienrechtsgesetzes) in: A Magyar Jogászszövetség X. Országos Munkaértekezlete (die X. zentrale Arbeitskonferenz des Ungarischen Juristenverbandes), Budapest, 1985 p. 73. mit Referaten, bzw. Korreferaten von PETRIK, F., Frau BARNA - MUCZER, E., Frau KATONA - SOLTÉSZ, M., Frau TOTH - FÁBIÁN E., und Frau WEISS E. Das Referat von PETRIK, F. siehe auch Magyar Jog 11/ 1985. PETRIK, F.: Gondolatok a közös tulajdon megszüntetéséről (Gedanken über die Aufhebung des gemeinsamen Eigentums), Jogtudományi Közlöny, 10/ 1985. Frau TOTH, E.: Vitaülés a Családjogi törvény módosításáról (Diskussionssitzung über die Modifikation des Familienrechtsgesetzes), Magyar Jog, 9/ 1986. Weiss, E.: A Családjogi törvény tervezett módosításához (Zur geplanten Modifikation des Familienrechtsgesetzes), Jogtudományi Közlöny, 3/ 1986. WEISS, E.: A Családjogi törvény módosításának elveihez (Zu den Prinzipien der Modifikation des Familienrechtsgesetzes), Magyar Jog, 12/ 1986. MARKÓJA, I.: A Családjogi törvény módosításáról (Über die Modifikation des Familienrechtsgesetzes), Magyar Jog, 12/ 1986.

darüber, ob die Änderungen eindeutig Zustimmung hervorriefen, falls nicht, welche die Fragen waren über die debattiert wurde, und welche die neuen Regelungen sind, die auch heute noch Zweifel erwecken. Einzelne neue Regeln werden auch vom Autor mit Bedenken empfangen - worüber natürlich auch in der Abhandlung Erwähnung getan wird.

Die Abhandlung befasst sich mit den etwas erweiterten neuen Bedingungen der Eheschliessung, mit den gleichfalls nicht grundlegenden Änderungen des Scheidungsrechts, die sowohl in den materiellen als auch in den prozessualen Rechtsnormen eingeführt worden sind, weiters mit der neu anerkannten Möglichkeit einer vertraglichen Regelung im Ehegüterrecht, mit einigen Problemen der Regelung des Rechts an der Ehewohnung nach der Scheidung, mit einigen neuen Regeln der Feststellung der Vaterschaft, mit einige Änderungen im Adoptionsrecht, mit den neuen Normen der Gestaltung der Eltern-Kindverbindung in der Familie der geschiedenen Eltern, insbesondere mit der Erweiterung der Rechte des nicht sorgeberechtigten Elternteils und kurz auch mit der neuen Regelung der Bestimmung des Kindesunterhaltsbeitrages.

1. Die Änderungen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse machen es von Zeit zu Zeit erforderlich, die Normen eines Rechtszweiges neu zu überblicken, und, wenn nötig - eine umfassende Neuregelung des ganzen Rechtszweiges vorzunehmen; andersmal nur durch Änderung einiger Teilfragen, der durch die gesellschaftlichen Ansprüche erforderten Änderungen nachzukommen, und auch dass sich die rechtliche Regelung nicht bloss den Änderungen anpassen, sondern vorwärts weisend - auch die aktive Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse fördern.

Die Änderungen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und - was aus dem Gesichtspunkt unseres Themas besonders wichtig ist - innerhalb dieses Bereichs des Familienlebens, die Änderungen der Familienverhältnisse, haben sich in den letzten Jahrzehnten mächtig beschleunigt. Es könnte hinzugefügt werden: nicht nur in positivem, sondern auch in negativem Sinn, und nicht bloss in Ungarn, sondern weit und breit in Europa, ja sogar überall auf der Welt.

Das Ehegesetz Ungarns aus dem Jahr 1894, ja sogar das Vormundschaftsgesetz Ungarns aus dem Jahr 1877 diente - mit einigen durch die Gerichtspraxis geformten, nicht allzubedeutenden Korrekturen - schlechthin über ein halbes, beziehungsweise dreiviertel Jahrhundert den Zwecken der Familienverhältnisse jener Epoche, für die es geschaffen wurde und das gilt im

Ungarisches Familiengesetzbuch

Grossen und Ganzen auch für die Familienrechtsnormen der anderen europäischen Ländern.

Nach dem zweiten Weltkrieg, besonders aber in den letzten 25-30 Jahren änderte sich diese Situation gründlich. Die Zeit einer Kodifikation für Jahrhunderte ist, genau wie bei anderen Rechtszweigen, auch im Familienrecht abgelaufen. Zahlreiche sozialistischen Länder haben - neben den in Teilfragen eingeführten Reformen - bereits das zweite Familienrechtsgesetz hinter sich, und wenn wir nach Westen blicken, finden wir in der Regelung der Familienrechtsverhältnissen auch häufig aufeinander folgende, nicht selten in engen Zeitabschnitten vorgenommene Reforme.

Das Ungarische Familiengesetzbuch (UFGB) stammt aus dem Jahr 1952. Nach einigen mindere und unbedeutende Fragen berührenden Modifizierungen erfolgte die erste umfassendere Novellierung des Gesetzes mehr als zwanzig Jahre nach seiner Verabschiedung und seiner Inkraftsetzung am 1. Januar 1953, erst 1974, durch das Gesetz Nr. I von 1974.

Es taucht gleich die Frage auf, ob sich die auch mit rechtlichen Mitteln erreichbaren Änderungen auf dem Gebiet des Familienlebens derartig verschnellerten, dass nunmehr, nach kaum einem Jahrzehnt eine umfassende Revision der Familienrechtsnormen notwendig war.

Die Antwort ist nicht so einfach.

Wenn wir uns selbst gegenüber aufrichtig sein wollen, wenn wir uns selbst nicht täuschen wollen, dann müssen wir klar gestehen, dass es einerseits nicht ganz wahr ist, dass das UFGB von 1952 über mehr als zwei Jahrzehnte, ohne bedeutendere Änderung geeignet gewesen war die Familienverhältnisse richtig, den gesellschaftlichen Ansprüchen entsprechend zu regeln. Genaue gefasst, es war nur deshalb dazu geeignet, weil es durch eine sich den ändernden Umständen anpassende, sich nach den ändernden Ansprüchen richtende, mehr als elastische richterliche Praxis geeignet gemacht wurde. Daneben fällt auch - zwar mit minderer Bedeutung - ins Gewicht, dass im Laufe dieser zwei Jahrzehnte, neben den gesetzlichen Normen, als deren Ergänzung, in mehreren Fragen weitere Verordnungen erlassen wurden.

Andererseits steht auch fest, dass im vergangenen Jahrzehnt, also nach der Novelle des UFGB von 1974, Änderungen vor sich gingen, die Aufmerksamkeit verdienen.

Die Änderungen der Familienverhältnisse und der die Familienverhältnisse berührenden sonstigen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem die Änderungen negativer Tendenz - die sind es doch, die die Notwendigkeit des rechtlichen Eingriffs in den Vordergrund stellen - sind unter heimischen Verhältnissen allgemein bekannt, mehrere unter denen sind keine ungarische Spezialität. Solche sind ohne Anspruch auf Vollständigkeit und eine Rangreihe aufzustellen: das Schwächerwerden der Familienverbindungen, das Zerfallen der Familien, der Anstieg der Zahl der Scheidungen und was damit einhergeht: es steigert sich auch der gesellschaftlicher und moralischer Wertverlust der Stabilität der Ehen. In den letzten Jahren ging auch die Zahl der Eheschliessungen bedeutend zurück und die Zahl der Wiederverheiratungen in einem noch stärkerem Mass; parallel damit stieg die Zahl Lebensgefährtenverbindungen. All das hat natürlich auch Bevölkerungszunahmeaspekte: sicherlich nicht nur deshalb, doch nicht unabhängig dieser Änderungen nahm auch die Zahl der Neugeburten in immer grösserem Mass ab. Daneben wirken sich die Ehescheidungen - trotz der abnehmenden Zahl der Kinder - auf immer mehr Kinder aus, wenn auch nicht ohne Ausnahme, aber in der Mehrzahl der Fälle in negativer Richtung aus. Demzufolge vermehrten sich auch die durch die Scheidung entstandenen, die Kinder berührenden Probleme - mögen diese unmittelbar familienrechtliche, in markanteren Fällen strafrechtliche, oder ausserhalb des Rechts stehende, doch auch für den Juristen nicht indifferente Aspekte haben. Es kann auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass sich die oft berechnete Unzufriedenheit und Verbittertheit des auch infolge der Ehescheidung von seinem Kind getrennten Elternteils und auch sein Kampf um die Erhaltung seiner Verbindung mit einem Kind angestiegen ist. Die Erschwerung der Möglichkeit der Wohnungserwerbung und deren materielle Voraussetzungen stellt auch die in einer gemeinsamen Haushalt lebenden Familien vor schwere Aufgaben und macht die befriedigende Regelung der Wohnungsnützung nach der Scheidung in vielen der Fälle aus-

sichtslos. Es nahm auch die Zahl der gefährdeten Kinder zu und damit nahmen auch die damit im Zusammenhang notwendig gewordenen Massnahmen zu. Innerhalb des Bereiches dieser Massnahmen entstand immer mehr ein Anspruch auf eine differenziertere Regelung. Die Aufzählung der Probleme könnte noch lang fortgesetzt werden, z.B. mit der Änderung der Ansprüche auf Adoptionen, und im allgemeinen der Adoptionsbereitschaft, oder der Anspruch an einer der Wahrheit oder mindestens der Wahrscheinlichkeit näherstehenden Regelung und Gerichtspraxis betreffend die Feststellung der Vaterschaft.

Trotzdem muss es leider festgehalten werden, dass die aufgezählten und die hier nicht aufgezählten Probleme, oder mindestens ihre Mehrzahl nur teilweise durch familienrechtliche, oder zumindest primär familienrechtliche, oder noch bescheidener gefasst, durch Inanspruchnahme von familienrechtlichen Mitteln remediert werden können. Einen anderen Teil betreffend wird der Familienrechtler, der Gesetzgeber und auch der Rechtsanwender mit Bedauern feststellen müssen, dass diese Probleme durch familienrechtliche Mittel, ja überhaupt mit rechtlichen, administrativen und Machtmitteln nicht lösbar sind und deren Lösung auch durch die erzieherische Kraft des Rechts nur in geringem mass gefördert werden kann.

Als also, angesichts der Änderungen der Familienverhältnissen, kaum zehn Jahre nach der UFGB Novelle von 1974, eine umfassendere Übersicht der Familienrechtsnormen vorgenommen wurde, musste den neuen Normen zum Ziel gesetzt werden, dass sie die durch rechtliche Mittel lösbaren Probleme besser lösen sollen. Dass sie unter Beachtung der Änderung der Familienverhältnisse gesündere Regelung fördern, und gesteigerten Schutz der Interessen der Familien dienenden rechtlichen Mittel suchen. Gleichzeitig musste aber auch den Grenzen der Realität, der Wirksamkeit der rechtlichen Mittel Rechnung getragen werden, - auch dann, wenn die laische öffentliche Meinung von der eine allseitige Gerechtigkeit der Familienverhältnisse besser fördernden Regelung von den Juristen mehr erwartete, als die rechtlichen Mittel auf diesem Gebiet tatsächlich zu sichern fähig sind.

Die jetzige Revision der Familienrechtsnormen warf sinngemäss auch die Frage auf: was richtiger, begründeter wäre, ein neues Familiengesetzbuch zu schaffen, oder das wirksame Gesetz novellarisch abzuändern. Die Anschauung, die ein neues Gesetz forderte, blieb durchgehends in Minderheit, und die Frage, ob ein neues Gesetz oder eine Novelle die bessere Lösung gewesen wäre, kann auch dadurch nicht einwandfrei beantwortet werden, wenn wir untersuchen, wie hoch die Zahl der durch die Änderung berührten Paragraphen des Gesetzes ist. Das kann auch deshalb nicht massgebend sein, weil die Gesetzgeber - meines Erachtens richtig - derweise entschieden haben, dass zahlreiche bisher nur auf Verordnungsebene geregelten Fragen, dem Inhalt nach eventuell unverändert, oder nur mit unbedeutenden Veränderungen nunmehr gesetzliche Regelung erhielten. Eine familienrechtsgesetzliche Regelung erhielt dabei auch das bisher nur im Wohnungsrecht geregelte Nutzungsrecht an der Ehescheidung nach der Ehescheidung.

Die neue Novelle des Familiengesetzbuches wurde nach einigen vorbereitenden Jahren in Oktober 1986, als Gesetz Nr. IV von 1986 angenommen und zusammen mit dem UFGB von 1952 und der Novelle von 1974 in einheitlicher Fassung verkündet. Es trat am 1. Juli 1987 in Kraft.

Im Zuge der Gesetzesvorarbeiten wurde zuerst die Konzeption, später auch der Entwurf in einem engeren Bereich fachlichen und gesellschaftlichen Debatten unterzogen. Trotzdem herrscht - scheinbar nicht unberechtigt - auf mehreren Seiten die Ansicht, dass die Gesetzgebung für die Debatten mehr Zeit und für die an den Debatten verlauteten oder schriftlich vorgelegten Bemerkungen mehr Aufmerksamkeit hätte widmen sollen. Es ist zwar Tatsache, dass ein Teil der Bemerkungen gegenseitige Pole vertraten, so dass es nicht möglich gewesen wäre, sämtliche zu honorieren.

Die Hauptzielsetzungen der Änderung des UFGB waren, laut der Motive des Gesetzentwurfes: "die Stärkung der bisherigen Prinzipien des Familiengesetzbuches und die Weiterentwicklung einiger Vorschriften des Gesetzes. Das Hauptziel war die weitere Stärkung der Familienverbindungen, die Steigerung der gegenseitigen Verantwortung der Familienmitglieder untereinander,

die Sicherstellung einer gleichmässigeren Lasttragung der Eheleute und der erhöhte Schutz der Kinder. Durch die Änderung - heisst es in den Motiven - eröffnet sich die Möglichkeit auch für eine differenziertere, das gesellschaftliche Rechtsgefühl mehr befriedigende Rechtsanwendung."

Das Gesetz brachte - die grundlegenden Prinzipien des UFGB von 1952 unberührt lassend - in folgenden Fragen kleinere oder grössere Änderungen, beziehungsweise Ergänzungen: es erweiterte die in dem Praeambel des UFGB niedergelegten Grundsätzen, im Recht der Eheschliessung, wurde eine höhere Altersgrenze für Frauen zur Eheschliessung festgestellt, es wurden einige der materiellrechtlichen und auch der verfahrensrechtlichen Normen des Ehescheidungsrechts geändert, es wurde im Ehegüterrecht die Schliessung eines Ehegüterrechtlichen Vertrages anerkannt, die Nutzung der Ehwohnung nach der Scheidung wurde neu geregelt, die Bedingungen der gerichtlichen Feststellung der Vaterschaft wurden den gegenwärtigen Resultaten der Biologie und der Medizin angepasst, es erfolgte eine Neuregelung im Bereich der Adoption bei den Bedingungen der Adoption ohne Zustimmung der leiblichen Eltern, zahlreiche Fragen des Eltern-Kind-Verhältnisses nach der Scheidung wurden neu geregelt, und auch die Normen der staatlichen Fürsorge bezüglich der gefährdeten Jugendlichen und im Zusammenhang damit die Wirkung der verschiedenen Mittel der Fürsorge auf die elterlichen Sorgerechte, die Erstärkung der Rechte von Drittpersonen, die das Kind ausserhalb der staatlichen Fürsorge erziehen.

2. Diese Fragen fallen selbstredend nicht gleichbedeutend ins Gewicht. Das grösste Interesse fiel der Änderungen des Scheidungsrechts zu. Die Meinungen gingen aber sowohl in Fachkreisen als auch unter den Laien in den Fragen der eventuellen Neuregelung der Ehescheidung auseinander.

Für die, sowohl in absolutem Sinn, als auch im Vergleich zu den Eheschliessungen wachsende Zahl der Scheidungen, dafür dass die Ehescheidung zum evidentesten, ja oft zum primären Mittel der Lösung der Konflikte der Ehegatten wurde, machte ein nicht unbedeutender Teil der nicht Juristen das Scheidungsrecht und die Scheidungspraxis, vor allem die verhältnismässig leichte und rasch vor sich gehende Scheidungsmöglichkeit verantwort-

lich. Demgegenüber möchten gleichfalls eine andere Gruppe von nicht Juristen, vor allem, doch bei weitem nicht ausschliesslich, die an der Scheidung potentiell noch interessierten, jüngeren Leute, und - was besonders Erwähnung verdient - ein nicht zu vernachlässigender Teil der wissenschaftlichen, empirischen Forscher der Ehekonflikte unter diesen auch einige bedeutende Vertreter der Familiensoziologie, in der Rettung der in Konflikt geratenen Ehen den rechtlichen Mitteln eine noch kleinere Rolle zuerkennen. Sie wollten die Entscheidung hinsichtlich der Auflösung der Ehe in einem breiterem Kreis fasst ausschliesslich den Ehegatten überlassen und würden von den Gerichten eher nur einen Rechtspruch in den Scheidungsfolgen erwarten.

Aber auch die Meinungen von Juristen waren nicht einheitlich. Einheitliche Meinung herrschte nur darin, dass nicht einmal diejenigen, die die Stopplung und Rückwendung der hohen Zahl der Scheidungen in einem grösserem Masse von der Verschärfung der Scheidungsnormen und der Scheidungsprozessverfahren erwarteten, das Zerrüttungsprinzip aufgeben und zum Verschuldensprinzip zurückgreifen wollten.

Es wurde in juristischen und auch in einigen nicht juristischen Kreisen für wünschenswert erachtet, aus verschiedenen Fachleuten bestehende Ehe- bzw. Familienberatungsstellen in der Zukunft auszubauen, die die Eheleute noch vor endgültigem Beschluss der Scheidung, um eventuell eben der Scheidung vorzubeugen, in Anspruch nehmen könnten, oder deren Inanspruchnahme, falls davon Erfolg erhofft werden könnte, der Richter im Laufe des Scheidungsprozesses den Ehegatten vorschlagen könnte. Eine derartige Beratungsstelle wurde in Ungarn noch nicht errichtet, Versuche sind jedoch im Gang.

Betreffend die Scheidungsrechtsnormen wurden in zwei Richtungen Vorschläge gemacht, und zwar in Richtung Verschärfung der Scheidung und, ohne Verschärfung, in Richtung der gründlicheren Überlegung der Scheidung.

Diejenigen, die sich für die Verschärfung der Scheidung einsetzen, wollten besonders die Zurückdrängung der Scheidungen in gemeinsamen Einvernehmen durchsetzen im Wege der Verschärfung deren Bedingungen. Sie erhofften vor der Aufdeckung

der zur Scheidung führenden Gründe vor dem Gericht - was ja, wie bekannt, bei Scheidungen im gemeinsamen Einvernehmen nicht der Fall ist - eine erfolgreichere Versöhnung, und davon dass die Scheidungen die nicht im gemeinsamen Einvernehmen zu Ende geführt werden in Übergewicht gelangen, den Rückgang der Zahl der Scheidungen. Sie waren der Meinung, dass die Scheidungsform im gemeinsamen Einvernehmen, durch ihre Einfachheit, Schnelle und die äusserst formelle Abwicklung - quasi auf dem laufenden Band vor sich gehende Art des Scheidungsprozesses, ferner dadurch, dass der Richter, in einem Teil dieser Prozesse gar nicht aufdecken kann, ob das Einvernehmen der Parteien echt sei und unbeeinflusst zustande gekommen sei, leicht zu einer übereilten, von einen der Parteien nicht gewollten, nicht durchgedachten Scheidung führen kann.

Diejenigen, die zwar keine Verschärfung, jedoch eine mehr durchgedachte Scheidung zum Ziel hatten, wollten in Fällen, wo noch etwa ein Erfolg erhofft werden konnte, den Gerichten breitere Möglichkeiten zur Rettung der noch rettbaren Ehen durch verfahrensrechtlichen Mittel einräumen. Sie erhofften durch Verlangsamung, und wenn es begründet erscheint, eventuell durch einstweilige Aussetzung des Scheidungsprozesses, das Abstreben von der nicht durchgedachten Scheidungsabsicht.

Die Ansicht die die Scheidungen im gemeinsamen Einvernehmen zurückdrängen und dafür bedeutender verschärfen abzielte, blieb - zumindest in juristischen Kreisen - durchgehends in starker Minderheit. Die Mehrheit hielt jene Argumente für stärker, die für das unveränderte Aufrechterhalten dieser Scheidungsform, oder höchstens für eine minimale Änderung derselben sprachen.

Das erste Argument für die Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen könnte vielleicht das sein, dass diese Scheidungsform eine kulturellere Form der Scheidungen ist, mit weniger Feindseeligkeiten, auch dann, wenn es eine Illusion wäre zu glauben, dass in einem jeden Fall wirklich das geschieht. Jedoch es trifft für einen voraussätzlich grösseren Teil der Scheidungen auch in jenem Fall zu, wenn es fast völlig unvermeidlich ist, dass es auch Scheidungsprozesse gibt, wo das Einvernehmen seitens einer der Parteien nicht frei oder freiwillig

ist, sondern eventuell - man hofft, jedoch in immer minderer Zahl - besonders betreffend einzelnen Scheidungsfolgen auch eine Erpressung dahinter steckt.

Illusionen können wir natürlich auch von den Scheidungen im gemeinsamen Einvernehmen nicht nähren. Jedoch statt diesen die "Begünstigung" jener Scheidungsprozesse, wo die Parteien um die Feststellung der Schuld der anderen kräftiger streiten und geradezu dazu anregt, sind die gegenseitigen Erregungen vor das Gericht zu tragen, wäre auch der Meinung der Mehrheit kein richtiges Gesetzgebungsziel gewesen.

Aber auch das ist allgemein bekannt, dass in allen den Rechtssystemen, in denen die Scheidung überhaupt anerkannt wird, mögen diese auch auf der Basis des strengsten Verschuldensprinzips stehen, sich schnell jene, sei es bloss vor dem Gericht gespielte Scheidungsgründe herausformen, mit Hilfe deren die Ehegatten, falls sie sich tatsächlich scheiden lassen wollen, nach aussen hin die gesetzlich anerkannten Scheidungsgründe vorhüchelnd, in Wirklichkeit jedoch im gemeinsamen Einvernehmen sich scheiden lassen können. Daraus folgt auch, dass eine bedeutendere Erschwerung der Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen zu einem Schauspiel, zu einer Lügelei vor Gericht führen würde. In Ungarn ist - wie wir darüber an einer anderen Stelle schon ausführlich geschrieben haben - die Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen in verhehlter Form, als das Gesetz diese Art der Scheidung noch nicht zulies, - oder offen (als das Gesetz diese Art der Scheidung anerkannte), eine lebendige und in breitem Kreis verbreitete Form und es blieben die wiederholten Versuche, die diese aufheben oder zurückdrängen wollten, immer ergebnislos.¹ Diese Scheidungsprozesse machen, mindestens in den letzten zwei Jahrzehnten, etwa zwei drittel der gesamten Scheidungen aus. Die Tatsachen - könnte man behaupten - bestätigen - hartnäckig den gesellschaftlichen Anspruch auf diese Scheidungsform.

¹S. WEISS, E.: Verschulden - Zerrüttung - Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen der Eheleute in der Entwicklung des ungarischen Scheidungsrechts. Acta Juridica. Tomus 27. p. 43. /1985/.

Die Zurückdrängung der Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen würde für diejenigen, die eine ernste Scheidungsabsicht haben, zwei Möglichkeiten offen lassen. Die eine Möglichkeit wäre eine Scheidungsklage nicht im gemeinsamen Einvernehmen einzureichen und allen Schmutz der Ehe vor dem Gericht auszubreiten, wovon die Parteien anderenfalls abstehen würden, oder wovon sie, anhand der vorherigen Besprechungen mit ihren Anwälten, abgeraten wurden. Die andere Möglichkeit ist zu lügen. Um geschieden zu werden lügenhaft nicht verübte Scheidungsgründe, oder andere vom Gesetz erwünschte Bedingungen (wie zum Beispiel ein längeres Getrenntleben) vorzutäuschen.

Aber auch die Vorschläge, die auf die "Verlangsamung" des Verfahrens im Scheidungsprozess abzielten, mit dem Gedanken, den Ehegatten Zeit und Möglichkeit zur Überlegung zu gewähren, fanden in breitem Kreis keine günstige Aufnahme. Rechtspraktiker, hauptsächlich Anwälte wiesen darauf hin, dass die Verschleppung der Scheidungsprozesse in zahlreichen Fällen zu einer weiteren Verschlechterung der Verhältnisse der Ehegatten zu einander, zur Vertiefung ihrer Konflikte, ihrer Feindseeligkeiten führen würde.

Das Gesetz kam in dieser Frage - wie vielleicht sämtliche Gesetze oder zumindest deren bedeutende Mehrzahl - unter gegenseitigen Kompromissen zustande.

Als Ergebnis dieser Kompromisse änderten sich etwas die Regeln des materiellen Ehescheidungsrechts bezüglich der Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen und auch die Normen des Ehescheidungsprozesses, ungeachtet dessen ob der Scheidungsprozess im gemeinsamen Einvernehmen, oder nicht im gemeinsamen im Gange gelegt wird.

Während sich die Ehegatten falls die Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen beantragt wurde, vorher bezüglich der Scheidungsfolgen im Unterhalt und Unterbringung der Kinder, im Umgangsrecht, ferner im Unterhalt des Ehegatten und der Nutzung der Ehwohnung einigen mussten, regelt jetzt das Gesetz zwei Arten der Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen. Die eine - und diese wird voraussichtlich allgemein werden - ändert an den vorigen Normen insofern, dass auch hinsichtlich der Auseinandersetzung des gemeinsamen Vermögens das Einvernehmen der Ehe-

gatten erfordert wird. Der Giftzahn dieser rigoröser Norm wird aber sofort entfernt dadurch, dass die Auseinandersetzung des auf den Immobilien bestehenden gemeinsamen Eigentums nicht erwünscht wird. (§ 18. Abs. 2/a nF). Die zweite Art regelt jenen Fall, wo die Ehegatten die Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen dann beantragen, wenn zwischen Ihnen die Lebensgemeinschaft schon mindestens seit drei Jahren nicht mehr besteht, so dass sie auch in separaten Wohnungen leben (wo also die Regelung der Ehwohnung gar nicht mehr erforderlich ist). In diesem Fall wird bezüglich der Scheidungsfolgen nur die Rechtfertigung gefordert, dass während dieser langen Zeitperiode die Ehegatten den Unterhalt und die Unterbringung des Kindes auch für die Zukunft den Interessen des Kindes entsprechend geregelt haben. (§ 18. Abs. 2/b nF). Und während im ersten Fall das neue Gesetz - ähnlich dem früheren - auch fordert, dass das Einvernehmen der Ehegatten in den Scheidungsfolgen auch vom Gericht bestätigt wird, wird im zweiten Fall darüber im Gesetz keine Erwähnung getan. Aus den modifizierten Regeln der Zivilprozessordnung (ZPO) kann darauf doch gefolgert werden.

Was die Verschärfung der Bedingungen der an erster Stelle erwähnten Art der Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen betrifft, gibt es zweifellos akzeptierbare Argumente. Eines dieser ist - und im Gang der Kodifikation spielte dieses die grossere Rolle - dass das Einvernehmen dann durchdachter, dann kompletter ist, wenn sich dieses auf sämtliche Scheidungsfolgen, also auch auf die Regelung der Vermögensfragen erstreckt. Ein anderes Argument ist - und das steht mit den ungarischen Wohnungsverhältnissen in engem Zusammenhang - dass unter gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen, wo die Wohnung, das Wohnungseigentum und auch das Nutzungsrecht an der Wohnung einen bedeutenden Vermögenswert verkörpert, und auch das nicht ausgeschlossen ist, dass das einzige Vermögen der Ehegatten von bedeutenderem Wert ist, eine Regelung nach welcher im Scheidungsprozess im gemeinsamen Einvernehmen bezüglich der Ehwohnung von den Ehegatten Einvernehmen erfordert wird, in anderen vermögensrechtlichen Fragen jedoch nicht einseitig erscheinen würde. Der immer bedeutungsvoller werdende Vermögenswert der Wohnung, auch des Nutzungsrechts an der Wohnung begrün-

det die Mitregelung der Nutzung der Ehwohnung und anderer vermögensrechtlicher Fragen. Mindestens in den Fällen, wo die Ehegatten über solchen Vermögen verfügen, das den infolge der Regelung der Wohnungsnutzung für einen der Ehegatten entstandenen Nachteil kompensieren, oder wenigstens zu Teil kompensieren kann.

Es können jedoch auch gegen diese Änderung Argumente vorgebracht werden. Es ist bekannt, dass die gerichtliche Teilung des Gesamtvermögens, die gerichtliche Regelung der vermögensrechtlichen Ansprüche oft ein langwieriger, sich in die Länge ziehender Vorgang ist, die Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen hingegen eine schnellere Scheidung sichere. Dabei sind die Regeln der vermögensrechtliche Teilung von den Gründen, die zur Zerrüttung der Ehe und schliesslich zur Scheidung führten, die im Zuge des Scheidungsprozesses ohne gemeinsamen Einvernehmen vom Gericht ermittelt werden müssen, in der Mehrheit der Fällen unabhängig.

Die Frage, ob und in welchem Masse sich die an zweiter Stelle erwähnte Form der Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen verbreiten wird, kann heute noch nicht beantwortet werden. Für den Fall, dass es sich doch durchsetzt, wollen wir ein Mangelgefühl im Zusammenhang mit der Norm doch nicht verschweigen. Meiner Meinung nach werden in den Scheidungsprozessen die Unterbringung und der Unterhalt der durch die Scheidung betroffenen Kinder immer mehr gleichwertigen Frage mit dem Umgangsrecht des nicht sorgeberechtigten Elternteils. Es ist schwer zu erklären, warum das Gesetz in dieser Frage die Bestätigung dessen nicht fordert, dass die Eltern auch diese Frage entsprechend den Interessen der Kinder geregelt haben.

Schliesslich soll in diesem Bereich noch eine - für richtig geltende - Norm des Gesetzes erwähnt werden. Im Interesse dessen, dass es vermieden werden kann, dass in den Fragen der Scheidungsfolgen zwischen den Parteien eine bloss provisorisch gedachte Entscheidung entsteht um einen baldigen Scheidungsurteil zu erreichen, dass die Eheleute diese Fragen wirklich durchgedacht regeln, besagt das Gesetz, dass das in diesen Fragen geschlossene Einvernehmen innerhalb von zwei Jahren nur ausnahmsweise geändert sein kann. Es kann nur aufgrund in den

Umständen später eingestellten Änderungen beantragt werden, falls wegen dieser Änderungen die in der Vereinbarung der Eheleute niedergelegte Übereinkunft die Interessen einer der Eheleute oder des Kindes schwer verletzte.(§ 18. Abs.3 nF).

Die Regeln des Scheidungsprozesses änderten sich derweise, dass dem Scheidungsprozess, sei es im gemeinsamen Einvernehmen oder nicht im gemeinsamen Einvernehmen, ein durch des Scheidungsgericht vorzunehmender Verhör vorangeht. Binnen dreissig Tagen nach diesem Verhör kann dann durch den Antragsteller die Klage zur Scheidung eingebracht werden. Der Verhör vor der Scheidung hat - wie das auch im Gesetz abgefasst ist - den Zweck, dass das Gericht die Parteien über die Bedeutung des Verfahrens orientiert, ihnen die zuerwartenden Scheidungsfolgen klar macht und es soll auch ein Versuch sein, die Parteien zu versöhnen. An dem Verhör können nur die Ehegatten teilnehmen. (ZPO § 280 nF).

Bezüglich dessen, ob der Verhör vor der Scheidung der Richter vorzunehmen ist, der dann später den Scheidungsprozess führt, oder ob die zwei Abschnitte des Verfahrens: der Verhör vor dem eigentlichen Scheidungsprozess und die Scheidungsprozessverhandlung eher abgesondert sein sollen, enthält das Gesetz keine Verfügungen. Die gegenwärtigen Überlegungen sprechen eher für die Absonderung.

Darüber, ob durch die Änderung der Regeln des Scheidungsprozesses das von der Gesetzgebung erwünschte Ziel erreicht werden kann oder nicht, wäre eine Ausserung verfrüht. Wie gegenüber allen neuen Institutionen gibt es auch hier Bedenken und Zweifel. Ein vielleicht nicht ganz unbegründetes Bedenken der Anwälte ist, dass der Verhör vor dem Scheidungsprozess ohne ihre Anwesenheit, ohne ihre Teilnahme vor sich geht.

3. Die die Eheschliessung modifizierenden Regeln haben zweifelsohne das Ziel die Eheschliessungen überlegter zu gestalten. An diesem Bereich gibt es zwei Änderungen. Es verdient jedoch erwähnt zu werden, dass während die eine im Gange der Gesetzesvorarbeiten nahezu vom Anfang an umstritten war, die Andere erst während der Debatte des Gesetzesentwurfes im Parlament auftauchte und sofort angenommen wurde.

Gemäss der letzteren, auch weniger bedeutenden Änderung kann der Standesbeamte die Eheschliessung erst drei Monate nach Anmeldung der Eheschliessungsabsicht festsetzen. (§ 3. Abs. 2 Satz 1 nF). Bisher betrug dieser Überlegungstermin 30 Tage. Es gaben daneben auch für die Wartefrist von 30 Tagen Dispensierungsmöglichkeiten und das blieb auch für den dreimonatigen Termin in Geltung. Es gab aber auch vorher keine Wartefrist und gibt es auch heute nicht, wenn die rasche Eheschliessung wegen dem mit Todesgefahr drohenden Gesundheitszustand einer der Heiratenden erforderlich ist. In solchen Fällen kann die Ehe sofort nach der Anmeldung geschlossen werden.

Die andere, wichtigere - und wie erwähnt - viel umstrittene Regel ist die Erhöhung des Eheschliessungsalters der Frauen, oder zum Teil wenigstens, die Wiederherstellung desselben so, wie es vor der Novelle des Familienrechtsgesetzes von 1974 war. Im ungarischen Recht - wie auch in der Mehrheit der Rechtssysteme von anderen Ländern - galt die alte Regel, dass ohne eine Genehmigung - sei es die Genehmigung der Eltern oder der Vormundschaftsbehörde - nur volljährige Personen Ehe schliessen konnten. Die Altersgrenze der Volljährigkeit ist im ungarischen Recht seit 1952 das 18. Lebensjahr und - ebenfalls seit 1952 - gehört die Genehmigung der Eheschliessung der Minderjährigen in der Zuständigkeit der Vormundschaftsbehörde, die aber vor der Entscheidung freilich auch die Eltern befragen muss. Das 18. Lebensjahr war zwischen 1952 und 1974 sowohl für die Männer als auch für die Frauen die Altersgrenze der ohne Genehmigung schliessbaren Ehen. Im Jahre 1974 wurde diese Grenze für die Frauen - voraussichtlich aus Bevölkerungszunahmeüberlegungen - auf 16. Jahre herabgesetzt. Parallel damit konnte die Vormundschaftsbehörde - nach Eltern - für Männer zwischen 16 und 18 Jahren, für Frauen zwischen 14 und 16 Jahren Eheschliessungsgenehmigung erteilen.

Das neue Gesetz setzte bezüglich der Frauen die Altersgrenze der ohne Genehmigung schliessbaren Ehen wieder auf 18. Jahre zurück und erhöhte auch die Altersgrenze, wo die Frauen mit vormundschaftsbehördlicher Genehmigung Ehe schliessen können. Seit dem 1. Juli 1987 kann die Vormundschaftsbehörde sowohl für Männer als auch für Frauen nur dann Eheschliessungsgenehmigung erteilen, wenn die Heiratenden das 16. Lebensjahr

erreichten. (§ 10 Abs. 1-2 nF).

In der Debatte über dem Gesetzesentwurf wollten einige die Genehmigung zu einer Eheschliessung vor der Volljährigkeit der elterlichen und nicht der vormundschaftsbehördlichen Zuständigkeit zuweisen, andere dagegen wiesen darauf hin, dass es im Land Gebiete gibt, und auch eine Volksschicht lebt, vor allem die Zigenuer, wo bei den Mädchen die Eheschliessung unter dem 16. Lebensjahr in einem verhältnismässig breiten Kreis Brauch ist, und dass bei den heutigen Lebensverhältnissen keine Ausnahme ist, dass Mädchen unter dem 16. Lebensjahr, nicht selten sogar weit unter dem 16. Lebensjahr in Schwangerschaft geraten. Wenn die Beziehung der Jugendlichen zueinander ernsthaft ist, wäre in diesem Fall - nach dieser Meinung, sowohl für das in Schwangerschaft geratene Mädchen als auch für das zu gebärende Kind die Anerkennung der Möglichkeit der Genehmigung der Eheschliessung die richtige Lösung.

In der erst genannten Frage pflichte ich der gesetzlichen Lösung bei, auch dann, wenn ich betreffend andere Fragen den Fortschritt des Gesetzes in der Ehrung der elterlichen Rechte positiv einschätze. Auf die zweite Frage wird wahrscheinlich das Leben Antwort geben. Die gegenwärtigen Forschungen beweisen jedenfalls, dass die zu frühe Schwangerschaft für die Gesundheit schädlich ist, aber die frühzeitige Schwangerschaftsunterbrechung vielleicht noch mehr. Die Schwangerschaftsunterbrechung wird natürlich in breitem Kreis auch von solchen gefordert, die keine Eheschliessungsabsicht haben.

4. Der ungarische gesetzliche Güterstand ist seit dem UFGB von 1952 bezüglich des während der Ehegemeinschaft erworbenen Vermögens eine Gütergemeinschaft, die zwischen den Ehegatten ein ungeteiltes gemeinschaftliches Eigentum statuiert, jedoch - in dem im Gesetz umschriebenen Kreis - auch das Sondervermögen der Ehegatten anerkennt. Dieses vermögensrechtliche System war - gegenüber dem früheren ungarischen Ehegüterrecht - bis zum Gesetz Nr. IV von 1986 kogent, die Ehegatten konnten es vor der Eheschliessung weder im ganzen, noch zum Teil ausschliessen. Nach dem Gesetz könnte das Aufheben dieser Gütergemeinschaft während des Bestehens der ehelichen Gemeinschaft nur durch das Gericht durchgeführt werden. Ein

solcher Anspruch war jedoch kaum dem Gericht untergeordnet. Es bestand natürlich auch bisher die Möglichkeit, dass aus dem ehelichen Gemeinschaftsvermögen einzelne Vermögensgegenstände in das Sondervermögen der einen oder des anderen Ehegatten übertragen wird, oder umgekehrt, aus dem Sondervermögen des einen oder des anderen dem Gemeinschaftsvermögen zugeteilt wird. Die Mischung des gemeinschaftlichen Vermögens und des Sondervermögens war infolge von Investitionen oder sonstigen Daraufwendungen unvermeidlich. Die aus dieser Mischung stammenden Rückerstattungsansprüche wurden auch im UFGB und in einer Richtlinie des Obersten Gerichtes (früher: Richtlinie Nr. 5. später: Richtlinie Nr. 10.) geregelt.

Die Vermögensverhältnisse, die Vermögensprobleme erlangten im Zuge der Entwicklung auch im Allgemeinen eine grössere Bedeutung, wie es am Anfang der 50-er Jahre vorausgesetzt wurde, und die Zunahme der Bedeutung der Vermögensverhältnisse blieb auch für die Gestaltung der Vermögensverhältnisse zwischen den Ehegatten nicht indifferent. Dazu kam noch jene, auch schon zur Zeit der Schaffung der Novelle des Familiengesetzbuches zum Teil existente, seit jener Zeit aber in ihrer Bedeutung auf die Vielfache gestiegene Änderung, nämlich dass die Wohnung, und zwar sowohl die Mietwohnung, als auch die Eigentumswohnung zum bedeutenden Vermögenswert geworden ist. Man könnte hinzufügen, dass sie nicht selten zum einzigen über bedeutenderem Wert verfügenden Vermögen der Ehegatten wurde, die von den Erwerbern oder von dem Erwerber, oft sogar von den Eltern, in einer bedeutenden Mehrheit der Fälle ein gewaltiges Vermögensopfer, ja sogar Lebensführungsoffer forderte.

Die Zunahme der Bedeutung der Vermögensverhältnisse, die Änderungen der Komponenten der Vermögenselemente, die Anhäufung von bedeutenderen Vermögenswerten bei einer vielleicht nicht geringen Zahl der Familien und die Änderung der Lebensführung bei einer gleichfalls nicht geringen Zahl der Familien führten bei den verhältnismässig steifen Normen des Ehegüterrechts in der Gerichtspraxis zu Konflikte. Auch theoretischer Seite meldete sich der Anspruch auf eine weniger steife Regel. Es tauchte auch die Frage auf, ob vielleicht die Zeit gereift wäre, den Ehegatten in der Regelung ihrer Vermögensverhältnisse,

auch in vertraglicher Form grössere Freiheit einzuräumen.² Diese Ansprüche wurden durch die wirtschaftliche Änderungen der letzten Jahre, durch die verschiedenen Formen der Kleinunternehmen, durch die grössere Beteiligung des "Privatkapitals" im wirtschaftlichen Leben und durch die damit verbundenen Akzessorien, wie zum Beispiel eine grössere Freiheit bezüglich der Verwendung des Einkommens, des Gewinns, aber auch durch das grössere Risiko noch weiter gesteigert.

Eigentlich tauchte schon bei den Vorarbeiten der Novelle des UFGB in 1974 der Gedanke auf, ob die Kogenz der ehегüterrechtlichen Normen begründet ist, ob die Ehegatten nicht ermächtigt werden könnten von diesen durch einen Vertrag abzuweichen. Damals wurde aber die Frage nicht einmal ernster erwogen. Seitdem gelangte die Frage, vor allem, jedoch aber nicht ausschliesslich, aufgrund der in der Rechtsliteratur aufgetauchten Ansprüche sind auch dort hauptsächlich aufgrund der seitens der praktizierenden Richter laut gewordenen Ansprüche, im Laufe der Vorarbeiten der UFGB Novelle von 1986 wiederholt in den Vordergrund. Es war lange Zeit hindurch umstritten, ob die Gesetzgebung dem ehelichen vermögensrechtlichen Vertrag - sei es vor der Ehe oder während der Ehe die Türe öffnen, oder sollen die früher geltenden kogenten Regeln des Ehegüterrechts unberührt bleiben.

Die Entscheidung fiel auf die Öffnung - sowohl betreffend die Fragen des Ehegüterrechts im allgemeinen, wie auch speziell die Nutzung der Ehwohnung für den Fall, dass eine Scheidung erfolgt. Die neue Regel der Novelle erklärt: die Heiratenden können vor der Ehe, und die Eheleute auch nach der geschlossenen Ehe ihre Vermögensverhältnisse untereinander durch Vertrag regeln. Im Vertrag können sie abweichend von den Verfügungen

² S. insbesondere HARTAI, L.: Szerződés a házassági vagyongoban (Vertrag im Ehegüterrecht), Jogtudományi Közlöny, 7/ 1981., derselbe: A házassági vagyongogi ítélkezési gyakorlat újabb tapasztalatairól (Über die neueren Erfahrungen im Zusammenhang mit der Gerichtspraxis betreffend das Ehegüterrecht), Magyar Jog, 6/ 1984, und ZOLTÁN, Ö.: Házassági vagyongogi rendünk a nemzetközi összehasonlítás tükrében (Unser Ehevermögensrechtsordnung im Spiegel dem internationalen Vergleich), Magyar Jog, 1/ 1981.

des Gesetzes bestimmen, welcher Vermögensgegenstand der Gütergemeinschaft und welcher dem Sondervermögen zugeteilt wird. (§ 27 Abs. 2 nF). Und die neue Norm bezüglich der Ehwohnung lautet: sowohl die Heiratenden wie auch die Ehegatten können für den Fall einer Scheidung die weitere Nutzung der Ehwohnung regeln, dementsprechend können sie vereinbaren, dass einer der Ehegatten die Ehwohnung ohne Anspruch auf eine andere Wohnungsmöglichkeit ihm zu sichern, oder einen Anspruch auf irgendeine Entschädigung, verlässt. (§ 31/A Abs. 1 nF). Die Gültigkeit beider Verträge ist gesetzlich an öffentliche Beurkundung oder an antwaltlich gegengezeichnete Privaturkunde gebunden. (§ 27 Abs. 3 nF, § 31/A Abs. 1. Satz 2 nF). Gemäss den Motiven des Gesetzesentwurfes einerseits deshalb, dass der Inhalt des Vermögensvertrags der Ehegatten im strittigen Fall genau festgestellt werden kann, andererseits deshalb, dass die Eheleute die Verträge nach entsprechender juristische Orientierung, in Kenntnis ihrer Rechte und der rechtlichen Folgen schliessen.

Über den Inhalt der ehегüterrechtlichen Verträge spricht das Gesetz wenig. Ob ein derartiger Vertrag auch bedeuten kann, dass die Ehegatten unter völliger Ausschliessung der Gütergemeinschaft eine Gütertrennung auf sämtliche während der Ehe erworbenen Güter ausbedingen können, geht aus den Verfügungen des Gesetzes nicht hervor. Gemäss grammatischer Auslegung des Gesetzes ist auch das nicht ausgeschlossen, da ja die Ehegatten auch so verfügen könnten, dass sämtliche Erwerbungen während der Ehe dem Sondervermögen der erwerbenden Ehegatte zugeteilt werden soll. Das Ziel der Gesetzgebung war aber voraussätzlich nicht das. Die Motive des Gesetzesentwurfes hält es für begründet ehегüterrechtliche Verträge zu schliessen z.B. mit dem Zweck, dass falls eine der Eheleute ein Unternehmen führt, die Verantwortung, das Risiko des Unternehmens nicht völlig zum Lasten beider der Ehegatten fallen soll. Als ein anderes Beispiel wird in den Motiven das Ausziehen von der Gütergemeinschaft Autoren- und Patenthonorare erwähnt, besonders wenn diese in einer Zweitehe fällig sind, jedoch für eine Tätigkeit, die der Verfasser, der Erfinder noch während seiner ersten Ehe Ausgeübt hat. Nach den Gedanken des Gesetzgebers vielleicht auch mit dem hinteren Gedanken, dass dadurch der Verfasser, der Erfinder

ein Teil dieses Honorars auch seiner früheren Ehegatten zukommen lassen könne. Die in der Praxis vielleicht zu stark existierende Gesamtgutsvermutung mag auch das begründet erscheinen lassen, auch vertraglich zu bestätigen dass in die Ehe hereingebrachte, oder von den Eltern oder anderen Verwandten des einen Ehegatten geschenkt erhaltene bedeutendere Vermögenswerte für Sondervermögen gelten. Die Aufzählung der für einen Vertrag im Ehegüterrecht war natürlich nur exemplifikativ.

Ob das Gesetz nicht eine Aufgabe hätte die Grenzen zu ziehen innerhalb deren es den ehегüterrechtlichen Vertrag für annehmbar erachtet, und nicht mit der Gleichberechtigung der Ehegatten in Widerspruch stehend, diese verletzend beurteilt, ist schon fraglich. Die Bedingungen derartiger Verträge, die zwischen den Ehegatten die Gütergemeinschaft völlig ausschliessen würden, und damit auch das, dass nach der Scheidung einer von den Ehegatten an den seitens des anderen Ehegatten während der Dauer der Ehe erworbenen Vermögensteil Teil haben kann, sind meines Erachtens, wenigstens die Mehrzahl der Ehegatten betreffend, noch nicht gereift. Bei diesen würde die Erkenntnis dessen fehlen, dass die Arbeit im Haushalt und in der Erziehung der Kinder auch einen Vermögenswert representiert, und dass diese Arbeit, besonders wenn dies von einem der Ehegatten allein oder im grössten Teil allein verrichtet wird, auch den anderen Ehegatten dazu verhelfen kann, dass er seine Erwerbstätigkeit ausser Haus, sein Unternehmungs- oder schöpferische Tätigkeit ungestört entwickeln kann. Einstweilen können wir nur voraussetzen, dass derartige vermögensrechtliche Eheverträge nicht geschlossen werden.

Es darf aber nicht ausser Acht bleiben, dass die ehегüterrechtlichen Verträge, die durch die Ehegatten deshalb geschlossen werden, damit sie sich für eine schon im vorhinein einkalkulierte Scheidung "versichert" fühlen können - vielleicht nicht vorausgesehen und oft auch nicht erwünscht - erbrechtliche Rechtswirkungen nach sich ziehen. In der Mehrheit der Fälle ist es nämlich kaum denkbar, dass der Ehegatte als Erblasser dem in Freud und Leid bis zum Lebensende mit ihm in einer Lebensgemeinschaft gebliebenen überlebenden Ehegatten dieselbe vermögensrechtliche Regelung zuteil werden lassen wollte, die er

(sie) sich für den Fall einer eventuellen Scheidung zu sichern beabsichtigt. Es gab im Laufe der Kodifikation eine Ansicht, gemäss deren es richtig wäre, wenn die Parteien, etwa zur Sicherung, einen ehedüterrechtlichen Vertrag zwar schliessen würden, dieser aber bis zum Lebensende im Schrank verschlossen bleiben würde. Diese Ansicht rechnet jedoch nicht damit, dass der Vertrag, welchen die Ehegatten voraussetzlich für den Fall einer eventuellen Scheidung schlossen, auch seitens der Erben vorgelesen werden kann, und zwar entsprechend der heutigen Praxis, gewöhnlich seitens der aus der früheren Ehe des verstorbenen Ehegatten stammenden Kinder, oder - seltener zwar, doch nicht immer in beruhigender Form, im Interesse des mündigen Kindes (oft aber dieses Interesse weit übertreibend), seitens der Vormundschaftsbehörde oder des durch diese bestellten Sachverwalters.

Es soll noch über die Wirkung der ehedüterrechtlichen Verträge gegenüber Drittpersonen gesprochen werden. Das mag insofern Bedeutung haben, als für die das Gesamtgut belastenden Geschäfte beide Ehegatten, zumindest aber die Gesamtquote beider Ehegatten verantwortlich sind, während für die zulasten des Sondervermögens geschlossenen Geschäfte das Sondervermögen und der einem den Ehegatten zustehende Teil des Gesamtguts Verantwortung schuldet. Die Frage ist im Gesetz ziemlich karg und gegenüber Drittpersonen - so will es scheinen - mit ziemlich wenig Garantie geregelt. Im Fall eines Geschäftes mit Drittpersonen - spricht das Gesetz aus - haben die Ehegatten darüber Information zu geben, wenn der durch den Vertrag berührte Vermögensgegenstand in das Sondervermögen des einen oder des anderen gehört. (§ 27 Abs. 4 nF).

Auch an diese Regel knüpft sich aber eine weitere Aufmerksamkeit verdienende neue Regel des UFGB, die für die Staaten, wo das Familienrecht, zwar als ein selbstständiger Teil, jedoch im BGB bzw. ZGB geregelt ist, für natürlich erscheint, in Ungarn aber seit 1952 jetzt das erste mal gesetzlich festgehalten ist. Die Novelle des UFGB besagt, dass für die Vermögensverhältnisse der Ehegatten (ehedüterrechtlicher Vertrag, Übereinkunft bezüglich der Teilung des Gesamtgutes, Übereinkunft bezüglich der Nutzung der Ehwohnung usw.) auch die Verfügungen

des Zivilgesetzbuches entsprechend anzuwenden sind. (§ 31 Abs. 5 Satz 1 nF).

Diese Regel muss - zwar sie in der Praxis in einem engeren Kreis auch früher Anwendung fand - vor allem in Beachtung dessen, dass das UFGB die Fragen des Ehegüterrechts - inbegriffen den jetzt eingeführten Ehegüterrechtsvertrag ziemlich kurz behandelt. Wo sich die Grenze der anzuwendenden zivilrechtlichen Normen befinden wird, wird aller Wahrscheinlichkeit nach durch die Praxis bestimmt. Dass neben der bezüglich Drittpersonen zitierten Abs 4 des § 27 des UFGB enthaltenen Regel auch die Verfügungen des ZGB bezüglich der Entziehung einer Deckung der Schuld (ZGB § 203) angewendet werden können, unterliegt keinem Zweifel.

Die Annahme, dass innerhalb der Ehebeziehungen die Vermögensfragen ganz im Hintergrund bleieben werden - was in den 1950-er Jahren, zur Zeit der Schaffung des UFGB, sehr lebendig war, und auch stark betont war - ist weit überholt. Das Leben fordert heute in der Regelung der vermögensrechtlichen Fragen Fortschritt und auch mehr Aufmerksamkeit.

5. In Ungarn ist die Wohnungsfrage eine der meist neuralgischsten Punkte der die Staatsbürger berührenden Gesellschaftsverhältnisse. Einerlei ob es sich um nach Entrichtung einer in der Regel ziemlich hoher Nutzungsgebühr erwerbbaaren staatlichen Mietwohnung, oder um eine durch langfristige Kredite und sozialpolitische Begünstigungen unterstützte, trotzdem aber äusserst kostspielige und erst nach mehrjähriger Wartezeit erwerbbaare staatlich zugewiesene Eigentumswohnung, oder um einen mit denselben Unterstützungen begünstigten Eigenbau, oder um einen begünstigungslosen, eben deshalb viel kostspieligeren Wohnungskauf auf dem freien Markt (Mietwohnung oder Eigentumswohnung) handelt. Dies wirkt sich naturgemäss auch auf die Regelung der Ehwohnungsfrage nach der Scheidung aus. Ohne tiefere Kenntnis der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lagen in diesen Fragen würde die Darlegung der juristischen Seite nicht viel bedeuten.

Die Gesetzgebung musste bei der Regelung dieser Frage innerhalb der Möglichkeiten oft einander widersprechende Interessen erwegen. Eines dieses im Vordergrund stehenden Interessen

ist das Interesse des minderjährigen Kindes, ob es in der Ehwohnung bleibt oder zumindest, ob ihm eine andere Wohnungsmöglichkeit gesichert wird, - wenn auch nicht typisch, aber auch nicht als Ausnahme sein Interesse dass es nach der Scheidung nicht mit dem raufhändlerischen schwer alkoholsüchtigen Elternteil unter einem Dach bleiben. Ein anderes erwägendes Interesse ist der bedeutende Vermögenswert der durch einen oder durch beiden der Ehegatten erworbenen Eigentumswohnung oder bloss Mietwohnung, besonders die im Interesse der Erwerbung der materiellen Bedingungen zur Verschaffung der Wohnung geleistete sehr bedeutende Mehrarbeit, die ausserordentlich grosse Schwierigkeiten eines neuen Wohnungserwerbs im Falle einer Ehescheidung, die wegen der Grösse (der Kleine) der Wohnung oft ausgeschlossenen oder nur mit den grössten Schwierigkeiten durchführbare Vertauschung der Ehwohnung in zwei kleinere Wohnungen usw.

Neben der Verteidigung der Interessen der Kinder schützen die neuen Normen den durch den Wohnungsmarkt diktierten Anforderungen folgend, die Eigentümerinteressen und die Zuwendungen, die in finanzieller Form und in Arbeit für die Erwerbung der Wohnung zum Ausdruck kommen, in einem grösseren Mass, als vorhin. Die Bewertung dieser Aspekte geschieht einerseits dadurch, dass wenn nur die eine Partei der Erwerber der Ehwohnung war, im allgemeinen ihm sichergestellt wird, in der Wohnung bleiben zu können, und andererseits dadurch, dass falls einen der Parteien die Wohnung zu verlassen verpflichtet wird, dass ihm für die Räumung der Wohnung ein bestimmter Gegenwert gezahlt wird. (§ 31/A - 31/E nF).

Man muss aber klar sehen, dass für die Lösung dieser Fragen die rein rechtlichen Mittel nicht einmal in einer ferneren Zukunft genügend sein werden.

6. Betreffend die Rechtsstellung der nichtehelichen Kinder, genauer gesagt die Regeln der gerichtlichen Feststellung der Vaterschaft, bzw. die gerichtliche Feststellung einer Unterhaltszahlungspflicht eines potenziellen Vaters ohne die Feststellung der Vaterschaft, waren zwei Fragen modifizierungsbedürftig. Beide Fragen wurden durch die Ergebnisse der Entwicklung der Medizin und der Biologie, durch die sich den wahren Tatsachen immer mehr nähernden Beweisführungsmöglichkeiten

möglich und motiviert. Beide Änderungen - muss man hinzufügen - mit eindeutiger Zustimmung aufgenommen. Umso mehr, als die früheren Normen, die in einer Zeit geschaffen wurden, wo die Beweistechnik noch unentwickelt war, die Last der Schwierigkeit des Beweises, der Unbeweisbarkeit, dem im Prozess als Vater bezeichneten, oder bloss für Unterhalt angeklagten Mann aufbürdeten, was angesichts der freieren, ja zügelloseren sexualen Verbindungen, über die angeklagten Männer hinaus, auch mit dem gesellschaftlichen Rechtsgefühl in Widerspruch geriet.

Die neuen Normen der Novelle brachten in den folgenden Änderungen:

Die eine: Vor der jetzigen Änderung des UFGB war, in Anbetracht der grösseren oder der kleineren Wahrscheinlichkeit der Vaterschaft, für die gerichtliche Feststellung derselben verschiedene Beurteilung vorgeschrieben, falls der Mann mit der Mutter innerhalb der Empfängniszeit unter auf Lebensgemeinschaft hinweisenden Umständen längere Zeit hindurch zusammen lebte, bzw. in der Empfängniszeit längere Zeit hindurch mit ihm geschlechtliches Verhältnis unterhielt, oder, falls ohne dauernde geschlechtliche Verbindung zwischen ihm und der Mutter auch nur ein fallweiser geschlechtlicher Verkehr vorkam. In den zwei erstgenannten Fällen war zur nicht Feststellung der Vaterschaft im Gesetz die Bedingung vorgeschrieben, dass es, gemäss den Umständen ausgeschlossen werden können, dass das Kind aus der betreffenden Verbindung stammt; im letzterwähnten Fall, bei einem fallweisen Geschlechtsverkehr musste zur Feststellung der Vaterschaft, unter sorgfältiger Erwägung sämtlicher Umstände wohlbegründet gefolgert werden können, dass das Kind aus diesem Verkehr stammt. In der Novelle bleibt die bisherige Differenzierung der Tatbestände weg und es besteht einheitlich nur dann eine Möglichkeit zur gerichtlichen Feststellung der Vaterschaft, wenn unter sorgfältiger Erwägung sämtlicher Umstände wohlbegründet gefolgert werden kann, dass das Kind aus diesem Verkehr stammt. (§ 38 Abs. 2 nF).

Die andere: Das ungarische Familienrecht sicherte zunächst im Gesetz Nr. XXIX vom Jahre 1946, später dann auch im Einführungsgesetz des UFGB von 1952, in der Gesetzverordnung Nr. 23 1952 rechtliche Möglichkeit zu, dass auch dann, wenn die Bedin-

gungen zur Feststellung der Vaterschaft nicht gegeben waren, doch die Vaterschaft nicht ausgeschlossen werden konnte, der Mann, der mit der Mutter des Kindes während der Empfängniszeit geschlechtlich verkehrte, ohne Feststellung der Vaterschaft gerichtlich zum Unterhalt verpflichtet werde. Diese Regel wurde lange Zeit hindurch kritisiert, der Anspruch auf die Aufhebung derselben tauchte oft auf. Nun wurde im Zuge der Revision des UFGB die Ausserkraftsetzung vollzogen (Gesetz Nr. IV von 1986 § 39 Abs. 2).

7. Betreffend die Revision der Regelung des Adoptionsrechts prallten mehrere Interessen zusammen, mussten mehrere Interessen abgestimmt werden. Die neue Regeln wurden deshalb gar nicht mit eindeutiger Zustimmung empfangen.

Eine der Meinungen - der wir uns nicht anschliessen - war, dass die Regeln der Adoption hätten nur dort geändert werden müssen, wo die Rechte der leiblichen Eltern stärker geschützt waren, als das Interesse des Kindes, und dadurch eine schnelle Entscheidung über die Adoption im Interesse des Kindes verhindert wurden.³ Die andere Ansicht wollte - selbstverständlich weiterhin unter Beachtung der Interessen des Kindes - ein gesünderes Gleichgewicht in der Berücksichtigung verdienenden rechtmässigen Interessen des Kindes, der leiblichen Eltern und der Adoptiveltern herstellen. In der Auswahl der für richtig gehaltenen rechtlichen Mittel herrschte auch unter den Vertretern dieser Ansicht keine Übereinstimmung.

Besonders zwei Fragenkomplexe wurden debattiert: Einmal die Bedingungen der unter dem Namen Inkognito-Adoption bekannt gewordenen Adoptionen, wo die leiblichen Eltern (Elternteile) der Adoption ihres Kindes derweise zustimmten, auf das Kind derweise verzichteten, dass ihnen die Person und die Personalien der Adoptiveltern unbekannt bleiben.

³S. z.B. SOLTÉSZ-KATONA, M.: A család jog tervezett módosításához (Zur geplanten Modifikation des Familienrechts), Társadalmi Szemle, 2/ 1985. und - wenn auch nicht so scharf - BERNÁD, I.: Gondolatok az örökbefogadási eljárásról (Gedanken über das Adoptionsverfahren), Gyermek- és Ifjúságvédelem, 1/ 1984.

Die zweite umstrittene Frage war die Frage bezüglich der Grenzen der Genehmigung einer Adoption ohne elterliche Zustimmung. Eine dritte Frage wäre - jedoch für die Kodifikation von keinem Ergebnis - eine irgendeine Masse abweichende Regelung der Stiefkindadoption, die in Ungarn heute noch etwa eine Hälfte der Adoptionen ausmacht, und auch einer Adoption in einem näheren Verwandtenkreis. Diese Adoptionen müssten von der Adoption eines "fremden Kindes" in einer stärker abweichenden Form geregelt sein.⁴

Was die Inkognito-Adoption betrifft, stiessen zweifellos zwei schwer abstimmbare Interessen zusammen: Kinderärzte, Kinderpsychiater, Kinderpsychologen sind eindeutig der Meinung, dass die richtige Sozialisierung des Säuglings, des kleinsten Kindes schon erwünscht, dass es je früher in Familienkreis erzogen wird, dass die Erziehung im Institut - wenn möglich - vermieden werden kann. Dieses Interesse fordert, dass die Mutter (die Eltern) unmittelbar nach der Geburt des Kindes auf ihr Kind verzichtet und es bereits vom Krankenhaus die Adoptiveltern nachhause bringen. Wenn auch nicht mit denselben Argumenten, doch prinzipiell diese Möglichkeit wurde von Vertretern der Vormundschaftsbehörden und die auch von die Vormundschaftsarbeit beaufsichtigenden Vertreter des Ministeriums für Kultur gefordert. Sie erblicken in der unbedingten Einhaltung der bisherigen sechsmonatigen Wartezeit eine überflüssige Verziehung der Säuglingadoption. Gleichzeitig aber hielten andere Juristen, und nicht nur Juristen, sondern auch Ärzte, zwar keine Kinderärzte, sondern Frauenärzte, für unbillig, dass die Mutter, in den meisten Fällen ledige Mutter, ohne Bedenkezeit, unmittelbar unter der Wirkung der mit der Geburt verbundenen Stress auf ihr Kind so verzichtet können soll, dass ihr dann nie mehr bekannt wird, wo und von wem ihr Kind adoptiert wurde.

⁴In dieser Frage habe ich, bereits vor Anfang der Kodifikationsarbeit, geschrieben. S. z.B. WEISS, E.: Új vonások az örökbefogadásban és jogi szabályozásában ((Neue Züge in der Adoption und ihrer rechtlichen Regelung) in: Beck Salamon Em-lékkönyv (Festschrift für Salamon Beck), Budapest, 1985.

Die durch die Eltern (alleinstehende Mutter) angeregte Möglichkeit der Inkognito-Adoption wurde durch die Novelle des UFGB von 1974 eingeführt. Die sozusagen garantierte Regel im Interesse der Mutter, dass ein derartiger Verzicht auf ihr Kind nur sechs Monate nach der Geburt geschehen kann, wurde zur selben Zeit auch festgelegt, doch nicht in der Novelle des UFGB und auch nicht im Gesetz, sondern nur in der Verordnung über Vormundschaftsverfahren.

In der jetzigen Debatte des UFGB ging es darum, diese Regel völlig aufzuheben oder dieselbe gesetzlich zu verankern. Als Zwischenlösung bot sich neben der gesetzlichen Verankerung die Abkürzung des Termins von sechs Monaten auf zwei Monate. Die Gesetzesvorlage gelangte mit dieser Zwischenlösung vor das Parlament. In der Parlamentsdebatte verklangen aber Meinungen, unter anderen die Argumente eines Frauenarzt-Abgeordneten, aufgrund deren doch die sechsmonatige Gedenkzeit im Gesetz festgelegt wurde. (§ 48 Abs. 3 Satz 1 nF).

Was die Adoption ohne Zustimmung der leiblichen Eltern belangt, diese Lösung war in einem Bereich schon seit dem UFGB aus 1952 in Kraft. Diese Art der Adoption war gemäss dieses Gesetzes möglich, falls der Minderjährige im Familienkreis stark gefährdet war, und deswegen in staatliche Fürsorge gegeben werden musste. Anhand weiterer Rechtsnormen bildete sich jedoch eine Praxis heraus, nach dem - mit gewissen Ausnahmen - auch diese Kinder nur dann ohne Anhören der leiblichen Eltern und ohne deren Zustimmung adoptiert werden konnten, falls sich die Eltern aus eigenem Verschulden ein Jahr lang um das Kind nicht kümmerten, mit ihm gar keine Verbindung aufrecht hielten. Die Regel des UFGB war zu steif, die sich anhand sonstiger Rechtsnormen herausgebildete Praxis war aber unbegründeterweise nachsichtig gegenüber den sich oft nur jährlich einmal für das Kind womöglich nur formell interessierenden, der Adoption jedoch widerstehenden leiblichen Eltern, wodurch zahlreiche Adoptionen verhindert und zurückgehalten wurden. Das löste gegenüber den Regeln der Adoption als auch gegenüber der Praxis mit Recht eine gesellschaftlich ziemlich breite Unzufriedenheit aus.

Eine andere Fallgruppe der Adoption ohne Zustimmung der leiblichen Eltern wurde in der Novelle des UFGB 1974 festgelegt.

Ähnlich, wie in mehreren Fremdländern wurde durch die Novelle ermöglicht, dass wenn die leiblichen Eltern ohne triftigen Grund der Adoption nicht zustimmen, diese Zustimmung im Interesse des Kindes die Vormundschaftsbehörde ersetzen kann, jedoch mit der Beschränkung, dass das nur dann möglich ist, wenn aus dem bisherigen Verhalten der Eltern festgestellt werden kann, dass sie ihrer Pflicht gegenüber ihrem Kind aus eigenem Verschulden dauernd nicht nachgekommen sind.

Die Schöpfer der Novelle des Familiengesetzes von 1986 wollten das Recht der leiblichen Eltern zum Kind, man könnte sagen: ihr subjektives elterliches Recht zum Kinde stärken einerseits dadurch, dass sie die zu Adoption erwünschte elterliche Zustimmung kräftigen und die Ausnahmen darunter schwächen wollten, und andererseits derweise, dass sie die Feststellung der Bedingungen zur Erteilung der Ausnahmen der elterlichen Zustimmung vom Vormundschaftsverfahren in das richterliche Verfahren übertragen wollten.

Gemäss der neuen Norm des Gesetzes - die Handlungsunfähigkeit der Eltern und ihren Aufenthalt an einer unbekanntem Stelle ausgenommen - kann ohne die Zustimmung der leiblichen Eltern eine Adoption nur dann erfolgen, wenn das Sorgerecht der Eltern durch das Gericht mittels eines rechtskräftigen Urteils aufgehoben wurde. (§ 43 Abs.4 nF).

Einerseits - und das war die leichter zu lösende Frage - hörte also jenes in der Novelle des Familiengesetzes von 1974 gesicherte Recht der Vormundschaftsbehörde auf, dass sie befugt ist die elterliche Zustimmungserklärung zu ersetzen, andererseits - und das war die schwierigere Frage - musste Lösung gefunden werden, unter welchen Bedingungen jene staatlich versorgten Kinder adoptiert werden können, um die sich die Eltern überhaupt nicht kümmern, deren Schicksal aber durch Adoption gelöst werden könnte.

Teils im Zusammenhang mit der Modifizierung der Regeln der Adoption, teils auch unabhängig davon, differenziert das Gesetz bezüglich der Mittel der staatlichen Fürsorge der gefährdeten Minderjährigen entsprechend dem Mass der Gefährdung derselben. Der schwerste Grad der staatlichen Erziehung ist nach der Nomenklatur des Gesetzes der, wenn das elterliche Sor-

gerecht durch das Gericht aufgehoben wird. Falls das Kind nach der gerichtlichen Aufhebung der elterlichen Sorgerechte unter staatliche Erziehung gelangt, ist der Weg zur seiner Adoptierung im wesentlichen frei.

Daneben kann die Vormundschaftsbehörde im Interesse des Minderjährigen, in Fällen, wo eine sofortige Verfügung notwendig ist, das Kind mit provisorischer Wirkung in die Erziehungsanstalt verweisen und falls die Vormundschaftsbehörde es für begründet erachtet, die staatliche Erziehung des Kindes unter Aufhebung der elterlichen Sorgerechte vorzunehmen, muss sie zwecks Aufhebung der elterlichen Sorgerechte vor Gericht Prozess anstrengen. Abhängig vom Ergebnis dieses Prozesses kann das Kind in staatliche Erziehung gegeben werden und dann ist der Weg zur Adoptierung wieder frei. (§ 92/A Abs. 1 d/ und e/ nF).

Die gerichtliche Aufhebung des elterlichen Sorgerechts kann natürlich auch dann ohne elterliche Zustimmung zur Adoption führen, wenn der Minderjährige nicht in staatliche Versorgung gegeben wurde.

Die Frage, wie die neuen Normen die seitens der Gesetzgebung vor Augen gehaltenen Ziele fördern: einerseits die schütz-würdigen elterlichen Interessen zu schützen, andererseits aber gegenüber den Eltern, die diesen Schutz nicht verdienen, die Adoption des Kindes, gegebenenfalls auch trotz der Missbilligung der Eltern, derweise unterstützen, dass die Abwicklung der Adoptionsverfahren nicht noch langsamer wird als heute, kann heute offenbar noch nicht beantwortet werden. Die rechtliche Regelung stellt in der Sicherung der beiden Interessen keine Schranken, die tatsächliche Realisierung ist, jedoch Aufgabe der Zukunft.

Ebenso wird die Zukunft beantworten zu haben, ob meine, noch in der Vorarbeiten der Kodifikation vorgewiesene, doch vorderhand noch nicht aufgegebenen Befürchtung berechtigt ist, dass die in staatliche Fürsorgenehmung des Kindes immer, also auch dann von der gerichtlichen Aufhebung der elterlichen Sorgerechte bedingt ist, wenn eine Adoption des Minderjährigen - wegen des Lebensalters oder aus anderen Gründen - nicht möglich ist. In Fällen, wo weder die Adoption des Kindes möglich erscheint, noch ein anderes modus vivendi dafür gibt das Kind

in eine gesündere Familienumgebung zu verhelfen, hat diese Regel meines Erachtens nach auch zu bedenkende Nachteile. Es könnte dadurch eine eventuelle spätere Rückkehr dieser Minderjährigen in das Elternhaus gegebenenfalls unbegründet verhindert werden, und es kann auch dazu führen, dass durch diese Sanktion gegen die Eltern statt denen eben das Kind stärker gebrandmarkt wird. Nach allgemeinen Erfahrungen ist für das Kind das in staatliche Fürsorgenehmung in sich, auch ohne Entziehung der Elternrechte von den Eltern, ein Brandmarken.

8. Im Zuge der Vorarbeiten des Gesetzes war die Frage der Eltern-Kindbeziehung nach der Scheidung eine der meist umstrittenen Fragen. Wie in zahlreichen Ländern der Welt, ist auch für Ungarn charakteristisch, dass die Eheleute die eheliche Gemeinschaft früher abbrechen, früher eine Scheidung beschliessen, als in früheren Zeiten, aber die Zahl derjenigen, die dadurch auf ihre Kinder nicht verzichten wollen, ist immer grösser. Wenn sie sich auch voneinander trennen, ein neues Leben beginnen möchten, mit ihren Kindern möchten sie - zumindest bei ihrer Scheidung bestehenden Absicht - innerhalb der Möglichkeiten, auch nach der Scheidung eine ebenso inhaltvolle Beziehung aufrechterhalten, wie früher. Sie wollen auch das Schicksal ihrer Kinder ebenso mit Aufmerksamkeit verfolgen, eventuell auch lenken, wie sie es früher getan haben.

Dies hat ein Grund auch darin, dass auch für Ungarn die Familien charakteristisch sind, in denen beide Ehegatten erwerbstätig sind, und dadurch in der Arbeitsteilung innerhalb der Familie eine bedeutende Änderung eingetreten ist. Statt Familien wo es allgemein war, und auch gesellschaftlich akzeptiert war, dass die Versorgung des Kindes ausschliesslich, oder zumindest in erster Reihe, die Aufgabe der Mutter war, treten immer mehr Familien wo sich diese Aufgaben zwischen Vater und Mutter teilen.

Diese in sich positive Änderungen stellen die scheidenden Eltern, die durch die Scheidung betroffenen Kinder - über die mit einem nicht besonders gut beglückten Wortgebrauch auch als Scheidungsweisen zu sprechen pflegt - weiters die mich mit diesen Kindern befassenden Pedagogen, Psychologen und Juristen, Rechtsschöpfer und Rechtsanwender - deren Aufgabe das Eltern-

Kind-Verhältnis zu regeln ist, vor schwierige Aufgaben.

Die Gründe der Schwierigkeiten sind bekannt: der Weg bis zur Scheidung, der Ablauf des Scheidungsprozesses schafft nicht immer, eher recht selten, in Angelegenheit des Kindes auch nach der Scheidung noch kooperationsfertige Eltern, viel mehr solche, die von der Trauma, die ihnen die Scheidung und die Präzedentien, der mit der Unterbringung des Kindes zusammenhängende Prozess oft verständlicherweise für sie bedeuten, das Kind nicht verschonen können, oft auch gar nicht wollen. Und auch in der Mehrzahl der Fälle, das an beiden Eltern hängende Kind passt sich gemäss den Erfahrungen, ungeachtet seines Alters, oft sehr schwer den Änderungen an.

Die neuralgischste Fragen des Eltern-Kind-Verhältnisses nach der Scheidung ist einerseits die Regelung der Unterbringung des Kindes und andererseits das Umgangsrecht des nichtsorgeberechtigten Elternteils, eventuell eine Ausdehnung des Umgangsrechts im traditionalem Sinne mit seinem Kind.

Im Vergleich zu diesen Fragen werfen die Fragen des Kindesunterhaltes vielleicht weniger Probleme auf.

Die Gesetzgeber wollten, zunächst in der leichteren Richtung Schritte machen: sie haben in allen drei Problemen der die Interessen des Kindes entsprechend beachtenden elterlichen Übereinstimmungsbereitschaft mehr Vertrauen zugesprochen. Die Novelle stellt - allseits gebilligt - in der Regelung aller drei Fragen die Übereinstimmung der Eltern betonter in den Vordergrund und hebt die zufolge des früheren Rechts in einzelnen Fragen validen, auch damals stark bestrittenen, sogar für annehmbar gehaltenen Schranken auf. Eine derartige Beschränkung war z.B., dass das Gericht die Vereinbarung der Eltern bezüglich des Umgangsrecht nicht bestätigen konnte, im Sinne deren die Parteien einen unbeschränkten Umgangsrecht des nichtsorgeberechtigten Elternteil sichern wollten.

Die Übereinkunft in diesen Fragen muss in der Zukunft - wie wir darauf früher schon hingewiesen haben - überlegter, gründlicher durchgedachter sein und soll nicht nur deshalb geschlossen werden, damit die Scheidung schneller ausgesagt werde. Die inhaltlichen und zeitlichen Bedingungen einer Abänderung der Vereinbarung über einseitigen Antrag ist ja schwie-

riger geworden.

Die Gesetzgeber wollten aber auch in die schwerere Richtung weiterschreiten. Seit dem Beginn der Vorarbeiten des Gesetzes wollten sie dort den weitesten Schritt tun, von wo, zweifellos berechtigterweise die meisten Klagen auftauchten: in der Förderung der Rechte des nichtssorgeberechtigten Elternteils.

In dieser Frage waren die Meinungen in juristischen und nicht juristischen, doch auch nicht Laienkreisen trotzdem ungleich divergent. Einige anerkannten Familiensoziologen kämpften darum, dass die Eltern, die bis zur Scheidung gleichartig geeignet waren das Kind zu erziehen, unabhängig von der Unterbringung des Kindes, betreffend die Kinder auch in die Zukunft gleiche Rechte und Verpflichtungen haben sollen und es ist schwer sie davon zu überzeugen, dass das zumindest nicht immer im Interesse des Kindes steht. Auf der anderen Seite hält ein Teil der sich mit den problematischen Kindern der geschiedenen Eltern befassenden Fachleute die Institution des Umgangsrechts fasst einstimmig als für das Kind schädlich. Und es ist auch nicht selten, dass der sorgeberechtigte Elternteil die Steigerung des für ihn früher zugesprochenen Unterhaltsbeitrags, das infolge der Änderung der Umstände, vor allem der Erhöhung des Einkommens des Zahlungspflichtigen mit Recht gefordert werden könnte, auf die Erhöhung verzichtet, weil er befürchtet, dass der von seinem Umgangsrecht längere Zeit hindurch nicht Gebrauch machende Elternteil danach von dem ihm nie entzogenen Umgangsrecht Gebrauch macht.

Was nun die rechtliche Regelung betrifft: in der Frage der Unterbringung des Kindes schien eine Änderung nicht nötig und es wurde auch keine vorgenommen. Falls die Eltern in dieser Frage nicht entschieden haben (wenn die Scheidung im gemeinsamen Einvernehmen geschieht, dann müssen sie entscheiden), dann muss das Gericht die Kinder bei dem Elternteil unterbringen, bei welchem seine körperliche, geistige und moralische Entwicklung besser gesichert scheint. Die Gesichtspunkte, die das Gericht bei seiner Entscheidung zu erwägen hat, sind in der zuletzt in 1982 herausgegebenen Richtlinie des Obersten Gerichtes (Richtlinie Nr. 17) enthalten. Daran zu ändern schien auch unnötig.

Es war aber auch dem Gesetzgeber bekannt, dass das Gericht oft zwischen zwei Elternteile entscheiden muss, von denen beide für die Erziehung des Kindes, für seine Fürsorge, für die Ausübung der elterlichen Rechte und Pflichten geeignet sind und von diesen beiden muss die geeignetere Hälfte ausgewählt werden. Selten wird nämlich die Entscheidung dadurch erleichtert, dass einer der Eltern für die Ausübung der Elternrechte geeignet und der andere ungeeignet ist. Von dieser Situation ausgehend wollten die Gesetzgeber von Anfang an in der Regelung der elterlichen Rechte demgemäss Unterscheidung machen, ob derjenige, dem das Kind nicht zugesprochen wurde, zur Ausübung der elterlichen Rechte und Pflichten geeignet ist, oder nicht. Die Schöpfer der Novelle wollten die Rechte des dafür geeigneten, aber wegen der Scheidung von dem Kind getrennt lebenden Elternteils steigern. Die extremste Absicht wollte ausser den die Erziehung des Kindes unmittelbar betreffenden Fragen sämtlich Rechte und Pflichten auch dem getrennt lebenden Elternteil zusichern.

Gegenüber der gesetzgeberischen Ansicht tauchte mit Recht die Einwendung auf, dass gar nicht sicher ist, dass die zur Ausübung der elterlichen Rechte an sich geeigneten Elternteile - besonders nach einer stürmischen Scheidung und einem sich in die Länge ziehenden Kindesunterbringungsprozess - auch zur Kooperation in der Ausübung der elterlichen Rechte fähig und geeignet sind.

Die Novelle steigerte - ohne diesen Gesichtspunkt völlig akzeptiert zu haben - die rechtliche Lage des nicht-sorgeberechtigten Elternteils derweise, dass sie zwar die Sorgerechte bei dem Elternteil liess, bei dem das Kind zufolge elterlichen Geschlusses oder richterlicher Entscheidung untergebracht wurde, doch in den das Schicksal des Kindes berührenden wesentlichen Fragen auch dem getrennt lebenden Elternteil ein Mitstimmungsrecht sicherte (es sei denn das Sorgerecht, oder das Recht zur Ausübung gewisser Berechtigungen wurde durch das Gericht eingeschränkt, entzogen, suspendiert oder der betreffende Elternteil wurde seiner Sorgerechte gerichtlich entkleidet). Derartige wesentliche Fragen sind nach dem Gesetz die Namensbestimmung des Minderjährigen, die Bezeichnung seines Aufent-

haltsortes, ferner die Bestimmung der Richtung seiner Ausbildung und seiner Lebenslaufbahn. Über diese Fragen kann das Gericht den nicht-sorgenberechtigten Elternteil ermächtigen, das Vermögen des Kindes zu verwalten und in Vermögensangelegenheiten das Kind gesetzlich zu vertreten (§ 72 Abs. 2-5 nF). Falls sich die Eltern in den eine gemeinsame Entscheidung fordernden Fragen nicht einigen können, ist laut Vorschrift des Gesetzes die Entscheidung dem Gericht vorbehalten (§ 73 Abs. 2 nF).

Es wäre verfrüht, die Frage zu beantworten, wie diese neuen Normen in der Praxis wirken werden, wirken können; wie werden die Gerichte diesen der gerichtlichen Arbeit bisher fernstehenden Arbeit gewachsen sein und wie werden diese die getrennt lebenden Eltern und, viel mehr noch deren Kinder Berühren. Ich muss gestehen, dass ich selbst unter jene gehöre, die den Normen der Novelle skeptisch gegenüberstehen.

Ich gehöre zwar vielleicht unter die ersten, die über die gemeinsame elterliche Sorge nach der Scheidung in der ungarischen Rechtsliteratur berichtet habe⁵ ich halte dies jedoch nur für kooperationsfähige und fertige geschiedene Eheleute anwendbar. Vielleicht ist die Hoffnung berechtigt, dass die neue Regeln in einem gewissen Bereich dazu geeignet sein werden, in dem sorgerechtigten Elternteil bewusst zu machen, dass auch der andere Elternteil in einem breiteren Umfang elterliche Beziehungen zum Kind hat, als davon bis jetzt die Mehrheit von ihnen nolens-volens Kenntnis nehmen wollte. Das aber, ob bei völlig kooperationsunfähigen Eltern - besonders wenn wir an den vorerwähnten turbulenten Scheidungsprozess und ebenfalls turbulenten Kindesunterbringungsprozess denken - die befehls-

⁵So zuerst schon WEISS, E.: A szülői felügyeleti jogok közös gyakorlása a házasság felbontása után (Die gemeinsame Ausübung der elterlichen Sorgerechte nach der Ehescheidung), Jogtudományi Közlöny, 8/ 1980., später dann über das Urteil des Verfassungsgerichts der BRD WEISS, E.: Az NSZK Alkotmánybíróságának ítélete a házasság felbontása utáni közös szülői felügyeletről (Urteil des Verfassungsgerichts der BRD über die gemeinsame elterliche Sorge nach der Ehescheidung), Magyar Jog, 10/ 1983.

artig vorgeschriebene und vor Gericht bestreitbare Kooperation dem Kind mehr geben wird, als es ihm schaden kann, ist äusserst fraglich.

Das Umgangsrecht (nach dem Wortlaut des neuen Gesetzes das Recht und die Pflicht eine Verbindung zu halten mit dem Kind) ist in den neuen Normen elastischer geworden. Es ist jedoch für die in der Frage entscheidungsberechtigten Gerichte und Vormundschaftsbehörden weniger Wegweisungen erteilenden Form geregelt worden. (Zwecks Regelung der Frage trat gleichzeitig mit der Novelle des Familienrechtsgesetzes auch eine Verordnung in Kraft, Nr. 51/1986, Verordnung des Ministerrates.) Laut den neuen Vorschriften hat der von seinem Kind getrennt lebende Elternteil nicht nur das Recht zur Aufrechthaltung der Verbindung mit dem Kind, sondern es ist auch verpflichtet dazu, und der sorgeberechtigte Elternteil ist verpflichtet diese Beziehung zu fördern (§ 92 Abs.1 nF). Diese letztere Verpflichtung bestand auch bis jetzt, die vorerwähnte ist neu. Es gilt aber für beide, dass deren Erzwingung eine ziemlich schwierige Aufgabe ist.

Elastischer, sich den heutigen Lebensverhältnissen besser anpassender sind auch die Regeln bezüglich des Ausmasses des Kindesunterhaltes geworden, auch für den Fall, wenn er nicht durch die Vereinbarung der Eltern geregelt wurde, und auch die bei der Feststellung des Unterhalts in Betracht zu ziehenden Gesichtspunkte werden nuancierter vorgeschrieben. Während nämlich bis jetzt, bei der Feststellung des Masses des Kindesunterhaltes fast ausschliesslich der Erwerb, das Einkommen des Unterhaltsverpflichteten massgebend war, müssen nach dem neuen Gesetz die Bedürfnisse des Kindes, die Einkommenverhältnisse und Vermögensverhältnisse beider Eltern, die sonstige im Haushalt der Eltern unterhaltenen eigenen oder Stiefkinder, und, auch das eventuelle Einkommen des Kindes mehr in Betracht gezogen werden (§ 69/C Abs.1 nF). Diese Regel findet heute völlige oder fasst völlige Billigung. Es ist Aufgabe der Praxis die alte, oft ausserordentlich steife Praxis abzubauen.

9. Es änderte sich, differenzierten sich - wie wir darauf schon teilweise hingewiesen haben - die Mittel und die Normen der staatlichen Fürsorge der gefährdeten Minderjährigen weiter, und stärkte sich auch die Rechtsstellung der das Kind

erziehenden Drittpersonen. Dieses letztere freilich vor allem dann, wenn das Kind deshalb bei Drittpersonen untergebracht worden ist, weil die Eltern zu seiner Erziehung und Fürsorge nicht geeignet waren. Jene Drittperson - gewöhnlich Grosseltern oder sonstige Nahverwandten - dem die zur Erziehung und der Ausübung der elterlichen Sorge sonst geeigneten Eltern, meist im Fall einer provisorischen Behinderung das Kind anvertrauen, will klarerweise in dieser ihrer Qualität überhaupt keine Mehrrechte verschaffen, sie will es nicht, dass ein Teil der elterlichen Rechte provisorisch auf sie übertragen werden.

10. Es wäre natürlich unmöglich alle neuen Regeln, sämtliche kleinere oder grössere Änderungen, sämtliche im Laufe der Kodifikation unter Debatte gestandenen Fragen zu behandeln. Wir haben über jene Fragen, über jene neue Regeln geschrieben, die während der Kodifikation in bedeutenderem Masse umstritten waren, oder die wir wegen ihrer sich den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen anpassenden Natur für wichtig erachtet haben.

"Die Welt erlösen" ist weder bezüglich der Strittigkeiten der kleinen Familienneste oder ihres Zerfalls, noch bezüglich der Lösung der immer häufiger werdenden, ausserordentlich zerüttelten Familiensituationen, Familienbeziehungen weder im allgemeinen dem Recht, noch innerhalb dessen dem Familienrecht möglich.

Unabhängig davon, ob wir damit, was geschaffen worden ist einverstanden sind, oder ob wir einen Teil derselben mit Bedenken zur Kenntnis nehmen, muss zugestanden werden, dass die Gesetzgeber von dem unabstreitbar guten Willen geleitet wurden, die Festigung solcher Familien, die dazu noch sogar eine kleine Möglichkeit bieten, auch mit gesetzlichen Mitteln zu dienen, bzw. Familien die nicht mehr herstellbar sind, nach deren Zerfall eine gerechtere Regelung zu geben, und wo dies nötig war, kraft Gesetzes auch den Schutz der Kinder zu erhöhen.

Ungarisches Familiengesetzbuch

НОВАЯ РЕДАКЦИЯ ЗАКОНА ВНР О БРАКЕ, СЕМЬЕ И ОПЕКЕ

Э. Вайс

Общественно-экономические изменения и, особенно, перемены в семейных отношениях обосновали внесение новых новелл в венгерском законе о семье. Новый закон №IV/1986 г. вступил в силу 1 июля 1987 г.

Рассматривая причины и срок внесения изменения автор показывает некоторые из тех вопросов, в которых новый закон дал новое регулирование. Автор также дает информацию о том, что внесенные изменения встретили единодушное одобрение или нет, далее, по каким вопросам возникла дискуссия и которые из новых элементов встречаются и по ныне сомнения, даже со стороны автора настоящей статьи.

Автор рассматривает немного расширенные новые условия заключения брака, неосновополагающие изменения в материально-правовых и процессуально-правовых предписаний закона о расторжении брака, проблемы пользования квартирой со стороны супругов после расторжения брака, некоторые новые правила установления отцовства и усыновления, новые положения о связях между родителями и ребенком в семье разведенных родителей, расширение прав родителей, не осуществляющих права родительского надзора и, коротко, новые правила установления алиментов на ребенка.

THE MODIFICATION OF THE FAMILY LAW CODE ACT IV OF 1986

E. Weiss

The social and economic conditions, especially the changes of the family relations have justified the new novella-like modification of the Hungarian family law regulations. The new law, the Act IV of 1986 became valid in June 1, 1987.

The article surveys the reasons and background of the changes and presents some problems and areas where the new law caused change. It gives information on that whether the changes were undoubtedly meeting with acceptance or in case of doubt, which questions caused debates, which are those new rules, which provoke doubts even now. The author considers some rules doubtful and this article emphasizes it.

The paper mentions the somewhat extended conditions of the marriage, the not so significant changes in the rules /both substantive and procedural law/ of the divorce law, the introduction of the institution of marriage property contract, the problems of lodging settlement after divorce between the parties, the establishment of fatherhood and the rules of adoption, the new rules of parents-children relationship in the family of the divorced parent, and particularly the extension of the rights of the parent, who did not practice control rights and shortly deals with the fixation of the child support allowance rules too.



THE RESPONSIBILITY OF CORPORATE BODIES

L. Szamel
university professor
Janus-Pannonius University, Pécs

The essay treats the following subject-matters:

- The reasons of the existence and the propagation of the corporate bodies in the administrative organizational system;
- the types of corporate bodies working in the administrative organizational system; the principal fundamental question relating to the irresponsibility; the special problems concerning the responsibility of the advisory, co-ordinative and decision-making bodies;
- the relation between the traditional forms of responsibility, i.e. criminal responsibility, administrative responsibility /liability for petty offenses/, disciplinary responsibility, civil-law liability /liability for damages/ and the corporate responsibility.

I.

In the professional literature on politology and political sciences there is a publicistic formula, according to which, instead of corporate responsibility, it is more convenient to mention corporate irresponsibility. This /or its contrary/ will have to be proved here in respect of bodies working in the state administration. Prior to doing so, however, the question should be put: why has the "sitting democracy" flourished for decades with us, and, for centuries, elsewhere /e.g. in England/? In our opinion, the main reasons thereof are, as follows:

a/ From among the institutions of the direct democracy there are only a few ones /public meeting, referendum, etc./ which can be used in the modern state, partly due to the increase of the dimensions, partly because the public life embodying the direct democracy depends on the spare time of those living therein. The free citizen of the ancient democracies was - if not at war - almost a continuously acting person of the political fora. The modern man is, however, absorbed in his earning profession and there are only a few ones who are willing to sacrifice their spare time for public matters /to which people were obliged in the ancient democracies/. The

inevitable falling of the possibilities of direct democracy into the background results, in turn, in the replacement of its institutions by the institutions of the representative democracy which take the forms of representative organs, councils, committees or bodies of other denomination.

The municipal, town, territorial or professional self-governing authorities, as well, as the organs having self-governing rights on the principle of representation are indispensable elements of democracy. Since, however, these bodies are able only to decide but cannot govern the process of execution, they elect a further representative organ or even organs from themselves, being also of corporate character, and this character is independent of their names /senate, council, executive committee, magistracy, etc./. We believe the thesis to be acceptable without any further argumentation, according to which the existence of corporate bodies is inseparable from the representative democracy.

b/ Both on a state-wide, and on different territorial-local levels there are numerous sectoral and functional organs of the state administration, and the lack of the co-ordination of their actions may be a root of serious mistakes. The co-ordination should be the task of the government on the national level and of the self-governing operative body on the territorial-local level. Experience shows, however, that these organs can at most achieve the co-ordination of the decisions, but not that of the continuous functioning, not even if a plan elaborated in appropriate details and a suitable system of means are available. Therefore, several other modes and solutions, and organizational forms, respectively, of the co-ordination have been established from among which mention should be made by way of example only of the ministries of prominent legal status /so-called top ministries/, of the ministry established for the co-ordination of special tasks, and the minister without portfolio, respectively, having a secretariat but not the usual ministerial apparatus, of the occasional conferences of the competent leaders of the interested ministries /territorial-local organs/ in order to clear away the obstacles of the co-ordinated functioning, the decisions taken in these conferences which

Responsibility of corporate bodies

may be rendered obligatory as an administrative contract or in other forms, but they can be enforced also without a binding force through the reconciliation of interests. From here, the organization form of co-ordination falling in the field of our subject matter is only one step away: it is the body of explicitly co-ordinating purpose /committee/.

The most adequate instrument of the co-ordination between the administrative organs is - as proved by the international practice - the official organization, consisting of experts, established positively for this purpose, which can go about its business with reference to the authority of the leader standing above all the co-ordinating organs /the office of the prime minister, the office of the prefect, of the county leader, the secretariat of the leader of the local authority, etc./. Since, however, in several places the overall extension of such organizations is feared, the other solutions can not be unambiguously rejected, too, and among them even the co-ordinating bodies can also have a justification under certain conditions.¹

c/ The control activity of the advisory bodies is essentially confined to the discussion of the submitted reports and accounts, through which the management may get information, that can have fallen out of its horizon. These bodies carry out /and can carry out/ control in the strict sense at most in such a form, that they establish a working group, examining and studying on the site, headed by one or another member of the body, and this working group with the inherent competence /possibly with a special expert knowledge/ is able to carry out an effective control.

As for the opinions and advices, helping the management, there are three main methods which are known. One of them is the establishment of a so-called background organization, which functions as an institute /or as a such, concerning its contents, being however, organizationally a part of the office/. The other solution is the commission of advisers in each case, separately, or continuously; a variant thereof is the institution of the

¹ See thereon on the governmental level LŐRINCZ, L.: A kormányzás rendszerének és módszereinek változásai a fejlett tőkés országokban /Changes in the system and method of government/

chief adviser which appears as a special expert, assisted however, generally by several other experts too. And finally, the third method: the advisory /opinion-giving/ body. The advantage thereof, as compared to the former two ones, consists in its minimum official character. This fact manifests itself mainly in that, that while the other advisory organs are restricted to express opinion on the questions asked from them, these bodies, and their members, respectively, can come forward with suggestions on their own initiative to the management and have the possibility to propose the convocation of the body for the discussion of these proposals.

At the same time, it seems to be indubitable that these are the very bodies, that form the primary framework of the sitting democracy. Parkinson has certainly considered, first of all, them when he meditated: we know that there are industrial organizations where all committees are abolished by means of a top decision; it is, however, easier to proclaim, than to put across such a decision; in a normal society the laws of nature predominate; the number of committees will thus increase and their strength will continually grow.² What is the reason thereof? On the one side, the leaders of the administrative /and other/ organizations prefer to work together with an advisory - opinion-giving - body, the resolution of which /if it is authorized at all to resolve/ is not binding for the leader, than to do this with a decision-making body, in which the attitude, contrary to the conception of the leader, may gain the mastery and the leader has to enforce, in principle, the decision, even if it is contrary to his convictions. Moreover, since the advisory body in itself is not a managing organ but an organ assisting the management, it is obvious that the members of this body are appointed /and released/ by the leader of the organ. This is the general rule even if subjected to some exceptions, e.g. some of the members of a certain advisory body get to the commission due to their duties or the composition of the body is established /though never personally/ by a statutory

in the highly developed capitalist countries/, Állam és Igazgatás, 1/1984.

² PARKINSON, C.N.: In-laws and Outlaws /Hungarian/. Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, Budapest, 1965. p. 18.

Responsibility of corporate bodies

provision, and members get into the body in consequence of an election by another body. Since in the typical case the leader selects the persons, who will be his advisers, as corporate members, he has the possibility to hold off the presumably "disagreeable" persons, moreover, the opportunity presents itself to leave these members out of the body, of the committee at the end of the mandate, in the course of the reestablishment. The perceptibly high degree of conformity of the advisory bodies may be traced back in all probabilities thereto.

To regard this from the other side: the membership in an advisory body /especially with administrative organs of national competence/ offers a reputation, moreover, often also an influence for the members, without their being obliged to bear the burdens of an unambiguous position, or decision. Many people recognize the truth of the thesis even without having read Parkinson: their importance depends also on the rank of the committees they are members to and their number.³ Since, however, the number of the decision-making bodies is considerably lower than that of the advisory committees, the chance of becoming a member in some of the former ones is much lower than in the latter ones - taking also into consideration that in the case of decision-making bodies the typical method of the establishment is election. As an effect of these factors, the membership in the corporate advisory body is often regarded as the form free of risk of the participation in public life.

If the real intention of the leader is to be supported by intelligent opinions in his decision, he works rather with more than one bodies of advisory character in which he invites a few members who will supposedly confront their views in their conferences and he will not organize one single advisory body of many members. Further on, he will take care that such question be laid before the bodies in which the opinions may be reduced finally to a yes or a no to avoid the flow of evading monologues.

³PARKINSON, op. cit. p. 18.

II.

1. From among the introduced corporate bodies the representative organs are generally decision-making organs. As a matter of course, they pass their decisions by a majority vote. These corporate bodies are collective organs according to the internationally accepted terminology. The attribute "collective" refers to the fact, on the one hand, that the authority of decision is not left to one person, and, on the other hand, that the responsibility for the decision does not rest upon one person, either /namely upon the leader of the organ who is usually the chairman of the corporate body/, but in principle the members of the corporate body are obliged to assume responsibility collectively. The principle of the collective responsibility of the decision-making corporate bodies is declared in a stereotype manner by the relative legal norms, namely without considering where the objective and personal limits of this responsibility are and whether or not this responsibility can be conceived as a legal liability at all, finally, if the answer is positive, by means of which form of the legal liability should it be realized. Therefore, these terms of the legal norms can be understood rather as declarations appealing to the conscience, to the sense of responsibility of the corporate members, than as rules posing the legal liability.

2. As against the aforementioned, it is the particularity of the advisory organs that the collective responsibility of their members, who are not authorized to make decisions, is out of question. On the basis of the opinion, advice, proposal of the corporate body, the leader is entitled to pass a decision for whose support the corporate body is functioning. The similarly uniform international terminology calls these organs collegial organs, delimiting them thus from the collective corporate bodies. It is, of course not impossible that such a corporate body may also pass resolutions, which, however, are advanced to the rank of decision only if accepted by the competent leader, too. It is obvious that the legal accountability /which could have been declared, after all, also by a legal norm/, of these bodies is a more illusion since the leader is not bound

Responsibility of corporate bodies

by the opinion of the majority, thus the erroneous decision is made not by the corporate body but by the leader. The legal provisions which render possible that the member of the corporate body could have his contrary or dissenting opinions entered in the minutes or enclosed to the minutes in a written form moreover, may claim that the dissenting opinion should be submissibility to a superior decision-making forum, is also only a possibility aiming at the increase of the sense of responsibility, but not the declaration the legal liability of all members, not having laid down their opinions not tallying with the erroneous decision in writing. Should it happen, that the leader does not make his decision known at the session, which is more frequent, than the immediate decision of the leader, the mere raising of the question of the legal responsibility of the members of the advisory body would be obviously an absurdity, since even the sizing up of the effect of their opinion and of its expectable consequences impossible for them.

3. This scope of problems has to be investigated separately in respect of the advisory bodies consisting exclusively of experts, taking especially into consideration, that even an expert leader may not be an expert equivalent to those qualified in the given field in each sector of a professional line, hence, if he avails himself of the co-operation of the expert body, he is in need of the opinion thereof.

Theoretically, it is an idea seemingly acceptable, that the corporate body of experts is able to give the optimal opinion and if the decision, made on the strength thereof, would turn out to be erroneous, the corporate body of experts should be legally responsible for it. The theory and the practice stand out in sharp contrast to each other in this respect. It is a museum piece even in the field of the technical and natural sciences if the views of experts fully coincide - not to speak of the social sciences. Therefore, the debates of expert bodies - if only the corporate body was manipulated in advance - seldom lead to opinions that finally agree with or refuse the representation, but usually the members, who did not take part in the elaboration of the representation, operate with the formula "yes if" or "no, if at all" or they introduce a third, a

fourth, etc. conception /theory/ between the acceptance and the refusal. To call therefore the corporate body useless, would be a mistake, since the intelligent leader can draw valuable conclusions from the discussion, thus especially that the matter is not ripe for decision, some particularities are not well elaborated and before deciding, the lacking information should be supplied, or in spite of the diffusion of views the majority opinion is perceptible, etc. Hence, even with such corporate bodies, the decision of the leader is made on the basis of the opinion, and therefore, also these bodies are not exceptions to the thesis according to which the legal responsibility of the advisory body comes dangerously close to the mere fiction.

4. The co-ordinative bodies cannot be unambiguously ranged as the decision-making or the advisory bodies with the collective or collegial organs. Not including here the decision-making corporative bodies fulfilling also co-ordinating duties, the types of co-ordinating bodies are, as follows:

a/ The corporate body invested with a right to decision only in matters of co-ordination consists of members whose legal status is uniform, therefore, the decisions are taken in principle by the majority. The members of such corporate bodies represent certain organs, and organizational units, respectively. With the unambiguous application of the majority principle, however, there are no endeavours to majorize the body. The decisions are unanimous and are mostly results of compromises since the members represent also the interests of their own organizations, on the one hand, and their consent, on the other hand, is irrational for being given to such decision, which though promising theoretically to be an optimum, but to the carrying into effect of which their capacity /the personal, the instrumentation, etc./ is not sufficient. Such a decision is, considering the given possibilities, generally optimal or near to the optimum. The responsibility for the decision is therefore overshadowed and the responsibility for the execution comes into the limelight. If an organization or an organizational unit is represented in a co-ordinating corporate body of such a type by a person responsible for the execution /and only such a representation has any reason/, his responsibility for the execu-

Responsibility of corporate bodies

tion can be realized following from his labour relation. On the other hand, if he accepted the co-ordinative decision but his organization is unable to execute it for inexcusable reasons, he has to take the responsibility for that. In the case, however, if the organization of a majorized member of the corporate body does not perform, the responsibility rests upon him only if it is declared by a legal norm or by the regulations of the corporate body, and if the decision in majority is confirmed by a superior authority against the attitude of the minority, respectively.

b/ The co-ordinative corporate body may have a leader of prominent legal status, too, who takes the decisions in case of the conflict of views. The original model thereof is the general staff organized with the higher units of the armies which elaborates the stratagem possible only by the conferences of the staff officers keeping the various sections of service in hand. The co-ordinative decision taken there cannot, however, be made definitive by the chief of the general staff himself but it has to be submitted to the commanding officer of the military unit and it becomes only after his confirmation a decision by the reason of which orders can be given to the subordinate headquarters.

The inter-departmental committees are organized on this model for the performance of operative duties of great volume /the prominent legal status is conferred here to a deputy prime minister or to the minister, sectorally primarily interested/. The organizational model is essentially the same of the national and territorial /local/ operative committees established in critical situations /earthquake, flood, etc./, to the head of which a government commissioner or a ministerial commissioner is appointed. The members of such a corporate body may not vote the leader down, whereas without their hearing, the leader may not take co-ordinative decisions and the members of the corporate body have the right to appeal to the supreme forum against the decision of the leader /though this generally has no force of delay on the enforcement of the decision/. These corporate bodies work usually highly effective since even if there is a discussion within the corporate body, the subject thereof is

not the goal but the instrumental system and the methods of the execution a the most expedient solution.

With these corporate bodies, the responsibility rests in principle primarily upon the leader of prominent legal status and this can be enforced against him. The responsibility of the leader must not absorb the responsibility of the members – if the regulation on the corporate body reckons with the realities – since the members of the corporate bodies are not only experts but simultaneously leaders of their branches /sub-branches/ who are not only advisers of the leader and discussion partners of him and of each other but, at the same time, the drawers of the various elements of the co-ordinated plan of action and persons responsible for the accomplishment of the plan. Therefore, in such corporate bodies – in principle – the joint responsibility should be introduced. Since the responsibility of these corporate bodies comes always up only in connection with a failure, in case of a legal call to account, it should be ascertained, to what an extent can the failure be attributed to the decision /series of decisions/ and to the execution. The military history offers abundant illustration of the fact that with such corporate bodies the principle of joint responsibility can be enforced /the replacement of the commanding officer and of his general staff, their bringing to a court-martial, etc./, namely, always as a responsibility for failure /the lack of results/. We admit, that in this way the corporate responsibility is connected with the responsibility for the execution, which fact, however, makes no change in the essence, but it is highly suitable for the enhancement of the sense of responsibility.

III.

1. After all, we arrived at the final conclusion that either with the exclusively advisory corporate bodies and committees, or with the co-ordinative ones, responsibility for the corporative opinion can be understood only as one component of the responsibility for the result, since the corporate bodies have no authority to decision. The contradiction that the opinion, the advice of these corporate bodies considerably in-

Responsibility of corporate bodies

fluences the leader, competent to the decision, moreover, determines his decision more than once, and at the same time the corporate body itself is not responsible, could never and nowhere be solved. As a matter of fact, a legal regulation is theoretically also conceivable, which ordains joint responsibility here if the decision of the leader literally agrees with the unambiguous opinion of the corporate body, moreover, one may apply joint responsibility with the decision of the leader corresponding to the majority opinion of the corporate body, too. Such a regulation would, however, result in the paralyzation of the advisory and co-ordinative corporate bodies. As a consequence of such a regulation, to escape responsibility would become the primary conduct element in the corporate bodies. For this purpose, a rich arsenal of means would be available, such as: requiring the completion of the proposition with further information; the adjournment of the discussion of the proposition with reference to the insufficiency of the draft and stating that the elaboration of another draft is impossible at the place; the procrastination of the decision /of forming an opinion/ by a long and unsuccessful discussion, whereby the leader can be forced in a given situation /e.g. if the decision, as a proposal has to be submitted to an other organ within an appointed date/ to make his decision without the opinion of the corporate body; the division of opinions according to the principle quot capita, tot sententiae. In a managing body where the leader is simultaneously the superior of the members, these diverse opinions, these manipulations can be prevented by means of power, elsewhere, however, hardly.

The incapability of the corporate bodies in question shall be much the more reckoned with, if the legal regulation ordains the personal responsibility of the members, whereby they would be much more sensitive to the refusal to accept responsibility, than with the legal institutionalization of the corporate responsibility. This would lead without doubt to the tactics that the opinion, the advice would be linked up with reservation to which reference can be made with fair chance in case of being called to account.

In respect of the members of advisory and co-ordinative

advisory corporate bodies /except for the commission of a crime and for the case of the hierarchical superiority of the leader against the members of the corporate body/ there remains one means of calling legally to account, i.e. that the commission of the member is withdrawn. If, in the competence of the corporate body, the leader, authorized to decision, has the power to organize the corporate body, he has the right, to withdraw the commission of the member, too. On the other hand, if either the composition of the complete corporate body or the circle of the ex officio members /members by virtue of their position/ is determined by legal rules, the leader can bring forward a motion to the competent superior authority for the replacement of the member of the corporate body.

2. The theoretically limited character and practically the restriction to almost zero of the legal responsibility of the non-decisive corporate bodies and of their members offer by themselves the question whether these corporate bodies, committees should not be struck off the sphere of the public administration, moreover, of the government or converted into decision-making corporate bodies. In our opinion, it would be a false step to consider it so extremely. Abundant illustration can be found on the highly efficient operation of the non-decisive corporate bodies, committees in the government and in the administration. It is a known fact that in the states of purely presidential system there exists no decisive government, but the ministers are advisers of the president and the president has the right to raise his own view to the rank of decision even contrary to unambiguous resolutions of the ministers. /As a sarcastic expression thereof, president Lincoln who remained alone with his view at the voting in the Cabinet told his diverging opinion in the following way: "Seven nays, one aye, the ayes triumphed"/.⁴ The system of votum consultativum proved well for a long time in several countries, and the tendency seems to be strengthened in Hungary, too, that e.g. in the ministries, the role of consultations and primarily of the con-

⁴ MAGYARI, Z.: Amerikai államelmélet /American state life/. Királyi Magyar Egyetemi Nyomda, Budapest, 1934. p. 121.

sultative bodies and committees should be intensified.⁵ In the Hungarian practice, the efficiency especially of certain committees at local councils, as well, as of the committees elaborating and deliberating significant draft bills and, finally, of the advisory bodies of small number, consisting of special experts justifies that the sense of responsibility of the not manipulated consultative organs is able to compensate the essential lack of their legal responsibility.

One may state on the basis of this analysis that the hardly conceivable legal responsibility of the not decisive corporate bodies has its place somewhere between the responsibility of the preparatory, operative official organization and that of the decision-making leader /possibly the decisive corporate body/, therefore, it does not fall outside the sphere of legal responsibility. The legal responsibility existing at the source and at the end of the decision-making process reduces, in our opinion, considerably the problems resulting from the corporate irresponsibility, even if it does not eliminate them completely. The literature both on the public administration and on the theory of organization /theory of administration/ searches after the solution in the fields of political responsibility /responsibility in constitutional law/ and in the domain of responsibility for failure /the lack of result/, respectively. It is almost unambiguously admitted, however, that with the not decisive corporate bodies very little can be done in the practice with these forms of responsibility, since in the phase of giving evidence, the process comes to nothing due to the unelucidated question whether or not an error /or a series of erroneous decisions/ occurred attributable to the corporate body or to one or more of its members.

IV.

1. The responsibility of the decision-making corporate bodies should be, in principle, different from those investigated hitherto, since the authority to decide comprises the re-

⁵LÖRINCZ, op. cit.

sponsibility for the decision. The legal regulations on the decision-making corporate bodies provide generally for this, but rather with a declarative intention, than with the specification of the sanctions of the legal responsibility of these corporate bodies and with the stipulation of the rules of procedure. The self-constraint of such regulations has its roots in the knowledge of realities and these realities have to be summarized below.

a/ The function and the responsibility of the decision-making corporate bodies in the administration cannot be investigated without the revelation of their relation to the directing-supervisory organs /possibly both with the horizontal and the vertical directing organs/ since this organ /these organs/ can significantly influence the work, and more closely, the decisions of the corporate body depending on the scope of its /their/ authorization. Thus especially: they can have an effect even on the composition of the elected decision-making bodies by means not to be outlined here; they can delegate members to the corporate bodies; they can participate in the meetings of the corporate body with the right of consultation and can give utterance to the opinion on the decision which would be desirable for the directing-supervisory organ; they can oblige the corporate body to discuss some items of the agenda and to take decision thereon; they can orient the corporate body by publishing some information material both when projecting the labour plan and when performing other corporate duties.

All these have a significance with the decisions of the corporate bodies and, still more, with the series of decisions constituting the function of the corporate body. Thereby the responsibility of the corporate body is combined with the responsibility of the directing-supervisory organ which fact may lead to the indistinction of responsibility especially when the directing-supervisory organ is invested with the right of calling to account. If, however, the directing-supervisory organ manipulates the decisions of the corporate body /e.g. in such a manner that, through regulation or directives, it raises its own will to the rank of the single possible decision/ the formula of decision and responsibility collapses, and what is left

Responsibility of corporate bodies

to be analyzed is at most, whether or not a negative deprivation of authority occurred due to which the responsibility of the corporate body has to be replaced by the responsibility of the directing-supervisory organ.

b/ The corporate body and the apparatus elaborating the proposal are in contact with each other through the leader of the latter and this is much the more the situation if the leader of the apparatus is simultaneously the leader /chairman/ of the corporate body. This leader has to bear the responsibility for the suitable elaboration of the draft of decision of the corporate body. When settling the questions of the responsibility of the corporate body, the responsibility of the office and of the leader for the proposal shall be treated as separate subjects. It should by no means mean that the subordinates participating in the elaboration of the proposal are exempted from the responsibility simply because the proposal cannot be submitted to the corporate body without the confirmation /signature, certification/ of the leader. The responsibility of the subordinates fall, however, outside of our subject matter, in this respect it does not need any regulation because it should be regulated with the rules of responsibility resulting from the labour relation, consequently, they are regulated in this way.

c/ With numerous corporate bodies, in between the official machinery elaborating the proposal /which is represented in this relation by its leader/ and the corporate body there is official /functionary/ inserted, namely, either in such a manner that the proposal is presented to the corporate body while passing through his filter, or in such a way /it is all the same in the long run/ that he is the submitter. The responsibility is thereby further divided /corporate body - functionary - leader of the elaborating office - co-workers participating in the elaboration/ since the responsibility of the functionary cannot be eliminated. His responsibility is underlined to a considerable extent by the fact that he has the possibility to give directives to the elaboration of the proposal /possibly to determine it by his preliminary decision/, and that he consented to the proposal or the proposal was put on the agenda as his motion, respectively. His responsibility comprises objectively

those enumerated above, under the reservation, however, that with respect to his being a functionary, the responsibility is shifted to the field of political responsibility, and, at most can be completed by the laboullaw responsibility of the functionary, provided, that he does not hold a honore officium, but is employed by the organ of which the decision-making body is a part, mostly a leading part.

2. The real face of the responsibility of the decision-making body is therefore as follows:

- A part of the theoretically construable responsibility of the decision-making body is taken over by the responsibility of those preparing and elaborating the proposal for the corporate body, which we have deemed indispensable;

- a further part of the responsibility of the corporate body is absorbed by the responsibility of functionaries /the functionary number one/ for the preparation of the decision, on the one hand, and as the antithesis of the titles available in the conduction of the session of the corporate body, on the other hand;

- though it was mentioned above only alludingly, the corporate responsibility for the decision is further divided by the fact that though the responsibilities for the decision and for its execution can be theoretically always separated, in the practice, however, it can be only rather exceptionally only, whether the decision did not lose its original character, whether those were not the deficiencies of the execution, so that it could be qualified as incorrect.

Even if all these are left out of consideration, the sanctioning of the responsibility of the decision-making corporate body in order to affect the complete corporate body is though possible, but according to the century old experiences, it may take place only by the dissolution, the revocation and the closing down in any other form of the corporate body, which is obviously only a repressive sanction having no reparative function whereby its worth is rendered highly doubtful. Its utilizability is queried also by the fact that it has an effect

Responsibility of corporate bodies

also on those members of the corporate body who opposed the decision or series of decisions giving rise to the sanction.

3. On the applicability of the criminal, disciplinary and civil-law /damages/ responsibility to the corporate bodies, it seems to be unavoidable to emphasize the following:

a/ The criminal responsibility is out of question in case of a corporate body. Criminal law is namely a branch of law relating to personal responsibilities. The subject of a crime can be a natural person having completed a certain age and being imputable. Therefore, the theory dealing with the responsibility of corporate bodies tries to substantiate the possibility of criminal indictability by means of the confederacy. A confederacy comes into being if two or more persons commit crimes jointly or agree thereon. With such a definition of confederacy it is not impossible that when a corporate body - especially a smaller one - takes a decision, the fact of the commission in confederacy exists so that all members of the corporate body participate in the confederacy. On the strength thereof, however, the criminal responsibility does not turn into corporate responsibility but it appears as an aggravating circumstance on the charge of the members of the corporate body. The other known form of the joint commission of a crime, i.e. the collective commission is conceptually excluded with the corporate bodies /and especially with the decisions of the corporate bodies/ since this formation is delimited from the confederacy just by the lack of organization and of the preliminary agreement.

b/ Connected to the criminal responsibility, it should be pointed out, that a corporate body may not be the subject of the so-called administrative responsibility /responsibility for petty offences/, either. The petty offence might be comprehended either as a responsibility of criminal semblance or as an administrative unlawfulness, but the tortfeasor can be only a natural person. The law overcomes the problem that the breach of the duty falling on the legal entity can also constitute a petty offence by means of the conciliatory solution that it indicates the natural person who has to answer for the petty offence of the organization /legal entity/. If the identity of

this person cannot be established, the leader of the organization /organizational unit/, and the employer, respectively, have to be called to account.

c/ As for the disciplinary responsibility: this requires also an unlawful and imputable conduct of a given person, the law of disciplinary sanctions is directed also to the natural person. It occurs, though sporadically, that a disciplinary punishment is inflicted upon somebody for his conduct as a member of the corporate body /mainly for his negligence/. This is, however, not the corporate responsibility but the individual responsibility for the failure in duty committed in the domain of the functions of the corporate body. Further on, it shall be especially stressed that the disciplinary responsibility of the members of a corporate body /and not the responsibility of the corporate body/ is relevant to the person who participates in the work of a corporate body as being commissioned due to his labour relation, although the corporate body is possibly not the part of the organization employing him. All persons holding the membership in a decision-making corporate body as honore officium cannot be called disciplinarily to account for the breach of duty committed there.

d/ From among the so-called traditional forms of responsibility only the material responsibility /liability for damages/ can be enforced with respect to a corporate body. Both the Hungarian law and the foreign laws contain examples of regulations according to which the responsibility for damages of a corporate body can be established. /Act N^o. XXII of 1886 e.g. rendered possible to oblige the members of the municipal representative body to pay damages jointly who voted for the decision causing the damage, in order to prevent in this way the corrupt practices with the alienation of the municipal property./ In principle, there is nothing to prevent that the corporative decision resulting in the damage should establish the joint or collective responsibility for damages of the members of the corporate body, adding, however, always that this may be the case only if the members upon whom the distress is levied had no means for revising the corporative decision threatening with danger /on the analogy of the repudiation of the execution of

Responsibility of corporate bodies

an unlawful order/. The chance to be effective in the practice of the legal regulation conveying the principle of the responsibility for damages of the corporate body was, however, near to be nothing in the past and promises to be the same in the future, namely as the result of the following two components:

da/ It is a nonsense to extend the responsibility for damages to the members of the corporate body who voted against the decision causing the damage since the erroneous decision is obviously not attributable to them.

db/ In our opinion, it is more significant that the realization of the corporate responsibility for damages in a few cases and the becoming public of these cases would have a very detrimental effect on the decision-making representative bodies since a great number of the people interested in the public life would be held back from the acceptance of such a commission.

Taking all these into consideration, it would be incorrect to strike off the law the responsibility for damages of corporate bodies because in the lack of this liability such a usage could gain grounds according to which one would try to cover the defrauding of the common assets by the means of a corporate decision. The legal regulation should determine, however, for each decision-making corporate body whether the character of the corporate body could endure its responsibility for damages and in case of a positive answer, the rules of the responsibility for damages should be supported, of course, by adequate rules of the statutes so as not to sacrifice the values inherent in the decision-making corporate bodies to the principle being, by itself correct.

Summing up: it may be taken for proved that the responsibility of a corporate body is essentially a political responsibility, and a responsibility for the result, respectively. The world-wide practice and the home one indicate unambiguously this fact.

L. Szamel

ОТВЕТСТВЕННОСТЬ КОЛЛЕГИАЛЬНЫХ ОРГАНОВ

Л. Самэл

В статье рассматриваются следующие темы:

- причины существования и размножения коллегиальных органов в системе государственного управления;
- типы коллегиальных органов, действующих в системе государственного управления; основные принципиальные вопросы ответственности отдельных типов; специфические проблемы ответственности консультативно-совещательных, координационных и принимающих решение органов;
- обычные нормы ответственности, то есть уголовная, административная /за административное правонарушение/, дисциплинарная, материальная /возмещение вреда/ ответственности и их связь с ответственностью коллегиальных органов.

LA RESPONSABILITÉ DES ORGANES CORPORATIFS

L. Szamel

L'étude traite des thèmes suivants:

- Les causes de l'existence et de la propagation des organes corporatifs au sein du système d'organisation de l'administration publique.
- Les catégories des organes corporatifs travaillant au sein du système d'organisation de l'administration publique; les questions de principe fondamentales concernant la responsabilité de ces catégories différentes. Les problèmes spécifiques concernant la responsabilité des organes corporatifs consultatifs, des organes corporatifs de coordination et des organes corporatifs de décision.
- Les formes traditionnelles de la responsabilité, c'est-à-dire le rapport entre la responsabilité pénale, administrative /contravention/, disciplinaire, pécuniaire /dommages-intérêts/ et la responsabilité des organes corporatifs.

PRINCIPES ET SYSTÈME JURIDIQUE DE LA COOPÉRATION
DANS LE CAEM

L. Ficzer
Professeur
Université "Eötvös Loránd", Budapest

La première partie de l'étude analyse les objectifs et les principes de la coopération dans le CAEM. Tenant compte du caractère particulier du CAEM /dit COMECON/ en tant qu'organisation internationale, l'auteur de l'étude esquisse les objectifs de la coopération déterminés dans des documents de caractère de programme, puis il analyse les principes de la coopération. Parmi ces derniers il examine en détail les principes de l'internationalisme socialiste, de l'égalité souveraine, de l'assistance et des avantages mutuels, les principaux éléments de contenu de ceux-ci, leur sphère de compétence, respectivement les questions de leur interprétation actuelle.

Dans sa deuxième partie, l'étude examine la conception, les éléments structurels du système juridique de la coopération dans le CAEM. Elle s'étend sur l'appréciation des vues en rapport avec la conception juridique de l'intégration économique socialiste et prend position pour l'interprétation du droit relatif aux relations économiques extérieures comme un corps juridique complexe.

L'étude se termine par l'esquisse du système juridique de la coopération du CAEM.

1. Objectifs et principes de fonctionnement du CAEM

En examinant les objectifs et les principes de fonctionnement du CAEM, il est indiqué de tenir compte en même temps de deux éléments. L'un tient à ce que le CAEM, en tant que tel, est lui-même une organisation internationale.

Dans le contexte que nous examinons, ce dernier signifie que comme dans d'autres organisations internationales, les objectifs et principes du CAEM doivent être en harmonie avec les objectifs généraux du droit international moderne et les principes visant à réaliser ceux-ci. L'autre élément est en rapport avec les particularités du CAEM, en tant qu'organisation internationale. Ces particularités existent sous deux aspects: d'une part, quant aux caractères et fonctionnements particuliers du CAEM, dans le sens que son activité tend à diriger l'organisation de la coopération multiple économique et scientifique-technique des pays-membres; sous ce rapport le CAEM peut être

caractérisé comme une organisation internationale au profil économique de caractère spécial; d'autre part aussi quant à sa composition des membres, étant donné que le CAEM est actuellement l'organisation internationale des pays socialistes.

La question se pose quel effect, c'est-à-dire quelle influence les particularités mentionnées exercend-elle sur les objectifs et principes du CAEM, en tant qu'organisation internationale. En examinant cette question nous partons du fait que le droit international moderne n'exclut point, mais donne nettement la possibilité aux Etats d'appliquer des principes spécifiques dans leurs relations entre eux. Par ailleurs, l'application de tels objectifs et principes spécifiques peut être motivée par de nombreux facteurs, par exemple historiques, géographiques, sociaux etc. Néanmoins dans le cas d'application d'objectifs et principes spéciaux - comme buts l'avons dit - ceux-ci doivent être en accord avec les buts et principes généraux du droit international. Par conséquent nous sommes d'accord avec la conception selon laquelle dans le droit international, à côté des buts et principes à caractère général, existent aussi des objectifs et principes particuliers qui ne se font valoir que dans un groupe déterminé d'Etats.¹

Partant de ce qui vient d'être dit, nous estimons qu'il est indiscutable que les particularités mentionnées du CAEM supposent l'application d'objectifs et principes spécifiques. Ces objectifs et principes spécifiques sont en harmonie avec les buts et principes généraux du droit international, mais en même temps il sont les expressions des relations économiques internationales entre les pays socialistes. Il faut en outre indiquer que le cercle des objectifs et principes spécifiques caractéristiques au CAEM peut être plus large et est effectivement plus large que celui des objectifs et principes généraux déterminés par le droit international. Ceci s'explique par le fait que le droit international moderne ne détermine que le minimum des objectifs et principes à faire valoir obligatoirement dans les relations entre les Etats. Quant aux objectifs et

¹ Г.М. ВЕЛЯМИНОВ: Социалистическая интеграция и международное право. /L'intégration socialiste et le droit international./ Москва, 1982. стр. 45.

principes spécifiques — comme nous l'avons mentionné — il est en tous cas exigé qu'ils soient en harmonie avec les buts et principes universels du droit international et qu'ils doivent servir le développement et le renforcement des relations pacifiques et la coopération entre les Etats.² Finalement, nous devons mentionner que la charte du CAEM fait ressortir premièrement les objectifs et principes qui ont une signification déterminante du point de vue de la coopération économique, scientifique et technique des pays-membres et ainsi elle n'énumère pas tous ceux qui se font valoir, en accord avec les buts et principes généraux du droit international, dans l'ensemble de tout le système des rapports entre les Etats socialistes.³ Ceci ne signifie naturellement pas que ces derniers ne se fassent pas valoir dans la sphère de la coopération économique, scientifique et technique, étant donné que ces principes mentionnés, dans leurs ensemble et complexité embrassent la totalité des relations entre les Etats.

a/ Le système de buts de la coopération des pays-membres se développe et se forme même aujourd'hui parallèlement avec la progression des rapports économiques, scientifiques et techniques qui se réalisent entre eux. Parmi ces objectifs on peut distinguer ceux qui ont un caractère général, c'est-à-dire qui se réalisent à long terme, ainsi que ceux qui se font valoir à court terme, c'est-à-dire comparés aux précédents sont concrets, caractérisant une étape d'évolution. Une certaine unité des objectifs généraux et concrets, à long terme /stratégiques/ et à court terme /tactiques/ est le critère fondamental qui détermine principalement le système d'objectifs de la coopération et de l'intégration.

Les objectifs de la coopération dans le CAEM sont déterminés par les documents normatifs fondamentaux du CAEM, avant tout par sa Charte, et ses documents de caractère de programme, surtout par le Programme complexe de 1971, ainsi que le programme complexe du progrès technique et scientifique s'étendant

² Совет Экономической Взаимопомощи. Основные правовые проблемы /САЕМ. Problèmes fondamentales juridiques./ Москва, 1965. стр.стр. 87-88.

³ ВЕЛЯМИНОВ: *op. cit.* 61.

jusqu'à 2000, établi en 1985. Il faut mentionner ici que jusqu'à l'adoption de la Charte du CAEM, c'est-à-dire jusqu'en 1959, les objectifs de l'organisation étaient définis en premier lieu par la déclaration de fondation de 1949, ainsi que par les résolutions des sessions du CAEM.⁴ Les objectifs définis par ces documents étaient intégrés plus tard dans la Charte du CAEM.

La système des objectifs de coopération déterminés dans la Charte du CAEM - comme nous nous y référons plus haut - exprime à la fois le caractère général du CAEM /organisation internationale en général/, et spécifique /organisation de coopération des pays socialistes/. Ce dernier s'exprime aussi par les objectifs déterminés dans le préambule de la Charte. Ainsi le préambule souligne notamment que le développement de la coopération économique des pays membres favorise la réalisation des buts indiqués par la Charte de l'ONU. En outre, le préambule pose en fait que les pays membre développent leur coopération économique sur la base de l'assurance de la paix mondiale durable et de la mise en oeuvre de la division internationale socialiste du travail dans l'intérêt de l'édification du socialisme et du communisme.

De plus près, c'est l'article I de la Charte qui rédige les objectifs de la coopération et de l'intégration économiques. D'après cela le but du CAEM est de "promouvoir par la voie de l'unification et la coordination des efforts des pays membres l'approfondissement et le perfectionnement de la coopération des pays-membres, le développement de l'intégration économique socialiste, le développement planifié de l'économie nationale, l'accélération du progrès économique et technique, l'élévation du niveau industriel des Etats disposant d'industrie moins développée, l'augmentation continuelle de la productivité du travail, l'accroissement graduel de leur niveau économique et la normalisation de celui-ci et la croissance perpétuelle de bien-être de leurs peuples."⁵

⁴De ce point de vue sont particulièrement importantes les résolutions de la IV^e session du CAEM de mars 1974, ainsi que celles de la VII^e session de mai 1956.

⁵Voir le 1. alinéa de l'article I. de la Charte du CAEM, déterminant les objectifs du Conseil et les principes de la coopération.

Coopération dans le CAEM

Les objectifs fixés dans la Charte du CAEM ont une importance déterminante pour les fonctions de l'organisation. Conformément à cela le CAEM:

- organise la coopération multilatérale des pays-membres dans l'intérêt de l'utilisation la plus rationnelle de leurs richesses naturelles, de l'accélération du développement des forces productives;

- concourt au perfectionnement de la division internationale socialiste du travail par la voie de la concertation des plans d'économie nationale, ainsi que par l'organisation de la coopération et la spécialisation de la production;

- intervient dans l'élaboration des mesures communes des pays-membres, dans la concertation et l'exécution de celles-ci sur le plan de l'industrie, de l'agriculture, des transports etc. favorise le développement des échanges de marchandise des pays-membres entre eux et avec d'autres pays, la mise en pratique mutuelle des résultats scientifiques et techniques, etc.⁶

Les buts, les voies et les moyens de l'intégration économique socialiste sont définis par le Programme complexe de 1971. Bien que dans ce cas il s'agisse des objectifs d'un programme, notamment du programme d'ensemble de l'intégration, des objectifs se joignent directement à ceux de CAEM mentionnés. Ceci est lié d'une part à ce que le Programme complexe est un programme adopté par les pays-membres sous forme de présentation du CAEM qui étaye nécessairement la mise en oeuvre des objectifs fixés par la Charte du CAEM. Par ailleurs le programme lui-même se réfère directement aux attaches du Programme complexe avec la Charte, en fixant que toute l'activité tendant à l'application du programme est menée conformément aux principes de la Charte.⁷ D'autre part, il faut aussi tenir compte de l'élément formulé de même dans le programme que les Etats membres désirent réaliser l'organisation et la coordination de leur activité tendant à la mise en oeuvre du programme, en premier lieu dans les cadres du CAEM.

⁶ V. le point 2 du chapitre I du Programme complexe de 1971.

⁷ D'ailleurs le préambule de CAEM s'y réfère déjà directement. /Le cinquième alinéa du préambule de la Charte./

Entre autres le Programme complexe désigne comme objectifs, dans les Etats membres, la modernisation de la structure de la production, le complètement à long terme des besoins grandissant des pays-membres par des matières premières, des véhicules d'énergie, des produits industriels, agricoles et d'industrie alimentaire modernes, le rapprochement graduel du niveau et la nivellation du développement économique des pays-membres, l'accroissement de la capacité et de la stabilité du marché mondial socialiste, etc. Les objectifs d'importance stratégique de la coopération scientifique-technique sont détaillés par le programme de coopération d'ensemble, allant jusqu'à 2000, adopté en 1985.

A propos du tour d'horizon des objectifs définis par la Charte et des divers programmes de coopération, il faut accorder de l'attention au fait que l'intégration du CAEM ne se fait pas isolément, mais dans les conditions de la division internationale et globale du travail à l'échelle mondiale, et en tenant compte. Les Etats membres du CAEM, aussi bien dans la Charte, comme dans les divers programmes et d'autres documents normatifs déclarent le caractère ouvert du CAEM, leur promptitude de vouloir développer leur coopération avec tous les Etats, indépendamment de leur système social, sur la base d'avantages mutuels, de l'égalité, du principe de la non-ingérence dans les affaires intérieures. Le caractère ouvert du CAEM se fait naturellement valoir quant à son activité, et aussi ses objectifs, tout en tenant compte en même temps des traits spécifiques de ceux-ci. Ce caractère ouvert peut se réaliser dans le système de coopération du CAEM et des pays tierces et dans la réalisation des programmes, par la voie du concours total et partiel, après la conclusion d'accords adéquats.

b/ Du point de vue du fonctionnement du mécanisme institutionnel et juridique du CAEM, les principes sur lesquels s'édifient la coopération, respectivement l'intégration, ont une importance déterminante. La question se pose comment peut-on définir le cercle des principes qui se réalisent dans le système des rapports et de la coopération entre les pays-membres?

Lorsque nous cherchons la réponse à la question posée, nous partons de la base indiquée déjà dans les précédents que les

rapports et relations des pays-membres du CAEM sont des relations internationales qui sont réglées par les principes et normes reconnus généralement du droit international. Il s'en suit par conséquent que le cercle des principes qui se réalisent au cours de la coopération des pays-membres, dans le fond concorde avec celui des principes démocratiques généralement reconnus du droit international moderne. Le cercle de ces principes démocratiques généralement reconnus est déterminé avec un caractère d'ensemble par la Charte de l'ONU, respectivement par l'Acte final de la Conférence de la sécurité et de la coopération en Europe, de 1975.⁸

Les principes démocratiques généralement reconnus /jus cogens/ du droit international moderne ont un caractère impératif dans les deux sens: d'une part dans le sens que dans la sphère des relations internationales ces principes forment le critère de la légalité des nouvelles normes juridiques internationales créées par les Etats, c'est-à-dire on ne peut pas créer ou réaliser des normes contradictoires ou contraires aux principes mentionnés; d'autre part les principes mentionnés ont un caractère impératif aussi dans le sens que les normes de caractère dit spécifique ou local /par exemple des normes valables seulement dans un groupe déterminé d'Etats/ ne peuvent pas détruire la mise en valeur des principes démocratiques de caractère général du droit international moderne.⁹ Ceci naturellement n'exclut pas ni ne contredit qu'un groupe d'Etats entre eux, dans leurs relations, appliquent des normes spéciales, respectivement de caractère local, dans le cas où ces dernières sont en accord avec les principes généralement reconnus du droit

⁸ V. l'article 2 de la Charte de l'ONU, la déclaration de l'Assemblée générale de l'ONU de 1970, adoptant les principes fondamentaux du droit international, ainsi que les principes de coopération définis dans l'Acte final de la Conférence de la sécurité et de la coopération en Europe. Nous faisons remarquer que la déclaration mentionnée de l'ONU fixe deux principes fondamentaux, alors que l'acte final de Helsinki en stipule 10. Il n'y a cependant pas de document international encore aujourd'hui qui détermine à fond tous les principes fondamentaux du droit international.

⁹ Cf.: ВЕЛЯМИНОВ: op.cit. p. 44; ВOKOR SZEGŐ, H. Les nouveaux Etats et le droit international. Budapest, 1971. p. 152.

international et de cette manière servent la coopération pacifique entre Etats.

La Charte du CAEM, ainsi que ses autres documents normatifs, à propos de la détermination des principes de coopération, n'énumèrent pas tous les principes reconnus généralement par le droit international moderne. Ils ne font ressortir parmi ceux-ci que les principes qui ont une certaine importance du point de vue de la coopération économique, scientifique et technique qui se réalise dans les cadres de l'intégration CAEM /p.ex. égalité de droit, non-ingérence dans les affaires intérieures des uns aux autres etc./. En même temps, parmi les principes de coopération fixés dans la Charte du CAEM nous pouvons trouver certains qui expriment le caractère spécifique du groupement d'intégration de CAEM, c'est-à-dire ceux qui par rapport aux principes reconnus universellement, ont finalement un caractère local. Un principe appartenant à cette dernière catégorie est avant tout celui de l'internationalisme socialiste.

Les racines du principe de l'internationalisme socialiste, en tant que principe se réalisant dans le système de coopération des pays-membres du CAEM, peuvent être ramenées à l'époque de l'origine du mouvement ouvrier révolutionnaire. Sans examiner ce processus d'évolution en détail, nous voulons mentionner seulement ici qu'en fin de compte l'internationalisme socialiste est sorti du principe de l'internationalisme prolétarien, présentant toutefois certaines particularités par rapport à celui-ci. Ces particularités proviennent fondamentalement de ce qu'alors que l'internationalisme prolétarien se fait valoir dans le mouvement ouvrier, est donc le principe d'un mouvement social et politique, en revanche l'internationalisme socialiste se réalise dans le système de coopération d'Etats socialistes souverains, c'est-à-dire il se fait valoir dans le système de relations interétatiques. Les particularités de la sphère de vigueur exercent une influence aussi sur le caractère, la nature des principes mentionnés. Ce dernier s'exprime dans le fait qu'alors que le principe de l'internationalisme prolétarien est fondamentalement un principe de nature morale et politique, celui de l'internationalisme socialiste, en tant que principe se faisant valoir dans les relations interétatiques, est en même

temps un principe jouant aussi dans le droit international.

Les spécificités mentionnées des principes de l'internationalisme prolétarien et de l'internationalisme socialiste n'excluent point, bien au contraire, supposent un rapport étroit entre ces principes. C'est que le principe de l'internationalisme socialiste ne peut pas être interprété par abstraction du principe de l'internationalisme prolétarien, mais il est une sorte de manifestation bien que nouvelle et incontestablement particulière de celui-là. Finalement la naissance du principe de l'internationalisme socialiste est une conséquence de la formation du système mondial socialiste, dans le sens qu'il ne se réalise que dans la sphère des relations et de la coopération entre Etats socialistes. Par contre, la sphère de vigueur du principe mentionné est naturellement plus large que le domaine de coopération des Etats-membres du CAEM, entre eux. Finalement nous pourrions dire que le principe de l'internationalisme socialiste - qui est par ailleurs formulé directement aussi dans la Charte du CAEM - est la forme du celui de l'internationalisme prolétarien se faisant valoir dans le domaine des relations des Etats socialistes entre eux qui a une signification non seulement morale et politique, mais aussi de droit international.¹⁰ En même temps, précisément en conséquence de ce qui vient d'être dit, il peut être énoncé que le principe de l'internationalisme socialiste, en comparant aux principes généraux du droit international, est un principe d'importance spécifique et locale, vu qu'il est appliqué dans la relation des Etats socialistes entre eux.

¹⁰ УСЕНКО, Е.Т.: Формы регулирования социалистического международного разделения труда /Les formes de la répartition de travail international socialiste./ Москва, 1965. стр. 89. Nous faisons remarquer que les autres bourgeois opposent souvent le principe de l'internationalisme prolétarien à celui de l'internationalisme socialiste ou bien essayent de les "intégrer" dans d'autres principes fondamentaux du droit international. Voir par exemple; TRISKA, I.F.: The Socialist World System in Search of a Theory - The New Communism, N.Y. 1969. pp. 25-39; ou HOROVITZ, J.Z.: Capitalism, Communism and Multinationalism - The New Sovereigns Multinational Corporations as World Powers, N.Y. 1975. p. 131.

En partie déjà ce dernier élément nous incite à examiner de plus près quel est le rapport du principe de l'internationalisme socialiste et des principes généralement reconnus du droit international dans les relations des Etats socialistes entre eux? En essayant de répondre à cette question, il est indiqué de tenir compte à la fois de deux éléments. D'une part, le principe de l'internationalisme socialiste est d'un caractère général, tout au moins dans le sens que d'un point de vue déterminé il s'étend sur l'ensemble des relations entre Etats socialistes. Il serait cependant erroné d'en tirer la conclusion que le principe mentionné se ferait valoir dans les relations des Etats socialistes d'une manière exclusive, ou encore formerait la notion collective de tous les autres principes. Bien que le principe de l'internationalisme socialiste - précisément à cause de son caractère général - exerce un certain effet sur les principes généralement reconnus du droit international moderne, se faisant valoir aussi dans les Etats socialistes /par exemple il facilite l'application plus complète des traits démocratiques de ceux-ci/, il ne change pas et ne peut pas changer les critères essentiels, de contenu de ceux-ci, et encore moins ne peut rendre inutile la réalisation conséquente de ces principes. Vue leur essence, les principes généraux du droit international se font valoir avec le même contenu dans les relations des Etats socialistes que dans les rapports, des Etats socialistes et non socialistes.¹¹ Il s'en suit donc que ne sont pas bien fondées les vues apparaissant encore aujourd'hui dans la littérature qui partent d'un certain dualisme du droit international moderne, en distinguant des principes de droit international socialiste et capitaliste.¹² Dans la réalité le droit international moderne forme une unité, une telle totalité qui embrasse tout le complexe des relations internationales, dont les normes sont appliquées dans tous les cas, indépendamment du caractère spécial, individuel et des particularités des sujets qui l'appliquent.

¹⁰ ВЕЛЯМИНОВ: op.cit. pp. 57 et seq.

¹¹ Pour la critique de ces vues voir p.e. В.М. ШУРШАЛОВ: Международные правоотношения /Les relations de droit internationales./ Москва, 1971. стр.стр. 34-40.

Coopération dans le CAEM

Sur la base de ce qui vient d'être dit, on peut tirer la conclusion que dans les rapports, les relations entre eux des Etats socialistes, et dans ce cadre dans la sphère de coopération des Etats membres du CAEM, les principes généralement reconnus du droit international se font valoir ensemble, en interaction avec le principe de l'internationalisme socialiste, en tant que principe spécifique. En même temps, dans le système de coopération des Etats membres du CAEM — comme nous l'avons déjà fait remarquer — on peut aussi trouver des principes qui proviennent des critères de contenu spécifiques de ce système de rapports, notamment du caractère économique et scientifique-technique de la coopération. Dans le fond, la Charte du CAEM accorde de l'attention à toutes les trois catégories des principes mentionnés, en énonçant que la coopération économique et scientifique-technique des Etats membres se fait conformément aux principes de l'internationalisme socialiste, au respect de la souveraineté des Etats, de l'indépendance et des intérêts nationaux, à la non-ingérence dans les affaires intérieures des Etats, et sur la base de l'égalité totale, des avantages et de l'aide mutuels.¹³ La question se pose: comment peut-on caractériser de plus près les critères de contenu des principes mentionnés, en quoi consistent les traits caractéristiques de ceux-ci dans le système de l'intégration socialiste économique?

Un des principes cardinaux de l'intégration économique et de la coopération socialistes est celui de la souveraineté des Etats membres participant à l'intégration. D'ailleurs la Charte du CAEM s'y réfère directement en énonçant que le CAEM se repose sur le principe de l'égalité souveraine de tous les Etats membres.¹⁴

L'interprétation de l'idée de la souveraineté d'Etat, de sa conception, celle de ses éléments de contenu, de ses composants, a subi de changements considérables au cours de l'évolution historique, la catégorie de la souveraineté se place souvent à la rencontre de vues diamétralement opposées. Sans vouloir nous charger de présenter même pas les traits les plus es-

¹³ v. point 2 de l'article I de la Charte du CAEM.

¹⁴ Premier alinéa du point 2 de l'article I de la Charte.

sentiels de ce complexe de questions exigeant une enquête très compliquée et multilatérale,¹⁵ nous attirons l'attention sur le fait qu'à notre époque le processus accéléré de l'internationalisation des forces productrices, la naissance du système de dépendance mutuelle des économies nationales et par conséquent des Etats nationaux et sa tendance se renforçant sans cesse, enrichissent de nouvelles dimensions la notion établie de la souveraineté d'Etat, c'est-à-dire la place sous un nouveau jour. Ces processus - bien qu'ils agissent sans doute vigoureusement sur le cercle des notions historiquement établi de la souveraineté d'Etat et peuvent même rendre nécessaire sa revalorisation - n'amènent pas à la négation de la souveraineté. Ceci est par ailleurs étayé aussi bien par les événements de haute importance qu'on peut observer dans les relations internationales /p.e. la conférence de sécurité et de coopération en Europe de Helsinki/ que l'évolution du droit international moderne. Les chartes des organisations internationales importantes de notre époque formulent de même¹⁶ l'idée de la souveraineté d'Etat, - bien que souvent dans une interprétation ou avec des contenus différents.

La division internationale du travail à l'échelle globale, régionale ou de secteur, et sur cette base le renforcement, c'est-à-dire l'approfondissement des rapports de dépendance économique déjà mentionnés, la création et l'expansion croissante des groupes d'intégration régionale ont abouti à la mise en avant de l'idée de la souveraineté dite "se limitante" au lieu de la conception dite "absolutiste" de la souveraineté étatique. La catégorie de la souveraineté des Etats n'a jamais signifié et ne peut pas signifier aujourd'hui non plus l'égalité effective des Etats. La catégorie de la souveraineté dans le fond est l'expression de l'égalité juridique des Etats, la ma-

¹⁵ Voir plus en détail: VALKI, L.: A Közös Piac szervezeti és döntéshozatali rendszere /Système d'organisation et prise de décision du Marché Commun./ Budapest, 1977. pp. 405 et seq.

¹⁶ V. le point 1 de l'article 2 de la Charte de l'ONU. La déclaration de l'Assemblée générale de l'ONU adoptée en 1970 sur les principes fondamentaux du droit international formule également le principe de la souveraineté.

nifestation de ce que des droits identiques sont dûs à ceux-ci aussi bien à l'intérieur de l'Etat que dans la sphère des relations internationales, indépendamment de la grandeur de la surface, du potentiel économique, ou le niveau de développement économique etc. de l'Etat. L'égalité souveraine est donc l'expression de l'égalité de droits dûs aux Etats. Il s'en suit donc que la souveraineté ne signifie pas l'égalité effective des Etats, mais l'égalité de la souveraineté qui leur est due, en tant que catégorie spécifique de caractère juridique, c'est-à-dire elle exprime que tous les Etats sont souverains dans la même mesure, ce qui prend corps finalement dans l'autonomie intérieure et l'indépendance extérieure de l'Etat.¹⁷

Dans le système de l'intégration du CAEM le principe de la souveraineté, de l'égalité souveraine des Etats membres s'expriment concrètement dans les principes et règles normatives qui réglementent le mécanisme de fonctionnement du CAEM, surtout son système de prendre des décisions. Sans prétendre à l'intégralité nous pouvons citer par exemple le principe de la représentation égale des Etats membres ce qui veut dire que dans tous les organes de représentation du CAEM les divers Etats membres disposent d'une représentation identique et égale. La règle qui énonce que dans n'importe quelle question de coopération une voix de même valeur est due à chaque Etat membre, est en rapport étroit avec le principe de la représentation égale.

Au delà de la représentation égale et l'égalité des voix de vote, le principe de l'égalité souveraine des Etats membres s'expriment aussi dans ceci que des droits égaux sont dûs aux Etats membres vis-à-vis du CAEM, en tant qu'organisation internationale, ainsi que dans les cadres du mécanisme de fonctionnement du CAEM l'un vis-à-vis de l'autre et ont aussi les mêmes obligations. Il faut remarquer en outre que dans la plupart des organes fondamentaux de représentation du CAEM, pour remplir la fonction de président, c'est le principe de la rotation que se fait valoir, la langue de chaque pays-membre est langue officielle du Conseil, les représentants des pays-membres ont le droit d'utiliser leur langue maternelle aux sessions etc. Bien que la

¹⁷ Article II. de la Charte du CAEM.

Charte du CAEM ne fasse pas expressément mention du principe de volontariat, il n'y a pas de doute qu'il fasse aussi partie de la totalité des principes ayant jeté les bases de la coopération dans les cadres du CAEM. C'est le principe de volontariat qui se fait valoir aussi dans le fait que les divers Etats membres choisissent eux-mêmes, en toute autonomie, sans aucune intervention extérieure, les moyens, méthodes et formes spéciaux servant l'édification socialiste qui conviennent le mieux aux données, traditions et à la situation etc. du pays. La prise en considération et la mise en valeur des particularités nationales non seulement n'excluent pas, mais constituent précisément la condition de la réalisation des intérêts collectifs socialistes.¹⁸

L'intégration du CAEM se réalise sur la base de l'égalité en droit totale des Etats membres participant à l'organisation. Comme nous l'avons dit plus haut, le principe de l'égalité des droits se manifeste notamment en ce que des droits et obligations identiques sont dûs aux Etats membres du CAEM, ceux-ci disposent des mêmes droits et obligations dans leurs rapports entre eux, comme vis-à-vis du Conseil même. La disposition de la Charte selon laquelle le CAEM considère comme son objectif la promotion du rapprochement graduel et l'égalisation du niveau de développement économique des Etats membres,¹⁹ est appelée à étayer matériellement l'assurance de l'égalité en droit des Etats membres. Ceci est toutefois un processus historique à long terme.

L'intégration économique socialiste se réalise sur la base du principe des avantages mutuels. Le principe des avantages mutuels est un principe de haute importance et en même temps spécifique qui est caractéristique précisément au domaine de la coopération économique et scientifique - technique. Le caractère spécifique du principe des avantages mutuels lié à la sphère fondamentale de vigueur est soutenu par le fait que ce principe fut formulé à l'origine dans le droit commercial international, et fut étendu par la suite à d'autres sphères des relations

¹⁸ Point 3. de l'article II. de la Charte du CAEM.

¹⁹ V. point 1. de l'article I. de la Charte du CAEM.

économiques internationales /p.ex. production, coopération scientifique et technique, etc./.

Le principe des avantages mutuels, en tant qu'un des principes essentiels de l'intégration CAEM ne peut pas être interprété d'une manière simpliste, appliqué uniquement à une certaine affaire économique ou commerciale. Cette dernière projection de la question est naturellement importante, mais il faut voir que la catégorie des avantages mutuels est une catégorie qui dépasse les cadres d'une seule affaire commerciale ou économique, étant donné qu'il a de composant au niveau d'économie nationale. Ce qui veut dire que le principe des avantages mutuels ne peut pas être jugé exclusivement à travers une certaine affaire concrète, mais il faut évaluer aussi que la réalisation de l'affaire donnée quel effet exerce-telle sur les avantages se faisant valoir au niveau d'économie nationale, c'est-à-dire quels sont les avantages de l'économie nationale qui proviennent de l'affaire concrète donnée. En jugeant donc les avantages mutuels il ne faut pas seulement tenir compte d'une relation concrète donnée /mais naturellement de cela aussi!/ mais il faut avoir devant les yeux tout le complexe des relations et rapports de la coopération.

Naturellement c'est le droit exclusif de l'Etat touché que de décider quel est l'avantage au niveau d'économie d'une affaire économique ou commerciale donnée. Cela s'exprime notamment en ce que dans l'intégration CAEM dans chaque cas l'Etat concerné décide lui-même dans quelle question de coopération il est intéressé et désire par conséquent y participer ou non. Le principe d'intéressement joue un rôle très important aussi du point de vue de faire valoir le principe des avantages mutuels dans la coopération.

Une des manifestations fondamentales du côté économique de faire valoir le principe des avantages mutuels dans les rapports de coopération, de plus près dans les relations d'échanges, est la réalisation conséquente du principe de l'équivalence. En projetant ce dernier sur le principe des avantages mutuels, cela signifie que les accords qui le réalisent non seulement relativement, mais aussi dans un sens absolu, sont avantageux pour les participants et de cette façon excluent l'obtention

d'avantages unilatéraux.²⁰

La mise en valeur conséquente du principe des avantages mutuels, de notre avis, est aujourd'hui une des conditions fondamentales du dégagement et du développement de l'intégration du CAEM. Du point de vue de la réalisation pratique du principe mentionné ce sont les relations des prix et de la monnaie, le développement des rapports du marché, c'est-à-dire le dégagement et l'application du système de moyens économiques qui ont le rôle primordial. Un des composants de ceci se présentant sur le plan organique peut être le renforcement des rapports directs entre les organisations de gestion des pays membres et leur élargissement considérable par rapport à la situation actuelle.

Un des principes fondamentaux de l'intégration du CAEM — comme cela ressort du nom de l'organisation — est celui de l'assistance mutuelle. Comment peut-on caractériser ce principe dans le système du ceux de l'intégration et de la coopération?

Pour la réponse que nous donnons à cette question, nous partons du fait que le principe de l'assistance mutuelle ne peut pas non plus être interprété d'une manière abstraite, mais il doit être examiné en interaction étroite avec les autres principes de l'intégration CAEM. Sous ce dernier aspect, le rapport est sans doute le plus étroit entre le principe de l'assistance mutuelle et celui de l'internationalisme socialiste, aussi profondément même que plusieurs auteurs considèrent le premier dans un sens déterminé comme une des manifestations fondamentales du dernier.²¹ Tenant compte en partie de ce rapport, un autre élément essentiel est que le principe d'assistance mutuelle, en tant que principe, se faisant valoir dans les relations des pays socialistes entre eux, est un principe spécifique, local par rapport aux principes généraux du droit international.

Le contenu concret du principe d'assistance mutuelle n'est pas invariable au cours du développement de la coopération, mais il s'est formé et s'est développé en fonction du milieu interna-

²⁰ Курс международного права /Traité de droit international. / Москва, 1967. том. IVе, p. 55.

²¹ Op. cit. p. 78.

tional, de la situation économique des Etats membres. En examinant le contenu de ce principe, nous devons tenir compte des rapports extérieurs /internationaux/ et des rapports intérieurs /nationaux/ de sa naissance et de sa prédominance. Ces rapports en même temps ne peuvent pas être interprétés d'une manière rétrécie, c'est-à-dire avoir seulement les facteurs économiques devant les yeux, mais il faut aussi tenir compte des composants sans aucun doute politiques de la question.

Le contenu du principe de l'assistance mutuelle - comme le nom du principe l'indique - ne peut pas être interprété comme une aide unilatérale, puisqu'il s'agit au cas échéant aussi de la mise en valeur du principe de la mutualité. La mise en avant, c'est-à-dire l'insistance exagérée sur le principe du caractère unilatéral ne sont pas justes non seulement de point de vue de principe, mais cela empêcherait aussi le développement de la coopération et de l'intégration. Ceci souligne l'importance de l'élément qui vient d'être indiqué selon lequel il ne serait pas correct d'examiner le principe d'assistance mutuelle d'une manière isolée ou encore plus en l'opposant aux autres principes de la coopération, étant donné qu'ici non plus ce ne sont pas les critères qui séparent les principes de coopération l'un de l'autre, mais précisément les éléments qui lient ces principes, en assurant leur effet complexe qui ont de l'importance déterminante.

Le principe d'assistance mutuelle ne peut pas être interprété non seulement comme une assistance unilatérale, mais il ne peut pas non plus être considéré comme un principe qui suppose une assistance gratuite, sans remboursement. Le principe d'assistance mutuelle ne signifie aujourd'hui que tout au plus comme exception une aide gratuite, sans remboursement. Dans les conditions d'aujourd'hui ce principe se fait valoir en tenant compte des avantages mutuels. C'est pourquoi nous estimons que la vue qui se présente encore parfois dans la littérature d'aujourd'hui qui oppose le principe d'assistance mutuelle à celui des avantages mutuels et considère même ce dernier comme une "entrave" du premier²², n'est point fondée et n'accorde pas d'attention aux

²² V. la critique de cette conception in ГРИНГОЛЬЦ, И.А.:

réalités d'aujourd'hui. Actuellement el est déjà unanimement reconnu que l'intégration et la coopération dans le CAEM ne peuvent pas se baser sur le système de l'aide unilatérale, mais une des conditions de son progrès est la prise en considération large des intérêts des uns aux autres, et l'élaboration, la réalisation dans la pratique des solutions économiquement fondées dans le système des rapports d'intégration, mutuellement avantageuses pour les participants.

2. Mécanisme juridique de l'intégration de CAEM

Le mécanisme juridique de l'intégration de CAEM est une catégorie très complexe, différenciée "à l'intérieur", du point de vue de l'ensemble des normes juridiques formant ce mécanisme, de la nature des relations formant l'objet de cette réglementation et aussi de celui des méthodes de la réglementation. Cette complexité du mécanisme juridique de l'intégration du côté des normes juridiques s'exprime avant tout dans le fait que pour réglementer l'intégration les normes juridiques internationales comme nationales jouent également un rôle important. Le rôle réglementeur des normes internationales et nationales se fait valoir aussi sur ce plan, non pas d'une manière isolée les unes des autres, mais en une interaction étroite, sans que cet effet réciproque mène naturellement à l'effacement de la différence existante effectivement entre les deux groupes de normes.

En approchant la question du côté de l'objet de la réglementation, on peut aussi distinguer à l'intérieur du mécanisme juridique de l'intégration du CAEM, les sphères de relations entre Etats, ainsi que celles des rapports entre organisations gestionnaires et autres. Nous devons nous référer à la dualité de l'objet de réglementation, même s'il faut compter absolument avec l'élément des rapports mutuels aussi dans cette relation.

Enfin le mécanisme juridique de l'intégration de CAEM est une catégorie différenciée aussi du point de vue des méthodes

"Взаимосвязь принципов товарищеской помощи и взаимной выгоды на современном этапе /Les relations de l'aide mutuel et des principes de l'avantage mutuel de l'époque actuel./ Москва, 1983.

de la réglementation, étant donné que dans ce domaine on peut trouver également des méthodes de réglementation dites indirectes /juridique de collision/ et directes /de droit international/.²³

La mécanique juridique de l'intégration du CAEM peut être analysé aussi sous d'autres aspects. Du point de vue des questions analysées par nous, il est particulièrement significatif de distinguer le système des règles des rapports économiques internationaux, naissant dans le processus de l'intégration, du système des normes réglementant le fonctionnement du CAEM en tant qu'organisation internationale, bien qu'à côté des différences incontestables entre les deux domaines, on puisse démontrer aussi des points de rencontre essentiels, une interaction étroite. Cependant, avant de passer à l'examen en détail du système de réglementation juridique du fonctionnement du CAEM, en tant qu'organisation internationale, nous devons essayer de répondre à la question plus générale: comment, malgré sa différenciation intérieure, c'est-à-dire en tenant compte de ceci, peut-on qualifier le système de réglementation juridique relatif à l'intégration du CAEM? De plus près: s'agit-il, ou dans quel sens peut-il s'agir de l'unité du droit d'intégration du CAEM, combien cette unité s'est-elle émancipée? Existe-t-il un droit d'intégration économique socialiste, c'est-à-dire dans quel sens pouvons-nous en parler?

Lorsque nous tâchons de répondre à cette question, nous partons de ce que la problématique du droit de l'intégration économique socialiste, en tant que sphère de réglementation juridique spéciale, peut être approchée de plusieurs côtés. Comme nous le verrons par la suite, notre réponse peut être variée en fonction du point de vue duquel, dans le cas donné, nous examinons la question.

Quant à la qualification du droit de l'intégration économique socialiste, dans la littérature nous pouvons rencontrer

²³ Voir en détail VILÁGHY M.: A nemzetközi gazdaság kapcsolatok jogi szabályozásának elméleti alapjai /Bases théoriques de la réglementation juridique des relations économiques internationales./ Gazdaság és Jogtudomány, 1-2/1972.

essentiellement deux méthodes d'approche. L'une des méthodes peut être caractérisée comme étant de droit public économique, alors que l'autre est plutôt de caractère de droit international public.

Il est connu qu'autour du droit international économique, en tant que branche indépendante de droit, une large discussion avait eu lieu qui ne peut pas être considérée encore comme terminée.²⁴ Sans vouloir nous étendre à faire connaître cette discussion, nous attirons l'attention seulement sur les suivants:

Il y a des conceptions qui prennent position pour la raison d'être du droit international socialiste économique, en tant que branche de droit complexe spécifique. Les auteurs qui ont cette conception partent du fait que les normes du droit international économique socialiste réglementent les relations économiques entre les Etats et les organisations gestionnaires nationales /personnes juridiques/, comme celles existant entre les organisations économiques internationales des pays socialistes.²⁵

D'autres auteurs interprètent le droit international économique socialiste comme une branche indépendante de la science juridique, son domaine spécifique, où l'interaction des méthodes de droit international et de droit civil de la réglementation a une importance déterminante.²⁶

En dehors de celles qui viennent d'être mentionnées, il y a encore une conception qui considère dans le fond le droit économique international comme une sous-branche du droit international public, l'ensemble de normes qui, dans la sphère des relations économiques internationales, réglementent les rapports

²⁴ V. à ce sujet MÁDL, F: A nemzetközi gazdasági kapcsolatok joga /Droit des relations économiques internationales./ Gazdaság és Jogtudomány, 1-2/1977.

²⁵ KEMPEZ, V.M. - WIEMANN, H: Die charakteristische Merkmale der Aussenhandelslieferverträge im Bereich des RGW. Staat und Recht, 2/1965.

²⁶ БОГУСЛАВСКИЙ, М.М. Правовое регулирование международных хозяйственных отношений /Règles juridiques des relations internationales économiques./ Москва, 1970. pp. 67 et seq.

entre les sujets du droit international public.²⁷

En examinant l'ensemble des problèmes du droit international économique socialiste, nous estimons qu'il faut faire la distinction entre les approches de point de vue de branche de droit, branche de science juridique, de discipline ou de codification.

Notre réponse à la question, si le droit international économique socialiste est -il une branche de droit autonome, dans son essence est négative. La raison fondamentale de ceci est que le complexe de relations sociales qui forment les relations économiques internationales - bien, qu'il dispose sans aucun doute de certaines particularités - ne peut quand même pas être considéré comme une catégorie homogène, sur laquelle on peut construire en toute certitude le système d'une branche de droit autonome, dans les conditions actuelles. Du côté des méthodes de réglementation on peut également constater une certaine différenciation /par exemple la présence simultanée de méthodes de réglementation directe et indirecte/ qui, de même, peut faire douter de son caractère de branche de droit autonome. Mais nous devons voir en même temps que la sphère des relations économiques internationales est un domaine spécial des relations internationales qui - précisément à cause de la liaison étroite de ces relations à l'économie - se délimite dans un certain degré des autres domaines /politique, scientifique, culturel etc./ des relations internationales. Nous estimons que cette délimitation atteint déjà aujourd'hui le degré sur la base duquel nous pouvons parler du droit international économique socialiste comme d'un domaine de droit complexe, relativement autonome²⁸ sans reconnaître cependant sa qualité de branche de droit indépendante, sans condition. Dans cette approche de domaine de droit complexe, les relations entre Etats et entre organisations gestionnaires rentreraient de même dans le domaine de la réglementation du droit international économique socialiste.

En revanche, si nous voulons répondre à la question à sa-

²⁷ Международное право /Droit international./ Москва, 1982. стр. 368.

²⁸ V. de même MÁDL: op. cit. p. 230.

voir que le droit international économique socialiste est-il une branche autonome de la science juridique, une discipline autonome, ou un domaine autonome de la législation, notre réponse est, quant à son essence, positive. Traiter le droit international économique socialiste comme une sphère de législation autonome coïncide dans le fond avec la conception que c'est un domaine de droit complexe et autonome, avec l'appoint que tout en tenant compte des particularités du système de relations constituant l'objet de la réglementation, il ne faut pas perdre de vue non plus les traits spécifiques des normes juridiques réglant ces relations.

Sur la base de ce qui vient d'être dit nous pouvons essayer de répondre à la question: dans quel sens peut-on parler de droit de l'intégration économique socialiste? Si nous ne reconnaissons pas sans condition que le droit économique international socialiste est une branche de droit autonome, il serait difficile de qualifier comme telle le droit de l'intégration économique socialiste. Cela ne veut absolument pas dire qu'on ne puisse pas en parler, sous aucun rapport, comme d'un domaine spécifique de droit.²⁹ Le droit de l'intégration économique socialiste examiné de point de vue de science juridique, soit comme discipline, mais surtout comme matière législative spéciale, est sans aucun doute une réalité dont il faut tenir compte. Nous devons reconnaître que les recherches de sciences juridiques ont encore des tâches, des devoirs considérables sur le plan de l'analyse du droit de l'intégration socialiste. Une de ces tâches est l'esquisse de la structure, du système du droit de l'intégration économique socialiste.

En essayant d'esquisser le droit de l'intégration économique socialiste en tant que matière spécifique de normes juridiques, système de l'ensemble de règles juridiques déterminées, nous partons du principe que celui-ci est aussi un domaine de droit complexe, se plaçant, sous nombreux aspects, au point de rencontre de diverses branches de droit. Il s'en suit que vue leur nature, les normes appartenant au système du droit de l'in-

²⁹Du droit de l'intégration économique socialiste plus en détail voir: op. cit. pp. 7-23.

Coopération dans le CAEM

tégration peuvent être elles-mêmes diverses. Faisant état de ces éléments, le système du droit de l'intégration économique socialiste peut être déterminé comme suit:

I. Normes définissant les principes du droit de l'intégration économique socialiste. Ce sont:

- les accords d'amitié, de coopération et d'assistance mutuelle;
- le programme complexe de l'intégration du CAEM;
- les principes fondamentaux de la division internationale du travail socialiste;
- les accords commerciaux.

II. Normes déterminant le système général du droit de l'intégration économique socialiste dans les divers domaines de coopération. Ce sont:

- les normes réglant le domaine de la coopération de production;
- les normes relatives au domaine de la coopération scientifique - technique;
- les normes adoptées sur le plan du commerce extérieur /conditions générales/;
- les conventions réglant le trafic;
- les normes adoptées sur la plan de la standardisation et de la propriété industrielle;
- les normes réglant la coopération financière et de devises;
- la convention réglant les discussions de droit civil /convention d'arbitrage/ concernant la coopération économique et scientifique-technique.

III. Normes réglant le système organique et institutionnel de l'intégration. Ce sont:

- conventions et normes réglant la fondation et le fonctionnement d'organisations de coopération économique bi-et multilatérale interétatiques et du CAEM;
- conventions constituant des organisations gestionnaires internationales ainsi, que des organisations de coopération du même niveau et normes réglant leur fonctionnement.

IV. Normes réglant les relations extérieures des organisations d'intégration.

Un composant essentiel du mécanisme juridique de l'intégration du CAEM est le système des normes relatives au fonctionnement du CAEM, en tant qu'organisation internationale. A l'intérieur du système de ces normes on peut distinguer deux groupes principaux: accords internationaux relatifs au CAEM et des normes et règles créées par le CAEM même.

Parmi les normes appartenant au premier groupe, c'est la convention dite de fondation qui a de l'importance fondamentale. Comme nous nous y sommes plusieurs fois référés, le CAEM fut créé par une déclaration de fondation adoptée en janvier 1949. Bien que la déclaration de fondation formellement ne soit pas une convention internationale, quant à son caractère est incontestablement un document de valeur de droit international qui, au-delà de la constitution, contenait aussi quelques principes essentiels du fonctionnement du CAEM en tant qu'organisation internationale /p.e.: principes de la représentation égale, de l'intéressement, etc./. Eu égard à ce caractère spécial mentionné de la déclaration de fondation, dans cette phase de développement un rôle important est incombé aux résolutions des sessions du CAEM dans la réglementation juridique du fonctionnement de ceci, parmi lesquelles les résolutions des sessions IV. de 1954 et VII. de 1956 qui ont en premier lieu de l'importance.³⁰

La convention intergouvernementale contenant la Charte du CAEM, signée en décembre 1959, a déterminé d'un caractère d'ensemble le fonctionnement du CAEM. La Charte a résumé les expériences de la réglementation précédente, mais, par rapport à la situation antérieure, a rendu sans aucun doute la réglementation plus complète.

Dans l'ensemble, la Charte du CAEM est incontestablement un traité international, mais un traité qui détermine en même temps l'organisation et le fonctionnement d'une organisation internationale, du CAEM, Dans le fond c'est avec ce dernier que sont en rapport les traits spécifiques de la Charte, en tant

³⁰ V. en détail: Хронология заседаний органов СЭВ /Chronologie des sessions des organes du CAEM./ Москва, 1974.

que traité international, qui la distinguent des conventions internationales standards. Nous pouvons citer ici par exemple que la Charte du CAEM régleme dans l'organisation l'admission des membres ou leur sortie de l'organisation - qui ne sont pas les éléments de contenu, tout au moins sous cette forme, des traités internationaux typiques. C'est la spécialité d'une convention internationale déterminant une organisation internationale, ainsi l'organisation et le fonctionnement du CAEM, qu'elle définit la structure intérieure, les organes représentatifs et administratifs etc. de l'organisation internationale donnée. D'autres particularités peuvent se présenter dans le cercle des réserves, attachées au traité, l'interprétation du traité de constitution. Reconnaisant ces particularités la Charte du CAEM est sans conteste un traité international, une convention spécifique réglemant l'organisation et le fonctionnement d'une organisation internationale.³¹

Approchant la question de point de vue de contenu, la Charte du CAEM, en tant que document juridique du plus haut niveau, réglemant le fonctionnement de l'organisation, c'est-à-dire comme la "constitution" de l'organisation, elle détermine les buts et les principes fondamentaux du CAEM, y régleme la qualité des membres, la sphère d'activité et la champ d'action du CAEM, l'ordre de la prise de décision, la structure d'organisation du CAEM, ses relations extérieures, respectivement les question financières liées à son fonctionnement.

Après son adoption, la modification de la Charte eut lieu plusieurs fois. Les modifications les plus notables son les suivantes:

- en 1962, aux sessions XVI. et XVII. du CAEM, au lieu de la conférence des représentants des pays fut créé le COMITE EXECUTIF du CAEM, en tant qu'organe exécutif le plus important de l'organisation. Les modifications adoptées ont touché aussi à la validité territoriale du fonctionnement du CAEM, étant donné qu'il fut effacé de la Charte le point selon lequel le CAEM

³¹ Совет Экономической Взаимопомощи: Основные правовые проблемы /CAEM. Problèmes fondamentales juridiques./ Москва, 1965. p. 62.

était l'organisation de pays européens. Nous faisons remarquer que l'admission de la Mongolie au CAEM a aussi motivé cette modification.

- En 1974, la modification adoptée à la session XXVIII du CAEM a précisé le cercle de fonctions, respectivement des droits du CAEM. De ce dernier point de vue le plus essentiel est la déclaration unanime de la capacité juridique du CAEM pour conclure des traités. D'autres modifications sont la réglementation unifiée de la situation juridique des dits comités de coopération du CAEM, au niveau de la Charte, ainsi que le règlement de la question relative à l'entrée en vigueur de la Charte pour un membre nouvellement admis.³²

- En 1979, les modifications adoptées à la session XXXIII du CAEM réglementent, au niveau de la Charte, notamment la consultation d'économie politique, la demande de la concertation de la coopération bi- et multilatérale. Les modifications ont intégré la catégorie dite des accords directs, dans le système de prise de décisions du CAEM et à ce propos ont précisé le texte de quelques articles de la Charte.³³

En dehors de la Charte, un autre document essentiel réglant le fonctionnement de l'organisation est la Convention sur la capacité juridique, les privilèges et l'exemption du CAEM qui fut signée en décembre 1959, en même temps que la Charte. Cette Convention spécifie le statut juridique de CAEM en tant qu'organisation internationale, les prérogatives et exemptions dues aux représentants des pays - membres et celles qui sont dues aux personnages officiels internationaux. Depuis son adoption, il n'y a pas eu de modification essentielle à la Convention mentionnée.³⁴ Eu égard en partie à ce dernier, et tenant

³² D'après la Charte: "Pour chaque Etat qui est admis au CAEM d'après le 2^e alinéa de la Charte présente et que ratifie cette Charte, celle-ci entre provisoirement en vigueur le jour où l'Assemblée générale a admis l'Etat en question parmi les membres du Conseil et définitivement le jour où cet Etat a confié l'acte de ratification en garde et le dépositaire en fait note aux autres Etats-membres du Conseil" /point 4. article XVI./.

³³ Les modifications y ont touché surtout l'article IV de la Charte, relatif à la prise de décision.

³⁴ Une petite modification, de caractère plutôt technique de la Convention de 1959 relative à la capacité juridique, aux prérogatives et exemptions du CAEM eut lieu en 1974.

compte des nouveaux résultats³⁵ du droit international moderne dans ce domaine, il est devenu nécessaire d'élaborer une nouvelle convention du CAEM, réglementant la capacité juridique, les prérogatives et exemptions de l'organisation, et qui fut signée en 1985. Quant aux représentants des pays, la nouvelle Convention part du principe de l'exemption absolue, alors que dans le cas des fonctionnaires internationaux, elle applique le principe de l'exemption dite fonctionnelle. Dans le texte précédent de la Convention cette distinction ne se fit pas valoir d'une manière conséquente. En outre, la nouvelle Convention réglemente les privilèges et exemptions des travailleurs des pays-membres employés à la représentation du CAEM qui n'a pas été fait par la réglementation antérieure.

Les accords conclus du CAEM avec les pays sur le territoire desquels ses institutions ont fonctionné auparavant,³⁶ sont en rapport direct avec la Convention mentionnée. Ces accords réglementent dans le fond les questions pratiques en rapport avec l'assurance de la capacité juridique et les garanties des prérogatives et exemptions du CAEM. Etant donné la conclusion de la nouvelle Convention, la révision des dits accords de siège est devenue également nécessaire.

Des actes normatifs fondamentaux mentionnés /Charte, Convention d'exemption/ il faut distinguer les dits actes intérieurs du CAEM en tant qu'organisation internationale. Une des caractéristiques de ces actes intérieurs est que par rapport à la charte, ils ont un caractère dérivé, ils doivent être en harmonie avec celle-là. En outre, leur trait caractéristique est qu'ils sont adoptés par les divers organes du CAEM et réglementent principalement les relations intérieures, la "vie" intérieure du CAEM, en tant qu'organisation internationale. Il faut faire remarquer que les "actes juridiques" et les "actes intérieurs" du CAEM ne sont pas les mêmes catégories, ne coïncident pas. Le cercle des actes juridiques du CAEM, en tant

³⁵Voir à ce sujet la Convention adoptée le 14 mars 1975 à Vienne sur la représentation des Etats dans les organisations internationales.

³⁶De tels accords furent conclus par le CAEM avec les gouvernements bulgare, hongrois, de la RDA, polonais, soviétique et tchécoslovaque entre 1961 et 1963.

qu'organisation internationale est plus large que celui de ses actes intérieurs, étant donné que les actes juridiques embrassent le cercle non seulement des actes "intérieurs", mais aussi celui des actes "extérieurs". /Par e. recommandation CAEM./

Les actes intérieurs proprement dits peuvent aussi se partager en deux parties principales: actes réglementant le fonctionnement des divers organes du CAEM et actes réglant certaines questions du fonctionnement du Conseil /p.e. le statut des archives du CAEM/. Plus importants sont ceux appartenant à la première partie, à savoir les actes réglementant le fonctionnement des organes du CAEM.

Des statuts dits de fonctionnement et de procédure règlent le fonctionnement des organes du CAEM. Les statuts de fonctionnement déterminent les tâches, les fonctions, les attributions des divers organes et les questions fondamentales du fonctionnement.³⁷ Par contre le règlement de procédure fixe l'ordre /convocation des sessions, l'ordre de la présidence, etc./ du fonctionnement de l'organisation.

ПРИНЦИПЫ И ПРАВОВАЯ СИСТЕМА СОТРУДНИЧЕСТВА
В РАМКАХ СЭВ

Л. Фицере

В первой части статьи подвергают изучению цели и принципы сотрудничества в рамках СЭВ. Учитывая специфический характер СЭВ как международной организации, автор рассматривает системы целей сотрудничества, установленных в документах программного характера, потом анализирует принципы сотрудничества. В рамках последних детально изучаются принципы социалистического интернационализма, суверенного равенства, взаимных выгод и взаимопомощи, элементы их содержания, сферу их применения, а также вопросы их современного толкования.

Во второй части рассматриваются взгляды на правовую систему сотрудничества в рамках СЭВ и его структурные элементы. Автор останавливается на оценке мнений о правовом понимании социалистической экономической интеграции и высказывается за тол-

³⁷Voir par exemple les Statuts de Fonctionnement du Comité de Coopération en Planification du CAEM. Documents juridiques de CAEM. Budapest, 1978. p. 196.

Coopération dans le CAEM

кование права по внешнеэкономическим связям в качестве комплексной юридической сферы. В заключение обрисовывается правовая система сотрудничества в рамках СЭВ.

THE PRINCIPLES AND LEGAL SYSTEM OF CMEA CO-OPERATION

F. Ficzero

In the first part of the paper the author surveys the aims and principles of CMEA co-operation. Considering the special character of CMEA as an international organization the paper outlines the aim system of co-operation determined by program-like documents, then it analyzes the principles of co-operation. In this latter sphere it goes in details on socialist internationalism, sovereign equality, mutual benefits and assistance, it surveys their substantial factors, activity sphere and the problems of their recent interpretation.

In the second part the author surveys the aspects of the legal system and the structural elements of the CMEA co-operation. He deals with the evaluation of those views concerning the legal concept of the socialist economic integration and takes stand on the interpretation of foreign trade an economic relations as a complex body of law. The paper concludes with the outline of the legal system of CMEA co-operation.

ADMINISTRATIVE RULE-MAKING ON THE NATIONAL LEVEL

A. Rácz
Senior Research Officer,
Institute for Legal and Administrative Sciences
of the Hungarian Academy of Sciences

Virtually in the whole world the public administrative creation of statutes has gained upper hand against the legislation. The paper analyzes the causes and results of the phenomenon with historical and comparative methods. Among the new circumstances he surveys the problem of the supremacy of the legislation. He goes into details in discussing the various central regulation possibilities of the public administration /creation of statutes, legislation by normative orders, etc./ and their characteristics in the United States, in both the Western European and the European socialist countries.

Administrative rule-making is a long-time phenomenon of legal development. During the period of bourgeois revolutionary transformations the thrust of parliamentary regulation of social relations generally appeared to displace, or at least to keep within narrow bounds, law-making activities by public administration. However, this idea did not materialize, on the contrary, from the last third of the past century, actual emphasis increasingly shifted to administrative rule-making in numerous countries.¹ This tendency was forcing its way increasing insistence, and has come to stay in capitalist and socialist countries alike. The shift of emphasis is glaringly demonstrated by the quantitative proportions of law-making by the legislature and public administration. The findings of international research into sources of law, sponsored by the European Coordination Centre for Research and Documentation in Social Sciences in Vienna, show that, e.g. in Austria, the volume of administrative rules is two times that of legislative enactments at the federal level and three times at the level of federal states, or provinces, taking into account only the rules of general binding force issued by central organs of public administra-

¹ For this point, see PESCHKA, V.: Jogforrás és jogalkotás /Sources of Law and Legislation/, Akadémiai Kiadó, Budapest, 1965. pp. 167. et seq.

tion.² In the Federal Republic of Germany the quantity of administrative rules is some four times that of legislative enactments.³ In France, among the laws and regulations in force at the end of 1979, administrative rules were 4.48 times the volume of legislative enactments in terms of printed sheet /1 sheet = 40,000 types with space/⁴ Or as regards socialist countries, administrative rules, e.g., in Hungary represented 62% of all central rules of general binding force in effect at the end of 1979, counting the number of sheets.⁵ The ratio of administrative to central rules was 67% in Poland⁶ and 74% in the German Democratic Republic,⁷ also by the number of sheets. The quantity of administrative rules is thus two or three times that of legislative enactments. However, administrative rules make up a great volume in the Anglo-Saxon countries as well. In England, for instance, 58 laws running to 1,875 printed pages were enacted against 2,213 administrative rules totalling some 8,600 printed pages in 1974.⁸ In quantitative terms, therefore, the predominance of administrative rule-making is beyond question practically everywhere. This is true particularly of the rapidly changing administrative and economic laws, although in some

² See SCHAFFER, H.: Austrian National Report. Quantitative Analysis of the Sources of Law in Austria, Salzburg-Vienna, 1983. p. 44.

³ MERTEN, D.: Sources of Law in the Federal Republic of Germany, in: The Sources of Law. National Systems of Sources of Law /Edited by Kourilsky, Ch. - RÁCZ, A. - SCHAFFER, H./, Akadémiai Kiadó, Budapest, 1982. p. 75.

⁴ See TALLON, D.: DELAGE, C.: Sources of Law /Multiplied manuscript/, Paris, 1984. p. 20.

⁵ For more detail, see RÁCZ, A.: A hatályos jog és a jogszabályalkotás mennyiségi jellemzői Magyarországon /Quantitative Characteristics of the Law in Force and Legislation in Hungary/, Jogtudományi Közlöny, 4/1981.

⁶ See ŁOPATKA, A.: - SZKLENNIK, A.: Quantitative Analysis of the Sources of Law in the Polish People's Republic /Multiplied manuscript/, Warszawa, 1982. pp. 8. et seq.

⁷ See MOLLNAU, K.A. - KOLLE, N.: - LÜBKE, A. - MÜLLER, A.: Report on the Quantitative Analysis of the System of Sources of Law in the German Democratic Republic /Multiplied manuscript/, Berlin, 1981. p. 8.

⁸ WADE, E.C.S. - PHILLIPS, G.G.: Constitutional and Administrative Law, Ninth Edition by A.W. Bradley, Longman, London, 1977. p. 565.

Administrative rule-making

spheres of regulation /e.g. criminal law/ this phenomenon is not characteristic at all.

The quantitative preponderance of administrative provisions is to be explained mostly by growing demands for regulation. Given the widening subject area of regulation and the general need for detailed legal coverage, even a parliament constantly in session would be incapable of detailed legislative enactments, particularly of responding quickly and flexibly to all demands for minor modifications under a rather sluggish parliamentary legislative procedure concerned with the institutional coordination of interests. A drastic simplification of the traditional legislative procedure in parliament, however, could make null and void the fundamental guarantees of statutory enactments. Indeed, to solve this dilemma there is but one possibility, to vest wider or narrower powers in organs of public administration to lay down rules governing details. Yet all this may lead, and in practice it did lead, to overreliance on administrative rule-making and, consequently, to a situation in which concrete rules of conduct are to be found mostly in administrative provisions. And in such a situation the state functionaries, especially those of administration, cannot be blamed too much for assigning but indicative significance to laws. In doing their work they rely, even if there are underlying laws, not so much on statutory enactments as on administrative legal rules and other administrative norms governing the implementation and details thereof.⁹

The quantitative growth of administrative rules comes in for a large share of criticism in relevant literature, not only because it is instrumental in, or expressive of, a relative downgrading of statutory enactments, but also because it is likely to leave wide scope for bypassing the coordination of interests, for enforcing the will of the State without democratic control, even though certain guarantees are devised to guard against that danger in the preparatory stage of rule-making. In

⁹ For this point, see LOSCHAK, D.: Le principe de légalité. Mythe et mistifications. L'actualité juridique, Droit administratif, 9/1981.

addition, the mass of administrative rules issued for the enforcement of laws makes the system of law hard to review. Moreover, administration happens to "rewrite" laws by issuing detailed rules. It would nevertheless be a mistake to consider, as certain analyses do, that the preponderance of administrative rule-making forms part of a "bureaucratic conspiracy"¹⁰, because framework legislation leaves more room for bureaucratic manifestations than administrative rule-making limiting the "scope of action" of state organs does. Nor does, in reality, administration necessarily strive for rule-making limiting its own discretionary powers. In the United States, for instance, administrative rule-making was rejected in principle and theory for a long time in contrast to the states of the European continent, and that conception was, in several aspects, more or less in keeping with the interests of administration as well, because administration was free to weigh the pros and cons in exercise of its discretionary powers granted in the framework of laws governing fundamental issues, "administrative policy" as expressed in ad hoc decisions was easy to change later, and this way more scope was left also for avoiding external control, whereas by an administrative regulation narrowing the scope of discretionary powers administration ties its own hands, commits itself beforehand to future action, and becomes easily subject to control in details during or after rule-making. Just for this reason it is then not surprising that the need to give more and more encouragement to administrative rule-making of an implementing or detailing character necessarily arose with a view to creating guarantees for citizens.¹¹

¹⁰ For e.g., the concept of Lord Hewart, Lord Chief Justice of England, set out in 1929, see de SMITH, S.A.: Constitutional and Administrative Law. Third Edition Revised by Harry Street, Barbara de Smith, Rodney Brazier. Reprinted in 1978. Penguin Books, p. 321.

¹¹ For this point, see SHAPIRO, D.L.: The Choice of Rule-making or Adjudication in the Development of administrative Policy, Harvard Law Review. Vol. 78. No. 5. of 1965.; DAVIS, K. C.: A New Approach to Delegation, The University of Chicago Law Review. Vol. 36. No. 4 of 1969; WRIGHT, S. J.: Beyond Discretionary Justice, The Yale Law Journal, Vol. 81. No. 3. of 1972.

Administrative rule-making

Excessive recourse to administrative rule-making does not necessarily call into question the primacy of legislative enactments, for the secondary character of administrative rule-making can in no way be disputed when such rules are based on statutory provisions, when there are no subject areas reserved exclusively for regulation by organs of public administration, and when these organs are not empowered to issue law-decrees. Still, in any event, quantitative growth reflects an escalation of administrative rule-making powers, namely powers conferred on more and more organs of public administration to lay down legal rules and other norms governing an ever-widening range of social relations. Virtually no branch of law, nor even, horribile dictu, criminal law, is excluded from regulation by administrative organs in several countries. This process is particularly perceptible in the issuance of decrees, but the widening scope of rule-making can also be detected in other forms of administrative legal regulation such as normative decisions, normative instructions, and even in the issuance of the so called legal "guidelines".

1. Along with legislative enactments, decree-making is the most important form of legal regulation, because despite frequent differences in the definition of terms concerning certain aspects,¹² decree-making means that an organ other than Parliament issues provisions of law binding on all. For that matter, such provisions of law may be made both by various state organs and, in certain countries, perhaps by social organs authorized thereto, but the decree-making power may be said to be normally concentrated on organs of public administration at the central level. This is the case even if the extent of such powers varies

¹²For this point, see, e.g., JELLINEK, G.: Gesetz und Verordnung, Akademische Verlagsbuchhandlung von J.C. B. Mohr /Paul Siebeck/, Freiburg, 1887. pp. 366. et seq.; MOLNÁR, K.: Kormányrendeletek /Government Decrees/, Az Egri Érseki Liceumi Könyvnyomda, Eger, 1911. pp. 1. et seq.; CSEKEY, I.: A rendeletalkotási jog új irányai /New Trends in Decree-Making Power/, in: Fejezetek a közjog és közigazgatási jog köréből /Chapters on Public and Administrative Law/, Ed. Mártonffy, K. Pallas Irodalmi és Nyomdai Rt., Budapest, 1932. pp. 36 et seq.; PESCHKA, op. cit., pp. 190. et seq.

widely by period of history, by country or by organ of public administration.

a/ The 1791 revolutionary Constitution of France, which was adopted under the concept of exclusivity of legislative regulation, first sought to ensure that the executive power was not allowed to issue other than enforcement rules in the strict sense of the phrase, providing that the executive power must not make law, not even on a provisional basis, except issue proclamations in accordance with the law to order or secure its enforcement.¹³ However, within a short span of time, the authorization of the executive power to issue enforcement rules came to mean much more and grew into real legislative powers both in France and elsewhere, comprising also rule-making of implementing and detailing character of the rules of conduct as laid down in laws.

b/ The constitutional basis for administrative rule-making by decrees of implementing and detailing character was created for the first time in France by the Constitution of 1799. By the second half of the 19th century, however, such rule-making came to be regarded as forming part of the natural and self-evident powers of executive authority.¹⁴ Though the Anglo-Saxon countries had had reservations about it for a long time, the powers to issue enforcement decrees in the wide sense were not generally questioned from the beginnings of bourgeois constitutionalism in other bourgeois countries of Europe either, and scope for that procedure was left even by the socialist states. As a matter of fact, this is what lies at the heart of the situation that for decades, and particularly today, administrative legal rules have come to quantitative prevalence practically everywhere.

General recognition of administrative decree-making to implement and detail statutes does not mean the absence of several limitations thereon, let alone the fact that such regula-

¹³Art. 6, Sect. I. Chapter IV, Title III.

¹⁴See ESMEIN, A.: Eléments de droit constitutionnel français et comparé, Huitième édition par Henry Nézard, Tome II. Recueil Sirey, Paris, 1928. p. 77.

Administrative rule-making

tion is ab initio excluded in certain narrow subject areas reserved exclusively for legislative coverage. A significant limitation is set by, e.g., the arrangement which allows issuance of enforcement decrees, but only in pursuance of a concrete enabling provision in the law providing the basic regulation, specifying thus the scope of detailing regulation within the subject area of legislative coverage. /Moreover, it may also be possible that the law itself defines the goal and substantive limits of the enforcement rules./ Obviously, by comparison, fewer limitations are set by a general authorization of law to issue enforcement decrees. Issuance of these is, even in that case, subject to authorization by a statute providing the basic regulation, while the subject-matter and substance of enforcement rules remain unlimited within the framework of legislative regulation. Furthermore, there may be room for issuing rules enforcing legislative provisions without special authorization by law: administrative organs or specified ones are normally empowered to issue such rules under a blanket authorization by the Constitution or the law governing legislation. In that case one may speak, in fact, of independent rule-making powers of administrative organs rather than of delegated legislative powers. Therefore the trend to barring enforcement rule-making based on blanket authorization and even to restricting the practice of general authorization by law is apparent also in endeavours to maintain and strengthen the regulatory function of parliament /or at least a smaller representative body acting on behalf of parliament/, even if the differences in the degree of authorization do not by themselves necessarily reflect the narrower or wider powers of public administration. Seen, e.g., in this context, the narrowest scope of rule-making powers vested in public administration is represented by the practice of laws giving concrete authorization to that effect. If, however, there is no appropriate guarantee that the organ of public administration thus authorized will actually issue the enforcement rules, its power is rather wide in scope, in fact, it may prevent, definitively or temporarily, the enforcement of the law itself /or some of its parts or provisions/, too, given that, in case of concrete authorization by law, the law cannot normally be

enforced without issuance of the enforcement rules. Hence the need to provide also for compliance with the obligation to issue enforcement rules, possibly by direct regulation covering every detail. Transfer of regulatory powers to lower organs, or subdelegation of rule-making powers, can only be recognized with considerable reservation, not only because it would involve "evasion" of regulatory obligations, but also because multiple-tier regulation might give rise to serious problems concerning the unity of the legal system and the possibility of its overview.

Powers to issue enforcement decrees of detailing character may be conferred on various and numerous organs of public administration. Such is the case even if the authorization given by, e.g., the Austrian Constitution of 1920 still in force can be said to be exceptional. Under that constitutional provision, every organ of public administration is entitled to issue decrees on the basis of laws within its sphere of competence.¹⁵ Nevertheless, it cannot be disputed that in bourgeois countries the decree-making powers of the head of state as well as that of the central organs of public administration of general and specialized competence /possibly at the federal and province levels/ are generally recognized in a wider or narrower range. In some countries decrees may be issued by deconcentrated organs of central public administration. There are also examples, particularly in the United States, in which independent regulatory commissions - detached from government agencies - are likewise empowered to issue and enforce decrees, the consideration being that regulation should, mainly in the economy, be free from daily party politics.

Also in socialist countries, the decree-making functions of public administration are exercised by different administrative organs at different levels of administration. In federative states one may speak of administrative decree-making at the levels of the union and federal republics /autonomous republics and autonomous provinces/. But, even in a state unit, decree-

¹⁵Para. /2/ of Art. 18

Administrative rule-making

-making powers may be vested in the president of the republic /as is specifically provided for in the Constitution of Rumania vs. that of Czechoslovakia/, the council of ministers as well as its presidium and members, or the central organs of functional /intersectoral/ and sectoral administration alike. However, just as in bourgeois countries, the decree-making powers of the different types of organs may be subject to considerable limitations. Mention is deserved by, e.g., the limitation on the constitutional powers of the president of the republic, who is authorized to lay down rules to enforce laws /e.g. on amnesty/, but issuance of rules of conduct in the literary sense is not part of his decree-making powers. The decree-making powers to enforce and detail statutes are, at the highest level, always concentrated on the council of ministers as a collegiate body possessing an overview of the whole spectrum of social relations. At the level of enforcement decree-making, this arrangement serves as a guarantee for the substantiation of regulation and the performance of its role in the coordination of interests. This holds also when the decree-making powers of the council of ministers are compared with those of the specialized organs of public administration. Thus, in point of fact, the endeavours of several countries to set limits to the decree-making powers of the central organs of specialized administration can be explained also by this and by the bureaucratic dangers of "self-regulation". In Hungary, for instance, the powers to issue decrees /dispositions/ are vested not in all central organs of public administration, but only in the Council of Ministers and its members as well as in the secretaries of state heading national organs of public administration in accordance with the constitutional amendment of 1983. The heads of national organs of public administration, who are not members of the Government or do not have the rank of secretary of state hold no power to issue decrees. In Poland only the Council of Ministers, its chairman and deputy chairmen as well as the ministers are vested with decree-making powers. However, the endeavour to limit the decree-making powers of the central organs of specialized public administration is still more pronounced in the Soviet Union, where rules binding on citizens also may be issued, und-

er a special authorization, e.g. only, by some ministries, the heads of which are generally members of the Government.¹⁶ This notwithstanding, the pattern of organs empowered to make administrative rules binding on all is in general strongly differentiated everywhere and the volume of administrative decrees issued by specialized agencies is larger than that of decrees issued by the council of ministers. In Hungary, for instance, the number of decrees issued by the Council of Ministers during ten years, from 1970 to 1979, amounted to 487 and of those issued by members of the Council of Ministers totalled 2,311. Also, in terms of printed sheets, the volume of ministerial decrees was more than three times that of the decrees issued by the Council of Ministers. A good explanation for this phenomenon can be provided by the effort to release the Council of Ministers from the task of legal regulation going into elaborate detail and requiring frequent amendments in particular aspects, although considerations for the need of guarantees would obviously call for increased emphasis to be placed on decrees of the Council of Ministers among the decrees of implementing or detailing character.

c/ Administrative decree-making powers are wider than powers to issue decrees of implementing or detailing character in cases where public administration is free to regulate social relations at the highest level in the absence of laws laying down basic principles or in the framework of its own competences. Autonomous /independent/ administrative decree-making powers may prejudice, to a greater or smaller extent, even the very primacy of statutes. Nonetheless, such decree-making gained recognition in a relatively early stage of bourgeois constitutional development. True, room for it was first left by the French Constitution of 1814 imposed by the Bourbon restoration providing /in Art. 14/ that the King may make decrees to enforce laws and for purposes of state security. Later, however, scope for autonomous administrative decree-making was also al-

16

For this point, see КАБАТОВ, А.К.: Ведомственные нормативные акты в общенародном государстве: понятие и роли, Вестник Московского Университета. Вторая серия. Право. 3/1982.

Administrative rule-making

lowed in other countries, though the public mind in favour of constitutionalism received with definite reservations the independent decree-making powers conferred on public administration for considerations of expediency and, proceeding from the legislative function of Parliament and the executive function of public administration, demanded that such powers be eliminated from the legal system or at least be subjected to very strict limitations. That demand was later reflected also in the rules of constitutions and ordinary laws which disallowed autonomous administrative decree-making in subject areas expressly reserved for legislation and, moreover, in numerous countries, even limited the decree-making powers of the central organs of public administration to issuance of rules of implementing and detailing character. For that matter, such is the present-day constitutional situation in several bourgeois countries /e.g. Austria and the Federal Republic of Germany/ and in most of the European socialist countries.¹⁷

The legal grounds for autonomous administrative decree-making may vary by country, in respect of rule-making organs or in particular cases. We have a case of such decree-making also when a concrete statute, without itself establishing a basis for regulation, grants decree-making powers in a concrete subject area of regulation. This regulatory technique, however, is still formally geared to the requirements of delegated administrative rule-making powers. But avenues for really autonomous administrative decree-making are open in cases where, in areas other than those reserved exclusively /e.g. qualification of certain acts as crimes in Hungary/ or expressly for legislation, organs of public administration in general or specified ones are vested a priori with independent rule-making powers in subject-matters not covered by laws, either under an

¹⁷ For the constitutions of socialist countries, see, e. g., the Soviet Constitution of 1977, Articles 133 and 135; the Polish Constitution of 1952, Articles 40 to 42; the GDR Constitution of 1968, Art. 78; Constitutional Act 142/1968 on the Czechoslovak Federation, Articles 79 and 80; the Rumanian Constitution of 1965, Articles 79 and 84; the Yugoslav Constitution of 1974, Articles 347 and 365; the Albanian Constitution of 1976, Articles 81 and 85.

express provision of the Constitution or in the absence of a constitutional provision limiting administrative decree-making to issuance of rule of implementing or detailing character. Among the socialist countries of Europe, Hungary's current Constitution opted, almost by way of exception, for the latter arrangement, under which the Council of Ministers and its members are empowered to issue independent decrees in performance of their constitutional functions. This arrangement is linked up with the fact that at the time the Constitution of 1949 was adopted, during the period of great social transformations, there was an indisputable need for rapid regulations of social relations. There could not be impediment to public administration regulating, even independently, specific sets of social relations in the absence of, e.g., legislative coverage thereof. With the passage of time, however, such activity of public administration came narrowing in scope, in close relationship to the fact that legislative or "representational" regulation covered increasingly a widening range of social relation. True, our inquiries made within the framework of international research into sources of law, as noted earlier, found 272 autonomous administrative decrees among a total of 487 decrees issued by the Council of Ministers in the period 1970-1979. However, this figure is highly distorting and results from, among others, the fact that the decrees of the Council of Ministers promulgating, e.g., international treaties and agreements were almost all taken into account as "autonomous" legal rules /out of the 32 government decrees issued in 1979 and covered by the inquiry as autonomous rules, e.g. 25 promulgated international treaties/. But also regarded as belonging to this category were government decrees setting up organizations, concerned with the organization of state administration or relating to foreign affairs. It is, nevertheless, evident without any refinement of figures that the ministerial decrees that do not refer to a law or to a decree of the Council of Ministers are of an exceptional character, since during our inquiry covering 10 years we found as little as 96 autonomous decrees against 2,215 enforcement decrees or as little as 3 independent administrative decrees out

of 267 ministerial decrees issued in, e.g., 1979.¹⁸ As can be seen, the situation is ripe for statutory provisions on rule-making to clearly exclude, at least at the ministerial level, autonomous administrative decree-making under stabilized conditions of regular legislation in Hungary as well, even if the legislative function of the highest organs of people's representation is jeopardized by the autonomous decree-making powers of public administration exercised in consequence of an institutional exclusion of legislation rather than in the absence of laws.

In some bourgeois countries it became exceptionally a prerogative of the executive power, or public administration to regulate alone certain subject-matters or, in general, subject areas not reserved expressly for the legislature. Seen in this context, the 1958 De Gaulle Constitution of France contains a solution, unprecedented under bourgeois democratic conditions, which prohibited parliamentary legislation on subject-matters other than those expressly reserved for the legislature and made administrative decree-making a normal form of rule-making at the highest level. It is thus not surprising that change is seen as a sharp breakaway from constitutional traditions and a violation of parliamentary sovereignty.¹⁹ That was a radical change in the role of parliament and created a very strong argument for the view that today it is perhaps more appropriate to speak of the government's administrative power that of "executive power".²⁰

d/ One form of autonomous administrative decree-making, clearly distinguishable by its relationship to laws, is the issuance of law-decrees by organs of public administration, as a law-decree may, in subject areas expressly reserved for legislative coverage, substitute for Acts of Parliament or derogate from legislation on subject-matters governed by laws. It may contain also rules amending a law, suspending its enforce-

¹⁸For more details see RÁCZ; op. cit. p. 324.

¹⁹For this point, see PRÉLOT, M.: Institutions politiques et droit constitutionnel, Huitième édition, Revue et mise à jour par Jean Boulouis Dalloz, Paris, 1980. pp. 815-816.

²⁰For this point, see RIVERO, J.: Droit administratif, 3^e édition, Dalloz, Paris, 1965. pp. 15. and 58.

ment or repealing it. Obviously, in such cases, the primacy of Acts of Parliament becomes clearly relative, particularly when such acts are allowed by a blanket authorization of law rather than a concrete or general one. That is why in principle the powers of administrative organs to issue law-decrees are not recognized in the socialist countries of Europe. The issuance of law-decrees remains, as a rule, within the frameworks of the representative mechanism. /It is only by way of exception that statutory provisions – e.g. Art. 7 of Law-Decree No. 17 of 1985 in Hungary – confer special powers, contrary to the spirit of the system of sources of law, on organs of public administration to issue rules modifying laws or law-decrees./ On the contrary, in bourgeois countries the issuance of law-decrees by public administration is widely recognized within certain limits.

According to some analyses of administrative decree-making, the concept under which the circumstantial forms of ordinary legislation may, under a momentary pressure felt by the State, be put aside and replaced by a decree-making authority operating more quickly and more reliably was accepted long ago, as far back as the pre-World War One period, in nearly all European states, but this phenomenon became more pronounced during World War One and was explained by the requirements of expediency and the need for the concentration of power under the exceptional circumstances of war.²¹ However, postwar development likewise pointed to a rapid spread of governance by law-decrees issued by the head of state or the government, this time as an instrument of coping with the economic crisis even in the most "liberal" countries.²² Moreover, issuance of law-decrees by organs of public administration is a living institution also in the recent practice of bourgeois countries belonging to the most diverse systems of law. Perhaps it is worth while to cite a few concrete examples in illustration of the possibility of issuing law-decrees, too.

²¹For this point, see CSEKEY: op. cit., pp. 44. et seq.

²²MARTONYI, J.: A közigazgatás jogszerűsége a mai államban /The Legitimacy of Public Administration in the Contemporary State/, Dunántul Pécsi Egyetemi Könyvkiadó és Nyomda R.T. Budapest, 1939. p. 17.

Administrative rule-making

In England, under concrete and general authorizations by Acts of Parliament, ministers may issue also decrees to amend or supplement laws.²³ In Austria, under a special constitutional authorization, the organs of executive power may likewise issue decrees to amend or supplement laws.²⁴ In France, by virtue of the Constitution of 1958, the president of the republic may adopt such measures as are warranted by circumstances, namely issue law-decrees as well when the institutions of the republic, the independence or the territorial integrity of the nation, or the fulfilment of international obligations are in a grave and immediate danger and when the regular functioning of the constitutional organs of the State cannot be ensured /Art. 16/. In addition, the government may, even under normal circumstances, be authorized by Parliament for a definite period to issue law-decrees for the purpose of implementing its programme /Art. 38/. And the ratio of decrees issued under such authorizations to the laws and regulations in force is not negligible. At the end of 1979, for instance, the legal rules of this category in force totalled over 300, running to more than 50 printed sheets.²⁵ In Norway, the government is empowered by the Constitution to issue, in periods between the sessions of Parliament, provisional decrees in lieu of law in certain subject areas, namely commerce, customs, industry and policing, such decrees remaining in force until superseded by Parliament /the annual number of provisional decrees issued during the period 1970-1979 was 2 in 1974, 1 in 1976 and 3 in 1978/. In addition, the government and other decree-making organs may, under concrete and general authorizations by law, issue decrees for the purpose of amending laws, etc.²⁶

²³ See SCHWARTZ, B. - WADE, H. W. R.: Legal Control of Government, Clarendon Press, Oxford, 1972. p. 97; WADE-PHILLIPS: op. cit., p. 569.

²⁴ SCHÄFFER, H.-MELICHAR, E.: Sources of Law in the Republic of Austria, in: The Sources of Law. National Systems of Sources of Law, ibid., pp. 29-30.

²⁵ TALLON-DELAGE: ibid.

²⁶ AARBAKKE, M. - HELGESEN, J.: Sources of Law in Norway, in: The Sources of Law. National Systems of Sources of Law, ibid., pp. 201. et seq.

2. An arrangement widely employed by the different systems of law is that the central organs of public administration may issue, together with decrees binding on all, legal norms of an "internal" character also, which may, in principle, apply only to organs and activities within their particular spheres of competence and may not directly affect the rights and duties of citizens. The binding force of some of these norms is expressly recognized in the legal system, while that of others and even their character as legal rules are challenged. In several countries, including Hungary, such norms may also be issued by decree-making organs, so the number of forms in which the same organ may issue legal rules of conduct is duplicated and even tripled. What may be at the root of this?

a/ "Internal" administrative norms of binding force include the so-called normative instructions, a rather old form of administrative rule-making which many believe originates from the era of the "police state" of feudal absolutism, when public administration was bound by legal rules governing it in relation to its superior only. These norms were incapable of constituting a source of subjective rights and legal protection for citizens.²⁷ From the French revolution onwards, however, as the bourgeois "state of law" was developing, the need was widely felt for generally binding regulation of public administration, which then became very common. This obviously changed the character and function of "internal" regulations. In Germany, for instance, normative instructions have survived as a means of regulating the "internal relationships" of administration, and this even autonomously in the absence of legislative coverage.²⁸ In Germany and elsewhere it became a rule for normative instructions, known perhaps by different designations and

²⁷ See, e.g., RIVERO: op.cit., p. 14; TOLDI, F.: Jogalkotás és jogalkotási eljárás a kodifikációs gyakorlat nézőpontjából /Law-Making and Law-Making Procedure from the Viewpoint of Practice of Codification/, Állam és Igazgatás, 4/1982.

²⁸ See FORSTHOFF, E.: Traité de droit administratif allemand. Traduit par Michel Fromont. Établissement Émile Bruylant. Bruxelles, 1969. pp. 210. et seq.

Administrative rule-making

assuming huge proportions over time, to lay down technical rules for the enforcement of laws and decrees, to formulate guidelines for a uniform interpretation of legal rules as well as for the exercise of discretion provided for by them, and to regulate questions of internal organization, personnel, competence and procedure binding on administrative and other state organs /enterprises and institutions/ subject to direction by the organ of public administration. "Externally", these norms could not, in principle, establish binding rules of conduct burdening citizens, but there was nothing to prevent that certain state benefits could be secured for citizens and external organs eventually on the basis of an administrative instruction in the absence of regulation by law or decree.²⁹ Such rule-making was allowed by concrete or general authorizations, but it was indeed widely resorted to even in the absence of a distinct authorization, as the power to issue instructions was thought to derive, in the first place, from the rights and duties of administrative organs to direct subordinated organs.

In Hungary the Council of Ministers may, in addition to issuing decrees, adopt normative resolutions binding on all if published in Magyar Közlöny /the official gazette/. However, normative resolutions are primarily meant to regulate subject-matters which do not directly affect the rights and duties of citizens. More specifically, the Council of Ministers adopts a resolution particularly in cases where it is applicable only to state organs or provides guidelines for state activity. Such "internal" character of the Council of Ministers' resolutions makes it possible for them to be classified among normative instructions. On the other hand, the rule-making powers of government commissions within their delegated spheres of competence do not a priori include regulation of the rights and duties of citizens. Hence the character of their normative decisions as "instructions" cannot be disputed. This notwithstanding, the quantitatively and qualitatively determinant group of administrative rules of instruction character is constituted by the

²⁹ See MERTEN: op. cit., p. 78.

normative instructions of leading administrative functionaries rather than by the resolutions adopted by these collegiate bodies and so called precisely for that reason.

Among the functionaries of central administrative organs, the members of the Council of Ministers, state secretaries of ministries and secretaries of state heading authorities with nationwide competence as well as the heads of such authorities in general are empowered by Resolution No. 1063/1974. /XII.30./ of the Council of Ministers to issue normative instructions /or possibly other internal rules of a different designation/ on their own authority. Such an instruction, which is normally issued to enforce legal rules of a higher level, may contain provisions applicable to the office organization of the minister, secretary of state or head of the national high authority concerned, to state administrative organs and state economic organizations /entreprises/, institutes and institutions under their direct supervision or direction, and to the specialized administrative activities of councils and council-operated enterprises and institutions. Accordingly, the scope of applicability of instructions cannot extend beyond the realm of hierarchical relationships and of direction by councils. There are, however, functionaries of public administration who are authorized to issue not only this kind of "internal" instructions. By virtue of Law-Decree No. 24 of 1974, as amended by Law-Decree No. 5 of 1984, on the Promulgation and Entry into Force of Legal Rules, they may regulate by instructions in general the relations of state organs, cooperatives and other economic organizations and possibly even issue instructions directly affecting the rights and duties of citizens. Thus, for instance, "general" instructions may also be issued by the Chairman of the National Planning Office concerning the system and methods of national economic planning, by the Minister of Foreign Trade concerning foreign trade activity, by the Minister of Finance concerning the state budget as well as the financial management of and fund-building by enterprises, by the head of the National Directorate-General of Social Insurance concerning the procedure of social insurance services by social insurance organs, whereas in matters of employment the ministers, the secretaries of

Administrative rule-making

state and the heads of national high authorities other than ministries in general may issue instructions which, though in the nature of implementing and detailing character, directly affect the rights and duties of citizens as well. For these reasons, it is only under reserve that even the normative instructions proper can be said to be no more than "internal" rules, or ones not affecting directly the rights and duties of citizens. By the way, a general problem of the entire legal material of normative instructions consists in whether it is possible for legal rules, e.g., decrees and instructions, to be delimited in terms of substance according as some may and others may not contain provisions directly affecting the rights and duties of citizens or according to whether the knowledge of them is of relevance to the protection of the rights and legitimate interests of citizens and to the fulfilment of their duties. As a guarantee /namely that such a provision may be contained only in a legal rule of an organ of a sufficiently high level and only in a form of regulation that must be published in Magyar Közlöny/, the Hungarian law introduces this criterion of demarcation, but it cannot be of full value for lack of exactness. It is a question of interpretation to define which provision is to be regarded as "directly" affecting the rights or duties of citizens or as one whose knowledge is of "relevance" to the protection of citizens' rights and legitimate interests or to the fulfilment of their duties, because, evidently, all legal provisions affect the rights or duties of citizens, given that they regulate relations between human beings, not things.

There is no doubt that normative instructions are legal rules, not only because the positive law /Resolution No. 1063/1974 of the Council of Ministers/ declares them to be ones, but also because they are general rules of conduct made by state organs the enforcement of which are ensured by the State, ultimately by recourse to coercion. They are binding on all, though not directly but, in their respective subject areas, at least indirectly /on the staff of organs as well as citizens affected by the activity of organs regulated by instructions/. Though they cannot apply directly to citizens in general, this is the case always, as every legal provision "directs its com-

mand to all or to fewer people according to the subject-matter of regulation". Considering the range of people to whom a legal rule is directed, most of the statutes and decrees could similarly be denied their character as legal rule. Seen in this context, as Zoltán Magyary has stated, "classed in separate categories should be not only the decrees relating to public servants, but also those relating to land tax as they affect landowners only, and again those relating to house tax as they affect landlords only, etc."³⁰

Still, what lies behind the concept that some organs of public administration are empowered to issue "internal" rules only? The causes are to seek clearly in the limitations to their rule-making powers. But what may be said for the situation in, e.g., Hungary, where the organs vested with decree-making powers may issue normative instructions too, considering that such powers also embrace the subject-matters for normative instructions? The reasons apparently lie in practical factors. As distinct from decrees, instructions - given that in principle they cannot apply directly to citizens - are not required to be published in Magyar Közlöny. What is more, it is not also an exceptional requirement for them to be published in some other official journal /or journal of the department concerned/ available to the public. This makes it possible for legal rules directly affecting citizens and promulgated in Magyar Közlöny to be reviewed with greater ease. Magyar Közlöny, or the "first line" of the legal system, should not be burdened, at least under a formal approach, with "internal" rules. The concessions made regarding the requirement for the publication of normative instructions leave room for meeting the demands of official secrecy. Nor should one overlook the fact that release from the obligation of promulgation in Magyar Közlöny allows a greater flexibility of regulation and, given its nature, is also in keeping with the bureaucratic interests of administration as limitations on the publicity of normative instructions make it

³⁰ MAGYARY, Z.: Magyar közigazgatás /Hungarian Public Administration/, Királyi Magyar Egyetemi Nyomda, Budapest, 1942. p. 584.

Administrative rule-making

possible to narrow the scope of social control over rule-making, in terms of both quantity and quality /regulatory technique and substance/.

Given the limited publicity of instructions, it seems to be an evident solution, for reasons of guarantee, that normative instructions, as a form of rule-making, ought to be abolished, particularly when the organs entitled to issue normative instructions /functionaries of public administration/ may issue decrees as well, all the more so since normative instructions are less and less capable of performing one of their earlier functions of great importance, that of providing uniform normative guidance for economic organizations and institutes. Today their scope of application is clearly confined only to state enterprises "subject to supervision by state administration" among the increasingly varied forms of private, cooperative and state economic activity. At the same time, with the broadening autonomy of institutes, the function of normative instructions in the direction of institutes is subjected to reappraisal. And all this is bound to lead to the replacement of "internal" regulations by rules binding on all in respect to the economic management and the direction of institutes.³¹ For that matter, insistence on normative instructions would be definitely warranted perhaps only in areas connected with secret protection. However, in both international and domestic experience, to abolish normative instructions or to restrict them in this sense is not a realistic idea. Like the social pressure for a reduction in the volume of instructions,³² it would cause administration to "seek shelter" more and more in such other flexible forms of regulation /in Hungary, for instance, in formalized "legal guidelines" as a first step/ which would probably offer

³¹ For this point, see SÁRI, J.: A normatív utasítás jogforrási megítéléséhez /On the Character of Normative Instructions as a Source of Law/, Jogtudományi Közlemény, 9/1983. MADARÁSZ, T.: A jogalkotás problémái a népgazdaságban /Problems of Law-Making in the National Economy/, A A Népgazdasági Jogi Kutatóhálózat végtanulmányai, 6. Budapest. 1985. pp. 29. et seq.

³² See VEREBÉLYI, I.: A minisztériumi iránymutatások /Ministerial Guidelines/, Jogtudományi Közlemény, 3/1982.

still less guarantees for acquaintance with and control of regulation. For this very reason, it is more practicable to make the future of "internal" rule-making contingent in general on the narrowing scope of "internal" relations of direction by administrative organs.

b/ It is a well perceivable phenomenon in numerous countries that, in addition to legal rules, the organs of public administration issue also general rules of conduct, or, in current Hungarian phraseology, legal guidelines or simply guidelines towards organs under their direction which are formally not binding.³³ They do so under or without a special authorization by law, because they have no law-making powers with respect to the organs concerned or, even if they have, they find it more convenient, for some practical reason, to formulate rules of conduct in such internal norms, just as it is more convenient, or still more so, to resort to normative instructions versus decrees. Otherwise these rules of conduct normally serve to ensure uniform interpretation and application of legal rules. However, a paradoxical situation is created by the fact that these internal rules, even if they do not go beyond the bounds of interpretation, may in practice function necessarily like legal rules of implementing and detailing character. Although they bind formally no one, the issuing organs may enforce, in general, their practical application under the system of legal remedies concerning law application, in the exercise of legality control or within the mechanism of hierarchical relations between directing and directed organs. And why should they not do so once they have deemed it necessary to issue them? This formula is not subject to change except where and when recourse to judicial review is possible in the area of relations governed by these norms. In other cases, however, their binding force in the system of direction is hardly disputable, nor is their application "externally", to citizens, through the activity of the organs concerned. In that event it is no exaggeration to regard legal guidelines as a disguised manifestation of

³³See *idem*, pp. 153, et seq.

Administrative rule-making

law-making,^{34/} on the understanding that, for lack of directly binding force, the directed organ or its functionary cannot in principle be called to account for violating them.

In Hungary, several organs and functionaries of public administration are empowered by legal rules to issue legal guidelines; they include the Council of Ministers³⁵ and, under its Resolution No. 1002/1982. I. 16., the government commissions and their chairmen, the heads of ministries and other administrative organs with nationwide competence, their deputies, and such other senior officials as may be authorized by them. Also, Resolution No. 1002/1982 of the Council of Ministers on Legal Guidelines, Technical Norms and the Quantitative Aspects of Provisions expressly states that the legal guidelines of specialized administrative organs with nationwide competence are the so-called statements of principles, directives and briefings /even if communications containing "technical norms" issued by the central organs of public administration, the compulsory application of which have not been ordered, are also naturally classed in this category/.

Under the aforementioned Resolution of the Council of Ministers, guidelines may not contain rules of conduct establishing rights and duties. When such rules are needed, a legal rule must be issued or initiated. A statement of principles may be issued concerning the interpretation of legal rules in cases where these were issued by a minister /head of a national high authority/ or responsibility for the enforcement of a legal rule of a higher level lies with him or he has been authorized to interpret such rules. Directives contain recommendations concerning the main direction and methods of enforcement of a legal rule and the principles governing the application of law. A briefing contains facts and figures assisting the organs responsible for law enforcement in the performance of their functions. Statements of principles, directives and briefings are

³⁴ SZAMEL, L.: Az államigazgatás cselekvési formái /Forms of Action by State Administration/, a közigazgatás fejlesztésének komplex tudományos vizsgálata, Kutatási Főirány Koordináló Tanácsának kiadványa, Budapest, 1984. pp. 73. et seq.

³⁵ See para. /1/, subpara. /c/, of Art. 19 of Act I of 1984.

not binding. Statements of principles must be published, just like normative instructions, in the department's journal, whereas publication in the department's journal of directives and briefings is left to the discretion of the organ issuing them.

For long years, the organs of state administration with nationwide competence have issued a very large volume of legal guidelines. During the period 1975-1980, some 1,200 legal guidelines were published by as little as 14 central organs in the gazettes of national high authorities.³⁶ Thus, on annual average, they must have exceeded, to be sure, that of instructions /300 to 350/ already at that time. Their great number and particularly that of internal norms are likewise indicated by the fact that the ministerial decrees binding on all totalled as little as 231 on annual average between 1970 and 1979.³⁷ But the fact that the issuance of legal guidelines adds up to a real dumping of norm-making is actually shown by more recent and more extensive figures. Only the ministries issued 763 numbered legal guidelines e.g. in 1982 and 780 in 1983. Out of the figure for 1983, 338 were formalized legal guidelines /30 statements of principles, 101 directives, 207 briefings/ in accordance with the Council of Ministers' resolution on legal guidelines, while the rest did not belong to this category. Another serious problem is that some legal guidelines continue to establish rights and duties or rules of conduct of such a nature in disregard of prohibition by law.³⁸ Hence, and in view of the indirect binding force of legal guidelines, one's concern that the constitutional system of sources of law may be swallowed up by the sea of legal guidelines is not unwarranted at all.³⁹ Looking to the future, how is one to assess this situation? For one thing, there is no room for doubt that, for considerations of guarantee, legal guidelines cannot "rival" with legal rules in any aspect, not even in respect to laying down rules for the interpretation of law. Nevertheless, in appraising them, one

³⁶ See VEREBÉLYI, op. cit.

³⁷ For more detail, see RÁCZ: op. cit.

³⁸ See UTTÓ, Gy.: Iránymutatások a gyakorlatban /Guidelines in Practice/, Állam és Igazgatás, 2/1985.

³⁹ See SZAMEL: op. cit.

Administrative rule-making

should not overlook the fact also that, in the absence of clearly stated legal rules, they may indeed offer some sort of an alternative to arbitrariness in the exercise of discretion or to case-law necessarily emerging within the frameworks of legal rules in the interest of a uniform interpretation of law.

НОРМОТВОРЧЕСТВО ЦЕНТРАЛЬНЫХ АДМИНИСТРАТИВНЫХ ОРГАНОВ

А. Рац

В настоящее время административное нормотворчество преобладает над законотворчеством почти во всем мире. В данной статье причины и последствия этого явления подвергаются историко-сравнительному анализу. Проблему супремации законодательства автор изучает с учетом новых обстоятельств. Вместе с тем детально рассматриваются характерные черты различных возможностей центрального административного регулирования /издания постановлений, нормотворчества путем нормативных указаний, и т.п./ в США, в западно-европейских государствах, а также в европейских странах социализма.

LA CREATION DES REGLES DE DROIT PAR LES ORGANES DE L'ADMINISTRATION PUBLIQUE CENTRALE

A. Rácz

De nos jours, la réglementation par l'administration publique prédomine quantitativement sur la législation presque dans le monde entier. L'étude analyse les causes et les conséquences de ce phénomène par la méthode historique et comparative. La suprématie de la législation est examinée dans ces conditions nouvelles. Parallèlement, l'étude traite en détail les caractéristiques des différentes possibilités de la réglementation par l'administration publique centrale /création de décrets, d'instructions normatives, etc./ aux Etats-Unis, dans les pays de l'Europe occidentale et dans les pays socialistes européens.

INFORMATIONES

FORMES DE PROPRIÉTÉ TERRIENNE PRÉVUES PAR
LA NOUVELLE LOI FONCIERE

La nouvelle Loi foncière vise - comme le montre son préambule - "l'accentuation des caractéristique socialistes des conditions socio-économiques de la propriété foncière, la mise en oeuvre du même caractère socialiste de la propriété de l'Etat et de celle des coopératives, la réalisation de l'unité de la propriété et de l'usage des terres, exercés par les coopératives, l'intensification de la protection, de la mise en valeur et de la conservation de la productivité des terres, l'accroissement de la sécurité de production et aussi de l'autonomie économique des propriétaires et usagers des terres ainsi que la simplification de l'activité liée à la gestion des terres des autorités".

La définition des objectifs de la Loi foncière implique cette conception de notre politique d'économie selon laquelle les résultats obtenus jusqu'ici dans le domaine des conditions foncières sont à conserver c'est à dire que les réglementations ayant fait leurs preuves doivent être maintenues et, partout où l'adaptation aux conditions socio-économiques le justifie, développées d'une manière que les règles établies soient propres à contribuer dans la mesure du possible au développement à long terme dans son ensemble. La seule question est de savoir si les dispositions effectives de la loi s'accordent-elles avec cette conception ou ne répondent qu'à l'exigence secondaire mais non négligeable de l'intégration dans un cadre unique de l'ensemble des règles juridiques relatives à la terre. Or, si l'on considère la loi sous cet aspect en concentrant sur les seules conditions de la propriété foncière les constatations suivantes s'imposent:

1. la loi porte règlement de trois formes de propriété au lieu des quatre /propriété d'Etat, propriété coopérative, propriété personnelle et propriété privée/ connues jusqu'ici;
2. il se passe de la dénomination de la propriété foncière personnelle et de la propriété foncière des associations de gestion revêtues de la personnalité civile, et
3. ses dispositions substantielles relatives à la propriété de la terre montrent des changements qui traduisent, si limitée que leur portée soit, des modifications affectant des problèmes fondamentaux.

Avant d'entrer dans les détails du développement des questions liées à ces conclusions, il nous semble utile de signaler, surtout en vue d'une meilleure compréhension de tout ce qui va être dit, que l'élaboration de la loi à présenter a été précédée d'une large discussion professionnelle. Ces discussions ont exprimé une volonté d'impliquer dans la loi en préparation les trois catégories de la propriété d'Etat, de la propriété coopé-

Informations

relative et de la propriété personnelle, tout en tenant compte de la nécessité des modifications substantielles y liées, et d'éliminer la catégorie de la propriété privée qui revête même dans les conditions socio-économiques actuelles le caractère d'une forme qui n'est que tolérée, en accordant les règles la concernant avec celles de la propriété foncière personnelle. Ces opinions étaient inspirées d'une intention visant la réglementation juridique de cette réalité sociale qui consiste dans le fait que ni l'étendue ni la fonction des terres en propriété et usage privés ne diffèrent pas de celles de la propriété personnelle. Elles ne diffèrent pas parce qu'une terre de 3 ha d'étendue ne peut être qu'en possession d'une personne faisant profession de l'agriculture, parce que le maximum de l'étendue d'un fonds de terre pouvant être acquis est de 6000 m², parce que les salariés c'est à dire ceux qui ne font pas profession de l'agriculture peuvent acquérir également 6000 m² de terre au maximum, parce que ce n'est pas sa fonction selon laquelle la terre était classée dans la catégorie de la propriété personnelle ou de celle privée, mais son étendue ou sa situation - et tous ces faits donnaient naissance à des anomalies irrésolubles dans la législation aussi bien que dans la pratique. Si l'on considère en effet la fonction de la terre, - il s'agit évidemment de la terre productive - la constatation s'impose que la terre en propriété personnelle est déjà loin de servir la satisfaction des seuls besoins personnels, mais remplit aussi une fonction de production marchande, que la propriété privée des salariés remplit les mêmes fonctions que la propriété personnelle et que même les revenus générés par la propriété foncière de ceux qui font profession de l'agriculture ne servent plus la concentration des terres mais, à l'analogie des deux cas précédents, leur bénéficiaire met les produits obtenus en plus de ses besoins personnels sur le marché pour acheter de l'argent ainsi encaissé les produits industriels de grande consommation et produits agricoles lui nécessaires tout comme les salariés. Or, si la fonction de la terre est la même, il est absolument logique et raisonnable d'y appliquer des règles ayant le même contenu avec une différenciation basée sur la place que les propriétaires occupent dans le système de la division du travail.

Les problèmes substantiels des modifications relatives à la propriété foncière de l'Etat - ou à la propriété d'Etat en général - on été formulés dès le milieu des années 1960. L'essentiel de la thèse consistait dans la conception selon laquelle les entreprises et fermes d'Etat devaient être revêtues du droit de la propriété des biens confiés à leur gestion puisque, au niveau de la micro-économie, ce sont ces organismes qui exercent les attributions partielles de propriétaire du moins si l'Etat veut réellement garantir leur autonomie économique. Par la suite, cette conception avait été adoptée par d'autres, dont moi-même, et l'adoption mentionnée est devenue actuellement presque générale. Bien que cette conception ait amené à certains changements réglementaires les règles juridiques y liées n'ont pas réalisé son contenu intégral mais se bornaient à la création /en 1969/ d'un droit de gestion assuré pour les organismes d'Etat et qui implique la notion de propriété sans en permettre l'exercice. Cela veut dire qu'il fut édicté que

Informationes

l'entreprise /ferme/ d'Etat peut exercer les droits de la détention, de l'usage et de l'acquit ainsi que le droit de disposition sur les biens que l'Etat a confié à sa gestion mais tout cela dans les limites prévues par la règle juridique y relative. Ce droit de disposition s'étendait néanmoins sur un domaine relativement large car il assurait la possibilité de l'alinéation à titre onéreux du droit de gestion du fonds de terre et même, dans les cas où les exigences de rentabilité le justifiaient, la vente à des coopératives de production agricole des terres destinées à des fins agricoles, l'alinéation au profit de personnes privées des terres impropres à la grande exploitation et aussi la prise en possession, sur demande, par les coopératives des terres que l'Etat avait mis à leur usage prolongé à titre gratuit. Notre politique foncière était axée en effet sur une tendance visant la réalisation de l'unité de la propriété et de l'usage des terres et les facilités indiquées ci-dessus avaient pour but, entre autres, la création d'une base économique pour les propriétés personnelle et coopérative institutionnalisées par la loi foncière qui est entrée en vigueur le 1 janvier 1968.

Dans le contenu du droit de gestion et surtout en ce qui concerne le droit de disposition faisant partie des attributions partielles de propriétaire, des changements ayant un sens contraire à la conception indiquée plus haut se sont produits à partir l'année de 1976. Un fait révélateur de ces changements était ce qu'aucune terre destinée à des fins agricoles n'a pas pu être retirée de la propriété d'Etat à partir de cette date. Tout droit de mutation des organismes de gestion fut aboli et cette abolition a négligé même ce fait qu'une grande partie des terres impropres à la grande exploitation restait en friche. L'usage prolongé des terres institué pour combler cette lacune n'a répondu en effet qu'à une partie des attentes y liées. Une propriété d'Etat ne pouvait aucunement être transmise à une coopérative dont la propriété était pourtant considérée comme une propriété sociale dont le caractère socialiste fut fortement souligné aussi par les documents politiques. Tout ce qui restait du droit de disposition concernant cet aspect se limitait à la cession de l'usage des terres sous les titres fixés par les règles juridiques.

Le changement de conception de 1976 a eu des effets aussi sur la propriété coopérative bien que ce fût d'une importance moindre que dans le cas de la propriété d'Etat. C'est que, simultanément à l'institutionnalisation de la propriété foncière coopérative, le droit d'aliénation des fonds de terre a été attribué aussi aux coopératives. Cependant, à partir de 1976, ce droit n'autorisait que les changements de propriété ayant lieu eu sein de la propriété sociale. Vis-à-vis de personnes privées, même les coopératives furent revêtues du seul droit de mise en usage prolongé ou de mise en usage à d'autres titres, à l'exclusion du droit d'aliénation.

Les spécialistes des sciences sociales et, plus particulièrement, ceux du droit continuaient à se tenir malgré tout à la conception initiale ce qu'ils ont exprimé dans la nouvelle réglementation du droit foncier. C'est sans doute l'un des faits auxquels les changements substantiels déjà sous forme de dispositions de la loi doivent être attribués.

Informationes

ad 1 - La nouvelle réglementation relative à la propriété foncière d'Etat est toujours axée sur la définition du droit de gestion, avec la déclaration de cette thèse fondamentale selon laquelle l'Etat exerce une gestion de propriétaire sur les immobiliers en sa possession et cela par l'intermédiaire de ses organismes autorisés à la fondation d'organisation nationales qualifiées pour la gestion des biens immobiliers. Une règle principale est celle qui interdit à l'organisme de gestion le transfert à une personne privée du droit de propriété des immobiliers en possession de l'Etat. Cette interdiction est cependant en partie levée par la loi même concernant les terres destinées à des fins autres que l'agriculture en particulier, avec spécification limitative des cas où l'organisme de gestion se trouve autorisé à l'aliénation d'un immobilier. Un fait qui montre tout de même un détachement de la conception de 1976 et un retour à celle d'origine /de 1968/ est que la loi contient une disposition suivant laquelle le ministre compétent peut autoriser l'aliénation d'immobiliers en possession de l'Etat dans des cas autres que ceux spécifiés par la Loi. Les exceptions admises par la règle sont d'ailleurs en conformité avec les règles précédentes. P. ex.: l'interdiction ne vaut pas pour la partie détenue par l'Etat d'un immobilier en propriété commune d'une personne privée et de ce premier, ni pour l'échange des terres, ni pour les fermes et le terrain y appartenant, ni pour les terrains destinés à la construction d'une maison particulière, etc. Les cas de la levée d'interdiction de l'aliénation qui est soumise à l'autorisation du ministre compétent auraient du être formulés, à notre opinion, dans les termes de la loi à cause de l'exigence de l'usage et la mise en valeur raisonnables des terres ou, autrement dit, des intérêts liés à la propriété foncière, pour empêcher la dépendance d'un droit discrétionnel du droit de transfer des immobiliers.

Notre optimisme nous fait néanmoins dire que le ministre responsable de l'agriculture exercera ce droit, selon toute probabilité, d'une manière conforme aux attentes. La loi a en effet rétabli par la règle citée la possibilité du passage à la propriété coopérative des terres destinées à l'agriculture qui se trouvent en possession de l'Etat et aussi, bien qu'à titre exceptionnel seulement, celle de leur aliénation au profit de personnes privées. Cette facilité nous semble réjouissante car l'interdiction de l'aliénation des immobiliers agissait contre une mise en valeur raisonnable des terres même lorsqu'il y a une surproduction dans certaines branches de l'agriculture. Avec son territoire peu étendu la Hongrie ne devrait pas permettre de laisser en état incult plusieurs terrains de dizaines de milliers d'hectares, surtout lorsque les dispositions relatives à l'usage et à la protection des terres des règles du droit prévoient des sanctions contre les propriétaires des terres non cultivées, lorsqu'elles prennent tout moyen pour protéger la terre productive, lorsqu'elles prévoient l'obligation de payer une indemnité de protection en cas de changement de la destination des terres, lorsqu'elles institutionnalisent une pénalité à appliquer contre ceux qui contreviennent à la protection des terres, etc. c'est à dire lorsqu'une mise en valeur raisonnable des terres fait partie de la conception de base de la loi.

Informations

Les dispositions relative à la propriété coopérative

s'étendent sur toutes les formes des coopératives ce qui traduit des changements essentiels par rapport aux dispositions précédentes. Cependant la loi comporte des précisions particulières dans le règlementation des conditions valables pour les terres des coopératives de production agricole ce qui est facile à comprendre, car ces coopératives dont le nombre est de 1279, exploitent 5 198 584 ha de terrain, voir près de 80% des terres cultivables.

Les coopératives bénéficient des mêmes attributions de disposition sur les propriétés que les organismes chargés de la gestion des propriétés d'Etat. En règle principale il y a l'interdiction de l'aliénation de la propriété foncière au profit de personnes privées ou d'autres personnes juridiques. Les exceptions en sont formulées d'une manière analogue à celles qui concernent la propriété d'Etat. Les règles y relatives attribuent au ministre compétent, aussi le droit de lever l'interdiction d'aliénation également dans le cas de cette forme de propriété. C'est également une disposition bien favorable de la loi qui rétablit la possibilité de l'acquisition par rachat dont les coopératives peuvent bénéficier en ce qui concerne les terres détenues par l'Etat et confiées à leur usage. Cette règle mérite d'être félicitée car, comme nous l'avons signalé en parlant du changement de conception de 1976, le processus de la transmission des terres en possession de l'Etat à la propriété des coopératives qui en bénéficient de l'usage, fut bloqué. Jusqu'à la fin de l'année 1976, environ 94 à 95% des terres en possession de l'Etat et exploitées par les coopératives ont passé à la propriété de celles-ci tandis que le reste est devenu sujet de l'interdiction de l'aliénation. La règle citée de la loi concerne donc les terres qui étaient tombées sous cette interdiction d'aliénation jusqu'ici.

Une autre disposition réjouissante de la loi est celle qui permet à nouveau aux coopératives de prendre en possession les immobiliers foncières confiés à leur gestion, dont l'acquisition ne leur était possible qu dans le cadre d'une procédure d'expropriation et pour lesquels le décret-loi relatif à l'expropriation prévoit exclusivement la formation d'une propriété d'Etat. D'ailleurs avant le 1 janvier 1968 l'acquisition des propriétés coopératives n'était possible que par une procédure d'expropriation et seulement selon les dispositions de la loi d'expropriation de 1965. Le changement de conception de 1976 a rétabli l'état antérieur des choses pour exclure la production de propriétés autres que celles de l'Etat, par expropriation. Cette disposition était discutable dès le moment de sa publication car la règle juridique citée permettait aux coopératives l'acquisition par expropriation des propriétés foncières à une époque où la propriété foncière des coopératives n'était pas encore institutionnalisée où la question de savoir si les coopératives sont-elles nécessaires à l'économie nationale pour une perspective relativement longue ou bien ne doivent remplir que cette fonction qui consiste à amener les petits producteurs à la voie de la gestion collective n'était pas encore résolue d'une manière évidente.

Cette disposition de la Loi foncière a entraîné la modification du décret-loi de 1976 portant sur l'expropriation, pour

Informations

rétablir le droit des coopératives à l'acquisition par expropriation de propriétés foncières. Par ce fait, les coopératives et les organismes de gestion se sont retrouvés égaux de droit dans le domaine de l'expropriation et a disparu l'anomalie que les indemnités dues à titre d'expropriation sont payées par la coopérative tandis que le droit de propriété de l'immobilier exproprié revient à l'Etat. D'autre part, tout cela pourrait être considéré comme un nouveau pas vers le but qui est d'élargir les limites du droit de propriété.

Pour éviter tout malentendu nous devons dire que nous plaçons en faveur de l'intégrité et la suppression de restrictions du droit de propriété non plus pour rétablir en Hongrie la propriété foncière des personnes privées avec tous ses anciens attributs mais parce que nous jugeons souhaitable qu'un marché socialiste s'y établisse enfin avec l'élargissement de l'exercice des droits de propriétaire comme l'un de ses secteurs. D'autre part, nous sommes d'avis que l'Etat n'a pas à craindre une accumulation des terres en propriété de personnes privées puisque l'étendue maximum des terres qu'une personne peut acquérir est fixée toujours en 6000 m². Enfin, il est de toute évidence que l'Etat socialiste exerce ses fonctions en se basant essentiellement sur les formes de la propriété sociale et les activités de production des personnes privées concerne surtout les produits nécessitant du travail manuel et dont la production en grande exploitation ne s'avère pas toujours rentable. Toutefois, sous cet aspect, l'existence de ces petits producteurs peut être considérée comme indispensable leur production marchande complétant l'activité des grandes exploitations et cela, dans ces dernières années, d'une manière que ce sont justement les grandes exploitations qui assurent l'intégration des petits producteurs. Ainsi, l'activité de ces agriculteurs, propriétaires ou usagers, exploitant leurs 6000 m² de terre s'est intégrée en grande partie dans l'organisation des grandes exploitations et, par là, dans celle de l'économie nationale dans son ensemble.

La loi reprend sans modification cette règle qui déclare l'indivisibilité de la propriété coopérative au cas de la dissolution de l'association. Mais cette règle ne s'applique pas aux coopératives d'habitation ni aux petites coopératives de même qu'aux coopératives dont la liquidation a été dictée par l'intérêt public. Dans tels cas, le ministre de l'Agriculture et de l'Alimentation peut autoriser, en accord avec le Conseil National des Coopératives de production agricole, le partage entre les membres une partie déterminée de l'immobilier foncier de la coopérative à liquider. La mise en valeur des immobiliers fonciers non partagés sera assurée par une autre coopérative ou, à défaut d'une telle association qui s'en chargerait, par un organisme de gestion de l'Etat. Les terres passent à la propriété de l'Etat ou des coopératives, suivant le type d'organisme assurant leur mise en valeur, tout en appliquant les règles relatives au rachat. La terre de ceux qui en assurent la mise en valeur ou qui s'adhèrent à une autre coopérative continue à être leur propriété, en tant que quotepart.

La troisième catégorie de propriété est celle qui est définie comme "propriété des personnes privées". Les règles générales formulent en premier lieu non le contenu des attributions

Informations

partielles de propriétaire ou les dispositions relatives à l'exercice de celles-ci puisque ceci fut règle par le code - mais les étendues maximum de propriété rapportées aux terrains d'habitation ou de repos et à la terre productive pouvant être requièrent. Les dispositions réglant les étendues maximum des propriétés ont un contenu pour l'essentiel identique à celui des règles précédentes, ce qui veut dire qu'elles permettent à une personne privée d'acquérir un terrain d'habitation et un terrain de repos ou, lorsqu'il s'agit de la terre productive, une surface de 6000 m² au maximum, comme nous l'avons déjà signalé. La loi déclare cependant qu'une règle juridique peut porter dérogation à cette restriction de l'acquisition de propriétés dans le cas de terrains d'habitation ou de repos aussi bien que dans celui de terres productives et que l'application de ces dispositions restrictives n'est pas prévue aux cas de l'acquisition par voie de succession ou de prescription, et la règle juridique peut porter aussi d'autre exceptions concernant les dispositions restrictives de l'acquisition des terres.

Un chapitre particulier et consacré à la propriété foncière des membres de coopératives. Il y est dit que pour sa propriété foncière, non soumise à l'obligation d'apport, les attributions partielles de propriétaire reviennent au membre et que celui-ci garde sa quote-part de propriété des terres, mises en usage commun de la coopérative. Toutes ces dispositions s'appliquent aussi aux adhérents des coopératives spécialisées mais avec cette différence que ceux-ci ne peuvent donner à bail ou à l'usage une terre qui appartient à la sphère d'intérêt de la coopérative et à l'exploitation de laquelle ils sont autorisés qu'au profit d'un autre adhérent de la même coopérative. De la propriété foncière des adhérents d'une coopérative, on le sait, seul les terres sur lesquelles une production analogue à celle de la coopérative est en cours sont prises en usage commun tandis que les autres restent en propre exploitation des membres.

ad 2 - Tout ce qui a été dit jusqu'ici montre que la loi ne fait pas de distinction entre propriété personnelle et propriété privée ou, en d'autres termes, entre propriété foncière de deux qui font profession de l'agriculture et celle des salariés. A notre avis, cela ne doit pas être considéré comme une dissonance, à condition que les autres règles y relatives - entre autres, les règles financières et celles de l'intéressement - soient conséquentes à l'égard du contenu fondamental de la conception en question. Plus précisément, qu'elles suppriment réellement les différences entre propriété privée et propriété personnelle en appliquant aux fonds de terre des personnes privées les règles plus favorables de la propriété personnelle, conformément à la pratique exercée jusqu'à présent. Ces autres règles étant ignorées on ne peut pas savoir si les opinions y relatives présentées en connexion avec les réflexions préliminaires ont-ellen été traduites avec le contenu développé ci-dessus dans la règle juridique.

La loi n'apporte aucune modification aux dispositions précédemment en vigueur concernant l'obligation de rachat des terres qui sont en usage de la coopérative sans être la propriété du membre. Cela revient à dire que la rachat obligatoire vaut pour les terres qui, vu l'obligation d'apport, n'étaient pas en possession de l'adhérent, pour les terres des membres sortis ou

exclus de la coopérative membre et pour les celles qui, après avoir été en possession d'un membre, ont passé par succession à la propriété d'une personne non adhérente à la coopérative. Toutefois, dans le cas où cet héritier s'adhère à la coopérative, les terres redeviennent sa propriété. La loi fait exception du rachat obligatoire - pour la propriété foncière de l'époux /-se/ et du veuf /de la veuve/ de l'adhérent ainsi que pour celle dont le propriétaire a droit à une rente foncière et qui a été prise en usage commun en conséquence de l'obligation d'apport d'un membre de la famille du propriétaire et laisse en propriété les terres chargées d'une usufruit tant que celui-ci ne cesse pas d'exister. Cette règle traduit la conception inchangée de notre politique d'économie qui favorise l'adhérence à la coopérative et ne veut faire aucune distinction entre les attributions des nouveaux membres et celles des personnes adhérees par la passé.

L'institution juridique du rachat constitue un titre générant des propriétés nationales et coopératives mais qui est au fond un achat et vente forcé, se réalisant en conséquence du caractère obligatoire de la règle juridique indépendamment de la volonté des parties. Certes, cette institution était utile à l'époque du changement de mécanisme économique, mais la génération qui se tenait fortement à l'exploitation privée étant déjà dans sa majorité hors du milieu des travailleurs actifs, on peut douter que les cas où cette institution doit être appliquée se produisent fréquemment. Et si l'application n'est pas fréquente il aurait suffi, peut être, d'établir une règle qui interdit le retraitement de la terre de l'usage commun des coopératives dans les cas énumérés ci-dessus, mais autorise le propriétaire à l'offrir ou la vendre contre un prix fixé accord des parties intéressées à l'usager. A notre avis, une telle réglementation aurait pu aboutir au résultat voulu et à la suppression du moins de cette forme de l'aliénation forcée.

La réglementation est muette sur la propriété foncière des associations de gestion revêtues de la personnalité civile. L'exigence d'une réglementation s'est formulée dans les discussions ayant eu lieu lors de la pré-législation bien que les opinions y relatives aient été loin d'être aussi homogènes dans leur conception que celles visant la suppression des différences entre propriété personnelle et propriété privée. Certains - dont nous mêmes - avons pris la position selon laquelle la résolution des problèmes du droit de propriété des associations n'appartient pas à la Loi foncière. Ces questions devraient être réglées par la Code civil ou les règles particulières relatives aux associations. Tant que ces règles juridiques ne classent pas d'une manière évidente la propriété des associations ayant personnalité civile parmi les différentes formes de la propriété sociale - il est vrai, le Code civil a déjà employé une telle formulation - la Loi foncière ne pourra formuler aucune règle de la propriété foncière de ces organisations quel que soit la durée pour laquelle elle est établie. C'est que le droit en vigueur n'implique aucune règle de propriété outre l'article 91 du Code civil, qui se borne à la déclaration que "Les organismes de gestion peuvent mettre en commun la propriété d'Etat et celle coopérative dans une association revêtue de la personnalité civile". Cet article ne porte règlement ni du sujet ni

Informationes

de l'objet et, par conséquent, ni du contenu du droit de propriété. Cela aurait été aux règles particulières relatives aux associations d'établir les prescriptions concrètes - puisque le Code civil ne l'a pas fait - en se basant sur la disposition citée, mais ces règles ont été formulées sans que ce devoir soit accompli. //

Tout cela dit, nous ne réclamons pas l'existence d'une réglementation de la propriété foncière des associations.

ad 3 - La troisième conclusion c'est à dire la constatation du fait que les dispositions substantielles relatives à la propriété de la terre montrent des changements pas très importants mais reflétant des problèmes fondamentaux est suffisamment justifiée par tout ce qui a été dit jusqu'ici. Toutefois, il convient de souligner que la génération de changements plus importants ne peut pas être exclue par ces modifications par la suite ou dès lors de l'application pratique. La nature et l'importance des changements apportés ne pourront être évalués en effet qu'en connaissance des règlements d'application de la Loi foncière, qui ne sont pas encore connus au moment où l'étude fut écrite. Sans cela il est bien difficile de tirer des conclusions réellement valables.

Cependant, en vue d'une meilleure connaissance des changements substantiels relatifs au droit de propriété, il faut également signaler que la loi permet aux personnes civiles ou privées étrangères d'acquérir - sauf disposition contraire d'une règle juridique ou d'un accord international - par vente et achat, échange ou à titre de cadeau le droit de propriété d'un immobilier foncier en vertu de l'approbation préalable du ministre des Finances.

Des changements essentiels se sont produits dans le contenu des règles relatives à la propriété immobilière des personnes privées ayant quitté la pays d'une manière illégale. Le droit en vigueur auparavant avait en effet prévu la prise en possession sans paiement d'indemnités par l'Etat de tels fonds de terre et autres immobiliers ou, dans le cas de terres en usage prolongé, la suppression sans indemnisation de cet usage. Par contre la règle principale établie par la loi est celle qui dit que le droit de propriété des personnes vivant à l'étranger sans y être autorisées passe - sur demande - à la personne privée vivant dans le pays qui serait l'héritier en cas de décès du propriétaire, selon les règles successorales légitimes du droit civil.

Cette règle a été impliquée dans la loi parce que, la prise en possession sans paiement d'indemnités par l'Etat, avait porté préjudice non aux personnes ayant quitté le pays, mais à leurs héritiers vivant en Hongrie ce qui était très injuste à l'égard de ces derniers. Nous sommes convaincus qu'une telle règle peut être considérée comme utile, même si l'abandon illégal du pays n'est pas un phénomène massif. D'autre part, cette règle s'accorde avec la disposition qui limite l'application de l'action criminelle aux personnes ayant quitté le pays ou s'étant refusée à rentrer, malgré une sommation leur adressée qui avaient commis quelque acte criminel. La saisie de l'immobilier résulte alors non de l'abandon du pays, mais de la mise en cause pénale.

Si, pour conclure, nous voulons maintenant répondre à la question de savoir si la conception formulée est-elle traduite

Informations

dans les dispositions concrètes, cette réponse sera positive. C'est que la loi s'efforce en effet d'accentuer les caractéristiques socialistes des conditions foncières; d'approcher les règles de la propriété foncière de l'Etat et de celles des coopératives; elle fait prévaloir la création de l'unité de la propriété foncière et de l'usage des terres dans le domaine de la propriété coopérative; elle établit en même temps une possibilité potentielle de la sécurité de production concernant la propriété foncière et l'usage des terres des personnes privées. D'autre part, l'idée du maintien des règles ayant fait leurs preuves dans la pratique et favorisant le développement de nos jours se réalise également.

Cette réponse affirmative vaut aussi pour d'autres thèses formulées dans les objectifs, mais dont la mise en évidence ne fut pas possible à cette occasion, étant donné la délimitation du thème à développer.

M. Domé

RECENSIONES

SOCIAL DETERMINATION, CRIMINAL RESPONSIBILITY
AND PROGNOSIS*

The monograph, dealing with the determination and prognosis of the criminal behaviour, and with the social aspects of the criminal responsibility, is to be considered an outstanding event of the Hungarian jurisprudential literature of the last years. The monograph contents important considerations not only from the point of view of criminal law and criminology but from that of the social theory and legal philosophy as well.

The examinations and research of Prof. Vigh can be characterized by critical attitude, so the author takes a point of view quite opposite to the general opinion of legislators. This scientifically based opposition does not express any "academic aristocratism": means not the ignoration but recognition of fact, that he wants to get answer to real problems and questions and to help the development by winning over express of legal practice.

The bright and well understandable text, also the logical structure of the above mentioned monograph drives the author to the realization of these efforts.

The succession of topics is amazing by the first glance of the Contents as it does not follow the well known deductive scheme. It must be emphasized, that philosophical formulas do not serve to put the base to deductive conclusions, but play a heuristic role. The way of thinking is driven by relations of real problems.

The monograph is divided into two parts. The first part is "The Crime and Crime Causality" - consists from three chapters. The first of them gives the analysis of conception of criminal offence and crime, and lays down that "the crime consists of criminal offences and their offenders... but it is a conception of different level, has different criterions..."

If criminal offences happen in a large amount, they form a statistic mass, a mass of new different quality they form the crime...

The universal causal relations appear in different shape on individual level and in different again on level of general phenomena formed of individual (pp. 17-18).

The author heads off that critical opposition from the beginning, that the identification of conception of multitude

*VIGH, J.: Causality, Determinism and Prognosis in Criminology, Akadémiai Kiadó, Budapest, 1986. 381 p.

Recensiones

with the amount of individuals means only a quantitative accumulation as he says that the "statistical approach prevents us from any mistake of this kind, as the multitude or whole in the statistics has also attributes, what are not characteristic for the individuals separately. Every statistical multitude has its own dynamics, structure and stochastic relation to other general phenomena" (p. 20).

In the Chapter 2 dealing with the justification of examination of criminal causality, the author criticizes first the bourgeois viewpoints, expressing the vanity of examination of causality, than gives an analysis of role what the examination of causality plays in the socialist science of criminology. He reflects on the approaches, identifying causality with mechanical causality and rejecting the causality. He stands a point, that the investigation of criminal causes generally can not be taken as a nonsense, if we treat the conception of crime as related to space, time and a certain system of criminal jurisdiction.

The Chapter 3 is one of the Chapters most worth of attention of the monograph. It deals with causality of crime and criminal acts.

The author's effort is to make a distinction between the categories of determination and causality; they are not the same, but causality is in the focus of the determination process (p. 43).

The distinction of the two categories is determined by the author as follows: "The causal relation concerns only to a certain part of relations, where certain phenomena are in direct relation with effects being causes and conditions, whilst determination as a process includes all those previous causal relations, chains of causes and effects, what had been leading to the observed effects."

"The causal relation as a matter of fact is one link in the determination process" (p. 42). "The difference has to be found also concerning the timelevel: the determination is in general force to the happenings of Past, Present and Future at all, while the causal relation supposes always the past tense." (p. 43).

The description of causality conception is followed by analysis of causal relation of an individual criminal act. The author makes first the distinction of causes and conditions, calling to the practical significance of this question.

We have to share his viewpoint, that this difference is based not on its significance but function. The author is also right when he does not narrow down the causal relation to external factors, but points out the role of internal factors - first of all the role actually played by a given personality. The author puts into the causal relation the moment of practicability of the human attitude.

In matterful argumentation of Prof. Vigh should be emphasized first of all the great importance of role of the human needs - as we can express in unambiguous form the social determination of human attitude through presentation and analysis of social character of human needs; of that role what play the social experiences and also the importance of objectivations.

The analysis of alterations of causal mechanism of malicious acts and criminal acts offended of carelessness is worth

of attention as it is presented in bright and undestandable form.

The Part II. "The causal functions of criminal acts" presents all the problems analyzed in the Part I in more detailed and ambiguous form, what seems to be very effective, particularly regarding the behaviours of individual offenders.

On the other hand this topic was already much more elaborated on abstract level, than the causal determination of criminality and probably is related to that fact, that the viewpoint of the author is marked first of all by the problems of enforcement of law and improvement in imposing of adequate individualization, what needs just the understanding of individual causality.

The deciding link in the author's causality-scheme is the actual personality, what is reasonable as the development of the scheme starts from the analysis of personality conception, that turns to the role of conscious and subconscious factors. It is especially emphasized by the author, that the "science of criminology has to take into account the existence of subconscious factors and also those results what are produced by neuro-physiology and psychology in the given research field". (p. 82)

The author points out, that it is impossible to give an adequate explanation of certain criminal acts in every case, just starting from aiming in sphere of consciousness; he also puts the questions, how to make a legal regulation to the rule of sphere of consciousness and subconsciousness.

In the detailed analysis of topic of sphere of consciousness and particularly in analysis of content of the offender's consciousness the author makes that conclusion, that antisocial attitude plays definitive role. He considers determinable the lawfulness or accidentality of criminal offence and also dangerousness of offenders for the society; the lawful or accidental character of a given criminal act can be recognized on the base of attitudes and amount of acts of the offender.

From the mount of these acts we can determine approximately the law of offender's behaviour, i.e. what plays leading role in his acts (ideas) being in accordance with the needs of the human society or antisocial ideas and attitude; so the given criminal acts has to be treated as lawful or rather accidental. One of the most important requirements of criminology is the typifying of offenders according to the above mentioned criteria. (pp. 81-98)

This principium is represented consequently by the author from the very beginning to the end of the monograph and the selection in accordance with the criteria of antisocial attitude and dangerousness for the society is extended also to the criminal acts of carelessness (pp. 91-92).

The expression of the role played by the sphere of consciousness gets closed with the analysis of motivation by needs and relation of criminal offence and also with conclusion that "in case of recognition the irrational character of criminal act the person who is offender at the present will keep oneself way from displaying of similar acts in the future. But - as long as the criminal act realized by the offender gets qualified as rational in the offender's consciousness, he will consider the re-

alization of similar acts suitable for satisfying his needs. This kind of value judgement about the interrelation of human needs and criminal acts is very significant for calling into criminal account".(p. 99)

In detailed analysis of the role played by biological factors Prof. Vigh emphasized that the amount of biological factors means first of all the conditions and mechanism of development in psychics and personality; all the means and conditions being available to the satisfaction of needs and the needs themselves get increasingly realized by the personality. Thus, we have to pay more attention to the recognition of mistakes in the above mentioned "mechanism" and isolation from the social influences as several and different means and measures of prevention are necessary according to the different cases (p. 108)

The following topic is dealing with the role of social factors. Prof. Vigh examines first the effects of factors of the micro-environmental, then turns to the analysis of interrelation of macro-environment and crime, dealing with the role of objective situation, too.

The problems of crime causality are raised in more ambiguous form in this interrelation, so the author breaks the scheme presented in Part I, when he gives answer to them. It is quite clear in his analysis, that the above mentioned factors of macro-society level make their effects in two ways: on the one hand, they help to produce and reproduce situations of macro-society level, what lead to the personality's socialization in wrong way for realization of criminal acts. The author does not stay at the level of mass-phenomena, but also emphasizes the determinating role of social relations standing beyond them; he says that "a certain level of crime is regularly and closely related to the present level of distribution according to the work and also to the social consciousness. In conditions of building the socialist society is lawful the existence of crime". (p. 126).

In the Part III, what is headed as follows: "The interpretation of determination appearing in human behaviour" the author explains in well-known way first the conception of determination and its relation to the causality, then giving a critical review of several conceptions related to the causality, then giving a critical review of several conceptions related to the possibility of free choice he expresses his standpoint, that "determination" predominates also in the human behaviour - there is no mystical power, what - beyond the causal connection should be a part of the determination process. But if we are intended to call a "choice" the determinating human will, what is planning the performance on one hand and accepting one of the opportunities on the other (or we should like to call like that), there is nothing to prevent us, as it is only a question of agreement, but we have also to take into account, that this kind of choice is just determined as like as any other social or natural phenomena and has nothing common with that content, what is understood by the determinism as "conception of free choice" (pp. 159-160).

Prof. Vigh convincingly argues here that rejection of the free choice does not mean necessarily the rejection of autonomy of action and selftraining at all.

Recensiones

The approximately short Part IV is dealing with interrelation of determination and forecasting, then makes an effort to give a forecast for crime and becoming recidivist, or offender of a criminal act. This is followed by the extended closing part of the monograph, dealing with practical proposals and recommendations for criminal policy, under the headline: "The realization of determinism conception in the calling into criminal account".

Prof. Vigh considers the conception of determinism as a theoretical ground for the calling into criminal account.

The question of justness of taking into criminal account, based on conception of determinism is one of the most important among the questions giving theoretical base to the criminal responsibility. In accordance with his dialectical materialistic conception, the author emphasized, that the law and morality have common social ground, and the definitely social character of morality is forgotten by many people.

It is quite unexplicable for him "why is it impossible to disapprove the criminal act also from moral point of view, if its realization has been determined by the personality of offender and several objective factors, but not on the base of free will. By the way the disapproval of behaviours being dangerous and deleterious for the whole society or for the ruling class is to be the ground for penal norms and punitive sanctions at all. The moral norms contain as much social demands and expectations as the penal norms, but on different level" (p. 203).

The author's conclusion, that "the moral acceptance of penalty depends first of all on acceptance of penal norms" (p. 203.) logically emerges from his critical reflections and turn our attention to an essential relation: it happens frequently, that the legal norms representing the interests of ruling classes do not get the moral acceptance of masses of the society of the oppressed classes. In such cases the ruling class tries to ensure the legitimacy of its legal system in a "roundabout way", i.e. through the approbation, the legitimacy of institution of responsibility and calling into criminal account.

The closed relation between past and future gets emphasized in the whole monograph - giving the main ("red") thread of it, thus it is quite reasonable, that the author considers the context of past and future in the responsibility as a criterion of superiority of criminal jurisdiction (p.202.)

The author's convincing argument, discovering the essence is in accordance with his commanding theoretical coherence, as follows: "Punishment without retaliation is adopted in our practice for prevention of criminal behaviour in the future and because of criminal behaviours in the past - in accordance to the conception of determinism. This standpoint expresses also the reasonable and beneficiant goal, what leads us in calling the offenders into criminal account."

The examination and analysis of means of crime prevention logically follows from acceptance of prevention as the goal of punishment.

The interrelation of general and special prevention appears here as a question of main importance.

Recensiones

According to the viewpoint of Prof. Vigh, the ground is "the general prevention, the realization of calling into criminal account and application of any (if only on a level of minimum) legal disadvantage, because this is the ground of forming and keeping the criminal responsibility in mind of people". (p.215.)

The author's train of thought is reasonable and indisputable. I wish to add to the upper expressed, to avoid misunderstandings, that the legal disadvantage must not appear also in any physical or financial drawback and prejudice, as it is shown in the suspending of the execution of sentence and censure.

The closing chapters of book of Prof. Vigh are dealing with several problems of sentencing and imposing of punishment and with the necessity of development in the system of after-care and resocialization.

P. Szilágyi

ZUM ERSTEN BAND EINER NEUEN REPRINT-SERIE: BEITRAG ZUM UNGARISCHEN STAATSRECHT, GESCHRIEBEN VON FERENCZ DEÁK, PEST, 1865.

Ein besonderer Farbleck unseres allgemeinen Denkens wird höchstwahrscheinlich die Veröffentlichung der im Közgazdasági és Jogi Verlag erschienenen neuen Reprint-Serie mit dem Titel "Die ungarischen Klassiker der Rechtswissenschaft" sein, deren Redakteur Ferenc Petrik ist. Die Studie "Beitrag zum ungarischen Staatsrecht" von Ferencz Deák wurde ursprünglich in Budapesti Szemle (Februar 1865) veröffentlicht, als Antwort (Bemerkungen) auf die 1863 von Venczel Lustkandl, dem Wiener Universitätsprofessor publizierte Arbeit (Das ungarisch-österreichische Staatsrecht, Wien), die "mit der fragmentarischen Erörterung mancher Punkte des ungarischen und österreichischen Staatsrechts eine politische Anschauung und Kurs zu unterstützen wünschte" und die Gesetze und Geschichte nach den österreichischen Reichsbestrebungen richten wollte. Gegen die wohlbekannte "Theorie des Verfassungsverlustes", bzw. in einer anderen Annäherung gegen die die Verfassungsmässigkeit der Gesetze vom Jahre 1848 und das Dasein der sich in den früheren Jahrhunderten entwickelten selbständigen ungarischen feudalen Verfassungsmässigkeit leugnende Auffassung trat dieses später auch als Buch (auf deutsch und ungarisch) veröffentlichte Werk auf, das die im Oktober-Diplom, bzw. im Februar-Patent (1861) verkörperten zentralisierenden Bestrebungen - das zeitgenössische ungarische allgemeine Denken wirkungsvoll formend - abgelehnt hat.

Deáks "Beitrag" hat an der Schwelle der Niederlage der Schlacht bei Königsgrätz (1866) das Tageslicht erblickt und das allein lieferte genügend Grund dafür, die baldige Schicksalwendung der Geschichte der Nation in der neueren Zeit (den Ausgleich) auch "aus dem Gesichtspunkt des ungarischen Staatsrechts" zu erläutern. Der sachkundige Interpretator des Reprints, István Kovács, sagt zutreffend: In Kenntnis seines gan-

Recensiones

zen Lebenswerkes können wir nicht bezweifeln, dass Deák das ungarische Staatsrecht gründlich kannte und über die international anerkannten zeitgenössischen Ergebnisse der Staats-, und Rechtswissenschaften im allgemeinen informiert war. Auch die Klassiker der gegebenen Fachrechtswissenschaft suchend fiel also die Wahl mit Sachkenntnis auf die Aufnahme des im ursprünglichen Buchtitel als "Beitrag" verfassten Werkes in die Serie.

Während des halben Jahrzehnts zwischen der Niederlage in Italien und Sadova gaben die Habsburger Hofkreise die Hoffnung noch nicht auf, die absolutistische Regierung des vielsprachigen Reiches mit der modernen (bürgerlichen) Verfassungsmässigkeit in Einklang zu bringen. In dieser wichtigsten Bestrebung hatte aber der Gedanke der ungarischen Eigenstaatlichkeit verständlicherweise keinen Platz und Lustkandls verspäteter und auch in sich selbst unhistorischer Versuch wiederum bedeutete sogar eine Herausforderung für das einheimische allgemeine Denken. Diese spezifische historische Situation bewegte "den Weisen der Heimat" zur beispiellosen geistigen Kraftprobe, die bis zu Jahrhunderten zurückgehenden historischen Vorereignisse in einer unerhört knappen Studie zu einem System zusammenzufassen.

Den Gedanken der Eigenstaatlichkeit unterstützend "blieb für Deák nur der schmale Pfad offen - sagt István Kovács -, die bürgerliche Verfassungsmässigkeit und Gesetzmässigkeit von 1848 mit den Worten der feudalen Gesetzgebung vor 1848 zu verteidigen und deren Anerkennung als Voraussetzung dafür zu betrachten, um die ersten Schritte auf dem Wege zum Ausgleich überhaupt machen zu können". Zur Bestätigung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze vom März bedeuteten für ihn wiederum "die im Laufe der Bewaffneten und politischen Kämpfe der Jahrhunderte errungenen und aufbewahrten staatsrechtlichen Garantien" eine sichere Basis. Zusammen mit den Gesetzen vom März beanspruchte er also selbstverständlich auch die Anerkennung all jener staatsrechtlichen Garantien, "die die Eigenstaatlichkeit Ungarns bereits vor der Gesetzgebung vom Jahre 1848 garantierten". Diesen Anspruch brachten die bekannten Parlamentsreden von Deák im Jahre 1861, bzw. seine Aufschriften zum Ausdruck und schliesslich fasst er das "mit wissenschaftlichem Anspruch" in den Spalten von Budapesti Szemle zusammen, was wirklich auch heute noch als Beitrag zum Verständnis "das die ungarische Eigenstaatlichkeit zum Ausdruck bringenden ungarischen Staatsrechtes vor 1848" dienen kann.

Das Februar-Patent wollte einen "durch eine starke zentrale Regierung geführten einheitlichen Staat ins Leben rufen" und das hätte für den westlichen Teil des Reiches, bzw. für die Erbländer auch im staatsrechtlichen Sinne einen Fortschritt bedeuten können. Diesseits der Leitha hat aber das Patent trotz der schweren Jahre des Neoabsolutismus den abweisenden Widerstand des zeitgenössischen ungarischen allgemeinen Denkens aufgelöst. Eine bedeutende Rolle spielte hier bei uns die spezifische feudale Verfassungsmässigkeit, die in den Jahrhunderten der Neuzeit gegen die Bestrebungen für die Vernichtung der ungarischen Staatlichkeit zustandekam. Mit seinen Wurzeln reichte dieses ungarische feudale Staatsrecht ins 16-17. Jahrhundert zurück und erschien beinahe gleichzeitig mit dem Staatsrecht des Deutsch-Römischen Reiches. Es dauerte also lange, bis dieses Staatsrecht eigentlich noch feudalen Charakters sich mit der spezifischen mitteleuropäischen Versteifung (mit dem Wei-

terleben) der feudalen Vertretungsinstitutionen verflochten hat. Unter dem Titel "Nachwort und Notizen" stellen die methodischen Untersuchungen von István Kovács plastisch dar, dass den Erbländern des Hauses Habsburg ähnlich auch bei uns oft die Verteidigung der ständischen Privilegien die katholischen und protestantischen Stände nebeneinander stellte und dieser Widerstand konnte nur parallel mit der Verteidigung der staatsrechtlichen Garantien der ungarischen Staatlichkeit erfolgreich sein. Die Gesetze der so oft sitzenden ungarischen Ständetage des 16. Jahrhunderts, die Ergebnisse des von Bocskai, Thököly, Rákóczi geführten bewaffneten Kampfes bewaffneten Kampfes usw. hatten beinahe in jedem Fall die Entstehung einer Reihe von staatsrechtlichen Garantien zur Folge (Wahlbedingungen, Palatinalrechte, Krönungseid usw.) sich mit der Aufbewahrung der Privilegien der Adelsstände verflechtend. Deáks "Beitrag" methodisch verfolgend kommt diese Untersuchung auch zu der Erkenntnis, dass sich diese ungarische ständische Verfassungsverteidigung im Laufe der Zeit mit dem "keimenden modernen nationalen Gedanken" verflochten konnte. Auch die Ergebnisse unseres Rechtshistorismus zu einer nuancierteren Formulierung bewegend wird zum Beispiel das 10. Gesetz des Jahres 1790/91 angeführt, das Ungarn für ein "selbständiges unabhängiges Land" erklärt, das über eine "eigene Verfassung" (Konstitution) verfügt. Selbst der ständische Widerstand gegen die Herrschaft von Joseph II. konnte also in diesem Sinne positive Züge haben, da dieser Widerstand "die Grenzen der Feudalen Privilegien (und) der ständischen Vorrechte von Anfang an übergang".

"So entstand in Ungarn eine spezifische ständische Verfassungsmässigkeit - können wir den mit Deáks "Beitrag" eng verknüpften Gedanken zitieren -, die unbeschadete des feudalen Charakters des Ständetages und der Staatsorganisation für das Parlament all jene verfassungsmässige Garantien beanspruchte, die von der politischen Literatur der Aufklärung (schon) im Dienste der Interessen des Bürgertums, für die aus den Vertretern des Bürgertums bestehenden gesetzgebenden Organe erarbeitet wurden. ... Dadurch erhielten die durch die Aufklärung popularisierten und in dieser Zeit sich schon in der Deklaration der französischen Revolution widerspiegelnden verfassungsmässigen Prinzipien in Ungarn einen zwiespaltigen Charakter: einerseits verteidigten sie das retrograde System der ständischen Privilegien und andererseits brachten sie zugleich auch die rechtlichen Garantien der nationalen Unabhängigkeit zum Ausdruck." Mit diesen Gedanken kann also Deáks "Beitrag" auch heute noch lehrreich für die Erschliessung zahlreicher Fragen der neuzeitlichen ungarischen Verfassungsgeschichte sein.

Genauso wertvolle Anhaltspunkte liefert das dem Werk beigelegte umfangreiche Nachwort in der Erschliessung der Quellen der frühen ungarischen Staatsrechtswissenschaft. Die ersten Ergebnisse von Márton Schödel, Mihály Bencsik und anderer untersuchend trifft wieder die Feststellung zu, dass sich (auch) die Anfänge der ungarischen Staatsrechtswissenschaft mit den ersten Schritten der deutschen Reichs-Staatsrechtswissenschaft beinahe zusammentrafen. Gleichzeitig damit wird im Nachwort erörtert, dass die Wissenschaft des Staatsrechtes ursprünglich mit den wichtigsten protestantischen Staatsideen verknüpft war. So hätte der Lichtblitz der Calvinschen bzw. Lutherschen Staatsideen vielleicht auch die Anführung der einheimischen protestan-

tischen Ideenträger ermöglichen können. Allerdings ist es wahr, dass bei uns nur das sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entfaltende *jus publicum universale*, bzw. die von Martini, Moser, August Bech bekannten Begründungen das moderne staatsrechtliche Denken seiner Wege abgehen liessen. Die auf naturrechtlichen Grundlagen beruhende und auch die Ansprüche des Absolutismus zum Ausdruck bringende neue Disziplin begünstigte jedoch die Entwicklung der selbständigen ungarischen Staatsrechtswissenschaft verständlicherweise nicht. So erschienen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Wirkung der Abweichen vom Wege (Demjén, Petrovics, Lakics) sowie des auflebenden ständischen (adeligen) staatsrechtlichen Denkens nur noch eher eine Art beschreibende (historische) Arbeiten (Beöthy, Virozsil, Cziráki). Nach solchen Vorereignissen ist es also kein Zufall, dass die aufglühende politische Atmosphäre der Jahre vor dem Ausgleich Deáks "Beitrag" nicht nur wegen seiner politischen Aktualität, sondern auch wegen seiner wirklichen (objektiven) Argumentationen hingerissen hat. Die von Deák zu einem System zusammengefasste Entwicklungsgeschichte des ungarischen ständischen (adeligen) Staatsrechtes lesend können wir auch zum besseren Verständnis einer Periode näher kommen, in der dieses Werk ursprünglich entstanden ist. Ich glaube sogar, dass sich der Vertreter des heutigen modernen Verfassungsrechts nicht irrt, wenn er sagt, dass der "Beitrag" als ein (klassisches) Werk der ungarischen Staatsrechtswissenschaft gelesen werden muss.

Hinsichtlich der Geschichte der neuzeitlichen ungarischen Staatsentwicklung können wir zu einer ähnlichen Folgerung gelangen, wenn wir in der Reprint-Ausgabe "Ungarisches Staatsrecht" von Ferencz Deák blättern. Die einschlägigen Ergebnisse von Urbán, Makkai, Kosáry, Hanák und anderen vorzüglichen Historikern in Anspruch genommen könnten wir also auch die betreffenden Lehren der einheimischen methodischen rechtsgeschichtlichen Forschungsarbeit anführen. Die bekannten Forschungen von Bethlen, Rákóczi, die die Periode der Aufklärung bzw. des Josephinismus betreffenden Untersuchungen, sowie die auch den sogenannten politischen Kameralismus berührenden historiographischen Ergebnisse in Betracht gezogen, könnten diese nämlich die Bestrebungen in grossem Masse anspornen, die sich auch auf dem Gebiet des als Folgeerscheinung der einheimischen verspäteten bürgerlichen Umgestaltung bekannten, ungarischen (feudalen) Staatsrechtes nunmehr wirklich doppelten Charakters vollzogen. Selbst in den Diskussionen (disputationes) innerhalb der Wände der alten ungarischen Universität, bzw. der konfessionellen Hauptlehranstalten könnte man (retrospektiv) den Gedanken dieser feudalen Verfassungsmässigkeit verfolgen. György Bónis, Géza Bodolay und viele andere haben uns auf diesem Gebiet zahlreiche wertvolle Anhaltspunkte in der wissenschaftlichen Literatur der letzten Jahrzehnte geliefert. Ähnlicherweise könnten wir die mit der Rolle des politischen Kameralismus, bzw. der beschreibenden Staatsstatistik verknüpften staatsrechtsgeschichtlichen Vorereignisse anführen. Das "Nachwort und Notizen" von Deáks "Beitrag" ist aber auch noch so ausserordentlich instruktiv für die Vertreter des methodischen Rechtshistorismus. Die Wege der Entstehung des ungarischen feudalen Staatsrechtes forschend zitiert diese Betrachtung so zum Beispiel sehr überzeugend die Krönungsdiplome des

Resenciones

17. Jahrhunderts fast gleichen Inhalts, beziehungsweise die in diesen zum Ausdruck kommenden Garantien. Es ist also kein Zufall, dass das Parlament des Jahres 1681 in Sopron und auch die zahlreichen späteren Bestimmungen der Ständeversammlungen die Verteidigung der erworbenen Privilegien mit diesen Errungenschaften verbunden hat. Eine noch interessantere Frage ist natürlich, wann und auf welche Weise sich die Metamorphose dieser feudalen Verfassungsmässigkeit spezifisch mitteleuropäischen Charakters vollzog. Auch Deáks "Beiträge" in Betracht gezogen reicht diese Wandlung vermutlich in die Zeiten um ein halbes Jahrzehnt vor den Umgestaltungen vom Jahre 1848 zurück, die schliesslich in der betreffenden Region des Kontinents zahlreichen Nationen jenes *modus vivendi* angeboten hat, das in der Schaffung der modernen verfassungsmässigen Staatseinrichtung auch dem liberalen Adel Platz sicherte. Das Besitzerelement konnte das vor allem mit der verbürgerlichten nationalen Intelligenz Arm in Arm tun, beziehungsweise nach den auf halbem Wege zurückweichenden Revolutionen mit den dinastischen Mächten übereinkommend, nachdem es manche lebensfähigen Elemente der modernen Verfassungsmässigkeit schon vor 1848 in den Rahmen des feudalen Konstitutionalismus hervorgebracht hat. Das klassische Werk der ungarischen Staatsrechtswissenschaft kann zum besseren Verständnis dieser komplizierten historischen Erscheinung dienen. Wir dürfen hoffen, dass auch die folgenden Bände der Serie eine ähnlich glückliche Wahl darstellen werden.

P. Horváth

HAERTEL, G. - PÓLAY, E.: RÖMISCHES RECHT UND
RÖMISCHE RECHTSGESCHICHTE. EINE EINFÜHRUNG.

Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar, 1987. 268 p.

This is the first manual of Roman law in the German Democratic Republic, among the authors of which the representative of the scientific life of the GDR is also to be found. In the GDR, namely, it was only the Polish Adam Wilinski's "Das römische Recht. Geschichte und Grundbegriffe des Privatrechts mit einem Anhang über Strafrecht und Strafprozess" to have been published, as written by an author from a socialist country. This work had, however, rather the requirements of the classical historians and classical scholars in mind. The author of the mentioned work, published in 1966, analyzed the historical development of the Roman private law. In addition, Wilinski also surveyed the main institutions of Roman criminal law and the law of criminal procedure. By having written this book, originally published as one volume of the collected essays "Einführung in die Altertumswissenschaft" (edited by Gercke and Norden) the Romanist of Lublin could pay attention to those interested in the law, only to a slight extent. The jurist had to be devoid for decades of the manual keeping in view the requirements of the socialist science of Roman law. It may be said without exaggeration, that the just published manual by the professor of history of Leipzig, Gottfried Härtel, and the

Recensiones.

professor of Roman law of Szeged, Elemár Pólay, the possible circle of readers of which comes primarily from among the jurists, serves in the German-speaking countries for the satisfaction of a demand coming forward with an overwhelming force.

While reviewing the manual, the comparison with other manuals on Roman law seems to be expedient. In this field, first of all the "Roman Law" of Brósz and Pólay, published first in 1974 may have a role. The fundamental difference between the two manuals is that the authors of this Hungarian manual paid much less attention to the introduction of the so-called external history of the Roman law (reference is made here that it was Leibnitz who first used the terminus technicus "äussere Geschichte"). To this difference in the main points is in turn the fact attributable, that the authors of the work, published in Weimar, treat Roman private law in a smaller compass both in an absolute and a relative sense. The reason of the difference in the crux of the matter is finally the divergence of the circles of their readers. One should namely take into consideration, that "Römisches Recht und römische Rechtsgeschichte" reckons with the interest of the research workers of the history and classical philology in an increased degree, similarly to the above-mentioned work of Wilinski. It is primarily for this reason, that the introduction of the "external history" of Roman law is ultra-proportionated, in comparison to the standard of the Hungarian manual.

In the first part of the book, the authors survey the evolution and the sources of Roman law. The institutions of the Roman state are analyzed in detail in this part. The economic-social background has everywhere an important role. The authors are not contented with the schematic description of the state structure but they analyze in several respects in full details the institutions and legal bases of the state life. In this connection reference can be made to the lex Publilia Philonis¹ originating from 339 B.C. according to which in case of bills the auctoritas patrum was necessary even before the acceptance, before the birth of the decision of the public meeting. The authors treat in detail also the lex Iulia municipalis, which is also a source of law of decisive significance. The essential features of the Augustan principate are also outlined. In this connection it would have been expedient to refer to the fact that the Augustan principate may be regarded in several respects as a kind of "supra-national state" (in the recent literature this is the view of Fabbrini)². In the analysis of the Augustan principate the insistence on the outstanding legal significance of the so-called imperium proconsulare maius et infinitum would have been useful, being emphasized by Guarino³

¹In the recent literature Mannino deals with lex Publilia Philonis. See: MANNINO, V.: L'"auctoritas patrum", Milano, 1979. pp. 85. et seq.

²See: FABBRINI, F.: L'imperio di Augusto come orinamento sovranazionale, Firenze, 1974. passim.

³See: GUARINO, A.: Gli aspetti giuridici del principato, in: Aufstieg und Niedergang der römischen Welt. Teil II.: Prin-

in the recent literature. The question is, however, in this range how far the princeps can be considered to be a "functional" of the res publica extra ordinem. It is also contestable how far it is adequate to regard the construction of the res publica Romanorum as valid for the age of the Severi. Practically, the range of problems connected with the Roman state organism is the question of the Egyptian fate of the edictum provinciale. Reference should have been expediently made to the significance of the edicta of the Egyptian prefect (Praefectus Aegypti) since more than one fragments thereof - primarily the investigations of Katzoff⁴ are here considered - are still in existence. Investigating the inter-state relations of Rome, reference could have been made perhaps to the fact that the Romans insisted on the maintenance of the international arbitration even after the conquest of the Hellenic city-states, as referred to by Marshall⁵ in the recent literature. In this field the Romans had often recourse to judges having no Roman citizenship. Rome had practically the same function than earlier the Hellenic monarcha. Neither the governors of the provinces must be forgotten who could significantly influence the choice of foreign judges to be invited by the towns of the provinces. In the relation of Italy it would have been desirable to deal with the question of the birth of the provincial constitution. It is meant here that in the course of the 2nd century A.D. - first of all under the reign of Hadrianus and Marcus Aurelius - special offices connected with the jurisdiction were established (these tasks were performed by iudices and later iuridici).⁶ The role, the importance of correctores were certainly contested who appeared in Italy first in the 3rd century as proved by the sources. It is an always observable fact that the regional governing of Italy shows highly essential particularities, i.e. it cannot be considered a province in general in the Imperium.

The authors touch upon the question of the imperial constitution in the range of the sources of law. In his field, it would be perhaps desirable to cast light upon the particularities of "mandata principum".⁷ Cassius Dio gives information on the fact that August introduced in 27 B.C. the practice of sending mandate in respect of the procurator, proconsul and propraetor.

zipat, Bd. 13 Recht. Hrsg. von H. Temporini, Berlin - New York, 1980. pp. 3. et seq.

⁴See: KATZOFF, E.: Source of Law in Roman Egypt: The Role of the Prefect, in: ANRW II, Vol. 13, pp. 807 et seq.

⁵See: MARSHALL, A.J.: The Survival and Development of International Jurisdiction in the Greek World under Roman Rule, in: ANRW II, Vol. 13, pp. 621 et seq.

⁶See: SIMSHÄUSER, W.: Untersuchungen zur Entstehung der Provinzialverfassung Italiens, in: ANRW II, Vol. 13, pp. 401 et seq.

⁷In connection with "mandata" see the work of Dell'Oro. DELL'ORO, A.: "Mandata" e "Litterae", Bologna, 1960. passim.

tor. In this way, he could influence even before 23 B.C. (i.e. prior to his having obtained the imperium proconsulare maius et infinitum) the activity of the governors of provinciae pacatae. A circumstance deserving attention is that these mandates appeared always in the plural (mandata, in Greek = entolai) in the sources. The manual offers a suitable survey of the Justinian codification. In connection with the Digesta, however, the so-called predigesta-question would have deserved perhaps a more tinged explication. In the recent literature Cenderelli gives a good summary of this problem whose work contains also the criticism of the various literary views.⁸ The analysis of the "conceptual structure" (Denkstruktur) of the Justinian codification can be held highly thorough. The comments on the codification set the codification and its importance for the European jurisprudence in a new light. It is an appropriate statement that Justinian codification is characterized in its totality by the abstraction, which in itself, however, does not result in the birth of theories.

The authors deal in detail with the written relics of Roman private law. The reader can get a picture on Monumentum Ancyranum, Fasti Capitolini, etc. in this part. The role of papyri could perhaps have been better underlined in the range of the sources of law. It must not be namely forgotten that the rescripta of Septimius Severus and Caracalla on the longae possessionis praescriptio are known on the basis of the papyri. Similarly, Caracalla's edictum, which expanded considerably the civitas Romana in 212, survived also on papyri. The epigraphic sources are also significant. Several laws originating from the age of the republic and of the principate are known just from the epigraphs (lex repetundarum, lex agraria 111 B.C.), the so-called tabula Heracleensis, the tabula Hebana from the age of the emperor Tiberius, the statutes of the municipia of Hispania (Salpesa and Malaga) several senatusconsulta, edicta of the triumvir Octavianus, edicta of the provincial governors and several imperial constitutions.

In the part dealing with the law of the archaic age, the particularity of Roman law, namely its differentiating between the spheres of ius and sacrum already in the early period, could have been emphasized more forcefully. The recognition of the difference does not mean, of course, that traces of the close connection of the two spheres would not remain for a relatively long time. In this connection it is enough to consider that about 240 B.C. Tiberius Coruncanius was in one person the first pontifex maximus of plebeian origin and the first scientist of law distributing responsum publicly. It shall be taken also into consideration, that until the end of the 1st century B.C. the most respected scientists of law were pontifices maximi. An important condition is further on that for a long time the sanctions of religious, sacral nature had an important role. The magic (state?) was an especially important instrument for the punishment of some capital crimes such as the supplicium

⁸ See: CENDERELLI, A.: Digesto e predigesti, Milano, 1983. pp. 3 et seq.

more maiorum and the poena cullei.

The part dealing with the survival of the Roman law of the manual is well proportioned. In several respects, the authors survey the highly intricate complex question of the survival more detailed than the manual by Brósz-Pólay. The book deals with the Epitome, the Synopsis (magna) Basilicorum, as well, as with the Tipucitus. In our opinion, citing, and reference, respectively, from the Greek original would have been more expedient in some places concerning these sources. This refers e.g. to Tipucitus (Tipukeitos). The conception of the Third Rome (Tretiyi Rim), having been a determining ideological basis of the policy of the Tsarist Russia for centuries, would have deserved a comprehensive analysis. Further on, an introduction according to certain schemes of the various ways of the survival of Roman law in the eastern part of Europe would surely have been desirable. It must not be forgotten that this survival is a highly differentiated phenomenon. There are considerable divergences to be observed, according to the investigated Middle-European or Eastern-European country, concerning the survival of Roman law. The elements of Roman law have gained ground in different ways in these countries. In the countries of the Balkan Peninsula e.g. the intermedium of the Roman law, being already primarily Byzantine law, was in several respects the Eastern Church. In the subsequent editions of the manual the insertion of a survey of such character would be desirable. This would explain also the question about the basis of the divergences of the traditions of Roman law. This would be especially significant in relation just of the European socialist countries. A more differentiated information would be necessary for the treatment of the survival of the Roman law in Russia. The description of the survival of Roman law in the territory of the pars Orientis is excellent and appropriately detailed. The date of origin as indicated (1445) of the Hexabiblos (Promptuarium) is obviously a misprint. It is highly appreciated, that the authors also deal with the question of the education of law in the relation of Byzantium. Thus, they refer to the fact that Constantinos Monomachos IX (1042 to 1055) founded in Constantinople an academy of law, the first president of which was Johannes Xiphilinos, being in all likelihood the author of the work entitled "Tractatus de peculiis". The mentioning of Practica ex actiis Eusthatii Romani is also of conclusive force, the author of which pointed to the outstanding values of the Roman law.

The part of the manual, dealing with Roman civil law, is in proportion to the whole, of small volume. At the same time, the reader may draw a picture about Roman civil law, of its most important institutions, constructions thereof, also from this part. In the title of the second part the expression "Grundriss" expressis verbis refers by itself to a comprehensive character. Based on the system of the institutions, the authors describe the history of Roman civil law de personis, de rebus, de actionibus. They survey the history of the evolution of the system of Roman civil law. They refer to the fact, that the demand on the systematization of the regulation of private living conditions came already about in the 1st century B.C. with Quintus Mucius Scaevola. A connection therewith had also the system by Massurius Sabinus, the so-called Sabinian system, be-

ing, however, rather a series of items of programme of a collection of responsa (formulation by Härtel and Pólay). The first system of a really scholarly character was the institutio-system attached to the name of Gaius which influenced the system of civil law for nearly two millennia. The insistence on the sequence of the sources got the authors to treat the procedural law (de actionibus) at the end of the part dealing with the civil law. This means a divergence from the system of Brósz-Pólay's manual which treated procedural law in the first place, for didactic reasons.

In the part dealing with the law of persons the authors also treat such institutions, which were known in Roman law only by their contents. Thus, they introduce the concepts of legal capacity and disposing capacity and deal with legal entities, too. This does not mean, of course, a kind of "anachronistic" attitude. To flash back the modern concept of legal entity to the Roman law would be, of course, incorrect. It is, however, incontestable that the Romans knew the corporations (corpus, collegium, universitas). It is another matter, that the general theory of legal entities was unknown. It follows therefrom, that it would be an anachronistic solution to attribute the so-called fiction theory to the Roman law. On the basis of the Florentinus' fragment ("quia hereditas personae vice fungitur" - D. 46.1.22.) real Roman-law roots of the fiction theory can not be concluded in any shape or form. This source contains namely not more, than the place of a person is taken by the inheritance (hereditas). Moreover, Roman law is characterized in this field by the few number of sources to be found. It were the commentaries to the edicta, namely, which regulated the legal relations of the corporations. This regulation was connected, however, primarily with the corporations in the field of ius publicum. In fact, a conclusion may be drawn to the real significance of private corporations on the strength of the epigraphic materials. It means, however, a problem in this field that the Romans - and this relates to the Graeco-Roman antiquity in general - did not make a pronounced distinction between the private corporations and the constitutional ones. In the range of foundations reference could have been made to the so-called alimony foundations which were to be found on the epigraphs in the 2nd and 3rd centuries B.C. (e.g. CIL XI 1147 and IX 1455). This construction, dating back into the reign of the emperors Nerva and Traianus, can be appreciated in fact as a significant proof of the social care. In the range of the personal rights - with the presumptions - the praesumptio iuris connected with those, deceased in a common danger, could have been mentioned.

The part dealing with property law begins with the classification of properties corresponding to the traditional distinction. It is a well-known fact that the effect of the Hellenic philosophy is to be shown also in this field. With the distinction between res corporalis and res incorporalis (which is not pointed out in the manual) the effect of the Greek grammarian is presumable, as referred to by Wieacker.⁹ The res in-

⁹See: WIEACKER, F.: Griechische Wurzeln des Institutions-systems. Zeitschrift der Savigny Stiftung (Rom. Abt.) 70/1953, pp.114 et seq.

corporalis to be found also with Cicero reflects perhaps just this Hellenic influence. In case of res simplex, res composita and of universitas rerum the effect of the stoical philosophy is unambiguous. The res simplex being "uno spiritu continetur" according to Tomponius (D. 41.3.30. pr.), is analogous to the Greek terminus technicus "miai hexei aunoketai" as pointed out by Ginesta in the recent literature.¹⁰

From a didactic point of view, the emphasis of the diversity of the Roman forms of ownership is a well chosen solution of the authors. The four forms of ownership were successively eliminated, partly following the Constitutio Antoniniana, partly due to the termination of the difference between the Italian tenements and the provincial tenements. When introducing the "iura in re aliena", the authors deal first with the servitudes, keeping in view in the meantime the requirement of the historicalness. They emphasize that the categories of the personal servitudes (servitutes personales) and of the real servitudes (servitutes praediales) were the products of the Justinian codification.

In the manual, the law of pledges and hypotheca appears among the rights in alien property. This means a deviation from the book by Brósz-Pólay, in which this field of law is to be found in the contract-law part, as guarantees of obligations. The authors refer also in connection with this field of law to the survival of the Roman-law constructions.

The law of successions is treated - for reasons of size - only on a few pages. The authors stress the priority of the intestate succession. They refer to the various categories of successors (necessarii heredes, domestici heredes, heredes voluntarii), as well, as to the various systems of the intestate succession. They touch also upon the question of successio ordinum et graduum. The Justinian order of intestate succession would have deserved perhaps a more exhaustive treatment. Reference could have been made to the fact that in the fourth and, at the same time, the last class of the collaterals could inherit without any restriction. This regulation is to be found in several modern civil codes. Thus e.g. this construction predominates in the BGB (Article 1929) and, with some restrictions, in the French Code Civil (Article 755) which does not restrict the succession of the most distant relations in respect of the descendants of brothers and sisters. Reference is made here to the fact that the French Code Civil has taken over the Novel no. 118 issued in 543 A.D. by Justinia, almost unaltered as for the principles. The authors give a clear survey of the various forms of the testament. In connection with the testament made before a public notary they refer also to the testamentum apud acta conditum. With the holographic will, the testamentum principi oblatum handed over to the imperial chancellery on trust is also mentioned. Further on, the authors sum up the legal institutions of testamenti factio (activa et passiva), of debita portio, successio universalis and successio

¹⁰See: GINESTA AMARGOS, J.: Usucapio gregis, Revista de Derecho Notarial 115/1982, pp.123 et seq.

singularis, fideicommissum and, finally, of the legatum. When treating the various kinds of wills it would have been expedient to refer also to the other forms of the military will (in addition to the testamentum in procinctu). The testamentum militis which dated back essentially to Caesar and obtained the sui generis form of testament in the age beginning with Traianus - as it may be concluded by reason of Ulpianus (D. 29.1.1.) - was for centuries a known institution of the Roman law of inheritance. It may be also found in the Justinian codification (C. 6. 21.17.). The testamentum militis is one of the typical legal reflecting forms of the political structure of the Roman Imperium and, as such, it is worth at least mentioning.

In the part dealing with contract law the authors define the concept of obligatio on the basis of the Justinian Institutiones (3.13. pr.) and Paulus (D. 44.7.3.pr.). They sum up briefly the fundamental institutions of the contract law, as e.g. the forms of performance dare, facere, praestare, the extension of the solidaritas and correalitas, the right for indemnification, the liability system, the concept and some categories of contractus and those of pactum and finally the problems of the liabilities for delicts. In the next edition of the book the enlargement primarily of this part would be obviously necessary. The comprehensive introduction of the plurality of vincula is not uninteresting for the historians either, as emphasized by Pugliese in the recent literature.¹¹ Reference could be made in this range to the fact that even prior to the Law of XII Tables vinculum was of legal nature and devolved on the person of obligatus. This may be concluded on the basis of Gaius' Institutiones (4.17.). According to the source preserved by the Egyptian papyri namely, the introduction of the legis actio per iudicis postulationem was connected with the XII Tables. The existence of a legis actio connected with the sponsio was a highly significant stage in the development of the contract law. The authoritativeness of the source cannot be doubted for the very reason because Gaius himself wrote a commentary to the Law of the XII Tables. The trend of development was similar in the field of delicta, too, being also a condition to be emphasized. The Lex Aquilia would thus require also a more comprehensive analysis. In connection with this law, reference should be made to the details of the responsibility of the tortfeasor. On the basis of "tantum aes dare domino damnas esto" appearing with Gaius (D. 9.2.2. pr.) the tortfeasor was namely the subject of "manus iniectio pro iudicato" in case of non-payment of the prescribed "aes" and could excuse himself only by way of a vindex. According to the sense, however, the danger thereof was that in case of the failure of lawsuit it produced the condemnation in duplum as a consequence.

In the part dealing with the law of procedure only the main institutions of the procedural law could be surveyed. This part of the manual has to be inevitably enlarged in a new edition. This refers first of all to the formal actions dealt with only

¹¹See: PUGLIESE, G.: Lezioni di Istituzioni di Diritto Romano. I. Il periodo antico, Roma, 1985. pp.215.et seq.

very briefly by the authors. The imperial (cognitive) trial procedure requires, of course, also a more detailed treatment. In connection with the episcopal audientia, the legal reflection of the changes occurring in the political-ideological system of the Imperium could be pointed out.

In the part dealing with the Roman criminal law the authors underline that in a dogmatical sense the Romans did not know the modern criminal law. The delicta fell under the ius privatum, whereas the crimina fell under the ius publicum. In our opinion, the autonomous treatment of the so-called Roman criminal law is correct, with some corrections. The "criminal procedure" is suitably detailed, with the introduction of which the authors pointed also to the political background.

The treatment in the form of an independent chapter of the subject matter of the survival of Roman civil law cannot be but agreed with. In the range of the survival in the Middle Ages and in the modern times Härtel and Pólay analyze the renaissance of several legal institutions on bases of Roman law. In this field, especially the development of the system of pandects is significant. Not less important is the survival and the further refinement of the category of property law, being mainly due to the postglossators (commentators) Bartolus and Baldus. The Humanist School further developed the distinction between "iura in re" and "iura ad rem" which was finally completed by Hahn in the German jurisprudence. In our opinion, the history based on the Roman law of the contract law in the capitalism would also require an independent treatment, though it is true that this happened in several respects in the part dealing with the development of the treatise of legal transactions. The survival of the law of succession would require a more detailed explication. On the other hand, a clear survey is given of the further development in the Middle Ages and in the modern times of the Roman procedural law.

The manual is completed by a chronological table comprising, in addition to the historical events, the more significant events of the Roman intellectual life and by an ample bibliography. On the whole, the opinion on this manual is unambiguously positive. A new, enlarged edition of this work reckoning with the interest of a large international reading public is desirable indeed.

G. Hamza

ETUDES DEDIEES A ELEMÉR PÓLAY^{*}

A l'occasion de soixante-dixième anniversaire du professeur Elemér PÓLAY, le représentant ceint de grande reconnaissance de la romanistique juridique internationale le Faculté de Droit de l'Université József Attila de Szeged fit publier un Mélangé sous le titre "Studia in honorem Velimirii Pólay septuagenarii".

L'oeuvre scientifique du professeur PÓLAY embrassant plus de cent cinquante publications scientifiques est prééminente même si on la mesure avec une mesure internationale. La vita contemplativa et la vita activa du savant s'entrelace organiquement avec l'oeuvre scientifique d'Elemér PÓLAY. Sa participation active à presque trente congrès internationaux signifie dans son cas la vita activa. Ses conférences suivies de grande attention aux revues internationales réputées des romanistes acquièrent toujours une reconnaissance sérieuse à la jurisprudence nationale.

L'activité scientifique d'Elemér PÓLAY embrasse non seulement les terrains bien importants de la romanistique juridique, mais s'étend à l'analyse de nombreuses institutions de l'histoire du droit et du droit civil aussi. Il est donc justifié que l'on trouve parmi les auteurs des études publiées dans le Mélangé à côté des romanistes hongrois et étrangers - il s'agit en premier lieu des collègues - enseignants de la Faculté de Droit de l'Université De Szeged-même les spécialistes de l'histoire du droit, de la théorie générale de l'Etat et du droit, des droits positifs et de la statistique.

Nous nous chargeons d'abord de faire connaître - pour motifs d'étendue en grandes lignes - des études de droit romain.

Ferenc BENEDEK /Pécs/: Ursprung und Funktion der actio Publiciana /pp. 71-91/. L'auteur de l'étude examine les circonstances de l'origine longtemps discutées et la date de l'actio Publiciana. Ensuite il analyse la fonction originaire de l'actio Publiciana et son rapport à la rei vindicatio. Nous indiquons ici que la communis opinio ne se forma pas dans la littérature. Il est bien connu que Gaius fait le fondement de l'actio Publiciana sur la fonction de l'usucapion tout en lui attribuant les tâches de l'usucapio. La majorité des auteurs est d'avis que l'acquisition du propriétaire et du non propriétaire est primaire. Ferenc BENEDEK constate que la cause originaire de l'introduction de l'actio Publiciana ne peut pas être la protection informelle ou celle de l'acquéreur du non propriétaire, ce qui pouvait être plutôt la conséquence de l'actio Publiciana. A son avis le but véritable était la protection du "propriétaire vraisemblable" due aux causes motivées par la pratique.

^{*}Studia in honorem Velimirii Pólay septuagenarii. Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae. Acta Juridica et Politica. Tom. XXXIII. Szeged, 1985. 458. p.

Peter BLAHO /Bratislava/ : Formen und Methoden der Rechts-
erziehung im archaischen Rom bis zum Zeitalter der drei funda-
tores /pp. 93-101/. L'auteur constate que l'enseignement du
droit ne se réalisa pas ouvertement, mais au sein de la famille.
Les premiers juristes et les premiers enseignants du droit étai-
ent les membres du collegium pontificum. Après la sécularisa-
tion de la jurisprudence l'enseignement du droit eut deux formes,
d'une part ouvertement sur le forum, au sein de la famille
de l'autre. Cette duplicité subsistait jusqu'à l'époque impé-
riale. Il est très difficile de reconstruire les diverses formes
de l'éducation juridique, mais sur la base d'un fragment de
Pomponius /D.1,2,2,43/ on distingue les suivants danc cette ac-
tivité: audire, instituere, instruere dont la signification est
fortement incertaine et discutée. Selon la conception de Peter
BLAHO, ce qui est aussi plausible à notre avis, la forme la plus
ancienne et probablement la plus utilisée de l'éducation juri-
dique était audire.

Róbert BRÓSZ /Budapest/ : Die Rolle der Gewohnheit /des
Gewohnheitsrechtes/ im Laufe der Entfaltung und Entwicklung der
longi temporis praescriptio/nes/ /pp. 141-165/. L'étude se com-
pose de deux parties. L'auteur examine d'une part ce que signi-
fia le droit coutumier aux différentes époques du droit romain.
D'autre part il analyse l'influence du droit coutumier sur la
formation et le développement de la longi temporis praescriptio.
L'auteur nous révèle les divers éléments du droit coutumier
/consuetudo/. La deuxième partie de l'étude analyse profondé-
ment les expressions que l'on peut retrouver dans les sources
comme mos, persuasio, usus, vetustas, consuetudo qu'on emploie
dans le sens du droit coutumier. Ensuite Róbert BRÓSZ examine
le rôle du droit coutumier du point de vue de la longi temporis
praescriptio. Il constate - et nous sommes d'accord sur cette
hypothèse - que le droit coutumier exerça sous deux aspects une
grande influence sur le développement de la longi temporis prae-
scriptio. Et surtout quand il le reconnut et le rendit officiel.
Et ensuite quand il réduit en trente ans le tempus de l'usucap-
tion extraordinaire supposant l'expiration de 40 ans.

Pierangelo CATALANO /Roma-Sassari/ : Diritto romano attuale,
sistemi giuridici e diritto latinoamericano /pp. 167-188/.
L'auteur accentue l'actualité du droit romain dans les droits
de l'Amérique latine. Cette actualité, la continuité réelle de
son contenu ont des raisons et des bases historiques et politi-
ques sérieuses. Evidemment le chemin pris par les constructions
du droit romain, et par les institutions où arrivèrent dans ces
pays, était différent. C'est pour la mention qu nous indiquons
que l'influence du droit romain est p.ex. fort au Brésil jus-
qu'à nos jours grâce à l'entremise de BGB. Par contre, dans les
autres pays le Code civil français ou le Codice civile italien
de 1942 entremet l'influence du droit romain. L'auteur indique
qu'il serait erroné d'oublier l'influence du droit public ro-
main /ius publicum/ qu'une partie considérable des chercheurs
ignore.

Gábor HAMZA /Budapest/ : Zur Frage der historischen Entwick-
lungstypen der gewillkürten Stellvertretung. /Eine rechtsverglei-
chende Studie /pp. 203-212/. L'auteur examine les différents
types de développement de la représentation contractuelle au
moyen de la méthode comparée de droit dans les systèmes juridi-

ques continentaux d'Europe d'une part, sur le terrain juridique anglo-américain de l'autre. Il indique que la terminologie latine de la représentation est problématique. Les mots repraesentatio ou repraesentare ne sont pas univoques, alors que le terme personarum identitas semble le plus adéquat. Au cours de la survie du droit romain l'école du droit naturel a créée la représentation reposant sur la doctrine de la Willensautonomie. Gábor HAMZA constate que dans les codifications du XIX-e siècle une forme de construction à base subjective est revêtue par la représentation contractuelle. Tout cela est en rapport très étroit avec les changements survenus dans les rapports économico-sociaux. Le Code de Commerce allemand revient à la construction de la représentation objective. Ensuite l'auteur examine le droit de l'agency sur le terrain de droit anglo-américain. Il constate que dans le droit anglais des XVIII-e et XIX-e siècles le terme technique agent est à vrai dire inconnu, mais cela ne signifie pas que l'agency soit inconnue.

Gottfried HARTEL /Leipzig/: Einige Betrachtungen zur Sanctio pragmatica por petitione Vigiliii vom 13.8.534 und zuv am 13.4.534 am Belisar erlassenen Sanctio pragmatica /pp. 213-218/. La pragmatica sanctio est une sorte de la constitutio impériale qui selon l'edictum de l'empereur Zeno délivré en 477 ne peut être promulgué que dans le domaine du droit public. Chez l'empereur Zeno elle relève de la notion du rescriptum, Gottfried HARTEL compare la sanctio pragmatica pro petitione Vigiliii délivrée le 13-4-534, adressée à Belisar.

Johannes IRMSCHER /Berlin, - RDA/: Utopia - Athos? /pp. 231-234/. En analysant le caractère de Thomas More, l'auteur constate que Thomas More entre en 1518 au service de l'Etat anglais où il atteint la fonction la plus haute, celui du lord-chancelier. Il publie en 1516 son oeuvre intitulée De optimo statu rei publicae deque nova insula Utopia. L'auteur rejette l'avis selon lequel Thomas More mettrait l'Utopia dans le monastère d'Athos.

Éva JAKAB /Szeged/: Vom sequestrum der legis actiones bis zum verbindlichen "Gerichtsdeposit" des Prozessgegenstandes /pp. 235-243/. Le sequestrum est une forme spéciale du depositum dans la sphère duquel il dispose sur la base des sources du sequester possessio ad interdicta. Les parties litigantes placent la chose dans le procès /éventuellement hors procès/ chez une tierce personne pour que le sequester la conserve en intégrité jusqu'à la solution du procès. L'étude examine les modifications notionnelles du sequestrum dans les diverses époques. A l'avis d'Éva JAKAB le sequestrum se transforme de plus en plus en "dépôt judiciaire" au cours du procès.

Béla KEMENES /Szeged/: Das fides-Prinzip und sein Zusammenhang mit der fiducia /pp. 245-262/. L'auteur souligne que la fides aura le caractère juridique dans la fiducia. La fides constitue un élément très important dans le droit romain. A l'époque de la Loi des XII Tables civilis sanctio, l'actio de perfidia existent déjà en rapport avec la violation de la fides. La fides se transforme plus tard en principe juridique catégorique. La fiducia est en fait la mancipatio ou la mise en gage d'une chose au moyen du transfert avec l'utilisation des formes d'in iure cessio. Dans le cas où le débiteur n'accomplit pas, la chose transmise reste dans la possession du créateur, mais

si l'accroissement se réalise -, sur la base de la fides -, le créancier est obligé de transmettre le droit de propriété au débiteur.

Hannu Tapani KLAMI /Turku/ : NOMOS and NOMISMA: Comments on Inflation in the Roman Empire /pp. 263-270/. L'auteur examine sur la base des normes de société les causes de l'inflation. L'inflation de l'antiquité est aussi un phénomène complexe en rapport de causalité avec les actes humains, que de nombreux éléments provoquent en bloc. Il y a de nombreuses tentatives pour révéler les causes de l'inflation de l'antiquité avec la prise en considération des doctrines économiques. Une sorte d'inflation de demande et d'offre se constitue. Dans son développement le bilan de commerce déficitaire, la récolte du blé, les conflits internes et le système d'imposition ont un poids décisif. L'auteur souligne que l'on ne peut pas ramener le phénomène d'inflation exclusivement au modèle financier.

Marek KURYLOWICZ /Lublin/ : Leges aleariae und leges sumptuariae im antiken Rom /pp. 271-279/. Les leges aleariae signifient les lois visant à refouler les jeux de hasard. Ce terme technique se retrouve déjà chez Plautus /p.ex. Curculio/ plusieurs sources renvoient déjà dans le Digeste à l'interdiction des jeux de hasard. Le jeu de dés est interdit par les leges aleariae si les joueurs jouent pour de l'argent. Pour l'auteur les leges aleariae peuvent être rattachées aux leges sumptuariae, ce qui est appuyé lors de l'adoption de toutes les deux lois par des causes socio-politiques identiques. Les leges sumptuariae ne sont caractéristiques qu'à partir de l'époque tardive parce que la base économique et sociale qui permet le luxe apparaît en ce temps-là.

Egon MARÓTI /Szeged/ : Zur Regelung der römischen Personen-namenführung /pp. 281-282/. L'auteur prend pour base la constatation y relative de Károly VISKY. Il souligne que la législation romaine s'occupe déjà à l'époque républicaine de cette question importante. Les noms romains indiquent toujours l'appartenance à la même gens /nomen gentilicium/. Le fait de citoyenneté romaine a un poids décisif avec toute évidence du point de vue du droit romain. Il en résulte que le port de nom illégal constitue un crimen à l'époque républicaine.

Theo MAYER-MALY /Salzburg/ : Thensaurus meus /pp. 283-289/. Le trésor est - per definitionem - la dissimulation d'une chose de valeur si longtemps que personne ne s'en souvient plus /cuius non exstat memoria/ et ainsi elle n'a pas de propriétaire. La définition du trésor qui peut se retrouver même aujourd'hui dans la plupart des Codes civils provient à l'époque classique, de Paulus /D. 41, 1, 31, 1, /. C'est en analysant les sources relatives au thensaurus que l'auteur examine les divers signes notionnels de la définition. Sur la base de l'interprétation étroite de la regula superficies solo cedit cela ne s'applique qu'aux choses qui se trouvent sur la superficie de la terre. Ainsi le thensaurus caché au fond de la terre n'est plus déjà partie de la parcelle. Par conséquent c'est une chose autonome où celui qui trouve la chose acquiert la propriété. Papinianus appelle thensaurus la valeur cachée par la propriétaire - "cuius non exstat memoria" aussi. Il fait la distinction de point de vue du droit de propriété entre la propre res et la res enterrée par la propriétaire. Les contradictions appa-

rentes de sources permettent à l'auteur de constater qu'il a une différence considérable entre le terme technique du trésor et le terme trésor employé dans le langage commun.

Imre MOLNÁR /Szeged/ : Alfenus Varus iuris consultus /pp. 311-328/. Que la jurisprudence préclassique soit d'importance secondaire du point de vue du droit romain était encore communis opinio plus tôt. Par conséquent les jurisconsultes de l'époque classique ayant le mérite d'avoir élaboré de nombreux principes juridiques et institutions juridiques qui étaient auparavant connus en fait du point de vue du contenu. La critique de cet aspect unilatéral que l'on peut considérer comme préconception est l'étude de l'auteur. Alfenus Varus est en effet la figure éminente de la jurisprudence de l'époque républicaine tardive. Il est connu qu'il était le disciple de Servius. Mais il serait erroné d'en conclure une sorte de rôle épigone. Quant à la vie d'Alfenus nous en savons peu. Il écrivit un Digesta de 40 livres. Imre MOLNÁR fait une tentative de reconstruire les Digesta d'Alfenus Varus. Il s'occupe minutieusement au sein de l'oeuvre du jurisconsulte de problème de la responsabilité contractuelle et non contractuelle. Il finit par constater que Varus remplit le rôle du pont entre l'époque préclassique et l'époque classique.

Dieter NÖRR /München/ : Savigny liest Goethe /pp. 329-348/. Dans son étude l'auteur examine minutieusement trois citations de Goethe. Il est connu que Goethe ne s'explique pas avec grande reconnaissance dans la "scène de l'élève" sur le droit et la vocatio des juristes. Nous pouvons accepter que Méphisto ne critique pas de façon directe Savigny et l'Ecole Historique du Droit représentée par lui. Néanmoins il est indubitable que la critique se réfère à la "Rechtsgelährsamkeit". La citation suivante se trouve dans le "Wilhelm Meisters Lehrjahre". La passage du roman porte sur la polémique philosophique de Geist-Buchstaben-Topos. Cette discussion est intéressante du point de vue juridique aussi. Il suffit de rappeler le rôle sérieux que joue à partir du XVIII^e siècle l'examen de l'"esprit" des lois ou des systèmes juridiques /plusieurs livres d'J.S. Pütter, de Seidensticker, de Müller, de Niebuhr, de Jhering/. En dernier ressort les auteurs de ces oeuvres sont d'avis que la substance est remise par l'esprit et ainsi la lettre n'est que le moyen de l'émanation de l'esprit. La troisième citation se trouve dans l'oeuvre de Savigny intitulée "Wesen und Wert der deutschen Universitäten". Savigny y analyse la différence entre l'écrivain savant et le professeur. Il arrive à la conclusion que la base véridique de l'effectivité des universités est l'encouragement à la réflexion scientifique.

Sandro SCHIPANI /Roma/ : Römisches Recht, Unabhängigkeitsrevolutionen und Rechtskodifizierungen in Lateinamerika /pp. 355-366/. L'étude fait connaître en effet le plan de travail d'un programme de recherche. L'auteur renvoie à deux conférences scientifiques organisées à Sassari. La première est la consultation de la section latino-américaine du groupe de recherche en 1972. Son thème était la diffusion du droit romain en rapport avec la réforme des disciplines des universités latino-américaines. La question qui se trouvait au centre de la conférence n'était pas sans intérêt pour notre continent. Or la question était le rôle du droit romain dans la formation des juristes.

Le groupe de recherche /gruppo di ricerca/ organisa en 1973 une nouvelle conférence sur la diffusion du droit romain. Son thème était "l'Etat et les institutions révolutionnaires dans la Rome antique". Dans son étude Sandro SCHIPANI indique que ces catégories eurent avec une différenciation adéquate une actualité sérieuse – surtout au dernier siècle – en Amérique Latine.

János ZLINSZKY /Miskolc/ : Die historische Rechtsschule und die Gestaltung des ungarischen Privatrechts im 19. Jahrhundert /pp. 433-445/. L'auteur souligne que les signes des efforts de réformes se présentèrent déjà sur le terrain du droit privé hongrois à la fin du siècle. Une autre question est que malgré cela le premier projet de loi de commerce hongrois ne fut publiée qu'en 1826. Parmi les idées de réforme formulées par Ferenc DEÁK on peut mentionner la pensée du renouvellement légal. La modification n'est plus satisfaisante. La modernisation du droit privé doit être précédée par la réforme du droit public. Ignác FRANK proposa également une solution radicale au sujet du système du droit public en suivant l'ordre d'idées de Savigny. Ignác FRANK fonde théoriquement le nouveau droit privé bien antérieurement aux discussions de réformes politiques journalières éphémères de la jurisprudence hongroises. La modification – faite abstraction de la tentative de 1848 – ne fut fixée qu'après 1869 sur l'ordre du jour.

Ci-dessous nous passerons en revue les études du domaine de l'histoire du droit, les études destinées aux questions de la continuité du droit romain, au droit positif, et enfin à la théorie générale du droit.

György ANTALFFY – Tamás ANDRÁS: The State and Lawmaking /pp. 9-39/. Les auteurs de l'étude examinent minutieusement la gestion sociale, la technique sociale de la motivation directe et indirecte, la mesure des décisions et des moyens de la gestion sociale, la structure de la technique légale, ainsi que le rôle de l'Etat comme législateur et ses problèmes concernant les formes des décisions. Dans la littérature spéciale destinée à la structure de la décision il est courant que l'on considère comme la substance de la décision l'élaboration des alternatives et le choix d'entre elles. Le modèle élaboré par les auteurs de l'étude est bon pour illustrer en relation socialiste le rapport du processus de décision au système politique.

Pál BAJORY /Budapest-Szeged/: Beweisaufnahme in römischen Recht /pp. 41-56/. Dans la partie introductive de son étude l'auteur indique le rôle des moyens de preuve produits dans la procédure, formulé par Paulus sous la forme la plus visible dans le droit romain: saepe enim non ius deficit, sed probatio /D.25,2,3/. Successivement à l'analyse de la signification de probare il s'occupe de la question du fardeau de la preuve. Dans la sphère de la "Beweislast" de nouveau une regula provenant de Paulus mérite l'attention: Ei incumbit probatio, qui dicit, non qui negat /D.22,3,2/. On rencontre de nouveau classification des moyens de la preuve chez Aulus Gellius: testes, tabulae, expensi rationae, chirographum, plus l'interrogation des parties.

József BALÁZS /Szeged/: Angänge der Kriminalstatistik in Ungarn /pp. 57-69/. Certains éléments du droit pénal peuvent être déjà démontrés sur le niveau de la législation. Au-dessus de l'exposition du développement József BALÁZS s'occupe aussi

de l'histoire du droit pénal en Hongrie. Il indique que la statistique criminelle hongroise ne connaît en effet son développement sérieux qu'au dernier siècle. L'importance de l'oeuvre d'Elek FÉNYES est éclatante. Grâce à la comparaison des données étrangères Elek FÉNYES fit des statistiques spéciales sur la criminalité des divers groupes /nationalités, sexes, etc./ en indiquant dans plusieurs cas les autres de la criminalité aussi.

Odön BOTH /Szeged/: Die wichtigeren sozialen, politischen und verfassungsrechtlichen Ansichten des jungen Bertalan Szemere /pp. 103-130/. L'étude de l'auteur décédé entre temps examine la conception sociale, politique et constitutionnelle de Bertalan SZEMERE. Odön BOTH a pour but de révéler la substance de la pensée politique et juridique de SZEMERE, ainsi que les traits de ses idées.

Ervin CSÉKA /Szeged/: Bases de politique juridique et principes de classement des recours du droit pénal /pp. 189-201/. L'auteur soumet à l'analyse les principes du classement des recours de droit pénal et sa base de politique juridique. Ensuite Ervin CSÉKA examine aussi la fonction sociale et procédurale des recours de droit pénal. L'étude donne aussi une bonne vue d'ensemble des opinions littéraires qui sont souvent diamétralement contradictoires.

Róbert HORVÁTH /Szeged/: Epistemology and Methodology in the Social Sciences: The Case of Statistical Discipline /pp. 219-229/. L'auteur donne une bonne vue d'ensemble sur l'histoire de la statistique. Róbert HORVÁTH indique que la pratique scientifique remonte à un passé de quelque 300 ans.

Kálmán MERÉNYI /Szeged/: Angänge der Pönalisierung der Sittlichkeitsverbrechen. Formen der staatlichen Eingriffe /pp. 291-310/. L'étude examine les débuts de la punition des infractions contre les moeurs en jetant un coup d'oeil aux droits antiques aussi. Kálmán MERÉNYI donne une vue d'ensemble sur la réglementation y relative des droits babyloniens, syrien, hébreu, indien /Lois de Manu/, grec, musulman et romain. L'auteur met en relief la lex Tulia de adulteriis ce qui est motivé par la fait que l'adulterium /adultère/ constitue à la fois la violation de la famille disposant de fonctions économiques sérieuses aussi.

Ignác PAPP /Szeged/: To the Question of State, State Organization, State Activity /pp. 349-353/. Au cours de l'humanité la notion de l'Etat subit beaucoup de changements. En Grèce la polis, à Roma la civitas, la res publica et l'imperium signifiait l'Etat alors qu'au moyen âge le regnum. La notion de l'Etat adoptée par Machiavelli en sens très général apparaît au XVIII^e siècle en France, en Angleterre et en Allemagne. Après la définition notionnelle bourgeoise et marxiste de l'Etat l'auteur examine les vues des années '60 et '70. Ignác PAPP analyse les questions concernant le pouvoir étatique, le pouvoir public, la totalité des personnes, l'activité de l'Etat comme organisation et l'activité étatique.

Ildikó SZONDI /Szeged/: The rationalisation of the Registration of Housing Claims and Changes in Housing Economy in Hungary since 1980 /pp. 367-380/. L'auteur s'occupe de l'économie di logements. Il examine à l'aide de l'analyse statistique les modifications qui eurent lieu dans notre pays depuis 1980 dans l'économie de logements.

Jenő SZILBEREKY /Budapest/: Über die umfassende Neuregelung des Zivilverfahrens /pp. 381-389/. La loi III de 1952 réglémentant la procédure civile socialiste est l'un des codes de base de notre système juridique. Mais cette loi nécessite déjà depuis longtemps une réforme. L'auteur fait connaître les tendances et les principes de la nouvelle réglementation, de la réforme vaste. En outre il indique les rapports de société modifiés à propos desquels la nouvelle réglementation est motivée.

István SZÜCS /Szeged/: Die fortdauernde Geltung zweier Grundsätze des römischen Rechts in ungarischer Verwaltungsrecht-sanwendung /pp. 391-404/. Il est bien connu que plusieurs principes et institutions juridiques du droit romain classique sont actuels dans le droit socialiste moderne aussi. Cette survie se présente non seulement dans la sphère du droit civil. L'auteur soumet à l'analyse de façon vaste le rôle de deux principes du droit romain dans le domaine du droit administratif. Il examine aussi l'actualité du principe juridique reposant sur le bonum et aequum, ainsi que l'actualité du principe de la bona fides.

Árpád TÓTH /Szeged/: Rechtsstellung der Arbeiter der militarisierten Betriebe in dem ersten Weltkrieg in Ungarn /pp. 415-419/. Il analyse la situation des ouvriers et des usines de guerre jouant un rôle décisif ayant trait à l'industrie de guerre. Il indique qu'il s'agit approximativement d'un demi million d'ouvriers dont la situation fut réglée à plusieurs reprises par la législation.

József VERES /Szeged/: Fortleben römischer Rechtsinstitute im ungarischen Bodenrecht /pp. 421-431/. L'auteur confronte quelques institutions juridiques du droit romain avec les constructions du droit agraire socialiste. Il soumet à l'analyse la réalisation du principe de la superficies solo cedit à Rome et dans le droit moderne. Le droit de superstructure assurant la protection in rem doit sa naissance à cette thèse. La construction de la propriété coopérative est semblable à la superficies selon laquelle le droit de jouissance appartient à la coopérative bâtie sur une parcelle se trouvant dans la possession de l'Etat.

Les Mélanges offrent à plusieurs égards au lecteur, une sorte de panorama sur les différentes institutions du droit romain, ainsi que sur les formes ramifiées de la continuité du droit romain dans les systèmes juridiques modernes. Le volume pourrait être une sorte de paradigme comment la rétrospection au droit romain est fructueuse sous l'aspect scientifique du point de vue de la pratique des droits positifs. L'oeuvre du professeur PÓLAY illustre aussi bien que la survie des institutions du ius Romanum avec un contenu varié ou justement moins varié signifie le mieux ou de façon moins la plus illustrée la continuité dans la sphère des phénomènes juridiques. Le droit romain constitue un élément du monde juridique dont la recherche comme ce recueuil le documente excellemment aux spécialistes ex asse du droit romain, bâtit sur la coopération avec les chercheurs de la théorie générale du droit, de l'histoire du droit et des positifs.

G. Hamza

VARIA

DIE ERSTEN SCHWEIZERISCH-UNGARISCHE JURISTENTAGE
IN VESZPRÉM

Zwischen dem 15-ten und 17-ten Juni 1987 sind die ersten Schweizerisch-Ungarische Juristentage in Veszprém veranstaltet worden.

Die Konferenz wurde vom Institut der Staats- und Rechtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften aufgrund einer Vereinbarung mit dem Schweizerischen Institut für Rechtsvergleichung in Lausanne organisiert.

Am ersten Tag diskutierten die Teilnehmer über die aktuellen Fragen des schweizerischen Konkursrechts und des ungarischen Konkurs- und Sanierungsrechts. An der Diskussion nahmen auch die Representanten von mehreren ungarischen Firmen teil. Am zweiten Tag folgte eine Diskussion über die Probleme des Gesellschaftsrechts.

Der Rang der Konferenz ist auch dadurch gekennzeichnet worden, dass die schweizerische Delegation von Herrn Alfred E. von Overbeck, dem Direktor des Instituts geleitet wurde. Die Mitglieder der schweizerischen Delegation waren Herr Josef Voyanne, der Direktor des Aufsichtsrates des Instituts, Herr Walter A. Stoffel stellvertretender Direktor, Herr Eugen Bucher Professor an der Universität Bern, Herr Prof. Manfred Reh binder und Herr Prof. Harro von Sänger von der Universität Zürich und Herr Prof. Erwin Kramer von der Hochschule St. Gallen.

Die ungarische Delegation wurde von Herrn Professor Attila Harmathy, dem Vizedirektor des Instituts der Staats- und Rechtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften geleitet, und ausser der Mitarbeiter des Instituts nahmen an der Arbeit der Konferenz auch die Representanten der Juristischen Fakultäte Ungarns und Herr Prof. Tamás Sárközy von der Universität Karl Marx für Ökonomie teil.

Der Eröffnung der Konferenz von Attila Harmathy folgte der erste Vortrag von Herrn Tamás Sándor über die neuen Regeln des ungarischen Konkurs- und Sanierungsrechts. Einleitend überrückte er die 40-jährige Geschichte des ungarischen Konkursrechts und dessen Praxis, und wies auf jene wirtschaftliche und rechtspolitische Gründe hin, die die Einführung der neuen Regelung unvermeidbar machten. In seinem Vortrag betonte er, dass trotz des Fehlens praktischer Erfahrungen jene konzeptionelle Fehler zu sehen seien, die die neue Regelung unwirksam machten. So sei z.B. der Gedanke der Reorganisation ausser Acht gelassen worden, und im Gegensatz zu den neuen westeuropäischen Bestrebungen fehlten die Mitteln der wirtschaftlichen Reorganisation der Betrieben. Das Referat hatte einen sehr eingehenden rechtsvergleichenden Charakter, der Referent konzertrierte vor allem auf das schweizerische Recht.

Nach der Diskussion sprach Herr Walter A. Stoffel über die Bedeutung des schweizerischen Konkursrechts, über dessen spezielle Regeln mit besonderer Hinsicht auf die Unterschiede zu anderen westeuropäischen Lösungen, welche vor allem im Bereich des Verfahrens zu finden seien.

Am Nachmittag folgte ein Besuch beim VÁÉV, dem ersten ungarischen Grossbetrieb, der aufgelöst wurde. Herr István Kravics, der vom Ministerium ernannte Komissar gab Auskunft über die Lage des Grossunternehmens. Der Besuch war sehr nützlich, weil es die praktischen Disfunktionen des Konkursrechts und des Verfahrens gut zeigte.

Am zweiten Tag folgte der Vortrag von Herrn Tamás Sárközy über die heutige Lage und aktuellen Probleme des ungarischen Gesellschaftsrechts. Diese Probleme sagt er, bestünden vor allem darin, dass heute in Ungarn kein modernes Gesellschaftsrecht gäbe. Auf diesem Gebiet herrscht Konfusion und deswegen könne die Modernisierung des Unternehmensaufbaus nicht alle Erwartungen erfüllen. Die Frage der Grossorganisationen, die in einer gesellschaftsrechtlichen Konstruktion tätig sind, sei im Grunde genommen ungelöst. Der Übergang aus einer Formation in die andere sei sehr kompliziert, manchmal sogar unmöglich. Zum Schluss sprach er über das neue ungarische Gesellschaftsrechtsgesetz, das in der nicht weiten Zukunft zu erwarten sei.

Nach einer Diskussion schilderte Herr Walter A. Stoffel die schweizerischen Lösungen. Die Konferenz war mit den Worten von Herrn Alfred von Overbeck beendet worden. Er schätzte die Bedeutung des Zusammentreffens von Juristen aus Ländern mit verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Systemen sehr hoch und lud die ungarischen Juristen zur nächsten Konferenz nach Zürich ein. Diese zweite Konferenz findet im Herbst 1988 statt. Damit war das offizielle Programm der Konferenz beendet. Am dritten Tag folgte eine Reise am Nordufer des Plattensees. Nach der Rückkehr in die Hauptstadt hielt Herr Alfred von Overbeck im Ungarischen Juristenverein einen Vortrag über den Entwurf des Gesetzes über das schweizerische IPR. Herr Eugen Bucher hielt zu gleicher Zeit für die Professoren und Studenten an der Universität Karl Marx einen Vortrag.

Am Freitag kam es zum Treffen der schweizerischen Delegation mit den Direktoren des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaften, wo die Rahmen der zukünftigen Zusammenarbeit konkretisiert worden waren.

G. Török

ZUM STELLVERTRETUNGSBEGRIFF IM
ALTGRIECHISCHEN RECHT*

1. Im Bereich des antiken griechischen Rechts, worunter wir an dieser Stelle das Recht der klassischen bzw. der prähellenistischen Epoche verstehen, kommt - im Einklang mit der neueren literarischen Auffassung - anstatt des Surrogationsgedankens oder des Prinzipes der notwendigen Entgeltlichkeit die Zweckverfügung, die zweifelsohne dem Willen - d.h. Geschäftswillen - der vertragsschliessenden Parteien im Vergleich mit den zwei anderen Hypothesen wesentlich mehr Bedeutung beimisst, in Betracht.¹ Hier sei darauf zu verweisen, dass die Annahme der These von H.J. WOLFF unseres Erachtens nicht die Existenz eines Vertragsbegriffes im römischen Sinne voraussetzt.² An dieser Stelle bemerken wir, dass KASER in der Literatur der Meinung ist, dass die Zweckverfügung erst dann zur Geltung kommt, wenn der Vertragsbegriff schon vollkommen ausgebildet ist.³ Es ist nämlich mit Recht anzunehmen, dass die archaischen rechtlichen Vorstellungen in keinem Widerspruch mit der Zweckverfügungstheorie stehen.⁴ Bezüglich der Zweckverfügung ist nur der Umstand zu beanstanden, dass diese Theorie ausschliesslich der Position des Gläubigers Rechnung trägt. Die von HERMANN stammende Verfügungsermächtigung ist insoweit korrekter, dass diese Theorie auch der Position des Schuldners Bedeutung einräumt.⁵ Nicht zu vergessen ist weiterhin, dass die Verfügungsermächtigung gleich

*Ungeänderter Text des Vortrages, den der Verfasser auf dem 39. Kongress der Société Internationale "Fernand De Visscher" pour l'Histoire des Droits de l'Antiquité in Namur, den 3. September 1985 gehalten hat. Der Fussnotenapparat musste sich aus Raumgründen auf das Notwendigste beschränken.

¹Eine Übersicht über die unterschiedlichen Theorien s. aus der neueren Literatur HAMZA, G.: Az ügyleti képviselő. Dogmatikai és elméleti vizsgálatok az antik jogoktól napjainkig (Die gewillkürte Vertretung. Theoretische und dogmatische Untersuchungen von den antiken Rechten bis zu den modernen Rechten), Budapest, 1982. p. 82-86.

²Wolff konzipiert seine Zweckverfügungstheorie in seiner i. J. 1957 veröffentlichten Abhandlung auf ausführliche Weise. S. WOLFF, H.J.: Die Grundlagen des griechischen Vertragsrechts, Zeitschrift der Savigny-Stiftung (Rom. Abt.) 74 (1957) passim.

³Vgl. KASER, M.: Stellvertretung und "notwendige Entgeltlichkeit", Zeitschrift der Savigny-Stiftung (Rom. Abt.) 91 (1974) p. 158.

⁴Vgl. WOLFF, H.J.: Hellenistisches Privatrecht, Zeitschrift der Savigny-Stiftung (Rom. Abt.) 90 (1973) p. 79.

⁵Vgl. HERRMANN, J.: Verfügungsermächtigungen als Gestaltungselemente verschiedener griechischer Vertragstypen, in: Symposium 1971. Vorträge zur griechischen und hellenistischen Rechtsgeschichte, Köln-Wien, 1975. p. 321.

der Zweckverfügung bei mehreren Vertragstypen Anwendung findet. Übertreffende Bedeutung kommt der Verfügungsermächtigung bezüglich der Systasis zu, wodurch - im krassen Gegensatz zur Zweckverfügung - auch die Person des Vertreters, als vertrags-schliessende Partei, ausdrücklich betont wird. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass diese Thesen - d.h. der Surrogationsgedanke oder das Surrogationsprinzip oder mit anderen Worten das Prinzip der notwendigen Entgeltlichkeit, die Zweckverfügung, die Verfügungsermächtigung in vielen Fällen miteinander "in friedlicher Koexistenz" leben, wofür gerade die im Corpus Demosthenicum befindlichen oft recht komplizierte Tatbestände bzw. Sachverhalte das beste Beispiel liefern.

2. Für uns ist diesbezüglich die Zenothemis-Rede (Dem. 32) von nicht geringem Belang. Fassen wir zunächst den Sachverhalt dieser oratio kurz zusammen. Protos hat mit dem Geld des Beklagten (des Klägers der paragraphé), Demon, in Sizilien Getreide gekauft - oder so vermutet GERNET - kaufen sollen, aber in Wahrheit nicht gekauft. Nach der Rückkehr will der Kläger, Zenothemis, als angeblicher oder tatsächlicher Pfandgläubiger sein Recht geltend machen. Wichtig für die hier zu behandelnde Frage ist nun das Verhalten des Protos.⁶ Solange er glauben konnte, das Getreide werde ihm noch einen beträchtlichen Gewinn einbringen (§ 5 heos men oeto ton siton kerdos elthonta poiiesen), stellte er sich als Darlehensschuldner des Demon hin; er wollte dem Demon die geliehene Summe zurückzahlen und den Überschuss für sich behalten (§ 25 hereit autos te kerdanai kai hemin ta dikai apodounai). Dann sank der Getreidepreis, und Protos verfiel auf den Gedanken, sich als Agenten, d.h. als Vertreter des Demon zu bezeichnen: dann konnte er den durch die Preissenkung entstandenen Schaden auf Demon abwälzen. Das lag zugleich im Interesse des Zenothemis, mit dem er fortan gemeinsame Sache machte.

Es ist zu fragen, von welcher Tatsache die Stellvertretung nach dem Willen des Protos abhängig sein soll. Mitteis will darauf abstellen, dass Protos behauptet habe, das Getreide sei im Namen des Demon gekauft worden. Diese Ansicht kann wegen der Krappheit der auf Protos' Verhalten bezüglichen Stellen nicht widerlegt werden. Aber auch Mitteis ist nicht in der Lage, seine These zu beweisen. Ebensogut ist es möglich, dass das Aussenverhältnis gar keine Rolle gespielt hat und das sich Protos nur auf eine Abrede zwischen ihm und Demon beruft.

Aus dieser oratio lassen sich eigentlich zwei Schlüsse ziehen. Einmal ist gezeigt worden, dass die Wirkung erzielt werden konnte - und zwar unmittelbare, denn Protos behauptet nach dem Preissturz, mit der Angelegenheit nie etwas zu tun gehabt zu haben -; zum anderen liegt auch hier eine Beziehung des Vertretenen (Demon) zur vom Vertreter erworbenen Sache vor. Demon ist Eigentümer des Geldes, mit dem Protos das Getreide für Demon gekauft haben soll. Selbstverständlich beruht in diesem

⁶Vgl. MITTEIS, L.: Romanistische Papyrusstudien, Zeitschrift der Savigny-Stiftung (Rom. Abt.) 23 (1902) p. 289 seq. und PRINGSHEIM, F.: Der Kauf mit fremdem Geld, Studien über die Bedeutung der Preiszahlung für den Eigentumserwerb nach griechischem und römischem Recht, Leipzig, 1916. p. 10.

konkreten Fall die Stellvertretungswirkung auch auf den Abreden zwischen Protos und Demon; diese Vereinbarungen - die Willens-Übereinstimmung zwischen Protos und Demon - machen Protos zum "Stellvertreter", während die Wirkung dieser Vertretung durch die Sachenrechtlichen Verhältnisse erreicht wird. Dieser Analyse zufolge kommt bei Geltung des Surrogationsprinzips auch die Parteiwille zur Bedeutung.

3. Bezüglich der Systasis ist die Rede gegen Kallippos⁷ (Ps.-Dem. 52, 3 ff.) von nicht zu unterschätzender Tragweite. Dem Sachverhalt nach hat Lykon auf der Bank Pasion's 16 Minen und 40 Drachmen hinterlegt, mit der Anordnung, diese dem Kephisiades auszuzahlen. Kephisiades soll dem Bankier von Phrasa und Archibiades bezeichnet werden (deiksai d'auton to patri to emo kai systesai to Archibiade kai to Phrasia). Pasion macht eine entsprechende Eintragung in seine Handelsbücher. Synistanai hat hier die Bedeutung des Zusammenbringens, Vorstellens und der Präsentation des Gläubigers; jedoch nicht durch den ursprünglichen Gläubiger Lykon, den Einzahlenden selbst, sondern durch jemanden, der dem Schuldner Pasion seinerseits von Lykon vorgestellt worden ist. Das Schwanken der Bedeutung zwischen bloss faktischem "Zusammenbringen" und rechtlichem "als Gläubiger bezeichnen" wird vor allem aus dem Verhältnis der beiden Wörter deiknynai und synistanai deutlich. In § 4 heisst es: deiksai kai systesai; das liesse sich vermuten, synistanai bedeute etwas über das bloss "Zeigen" Hinausgehendes, etwas Rechtliches. Doch wird diese Vermutung zugleich durch die Reihenfolge der Verben am Ende dieses Paragraphen zerstört: systemein kai deiksein lässt hier darauf schliessen, dass synistanai sogar weniger ist als "zeigen" nämlich nur "zusammenführen". Wie wenig juristisches Gewicht dem Wort innewohnt, lehrt auch § 6: die Eintragung, die Pasion über die Auszahlungsmodalitäten gemacht hat, enthält das Wort synistanai überhaupt nicht, sondern sagt nur: Archebiades deiksei ton Kephidiaden.

Ohne Beachtung der beiden Verben betrachtet, zeigt der Fall folgendes Bild: Lykon ist Gläubiger, Pasion ist Schuldner und Kephisiades nicht etwa Vertreter des Gläubigers - Lykon ist nicht mehr am Lehen, als Kephisiades das Geld abhebt - sondern ein Dritter, zu dessen Gunsten Lykon Pasion angewiesen hat. Dass ein solches Verhältnis häufig entstand, ja, als typisches Bankgeschäft durchgeführt wurde, beweist § 4, wo die Praxis des Bankiers für diese Fälle beschrieben wird. Dort wird auch gesagt, dass in der Regel, wenn nämlich der Bankier den Auszahlungsberechtigten kennt, überhaupt keine Systasis statt findet, der Bankier sich vielmehr mit der Eintragung begnügt: to deini apodunai dei.⁸

⁷Hier verweisen wir darauf, dass in der Literatur Brown der Ansicht ist, dass die im Corpus Demosthenicum befindlichen orationes als politische Tendenzschriften zu betrachten sind. Daraus folgt, dass der Echtheitsfrage der einzelnen Plädoyers keine allzugrosse Bedeutung beizumessen ist. S. BROWN, D.: Das Geschäft mit dem Staat, Die Überschneidung des Politischen und des Privaten, Hildesheim - New-York, 1974. p. 349.

⁸Hinsichtlich der Bankgeschäfte im allgemeinen und der Tätigkeit Pasion's s. aus der Literatur BOGAERT, R.: Banques et banquiers dans les cités grecques, Leiden, 1968. p. 63.

4. Sehr aufschlussreich ist die Rede gegen Timotheos (Ps. -Dem. 49), dessen Sachverhalt kurz folgender ist: Der Bankier Pasion, der Vater des Klägers, hat von Timosthenes u.a. Schalen lykischer Arbeit zur Aufbewahrung empfangen. Aus Versehen liefert ein Sklave des Pasion diese Phialen dem Timotheos aus. Timotheos geht dann ausser Landes, nach Persien. Als nun Timosthenes seine Phialen herausverlangt, schlägt ihm Pasion, weil er die Schalen nicht selbst herausgeben noch von dem abwesenden Timotheos beitreben kann, vor, Timosthenes solle sich ihren Wert ersetzen lassen. Timosthenes geht darauf ein, er erhält das Geld, und Pasion schreibt Timotheos als Schuldner in sein Handelsbuch ein. In der oratio verlangt nun Apollodoros als Erbe des Pasion von Timotheos die im Buch eingetragene Summe. Sehr schwierig ist die rechtliche Würdigung dieses Falles. Es kann nicht zweifelhaft sein, dass Timotheos irgendeine Form von Eigentum an den Schalen erworben hatte. Hierin ist auch die Literatur einig (PLATNER, LIPSIUS, PRINGSHEIM).⁹ Meines Erachtens soll Timotheos als alleiniger Eigentümer der Schalen bezeichnet werden. Dies Ergebnis hat Pasion herbeigeführt, als er Timosthenes das Geld auszahlte und Timotheos damit Schuldner machte. Diese Handlung Pasion kann als Stellvertretungshandlung bezeichnet werden. Zwar handelt er nicht im Einvernehmen mit Timotheos, aber a fortiori lässt sich sagen, dass er das gewünschte Ergebnis erst recht herbeigeführt hätte, wenn Timotheos ihm die ausdrückliche Einwilligung hätte erteilen können. Die Stellvertretung beim Eigentumserwerb kann auch nicht damit geleugnet werden, dass Pasion zuerst - gewissermassen "für eine juristische Sekunde" - selbst das Eigentum erworben und erst danach - durch ein In-sich Geschäft - auf Timotheos übertragen habe. Eine solche Konstruktion wäre viel zu begrifflich, um die griechischen Vorstellungen von dem rechtlichen Geschehen einzufangen. Aber auch der Text selbst lässt erkennen, dass die Zahlung an Timosthenes und der Eigentumserwerb durch Timotheos in einem Augenblick, uno actu, geschehen sind. Die Eintragung in das Handelsbuch ist nur deklaratorisch, kann also die Rechtslage nicht verändert haben. Schuldner Pasion ist Timotheos schon in dem Augenblick geworden, in dem Pasion für ihn den Preis der Schalen bezahlt hat. In diesem Augenblick muss Timotheos also Eigentümer der Schalen geworden sein. Die Wirkung einer direkten Stellvertretung ist damit erreicht. Von einem Handeln im Namen des Timotheos ist jedoch nicht die Rede. An keiner der beiden Stellen, an denen die Absprache des Pasion mit dem "Dritten", Timosthenes, erwähnt wird, drückt der Verfasser der oratio aus, dass Pasion den Timosthenes darauf aufmerksam gemacht habe, dass er für den Hintermann Timotheos handelt (§§ 32, 59). Wahrscheinlich hat Pasion in seiner Verlegenheit Timosthenes den Hergang erzählt und somit auch von Timotheos gesprochen; für die rechtliche Bedeutung seiner Handlung ist das

⁹S. PLATNER, E.: Der Prozess und die Klagen bei den Attikern, 2. Teil, Klagen, Darmstadt, 1825. p. 378., LIPSIUS, J.H.: Das Attische Recht und Rechtsverfahren, mit Benutzung des Attischen Prozesses von M.H. Meier und G.F. Schömann, 2. Bd. 2. Hälfte Leipzig, 1912. p. 279. und PRINGSHEIM, F.: The Greek Law of Sale, Weimar, 1950. p. 208.

aber offenbar unwichtig, denn hätte der Redner auf diesen Umstand hingewiesen. Das Auftreten in fremden Namen hat also, soweit wir aus diesem Fall sehen können, die Stellvertretungswirkung nicht herbeigeführt. Es bleibt die Möglichkeit, dass eine sachenrechtliche Tatsache, nämlich das Eigentum am Geld, diese Wirkung erzeugt hat.

5. Aus den erörterten Fällen lässt sich das folgende Ergebnis ableiten. 1. Die Stellvertretungswirkung hängt nicht von dem Auftreten im fremden Namen ab. 2. Sie beruht darauf, dass der "Vertretene" mit seinem Geld bezahlt oder durch eine Handlung des "Vertreters" mit einer Zahlungsverpflichtung gegen ihn belastet wird. Der Vertretene soll sachenrechtlich an dem Geschäft beteiligt sein, das der Vertreter abschliesst. Es versteht sich von selbst, dass bei wirklicher Stellvertretung die Willensübereinstimmung zwischen dem Vertretenen und dem Vertreter hinzukommen muss. 3. Die Analyse dieser drei Reden zeigt uns, dass - bezüglich der Problematik der Stellvertretung - kein in der Einführung erwähnten Prinzipien zur ausschliesslichen Geltung kommt. Der Parteiwille, dem z.B. die Verfügungsermächtigung gewisse Bedeutung beimisst, ist ebenso von Belang, wie der Surrogationsgedanke oder das Prinzip der notwendigen Entgeltlichkeit. Diese voneinander streng zu trennen, könnte zu einem falschen Bild über die juristische Beurteilung der Stellvertretung führen. Diese Feststellungen ändern jedoch nichts daran, dass man nicht einmal im Corpus Demosthenicum einem allgemeinen und festen Begriff der Stellvertretung begegnet.

G. Hamza

ПРАВО КАК ИСТОРИЯ^{*}

В любой культуре, знакомой с правом, мы сталкиваемся с определенной действительностью относительно концептуального установления права. Учитывая его выдающуюся роль, которую играет право в формировании основных отношений и посредством этого — в обеспечении конечного единства общества, любое право имеет господствующую форму проявления, которая позволяет его признать, установить и тем самым — его использование в качестве ссылающегося или доказательной основы в процессах, опирающихся на право. Эта форма может быть многообразной, т.е. большей частью связана с обычаями общественной практики, указывающими определенные особенности, с несущими определенные особенности решениями государственных органов, выступающих от имени права или с проявляющимся определенным образом и в определенной форме догматизмом органов, призванных творить закон. В современной европейской культуре, беря за основу идею современного формального права, правом считается в общем догматический нормативный текст, система таких учреждений, определенная в их нормативном тексте или голый инструмент, т.е. средство целей вне права.

В то же время не вызывает сомнения, что такая трактовка права не ставит цель подменить описание правового явления, а лишь путем особых формальных знаков и сознательно сделанных упрощений облегчить и обезопасить поиск путей, ведущих к праву. Оно не ограничивает, однако, истину того, что появление права в какой-либо форме, его инструментальный характер может проявиться только в общественном воздействии.

Трактовка же права в качестве функционирующего целого представляет традиции по разделению труда и подготовке специалистов, содействующие функционированию, общее восприятие и менталитетное наследие, затрагивающее право, социально сложившиеся способы применения права и не в последнюю очередь — реальный вес и роль правовых комплексов в жизни общества в качестве элементов правового понятия. Это вторая, более широкая трактовка рассматривает право в его социализации, в полной системе его социальных связей. Рассмотренное таким образом право является органической и значительной частью культуры общества, а в критических ситуациях — прямо определяющим его компонентом. В то же время право само является носителем культуры. Ведь правовая культура является частью и выражением культуры поведения, общения и прежде всего, политической культуры; одновременно это относительно

^{*}Вступительный доклад, сделанный в рабочей группе /"Право как история?"/ состоящегося в Афинах XII Всемирного конгресса Международной Ассоциации социально-правовой философии.

самостоятельный участник общественной культуры, а также формирует культуру всего общества.

Совокупность облика права объясняется его реальной природой. В общественном бытии, как комплексе, состоящем из комплексов, право выполняет посредническую роль. От других посреднических комплексов его отличает то, что пропуская каждую общественную цель и движение через свою систему требований, право преобразует их в специфично юридическое. А его собственная система исполнения превращает отделенное, дифференцированное от неюридического и это последовательно выражается все большим числом формальных знаков, подкрепляясь со всех сторон. Его обособленность в совокупном комплексе может исчезать только в относительных и, более того, в критических ситуациях. Ведь общественный совокупный процесс является ничем иным, как суммой всех взаимодействий. То есть, какова реальная роль каждого компонента, такова его сила в общественной тоталитарности. Следовательно, только конкретное функционирование показывает, что и в каких размерах является реальным из необходимости обособленности права.

Обобщая: право формируется во взаимодействии со всем обществом. Это создает возможность для развития его обособленности, но и делает взаимодействие относительным и условным.

Различие между двумя возможными трактовками права станет определяюще важным, если задасться вопросом относительно взаимосвязи права и общественного изменения, связи права и истории. Право, трактуемое в качестве инструмента, показывает совсем другие связи, нежели рассмотренное в своем функционировании, практическом воздействии правовое устройство, которое считается органическим творцом жизни и культуры общества.

В образовании права в качестве голого инструмента господствующую роль играет своеобразность правовой сферы. На то, как формируется этот инструмент, непосредственно влияют общественно-исторические факторы. Попробую показать на примере, что с точки зрения исторического совокупного процесса, конкретного социального заказа или вызова случайно – возможные фазы могут также оказывать определяющее воздействие в том отношении, что, чем, каким образом, во что преобразуясь или, что преобразуя, реагирует арсенал средств права. Говоря языком философии Лукача, эта видимая самостоятельность объясняется растущей тенденцией социализации, проявляющейся в общественном развитии. Социализация в общественных связях означает выдвигание на передний план посредничества во взаимодействиях, то, что в воздействии на природу, во внешне простых, целеобусловленных процессах также прекращается непосредственность, односторонность. По ходу вклиниваются промежуточные посредничества. Сам процесс становится многосторонним и более возможным и вместе с тем все более ясным социально обусловленным. Ведь те общественные комплексы, которые принимают участие в этом комплексном движении, все более ясно и решительно разворачивают свою автономию и своеобразие. Это ничто иное, как позиция трезвого реализма в противовес воодушевляющей вере академического эволюционизма. Это признание того, что инструментальный континуит является одним из самых главных элементов в развитии права. То есть новые ответы на все новый вызов рождаются зачастую не путем создания новых средств, а путем переосмысления старого, составлением новых комбинаций, в другом случае – путем подражания или переноса известного, основываясь на интеллектуальной экономии, подражании, беспомощности.

Все это, несомненно, влечет за собой множество ошибочных источников, равно как то, что определяющее воздействие могут получить обстоятельства, абсолютно чуждые существу дела. Так, например, в альтернативной ситуации вырасти до определяюще важного, что в рассматриваемые время и месте какие старые или чуждые юридические решения представляются доступными, познаваемыми.

К примеру, подумаем о том, как унаследовалась в культуре Месопотамии через столетия от законов Эспунна через кодекс Хаммураби вплоть до Союзного Эксодуса норма ответственности за быка, забодавшего насмерть человека. Ведь унаследовались не только идентичные, но и отличающиеся от всего остального материальные и процессуальные решения, более того дополнительное распоряжение о случайности появилось в неизменной форме, которое связывает ответственность с одним условием. А именно, предупреждали ли предварительно, официально хозяина об агрессивной природе его животного? Или подумали о том, что шотландское право, развивающееся по соседству с английским, в середине XVII века за два десятилетия сделало решающий шаг по пути модернизации, в то время как система понятий частного права внезапно отделилась от английских традиций того времени и окончательно оформилась по классическому примеру, наследованному у юстинианства. По замене нет других объяснений кроме нескольких юридических книг, которые в конце XVI века, начале XVII века своим практическим материалом опирались на англо-саксонские источники и традиции, хотя при их изложении и классификации прибегали к помощи известных от юстиниана концепций и концептуального дифференцирования. Следует упомянуть и то, что основой концептуального выражения незыменяемости в Англии и по сегодняшний день служит такая классификация психических состояний, которую черпали из изложений построенных в основном на спекуляциях, за полтора столетия до зарождения соответствующих наук. Современная психология уже давно превзошла эти учения. Все это, однако, не меняет юридической релеванции, классификации, т.е. неизменно применяемое с юридической точки зрения фиксирует существенные с точки зрения среды регулирования различия.

Следовательно выводом может быть только то, что право как институт имеет в истории относительно свободное поле маневренности. И отправным пунктом здесь может быть отсутствие эквивалента между средством и целью. В зависимости от сложившихся традиций, обычаев, побуждений различные средства могут с одинаковой эффективностью служить одной и той же цели. В то же время средство является единственным, гибким компонентом воздействия, выделяющим общие рамки действия. Ведь само по себе в качестве нормативного текста оно является абстракцией, которая может превратиться в конкретное только в конкретной практике, общественном применении его толкования. Поэтому напрасна любая попытка, которая исходя из права, направлена на реконструкцию истории человечества или стремится извлечь выводы в отношении права, исходя из развития истории. Несомненно, параллельно имеет место: например, "правовая археология" является также /в противовес чрезмерным суждениям полагаю, что не более/ важной и ценной с точки зрения раскрытия образа действия исторических процессов прошлого, как археология средств труда, оседлых или ритуальных обычаев.

Пользуясь примером: едва ли можно объяснить лишь экономи-

ческими, политическими или общими социальными взаимосвязями истории тот факт, что несмотря на общую римскую традицию в развитии западного права какой фактор мог стать определяющим в выборе, инструментальном формировании и подражании континентальному или англо-американскому образцу как двум путям развития. Как нельзя понять лишь по развитию истории, его вызову, почему и как конституировались свободные договорные формы в одной из систем — в таких областях, где в другой системе конституировалась непревзойденная до сих пор чрезвычайно приспособленная юридическая конструкция /trust/ распоряжение имуществом в пользу другого путем собственных морально юридических обязательств начиная с материальной защиты недееспособных и замужних женщин и кончая попечительством над жертвованиями и общественными учреждениями. На другой стороне, если в качестве отправной точки возьмем правовое регулирование, то будущий исследователь нашей забытой культуры вряд ли вычитает суровую, изменяющуюся реальность истории, например, из советской Конституции 1936 года. Ведь известно, что этот норматив в качестве основного документа строительства советского общества прослужил основой со сталинских времен через хрущевские замысли XX и XXII съезда КПСС вплоть до Конституции 1977 года. Или какой вывод можно было бы сделать в отношении венгерской истории после II мировой войны, например, по тому, что открытия и решительная конституционная декларация права на объединение /1948 год/ за прошедшее с тех пор время и, в частности, в наше время благодаря подробному регулированию представляется более строгой, более того, это только мы, переживающие историю, можем знать, что за этим в действительности кроется замена вербальности живой практикой. В сущности дилемма не меняется даже в том случае, если право как средство истолковываем не в качестве конкретного, выраженного в тексте норм, решения, а в форме поштатейного изложения, нормативной фиксации или выражения таких средств в тексте норм. Идет ли речь об обычном праве, судебском правотворчестве /и его прецедентных и прочих формах/, официальном правотворчестве /и в том числе о законодательстве, кодификации/ или о формах упорядочения законодательства /реvisions или консолидации/, мы можем в большинстве случаев указать на хорошо разграниченную историческую серию событий, которая указывает на признаки упомянутого процесса или признаки, создающие формальный тип и посредством этого одновременно представляет также ее идеальный тип. Так для первого подхода обычное право отождествляется с европейским средневековым, прецедентное право с развитием английского права, кодекс — с трудами юстиниана, а кодификация — с гражданско-правовыми плодами французской революции. При более близком рассмотрении же сразу выясняется, что это нечто иное как абсолютизация, отражение в качестве всеобщего результатов европейской цивилизации, относящейся к определенной эпохе, что недопустимо, поскольку означало бы то, что тот или иной продукт культурного развития человечества отождествляем с "народным восприятием, характерным для того или иного носителя конкретной культуры, т.е. исторически возводим частное во всеобщее. Кстати, мы вскрываем также разновидности любого процесса или формы, проявляющиеся в истории развития человечества, и сразу выясняется: любое из различных условий может успешно показать выполнение тех социальных функций, на которые когда-либо было способно право".

Поэтому функциональная типология кодификации идентична типологии самого права. Аналогично можно сказать, что появление самого прецедентного права в английской, южно-африканской, американской, израильской или так называемой смешанной правовых системах может успешно сослужить службу по сохранению и изменению общества и права. Аналогично можно продолжить о том, что обычное право также не имело той роли в развитии средневековой Европы, как, например, в многовековом развитии Венгрии, раздробленной завоевателями на множество частей, когда оно служило действенным фактором сохранения национального единства и в том числе – правового единства. И от всего этого все больше отдаляется та роль, которую так называемое примитивное обычное право играло бы в своих "неформальных" системах. Начиная с того, что право рассматриваем в его социальной действительности, или функционировании, а вместе с условиями и дополнениями его функционирования во всеобщности, мы приходим к иному заключению. Тогда право рассматриваем в качестве части общей культуры общества, которая вписывается в эту в целом определенную историей и одновременно формирующую историю культуру.

Именно благодаря культурным корням и взаимосвязям /образа мышления, восприятия, поведения/ право по отношению к вихрям истории, приводящим к сильнейшим изменениям, может показать поразительно мощную последовательность и даже сопротивление. Судьба права, превращенного в средство, является вопросом простого волеизъявления: оно может стать самостоятельным фактором в истории только путем облагорожения в традицию. В противовес этому право как культура является частью всеобщей культуры, т.е. таким комплексом явлений, который заранее формирует историю.

Для исторической науки и социально-онтологической реконструкции совершенно очевидно, что речь идет не о детерминации одного фактора, а прежде всего о передаче формы: роли фильтра и отборе, формировании через среду фильтра, о превращении в своеобразное. О том, что правовой комплекс /как любой общественный комплекс/, развитой своей относительной самостоятельности и своеобразии на свой манер отвечает на вызов окружающей среды. Следовательно, на различные внешние интересы окружающей среды реагирует внешне чуждым с их точки зрения образом, своим однородным внутренним импульсом. Тем самым создает осуществление, рассеивание внешних изменений, ведь его относительная самостоятельность и развитое своеобразие делает его способным для того, чтобы эти изменения внести в свою систему, приспособить к своей структуре и порядку движения. Мы знаем, что развития самостоятельности действия и обратного действия может определять также характер событий и даже их ход.

Вдумаемся в то, что уже тысячелетие конфуцианское наследие с какой неизменностью и приспособленностью создает восприятие права и всю его судьбу в Китае или Японии. Поскольку обеспеченное субъектной правомочностью, его тело покрыто оболочкой, предвзвременно зафиксировано во всех деталях и, таким образом, лишь западный образец регулирования поведения, гребущий исполнително-конкретизирующего применения поньне борется часто за свое признание с периферии живой практики, хотя западная концепция и модернизированная программа по преобразованию общества, нацеленная на приобретение менталитета, поставили перед собой цель замены правовых идей конфуцианства. Или вдумаемся в то, какие следы в развитии восточного региона Европы оставила помесь визан-

тийского и монгольского наследия, — прежде всего — в отношении исключительности неделимости власти, ее каризматичной укоренившейся легитимности, в установлении права в качестве государственного действия и в отсутствии развитости правовых конструкций, /например, идея общественного договора/ служащих общественному и государственно-идеологическому дифференцированию. Или вдумавшись в то, что каким образом варварские свободы, которые сузил европейский абсолютизм и поставил в зависимость от милости и дарования владыки, остались нетронутыми в развитии британского права, как превратились в основу развития правовой культуры глубоко опоясанной юридическими гарантиями и таким образом — англо-американский правовой менталитет в одну из самых броских специфичностей. И вероятно не ошибусь, если свяжу с этим правовую культуру, которая до этого успешно избегала угрожающей перспективы с реализации ценностей опуститься до средства обслуживания, т.е. трагедии самоуничтожающей властной подчиненности правового позитивизма и непосредственно управляемого политическим внушением правового механизма и процесса.

Из сказанного вытекает двойкий вывод: поскольку мы рассматриваем право в его полной реальности, а не в качестве инструментального бытия, выясняется, что оно имеет собственную историю, и что вместе с собственной историей возникает в качестве реформатора истории.

Знаменательно, что в середине прошлого века в противовес теоретической пустоте и бесплодию научного позитивизма сформулировалось кредо историчности: "Нам известна единственная наука, наука истории". Было бы ошибочным делать вывод из мистической истории, которая сама по себе в целом и для которой любое действие и результат является производной. Полагаю, что это кредо подчеркивает приоритет исторической логики зарождения и формирования над различного рода внутримманентной логикой: в то же время в отличие от одностороннего каузального детерминизма в нем кроется предвидение совокупности исторической определенности. Сегодня уже известно, что существование складывается из реально происходящих взаимодействий и конкретным результатом образующегося из них совокупного движения является также то, что какая из сторон показала себя более сильной в данной взаимосвязи, и более весомой, т.е. в конечном итоге определяющей направление и результат движения, вытекающего из взаимодействия. Известно также, что с прогрессированием социализации, ростом количества комплексов, участвующих в общественном движении и расширением своеобразных, самостоятельных способов реагирования на современном этапе развития едва ли представляется возможным предвидеть или планировать то, что и каким образом должно осуществлять конечное воздействие. Это же ведет к выводу о том, что единственной теоретической формой реконструкции происходящих в обществе взаимодействий, ведущей к успеху, является тоталитарный подход. Тоталитарный подход исходит из всегда стоящего перед ним целого с целью установления того, что какие факторы успешно участвуют в процессе всегда ведущему к целому, и для последующей его оценки исходит из того, что насколько осуществлялись в процессе взаимной определенности излишки и акценты, как перемещались, в каком направлении и в каком количестве.

Стоило бы проанализировать, например, каким образом дифференцируется привилегированная роль, отводимая экономической сферой, каким образом накапливается или временно исчезает в отноше-

нии поделенных после II мировой войны стран и регионов, осуществляющих социалистические преобразования. Ведь экономика как часть явлений общественного устройства становится непосредственно зависимой от политики, а политика – от соотношения внешних сил. Она исполняет основные перестановки при первом /указывающем направлении/ разветвлении и участвует при всех последующих перестановках. Это не просто замена какой-либо однофакторности другой, а такая комплексная определенность, в которой собственно весомые факторы могут получить роль только в случае определенной обусловленности, в случае же другой обусловленности осуществляются в противоположном направлении, уступив движению, отрицающему предыдущее. Наш пример более чем красноречив, так как такую координирующую роль политичности мы можем наблюдать одновременно не только в общем развитии обществ, но и в круговороте кризисов и даже борьбе с кризисами, в формировании их образа реагирования и способности к приспособлению.

Другой вывод вытекает из сказанного о праве как компоненте культуры. Вместе с тем самостоятельная роль права также непосредственно примыкает к его совокупной общественной релятивности. Поскольку в общественном движении необходимо учитывать все более комплексные процессы определенности, в которых в меньшей степени можно выделить место права путем сознательного планирования и таким образом прочие факторы могут легко и надолго /по крайней мере измеряя поступью человеческой жизни/ навязать праву роль прислуги. В защиту за усиление и дальнейшее развитие цивилизованных ценностей, одетых правом в мантию, можно бороться только путем превращения в более органичное связей, примыкающих к правовой культуре. Это означает, что построение правовой системы, с должной прочностью и глубинным общественным укладом спаивающей цивилизованные ценности, является не только инструментальной, решаемой в конкретной однократности общественного вызова и правового ответа задачей. Ведь построение такой правовой системы невольно является созданием традиции, закладкой культуры. Это объясняет, что слово властный не может учреждать: лишь может быть плодом стойкого труда поколений, превращая саму культуру в практике борьбы за ее зрелость в практику и посредством этого подключаясь к основным культурным ценностям общества. Поскольку мы боремся за такую правовую систему, то одновременно боремся за возникновение правовой традиции, готовящейся к будущему путем развертывания своих своеобразных ценностей, при этом обеспечивающей защиту ожидаемых вихрей.

В нашу эпоху – и это явление не связано с определенным социально-экономическим устройством – значительное число государств сталкивается с отсутствием требуемых общественно-политически необходимых традиций. Изживание старого образа мышления и форм поведения зачастую объясняют отсутствием традиций. Поскольку однако открывается возможность для какого-либо развития, выясняется, что речь идет отнюдь не о беспредедентности, а о вынужденности старта с уровня *tabula rasa*. Только вертящаяся на языке традиция не подтвердила свою силу, всеобщность, внедрение в культуру общества, рефлектную зафиксированность в повседневной практике, показатель образца академического поведения, в конечном счете – самоохранение и самообновление для того, чтобы в неблагоприятные для нее времена не увлекли течения другой направленности, и сокрушились сохранившиеся в памяти прошлого крохи. В странах Средней Европы также часто говорят об отсутствии

демократических традиций. Ну если в действительности делается ссылка на отсутствие, то это парадоксальное признание самого отсутствия: объявление такого дисконтирующего, который является ничем иным как попытка порвать невидимые нити, связывающие прошлое с настоящим, вытеснить из памяти прошлые традиции и тем самым убавить и так уже бедные источники стимула.

Если, например, современная венгерская политическая практика не превратилась в естественное посредничество для того, чтобы подчинить свои акты, предполагающие право, контролю конституционного суда, а акты, применяющие право – контролю административного суда и тем самым соблюдаемые правила игры сделать предаваемым гласности общественным делом, одновременно посредством этого укрепиться вновь легитимирую каждое действие государства. Все это не позволяет забывать о том, что перед сменой власти – политики, выделяющей цезуру, в продолжении традиции могли существовать значительное сельское самоуправление, многопартийность, распространение на противостоящие силы толеранции согласно определенным правилам игры, процветающая общественная жизнь, более того наряду с выборным правосудием – инициатива также административного правосудия; и все это с идеями и результатами борьбы за свободу, уроками десятилетних парламентских стычек, характерных для законодательства, сплачивает однако все демократические традиции и стимулирование. Такие мозаичные компоненты все более красноречиво говорят об одном обстоятельстве, о том, что в сумме своей они были осколками, чахлыми, недостаточно соединенными общественной практикой и ценностями. Следовательно, не проявила себя достаточно глубоким корнем для того, чтобы с должной силой противостоять встречному ветру, просить его воздействия через свою среду. Парадокс заключается в другом: как раз в том, что поскольку реальная практика зачахла в качестве реального принципа, это является свидетельством того, что для настоящего сохранения, т.е. для эффективного противостояния отсутствовала достаточная сила.

Повторяя, следовательно, основной вопрос: является право историей? Объективное исследование учит тому, что эпос теоретической и практической деятельности по праву может родиться в том случае, если юрист признает значение, силу права в формировании общества и если работая над настоящим в качестве инженера формального, посреднического механизма общества, будет бороться за будущее. Право в качестве рабочего культуры в действительности дает понять, что предметом и продуктом его труда является также история.

Ч. Варга

INTERNATIONALIA

DAS POLITISCHE SYSTEM DER BRD (Red. LIEBERAM, E.)
Staatsverlag, Berlin, 1985. 896 p.

The late president of the Federal Republic of Germany, Walter Scheel told that Hitler had not made the German empire but had caused its fall. In the place of the Third Reich the historical events created two German states of different social, economic and state structure: the first German state of workers building the socialism on the fundamental principle of Marxism-Leninism and the Federal Republic of capitalist structure, which underwent several and considerable changes since its establishment.

The authors' collective of excellent theoreticians introduces and analyzes the Federal Republic of Germany in the third volume of the series investigating the political systems of imperialism, doing this with a comprehensive historical review rendering possible the objective, scientific consideration of the institutional system, of the state of social life of the present West-German state. The volume emphasizes the entwinedness of class interests, the contradictions of classes and the modified forms of the struggle of the labour movement.

The volume expounds in details the efforts of the Western Powers, as a consequence of which in the Bizone and Trizone a separate West-German state developed from the two, and, later the three western zones at the end of the forties. Simultaneously, the progressive forces, the communists were gradually driven out of the provincial governments. The efforts aiming at the democratic-antifascist transformation of the state, to the nationalization of mines, of big banks and big enterprises were successfully prevented. The volume outlines the joint efforts of the German Socialist Unity Party and the Communist Party for the democratic transformation of the social life. Martin Niemöller, the famous humanist and democrat wrote about the efforts aiming at the antidemocratic restoration, at the consolidation of capitalist type as follows: "The people at large were never inquired either about the establishing of the parliamentary council, or about the constitution elaborated by it, or about the foundation of the Federal Republic of Germany".

The volume deals with the constitution of the FRG as with a fundamental law and with the document of the age. It quotes Chancellor Adenauer who made it quite clear that they did not want the coexistence with the eastern zone, the re-establishment of the unity of Germany, but had in mind such a development of the social and political conditions in the eastern part of Germany, i.e. in the territory of the present German Democratic Republic, that could be similar to the western part of the country. Instead of this, the pre-conditions of the remi-

litarization evolved and the FRG became a member of full power of NATO. In this connection, the volume introduces the Schumann's plan as well as the Paris Pact.

In the next chapter the economic structure of the West-German state, the entwinedness of the state and the monopolies are dealt with which started just at the end of the forties and which process was finished at the end of the sixties, as a historical, economic-historical process. A highly interesting part, though dealing with the data of the recent decade rather briefly, discusses the economic advance of the FRG, the development of the big enterprises into multinational and global world-concerns. The data on the increase of the West-German military potential, on the growing importance of the role within the NATO accomplished by the "Doppelbeschluss" of 1979 have the place here, which, according to the then West-German Chancellor, Helmut Schmidt "could not at all come about without the participation of the Federal Republic of Germany".

The next chapter deals with the central state executive apparatus. It points out that in the course of the history of the German bourgeois constitution there was indeed no lack of special governmental authorizations. For the cases of political and social crises the state power prepared itself thoroughly for the protection both by means of the power-enforcement organizations and by other means. It is also indubitable that in the Federal Republic the power and the influence of the plutocracy are strikingly concentrated. According to Uwe Jens, a Social Democrat, "at present the Deutsche Bank has a greater power in the Bundesrepublik than the companies centred round the I.G. Farben in the Hitlerist empire".

It is extremely thorough and thought-provoking, the part of the book dealing with the role and the activity of Bundestag. It points out, how federalism came into prominence or how it falls into the background from time to time in the state structure, corresponding to the will and to the prevailing interests of the ruling class. The operating mechanism of the factions called commando-centres of Bundestag is analyzed here and the statement is investigated according to which the parliament of the FRG would be "the most industrious parliament of the World".

The activity, the practice, the composition and characteristics of the development of the Bundesverfassungsgericht, the federal constitutional court are circumstantially analyzed. The norm laid down by Charles E. Hughes, namely that "We are under a Constitution but the Constitution is what the judges say it is" became the dominant motive of the federal constitutional court. Several decisions of the court - though in an indirect way - supported and support the enforcement of the will of the ruling circles of the West-German society.

A remarkable part of the volume of essays introduces the central executive organization of the state, together with its aggressive and repressive apparatus. The author treats the evolution of the central state mechanism of the economic regulation in an interesting novel approach.

The authors point also to the extent the judicial system is "independent" and how it serves essentially the interests of the ruling class. They deal also with the crises of the civil legality.

Internationalia

From among the further chapters of the volume the parts dealing with the basic rights as well as the legal aspects of the political and economic connections between the FRG and the European Economic Community are worth mentioning.

This extremely thorough work would deserve also the publishing in Hungary.

M. Udvaros

FEINBERG, J.: OFFENSE TO OTHERS. Oxford University Press, New York - Oxford, 1985. 385 p.

As for the judgement of the moral limits of liberty, each epoch has its own particular views, attitudes, practical manifestations. The author of the volume enumerates the reasons to be qualified - in his opinion - as limits which induce the civilized society to exclude certain conducts from the range of the permissible, moreover, tolerable forms of conduct.

The first chapter discusses the concept of the offense and tries to give the definition thereof, namely in a general sense, on the one hand, and in a specific, normative sense, on the other hand. The first category comprises the different variants of the undesirable states and attitudes of behaviour, whereas the latter category includes the cases in which these attitudes are brought about by the injurious conduct of others.

These forms of behaviour may cause private offenses or offenses, intolerable also for the public. Practically all human activities, unless they occur in the desert, are in interference to a certain extent with the affairs of others and these interferences may range from the negligible oddments to the serious offences. The mere existence of the organized society depends on the application of the principle "to live and let live", therefore the law does not want to establish the liability for damages for each behaviour which causes some detriment to others but only in cases when the conduct of the person causing damage oversteps the boundaries of tolerableness.

The next chapter outlines the concept of the "profound offence", adding, however, that the behaviours falling in this category were sanctioned in different ages by applying the full force of the law, nowadays, however, they belong to the not repressible forms of behaviour provoking more or less disapproval. The American Law Institute refers to the basically negative, but not antisocial forms of behaviour in its "Model Penal Code" and notes: an body may follow these forms of behaviour within certain limits in the private sphere, but to perform these in public makes them liable to be prosecuted. This is especially the case when a certain conduct has no other purpose than the offending, insulting the public or the individual.

The next chapter analyzes the correlation between the fundamental principles laid down in the Constitution of the United States and the various aspects of the social indulgence. It points to the fact that, in addition to the discussions on the questions of the constitutional interpretation of the freedom to speak, the decisions of the Supreme Court take also part

Internationalia

in the appropriation of the means and the forms of expression that deserve the protection ensured in the often quoted First Amendment and which are not worth it.

The volume is completed by notes and index.

M. Udvaros

DER DEUTSCHE BUNDESTAG - ZEHN WAHLPERIODEN -
PORTRAIT EINES PARLAMENTS, Günther Neske Verlag,
Stuttgart, 1982. 224 p.

The volume describes the history and the present activity of the West-German parliament by publishing brief expositive texts and several coloured pictures.

First of all, parts of the inaugural addresses of the late presidents of the Federal Assembly are published, followed by the paper of Schmid C. on the German Federal Assembly. From among his explications the statements introducing the arche-types of the present Federal Assembly are the most interesting ones: the Bismarck's Reichstag and the similar institution of the Weimar Republic. The competence of the former was restricted practically to the legislation and to the voting for the budgetary means. Besides, the proper sovereign organ was the Federal Council, i.e. the assembly of the governments of the federal states. The Imperial Chancellor in whose hands the entire ruling power was concentrated and who was at the same time the Prussian prime minister, was appointed by the Emperor and was responsible only to him. The imperial assembly had little to do with the governing tasks - i.e. in the questions of the real power of politics. The ministers were not accountable to the imperial assembly, the imperial assembly had to be content with the criticism. The German state became more and more a bureaucratic and military state. This situation was criticized by several persons (Friedrich Naumann, Max Weber, the social democrat opposition).

After the First World War, the Weimar national assembly adopted a constitution according to which the imperial assembly should have to become nearly omnipotent and conceived a government responsible to the imperial assembly. The scope of authority of the representative organ of the provinces, the Imperial Council diminished. Above these organs there was the president, who was elected directly by the people. He had a dangerous instrument in his hands, namely Article 48 of the Constitution, which invested him with all powers in an emergency case. The Imperial Assembly was always tempted to expect all the disagreeable, unpopular measures from the president, in accordance with Article 48 of the Constitution.

After the Second World War, the Fundamental Law searched for new ways. Among them were included the exclusion of plebiscitary elements, the enforcement of human and civil rights and the abolition of all the institutions which would have rendered the legislator to exempt from the responsibilities. The election of the imperial president by the people who had unrestricted right to pass emergency decrees according to

Internationalia

Article 48 of the Weimar Constitution, made the head of the state properly the sovereign power of the empire. This must not happen again - writes the author. Further on, the aim was to avoid that the Constitution would be under the disposal of the legislator i.e. that he could make laws diverging from the Constitution. In the Weimar Constitution the list of basic rights was to be found at the end of the text of the constitution and the basic rights were practically declarations of a programme character. The Fundamental Law embodied the basic rights at the beginning of the text of the Constitution, there emphasizing their significance. The basic rights are binding equally on the government, on the public administration, on the legislator and on the courts. They are directly actionable and the constitutional court has the right to abrogate the otherwise regularly passed laws if their contents offend the principles of the basic rights. These basic rights constitute absolute limitations to all kinds of state autocracy. According to the Weimar Constitution, the federal legislator had the right to circumscribe the relation of the empire to the provinces. The situation is different in the Federal Republic. The legislator is bound strictly to the Fundamental Law, the Federal Republic. The legislator is bound strictly to the Fundamental Law, the Federal Assembly must not define its own scope of authority.

The structure of the Federal Republic corresponds to the classic division of powers. The sovereign people wields the power through its organs, the form and the authority of which are determined by the Fundamental Law. The most important part of the legislation is incarnated in the Federal Assembly whereas the Federal Council is of incidental nature in which the distribution in provinces of the people is expressed. Without the harmonious co-operation of these two organs no law can be created. In case of a lack of understanding an intermediate committee tries to reconcile the views in which the provinces and the Federal Assembly are represented in equal proportions. The executive power is in the hands of the federal government, appointed by the federal president on the proposal of the federal chancellor.

The federal chancellor is elected by the Federal Assembly. The chancellor can suggest the dissolution of the parliament to the head of the state only in one single case: if the Federal Assembly votes against him at the expressly requested vote of confidence. The federal president decides on this motion after a free deliberation.

On the other hand, the Fundamental Law has kept in view the establishment of a strong government and has replaced the "classic vote of non-confidence" which forces the government to resign in case of the vote of non-confidence, by the so-called constructive vote of non-confidence. This means that the federal chancellor is compelled to resign only if the Federal Assembly elected a new federal chancellor by a majority vote. It may be prevented in this way, that the extreme parties which can, though, vote jointly against, but cannot set up jointly a new candidate, create a political vacuum as occurred several times in the Weimar epoch.

At the same time, the Fundamental Law wanted to create a powerful parliament, i.e. to oblige the government to report to

Internationalia

the parliament and to give information at times when the opinion of the parliament could effectively come across.

The essay treats further on the significance of the parties from the point of view of the Fundamental Law. The member of parliament must vote only with good conscience, possibly even contrary to the attitude of his faction, in this latter case, however, the faction is not to blame if it wants to break with the different-minded representative.

The author also deals with the parliamentary committees having an even increasing role since the laws have to regulate more and more complicated relations. The committees strive necessarily always after a compromise.

The author finishes his comments by the statement that the times are unfortunately ended, when an enormous speech could result in the shifting of the parliamentary majority since the attitude of the factions was adopted prior to the plenary session. Still prior to the meeting of the parliament the factions try to clear the positions in so-called inter-factional discussions where they are often forced to make a compromise. Without compromises democratic life is inconceivable.

The subsequent parts of the volume deal in detail with the chairman, the presidium and the plenum of the Federal Assembly, with the different parties, with the parliamentary agents of the parties, the vote, the working groups of the factions, the committees, separately with the Federal Assembly for the presidential election and with other questions in connection with the parliament. Thus, information is given among others about the power relations of the parliament, about the profession of the members. (Doctors, attorneys-at-law of liberal profession accept in even decreasing number the electoral mandate since this would mean a fully absorbing occupation and the members could take practically leave of their profession.) The international relations of the parliament and finally the famous parliamentary events of the ten legislative periods are also treated.

The book is finished by the list of names of the members and late members of the Federal Assembly.

Summing up: it is a publication of highly representative make-up, offering comprehensive information which provides for a report in detail also on the merits of the organization and function of the West-German parliament. The texts and commentaries of the pictures are compiled by Herles, H.

L. Trócsányi

MIHULEAC, E.: TRĂSĂTURI ȘI PRINCIPII ALE CONDUCERII ÎN
REPUBLICA SOCIALISTĂ ROMANIA (Features and principles
of management in the Rumanian Socialist Republic),
Editura Academiei, București, 1981. 251 p.

In the reviewed work, the author analyzes the features and the principles of the management in Rumania. For the sake of the analysis, the author resorts to an inter-disciplinary meth-

Internationalia

od, utilizing the results achieved by the politology and sociology for the science of management. It should be noted that the author has already dealt with the questions of management in a work, published in 1977, under the title: "The management - contribution to the elaboration of the science of management"

The present volume is divided into two main parts. In Chapter I of the first part the author investigates the relation between management, power and democracy.

The subject matters of Chapter II are the scientific management, cybernetics, the automated and integrated management, respectively. In the opinion of the author, scientific management is a rational, co-ordinated, systematic activity based on the knowledge of the lawfulnesses and principles relating to the motion of the phenomena.

According to Chapter III, society is the unity of interlocking complex elements, thus it may be said that the subject matter of this chapter is the system character of management.

In Chapter IV the author investigates dynamism as a significant feature of modern management. Dynamism manifests itself in the fact, that such a structure is provided for, which renders the optimal utilization of power sources possible.

The subject of Chapter V is the analysis of certain features of management, highlighting the strategically farsighted management, i.e. the apprehension of the long-range development of the managed system.

Chapter VI deals, among others, with the planned character of the management.

The title of the second part of the volume is: The principles of the management of our socialist society.

In this part, Chapter VII deals with the principles of management in socialism, with the principles of the management of the extensively developed Rumanian society. It should be emphasized that the second part relates especially to the Rumanian conditions.

Chapter VIII treats the participation of the workers and employees in the management, Chapter IX analyzes the uniform character of the management of social-economic activities, whereas Chapter X tackles with the productive application of democratic centralism corresponding to the concrete historical conditions. Chapter XI deals with the raising of the material and cultural living standards on the strength of the increase of the production. The last Chapter XII is devoted to the inner and outer conditions of the building of socialism, to the investigation of the harmonic relation of the home and foreign policies of the party.

M. Lázár

VIDLÁKOVÁ, O.: PRÁVNÍ OCHRANA ŽIVOTNÍHO PROSTŘEDÍ
(Legal protection of environment), Vol. 1-3, Universita
Karlova, Praha, 1982, 1984, 1987. 106 p., 142 p., 130 p.

These three volumes of the author were issued as a manual of the department of environment protection and regional ecology of the faculty of natural sciences of the Charles University

of Prague. The work of the department is of a complex character, in addition to the biological subjects, attention is paid to the social sciences, too, such as the law of the protection of environment, sociology, psychology and the economic sciences.

The first volume is an introduction into jurisprudence, taking into consideration the aspects of the care for the environment. The author takes as a basis generally the concept of the "care for the environment" and not that of the "protection of environment", indicating a broader scope of activity than the mere protection. The author intends to give information of a general character to the students on the essence of law, on the sources of law, on the structure of the state, on the sources of Czechoslovakian law, on the process of the application of law, on the nature of state administration and on the administrative activity.

The second volume proceeds from the general questions of the legal regulation of the care for the environment and investigates the place of this regulation in the Czechoslovakian legal system. The author introduces the role of the individual legal branches (constitutional law, civil law, criminal law, economic law and administrative law) functioning in the care for the environment. Further on, she deals with the individual environmental components according to branches as reflected in the effective legal norms. In the first line, various aspects of the care for the health of the man are investigated, then the author comes to the introduction of the protection of the air, water, earth, forest, mineral resources, nature, of the rendering harmless of noise and vibration, of the atomic safety, the re-employment of solid wastage according to the given aspects. Finally, she deals with the question of the areal planning, the investment activity included.

The third volume can especially reckon with interest because it introduces the organizational structure of the care for the nature. This is one of the most vexed questions in each state since the care for the environment cannot be the task of one single ministry due to its comprehensive characters and even in states where a ministry of protection of environment has been established, tasks in abundance fall on the other ministries for safeguarding the environment.

The author surveys in the aggregate the tasks falling on the administrative organs in the care for the environment in the first part of the volume. She investigates the relation of the administrative organ to other organs of the state mechanism in the field of the protection of environment, the tasks falling on the central administration and on its organs in this connection both on federal and republican level, the tasks of territorial organs (national committees and special local organs, such as the inspectorates of water conservancy, regional mining authorities, the geodetic and cartographic centres, etc.) in the realization of the care for the environment.

The second part of the volume deals with the organizational-institutional solutions of the care for the environment according to the individual territories, corresponding essentially to the sectoral grouping to be found in the second volume. The author summarizes her statements in that the tasks of the care for the environment are performed by the whole complex of the administrative organs arranged on various levels of

Internationalia

the management. No separate organ is established for this problem but the so-called principle of responsibility predominates. This means that particular ministries, and other central administrative organs, respectively, are responsible for the care for the components of environment entrusted to them. The ministries performing these responsibility tasks are, in the majority, republican ministries. The author states further on that in the fields where, according to the law, and to the enacting clauses, respectively, a division of labour exists among the individual organs and the individual levels of the management, the completion of the various tasks can be better ensured in the practice with the protection and formation of the given components of the environment. The author points to the importance of the co-ordination also in this field, namely both in vertical and horizontal respects.

In the Czechoslovakian legal literature the protection of the environment is one of the most important questions. The Environmental Council established beside the government of the Czech Socialist Republic published recently the valid wording of legal norms on the protection of the environment in three volumes, in the compilation of which Vidláková, O. also participated. The just treated manual is organically connected therewith since the two undertakings jointly give an overall picture of the legal questions of the protection of environment, and of the mechanism thereof, respectively. In addition to the statutory law, a thoroughly elaborated, clearly arranged summary is also available, so the research worker can gather reliable information on the legal questions of the care for the environment in Czechoslovakia.

L. Trócsányi

PAUCKE, H.: KARL MARX AND FRIEDRICH ENGELS ÜBER DAS VERHÄLTNIS VON NATUR UND GESELLSCHAFT, Zentrum für Umweltgestaltung, Berlin. 1983. 83 p.

The volume published in the informative series on the protection of environment is extremely actual and interesting. Nowadays, mankind has come to the dilemma: the overall environmental harms arrived at the level of "irreversibility", their further increase threatens the existence of mankind itself and of the surrounding living world. The opinion of the greats of social science, the founders of scientific socialism has never been more actual concerning the great, comprehensive questions of human progress, the development of society, the economic endeavours and the protection of environment. The selection is highly successive and reflects the early recognition of the fact that the planless and resolute development of the productive forces implies negative effects on the man and on the nature, as well, as makes us realize that just Marx and Engels pointed out the ways and methods by the means of which the detrimental effects emerging in the way of the material development can be eliminated. Quite a few volumes containing essays and extractions were published on this question, let us mention

e.g. the work of the American H.L. Parsons entitled "Marx and Engels on Ecology" (1977) and that of the Yugoslav B.Jaksic, entitled "Man, nature and human settlements".

The subject matter of Chapter I is the analysis of the questions how the dialectics of nature can be recognized, how the circulation of nature functions, how transient all living creatures and all phenomena of nature are in the universe. It points to the fact that in the way of the evolution into Man, rules developed first in unwritten, then in written form which preferred certain patterns of behaviour and pronounced other patterns of behaviour as crimes.

Chapter II gives a brief summary of the views of Marx and Engels in respect of the significant turns of the history of mankind. It stresses that man gained the ascendancy over the animal by his productivity, the work rendered him really a man, the evolution of human society depends on the productivity of work. Man is the product of nature, consequently, he cannot exist out of it. As a consequence of the development of productive forces, however, the universally developed man is the product not of nature but that of history.

Chapter III deals with the dialectics of the nature and the society. As long, as people are living on the earth, these two factors will be in interaction. The original, virgin Nature does hardly exist any more on the Earth. We must not cherish the illusion of victory, won over the nature - said Marx, and his view, as the words of the reason and intellect can be set with a clear conscience against the voluntarist slogans of the fifties on "the new victories won over the nature". According to Marx, these Pyrrhic victories will always have their revenge. There are foreseeable and unforeseeable consequences. The people who cleared the forests in a considerable part of Mesopotamia, of the ancient Greek territories, of Asia Minor in order to build up towns, did not dream of their working for the establishment of the preconditions of their own pauperization, of their ruin. In the history of mankind, this inclination to self-destruction manifested itself sometimes powerfully, sometimes rather slightly, the socialist society is the first in the history which is able to investigate these phenomena with a scientific profoundness and to elaborate comprehensive programmes for their elimination. The natural sciences and the social sciences, as well, as the practice relying upon the results of the theory have to give answer to these questions. The intelligence and the knowledge of facts of the man are revealed, after all, on his understanding, how and to what an extent does the man alter the nature for his purposes. Chapter IV gives answer to the questions of the metabolism between the nature and the society and analyzes the relative views of Marx and Engels. It points out that the basis of the successfulness of the human industry is the knowledge of nature since the man could not exist without his natural environment. The productivity of the work depends on the natural conditions in several respects. The man can fabricate his own products only in the way nature does itself and he is assisted in his productive work by the forces of nature. As it was pointed out by William Petty, the father of welfare is work, its mother, however, is the earth, with its products and resources. All production epochs have their common partic-

ularities, certain conditions. Under the conditions of the capitalist society, the factory is well organized, the society is, however, anarchical. The expropriation of capitalist character of the worldly goods interferes with the public interests since the capitalist ignores the people. The capitalist production cannot be stable, it has to expand, to increase, otherwise it will be destroyed.

Chapter VI deals with the capitalist behaviour towards the nature, and it quotes Marx's statement according to which the capitalist way of production offends the metabolism between man and earth, undermines all sources of the wealth. The capitalist struggles for his profit, the worker for his health. The circumstances of the 19th century are mentioned which rendered the life for the great masses of workers practically hopeless, intolerable. The experiences of the 20th century of the frightening "slums" of the Anglo-Saxon cities, of the French "bidonvilles" or the "favelas" defacing the environment of Rio de Janeiro, and those of the districts of poors being in want of any human character of the suddenly grown large cities of the Third World, could also be added. The ruthless exploitation of forests and lands is the consequence of social factors the victim of which will be the whole society.

Chapter VII analyzes already the connections of the periods of socialism and communism to the nature. The resources of the world are immense, in the next centuries mankind can live in hitherto unimaginable abundance if in the course of the production the man takes notice of the objective potentialities offered by this planet, is concerned about the health of the next generations, recognizes the laws of nature and makes them systematically work for his own benefit. In this way, he becomes really the master of nature.

This useful volume is completed by an index.

M. Udvaros

GHERASIM, D.: TEORIA GENERALĂ A POSESIEI ÎN DREPTUL CIVIL ROMÂN (The general theory of possession in Rumanian civil law), Editura Academiei Rep. Soc. Rom., Bucureşti, 1986. 190 p.

The aim of the book is - as it follows from its introduction - to help the applier of law to find legal solutions to concrete cases. It elucidates the effect of certain novel statutory provisions on the old practice. On the strength of the studying of the Rumanian and foreign literature and legal practice, it makes de lege ferenda proposals with respect to the Civil Code in preparation. Possession, being a factual state, produces important legal effects, as the long-lasting possession may result in the acquisition of property through usucaption. Another example: the bona fide possessor acquires also the produces of the property, etc. Therefore, the author has chosen a significant subject matter. Moreover, the new legal rule touches upon the questions regulated by the old Civil Code, consequently, the comments of the author give orientations in this respect, too.

The book is divided into three main parts. The titles are: The characteristic features of possession; The effect of possession in respect of the usucaption of immovable properties; Legislative and judicial protection of possession.

In the opinion of the author, the possession is a factual situation, state, being the condition of permanent character of the rights originating therefrom. The possession contains elements without the existence of which possessing is inconceivable. These elements are the corpus, the material domination over the object known from the Roman law and the animus sibi habendi, i.e. the psychological element corresponding to the domination. The psychological element "animus domini" means that the volition of the possessor tends to conduct himself as the person entitled to the property rights. In this respect, the subjective theory of Savigny points out: it is only the volition of the possessor that has significance in the question of possession. On the contrary, according to the objective theory of Shering, the criterion of the distinction between the possession and detention is not the volition of the possessor but the title of possession (*causa possessionis*). According to this conception, the existence of the possession is substantiated not by the volition of the possessor but by the objective legal norm. According to Shering, the protection of possession i.e. the action for possession, and the recourse thereto, respectively, shall be permitted not only to the proper possessor but also to the precarious possessor, i.e. to the licensee or the favoured holder, e.g. to the tenant, the trustee, etc.

The two kinds of theories did practically affect the law. Accordingly, corresponding to the objective thesis, in the German and Swiss laws, both the possessor and the licensee, the precarious possessor can have a recourse to institute an action for possession. On the contrary, in the French, Italian, Dutch, Japan and Rumanian laws, the theory of Savigny was accepted, according to which the possessor holds the object as an owner, more precisely, he regards it as his own.

In certain respects, there is no practical difference between the two solutions. Sjerling, namely, pointed out, that the precarious holder cannot acquire the property by usucaption.

The author, on the basis of the subjective theory of Savigny, suggests that de lege ferenda certain differences between the Rumanian civil and procedural laws should be eliminated. Sjerling required the evidence of the intention of possession, which caused some difficulties in Germany. In the Rumanian legal system no such difficulty occurs since a presumption (*presumptio juris tantum*) exists in respect of the intention of possession.

For the sake of brevity, it should be pointed out in general, that the author analyzes the appropriate aspects of the question of possession in the sphere of the property of society in the appropriate places, thus e.g. he refers to the fact that in the sphere of this property the animus of possession is realized through the particular collective of the socialist workers.

In the book differences are made, among others, between the original and the derived possessions, between the brevi manu procuration and the procuration by the way of the formal act establishing the possession.

Dealing with the forfeiture of possession, the author draws a distinction between the simultaneous forfeiture of the "corpus" and "animus" and the forfeiture of only one of them. He differentiates further between the forfeiture from the free will of the possessor and that beyond his control. The author expounds the question of the suitable legal effects.

In the opinion of the author, in case of "solo animo" the possession is exercised only by the maintenance of the volition of possession, this situation does not interrupt the course of possession, it does not affect the possession to the legal effect necessary for the usucaption. This continuity is the behaviour of the possessor. On the contrary, the act of a third party means the interruption of the possession.

In connection with the undisturbed quality of possession with respect to violence, distinction has to be made between the mistaken violent character and the violence-free character of the making of the deal, in the one hand, and the absence of violence in the possession as a factual state, on the other hand. With a mistake of the wilful act at the effectuation of the deal, in the same time, the state of possession might be troublefree, free of mistakes; this has no relation to the erroneous character of the transfer deal. They are two different things.

The author is led by his comments to make a distinction between the various holders. He differentiates according to the nature of the titles and according to the existence of some kinds of property right - the right of ownership not included - in respect of the particular property. Accordingly, he distinguishes between precarious holders and precarious possessors, the latter (e.g. the beneficial owner) being namely real possessors within the limits of the established property rights. In respect of the holders (e.g. the tenant, the salesman not transferring the object of sale, the malevolent builder, the purchaser acquiring the real property by a simple private contract, etc.) the author formulates various theses, taking into consideration the judicial practice.

A separate analysis is contained in the book on properties which can be held in the possession of nobody else but the owner. Such properties are the goods that are not subjects of sale, i.e. the properties of the nation, as well, as the lands. There are special legal norms containing suitable regulations e.g. in respect of the property rights of new type. Accordingly, the property transferred into use can be possessed only within the prescribed framework and such property rights may not be opposed to the establisher (the state). The author enumerates three property rights of new type, connected to the socialist property, namely: the property transferred to direct management (enterprise), the right of usufruct for the area being the property of the society, the co-operative land transferred into the use of the peasant by the agricultural co-operative.

The author analyzes the conditions and circumstances of the acquisition, preservation and forfeiture of the possession and the corresponding legal effects, questions of the subject and object of possession as well, as questions of the conditions and deficiencies of the possession. In the last part of the volume, it is the theoretical foundation of the protection of possession, as well, as the legal nature of the action for

possession, that are analyzed. The author touches upon the specific characteristics of the actions belonging to this range. The subjects of the actions for possession are the immovable properties, in respect of the movable properties, the Civil Code provides for separately. The author treats the questions of the disturbance of possession, the reinstating in the possession, etc. In respect of the discussions on all these questions, the author takes his position and gives the motives for that.

M. Lázár

CĂPĂȚINA, O. - ȘTEFĂNEȘCU, B.: TRATAT DE DREPT AL COMERTULUI
INTERNATIIONAL (Manual of international commercial law),
Vol. I., Partea generala, Edit. Academiei, București,
1985. 295 p.

The volume is characterized by the conciseness, the especially successful proportions and the clear systematization. The conciseness rendered possible that the authors could expound a comprehensive material. The authors included in the volume even branches of law, which have become essentially independent. They touch upon them in broad outlines, although the elaboration e.g. of the law of promissory notes or the international law of inventions in a separate volume would also be conceivable. The authors made use of Rumanian law and of the foreign legal literature. This is proved by the numerous references to the literature and to the practice.

Chapter I outlines the general characteristics of international commercial law. The authors specify in this part the subject of the international commercial law, namely: the regulation of the property (financial) connections between equal legal entities and natural persons, originating in the framework of the international economic co-operation. Not all such legal relations in the international relations belong, however, to the framework of the international commercial law, but only those, corresponding to the following two characteristics: the simultaneous existence of the commercial character and that of the international character.

As for the commercial character, there exists an objective conception and a subjective one. In Rumania, the law No. 1 of 1971 accepted the objective conception. At the same time, the specification of the law is not comprehensive.

In respect of the international character, the authors consider the presence of an intensive foreign element essential, by the virtue of which the particular legal relation is suitable for being regulated by several legal systems.

The authors delimit the international commercial legal relations from the relations of international private law and from those of the international public law.

The authors introduce the development and, the sources of international commercial law and the questions of the relative codification.

In respect of the participation in the international trade, they deal with the legal status of the Rumanian and

Internationalia

foreign participants, outline the regulation relating thereto, which enterprise is specialized to these activities, which enterprises and under which conditions can manage their commercial relations with foreigners in a certain range.

Chapter IV is entitled: Legality of the activities. The comments tackle with the questions of the principle of legality, the economic legality of deals in the international trade, the financial legality of the commercial deal, the currency legality of the deals. In this field, the authors deal with the question of taxation, with the avoidance of double taxation and with the customs questions of the exportation of goods.

The authors devote a separate part to the subject matter of legality under private international law.

In respect of the conflicts rules of the Rumanian private international law, the treatment relating to the status of natural persons and of legal entities and to the formalities of the transactions should be noted. The authors investigate and analyze the application of the Rumanian law, and of the foreign law, respectively. In connection with the application of foreign law, they treat the question of the knowledge of the foreign law. They refer to the fact, that according to Rumanian law the plaintiff referring to foreign law is obliged to enclose the copy of the relative legal norm to the petition. To become acquainted with the foreign law, written evidences and not witnesses are required and, as in the common law system, a hearing can be given to the experts with a view to gathering information about the foreign law.

If the provisions of the foreign law cannot be stated, Rumanian law can be applied in order to avoid the repudiation of litigation. According to the Rumanian Civil Code litigation cannot be repudiated.

The provisions of the foreign legal norm can be considered an issue of facts, and a question of law, respectively. According to Rumanian private international law, the foreign legal norm shall be considered a question of law. The application of the foreign legal norm can be avoided with respect to public policy. In connection with the exclusion of foreign law, the authors investigate the two likely cases, namely the intention of the parties to circumvent the applicable law, and the incompatibility of the norm with the international public policy, respectively. In respect of the circumvention of law that is important, that the parties want to achieve that the case be judged not according to the law to be legally applied. There is a subjective condition: to circumvent the conflicts rules of the lex fori. The objective reason, by which, instead of the law to be applied, another law is applied, is the change of a decisive fact, e.g. the change of the nationality or the change of the location of the subject-matter of the litigation, should these affect the law to be applied. With reference to the public policy, the application of foreign law can be refused for a reason following from the social system of the forum state or which would interfere with the essential interests of this state.

In the last chapter the authors treat the problems of the settlement of disputes in the international trade. The subject matter of the first part is the related legal system in general. According to the Rumanian law, the litigated issues con-

taining foreign elements get mainly before the courts and the arbitration courts for judgement. The Rumanian jurisdiction has general competence, with certain exceptions laid down in legal norms. At any rate, it is an exception if the parties want to bring their case before the arbitration court for judgement. This is often the case when the parties do not know the legal system which would be otherwise applied.

From among the questions treated in the last chapter the following ones are worth stressing: the statute of limitations, the lapse of the right to execution, the legal rules to be applied for the evidence, the legal nature and the various theories relating to the structure of the arbitration court, the characteristics of the agreement to the arbitration, the legal rule to be applied to the agreement to the arbitration, the institutional and the ad hoc forms of the arbitration court.

M. Lázár

CAMIÑAS, JULIO G.: LA LEX REMMIA DE CALUMNIATORIBUS.
Universidad de Compostela, in: Monografias de la
Universidad de Santiago de Compostela 95. Santiago
de Compostela, 1984. XV + 131 p.

The Spanish Romanist chose for his analysis a subject which belonged up to now to the rather neglected fields of the research work in the literature. The question of *lex Remmia* was comprehensively investigated the last time by Henricus Brenemannus in "*Lex Remmia: Sive de legis Remmiae exitu*" as this can be concluded on the basis of Otto's "*Thesaurus*" published in 1744. The disinterestedness in *lex Remmia* is therefore striking, because this statute is in close connection with one of the cardinal questions of the Roman procedural law, meaning thereby equally the "criminal" and "civil" procedures in the modern sense. The ratio legis is obviously the possible reduction of the number of actions. It is the occasio legis which requires a thorough analysis, namely, that why just in the last century of the republic - in all probability in 91 B.C. - was this law passed.

The *lex Remmia de calumniatoribus* is completed by the *senatusconsultum Turpillianum* dated from the imperial period - the date of origin is 61 B.C. The author treats this *senatusconsultum* in the so-called appendix of his work. The coming into being of the *senatusconsultum Turpillianum in se* is the evidence that the *lex Remmia* was in force for a long time and was not the victim of desuetudo. The Spanish Romanist undertakes in his work also the revelation of the connection between *lex Remmia* and *senatusconsultum Turpillianum* completing the former.

In the first chapter of the book Camiñas investigates the rather complex questions of the date of origin of *lex Remmia*. He emphasizes that the origin of this law cannot be generally separated from the regulation concerning the calumnia. Unfortunately, for the lack of sources - and this relates both to the legal and not legal sources - the true text of *lex Remmia*

cannot be reconstructed. In respect of the denomination by itself there exist some uncertainties. Valerius Maximus namely writes about *lex Memmiae* (3.7.9.: *quum id vitare beneficio legis Memmiae liceret, quae eorum qui reipublicae cause abessent, recipi nomina vetebat, in urbem tamen recurrit*). In spite of this fact the name *lex Remmia* is plausible - and also the reviewer agrees therewith - as it is proved by the considerably higher number of sources designating this law in this way. As for the date of origin, Camiñas refers to the fact, that only the terminus post quem non is known. This may be concluded on the basis of Cicero - *oratio pro Rosc. Am.* 19.55. The terminus ante quem non is 149 B.C., from this year originates namely the *Lex Calpurnia* initiated by the people's tribune L. Calpurnius Piso. The quaestio de repetundis was made according to the *lex Calpurnia*. Camiñas also subscribes to the opinion represented in the literature first by Lange according to which the *lex Remmia* dates in all probability from 91 B.C. He refers to Brencomannus, too, who also regarded the *lex Remmia* as a law launched by the people's tribune Remmius who was the follow-tribune of Livius Drusus, as it may be concluded on the basis of *De viris Illustribus Urbis Romae* 66.

Further on, the author analyzes thoroughly the concept of calumnia. Investigating this question, he examines first the objective element and then the subjective one. In respect of the objective element, the phrase "*nisi prius de causa iudicasset*" to be found in Cicero's *oratio pro Murena* 28.60. means a very valuable information. This refers namely to the fact that the accuser has to be sure, already before the act of accusing, of the well-grounded character of the charge. In the literature the question of the subjective element is much debated. The author attempts the definition of the subjective element, taking for basis the results of the works by Rein, Labouyale, Humbert, Hitzig, Mommsen, Costa, Bohacek, Falchi Lauria, Lemosse and Brasiello. The condition of calumnia is the dolus on the part of the accuser, also in the opinion of the author. As a matter of course, to prove this subjective element in the course of the action is not an easy task. In this connection, one of Pliny's letters is very illuminating (3.9.30.: *Est lege cautum ut reus ante peragatur, tunc de praevaricatore quaeratur, videlicet quia optime ex accusatione ipsa accusatoris fides aestimatur.*). In this sense, the subjective element of the calumnia would be in close connection with the praevaricatio known also from other sources, which in turn could be already proved. On the other hand, iustus error leads to exculpation. The author examines in detail the comment of Marcianus, written to the *senatusconsultum Turpillianum* (D. 48.16.1.3.) in which information may be found on the calumnia concept of *lex Remmia*. The author takes the view that the text in question is not interpolated as for its essence. It is, however, conceivable, that the compilers modified the original text to a lesser degree in the form of some commentaries. Camiñas deals in this part with circle of persons who can bring an action sine periculo calumniae. In this respect, he comprehensively analyzes C. 9.45.2. (*Imp. Alexander A. Apolloniae*). In the opinion of the author, the *lex Remmia de calumniatoribus* regulates and sanctions the calumnia in the range of delictum publicum. To this effect, the concept of calumnia mentioned here has to be separated from the

calumnia known in "civil" actions.

In the forthcoming the author deals - in connection with the calumnia - with the justifiability of the procedure initiated on the strength of the lex Remmia. He refers to the fact that before the coming into force of the lex Remmia the calumniator had to reckon only with certain financial penalties. It is an undeniable fact that this system was not suitable for the appropriate sanctioning of calumnia. The edict relating to the calumniator, offered only an action in factum for the injured party where there was a fourfold sanction within a year, but only the simplum over one year. In connection with the regulation of calumnia, originally belonging exclusively to the sphere of the economy, Caminas surveys the insufficiencies of the accusatory procedure. In this respect he refers to the tergiversatio which had originally no appropriate sanctions. Considering Corpus Ciceronianum, references may be found in several cases to the extent of unfounded accusations pregnant with serious consequences in the last century of the republic. The rigorous regulation is motivated also thereby. By reason of or. pro Rosc. Am. we can form an especially clear opinion on the propagation of calumnia. Camiñas points out, that, according to the lex Acilia repetundarum, the person levelling a successful charge - if being a peregrinus - obtains the civitas Romana.

In the subsequent part of his work Camiñas analyzes the order of actions taken on the basis of lex Remmia de calumniatoribus. He examines C. 9.46.1. (Imp. Alexander A. Sabino) in details, in which reference to consuetudo can be found. It is worth mentioning that in the literature no due attention has been paid until now to this part of the source. Thus e.g., neither Schmiedel nor Bove refer to this passage of source in their works dealing with the customary law. The author points also out that over the question of calumnia the same court has jurisdiction with which the basic procedure took place in the course of which the calumnia was brought up. In the literature it is also a vexed question whether the calumnia created on the basis of lex Remmia should be considered crimen publicum or crimen extraordinarium. Hermann, Walter, Platner, Rein and Ritzig, essentially regarding calumnia as identical with praevaricatio, emphasize the crimen extraordinarium character of calumnia. True, that there is no separate quaestio for the decision of cases connected with calumnia and this is by itself an argument against the crimen publicum character of the calumnia. The author arrives to the conclusion that, depending on the basic procedure, the procedure connected with the calumnia is either a crimen publicum, or a crimen extraordinarium and this is plausible even in our opinion.

In the next chapter Camiñas investigates the sanctioning of calumnia by reason of lex Remmia (poena calumniae). The thorough survey of the secondary literature is followed by the analysis of sources. The "appendix" of the book contains the examination of the above already mentioned senatusconsultum Turpillianum. The significance and importance of this senatusconsultum from the point of view of lex Remmia de calumniatoribus were already referred to. The interpretation of the senatusconsultum attached to the name of the consul Petronius Turpillianus is considerably facilitated by that it is in all likelihood the result of lawyer's work.

Internationalia

The book of Camiñas is of a pioneering character in the field of the Roman-law roots of the legal sanctioning of "false accusation". The work may deservedly reckon with the interest not only of the scientists of Roman law but also of those of classical studies and of lawyers dealing with procedural law.

G. Hamza

MANNINO, V.: RICERCHE SUL "DEFENSOR CIVITATIS"
(Research on "defensor civitatis"), Diritto Romano
e dei Diritti dell' Oriente Mediterraneo LXII, Milano,
Dott. A. Giuffrè Editore, 1984. 250 p.

Vincenzo Mannino, the young Italian scientist of Roman law, analyzes again a question belonging to ius publicum. (In his first book, he chose the auctoritas patrum as the subject of his research work.) The literature of the recent years has not dealt with defensor civitatis, which developed in the period of the decline of the Imperium Romanum. This debt is much the more conspicuous because the subject matter is an institution belonging to the scope of research of the scientists of politics, in addition to the historians of antiquity and to the scientists of Roman law.

In the introduction of his work, the author emphasizes that in addition to defensor civitatis, the notions of defensor senatus and defensor ecclesiae can also be found in the sources. Although these two latter mean unsurveyed fields in the literature, the author does not deal with them in his book. He points out, that the defensor has some equivalents in the Greek sources (such as ekdikos, syndikos). Mannino treats in the introduction the aspects taken into consideration in the analysis of the institution. He emphasizes further on that the range of the problem of the defensio civitatis cannot be separated from the outlook of the special constitutional structure of the Imperium.

In the first chapter the author investigates the origins of defensio civitatis. Relying mainly upon the research work of Rees, he refers to the papyri originating from the 4th century A.D. and having been discovered some decades ago in which the termini technici ekdikos and syndikos seem to cover a content more or less similar to defensor civitatis. The position of the ekdikos, and syndikos, respectively, of some municipia differs, however, considerably from the position of the defensor civitatis, appearing in the imperial constitutions. The defensor civitatis namely had also a decision-making authority in certain cases of less importance, as it is unambiguously evident from the constitutions of Valentinian I dating from 368 B.C. (C. Th. 1.29.1.). It is, however, an other question that perhaps also the ekdikos and syndikos exercise de facto some rights of jurisdiction. On the basis of the collection of papyri, truly reflecting the Egyptian jurisprudence, it is evident that the spheres of authority of the ekdikos, and syndikos, respectively, and of the defensor civitatis, regulated by the imperial legislation do have common features. The ekdikos is almost with-

out exception a monocratic munus in the sources, whereas in the case of the syndikos, often the fellowship appears if several persons participate in the proceedings. The connection between the syndikos (more precisely syndikoi in the considerable part of cases) and of the community is generally stable, of a personal character and of a representing type. The connection of the ekdikos and the community, on the other hand, is characterized by a kind of a relation of a magistrate type. The author analyzes in detail the above already mentioned constitution, issued by Valentinian I (and formally by Valens). In the opinion of Mannino, the imperial decree relates exclusively to the western part of the Imperium, moreover, within it, in all likelihood only to Illyricum. The constitution addressed to praefectus praetorio Probus (Probus was the praefectus praetorio of Italia, Illyricum and Africa) puts the plebs omnis Illyrici under the protection of the defensor against the trespasses (iniuriae) of potentes. The protection of plebeians means munus for the patronus whose personal scope is precisely prescribed by the constitution. In the eastern part of the Imperium several constitutions are to be found (C. 6.1.5.; C.Th. 1.29.2.=C. 1.55.1.; C.Th. 1.29.5.= C. 1.55.3.; C.Th. 13.10.7. and perhaps C.Th. 2.4.2.) which contain provisions in respect of defensio civitatis. It is the particularity of these imperial decrees that they are completely independent of the provisions contained in C.Th. 1.29.1., constituting the patroni plebis of Illyricum. This may be attributed mainly to the fact that pars Orientis in se has a particular social-economic structure rendering necessary a special kind of regulation in an autonomous manner.

In the second chapter the author investigates the institution of defensio civitatis in the period before the issue of Codex Theodosianus, first in the western part, and then, in the eastern part of the Imperium. He states that in the pars Occidentis the patronus (defensor) plebis became known most likely until 373 A.D. everywhere, or at least in the territory of Italia and Africa. The patronus (defensor) plebis may be considered a so-called peripheral organ of the state. The reason thereof is that the patronus is invested with power by the praefectus praetorio. At the end of the 4th century and at the beginning of the 5th century the sphere of authority of the patronus (defensor) is more and more widened: it comprises the administrative affairs, as well, as the policing and - perhaps - judicial cases. On the strength of C. 1.55.8. pr., the personal scope of the patronus-defensor extends considerably as this office can be held also by bishops and clerici. Analyzing the question of defensio civitatis in the pars Orientis, the author states that in this part of the Imperium the sphere of authority of the defensor extended to an even increasing extent. C.Th. 3.11.1 is a highly interesting, in which - instead of defensor - the terminus technicus vindices appears. Vindices, however, perform the same duty as the defensor. On the basis of the analysis of C.Th. 12.6.23., C.Th. 1.29.7. and C.Th. 1.29.8., he comes to the conclusion that at the end of the 4th century the sphere of authority of the defensor comprehends an even increasing scope also in the eastern part of the Imperium. It is the result of the widening scope of duties, too, that defensio civitatis can be interpreted equally as a municipal and a state activity. In the opinion of Mannino, the

defensor-corps coming into being in pars Orientis may be regarded partly as municipal organs, partly as state ones.

In the third chapter the author investigates the *defensio civitatis* in the period following the coming into force of Codex Theodosianus. In the first part of the chapter he treats the epoch until Justinian, whereas in the second part the period of Justinian. Following the issue of Codex Theodosianus the widening of the sphere of authority of the defensor appears similarly to be tendency-like. Therefore, it is obvious that *defensio civitatis* is a very effective instrumental device of the continuously widening state bureaucracy. Some provisions of Edictum Theodorici relating to the defensor (cap. 52 and 53) are very interesting. According to them, the role of the defensor became more significant in the course of the settling certain formal acts, as well. The survival of *defensio civitatis* in the Ostrogoth kingdom proved the vitality of this institution well. As for its essence, this institution is modified only slightly in Justinian's period. Analyzing thoroughly C. 4.30. 14.4.-6., - being the earliest Justinian source - the author summarizes the particular features of this institution. The change manifests itself in the fact, that the bishop is invested with a right to review the decisions of the *defensor civitatis*, as it may be deduced e.g. on the strength of the Novel No. 8 from the year 535. In the first half of the 6th century, the social prestige of the defensor reduced to a great extent, and this was a general phenomenon in the Imperium. Therefore, the control exercised by other organs is also necessary. The text of the Novel No. 15 is also subject to a comprehensive analysis. This Novel prescribed the sphere of activity of the defensor in a very precise form, laying down his authority accurately. On the basis of the Novel, it is obvious, that *defensio civitatis* attained a, so to say, closed form just under Justinian, and therefore, Chénon's opposite view cannot be regarded as pertinent. Investigating the question of the survival of *defensio civitatis* in the area of pars Occidentis, Mannino deals more circumstantially with Gallia, where the bishops perform - as for the contents - also the duty of *defensor civitatis*.

The book of Mannino, published as the volume No. 62 of the series of transactions started in 1937 of the Institute of Roman Law and Laws of Eastern Mediterranean of the University of Rome (La Sapienza) is incontestably a work based on the thorough analysis of the sources. The author formulates his conclusion on the basis of the comprehensive analysis of *defensio civitatis* relying upon the complete *sedes materiae*. He offers an appropriate survey of the centuries-long development of this institution of a rather complex character, connected to the changes of the economic basis to an increased manner.

G. Hamza

DITTATURA DEGLI ANTICHI E DITTATURA DEI MODERNI
(Ancient and modern dictatorship), A cura di G. Meloni.
Introduzione di C. Nicolet, in: Biblioteca di storia
antica 16, Collana diretta da L. Capogrossi, Colognese
e L. Labruna, Editori Riuniti, Roma, 246 p.

It is hardly necessary to stress the actuality which the political-institutional system of the republican and empirical Rome has in respect of the research of politology and not only from the aspect of the history of sciences. In this framework the institution of the dictatorship has a special role. The authors of the volume to be reviewed have set the analysis of this special Roman institution as an aim.

In the introductory study, Claude Nicolet emphasizes that Rome "does not end with the Romans". With this statement, he keeps in view actually the conception of Rousseau. He refers, however, to the fact, too, that a considerable number of Rousseau's contemporaries - such as e.g. Volney - were for a complete turnback to the ancient traditions. Nicolet points out, that in the first place it is the model function of some institutions of the antiquity, that has a significance for the researcher of the modern age. In this connection also the institution of the dictatorship comes into prominence. As a matter of course, in respect of the dictatorship - similarly to e.g. the *libertas* - the contrast between the antiquity and the modern age is highly marked. Nicolet refers to the fact, that the concept of dictatorship is subject to certain - in a Roman sense - constitutional conditions. According to the formulation of Mommsen, dictatorship in this sense shows some kindred features with a sort of "exceptional state" - regarding the period following the appearance of Cromwell in the European history. From another side, following with attention the "survival" of the dictatorship, essentially from the 18th century - and especially after the victory of the Great French Revolution - dictatorship has even increasingly become a notion meaning despotism. Nicolet emphasizes, with reference to Jean Maurin, the sacral character of the dictatorship, as well, as its part played in the reduction of tensions bringing about the risk of breaking up the frameworks of the state (*sedandae seditioris causa*). Briefly surveying the "after-life" of the dictatorship, Nicolet refers, in respect of the political structure, to the theory of Auguste Comte - the essential element of which being the refusal of the English parliamentarism. In his opinion, the triumvirate functioning as the deposittee of the executive power could wield its power essentially in a dictatorial manner, which, however, would not mean e.g. the restriction in the slightest degree of the liberty of thought. The dictatorship in this sense is actually equivalent rather to the enforcement of power, or, in other words, to governing.

In the first part of the volume of essays, the authors survey the relation of Lenin and Rome. In this part, Johannes Irmscher - the author of the first essay - analyzes the relation of Lenin to the antiquity. Irmscher refers to the fact that the Graeco-Roman antiquity represents a greater value for Marx and Engels, similarly as for the intellectuals of Germany of that age, than for the intelligentsia of Russia of the last

century. The reason thereof is of a double character: this divergence can be traced back to the curricular structure of the secondary schools of Germany (although the German model is decisive also for the secondary schools of Russia), on the one hand, and to a certain sweep of the culture in the natural sciences, on the other. All these do not exclude, however, the references to the ancient traditions in the works of Lenin - especially in his philosophical essays - to be found in several respects. Giovanni Meloni investigates in his essay the political theory of Lenin in connection with the tribunate and the dictatorship. He surveys, primarily through the analysis of "What is to be done", Lenin's interpretation of tribunicia potestas. The author emphasizes that the analysis of Roman history has a serious theoretical significance for Lenin. Giovanni Lobrano stresses in his essay "Lenin and the tribunate of the Soviets" similarly the paradigmatic significance of the Roman history in respect of Lenin's political consideration. Lobrano points out, that in respect of the institutional elements of the political structure, a continuity of a certain degree may be proved in the development of the Soviet state structure following the victory of the October Revolution. The evolution of the fate of the so-called "negative power" is worthy of attention in the Soviet political literature (in this respect, the researches of Catalano are highly significant).

The essays of the second part of the volume deal with the antique and modern concepts relating to the dictatorship. Johannes Irmischer investigates the manifold contents of the notion of dictatorship. The comments on the etymology of the terminus technicus "dictatorship" are of a great value for us. The dictator ("dictator ... ab eo appellatur quia dicitur" - Cicero, De rep. 1.63.) is an autochthonous Roman institution and is not founded on a Hellenic model. Irmischer refers to the fact that, according to the conception of David Cohen, dictatorship was originally in all likelihood a religious function. He criticizes the view of George W.F. Hallgarten, according to which the Hellenic tyrannos and the Roman dictator would be identical categories, as for their contents. Hallgarten namely takes rather external marks into consideration with this comparison and pays no regard to the functional divergences. Irmischer refers further to the fact, that according to Livy (2.18.4.) the introduction of dictatorship dates back to the beginning of the republic, the basis of which is a *lex de dictatore creando*. The existence of this *lex de dictatore creando* is, however, highly dubious. Citing Waldstein, the author points out that in all probability the dictatorship has its roots in the institution of the *magister populi*. The *magister populi* - whose subordinate is also the *magister equitum* - is an extraordinary magistrate in the case if the existence of the state is threatened by some internal or external dangers. The limitation of the commission to six months means a guarantee for the aristocracy that the dictatorship does not mean the restoration of the monarchy. The appointment of a dictator of full power (*dictator rei gerendae*) occurred for the last time in 216 B.C. Thereafter, the dictator was appointed only for the performance of some special tasks (thus: *dictator comitorium habendorum causa*, *dictator clavi figendi causa*, *dictator latinarum feriarum causa*, *dictator ludorum faciendorum causa*). Relying

upon Siber, Irmscher points also out that after 202 B.C. the power of the dictators invested with a special sphere of authority was restricted, limited. Further on, the author analyzes Sulla's dictatorship, emphasizing that when coming into power - on the basis of *lex Valeria* - Sulla strictly stood upon the observance of formalities. It is, however, an other question that the sphere of authority of Sulla was special even at the beginning of his dictatorship, to the effect, that he departed from the previous customs (*dictator legibus scribendis et rei publicae constituendae*). Further on, Irmscher deals with the mediaeval survival of the concept of dictator. Dante e.g. (*De vulgari eloquentia* 2.6.5.) calls the troubadours "*dictatores illustres*". This refers by itself to the expansion of the contents of the concept of dictator to a highly significant extent. In the concluding part of the essay the author investigates the "survival" of the dictatorship in the 19th and 20th centuries. He points out that the concept of the dictatorship draws away more and more from the antique Roman dictatorship. It shows kindred features to that only in the fact that also Sulla's, Caesar's dictatorship involved an unrestricted power.

In his essay, Giovanni Meloni analyzes the question of the dictatorship in respect of the Romanistic doctrine, the modern legal-political categories and the nature of power. Meloni refers to the fact that in the range of the research of some institutions of the Roman constitutional law the dictatorship did not find the attention corresponding to its weight, to its significance. He comes to the conclusion that the function of the dictator - like the role of *tribunus plebis* - meets with interpretational difficulties in case if this institution is traced back mechanically to the patrician magistracy.

Francesco Sini analyzes the connection between the dictatorship and *sacrum*. In this essay, Sini polemizes with the presumption of Magdalain according to which *dictio* means also the sacral investiture of the *imperium* and *auspicium*. Gaetano Mancuso tries to reveal the characteristics of Sulla's dictatorship on the basis of the up-to-date constitutional experiences. Mancuso investigates in details the *lex Valeria*, and for this purpose Cicero (*De leg. agr.* 3.2.5.) means him the main source. Salvo Mastellone compares the "Jacobinical", the "Bonapartist" and the proletarian dictatorships. According to Mastellone, the dictatorship in the modern sense is associated in Europe not with the person of Robespierre but with Brumaire 18th, 1799. In his opinion, this is true in spite of the fact that the Jacobins undoubtedly recognized the danger of the military dictatorship. He emphasizes that Babeuf was also opposed to the "*dictature de l'homme*".

Pierangelo Catalano analyzes in his essay the connections of the *consulatus* and the dictatorship, with reference to the Roman "experiment" of the Paraguayan republic (1813-1844). Catalano stresses that in Paraguay the "*triumvirate*" came into being after the revolution of May 14th, 1811. In 1813, the Congress elected two "*consuls*", then, the same public body elected two years later a "*dictator*" first for five years and a year later "*in perpetuum*". José Gaspar Rodríguez de Francia held this office until his death in 1840. In 1841, the Congress restored again the "*consulatus*". The author of the essay in-

Internationalia

investigates the intellectual tendencies which could have an effect on the political ideas of the dictator. He assigns an especially high significance to "Histoire romaine" by Charles Rollin. He refers also to the fact that the consideration of some constitutional institutions developed in the course of the Roman history as paradigms, is not an individual phenomenon in Spanish-America. It is sufficient to think in this respect to the particularities of the state of Simon Bolivar, inspired by the Roman history. In the concluding part of the essay Catalani emphasizes repeatedly the significance of the fact that Paraguay, belonging to the capitalist system, builds up her republican state on the model of the antique Rome.

Salvatore Vandido investigates the practice and the theory of the dictatorship, following the mentality of Garibaldi. He does not exclude the possibility that in the conception of the dictatorship of Garibaldi not only the events of the modern times, but also those of the Roman history played a part. Danilo Zolo analyzes the origin and the development of the Marxist concept of the proletarian dictatorship, taking especially into consideration how Marx goes beyond the theory of Blanqui. Paolo Frezza treats the terminus technicus "dictatorship" as an institutional experiment and event. Frezza investigates primarily the phrase "dictator legibus scribundis (or scribendis) et rei publicae constituendae" relating to Sulla. In his opinion, the emphasis is undoubtedly laid on the element "scribere leges" of the phrase, being effective means of "rem publicam constituere". He points out, too, that - taking Thesaurus Linguae Latinae for the basis - "rem publicam constituere" was a category having a function in the period between Sulla and August. He refers also to the fact that the element "scribere leges" of the above-mentioned phrase explains lastly also the much debated question of the highly enigmatical resignation of Sulla. In this connection, he draws the attention to the following saying of Caesar: "Sullam nescire litteras, qui dictaturam deposuerit" (Suetonius). In this sense the causa of the resignation should be searched in some kind of "political illiteracy".

In the third part of the book essays dealing with questions of methodological nature are to be found. Jerzy Topolski's essay investigates the fundamental problems of the methodology of the history in respect of the history of Roman law. Topolski refers to the fact that in the field of the questions of methodological nature the fundamental question is in rapport with the possibility of concretizing. The historians - and this refers also to those dealing with the history of law, and those of the Roman law, respectively - do not take into adequate consideration the theory of the historical process. Further on, he surveys the particularities of the "fatalist" model and of the so-called "activist" model. He also deals with the questions of the direct and indirect sources. In this respect, the Corpus Iuris Civilis edited in 1583 attains to a role. Vladimir Hanga investigates the significance of the Roman law on the basis of the dialectic and materialist conception. He points out that the Roman law is not only one of the antique laws. Further on - surveying also the related attitudes of the classics of Marxism - he investigates the

Internationalia

emphasis and significance of Roman law in the socialist society.

The "postilla" of Pierangelo Catalano sums up the scientific results contained in the essays of the volume. Catalano, who is the president of the "Gruppo di ricerca sulla diffusione del diritto romano" refers to the high significance of the concept of dictatorship known by the Romans in connection with the research of politology. In this respect he refers to Claude Nicolet who distinguished basically between two kinds of the dictatorship in the European history after Cromwell. As for the analysis of the antique, the Roman concept of dictatorship, Catalano emphasizes the conspicuous importance of the politics, of the political sphere with the Romans. In the concluding part of the survey, Catalano points to the actuality of the Roman dictator - dictatorship.

Summing up, it may be stated that the volume of essays offers a good survey of the particularities of the institution of Roman dictatorship. The international inter-disciplinary scientific co-operation has yielded fruits: the reader can take well the measure of this much debated Roman constitutional institution in the Roman, modern and contemporary history. The work can reckon deservedly with the interest not only of the scientists of Roman law but also of those of political sciences and classical studies.

G. Hamza

BIBLIOGRAPHIA

HUNGARIAN LEGAL BIBLIOGRAPHY
1987. 1st PART

¹ Edited by Katalin B. Veredy. This bibliography contains legal works of Hungarian authors issued as monographs in Hungary between the 1st of January and the 30th of June 1987 material of periodicals (articles) and published in collective works.

The material for the period 1945-1965 is resumed in the following publication: Bibliography of Hungarian legal literature, 1945-1965. Bp. Akadémiai Kiadó, 1966. 315 p.

The material published from the 1st of January, 1966 is currently processed half-yearly in the Acta Juridica, beginning with the Tomus 8, 1966. Nos 3-4.

Periodicals processed in this bibliography: AI 1-4/1987.; ÁJ 3-4/1985. [1987.]; AJurid. 1-2/1986. [1987.]; JK 1-4/1987.; MTud. 1-5/1987.; Társadkut. 1/1987.; TSZ 1-6/1987.

Abbreviations of periodicals and other abbreviations see in the Acta Juridica, Nos 1-2 of 1972.

Collective works processed in this bibliography and their abbreviations:

Annales Bp. Tomus 27. = Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae. Sectio iuridica. Tomus 27. 1985. Red. Commissio scientiae. Bp. Állami ny. 1986. [1987.] 342, [2] p.

Bihari-emlékülés. = Állam, térkapcsolatok, demokrácia. Bihari Ottó emlékülés. [Pécs, 1986. ápr. 22.] Szerk. Csefkó Ferenc. Kiad. a Magyar Tudományos Akadémia Regionális Kutatások Központja - Janus Pannonius Tudományegyetem. [State, regional relations, democracy. Commemorative meeting in honour of Ottó Bihari. Pécs, April 22, 1986.] Pécs, Pécsi Szikra ny.1987.

Bibliographia

[2], 580, [4] p. 1 t.

ELTE Acta 27. köt. = A budapesti Eötvös Loránd Tudományegyetem Állam- és jogtudományi karának actái. 27. köt. 1985. Főszerk. Vékás Lajos. Fel. szerk. Hamza Gábor. [Papers of the Faculty of Legal and Administrative Sciences of the Loránd Eötvös University, Budapest. Vol. 27. 1985.] Bp. [mimeogr. 1987.] 243 p.

Jogász. szöv. ért. 1986.2.köt. = Jogász szövetségi értekezések. 1986. 2. [köt.] Főszerk. Nagy László. [Közvéteszi a] Magyar Jogász Szövetség. [Studies published by the Lawyer's Association. 1986. Vol. 2.] Bp. [mimeogr.] 1986. [4], 251 p.

Jogász szöv. ért. 1987.1.köt. = Jogász szövetségi értekezések 1987. 1. [köt.] Főszerk. Nagy László. Kiad. [a] Magyar Jogász Szövetség. [Studies published by the Lawyer's Association. 1987. Vol. 1.] Bp. [mimeogr.] 1987. 161 p.

ВЕНГЕРСКАЯ ЮРИДИЧЕСКАЯ БИБЛИОГРАФИЯ 1987, 1-я ЧАСТЬ

¹Библиографию составила К. Балаж-Вере́ди.

Настоящая библиография содержит в себе самостоятельные юридические издания, материалы опубликованные в сборниках за время с 1 января до 31 июня 1987 г.

Материалы от 1945 до 1965 гг. опубликованы:

Bibliography of Hungarian legal literature. 1945-1965.
[Библиография венгерской юридической литературы. 1945-1965.]

Библиография материала, появившегося с 1 января 1966 г., опубликуется последовательно по полугодиям в журнале Acta Juridica начиная с № 3-4 тома 8, 1966 г.

Разработанные журналы:

ÁI 1-4/1987.; ÁJ 3-4/1985. [1987.]; AJurid. 1-2/1986. [1987.];
JK 1-4/1987.; MTud.1-5/1987.; Társadkut.1/1987.; TSZ 1-6/1987.

Сокращение журналов и другие сокращения см. в журнале Acta Juridica в № 1-2 1972 г.

Bibliographia

Разработанные сборники и их сокращения:

Annales Bp. Tomus 27. = Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae. Sectio Iuridica. Tomus 27. 1985. Red. Commissio scientiae. Bp. Állami ny. 1986. [1987.] 342, [2] p.

Bihari emlékülés. = Állam, térkapcsolatok, demokrácia. Bihari Ottó emlékülés. [Pécs, 1986. ápr. 22.] Szerk. Csefkó Ferenc. Kiad. a Magyar Tudományos Akadémia Regionális Kutatások Központja - Janus Pannonius Tudományegyetem.

[Государство, пространственные связи, демократия. Торжественное заседание, посвященное памяти Отто Бихари.] Pécs, Pécsi Szikra ny. 1987. [2], 580, [4] p. 1 t.

ELTE Acta. 27.köt. = A budapesti Eötvös Loránd Tudományegyetem Állam- és jogtudományi karának actái. 27. köt. 1985. Főszerk. Vékás Lajos. Fel.szerk. Hamza Gábor. [Издание факультета государственно-правовых наук Университета им. Этвеша Лоранда. Том 27. 1985 г.] Bp. [mimeogr. 1987.] 243 p.

Jogász szöv. ért.1987.1.köt. = Jogász szövetségi értekezések. 1987. 2. [köt.] Főszerk. Nagy László. Kiad. [a] Magyar Jogász Szövetség. [Труды, изданные Венгерской ассоциацией юристов. 1986 г. Том 2.] Bp. [mimeogr.] 1986. [4], 251 p.

Jogász szöv.ért.1987.1.köt. = Jogász szövetségi értekezések. 1987. 1. [köt.] Főszerk. Nagy László. Kiad. [a] Magyar Jogász Szövetség. [Труды, изданные Венгерской ассоциацией юристов. 1987 г. Том 1.] Bp. [mimeogr.] 1987. 161 p.

Bibliographia

Books of Reference - Справочные издания

Collected Legislative Act - Сборники законодательства

Törvények és rendeletek hivatalos gyűjteménye. 1986. 1-2.köt. Közzéteszi az Igazságügyi Minisztérium közreműködésével a Minisztertanács Titkársága. [Official collection of acts and decrees. 1986. Vols 1-2. Официальный свод законов и указов. 1986 г. Том 1-2.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. LI, 722, [2, 6], 731-1387 p.

Practice of Courts - Судебная практика

Elvi határozatok gazdasági perekben. A Magyar Népköztársaság Legfelsőbb Biróságának elvi döntései és állásfoglalásai. Összeáll. és szerk. Havasi Győző - Kálmán György. Közzéteszi a Magyar Népköztársaság Legfelsőbb Birósága. Lezárva: 1986. aug. 31. [Resolutions of principle in economic lawsuits. Decisions of principle and stands of the Supreme Court of the Hungarian people's Republic. Closed: August 31, 1986. Принципиальные решения по хозяйственным спорам. Руководящие решения и постановления верховного суда.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1986. 270, [2] p.

Scientific Records - Сборники статей

Állam, térkapcsolatok, demokrácia, Bihari Ottó emlékülés. [Pécs, 1986. ápr. 22.] Szerk. Csefkó Ferenc. Kiad. a Magyar Tudományos Akadémia Regionális Kutatások Központja - Janus Pannonius Tudományegyetem. [State, regional relations, democracy.

Bibliographia

Commemorative meeting in honour of Ottó Bihari. Pécs, April 22, 1986. Государство, пространственные связи, демократия. Торжественное заседание, посвященное памяти Отто Бихари.] Pécs, Pécsi Szikra ny. 1987. [2], 580, [4] p. 1 t. Bibliogr. passim.

Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae. Sectio iuridica. Tomus 27. 1985. Red. Commissio scientiae. Bp. Állami ny. 1986. [1987.] 342, [2] p. Bibliogr. passim. Eng. summary; Rés. franc; Dt. Zusammenfassung; Русск. содерж.

A budapesti Eötvös Loránd Tudományegyetem Állam- és jogtudományi karának actái. 27. köt. 1985. Főszerk. Vékás Lajos. Felszerk. Hamza Gábor. [Papers of the Faculty of Legal and Administrative Sciences of the Loránd Eötvös University, Budapest. Vol.27.1985. Издание факультета государственно-правовых наук Университета им. Этвеша Лоранда. Том 27. 1985 г.] Bp. [mimeogr. 1987.] 243 p. Bibliogr. passim. — Rés. franc.

Jogász szövetségi értekezések. 1986. 2.[köt.] Főszerk. Nagy László. [Közzéteszi a] Magyar Jogász Szövetség. [Studies published by the Lawyer's Association. 1986. Vol.2.Труды, изданные Венгерской ассоциацией юристов. 1986 г. Том 2.] Bp. [mimeogr.] 1986. [4], 251 p. Bibliogr. passim.

Jogász szövetségi értekezések. 1986. 1.[köt.] Főszerk. Nagy László. Kiad. [a] Magyar Jogász Szövetség. [Studies published by the Lawyer's Association. 1987. Vol.1. Труды, изданные Венгерской ассоциацией юристов. Том 1.] Bp. [mimeogr.] 1987. 161 p. Bibliogr. passim.

Bibliographia

Bibliographies - Библиография

Book - Книга

A magyar állam- és jogtudományi irodalom bibliográfiája. 1986. 2. [füz.] Összeáll. Balázné Veredy Katalin. Közrem. Orosz Ágnes. [Közzéteszi az] Országgyűlési Könyvtár. [Lezárva:] 1986. dec. 31. [Bibliography of Hungarian legal literature. 1986. Part 2. Closed: December 31, 1986. Библиография венгерской литературы по вопросам государства и права. 2 часть, 1986 г. До 31 декабря 1986 г.]
Bp. OK Soksz. 1987. [2], XV, 143 p.

Articles - Статьи

Hungarian legal bibliography, 1985. 1st part - Венгерская юридическая библиография, 1985 г. Часть 1. [Ed.] Nagy Lajos - Veredy Katalin, B.
AJurid. 1-2/86: 239-251.

Publications des enseignants de la Faculté du 1er janvier 1983 au 31 décembre 1983 - [Publications of the teachers of the Faculty January 1, 1983 to December 31, 1983] - Работы преподавателей факультета, опубликованные с 1 января по 31 декабря 1983 г.] = Annales Bp. Tomus 27. 317-342.

I. Theory of State and Law - I. Теория государства и права

Books - Книги

Állam- és jogelmélet. Egyetemi tankönyv. 1. [köt.] Irtá Antalffy György - Samu Mihály. [Theory of state and law. University

Bibliographia

textbook. Теория государства и права. Учебное пособие.]
Bp. Tankönyvkiadó, 1987. 413 p.

ANTALFFY György: Machiavelli és az állam tudománya. Állam- és jogelméleti reflexiók. [Machiavelli and the science of the state. Reflections from the theory of state and law. Макиавелли и наука о государстве. Очерки по теории государства и права.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1986. 455 p.
Bibliogr. 437-448.

HLAVATHY Attila: A jogalkalmazók személyiségének szerepe a jogérvényesülésben. [Role of the personality of the executors of the law in the enforcement of the law. Роль личности правоприменителей в процессе реализации права.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 269, [2] p.
Bibliogr. 263-270.

SZABÓ Imre: Ember és jog. Jogelméleti tanulmányok. Sajtó alá rend. Péteri Zoltán. [Man and the law. Studies in the theory of law. Человек и право. Статьи по теории права.]
Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 193, [2] p.

VARGA Csaba: Politikum és logikum a jogban. A jog társadalomelmélete felé. [Political and logical elements in law - toward a social theory of law. Политика и логика в праве.]
Bp. Magvető Kiadó, 1987. 501, [2] p.
/Elvek és utak/
Bibliogr. passim.

Articles - Статьи

FÖLDESI Tamás: Die Normen der Gerechtlichkeit und ihre Realisierung in der heutigen ungarischen Gesellschaft. [Norms of justness and their realisation in contemporary Hungarian society. Нормы справедливости и их осуществление в венгерском обществе.]
= Annales Bp. Tomus 27. 21-31.

Bibliographia

HORVÁTH Pál: Staats- und Rechtsordnung des entwickelten Socialismus. [State and legal order of developed socialism. Государство и правопорядок в развитом социализме.]

= Annales Br. Tomus 27. 63-79.

HORVÁTH Pál: Az európai népi demokratikus jogcsoporthégyó kialakulása. [Formation of the European people's democratic region of law. Формирование и становление европейского народно-демократического права в качестве регионального права.]

= Jogász szöv. ért. 1987. 1. köt. 124-148.

KOZMA Pál: Néhány gondolat a termelési viszonyok elemzésének szükségességéről napjainkban. [Thoughts on the contemporary necessity of analysing the conditions of production. Некоторые соображения относительно необходимости исследования современных производственных отношений.]

= Jogász szöv. ért. 1987. 1. köt. 149-161.

MADARÁSZ Tibor: Jogalkotásunk néhány problémájáról. [Topical problems of Hungarian legislation. Некоторые проблемы венгерского правотворчества.]

JK 3/87:117-125.

PÁLNÉ KOVÁCS Ilona: A politikatudomány szerepe a területi kutatásokban. [Role of the science of politics in regional researches. Роль политической науки в исследованиях, проводимых на территориальном уровне.]

= Bihari-émlékülés. 307-315.

PÉTERI Zoltán: Questions of comparative analysis of the general principles of law. [Сравнительный анализ общих правовых принципов.]

AJurid. 1-2/86:45-55.

SAJÓ András: A jog valóságkép-teremtő hatása. [Effect of the law creating an image of reality. Влияние права на представле-

Bibliographia

ния о действительности.]

ÁJ 4/5:649-687.

SAJÓ András: A jog a gazdaság szabályozástechnikái közt. [The law among the technical regulation elements of economy. Право как техническое средство регулирования экономики.]

JK 3/87:126-132.

SAMU Mihály: Jüridiko-teoretickéské problémé náučného obosnovánjá právovéj politiky. [Problems of the theory of law concerning scientific foundation of law policy.]

= Annales Br. Tomus 27. 203-224.

SZIGETI Péter: Marx kommunizmus-elméletének kezdete. 1843-1844.

Kísérlet elméleti önfejlődésének reprodukálására. [The beginning of Marx's theory on communism. 1843-1844. An effort to reproduce his theoretical self-development. Начальный период марксовской теории коммунизма. 1843-1844. Попытка воспроизведения теоретического саморазвития.]

= ELTE Acta. 27. köt. 171-192.

SZILÁGYI Péter: Törekvések a jogi felelősség fogalmának a továbbfejlesztésére. [Efforts to develop the concept of legal responsibility. Усилия, направленные на совершенствование понятия юридической ответственности.]

= ELTE Acta. 27. köt. 153-169.

SZOTÁ CZKY Mihály: Társadalomirányítás és az állampolgár. Összefoglaló az I. szekció munkájáról. [Orientation of the society and the individual citizen. Summary of the work of the first section. Общественное управление и гражданин.]

= Bihari-émlékkülés. 279-287.

TAMÁS András: A jog érvényessége és az időtényező. [Validity of the law and the time factor. Действие права и фактор времени.]

ÁJ 3/85:789-794.

Bibliographia

HORVÁTH Pál: Az államszervezet fejlődése az európai szocialista országok alkotmányainak tükrében. [Közzéteszi a] Magyar Tudományos Akadémia Államtudományi kutatások programirodája. [Development of state organization as reflected by the constitutions of the European socialist countries. Развитие госаппарата в свете конституций европейских социалистических стран.] Вр. [mimeogr.] 1986. [4], 69 p.

/Az alkotmány továbbfejlesztésének tudományos megalapozása 6./
Bibliogr. passim.

The role of the state in social transformation under the impact of the world crisis: the case of East Central Europe. Ed. Kulcsár Kálmán. Publ. Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences. Роль государства в общественных преобразованиях в свете мирового кризиса: пример центрально-восточной Европы.]

Вр. [mimeogr.] 1986. 298, [2] p.

Bibliogr. passim.

A sajtótörvény. [1986. évi II.tv.] Összeáll. Somogyvári István. [Act II of 1986 on the press. Закон № II/1986 г. о прессе.]

Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 156, [4] p.

/Kis jogszabály sorozat./

SÁRKÖZY Tamás: A gazdasági alkotmányosság problémái Magyarországon, különös tekintettel az állami vállalatok státusára. [Közzéteszi a] Magyar Tudományos Akadémia Államtudományi kutatások programirodája. [Problem of economic constitutionalism in Hungary, with special regard to the status of state enterprise. Проблема конституционности хозяйствования в Венгрии с особым учетом правового положения государственных предприятий.]

Вр. [mimeogr.] 1986. [2], 78 p.

/Az alkotmány továbbfejlesztésének tudományos megalapozása 5./
Bibliogr. passim.

Bibliographia

TÓTH Károly: A szocialista országok alkotmányfejlődésének iránya az elmúlt negyedszázadban. [Közléteszi a] Magyar Tudományos Akadémia Államtudományi kutatások programirodája. [Trend of development of the constitutions of the socialist countries during the last 25 years. Тенденции конституционного развития в социалистических странах за последние 25 лет.]

Bp. [mimeogr.] 1986. [4], 85 p.

/Az alkotmány továbbfejlesztésének tudományos megalapozása 7./
Bibliogr. passim.

Articles - Статьи

ÁDÁM Antal: Bihari Ottó munkássága a magyar államjog felszabadulás utáni fejlődésében. [Ottó Bihari's work in the development of Hungarian constitutional law after Liberation. Творческая деятельность Отто Вихари по развитию государственного права в период после освобождения.]

= Bihari-émlékkülés. 19-39.

ÁDÁM Antal: Az 1986. évi magyar sajtótörvényről. [I.tv. On the press Act of 1986. Закон ВНР 1986 года о печати.]

JK 1/87:1-7.

CSEFKÓ Ferenc: Az állampolgárok részvételi lehetőségei a közügyeinek intézésében. [Possibilities of the participation of citizens in the settlement of public affairs. Возможности привлечения граждан к участию в решениях, выносимых по общественным делам.]

= Bihari-émlékkülés. 243-251.

DEZSŐ Márta: Characteristics of the socialist electoral systems and the 1983 Hungarian reform. Характерные черты системы избирательного права в социалистических странах и ее реформа в ВНР 1983 г.]

AJurid. 1-2/86:101-121.

Bibliographia

FARKAS Ottó: A tanácsok nemzetközi kapcsolatai. [Some problems of the international relations of the councils. Некоторые вопросы международных отношений советов.]

ÁI 1/87:47-59.

FÜRCHT Pál: A helyi népszavazásról. [Ideas on the local plebiscite. О местном референдуме.]

ÁI 2/87:118-124.

HOLLÓ András: Parlament de lege ferenda. [Parliament de lege ferenda. Парламент, de lege ferenda.]

KARA Pál - WIENER György: A népszavazás bevezetésének lehetősége a helyi tanácsoknál. [Possibility of the introduction of the referendum at the level of local councils. О возможности введения референдума на уровне деятельности местных советов.]

= Bihari-émlékkülés. 225-242.

KARDOS Gábor: A külügyek állami irányítása az Egyesült Államokban. [The management of foreign affairs in the United States. Государственное управление внешними сношениями в США.]

JK 1/87:37-42.

KILÉNYI Géza: A VII. ötéves tervidőszak kiemelt államtudományi kutatásai. [Prominent researches in constitutional law during the period of the 7th five-year plan. Важнейшие направления государственно-правовых исследований в VII пятилетке.]

= Bihari-émlékkülés. 73-86.

KISS László: A tanácsos (önkormányzati) jogalkotás néhány elvi és gyakorlati kérdése. [Some theoretical and practical problems of council-level (self-government) legislation. Принципиальные и практические вопросы (самоуправленческого) правотворчества советов.]

= Bihari-émlékkülés. 180-189.

Bibliographia

KOVÁCS István: Államjog vagy alkotmányjog. [State law or constitutional law. Государственное право или конституционное право.]

= Bihari-émlékkülés. 40-72.

LÁSZLÓ Józsefné: A tanácstagai munka fejlesztése a helyi szabályok tükrében. [The improvement of the work of council members as reflected in the local regulations. Развитие работы депутатов в советах в свете местных регулирований.]

ÁI 2/87:176-189.

MARKOS György: A tanácsi döntéshozást előnyösen és hátrányosan befolyásoló tényezők. [Factors influencing council-level decision-making process of the councils. Положительные и отрицательные факторы в процессе принятия решений советами.]

= Bihari-émlékkülés. 189-206.

MÓNUS Lajos: Az országos hatáskörű szervekről. [Organisations with nation-wide competence. Об органах общегосударственной компетенции.]

ÁI 3/87:247-259.

RÁCZ Attila: A helyi önkormányzati-igazgatási jogi normaalkotás. [Creation of legal norms at the level of local administrative self-government. Местное самоуправленческое административное нормотворчество.]

= Bihari-émlékkülés. 190-197.

RÁCZ Attila: Az állampolgárok alapvető jogainak védelme Magyarországon. [The protection of the basic rights of citizens in Hungary. Охрана основных прав граждан в Венгрии.]

JK 3/87:109-117.

RÉVÉSZ T[amás] Mihály: Freedom of the press and nationality papers in the second half of the nineteenth century in Hungary. Свобода печати и изданий национальных меньшинств во вто-

Bibliographia

рой половине XIX века.]

= Annales Br. Tomus 27. 185-202.

SÁRI János: Az alkotmány hatályosulása. [How the constitution becomes valid. Осуществление конституции.]

ÁI 1/87:70-82.

SÜKÖSD Ferenc: A tanácsi bizottságok szerepe a tanácsi döntési folyamatban. [Role of council committees in the decision-taking process of the councils. Роль комиссий советов в процессе принятия решений советами.]

= Bihari-émlékezés. 207-216.

SZENTPÉTERI István: Az állami szervek közötti egyensúlyozó rendszer kialakításának problémája Bihari Ottó koncepciójában. [Problem of establishing a balancing system between the state organs in Ottó Bihari's concept. Проблема создания системы равновесия в деятельности государственных органов.]

= Bihari-émlékezés. 129-142.

III. ADMINISTRATIVE LAW - III. АДМИНИСТРАТИВНОЕ ПРАВО

Books - Книги

Act on the seventh five-year plan of the national economy. 1986-1990. [Act VII of 1985. Publ.] Central-European International Bank. Закон о седьмом пятилетнем плане развития народного хозяйства. 1986-1990.] [Br.] Szekszárdi ny. [1986.] 29, [2] p.

BÁRSONY Jenő: A gazdaságirányítás továbbfejlesztése a szocialista országokban. [Improvement of economic management in the socialist countries. Совершенствование хозяйственного управления в социалистических странах.]

Br. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 360 p. 1 t.

Bibliographia

/Időszerű közgazdasági kérdések./

Bibliogr. 339-360.

Az európai szocialista országok államigazgatásának központi szerveiről rendelkező alapvető jogszabályok és azok kivonatos szövege. 1. köt. Bulgária, Csehszlovákia, Jugoszlávia. 2. köt. Lengyelország, Német Demokratikus Köztársaság, Románia, Szovjetunió. Összeáll. és bev. Lengyel Julia. [Közvétszi a] Magyar Tudományos Akadémia Államtudományi kutatások programirodája. [Fundamental statutory rules on the central organs of state administration of the European socialist countries with their abridged texts. Vol. 1. Bulgaria, Czechoslovakia, Yugoslavia. Vol. 2. Poland, German Democratic Republic, Romania, Soviet Union. Основные правовые акты о статусе центральных органов государственного управления в европейских социалистических странах.]

Bp. [mimeogr.] 1987. 334, X, 335-695 p.

FEHÉR Zoltán - NÉMETH Gyula - PÉCSVÁRADI János: Az államigazgatási eljárás. Főiskolai tankönyv. [State administrative procedure. Textbook for high schools. Административный процесс. Учебное пособие.]

Bp. Tankönyvkiadó, 1986. 348 p.

Bibliogr. passim.

KECSKÉS László: Az állami kárfelelősség jogalkotási és jogalkalmazási kérdései, különös tekintettel a gazdaságirányítási kárfelelősségre. [Közvétszi a] Magyar Tudományos Akadémia Államtudományi kutatások programirodája. [Problems of the legislation and application of the liability for damages of the state, with special regard to responsibility concerning economic management. Законодательные и правоприменительные вопросы ответственности государства по возмещению вреда с особым учетом отношений ответственности в сфере хозяйственного управления.]

Bp. [mimeogr.] 1987. [2], 93 p.

Bibliogr. passim.

Bibliographia

Kereskedelempolitikai és jogi ismeretek. [Kiad. a] Szervezési és Vezetési Tudományos Társaság. [Textbook of trading policy and law. Основы торговой политики и права.]

Bp. [mimeogr.] 1986. 232 p.

/A felsőfoku anyagi-műszaki ellátási tanfolyam jegyzete 3./
Bibliogr. 230-232.

KISS György: A vállalatvezetők jogvédelme Magyarországon. [Közvetési a] Magyar Tudományos Akadémia Államtudományi kutatások programirodája. [Legal protection of the managers of enterprises in Hungary. Защита прав руководителей предприятия в Венгрии.]

Bp. [mimeogr.] 1986. [4], 103 p.

Bibliogr. passim.

Конституционные основы дальнейшего развития социалистического государственного управления. [Constitutional bases of development of the socialist public administration.]

Szeged, Szegedi ny. 1986. 115 p.

/Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae.
Acta juridica et politica. Tomus 35. Fasc. 1-7./

Bibliogr. passim.

MADARÁSZ Tibor: Közigazgatás és jog. [Public administration and law. Государственное управление и право.]

Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 423 p.

Bibliogr. 379-402.

New rules of winding-up and economic rehabilitation of enterprises. Publ. Ministry of Finance. Правила прекращения и хозяйственного оживления деятельности предприятий.]

Bp. Hungarian Banknote Print. 1986. 54 p.

/Public finance in Hungary 32./

SÁRKÖZY Tamás: Gazdaságpolitika - szervezetrendszer - jogpolitika. [Válogatott tanulmányok. 1977-1985. Economic policy,

Bibliographia

system of organizations, legal policy. Selected studies. Хозяйственная политика - организационная система - правовая политика. Избранные работы.]

Bp. Kossuth Kiadó, 1987. 230, [6] p.

Bibliogr. passim.

STARK Antal: Tervgazdálkodás és gazdaságirányítás. 2. kiad.

[Planned economy management. 2nd ed. Плановое регулирование и хозяйственное управление.]

Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 328, [4] p.

Bibliogr. 325-329.

A szabálysértési jogszabályok magyarázata. Szerk. Mészáros József. [Átdolg.kiad. Comments to the statutory rules on petty offences. Комментарий к законам о правонарушениях.]

Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1986. 758, [2] p.

TRÓCSÁNYI László: A környezetvédelem szervezete egyes nyugati országokban. [Közéleti a] Magyar Tudományos Akadémia Államtudományi kutatások programirodája. [Organization of the protection of environment in some Western countries. Организационное управление окружающей средой в некоторых западных странах.]

Bp. [mimeogr.] 1987. [2], 142 p.

Bibliogr. passim.

Vállalati jogszabályok gyűjteménye. Szerk. Komáromi Gábor. Összeáll. Komáromi Gábor - Sáriné Simkó Ágnes, Lezárva: 1986.

ápr. 1. [Collection of statutory rules bearing upon enterprises. Сборник законов о предприятиях.]

Bp. Népszava, 1987. 198, [2] p.

Articles - Статьи

ÁDÁM György: The legal judgement of the gratuity for doctors in Hungary. [The prevervation of monuments in Hajdu-Bihar country. Юридическая оценка платы врачу в знак благодар-

Bibliographia

ности в Венгрии.]

AJurid. 1-2/86:57-78.

ANGYAL László: A műemlékvédelem Hajdu-Bihar megyében. [The preservation of monuments in Hajdu-Bihar county. Охрана памятников архитектуры в комитате Хайду-Бихар.]

ÁI 1/87:17-22.

BARTUS Imre: Megjegyzések az ügyészi általános törvényességi felügyelet jövőjéről. [Some remarks on the general legality supervision of the prosecutors. Заметки о будущем прокурорского общего надзора над законностью.]

ÁI 2/87:125-132.

BELUSZKY Pál: Közigazgatási területbeosztás, városkörnyékiség. Összefoglaló a II. szekció munkájáról. [Regional division of public administration and agglomerations. Summary of the work of the second section. Административно-территориальное деление и пригород.]

= Bihari-émlékkülés. 399-410.

BENKÓNÉ LODNER Dorottya: A területiség kérdései a környezetvédelmi igazgatásban. [Regional problems in the administration of environmental protection. Территориальные аспекты управления по охране окружающей среды.]

= Bihari-émlékkülés. 316-323.

BERÉNYI Sándor: A közigazgatás sajátos kérdései a településegységekben. [Specific problems of public administration in regional complexes. Специфические вопросы административного управления в сводных поселениях.]

= Bihari-émlékkülés. 336-352.

BERÉNYI Sándor: Az államigazgatási reformok elméleti alapkérdései. [Basic theoretical problems of the public administrative reforms. Основные теоретические вопросы реформ государственного управления.]

Bibliographia

ÁI 3/87:213-225.

BERKES József: Az ügyvitelszevezés a tanácsi igazgatásban.
[The organization of office work in the council administration.
Организация делопроизводства в управленческой работе советов.]
ÁI 3/87:265-273.

BERKI Mihály: Gondolatok a polgári védelem helyéről és szerepéről.
[Views on the place and role of civil defence. О месте и роли гражданской обороны.]
ÁI 2/87:107-117.

BITTÓ Márta: Foglalkozási szabályszegés - gondosságsértés.
[Infringement of rules concerning profession - violation of care.
Нарушение правил профессии - нарушение заботливости.]
ÁJ 4/85:725-744.

BOGDÁN Tibor: A jogforrási rendszer és az állami irányítás jogi rendszerének aktuális problémái.
[The system of legal sources and topical problems of the legal system of state orientation.
Актуальные вопросы системы источников права и правовой системы государственного управления.]
= Bihari-émlékkülés. 171-179.

BREZNAY Jenő: A szabálytalan építkezések alakulása.
[The problem of illegal building activity. Противоправные строительства]
ÁI 1/87:8-16.

CRAVERO Róbert: A területfejlesztés és a gazdálkodás új vonásai a VII. ötéves tervidőszakban.
[New features of the territorial development and management in the period of the 7th five-year plan.
Новые черты развития территорий и хозяйствования в период VII-ой пятилетки.]
ÁI 4/87:292-305.

CSIBA Tibor: Az élőszó szerepe a tanácsi igazgatásban.
[The ro-

Bibliographia

le of verbality in council administration. Роль живой речи в управленческой работе советов.]
ÁI 3/87:235-246.

DALÁNYI László: Műemlékvédelmünk feladatai a VII. ötéves tervben. [The tasks of the preservation of monuments in the 7th five-year plan. Задачи нашей работы по охране памятников страны в VII-ой пятилетке.]
ÁI 3/87: 260-264.

DANKÓ János: A tanácsok ipari feladatai. [Industrial tasks of the councils. Задачи советов в области промышленности.]
ÁI 4/87:337-345.

DUDÁS Ferenc: Az egymenetes ügyintézés a gyakorlatban. [The single-instance handling of cases in practice. Одноступенчатое делопроизводство на практике.]
ÁI 4/87:355-365.

EIGNER József: Kártérítési felelősség az államigazgatás oldaláról. [Tort responsibility from the aspect of public administration. Ответственность по возмещению вреда со стороны государственного управления.]
ÁI 4/87: 346-354.

FONYÓ Gyula: Területi beosztás, tanácsigazgatás. [Regional division and council administration. Территориальное деление, управление советами.]
= Bihari-emlékülés. 364-372.

GÁSPÁR Mátvás: Az egymenetes ügyintézési modell. [The single-instance policy model in administration. Одноступенчатая модель делопроизводства.]
ÁI 4/87:306-320.

HAJDU Zoltán: A közigazgatási területszervezés közigazgatás-

Bibliographia

földrajzi kérdései. [Problems of the regional organization of public administration with respect to geography. Географическо-управленческие вопросы административно-территориальной организации.]

= Bihari-émlékkülés. 413-421.

HALÁSZ György: Gondolatok a szakigazgatási szerv egyes feladatairól. [Ideas on some tasks of the special administrative organs. О некоторых задачах охраны отраслевого управления.]

ÁI 1/87:60-69.

HAZAFI József: Előljáróság, önkormányzat. [Magistrates and self-government. Управы и самоуправление.]

= Bihari-émlékkülés. 217-224.

HORVÁTH Gyula: Területi gazdaságirányítási modellek a szocialista országokban. [Models of regional economic management in the socialist countries. Модели территориального управления экономией в социалистических странах.]

= Bihari-émlékkülés. 291-306.

IVÁNCICS Imre: A városkörnyéki igazgatás szerepe a települések fejlesztésében. [Role of agglomerate administration in the development of settlements. Роль пригородного управления в развитии поселений.]

= Bihari-émlékkülés. 353-363.

JANTNER Antal: Az építésügyi igazgatás továbbfejlesztése. [Further development of the administration of the construction industry. Дальнейшее развитие управления строительным делом.]

ÁI 1/87:1-7.

KALAS Tibor: A kibernetikai modell és az irányítás összefüggései. [Connections of the cybernetic model and management. Взаимозависимость между кибернетической моделью и управлением.]

ÁI 2/87:133-142.

Bibliographia

KAMARÁS János - KÁNTOR Sámuel - LISZKAY Lajos: A környezetvédelmi társadalmi őrségtől a közterületfelügyeletig. [Voluntary environmental guards and the supervision of public areas. От общественной охраны окружающей среды до инспекции мест общего пользования.]

ÁI 1/87:33-46.

KARA Pál: A körzetközpontok közreműködése a megyei irányításban. [Contribution of sub-region centres to county-level orientation. Роль районных центров в осуществлении областного управления.]

= Bihari-émlékkülés. 384-391.

KISS György: A nagyközségek új szerepe községrendszerünkben. [The new role of larger communities within the new administrative system. Новая роль крупных сел в системе наших поселений.]

= ELTE Acta. 27. köt. 211-216.

KISVÁRDAI László: A községi vb-titkárok beilleszkedésének segítése, továbbképzése. [How to help the adjustment and further education of the executive committee secretaries in the villages. Помощь для сельских секретарей исполкома осваиваться в новой среде и повышать свою квалификацию.]

ÁI 4/87:378-381.

KOLLÁTH György: Egyesület, politika, tájékoztatás. [Associations, politics, information. Ассоциация, политика, информация.]

ÁI 3/87:203-212.

MADARÁSZ Tibor: Die Analyse von Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsrecht als Systeme. [Analysis of administrative activity and administrative law as systems. Системный анализ административной деятельности и административного права.]

= Annales Bp. Tomus 27. 81-111.

NÉMETH Jenő: A kisvárosi információ és kapcsolatrendszer vál-

Bibliographia

tozó formái a városi igazgatás szolgálatában. [Changing forms of the small-town information and relationship system in the service of urban administration. Именяющиеся формы информации и взаимосвязей в мелких городах на службе городского управления.]

ÁI 4/87:366-371.

NOVOTNI Zoltán: Kérdések a vállalatirányítás jogi szabályozásával kapcsolatban. [Problems of the legal regulation of enterprise management. Проблемы в области правового регулирования управления предприятиями.]

JK 4/87:165-172.

PONGRÁCZ Antal: Az ifjúsági és sportmunka egységes irányítása. [The uniform management of youth and sports activities. Единое управление работой с молодежью и спортом.]

ÁI 3/87:193-202.

RAFT Miklós: A területfejlesztés és a közigazgatás jövőképe. [Territorial development and the future image of public administration. Перспективы развития территорий и публичной администрации.]

ÁI 2/87:97-106.

SÁRKÖZY Tamás: Legal problems of the improvement of the Hungarian system of economic management. Правовые вопросы дальнейшего развития системы управления венгерской экономикой.]

AJurid. 1-2/86:29-44.

SÁRKÖZY Tamás: Hasonlóságok és különbségek a kínai és a magyar gazdasági reform jogában. [Similarities and differences in the law of the Chinese and Hungarian economic reform. Сходства и различия в праве хозяйственной реформы КНР и ВНР.]

Társadkut. 1/87:30-44.

SZAMEL Katalin: Közigazgatás és állampolgári részvétel. [Pub-

Bibliographia

lic administration and the participation of citizens. Государственное управление и участие в нем граждан.]

ÁJ 4/85:688-724.

SZAMEL Katalin: Marginal comments to Act No. I of 1985 on the education. [Замечания к Закону № I 1985 г. об Образовании.] AJurid. 1-2/86:185-188.

SZIJJÁRTÓ SZABÓ Antal: A tanácsigazgatási munka összehasonlító mérése és a foglalkoztatás hatékonyságának vizsgálata. [The comparative measurement of council-level administrative work and the investigation of the effectiveness of employment.

Сравнительное измерение управленческой работы в советах и исследование эффективности занятости.]

ÁI 2/87:168-175.

TAKÁCS Albert: Konferencia a dél-kelet európai államok közigazgatásáról. [Tutzing, 1986. okt 6-10. Conference on the public administration of the South-East European countries. Конференция о публичной администрации в странах Юго-восточной Европы.]

ÁI 3/87:280-284.

TAKÁCS Albert: A nemzetközi jogi és a közigazgatási jogi kutatások kapcsolatai. [Relations between researches in international and administrative law. Соотношения между исследованиями по международному и административному праву.]

ÁJ 3/85:556-560.

[TRÓCSÁNYI László, ifj.] ТРОЦАНЬИ Ласло, мл.: Международная конференция по вопросам развития органов социалистического государства. Валатонкенеше, 3-4 декабря 1984 г. [International conference on the development of socialist state organs.]

AJurid. 1-2/86:213-217.

VEREBÉLYI Imre: A helyi igazgatás és a helyi önkormányzat.

[Local administration and local self-government. Местное уп-

Bibliographia

равление и местное самоуправление.]
= Bihari-emlékülés. 373-383.

WIENER György: Az infrastruktúra és a tanácsi gazdálkodás fejlődése. 1976-1982. [The development of infrastructure and council-level economic management. 1976-1982. Инфраструктура и развитие хозяйствования советов.]
ÁI 4/87:321-336.

IV. FINANCIAL LAW - IV. ФИНАНСОВОЕ ПРАВО

Books - Книги

The Hungarian banking reform. [Publ. Ministry of Finance. Реформа банковской системы в ВНР.]
Bp. Hungarian Banknote Print. 1986. 38 p.
/Public finance in Hungary 33./

Management of public budgetary institutions. [Publ. Ministry of Finance. Управление деятельностью госбюджетных учреждений.]
Bp. Hungarian Banknote Print. 1986. 37 p.
/Public finance in Hungary 31./

PACSI Zoltán: A kötvény. A tőkeszerzés és a befektetés új eszköze. [Bonds. New means of acquiring capital and investing. Облигации - новое средство приобретения и вложения капитала.]
[Bp. mimeogr.] 1986. 66 p.
Bibliogr. 51.

Articles - Статьи

HÁGELMAYER Ida: Social care for workers who suffered injury to health in the course of their profession. [Социальное обеспе-

Bibliographia

чение рабочих получивших повреждение здоровья в ходе выполнения профессиональной деятельности.]

= Annales Br. Tomus 27. 33-48.

KARDOS Gábor: A Nemzetközi Valuta Alap hitelnyújtó tevékenységének egyes jogi kérdései. [Legal problems of the crediting activity of the International Monetary Fund. Некоторые правовые вопросы представления кредитов в практике Международного валютного фонда.]

= ELTE Acta. 27. köt. 55-73.

VÁGI Gábor: A helyi kormányzatok (tanácsok) pénzügyei a nemzetközi tapasztalatok tükrében. [Financial matters of local self-governing bodies (councils) as reflected by international experiences. Финансовые дела местных управлений (советов) в свете международного опыта.]

AI 2/87:143-153.

V. CIVIL LAW - V. ГРАЖДАНСКОЕ ПРАВО

Books - Книги

ÉBER Kálmán - KENYERES János - NÉMETH János - VÉKÁS Lajos: Polgári jog, családjog, polgári eljárásjog. Főiskolai tankönyv.

[Civil law, family law, law of civil procedure. Textbook for high schools. Гражданское право, семейное право, гражданско-процессуальное право. Учебное пособие для вуз-ов.]

Br. Tankönyvkiadó, 1987. 582, [2] p.

Iparjogvédelmi kézikönyv. Az Országos Találmányi Hivatal kiadványa. Főszerk. Pusztai Gyula. Szerk Vincze Attila. [Textbook on the protection of industrial property. Настольная книга для специалистов по охране промышленной собственности.]

Br. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1986. 665, [2] p.

Bibliographia

Theoretische Fragen des Wirtschaftsrechts. Beiträge der Ost-West Konferenz... in Siófok, [1-6. September] 1985. Red. Sándor Tamás. [Theoretical problems of economic law. Papers of an East-West conference in Siófok, September 1-6, 1985. Теоретические вопросы хозяйственного права. Материалы конференции, проведенной в Шиофок 1-6 сентября 1985 г.]
Bp. [mimeogr.] 1986. 387 p.
Bibliogr. passim.

A védjegyek információs jelentősége a gazdasági versenyben. A nemzetközi konferencia előadásai. [Budapest], 1986. nov. 12-13. Szerk. Zakariás Egon. [Közzéteszi a] Magyar Kereskedelmi Kamara, Védjegy bizottság. [Informative significance of trade mark in the economic competition. Lectures of an international conference. Информативное значение товарных знаков в ходе хозяйственной конкуренции.]
Bp. [mimeogr.] 1987. [4], III/2, 147, 3 p.

Articles - Статьи

BÁN Chrysta: A vállalat jogi strukturája. Jubileumi konferencia az ELTE-n. (1985. aug. 26-30.) [Legal structure of the enterprise. Jubilee conference of the University of Budapest. Правовая структура предприятий.]
ÁJ 3/85:568-578.

BODNÁR Béla - BODNÁR Zoltán: Az ivarsejtek és embryo adományozásának és tárolásának kérdései az artificialis inseminatio és az in vitro fertilisatio és embryo transfer eseteiben. [Problems of the donating and storing of spermatozoons and embryos in cases of artificial insemination, in vitro fertilisatio, and embryo transfer. Вопросы предоставления и хранения половых клеток, эмбрионов в свете проблем искусственного оплодотворения in vitro и пересадки эмбрионов.]
= Jogász szöv. ért. 1986. 2. köt. 36-66.

Bibliographia

CSILLAG István: A kisvállalkozások jellegzetességei - a gazdasági munkaközösség ellentmondásosságai. [The characteristic features of small ventures, with special regard to the contradictions of economic partnerships. Характерные черты мелкой предпринимательской деятельности, с особым учетом противоречивости деятельности хозяйственных трудовых коллективов.]
JK 2/87:86-93.

CSURGÓ Ottó: A termékfelelősségi eszme térhódítása a magyar bírói gyakorlatban. [The spreading of the spirit of products' liability in the Hungarian judicial practice. Укрепление идеи ответственности за продукцию в венгерской судебной практике.]
JK 2/87:101-102.

GYERTYÁNFY Péter: Conflicts and changes in the copyright of our age. [Противоречия и изменения в современном авторском праве.]
AJurid. 1-2/86:137-147.

KABÓDI Csaba: La juridiction est-elle une prestation? [Is jurisdiction some kind of service? Правосудие как услугодача?]
AJurid. 1-2/86:149-162.

KÖVES István - PETHES Margit: A vállalati törvény alkalmazásának néhány kérdése. [Some problems of the application of enterprise law. Некоторые вопросы применения Закона о предприятиях.]
ÁI 3/87:274-279.

LEHOCZKYNÉ KOLLONAY Csilla: A "vállalati belsőjog" történelmi gyökereiről. [The historical roots of the "internal law of enterprises". Содержание договора лизинга и его ограничение от других типов договоров.]
= ELTE Acta. 27. köt. 35-53.

MISKOLCZI BODNÁR Péter: A lizingszerződések tartalma és elhatárolása más szerződéstípusoktól. [The contents of the leasing

Bibliographia

contract and its delimitation from other types of contracts.
Содержание договора лизинга и его отграничение от других типов договоров.]
ЖК 1/87:30-36.

NÁRAY Marianna: Typization and harmonization of laws in the range of contracts for work and materials and agency. [International conference in Budapest, from October 16th to 18th, 1984. Типизация и унификация права в области сделок по выполнению работ, представлению материалов и исполнению поручений.]
AJurid. 1-2/86:201-207.

NÉMETH Ágnes: A tevékenység végzésére irányuló szerződések szabályozása az európai szocialista országokban. [Regulation of contracts relating to carrying out an activity in the European socialist countries. Регулирование договоров о выполнении определенной деятельности в европейских социалистических странах.]
ÁJ 4/85:783-789.

NOVOTNI Zoltán: A gazdasági társaságok (társulások) funkciói. [The functions of partnerships (associations) in the economy. Функции хозяйственных товариществ.]
ЖК 2/87:57-61.

SÁRÁNDI Imre: A tulajdon és a tulajdonjog fejlődésének vázlatja. [Outlines of the development of property and the law of property. Развитие собственности и права собственности: тезисы.]
= ELTE Acta. 27. köt. 7-34.

SÁRKÖZY Tamás: A kínai gazdasági reform jogáról. 2-5. [r.]
[On the law of the Chinese economic reform. Parts 2-5. О праве хозяйственной реформы в Китае.]
ЖК 1/87:7-15., 2/87:79-86., 3/87:132-137., 4/87:189-197.

Bibliographia

SEBESTYÉN Péter: What is product liability? [Что представляет собой ответственность производителя за качество изделия?] AJurid. 1-2/86:123-136.

VÉKÁS Lajos: Zur Sonderanknüpfung von Drittstaaten-Eingriffsnormen. [Special connection of the interfering norms of third states. Специальные привязки к праву третьих стран.] = Annales Br. Tomus 27. 263-272.

VI. LABOUR LAW - VI. ТРУДОВОЕ ПРАВО

Books - Книги

FEKETE György: A hatékony és teljes foglalkoztatás ma. [Contemporary efficient and full employment. Вопросы эффективной и полной занятости в наши дни.] [Br.] Kossuth Kiadó, 1987. 180, [4] p.

A munka törvénykönyve. A végrehajtásáról szóló minisztertanácsi rendelettel egységes szerkezetbe foglalt szöveg, magyarázó jegyzetekkel, a Legfelsőbb Biróság elvi állásfoglalásaival és a munka törvénykönyvével kapcsolatos egyes munkaügyi jogszabályokkal. Összeáll. Kertész István - Radnay József - Zsiga László. Szerk. Nagy Zoltán. Lezárva: 1986. dec. 31. [Labour Code. Consolidated text, including the decree the Council of Ministers on implementation of the Code, with commentaries, the stands of principle of the Supreme Court, and other statutory rules of labour law, related to the Labour Code. Closed: December 31, 1986. Кодекс законов о труде. Единый текст. До 31 декабря 1986 г.]

Br. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 547, [2] p.
/Kis jogszabály sorozat./

Munkaügyi döntőbizottságok továbbképzési tananyaga. 1986/[19]87.

Bibliographia

Szerk. Nagy László. [Curriculum for the professional training of the members of boards of arbitration in labour disputes. Материалы для совершенствования деятельности комиссий по решению трудовых споров.]
Bp. Népszava, 1987. 579 p.

TAKÁTS Péter: A szabványszerződések. [Standard contracts. Типовые договоры.]
Bp. Akadémiai Kiadó, 177, [2] p.
Bibliogr. 167-172.

TAKÁTS Péter: Termékforgalom és szállítási szerződések a szocialista gazdasági integrációban. [The traffic of products and delivery contracts in the socialist economic integration. Оборот продукции и договоры о поставках в социалистической интеграции.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 178, [2] p.
Bibliogr. 171-179.

VII. FAMILY LAW - VII. СЕМЕЙНОЕ ПРАВО

Articles - Статьи

BERNÁD István: A családjogi törvény végrehajtása a gyámügyi munkában. [Implementation of the family law in the trusteeship activities. Исполнение Закона о семье в работе органов опеки]
ÁI 2/87:154-167.

SZÁDECZKY-KARDOSS Irma: A családjogi törvény módosításának egyes kodifikációs problémáiról. [Codification problems of the amendment of the Act on family. Некоторые вопросы кодификаций, связанных с изменением семейно-брачного законодательства.]
= Jogász szöv. ért. 1986. 2. köt. 193-215.

Bibliographia

VIII. LAND LAW - VIII. ЗЕМЕЛЬНОЕ ПРАВО

Book - Книга

BOSÁNSZKY Lajos - SZÉP György: Földjog. - Szövetkezeti jog. Főiskolai tankönyv. [Land law. Law of co-operative farms. Textbook for high schools. Земельное право - кооперативное право. Учебное пособие для вуз-ов.]
Bp. Tankönyvkiadó, 1987. 367 p.
Bibliogr. 174-175.

Articles - Статьи

DOMÉ Györgyné: Gazdasági társulások a mezőgazdaságban. [Economic associations in the agriculture. Хозяйственные товарищества в сельском хозяйстве.]
JK 2/87:62-72.

KEVY Ferenc: A földvédelem és a környezetvédelem jogi összefüggései. [Legal relations between protection of land and environmental protection. Правовые вопросы взаимоотношений правил по охране земли и окружающей среды.]
= Jógász szöv. ért. 1986. 2. köt. 67-119.

SÜVEGES Márta: Le système foncier des pays socialistes. [The land system of the socialist countries. Система землепользования в социалистических странах.]
= Annales Bp. Tomus 27. 225-245.

IX. LAW OF CO-OPERATIVES - IX. СЕЛЬСКОХОЗЯЙСТВЕННОЕ ПРАВО

Book - Книга

BOSÁNSZKY Lajos - SZÉP György: Földjog. - Szövetkezeti jog. Főiskolai tankönyv. [Land law. Law of co-operative farms. text-

Bibliographia

book for high schools. Земельное право - кооперативное право. Учебное пособие для вуз-ов.]

Bp. Tankönyvkiadó, 1987. 367 p.

Bibliogr. 174-175.

Article - Статья

A Magyar Jogász Szövetség és az Igazságügyi Minisztérium által 1986. november 26-án rendezett kodifikációs vitauülés anyaga [a szövetségi jogalkotás feladatairól]. [Papers of the discussion, held on November 26, 1986, under the auspices of the Association of Hungarian Lawyers and the Ministry of Justice on the tasks of codification bearing upon the co-operatives. Материалы совещания, организованного Венгерской ассоциацией юристов и Министерством Юстиции 26 ноября 1986 г. (задачи правотворчества в области кооперативного права.)]

= Jogász szöv. ért. 1987. 1. köt. 1-65.

X. CRIMINAL LAW. CRIMINAL SCIENCES - X. УГОЛОВНОЕ ПРАВО. ВСПОМОГАТЕЛЬНЫЕ НАУКИ УГОЛОВНОГО ПРАВА

Books - Книги

A büntető törvénykönyv magyarázata. 1-2. köt. Szerk. László Jenő. [Comments to the Criminal Code. Vols 1-2. Комментарий к Уголовному Кодексу. Том 1-2.]

Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1986. 545, [4], 551-1043 p.

Az [ezerkilencszázhetvennyolcadik] 1978. évi IV. törvény (Btk) előkészítése. 5-6. köt. Szerk. László Jenő. [Preparation of Act IV of 1978 (Criminal Code). Vols 5-6. Подготовка Закона № IV 1978 г. (УК). Том 5-6.]

[Bp. mimeogr.] 1986. [4], 441, [2], 332-674 p.

/Igazságügyi Minisztérium Tudományos és tájékoztatási főosztály [kiadványai]./

Bibliographia

FÖLDVÁRI József: Kriminálpolitika. [Criminal policy. Уголовная политика.]

Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 262 p.

Bibliogr. passim.

Das Recht zum Strafen. Referate und Diskussionsbericht des regionalen Kolloquiums. Noszvaj, 24-27. September 1985. Hrsg. Bárd Károly. [Publ.] Ungarische Akademie der Wissenschaften, Ungarische Kriminologische Gesellschaft. [The right of punishment. Commentaries and report on the dispute of a regional meeting. Право наказания. Сообщения и доклады региональной конференции.]

Вр. [mimeogr.] 1986. [2], 281 p.

/Kriminológiai közlem. Különkiad./

Bibliogr. passim.

Articles - Статьи

ERDŐSY Emil: Die strafrechtlichen Aspekte der riskanten ärztlichen Tätigkeit. [Criminal law aspects of dangerous medical activities. Уголовно-правовые аспекты врачебной деятельности связанной с риском.]

AJurid. 1-2/86:79-99.

ERDŐSY Emil: Vizsgálódások a mulasztási bűncselekmények körében. [Researches in the field of crimes of omission. О преступлениях, совершаемых бездействием.]

JK 4/87:184-189.

LŐRINCZY György: Vázlatok a korrupciós bűncselekmények témaköréből. [Outlines of criminal acts connected with corruption.

Преступления, связанные с коррупцией: тезисы.]

= Jogász szöv. ért. 1986. 2. köt. 216-251.

A Magyar Jogász Szövetség tudományos bizottságának büntetőjogi szakosztálya által 1986. május 12-én rendezett országos

Bibliographia

konferencia anyaga [a büntetőeljárás gyakorlat egyszerűbbé tételének lehetőségeiről és akadályairól]. [Papers of the national conference organized by the criminal law section of the scientific committee of the Association of Hungarian Lawyers, on the possibilities and obstacles of simplifying the practice of criminal procedure, held on May 12, 1986. Материалы общевенгерской конференции, проведенного 12 мая 1986 г. по инициативе уголовно-правовой секции Венгерской ассоциации юристов (упрощение уголовно-процессуальной практики: возможности и препятствия).]

= Jogász szöv. ért. 1987. 1. köt. 67-123.

MOLNÁR József: Die jungen Erwachsenen und das Strafrecht. [Young adults and criminal law. Молодые совершеннолетние и уголовное право.]

= Annales Br. Tomus 27. 113-130.

NAGY Ferenc: Szabadságvesztés és szurrogátumai a német és a külföldi jogban. [Confinement and its surrogates in German and foreign criminal law. Лишение свободы и его суррогаты в германском и зарубежном праве.]

ЖК 4/87:207-209.

NÁNÁSI László: A kóros élvezetre alkalmas anyagok a magyar büntetőjogban. [Substances utilizable for pathological addiction and Hungarian criminal law. Понятие веществ интоксикации в венгерском уголовном праве.]

= Jogász szöv. ért. 1986. 2. köt. 120-151.

POLT Péter: A nemzetközi büntetőjog fejlődésének néhány kérdése. [Some problems of the development of international criminal law. Некоторые вопросы развития международного уголовного права.]

ЖК 4/87:172-178.

VIGH József: Crime prevention and realities. [Предупреждение

Bibliographia

преступлений и действительность.]

= Annales Br. Tomus 27. 273-287.

WIENER A. Imre: Reflexió egy törvénytervezetre a nemzetközi bűnügyi jogsegélyről. [Reflections on a draft concerning international legal assistance in the field of criminal cases. Замечания относительно законопроекта о международной правовой помощи по уголовным делам.]

JK 4/87:178-180.

XI. CIVIL PROCEDURE - XI. ГРАЖДАНСКИЙ ПРОЦЕСС

Book - Книга

BAJORY Pál: Fellebbezés a polgári eljárásban. [Appeal in civil procedure. Обжалование гражданско-процессуальных решений.]

Br. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 402, [2] p.

Bibliogr. 387-393.

Articles - Статьи

BENKE Éva: A házassági bontóperes eljárás fejlődéstörténete a felszabadulástól napjainkig. [History of development of the procedure of divorce from the liberation to our days. Развитие судебного процесса по разводу со времени освобождения до наших дней.]

= Jogász szövegyűjtés. 1986. 2. kötet. 1-35.

NÉMETH János: Theoretische und praktische Grundprobleme des Rechtsmittelsystems in Ungarn. [Theoretical and practical basic problems of the systems of legal means in Hungary. Основные теоретические и практические проблемы использования правовых средств в Венгрии.]

= Annales Br. Tomus 27. 167-184.

Bibliographia

XII. CRIMINAL PROCEDURE - XII. УГОЛОВНЫЙ ПРОЦЕСС

Books - Книги

ERDEI Árpád: Tény és jog a szakvéleményben. A szakértői bizo-
nyításról a büntetőeljárásban. [Facts and law in experts' re-
ports. Evidence of experts in criminal procedure. Факты и пра-
во в экспертном заключении.]

Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 319 p.

Bibliogr. 287-296. — Eng. summary, Русск. содерж.

KENGYEL Miklós: Rechtsschutzanspruch und Rechtsschutzbedürfnis.
Beiträge zur Theorie des Klagerechts. [Claims and needs for le-
gal protection. Comments to the theory of the right of compla-
int. Иск и необходимость правовой защиты. О теории права
на иск.]

Pécs, Pécsi Szikra ny. 1987. 31 p.

/Studia iuridica auctoritate Universitatis Pécs publicata 112./
Bibliogr. passim.

Articles - Статьи

ERDEI Árpád: Experts in criminal procedure and the myth of the
jura novit curia principle. [Эксперты в уголовном процессе и
миф, созданный вокруг принципа jura novit curia.]

= Annales Bp. Tomus 27. 3-20.

GYEKICZKY Tamás: Ideológiai érvek a munkafegyelem megsértőivel
szemben az 1952-ben hozott büntetőbíróvási ítéletekben. [Ideo-
logical arguments in verdicts of criminal courts, pronounced
in 1952 against offenders of labour discipline. Идеологичес-
кие мотивы уголовно-процессуальных решений 1952 г., вынесен-
ных против нарушителей трудовой дисциплины.]

= ELTE Acta. 27. köt. 200-210.

Bibliographia

STRAUSZ János: Gondolatok a büntetőeljárás egyszerűsítéséről és gyorsításáról. Korreferens Harmathyné Horváth Anna, Litovszky Pál [stb.], hozzászólások. [Thoughts on simplifying and speeding up the criminal procedure. Об упрощении и ускорении уголовного процесса.]

= Jogász szöv. ért. 1987. 1. köt. 69-123.

VIGH József: Gondolatok a szocialista kriminológia lényegéről. [Thoughts on the essence of socialist criminology. О сущности социалистической криминологии.]

= ELTE Acta. 27. köt. 75-93.

XIII. INTERNATIONAL LAW - XIII. МЕЖДУНАРОДНОЕ ПРАВО

Books - Книги

BODNÁR László: A nemzetközi szerződések és az állam. [International treaties and the state. Международные договоры и государство.]

Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 273 p. Bibliogr. 255-265.

BOKORNÉ SZEGŐ Hanna: Nemzetközi jog. [Egyetemi jegyzet. Közzéteszi a] Marx Károly Közgazdaságtudományi Egyetem. [International law. University textbook. Международное право. Учебное пособие.]

Bp. [mimeogr.] 1986. 179, [4] p.

BRUHÁCS János: Nemzetközi vízjog. A nemzetközi folyóvizek nem hajózási célú hasznosításának joga. [International law of waters. Law of the utilization of continental rivers for non-navigation purposes. Международное водное право. Право несудоходного использования международных рек.]

Bp. Akadémiai Kiadó, 1986. [1987.] 293, [2] p.

Bibliogr. passim.

Bibliographia

Articles - Статьи

HLAVATHY Attila: Jogsegély típusu szerződéseink és a külföldi állampolgárok jogvédelme. [Legal assistance treaties and the legal protection of foreign citizens. Венгерские договоры о правовой помощи и правовая охрана иностранных граждан.]
JK 3/87:137-146.

LAMM Vanda: Néhány megjegyzés a nukleáris kárfelelősségi nemzetközi szerződésekről. [Remarks on the international treaties regulating compensation for nuclear damages. Некоторые замечания к международным договорам об ответственности за ядерный ущерб.]
ÁJ 3/85:461-478.

POLT Péter: Jog-e a menedékjog? [Is asylum a right? Является ли право убежища правом?]
= ELTE Acta. 27. köt. 95-115.

TAKÁCS Albert: A nemzetközi jogi és a közigazgatási jogi kutatások kapcsolatai. [Relations between researches in international and administrative law. Соотношения между исследованиями по международному и административному праву.]
ÁJ 3/85:556-560.

VALKI László: A flexible response to defensive defense. [Гибкий ответ на оборонительную защиту.]
= Annales Bp. Tomus 27. 247-262.

XIV. PRIVATE INTERNATIONAL - XIV. МЕЖДУНАРОДНОЕ ЧАСТНОЕ
LAW ПРАВО

Books - Книги

FIGZERE Lajos: A KGST működésének intézményi és jogi alapjai.

Bibliographia

[Institutional and legal bases of the functioning of the CMEA. Институционные и правовые основы деятельности СЭВ.]
Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 285, [2] p.

MARTONYI János - NÁRAY Péter: A transznacionális vállalatok jogállása. [Közvéteszi a] Konjunktura- és Piackutató Intézet. [Legal status of transnational enterprises. Правовое положение транснациональных корпораций.]
Вр. [mimeogr.] 1986. VI, 208 p.

Articles - Статьи

BAUER Miklós: A fórumválasztási és jogválasztási autonómia korlátai a KGST jogrendszerében. [The limits of the autonomy of the choice of forum and law in the CMEA-law. Пределы автономии выбора форума и права в системе права СЭВ.]
ЖК 1/87:20-26.

FICZERE Lajos: A KGST külső kapcsolatainak jogi mechanizmusa. [Legal mechanism of the external relations of the CMEA. Правовой механизм внешних связей СЭВ.]
АЖ 3/85:454-460.

FÖLDI András: A kontraktuális és deliktuális felelősség konkurenciájának történetéhez. [Comments to the history of the concurrence of contractual and delictual responsibility. Об истории соперничества договорной и деликтной ответственности.]
= ELTE Acta. 27. köt. 117-132.

MÁDL Ferenc: Érték vagy jogbiztonság a nemzetközi magánjogban. [Value or legal security in international private law. Ценность или правовая безопасность в международном частном праве.]
АЖ 3/85:411-433.

MÁDL Ferenc: A Nemzetközi Kereskedelmi Jogi Akadémia konferenciája a Harvardon. Cambridge, Mass. 1985. aug. 5-8. [The con-

Bibliographia

ference of the International Commercial Law Academy in Harvard University. Конференция Международной Академии Торгового Права в Харварде.]

JK 3/87:156-159.

NAGY Boldizsár: The UN Code of conduct on transnational corporations: disputed and resolved issues. [Кодекс поведения транснациональных корпораций, разработанный под эгидой ООН: решенные и спорные вопросы.]

= Annales Br. Tomus 27. 131-144.

TAKÁTS Péter: A termékforgalom szerződési rendszerének megszervezése a KGST-integrációban. [Organization of the contract system of the marketing of products in the CMEA integration. Организация договорной системы оборота продукции в интеграционных отношениях СЭВ.]

ÁJ 3/85:479-493.

XV. HISTORY OF STATE AND LAW - XV. ИСТОРИЯ ГОСУДАРСТВА И ПРАВА

Books - Книги

HENCZ Aurél: Törekvések a közzolgálati etika kialakítására. 1. köt. A dualizmus és a két forradalom kora. 2. köt. a Horthy-korszak. [Közzéteszi a] Magyar Tudományos Akadémia Államtudományi kutatások programirodája. [Efforts to establish morals in public service. Vol. 1. The era of dualism and the two revolutions. Vol. 2. The Horthy era. Стремления по формированию служебной этики. Том 1. Период дуализма и двух революций. Том 2. Период правления Хорти.]

Br. [mimeogr.] 1987. 141, 227 p.

Bibliogr. passim.

KARDOS József: A szentkorona-tan története. 1919-1944. 2. kiad. [History of the Hungarian crown. 1919-1944. 2nd ed. История

Bibliographia

учения о священной короне. 1919-1944. 2-е изд.]
Вр. Akadémiai Kiadó, 1987. 246, [2] p.
Bibliogr. passim.

RÉVÉSZ T[amás] Mihály: A sajtószabadság érvényesülése Magyarországon. 1867-1875. [Enforcement of the freedom of the press in Hungary. Реализация свободы печати в Венгрии.]
Вр. Akadémiai Kiadó, [1987.] 253, [2] p.
Bibliogr. passim.

Articles - Статьи

MEZEY Barna: A Rákóczi-kor jogi műveltsége. [Legal culture of the Rákóczi era (beginning of the 18th century). Юридическая культура в период правления Ракоци.]
= ELTE Acta. 27. köt. 133-152.

MEZEY Barna: Die staatspolitischen Verstellungen von Ferenc Rákóczi, II. [The state-political conceptions of Ferenc Rákóczi, II. Государственно-политические проекты Ференца Ракоци II.]
AJurid. 1-2/86:163-183.

RÁCZ Lajos: Közjogi paktum és hatalomkorlátozás (a Mohács előtti Magyarországon és az erdélyi fejedelemségben). [Facts in public law and the limitation of power in Hungary before 1526 and in the principality of Transylvania. Публично-правовой договор и ограничение власти в Венгрии перед 1526 и в Трансильванском княжестве.]
ÁJ 3/85:494-527.

RÁCZ Lajos: Uralkodói eskük és választási conditiók (avagy a főhatalom korlátozásának jogi keretei az erdélyi fejedelemségben). [Oaths of monarchs and conditions of election, or legal frames of limitation of super power in the principality of Transylvania. Королевские посяги и выборы. О правовом ограничении верховной власти в Трансильванском княжестве.]
ÁJ 4/85:745-776.

Bibliographia

SZEGVÁRI[NÉ] NAGY Katalin: Die Gesetzgebung bezüglich der Lage der stellunglosen Akademiker in Ungarn während der grossen Wirtschaftskrise. [Legislation on the situation of unemployed graduates in Hungary during the great economic crisis. Законодательство о нетрудоустроенных венгерских выпускниках в период большого экономического кризиса.]
= Annales Br. Tomus 27. 145-166.

XVI. ROMAN LAW - XVI. РИМСКОЕ ПРАВО

Books - Книги

A magyar római jogi szakirodalom bibliográfiája. 1945-1985. - Bibliographie der ungarischen Rechts. 1945-1985. Összeáll. Földi András - Szájer József - Fekete Orsolya. Szerk. Hamza Gábor. 2. átdolg. és jav. kiad. [Bibliography of the Hungarian literature of Roman law. 2nd rev. ed. Библиография венгерских работ по римскому праву. 1945-1985.]
Bp. [mimeogr.] 1986. XXII, 101 p.
/Állam- és jogtörténeti bibliográfiák 12./

PÓLYA Elemér: Iniuria types in Roman law. Transl. Szabó József. [Виды iniuria в римском праве.]
Bp. Akadémiai Kiadó, 1986. V, 226, [2] p.
Bibliogr. 208-213.

SZÁJER József: Hermeneutika és a római jog. Interpretációelméleti vázlat. [Hermeneutics and Roman law. An outline of the theory of interpretation. Герменевтика и римское право. Интерпретационно-теоретический очерк.]
Bp. [mimeogr.] 1986. [4], 77, [2] p.
/Publicationes Instituti Iuris Romani Budapestinensis. Fasc. 6./
Bibliogr. 69-72.

Bibliographia

Eng. summary; Dt. Zusammenfassung; Русск. содерж.

Articles - Статьи

FÖLDI András: Marx és a római jog. Beszámoló az 1984. évi szegedi nemzetközi római jogi konferenciáról. [Marx and Roman law. Маркс и римское право. Отчет о международной конференции по римскому праву 1984 г. в г. Сегед.]

ÁJ 3/85:565-567.

HAMZA Gábor: Die Bedeutung der antiken Rechtsvergleichung für das erforschen der Rechtsinstitutionen des geltenden Rechts. [Importance of the comparison of law in the Antiquity for investigating legal institutions of the law in force. Значение сравнительного правоведения при исследовании действующих правовых институтов античного мира.]

= Annales Br. Tomus 27. 49-62.

HAMZA Gábor: A római tulajdon kérdéséhez. [The problem of property in the Roman empire. К вопросу о собственности в древнем Риме.]

= ELTE Acta. 27. köt. 193-199.

HAMZA Gábor: Juristische Widerspiegelung der sozialen Verhältnisse in römischem Recht. [Legal reflection of the social conditions in Roman law. Правовое выражение общественных отношений в римском праве.]

AJurid. 1-2/86:210-213.

PÓLAY Elemér: Tatbestände der iniuria im römischen Recht. [Facts of the iniuria in Roman law. Основания iniuria по римскому праву.]

AJurid. 1-2/86:3-27.

PÓLAY Elemér: A személyhez kapcsolódó egyes eszmei javak magánjogi védelmének nyomai a római jogban. [The civil law protecti-

Bibliographia

on remnants of some intangible assets related to personality in the Roman law. Следы частноправовой охраны некоторых связанных с личностью духовных ценностей в римском праве.]

JK 3/87:147-151.

SZÁJER József: Hermeneutika és a római jog. [Hermeneutics and Roman law. Герменевтика и римское право.]

= Jogász szöv. ért. 1986. 2. köt. 152-192.

ZLINSZKY János: A magyar magánjog történetének hiányzó fejezetei. (A római jog csendes recepciója hazánkban?) [Missing chapters from the history of Hungarian private law. Unregarded reception of Roman law in Hungary? Некоторые белые пятна в истории венгерского частного права. Тихая рецепция римского права в Венгрии?]

ÁJ 3/85:560-565.

XVII. MISCELLANEOUS - XVII. СМЕШАННОЕ

Book - Книга

Studia in honorem Roberti Horváth septuagenarii. Red. Tóth Károly.

Szeged, Szegedi ny. 1986. 302, [2] p. 1 t.

/Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominatae.

Acta juridica et politica. Tomus 36. Fasc. 1-20./

Bibliogr. passim. — Rés. franc; Русск. содерж.; Dt. Zusammenfassung.

Articles - Статьи

Bihari Ottó tudományos munkássága. [Bibliográfia.] Összeáll.

Ádám Antalné. [Scientific work of Ottó Bihari. A bibliography.]

Творческая деятельность Отто Биари. Библиография.]

= Bihari-emlékülés. 560-578.

Bibliographia

Csanádi György. 1917-1986. [Nekrológ. Irta] Halmai Gábor. [An obituary. Некролог.]
JK 1/87:36.

Erinnerung an György Diószdi. 1934-1973. [Von] Hamza Gábor -
Liste der Publikationen von György Diószdi. [György Diószdi.
1934-1973. A necrology. List of György Diószdi's publications.
Некролог. Публикации Дьердя Диошди.]
= Annales Br. Tomus 27. 289-294.

Az európai szocialista államok jogalkotásáról. [On the legisla-
tion of European socialist countries. О законодательстве ев-
ропейских социалистических стран.]
JK 4/87:200-207.

In memoriam Károly Visky. 1908-1984. [Irta] Hamza Gábor.
= Annales Br. Tomus 27. 307-316.

Kovács Tibor. 1914-1987. [Nekrológ. An obituary. Некролог.]
ÁI 4/87:289-291.

NAGY Lajos: A magyar jogi folyóirati irodalom fejlődésének váz-
latai. 2. r. [Outlines of the development of Hungarian legal
periodicals. Part 2. Очерк развития венгерской юридической ли-
тературы в журнальных статьях. Часть 2.]
ÁJ 4/85:629-648.

SZABÓ István: A leendő igazgatásszervezők pályaigényei. [The
career expectations of the future organizers of administration.
Требования в сфере деятельности будущих организаторов управ-
ления.]
ÁI 4/87:372-377.

TAKÁCS Péter - VÖRÖS Imre: Magyar-NSZK eszmecsere egymás jog-
rendszerének kölcsönös megismerésére. [Budapest, 1986. okt.
10-14. A FRG-Hungarian conference for the mutual understand-

Bibliographia

ing of the legal systems of each other. Обмен мнениями юристов ВНР и ФРГ в целях взаимного ознакомления с правовыми системами.]

JK 2/87:104-105.

Válogatás a Bihari Ottóval készített rádióinterjúkból. A parlament munkájáról; Törvényekbe írt történelem (stb.) [Selection of radio interviews made with Ottó Bihari. On parliament's work; History as reflected in acts etc. Избранные интервью Отто Би-хари (выступления в радио о работе парламента, истории, написанной в законах, и.т.д.)]

= Bihari-emlékülés. 535-559.



PRINTED IN HUNGARY

Akadémiai Kiadó és Nyomda Vállalat, Budapest



Acta Juridica veröffentlicht Abhandlungen aus dem Bereich der Rechtswissenschaft in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache

Acta Juridica erscheint jährlich in einem Band aus vier Heften bei

AKADÉMIAI KIADÓ
Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften
H-1054 Budapest, Alkotmány utca 21

Manuskripte und Zuschriften an die Redaktion:

Acta Juridica
H-1250 Budapest, Postfach 25

Bezugsmöglichkeiten:

Bestellungen nehmen an

KULTURA Außenhandelsunternehmen
H-1389 Budapest, Postfach 149

und seine Vertretungen im Ausland

Acta Juridica публикует работы в области юридической науки на русском, английском, немецком и французском языках

Acta Juridica выходит четырьмя выпусками, составляющими один том в год

Журнал издается

Akadémiai Kiadó
Издательством Академии наук Венгрии
H-1054 Budapest, Alkotmány u. 21

Переписку для редакции следует направлять по адресу

Acta Juridica
H-1250 Budapest, Pf. 25

Заказы принимает предприятие по внешней торговле

KULTURA
H-1389 Budapest, Pf. 149.

и его заграничные представительства

Acta Juridica is abstracted / indexed in Abstracts on Criminology and Penology, Index to Foreign Legal Periodicals, Public Affairs Information Service

©Akadémiai Kiadó, Budapest

Periodicals of the Hungarian Academy of Sciences are obtainable
at the following addresses:

AUSTRALIA

C.B.D. LIBRARY AND SUBSCRIPTION SERVICE
Box 4886, G.P.O., Sydney N.S.W. 2001
COSMOS BOOKSHOP, 145 Ackland Street
St. Kilda (Melbourne), Victoria 3182

AUSTRIA

GLOBUS, Hochstadtplatz 3, 1206 Wien XX

BELGIUM

OFFICE INTERNATIONAL DE LIBRAIRIE
30 Avenue Marnix, 1050 Bruxelles
LIBRAIRIE DU MONDE ENTIER
162 rue du Midi, 1000 Bruxelles

BULGARIA

HEMUS, Bulvar Ruszki 6, Sofia

CANADA

PANNONIA BOOKS, P.O. Box 1017
Postal Station "B", Toronto, Ontario M5T 2T8

CHINA

CNPICOR, Periodical Department, P.O. Box 50
Peking

CZECHOSLOVAKIA

MAD'ARSKÁ KULTURA, Národní třída 22
115 66 Praha
PNS DOVOZ TISKU, Vinohradská 46, Praha 2
PNS DOVOZ TLAČE, Bratislava 2

DENMARK

EJNAR MUNKSGAARD, Norregade 6
1165 Copenhagen K

FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

KUNST UND WISSEN ERICH BIBER
Postfach 46, 7000 Stuttgart 1

FINLAND

AKATEEMINEN KIRJAKAUPPA, P.O. Box 128 SF-00101
Helsinki 10

FRANCE

DAWSON-FRANCE S. A., B. P. 40, 91121 Palaiseau
EUROPERIODIQUES S. A., 31 Avenue de Versailles, 78170
La Celle St. Cloud
OFFICE INTERNATIONAL DE DOCUMENTATION ET
LIBRAIRIE, 48 rue Gay-Lussac
75240 Paris Cedex 05

GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC

HAUS DER UNGARISCHEN KULTUR
Karl Liebknecht-Straße 9, DDR-102 Berlin
DEUTSCHE POST ZEITUNGSVERTRIEBSAMT Straße der
Pariser Kommune 3-4, DDR-104 Berlin

GREAT BRITAIN

BLACKWELL'S PERIODICALS DIVISION
Hythe Bridge Street, Oxford OX1 2ET
BUMPUS, HALDANE AND MAXWELL LTD.
Cowper Works, Olney, Bucks MK46 4BN
COLLET'S HOLDINGS LTD., Denington Estate Wellingbo-
rough, Northants NN8 2QT
WM. DAWSON AND SONS LTD., Cannon House Folkstone,
Kent CT19 5EE
H. K. LEWIS AND CO., 136 Gower Street
London WC1E 6BS

GREECE

KOSTARAKIS BROTHERS INTERNATIONAL
BOOKSELLERS, 2 Hippokratous Street, Athens-143

HOLLAND

MEULENHOF- BRUNA B. V., Beulingstraat 2,
Amsterdam
MARTINUS NIJHOFF B.V.
Lange Voorhout 9-11, Den Haag

SWETS SUBSCRIPTION SERVICE

347b Heereweg, Lisse

INDIA

ALLIED PUBLISHING PRIVATE LTD., 13/14
Asaf Ali Road, New Delhi 110001
150 B-6 Mount Road, Madras 600002
INTERNATIONAL BOOK HOUSE PVT. LTD.
Madame Cama Road, Bombay 400039
THE STATE TRADING CORPORATION OF INDIA LTD.,
Books Import Division, Chandralok 36 Janpath, New Delhi
110001

ITALY

INTERSCIENTIA, Via Mazzè 28, 10149 Torino
LIBRERIA COMMISSIONARIA SANSONI, Via Lamarmora 45,
50121 Firenze
SANTO VANASIA, Via M. Macchi 58
20124 Milano
D. E. A., Via Lima 28, 00198 Roma

JAPAN

KINOKUNIYA BOOK-STORE CO. LTD.
17-7 Shinjuku 3 chome, Shinjuku-ku, Tokyo 160-91
MARUZEN COMPANY LTD., Book Department, P.O. Box
5050 Tokyo International, Tokyo 100-31
NAUKA LTD. IMPORT DEPARTMENT
2-30-19 Minami Ikebukuro, Toshima-ku, Tokyo 171

KOREA

CHULPANMUL, Phenjan

NORWAY

TANUM-TIDSKRIFT-SENTRALEN A.S., Ke-1 Johansgatan
41-43, 1000 Oslo

POLAND

WEGIERSKI INSTYTUT KULTURY, Marszałkowska 80,
00-517 Warszawa
CKP-I W., ul. Towarowa 28, 00-958 Warszawa

ROMANIA

D. E. P., Bucuresti
ILEXIM, Calea Grivitei 64-66, Bucuresti

SOVIET UNION

SOJUZPECHAT — IMPORT, Moscow
and the post offices in each town
MEZHDUNARODNAYA KNIGA, Moscow G-200

SPAIN

DIAZ DE SANTOS, Lagasca 95, Madrid 6

SWEDEN

GUMPERS UNIVERSITETSBOKHANDL AB
Box 346, 401 25 Goteborg 1

SWITZERLAND

KARGER LIBRI AG, Petersgraben 31, 4011 Basel

USA

EBSCO SUBSCRIPTION SERVICES
P.O. Box 1943, Birmingham, Alabama 35201
F. W. FAXON COMPANY, INC.
15 Southwest Park, Westwood Mass. 02090
READ-MORE PUBLICATIONS, INC
140 Cedar Street, New York, N. Y. 10006

YUGOSLAVIA

JUGOSLOVENSKA KNJIGA, Terazije 27, Beograd
FORUM, Vojvode Mišića 1, 21000 Novi Sad

Acta Juridica

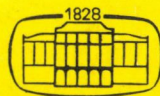
ACADEMIAE
SCIENTIARUM
HUNGARICAE

ADIUVANTIBUS

I. KERTÉSZ, T. KIRÁLY, I. KOVÁCS, K. KULCSÁR,
E. LONTAI, F. MÁDL, V. PESCHKA

REDIGIT
GY. EÖRSI

TOMUS XXX
FASCICULI 3—4



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST

1988

ACTA JURIDICA

A QUARTERLY OF THE HUNGARIAN ACADEMY OF SCIENCES

Acta Juridica publishes papers on jurisprudence by Hungarian authors in English, French, German and Russian.

Acta Juridica is published in yearly volumes of four issues by

AKADÉMIAI KIADÓ
Publishing House of the Hungarian Academy of Sciences
H-1054 Budapest, Alkotmány u. 21

Manuscripts and editorial correspondence should be addressed to

Acta Juridica
H-1250 Budapest, P. O. Box 25

Subscription information

Orders should be addressed to

KULTURA Foreign Trading Company
H-1389 Budapest, P. O. Box 149

or to its representatives abroad

Acta Juridica publie des travaux dans le domaine de la jurisprudence en français, anglais, allemand et russe.

Acta Juridica est publié sous forme de quatre fascicules qui forment un volume par an et est édité par

AKADÉMIAI KIADÓ
Maison d'édition de l'Académie des Sciences de Hongrie
H-1054 Budapest, Alkotmány u. 21

Adresse de la Rédaction:

Acta Juridica
H-1250 Budapest, P. O. Box 25

Abonnement

s'adresser à l'Entreprise du Commerce Extérieur KULTURA

H-1389 Budapest P. O. Box 149

ou chez les représentants à l'étranger

INDEX

- SZABÓ, A.: Déviances et la prévention du crime /САБО, А.: Проблемы ресоциализации и предупреждение преступности/..... 323
- NOVOTNI, Z.: Dogmatische Fragen des Gesellschaftsrechtsverhältnisses /НОВОТНИ, З.: Догматические вопросы правоотношения товарищества/..... 347

INFORMATIONES



- DEZSŐ, M.: Act No. XI of 1987 on law-making /ДЕЖЭ, М.: Закон №XI. 1987 г. о правотворчестве/..... 361
- VÖRÖS, I.: Die Neuregelung des ungarischen Vergaberechts /ВЁРЁШ, И.: Новое венгерское регулирование отношений по капиталовложению/..... 365

RECENSIONES

- SZENTIVÁNYI, I.: Finanzrechtliche Verantwortung in der Wirtschaft /Nagy, A./ /СЭНТИВАНЬИ, И.: Финансово-правовая ответственность в хозяйственных отношениях/ /Надь, А./..... 369

VARIA

- NÉMETH, Á.: Das dritte deutsch-ungarische Symposium für Zivilrecht /НЭМЭТ, А.: Третья встреча немецких и венгерских цивилистов/..... 379

VARGA, Cs.: La comparaison et les congrès internationaux de droit comparé /VARGA, Ч.: Сравнительное исследование и международные конгрессы по сравнительному правоведению/.....	385
---	-----

INTERNATIONALIA

Book reviews - Рецензии.....	391
------------------------------	-----

BIBLIOGRAPHIA

VEREDY, K.: Hungarian legal bibliography 1987 2 nd part /ВЕРЕДИ, К.: Венгерская юридическая библиография, 1987, часть 2./.....	413
---	-----



ACTA JURIDICA

ACADEMIAE SCIENTIARUM HUNGARICAE

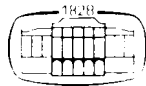
ADIUVANTIBUS

T. KIRÁLY, I. KOVÁCS, K. KULCSÁR,
E. LONTAI, F. MÁDL, I. SZABÓ

REDIGIT

GY. EÖRSI

TOMUS XXX



AKADÉMIAI KIADÓ, BUDAPEST
1988



INDEX

HERCZEGH, G.: Ungarn und Europa /1683-1686/ /ХЕРЦЕГ, Г.: Венгрия и Европа, 1683-1686 гг./.....	3
LŐRINCZ, L.: Modernization and reform in public administration /ЛЁРИНЦ, Л.: Модернизация и реформа государственного управления/.....	27
КИЛЕНЬИ, Г.: О дальнейшем развитии системы Советов /KILÉNYI, G.: Further development of the council system/.....	45
WEISS, E.: Über die Novelle des ungarischen Familiengesetzbuches - Gesetz Nr. IV 1986. /ВАЙС, Э.: Новая редакция закона ВНР о браке, семье и опеке/....	83
SZAMEL, L.: Responsibility of corporate bodies /САМЕЛ, Л.: Ответственность коллегиальных органов/.....	121
FICZERE, L.: Principes et système juridique de la coopération dans le CAEM /ФИЦЕРЕ, Л.: Принципы и правовая система сотрудничества в рамках СЭВ/.....	141
RÁCZ, A.: Administrative rule-making on the national level /РАЦ, А.: Нормотворчество центральных административных органов/.....	171
SZABÓ, A.: Déviances et la prévention du crime /САБО, А.: Проблемы ресоциализации и предупреждение преступности/.....	323
NOVOTNI, Z.: Dogmatische Fragen des Gesellschaftsrechtsverhältnisses /НОВОТНИ, З.: Догматические вопросы правоотношения товарищества/.....	347

INFORMATIONES

DOMÉ, M.: Formes de propriété terrienne prévues par la nouvelle Loi Foncière /ДОМЭ, М.: Формы земельной собственности по новому земельному кодексу/.....	197
DEZSŐ, M.: Act No. XI of 1987 on law-making /ДЕЖЁ, М.: Закон №XI. 1987 г. о правотворчестве/.....	361
VÖRÖS, I.: Die Neuregelung des ungarischen Vergaberechts /ВЁРЁШ, И.: Новое венгерское регулирование отношений по капиталовложению/.....	365

RECENSIONES

VIGH, J.: Social determination, criminal responsibility and prognosis /Szilágyi, P./ /ВИГ, Й.: Социальная необходимость, уголовная ответственность, прогноз/ /Силадьи, П./.....	207
Zum ersten Band einer neuen Reprint-Serie: Beitrag zum ungarischen Staatsrecht, geschrieben von F. Deák, Pest, 1865. /Horváth, P./ - -: К первому тому новой серии переизданий: Добавки к венгерскому публичному праву, автор Ф. Дзак, Пешт, 1865. /Хорват, П./.....	212
HAERTEL, G. - PÓLAY, E.: Römisches Recht und römische Rechtsgeschichte. Eine Einführung. /Hamza, G./ /ХЭРТЕЛ, Г. - ПОЛАЙ, Э.: Римское право, история римского права, Введение/ /Хамза, Г./.....	216
Études dédiées à Elemér Pólay /Hamza, G./ - -: Статьи по юбилею Элемера Полай /Хамза, Г./.....	225
SZENTIVÁNYI, I.: Finanzrechtliche Verantwortung in der Wirtschaft /Nagy, Á./ /СЭНТИВАНЬИ, И.: Финансово-правовая ответственность в хозяйственных отношениях/ /Надь, А./.....	369

VARIA

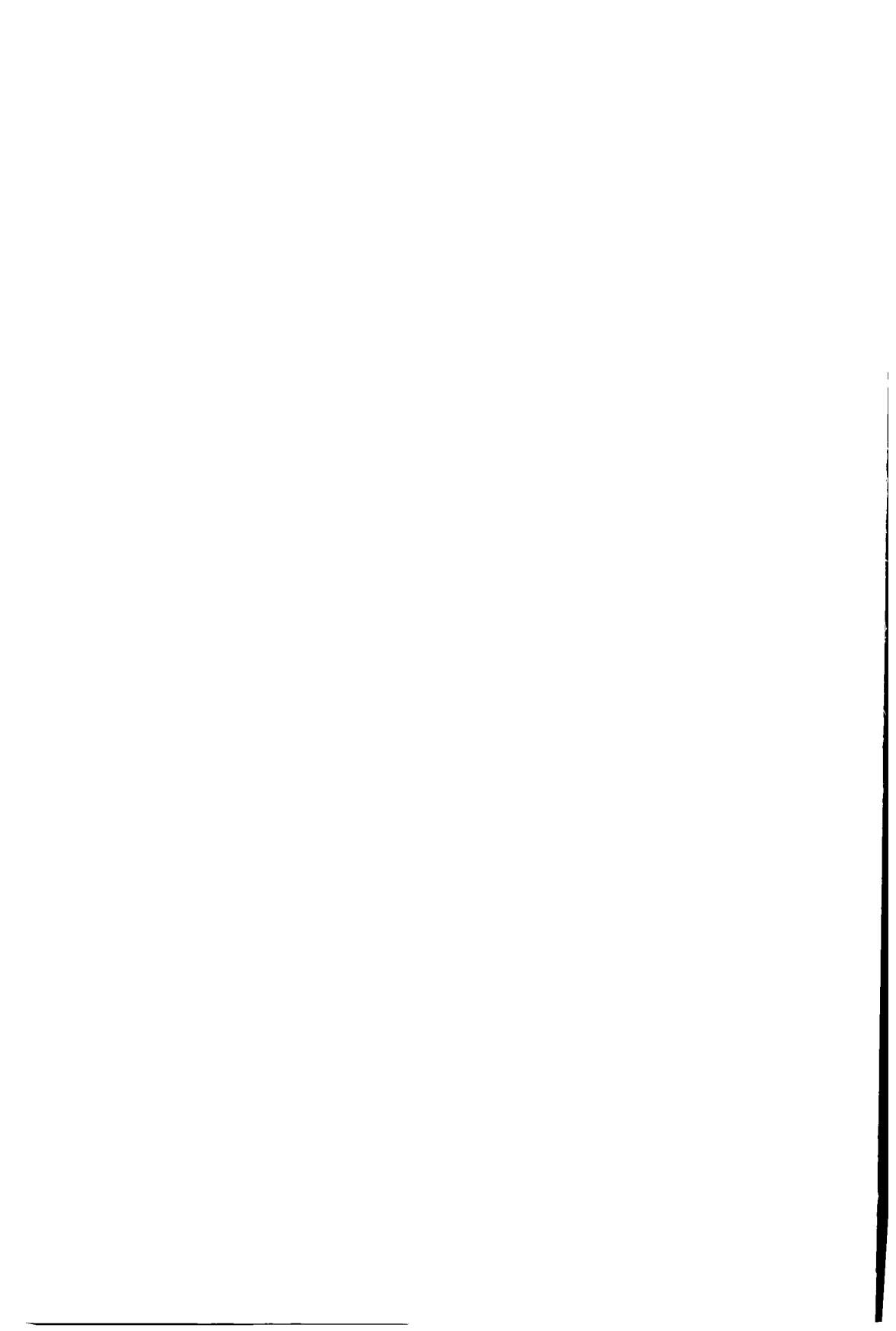
TÖRÖK, G.: Die ersten Schweizerisch-Ungarische Juristentage in Veszprém /ТЁРЁК, Г.: Первая встреча швейцарских и венгерских юристов в г. Веспрем/.....	233
HAMZA, G.: Zum Stellvertretungsbegriff in altgriechischen Recht /ХАМЗА, Г.: О понятии заместителя по древнегреческому праву/.....	235
VARGA, Ч.: Право как история /VARGA, Cs.: Le droit en tant qu'histoire/.....	240
NÉMETH, Á.: Das dritte deutsch-ungarische Symposium für Zivilrecht /НЭМЭТ, А.: Третья встреча немецких и венгерских цивилистов/.....	379
VARGA, Cs.: La comparaison et les congrès internationaux de droit comparé /ВАРГА, Ч.: Сравнительное исследование и международные конгрессы по сравнительному правоведению/.....	385

INTERNATIONALIA

Book reviews - Рецензии.....	249
Book reviews - Рецензии.....	391

BIBLIOGRAPHIA

VEREDY, K.: Hungarian legal bibliography 1987 1 st part /ВЕРЕДИ, К.: Венгерская юридическая библиография, 1987, часть 1./.....	275
VEREDY, K.: Hungarian legal bibliography 1987 2 nd part /ВЕРЕДИ, К.: Венгерская юридическая библиография, 1987, часть 2./.....	413



Déviances et la prévention du crime

A. SZABÓ

Chef de section

Institut de Sciences Politique et Juridique de l'Académie Hongroise de Sciences de Hongrie

Soulignant que la réforme de la politique criminelle et celle de la prévention sociale de la criminalité est un problème d'actualité en Hongrie, l'auteur évoque les travaux récents de l'Académie des Sciences de Hongrie dans ce domaine et leurs conclusions. Face à un accroissement des phénomènes de la déviance sociale, une reconsidération fondamentale de l'analyse de ces phénomènes et de l'intervention est en cours.

Il conclut en indiquant que la société hongroise doit envisager une coexistence à long terme avec la déviance et manifester plus de tolérance en centrant sa réaction non sur la sanction, mais sur la résolution des tensions sociales, des injustices sociales et des problèmes individuels. La prise en charge des problèmes par la communauté ne devrait pas être autoritaire, mais encourager un recours volontaire à des prestations humaines.

1. Quelques mots sur la tendance principale des recherches sur les « Déviances et la prévention du crime »

Sur la base d'une résolution du gouvernement, ces recherches ont débuté au niveau ministériel, en 1979. Un Comité Préparatoire fut constitué pour élaborer le programme de recherches et la méthodologie de l'enquête. Nombreux pénalistes et criminologues y ont pris part. Un volume paru en 1981 résuma les résultats de l'activité du Comité. (*Études sur la déviance*. Budapest, Editions des Statistiques, 1981). Ce volume d'études indiqua déjà les deux particularités du programme de recherches: *Le traitement d'ensemble et le mode d'approche interdisciplinaire* des comportements déviants dont la délinquance. C'est en résultat des préparatives interdisciplinaires que s'établirent le programme, l'organisation et le corps dirigeant des recherches. Le Comité de Politique scientifique, fonctionnant auprès du gouvernement, c'est-à-dire son organe compétant: le Conseil de coordination des Sciences sociales, a commandé le programme et a été son corps dirigeant administratif. C'est le Conseil de Coordination qui a nommé comme corps dirigeant direct des recherches: le Conseil scientifique de la déviance.

Les recherches se faisaient, c'est-à-dire se font sur la base d'un programme quinquennal. Je voudrais souligner que ces recherches n'ont pas encore pris fin. Chaque secteur de recherches (alcoolisme, criminalité, troubles mentaux) a son institut de base (celui de la criminalité est l'Institut National de la Criminologie et de la Criministique), qui est responsable des recherches faites à l'intérieur ou hors de l'institution, sur mandats, et les coordonne. Ainsi les instituts de base font des recherches et se chargent en même temps des travaux d'organisation scientifique des

enquêtes. Le rôle fondamental et le mandat du Conseil Scientifique n'est pas seulement la direction et l'orientation du programme de recherches. Sa tâche principale est, avant la fin des recherches, en anticipant les résultats probables des enquêtes et en s'appuyant sur ceux qui sont déjà disponibles, d'élaborer un programme d'action social apte à prendre une décision politique et d'établir les fondements par là, pour la direction politique d'une alternative de décision. Le Conseil Scientifique a dû être donc un corps collectif de travail, pour accomplir sa tâche.

Il discutait à ses séances et jours de travail les rapports, comptes rendus et résumés des sous-commissions formées en son sein, des responsables du sujet et aussi les études d'experts extérieurs invités. A sa base d'informations nous pouvons ajouter les résultats obtenus disponibles des recherches hongroises de déviance (y compris naturellement ceux des recherches criminologiques), mais nous pouvons y compter aussi le pronostic démographique, le pronostic spécial de l'Institut Démographique sur l'évolution prévisible de la population tzigane, les études de prévision du Département de planification à long terme de l'Office National du Plan, sur « l'Évolution de certains processus et conditions du développement social jusqu'en 2000 », et son étude intitulée: « Grandeur et composition des couches en position multilatéralement désavantageuse », la conception de plan de l'Aménagement territorial national et ses analyses de base, ainsi que nombreux autres documents officiels de travail.

C'est en résultat des échanges de vue corporatifs du Conseil Scientifique qu'est né ce document de travail qui résume en deux volumes la position et les propositions de ce Conseil. Le premier volume est intitulé: « La déviance. Analyse de la situation et des propositions. » (p. 263). Le titre du deuxième volume est: « La déviance. Matières de fond. » Ce volume a 181 pages. Après une brève introduction, le premier volume fait connaître la manière de voir de l'analyse de la situation, le mode de traiter par la société les troubles d'intégration. Ceci est suivi par la présentation de la situation du suicide, de l'alcoolisme, des troubles mentaux, de celles de la jeunesse exposée et de la délinquance. L'analyse de la situation tient compte de la situation actuelle, des tendances de la Hongrie à long terme et essaie même de procéder à une comparaison internationale. L'analyse de la situation est suivie par les propositions et recommandations du Conseil Scientifique. Le premier groupe des propositions contient les mesures aptes à influencer les macro-processus sociaux. Là, nous touchons à des problèmes tels que: l'intégration de l'individu à la société, eu égard particulièrement à la mobilité, à la migration, au changement du mode de vie et à l'effet de déracinement de ceux-ci; la différenciation sociale, c'est-à-dire les inégalités, handicapée défavorisée et les situations marginales: l'évolution des systèmes réglant la conduite sociale et l'ordre des valeurs; l'état de la scolarité et de l'instruction publique; idéologie de l'éducation de notre société; le moral, l'atmosphère et l'esprit public sociaux. Les propositions demandent ici des mesures de politique sociale. Le second groupe des propositions s'occupe du système d'institutions fondamentales de la prévention. Dans ce cadre, les propositions s'étendent premièrement aux ateliers de socialisation (famille, école et autres institutions d'éducation, questions particulières de l'âge de 14 à 18 ans, lieu de

travail et l'armée. (Dans le système d'institutions fondamentales de la prévention nous proposons d'introduire le réseau de Stations d'Assistance sociale.) Nous nous étendons spécialement aux institutions de base de l'hygiène mentale (consultations d'ordre psychique et de conduite, premiers secours psychiques, services de secours s'organisant volontairement, groupes de volontaires, Centre National d'Hygiène mentale et d'Assistance familiale etc.). Dans l'intérêt du bon fonctionnement du réseau des institutions fondamentales, le Conseil Scientifique a aussi exposé ses idées sur la formation des spécialistes. Cette partie des propositions concerne de près aussi l'enseignement juridique. C'est là que prend place la conception relative au fonctionnement du système d'institutions de la prévention, inadaptation sociale et le schéma d'organisation de celle-ci. Après les mesures de politique sociale à prendre pour influencer les macroprocessus sociaux et le système d'institutions fondamentales de la prévention, le troisième groupe des propositions contient les recommandations pour servir la prévention et le recul des diverses formes de troubles de l'intégration, y compris naturellement la prévention du crime. Enfin nous nous étendons au développement des recherches scientifiques.

Les matières de fond du deuxième volume n'ont pas moins de valeur, mais elles servent plutôt à documenter, c'est-à-dire elles mettent à jour la base théorique des analyses du Conseil Scientifique. Le premier chapitre énumère et décrit en détail le système d'institutions du traitement des troubles d'intégration à la société fonctionnant aujourd'hui: la protection de l'enfance et de la jeunesse, les services d'hygiène mentale, les soins des vieux etc. Le deuxième chapitre donne un aperçu des expériences à l'étranger de la prévention et de l'élimination des troubles d'intégration à la société. Là, il est question de la stratégie du refoulement, de la prévention et de ses facteurs d'efficacité, de la prévention secondaire et des possibilités de la prévention primaire. Le troisième chapitre offre des exemples de l'expérience à l'étranger et des essais. J'estime que le chapitre le plus intéressant pour nous, en ce moment, est celui, qui parle des cadres de l'interprétation théorique de troubles d'intégration à la société: des difficultés, du cercle des troubles sociaux, des situations de stress nuisibles à la personnalité, des facteurs micro-culturels (de l'intériorisation et du persévérer durable des modèles de conduite), de la macro-structure et des processus macro-structurels (de l'anomie), de la sphère culturelle de la société et des cultures de souches, des occasions de la déviance et enfin de la stigmatisation sociale. A la fin du volume nous trouvons le recueil des règles de droit relatives à l'intégration sociale et leurs brefs commentaires.

Parallèlement aux recherches concernant inadaptations sociales toute une série de travaux intéressant directement notre sujet étaient et sont en cours. Bien que le Conseil Scientifique n'ait pas eu d'attributions ni mandat à les coordonner, il a fait des efforts méthodiques pour s'informer. Il y eut d'autant plus de possibilités, car certains de ses membres participaient également à ces travaux parallèles. Un des sujets centraux des recherches du Ministère de la Justice au niveau ministériel est la prévention du crime, dont les études d'expert viennent de voir le jour, et le rapport général d'experts

fut exposé par József Vigh, à la dernière séance scientifique de notre Société Criminologique. Les préparatifs d'une règle de droit à haut niveau relative à la prévention du crime sont à l'ordre du jour. Sur une demande expresse du gouvernement, l'Institut de Recherches Sociologiques de l'Académie Hongroise des Sciences a mis en marche les recherches de politique sociale. L'objectif direct de celles-ci est la réforme du système d'institutions de politique sociale et le fondement de son développement de grande envergure. Les deux volumes parus jusqu'ici du Bulletin de Politique sociale renseignent bien de l'état actuel et des tendances probables des recherches. Le deuxième volume mérite surtout l'attention, donnant une vue d'ensemble des projets de développement du système de politique (sociale et publiant quelques études d'experts, notamment celle de Katalin Gönczöl) sur la nécessité d'un modèle global de politique sociale. La réforme d'ensemble de la protection de l'enfance et de la jeunesse est également en préparation, avec le concours des autorités judiciaires et répressives et des organisations sociales.

2. Possibilité d'une stratégie globale de prévention sociale

Il ressort de ce qui vient d'être dit que depuis quelques années, des recherches sont faites dont la tâche est de donner une base de spécialistes aux programmes d'action sociale, politique et institutionnels. On ne pourrait même pas désirer une situation plus favorable pour que notre spécialité: la criminologie et la politique criminelle arrivent à un tournant, une percée stratégique à propos de la prévention social du crime. Comme nous voyons, aujourd'hui nous traitons déjà ensemble la criminalité avec les autres troubles de la conduite sociale, sur la base que la racine de celles-ci, en dernière analyse, est commune, les phénomènes eux-mêmes se superposent et s'embrassent. Dans leurs conséquences, s'additionnant ils représentent un problème social d'ensemble. En outre, les troubles d'intégration ont la racine commune encore en ce sens qu'il y a derrière eux le trouble de personnalité non spécifique qui peut aboutir à l'alcoolisme, de même qu'à la délinquance ou au suicide. Le fait de traiter ces problèmes ensemble n'est donc pas arbitraire, mais objectivement fondé. Les conditions sont donc mûres pour que — en suivant la logique de la genèse des phénomènes (l'identité des conditions, l'apparition ensemble et en se superposant et les conséquences s'additionnantes) — nous traitions ensemble l'inadaptations sociales, non seulement au niveau de la gnose, mais que nous élaborions une stratégie globale de prévention et l'institutionnalisations. Pour éliminer les racines, les bases et les antécédants des troubles, un système global et commun de mesures de politique sociale, et un système d'institutions de politique sociale s'offrent comme un vrai système de prévention primaire; un système de traitement secondaire peut se construire là-dessus, exprimant déjà les particularités différentes des troubles d'intégration et dont le but n'est plus l'empêchement de la naissance du phénomène, mais celui de sa reproduction.

J'estime que nous devons tirer les conclusions criminologiques et de politique criminelle de ce changement de situations stratégique. Dès sa naissance la criminologie remplit une mission sociale en soulignant que le moyen le meilleur marché et le plus efficace de la lutte contre la criminalité est la prévention et que c'est une tâche de toute la société. En effet, mais toute la société n'est pas capable d'agir en général et directement, seulement par la voie de ses organes et organisations désignés dans ce but. Il n'y a pas de prévention sociale de crime sans organismes et organisations affectés à ce service. Il y a longtemps que le droit pénal a compris que ses propres institutions ont et peuvent avoir de l'effet préventif. L'existence des normes du droit pénal par exemple a un effet d'orientation et dans ce sens elle remplit une fonction préventive. Le droit pénal en fonction a également un effet préventif, si chacun peut se convaincre de l'inévitabilité de la peine: il faut montrer au coupable, et surtout à toute la société, que la règle est toujours la règle, «qu'elle a toujours droit au même respect, en dépit de l'offense dont elle a été l'objet.» (Durkheim). En parlant de prévention et de la prévention sociale primaire, nous ne pensons pas à l'effet préventif du droit pénal, mais de l'élimination et de la suppression des antécédents de la délinquance. Là, il y a des lignes de démarcation nettes et importantes que nous devons respecter et de tenir compte dans l'intérêt du droit pénal et de la liberté individuelle, c'est-à-dire des libertés collectives. Le droit pénal fonctionnant et le système d'organisations de sa mise en œuvre — la jurisprudence et les poursuites — dans chaque cas, et par principe, ne peuvent être qu'une intervention ultérieure dans la vie de l'individu. C'est l'individu qui se trouve derrière chaque institution et au centre du droit pénal, le noyau central de chaque institution est la responsabilité individuelle et aussi l'objet de toutes les institutions c'est l'individu. La conscience du châtement inévitable a un effet préventif social. L'intervention du droit pénal dans la vie de l'individu peut amener un tournant favorable, mais tout ceci ne change pas que le droit pénal soit toujours une intervention ultérieure et de par sa nature, sa destination, il ne puisse pas être autre chose. Il ne peut donc pas être destiné, en tant qu'intervention ultérieure, à empêcher que l'acte s'accomplisse. Nous avons de bonnes raisons de maintenir le droit criminel sanctionnant et condamnant, intervenant ultérieurement, et cela à cause de la garantie des libertés individuelle et publique. Si nous parlons et pouvons parler de prévention en droit pénal, nous le faisons pour la prévention secondaire, donc pour empêcher la répétition du crime, éliminer la reproduction de la délinquance. Le droit pénal donc, par ses propres moyens, n'est pas capable de prévenir les crimes, d'éliminer la naissance de la criminalité, mais il reconnaît la prévention de la délinquance comme son propre objectif. Le droit pénal en fonction, de par la composition de son appareil, son ordre de bataille, ses principes de fonctionnement, ses moyens techniques et organisationnels est destiné à poursuivre, mettre au jour et sanctionner le crime et nous pouvons ajouter que toute la mentalité de l'appareil en est imbuë. Le désir théorique déclaré avec la conviction la plus profonde ne peut changer en rien à la structure, au fonctionnement et à la mentalité. Le boomerang ne deviendra jamais une fusée de défense antiaérienne, par aucun enchantement!

Finalement la criminologie a rempli sa mission sociale en soulignant que la prévention de la naissance du crime, de la délinquance ne peut pas être la tâche, ou la tâche exclusive du droit pénal, mais c'est une tâche de la société. Aujourd'hui, nous nous trouvons précisément devant un tournant, quand — conformément à cette reconnaissance du fait — la construction du système d'institutions et d'organisations de la prévention sociale de la criminalité peut commencer. Ce système — comme celui destiné à prévenir les troubles d'intégration à la société — au cours et après sa construction attaque sur un front plus large, et non seulement sur celui de la délinquance. Un système d'institutions peut se mettre en ligne, parmi les tâches duquel la prévention du crime n'est qu'une tâche partielle. Néanmoins l'effacement de la prévention du crime, du fait qu'elle s'intègre dans les cadres d'un système d'ensembles, n'est qu'une apparence, puisqu'elle y gagne en efficacité, étant donné qu'elle ne vise pas seulement l'état prédélinquant qui est d'ailleurs assez difficile à diagnostiquer, mais tous les troubles d'intégration qui peuvent se transformer en acte criminel et il naît non seulement par la voie de la conduite déviante, donc sur le front des individus, mais aussi au niveau des processus micro et macro précédant encore la conduite, au niveau de couches sociales ou de groupes. Je reviendrai encore sur ce système d'institutions proposé et recommandé. Cependant j'indique d'ores et déjà que ce nouveau système figurant dans notre proposition, dans ses traits essentiels est conforme à celui imaginé par la criminologie.

J'ai dit de la situation portant de nouvelles possibilités que nous devons en tirer les conséquences criminologiques et de politique criminelle. Quelles seraient ces conséquences? En bref le fait qu'en parlant de la prévention du crime, a perdu son actualité de désigner toujours la société, d'en appeler à la responsabilité de celle-ci et à la conscience des sciences sociales. Aujourd'hui nous avons déjà des partenaires, des associés dans l'action. C'est en résultat d'un travail collectif et concerté qu'est né un plan de réforme, dans lequel se trouvent non seulement notre travail, mais aussi nos idées et y prennent corps nos désirs recherchant le bien. Je vois l'essentiel du changement de conception en ce qu'en parlant de prévention sociale nous ne comprenons pas désormais chichement la prévention du crime, mais nous réfléchissons différemment: en prévention de la déviance. Enfin, en parlant de prévention de crime, restons au sujet pris en sens étroit et mettons à jour les possibilités spéciales, les modes et méthodes qui sont inhérents à la poursuite du crime, à la jurisprudence et à l'exécution des châtimens, donc à la prévention de droit pénal. Dans notre système de concepts nous devons déjà intégrer la notion de la prévention sociale, donc primaire (prévention de politique sociale, d'hygiène mentale, pédagogique) qui est appelée à empêcher la genèse du phénomène et celle de la prévention secondaire, de droit pénal dont la mission est l'élimination de la répétition du crime, le reproduction du phénomène. Naturellement nous continuons à rester intéressés à la prévention sociale primaire, car cette prévention de déviance signifie aussi celle du crime. Conformément à notre intéressement, nous devons donc continuer à suivre d'attention le fonctionnement de ce système et à former notre opinion là-dessus, mais ce fonctionnement n'est

pas de notre compétence, il est le terrain spécial de la politique, de la politique sociale, de l'hygiène mentale, de la politique économique, de la pédagogie et des soins psychologiques. Il est vrai que nous y sommes intéressés, mais la charge de la compétence professionnelle ne pèse pas sur nous, donc nous ne devons pas entreprendre un changement de rôles et former et donner notre avis comme des assistants sociaux, des psychothérapeutes, des pédagogues ou des économistes. Nous pouvons concentrer sur notre propre domaine, car notre compétence s'étend réellement sur celui du droit pénal et nous nous occupons des possibilités qui augmentent l'efficacité de la poursuite du crime et de la juridiction. Supposons qu'il s'est établi déjà un système de prévention sociale fonctionnant bien, mais les index de résultats des enquêtes, l'efficacité de dépistage des crimes sont très bas. Le système de prévention secondaire fonctionnant mal, est capable de détruire aussi l'efficacité de la prévention primaire. Eh bien, nous avons juste assez à faire dans le système de prévention du droit pénal en fonction! Dans notre propre domaine je vois deux tâches d'importance fondamentale dont la criminologie et les recherches criminologiques doivent se charger. Elles doivent offrir leur aide pour trouver et essayer les modes de fonctionnement efficaces, doivent élaborer le système d'appréciation du fonctionnement efficace, la façon de le mesurer et ses paramètres. Nous avons énormément à faire dans le domaine du contrôle de sécurité publique et de la surveillance des situations engendrant le crime et des occasions de le commettre. La prise en considération des types d'occasions de commettre un crime, de leurs foyers territoriaux, des réalisations viables, le système optimal du contrôle des autorités policières, sert, dans le fond, à faire reculer et prévenir les actes criminels potentiels et s'intègre organiquement au système de retenir les criminels potentiels non pas par l'autorité policière, mais par la voie de la prévention sociale. Considérant ainsi le problème, le système de la prévention sociale agit en influençant les processus sociaux, par le contrôle de politique sociale, d'hygiène mentale etc. des couches et groupes handicapés, sur les auteurs potentiels des crimes alors que le contrôle des occasions de commettre un crime, par l'autorité policière, est la prévention des délits potentiels. Ainsi les deux possibilités peuvent être prises en considération lorsqu'un crime est commis: soit que le voleur cherche l'occasion de commettre un crime, soit que l'occasion engendre le voleur. Nous avons beaucoup à faire dans le domaine de la prévention du droit pénal fonctionnant aussi là où il faut empêcher la reproduction de la délinquance par la resocialisation, les soins ultérieurs. L'essentiel est: au lieu du changement de rôle et de jouer des rôles qui nous sont étrangers, soyons versés au maximum dans nos propres rôles, car il y a pas mal de tâches qui incombent encore à la criminologie et à la politique punitive dans l'accroissance de l'efficacité du droit pénal en fonction.

3. Des modes de traitement sociaux de la déviance

Et maintenant passons à faire connaître la manière de voir, le « mode de traitement social » dans la formulation du document qui a guidé le Conseil Scientifique.

Selon l'évaluation du Conseil Scientifique, au tournant des années 70 et 80 s'était accéléré le dynamique des processus défavorables et les emboîtements et concordances des diverses formes des troubles d'intégration à la société devinrent plus palpables. Ils devinrent un problème social d'ensemble non seulement parce que le dynamique des processus défavorables s'était accéléré, mais aussi parce que notre société réagit déjà aujourd'hui sensiblement aux défauts de fonctionnement de la société socialiste, de même qu'aux comportements défavorables. « Culmine les maux celui qui veut les cacher. » Cacher les problèmes, les bagatelliser et se taire causent de graves torts politiques et moraux, non seulement parce que le problème reste sans solution, mais aussi parce que cela crée la possibilité de donner une « interprétation déviante » de la déviance. Notre société, en tant que société moderne en progrès, doit apprendre de « coexister » durablement avec ces troubles. La planification et la direction de la société doivent être capables de se faire une idée précise et bien fondée des causes et du fond historiques et actuels de l'origine, de la reproduction et du maintien des troubles, puis sur cette base, ils doivent élaborer une stratégie énergique à long terme, avec un fondement scientifique. Aujourd'hui les conséquences paraissent déjà dépasser les cadres institutionnels actuels, car notre pratique fut plutôt caractérisée par la réaction ultérieure, spontanée et souvent tardive. Les institutions actuelles et les organisations sont dispersées, manquent certains chaînons, l'adaptation est déficiente, l'utilisation des moyens matériels et le travail institutionnel ne sont pas efficaces, l'opinion publique n'est pas suffisamment informée et est souvent anxieuse, les initiatives locales et sociales, les formes de l'aide collective ne se sont pas encore dégagées. Les motifs du manque de préparation, de la réaction tardive et du manque d'efficacité institutionnelle sont quelques déficiences d'optique.

Comme dans quelques autres cas, aussi dans cette question, la pratique socialiste de l'orientation de la société « devint prisonnière de sa pré-supposition optimiste et de ses illusions. » Nous avons supposé qu'en conséquence directe des macro-processus sociaux de qualité socialiste disparaîtraient automatiquement tous les phénomènes sociaux non désirables: la pauvreté, la déchéance sociale, les troubles d'intégration. Nous n'avons pas compté avec les traditions remontant loin de l'histoire nationale, même si ce sont des traditions négatives. Nous apprécions la désagrégation des traditions comme des conquêtes positives même sans l'établissement et la consolidation de nouvelles traditions et valeurs, de système de coutumes réglant la conduite. C'est ainsi que nous avons considéré par exemple la liquidation de la forme de vie villageoise traditionnelle, la perte de terrain de la religion, l'affaiblissement de l'autorité sociale, bien qu'ils fussent remplacés auprès de larges couches par le

déracinement social, la privatisation, la perte de valeur et la démoralisation, donc un état anémique.

La conservation et l'accroissement des différentes formes de la déviance nous ont touchés d'une façon inattendue d'autant plus qu'ils pouvaient être constatés à la fin d'une période consolidée, riche en augmentation de biens matériels et culturels et allant avec la croissance du caractère ouvert de la société. À côté des processus sociaux, comme la mobilité territoriale et structurelle ardente, l'enrichissement matériel, l'élargissement des relations internationales, l'affaiblissement de la sensation d'être à la merci du pouvoir — l'apparition de nouvelles générations non attachées au passé, l'extension de la scolarité, l'urbanisation etc. — ont existé et existent aussi des conséquences négatives avec fortes traditions nationales. Ce caractère inattendu a également rendu les individus plus désarmés et plus exposés aux tentations. La réponse de la société donnée aux phénomènes négatifs n'était pas concentrée, mais sporadique et des stratégies partielles trop autonomes s'étaient formées, manquait une logique unie et non divisée de prévention. Une logique qui ne désire pas influencer seulement le dénouement et l'état final, mais aussi le processus en cours qui défend aussi donc l'individu, tout en le traitant, le guérissant ou le resocialisant. D'après le Conseil Scientifique, la genèse des troubles d'intégration à la société dans presque tous les cas remonte aux phases précoces de l'évolution de la personnalité (donc à la période où la prévention est encore possible à temps) et plus tard, sous l'effet des circonstances et en fonction de la force de résistance morale de l'individu ces troubles passent à la déviance. Là, nous pouvons constater différents modèles particuliers: enfance exposée, + alcoolisme + délinquance ou névrose + alcoolisme + suicide etc. À l'intérieur de la stratégie d'ensemble de prévention donc, un rôle important incombe à la prévention complexe de bonne heure: à la tâche de politique sociale, pédagogique, de protection de la famille et de la jeunesse. Le Conseil Scientifique considère les processus de la transformation historique et socialiste comme déterminants, mais il souligne en même temps l'importance des processus de psychologie sociale, comme l'état stable du moral et de l'ambiance publics, l'expérience massive de l'équité et de la justice sociales, la conscience de l'état de l'existence nationale, la pédagogie largement interprétée (la manière de traiter l'homme en général). Ceux-ci sont empiriquement difficiles à saisir pour la recherche, mais leur existence est incontestable, leur rôle est réel. D'après le Conseil Scientifique, le caractère de graves conflits des transformations historiques (les années 50 et 1956) et leur déroulement en un temps bref ont fait que nous nous trouvons face à une situation historique unique où, à cause de l'action collective particulière des processus à nettement différentes proportions historiques et qualités sociales, l'état des troubles d'intégration à la société est inquiétant.

Dans l'analyse du Conseil Scientifique, les troubles d'intégration à la société sont des phénomènes sociaux saisissables seulement d'une manière polycasale, avec lesquels notre société doit apprendre de coexister longtemps, durablement, mais non pas pacifiquement. Un programme d'action à long terme est nécessaire qui amène un tournant stratégique dans la prévention et ne se contente pas d'actions de campagne, ni

de réformes institutionnelles partielles. Dans la première période de la mise on œuvre des programmes de préventions sociale et secondaire énergiques et à long terme, on ne peut prévoir que le recul de la dite déviance supplémentaire, c'est-à-dire celui de la masse critique qui dépasse la mesure pouvant être jugée normale. Il est nécessaire donc d'avoir en même temps que la prévention sociale d'ensemble, une prévention secondaire énergétique: dans ce cadre des procédés efficaces de poursuites correctionnelles et judiciaires. Comme on voit, dans les conceptions stratégiques du Conseil Scientifique, la prévention sociale — surtout dans la première période de sa constitution — demande et suppose le fonctionnement efficace et énergique du système de prévention secondaire, de traitement. Nous devons donc nous habituer au traitement social continu, à long terme et systématique de l'inadaptation sociale. Plus concrètement: la forme d'institution décrite dans la proposition, en tant que programme d'action à long terme, a ses points principaux actuels. Ce sont les suivants: l'application plus sévère du droit, mais non pas dans le sens de l'accroissement de la répression, mais dans celui de la validation conséquente de la responsabilité; une réforme d'ensemble de la protection de l'enfance; la constitution du réseau de l'assistance à la famille; l'introduction des soins d'hygiène mentale préventifs.

Les théoriciens de la criminologie et ceux qui appliquent dans la pratique les sciences judiciaires s'intéresseront certainement à la présentation du point de départ théorique fournissant la base aux idées stratégiques du Conseil Scientifique et des cadres d'interprétation théorique des troubles d'intégration à la société.

4. Cadres d'interprétation des troubles d'intégration à la société

Le Conseil Scientifique pose en fait à l'unanimité qu'aujourd'hui encore aucune théorie d'explication générale n'est à sa disposition. La cause fondamentale de ceci est que le manque de valeurs n'est pas possible même dans l'interprétation des examens empiriques. A la suite de la forte interaction de manière de voir et d'explication, interviennent toujours des points de vue de valeurs, étant donné qu'en parlant d'un phénomène social concret, les analyses sont nécessairement mêlées à des idées concernant la société entière.

A) Parlant des troubles d'intégration, il est inévitable de regarder en face premièrement la question de la responsabilité de la société. Il y a à ce propos deux points de vue. Selon le premier, la concentration de certaines formes des troubles d'intégration à la société est inévitablement inhérente à la vie d'une société fonctionnant bien dans ses fonds. Les troubles d'intégration sont seulement les sous-produits du fonctionnement normal de l'organisation de la société, et notamment les produits des changements, de la modernisation, les prix nécessaires du progrès. D'après l'autre point de vue, les troubles d'intégration expriment et indiquent que la société elle-même est devenue incertaine, ses valeurs se confondent, ses perspectives ne pénètrent pas les buts de l'existence des individus. Alors que dans le premier cas la

société, restée au dehors, condamne nettement ceux qui se trouvent aux prises avec les troubles d'intégration, dans le second cas elle reconnaît, pour ainsi dire, dans leurs problèmes et en reconnaissant sa propre responsabilité pense également à son renouvellement, et non seulement vise au traitement, à la correction des anomalies. A nos jours, les questions de la responsabilité de la société s'attachent étroitement aux troubles d'équilibre historiques de notre conscience nationale. Deux extrêmes de ceci sont connus. L'un croit reconnaître dans les troubles d'intégration, dans le comportement individuel se perdant et gâchant son propre sort la disposition vigoureuse de la constitution hongroise spécifique à se rendre, à prendre la fuite, ce qui serait à remonter, sous l'effet des événements tragiques de notre histoire nationale, au défaitisme, à la conscience particulière du retard et de l'insuccès. L'autre extrémité tâche de démonter cet état d'esprit paniquard provenant de l'accroissement des problèmes sociaux, en essayant précisément de se contraindre à accepter la perte et l'abandon de soi, comme un héritage historique.

B) En cas de la multiplication de certains phénomènes contradictoires et lésant des intérêts divers, il y a une tendance d'étendre la notion. Ainsi, à nos jours certains veulent interpréter aussi le divorce comme une conduite déviante. Le Conseil Scientifique considère cependant comme problème fondamental la réponse à donner à la question: qu'est-ce qui motive la conception et l'interprétation unies des phénomènes apparemment si différents l'un de l'autre comme le suicide, l'alcoolisme, la criminalité, les maladies mentales. La particularité commune de ces phénomènes est qu'ils s'écartent des règles de comportement acceptées, violent les normes. Nous supposons à juste titre que leur apparition collective et massive a également une base commune: la désorganisation sociale. Les troubles d'intégration en sont les symptômes communs. En examinant la formation de la personnalité, les recherches ont découvert des déformations qui étaient caractéristiques à tous les déviants, indépendamment de leurs formes de conduite. Les troubles d'intégration ont donc une période précoce qui n'est pas spécifique du point de vue de la forme d'action définitive et ce qu'on peut caractériser par une sensibilité particulière de la personnalité. En examinant la carrière déviante, des régularités peuvent être remarquées de la première manifestation de trouble de conduite jusqu'à sa consolidation. Cette phase de la vie est celle de l'acceptation de l'image de soi et du rôle déviant. Cette phase se déroule dans les cadres d'une dite interaction, c'est-à-dire est la période de l'interaction des processus de stigmatisation et d'autostigmatisation. Le traitement d'ensemble est motivé en outre par l'apparition cumulée des modes de conduite déviante divers.

C) Dans la littérature spécialisée l'opinion publique s'intéresse beaucoup à la question non résolue, à savoir: quel rôle est joué dans le développement des troubles d'intégration par les facteurs naturels-biologiques, les effets sociaux, et de l'environnement.

Parmi les facteurs naturels et biologiques on distingue d'habitude trois groupes:
— les irrégularités ou la constellation spéciale des gènes, des chromosomes;

- les diverses particularités biochimiques (déficiência ou prépondérance de composés) et les troubles de réglementation du système nerveux qui en proviennent;
- troubles de certains processus physiologiques (par exemple: ceux du métabolisme).

Les lésions peuvent avoir un caractère héréditaire ou non héréditaire. Actuellement, grâce au progrès rapide de la génétique, les recherches concernant les bases biologiques des troubles d'intégration et les essais d'explication se concentrent sur ce domaine de la science. En premier lieu on insiste sur la découverte du fond biologique de l'alcoolisme, de la dépendance des drogues, de certaines maladies mentales et de troubles sexuels. Malgré les résultats d'examen encourageants, nous ignorons si les particularités démontrées, dans le sens de généralisation statistique, sont-elles suffisantes pour délimiter ceux qui souffrent de troubles d'intégration de ceux qui n'en souffrent pas. D'une part, parce que nous ne connaissons pas l'état génétique et somatique de toute la population et comme cela nous ne pouvons pas mesurer la fréquence de ceux qui souffrent d'anomalies. D'autre part, les recherches n'ont pas encore réussi à démontrer l'altération, pouvant être rendue responsable des troubles d'intégration, sur la partie de l'organisme portant l'information génétique. C'est en procédant par élimination qu'on a pu tirer une conclusion quant au rôle des gènes.

Nos connaissances concernant la détermination biologique des troubles d'intégration sont pour le moment *incomplètes* et comme l'état biologique de la population est difficile et lent à influencer, *il est souhaitable de concentrer les efforts* visant à empêcher l'extension des formes de conduite déviantes, *en premier lieu aux facteurs d'ambiance et sociaux*. Néanmoins ceci ne signifie point la négation de la nécessité des recherches examinant les rapports entre les données naturelles et biologiques et la conduite déviante. Sur la base de nos connaissances actuelles le cadre d'interprétation paraît juste qui compte avec le rôle de prédisposer et d'engendrer le mal et des effets d'ambiance et sociaux et de ceux naturels et biologiques, tout en concevant le comportement concret comme le résultat de l'action concertée de ceux-ci.

D) Dans la genèse des comportements déviants, le Conseil Scientifique attribue un rôle extrêmement important *aux troubles du processus de socialisation*. La socialisation est un processus actif qui se déroule entre l'individu et son milieu social, basé sur le contact mutuel au cours duquel l'homme devient un être social, sa personnalité revêt une forme riche de substance. D'une part se dégagent ses qualités, dispositions, d'autre part il assimile les normes, les valeurs et les règles de conduite nécessaires pour vivre en société. La socialisation diffère de l'éducation, car outre des principes et de la pratique d'éducation visés, elle renferme aussi les effets non intentionnels, non projetés, inconscients de toute la société et de tout le milieu. Etant donné que le monde d'action de l'environnement social est plus complexe, plus contradictoire et plus large que les programmes d'éducation, des troubles d'intégration peuvent se produire même à côté de principes d'éducation, programmes et valeurs justes et humains. Il est difficile de lutter contre les troubles de socialisation précisément, car ils sont cachés, non intentionnels et pas tout à fait conscients,

fonctionnant dans tous les domaines de la vie quotidienne. Ces couches cachées de la culture, de l'existence quotidienne sont difficilement accessibles, bien que leur effet soit multilatéral.

En premier lieu, l'accumulation des tensions affectives et émotionnelles représente les troubles de socialisation et ceux-ci associés à la structure de personnalité raide ou irréfléchie empêchent de réagir en adulte mûr aux situations données. L'aptitude à résoudre des conflits est insuffisante, ce qui aboutit à des réactions plus primitives et inarticulées de ce qui est accepté par la société. La littérature spécialisée appelle cela une *régression*. C'est la régression qui explique que certains individus se jettent sur les communautés déviantes, car là, la conduite plus primitive, guidée par l'emportement gagne du terrain, le niveau des exigences est nécessairement plus bas et pour cela il invite à la dérobade, compense et assure l'impression de la réussite. À côté de la régression, les troubles du processus de socialisation induisent aussi des troubles dans les attentes de rôle de la situation collective, communautaire de l'individu, dans la conscience d'identité de la personnalité. C'est ainsi que la stigmatisation du milieu peut être l'initiatrice d'une situation de stress, d'un modèle d'action de la conduite déviante.

Des enquêtes à l'étranger et chez nous ont mis à jour une série de circonstances, de situations qui, à cause de leur fréquence, peuvent mener à des troubles de socialisation. De telles situations sont par exemple: la perte des parents, le divorce, prise en charge par l'Assistance publique, traitement agressif, sans affection, négligeant des parents, rivalité et conflits entre frères, fréquence de conflits scolaires et entre amis. D'après nos connaissances actuelles, nous pouvons supposer que les *troubles précoces* de socialisation sont plus fréquents dans le milieu de ceux qui se débattent contre les troubles d'intégration. Ce qui est par contre certain, c'est qu'une déformation déterminée et une forme de troubles ne s'attachent pas à un trouble déterminé de conduite, *il ne peut donc pas être considéré comme spécifique de déviance*.

Nous pouvons affirmer avec une grande probabilité et même certitude que dans notre société *se sont multipliés les troubles de la socialisation*. Dans les dessous de ceci on peut présumer les processus et facteurs sociaux suivants:

— dans le dynamisme de la personnalité, la conscience d'identité et tout le système des rôles sociaux d'une société, d'une génération d'adultes qui transmet les normes, les valeurs et les règles au cours du processus de socialisation on peut constater des troubles et un état transitoire;

— la désintégration de plus en plus fréquente des familles, l'accroissement du nombre des divorces ont mené à une insuffisance du fonctionnement;

— le temps que les parents passent avec leurs enfants, qu'ils consacrent à leur éducation s'est notablement raccourci à la suite de l'embauche des femmes et du travail supplémentaire au-delà des heures de travail;

— les rapports se sont relâchés entre la parenté plus lointaine, les communautés du lieu de travail, amicales ou scolaires;

— les valeurs, les normes et les règles de conduite transmises par les parents et l'école ne sont pas très claires, sont chargées de contradictions, puisqu'en conséquence

des changements historiques et sociaux rapides, de la différenciation sociale, l'ordre de valeur social s'était ébranlé et devient lui-même de plus en plus différencié.

L'*indécision* intérieure de la génération d'adultes qui transmet et les *insuffisances* du fonctionnement jouent également des rôles importants dans le dégagement des troubles de socialisation. Dans une politique de prévention la sphère de ces *insuffisances* de fonctionnement est plus accessible.

E) Dans le cas de beaucoup, presque de tous les troubles d'intégration les recherches ont démontré des tensions dans la vie des intéressés qui avaient précédé le comportement déviant. Les types plus importants des *événements et situations d'existence nuisibles à la personnalité* sont les suivants:

- conflit dans les relations familiales ou de partenaire;
- esseulement;
- problèmes au lieu de travail (mauvais climat, despotisme du supérieur, échec dans l'avancement, charges dépassant ses capacités);
- grave maladie;
- service militaire;
- effondrement des projets de carrière (promotion, niveau de vie, réputation);
- changement de milieu social, d'habitation ou de lieu de travail.

Comme les diverses formes des troubles de socialisation, de même les tensions de la carrière ne déterminent pas nécessairement la forme même de la conduite déviante, mais augmentent seulement le danger de son établissement. Les situations précaires ou de stress seules ne conduisent pas aux troubles d'intégration, puisqu'elles sont caractéristiques à toute la société et quand même il n'y a que peu de gens qui se suicident, deviennent criminels ou alcooliques. Nous pouvons donc supposer que l'apparition des troubles d'intégration est influencée par deux facteurs ensemble: les déformations de la socialisation, de concert avec les événements de vie nuisibles à la personnalité. Un milieu social de *soutien* peut parer aux impairs.

Au cours des dernières décennies les *tensions quotidiennes ont augmenté*. Ceci est soutenu par les faits sociaux suivants:

- les rapports dans la famille se sont remaniés et les exigences mutuelles des conjoints ont augmenté. Si l'un d'eux n'y répond pas, le nombre des conflits s'accroît;
- la mentalité et le genre de vie des générations suivantes se diffèrent considérablement à cause des changements de l'ordre de valeurs et du mode de vie, ce qui est le foyer des tiraillements entre parents et enfants;
- il y a de plus en plus de gens âgés qui restent sans un soutien familial et seule, hors de la communauté de la famille;
- parallèlement à l'augmentation de l'âge moyen et au vieillissement de la population, il est de plus en plus fréquent, de tomber gravement malade, avec des douleurs et sans espoir;
- le fait de ce que la production en masse dans les grandes organisations devint générale, a augmenté la fréquence des tensions au lieu de travail;

— en conséquence de la restructuration sociale se sont multipliées les difficultés allant de pair avec la montée ou la déchéance, mais le sentiment de l'échec à cause du manque de promotion est aussi plus fréquent;

— avec l'amélioration du niveau de vie matériel, les objectifs matériels accessibles ses sont égalisés, mais c'est précisément la conscience de l'accessibilité générale qui donne l'impression de l'échec à ceux qui n'y ont pas eu leur part pour quelque raison;

— le changement fréquent de statut sociale et de lieu d'habitation engendre aussi des tensions d'adaptation.

F) Selon les témoignages des recherches faites dans le pays, dans la genèse du phénomène nous devons compter aussi des *conséquences de l'assimilation et du maintien durable des modèles de conduite*, donc avec l'intervention de *facteurs microculturels*. Ainsi nous trouvons par exemple, plus souvent que la moyenne, ceux qui se débattent contre les troubles d'intégration dans l'entourage direct des alcooliques, des criminels et de ceux qui se suicident. C'est également un phénomène connu que nous constatons l'accumulation de certaines formes de conduite déviante dans les cadres d'une unité territoriale ou de lieu d'habitation limités, ce qu'on peut prouver par les statistiques d'une période plus longue. Il arrive souvent que certains troubles d'intégration se répandent parmi la population d'institutions closes. Ces observations attirent l'attention sur la signification d'offrir des modèles sur la solution de conflits de conduite et à la lueur de ceci la déviance peut être comprise comme le résultat d'un processus d'enseignement. Pour la recherche c'est un domaine difficilement accessible, car l'offre de modèle, la transmission du modèle de conduite ne se font pas par un exercice conscient, mais par la voie plus cachée des contacts personnels, plutôt par l'inspiration non exprimée.

Parlant des facteurs microculturels, nous devons mentionner aussi l'existence des *subcultures déviantes*, les communautés plus ou moins grandes des déviants. Celles-ci sont en général des communautés se trouvant à la marge de la société qui offrent à leurs membres une conscience de conflits — vis-à-vis de la société majoritaire — et une conscience d'identité communautaire. Nous en voyons les exemples le plus souvent dans les groupes s'organisant spontanément parmi les individus du même âge. Il faut traiter ces groupes avec beaucoup de tact, car ils offrent à leurs membres, précisément à cause de leur état offensé, une protection affective et à cause de cette protection le groupe engendrait une forte solidarité, les membres du groupe résistent à une séparation brutale. A la place d'une attitude brutale, hostile et impatiente, le Conseil Scientifique recommande plutôt la compréhension patiente, une solution de compromis qui permet leur fonctionnement sous une forme acceptable. La consultation discrète de conduite dans la vie peut faire davantage que la dislocation ou la désagrégation par la force du pouvoir.

G) Dans les points précédents nous avons présenté l'évolution et l'extension des troubles d'intégration *au niveau de l'individu et de la communauté plus restreinte*. Par la suite nous allons nous pencher sur le facteur structurel et microstructurel de la société.

Il est notoire que sur ce plan c'est la notion de *l'anomie* qui joue un rôle central dans l'explication. Voyons donc de plus près deux interprétations courantes du phénomène de l'anomie.

D'après la première interprétation l'anomie est *l'état non réglementé* des sociétés ou des communautés, *l'ébranlement* des objectifs, des valeurs et des prescriptions de comportement acceptés en général, le fait qu'ils deviennent contradictoires, c'est-à-dire *le manque d'indicateurs de directives sociaux*, unanimement communs de l'action. Le manque d'indicateurs communs signale le manque de *l'intégration*, de l'unité étroite de la communauté. Cette première conception souligne *la succession chronologique* du phénomène et non pas les particularités structurelles de la société. Dans ce cadre l'anomie est la conséquence des changements sociaux, de la transformation rapide ou de la crise. Ainsi, dans notre cas, c'est la conséquence de la modernisation de la société hongroise. A cause du déroulement dans le temps des changements, les effets, les conséquences animiques traînent également en longueur, apparaissent avec du retard. A cause de la répartition, la diversité culturelle de la société (donc de la multiplicité des systèmes de valeurs et de coutumes) l'état anémique touche le plus profondément ceux dont l'ordre de valeurs et de coutumes est transformé le plus par l'évolution. Et c'est là où l'on peut mettre en rapport l'anomie avec les troubles d'intégration. C'est que dans une telle situation *l'anomie peut causer les déformations de la socialisation devenant plus en plus fréquentes*. L'ébranlement du but, du moyen et du système de normes, le fait qu'ils deviennent incertains, rend incertains aussi les participants au processus de socialisation : l'adulte transmettant, tout aussi bien que la jeune génération. Il peut y avoir donc des doutes sur la validité des contenus transmis et aussi sur les méthodes de la transmission. A cause de l'incertitude diminue la capacité de résistance des gens ayant une personnalité faible, face à l'attrait de la déviance. L'anomie augmente en même temps la fréquence des événements (situations de stress) lésant la personnalité. Par contre, c'est un phénomène paradoxal que l'état anémique peut réduire les tensions là où précédemment trop d'accent mis sur les règles a été à l'origine du conflit. L'anomie peut être aussi en contact direct avec l'une ou l'autre des déviations, car le dépérissement général des valeurs renforce la sensation d'absurdité et de désespoir et peut aboutir à un comportement d'auto-destruction.

Nous savons relativement peu de choses de l'ordre de valeur d'aujourd'hui de la société hongroise. Ce qui est toutefois probable, c'est que les rapides changements sociaux radicaux (industrialisation, urbanisation, modification des rapports de propriété, réorganisation de l'agriculture etc.) ont considérablement modifié l'ordre de valeur traditionnel social. L'ordre de valeur d'autrefois placé sur les axes « national », « religieux et moral » et « progressiste » s'était transformé et le nouveau résultat est l'établissement d'un ordre de valeur plus pratique, stimulant une *attitude de consommation*. Il semble que l'état d'anomie va inévitablement de pair avec le processus de modernisation de la société hongroise d'aujourd'hui.

La seconde interprétation de l'anomie souligne qu'il n'y a pas de conformité entre les buts souhaitables et recommandés par la société — et les moyens disponibles à

les atteindre. Celui qui ne peut pas réaliser ses buts admis par des moyens licites, se trouve dans une situation d'anomie. Le fait que l'attitude de consommation devient de plus en plus générale, donne de l'actualité à cette interprétation. C'est précisément la possibilité d'acquérir des biens matériels — et que c'est souhaitable, — et l'idéal d'égalité enraciné dans la conscience sociale, fermentent la discorde dans certains groupes sociaux, car les rapports de propriété, c'est-à-dire leur place occupée dans l'ordre de la division de travail ne leur permet pas tout cela.

Cette interprétation de l'anomie présume l'unité de la société quant aux *buts* et limite le manque de consensus, l'anomie proprement dite, seulement aux *moyens*, aux modes d'action admis. Les deux modes d'interprétation ne saisissent cependant que les *circonstances sociales générales* qui favorisent la naissance et l'extension de la déviance et leur offrent un *cadre de notion*. Ils ne sont pas aptes à expliquer les divers comportements concrets, spéciaux, déviants, l'apparition et la consolidation de ceux-ci, car ils ne parlent pas des processus qui servent d'*intermédiaires* entre l'état anémique et le comportement de l'individu. (Pour cela il serait nécessaire d'examiner les alternatives de comportement de l'individu qui se pénètre de tension et le milieu qui l'entoure.)

H) A côté de la théorie d'anomie, l'autre explication macro-sociale cherche les causes des troubles d'intégration *dans la culture de la totalité ou de certaines classes et couches de la société*. Nous entendons ici par «culture» la notion utilisée dans la sociologie qui comporte, à côté de la culture de l'esprit les coutumes, les règles de comportement, les valeurs, les traditions, les reflexes de la vie quotidiennes.

Il est très probable que dans certaines situations la société hongroise tient le fait de boire non seulement admis, mais même souhaitable, dans d'autres cas viril et ainsi ce sont les habitudes de boire qui se trouvent derrière l'alcoolisme. De même, il est probable que dans beaucoup de cas l'idéal de héroïsme s'attache au suicide. Il y a une conception selon laquelle la culture traditionnelle hongroise forme *un idéal de personnalité trop dépendante*, ce qui empêche dans certaines situations l'indépendance, l'action spontanée et l'esprit d'invention individuel. La conséquence de ceci est l'impuissance d'agir, la dépression et finalement tendance au suicide, dans des situations critiques.

I) *L'occasion, l'accessibilité et le contrôle* jouent des rôles évidents dans l'expansion des troubles d'intégration. Il va de soi qu'une grosse quantité de médicaments ou de boisson alcoolique (éventuellement de l'eau-de-vie préparée par soi-même) stockés à la maison, facilitent les suicides au médicament ou l'extension de l'alcoolisme. La limitation de port d'armes et des prescriptions sévères de la mise en circulation de drogues rendent relativement plus rares les crimes armés et l'abus de drogues. Les villes offrent plus de possibilités, d'occasions et d'objets aux divers actes criminels que les villages et cela se manifeste aussi dans les proportions plus élevées de la délinquance urbaine. Le rétrécissement des offres cependant n'amène pas toujours le succès et à cause de leurs effets secondaires, les restrictions administratives d'occasions et d'accessibilité ne se paient pas toujours. La limitation de la circulation des produits

pharmaceutiques par exemple peut amener l'extension des méthodes de suicide dures qui sont plus irréversibles dans leurs suites. La hausse du prix de l'alcool peut éventuellement réduire le nombre des alcooliques potentiels, mais peut être fatal pour la famille de ceux qui le sont déjà. Il faut donc être circonspect dans la limitation des occasions et de l'accessibilité, mais celle-ci représente certainement un moyen important de la prévention.

J) La qualification, *l'évaluation et la stigmatisation sociales* des déviants n'expriment pas seulement la position sociale officielle et l'opinion publique majoritaire, mais contribuent elles-mêmes à la tournure que prend la déviance. Si la réponse de la société est disproportionnée par rapport au danger présumé ou réel, cela peut contribuer à la dégénération, au renforcement ou l'expansion de la conduite déviante. Le changement trop fréquent du mode de réagir, donc le manque de constance relative de valeur peut également augmenter la fréquence. Ceci est particulièrement important sur le plan des actes criminels où les changements rapides des règles formelles sont palpables. Dans une société souffrant de l'incertitude des valeurs, les critères du jugement de la violation des normes peuvent se ternir. Ainsi le contrôle perd de son étroitesse et augmente le nombre des déviations. En revanche, le jugement trop sévère, le rétrécissement exagéré du cercle de la conduite reconnue juste et la stigmatisation impatiente de la conduite simplement inhabituelle aggravent encore la situation.

Du point de vue de l'individu touché, la stigmatisation peut conduire à la rupture de ses rapports avec la société majoritaire qui peut être remplacé au cas échéant par l'attachement à diverses subcultures déviantes, puis la création de liens intimes avec celles-ci. De cette façon, le rejet social et la répression ne font pas l'effet de dégrisement, de désabusement, ne font pas reculer, n'intimident pas l'individu, mais le poussent dans les bras des communautés déviantes offrant la sécurité. La société stigmatise et le stigmatisé devient conscient qu'il est «différent» des autres, puis il accepte de faire front et de vivre en déviant: c'est la logique de la carrière déviante. Les nouvelles communautés aident à rationaliser la situation douteuse à interpréter et justifier la situation marginale, à dissiper les doutes. Les vues se justifiant peuvent prendre de l'extension de toute une idéologie, d'une subculture déviante. Et cette subculture consolide la conscience de soi, s'identifiant avec le mode de vie déviant.

K) Comme on peut voir des précédents, le Conseil Scientifique a essayé de saisir l'origine et l'extension des troubles d'intégration par un cadre d'interprétation théorique de plusieurs optiques. Dans ce cadre d'interprétation ont pris place les:

- facteurs naturels et biologiques;
- troubles du processus de socialisation;
- événements et situations dans la vie portant préjudice à la personnalité;
- facteurs microculturels;
- processus structurels de la société;
- le phénomène de l'anomie;
- facteurs macroculturels;

- l'accessibilité, l'occasion et le contrôle;
- la qualification sociale de ceux qui souffrent de troubles d'intégration et la carrière déviante.

Dans ce cadre d'interprétation on peut former le jugement de probabilité suivant sur la personne qui souffrirait selon toute attente de troubles d'intégration: c'est l'individu qui y est éventuellement enclin biologiquement (ou celui dont les données biologiques ne rendent pas invraisemblables l'apparition des troubles), celui dont la socialisation dans sa jeunesse n'allait pas sans heurts, qui s'est trouvé plus tard dans une situation aigüe de stress, celui dont le milieu, la famille, le cercle d'amis, la communauté du lieu de travail, la microculture ne condamnent point ou inspirent même l'un ou l'autre mode de conduite. Les particularités, les changements de la structure de la société, la culture de celle-ci peuvent favoriser la production des circonstances, en outre ils rendent accessibles les occasions et les moyens nécessaires, et les procédés de qualifier de déviant, contribuent à la consolidation et stabilisation de la conduite.

Par cette analyse le Conseil Scientifique est arrivé au discernement que nous devons reconnaître et voir notre propre responsabilité sociale dans l'établissement et l'extension des formes de conduite déviantes. Conformément à cela, dans la prévention et l'évincement ce n'est pas le modèle de la « dureté bureaucratique » qu'il faut suivre, mais l'idéal combattif s'ajustant aux exigences de la lutte. D'autant plus que la valeur centrale de la société moderne est l'*innovation institutionnalisée* et le combattant souple, engagé et capable d'innovation.

5. Propositions et recommandations du Conseil Scientifique

Les propositions et recommandations s'élèvent à 155 pages. Il est donc impossible d'offrir une information concrète aussi brièvement de toutes les dispositions proposées ou recommandées. C'est pourquoi je suis dans l'obligation de dire des généralités résumées, de donner un aperçu de la structure de la proposition et d'énumérer seulement les recommandations concrètes en mots-rubriques.

a) *La première partie des propositions contient les mesures destinées à influencer les macro-processus de la société.* Là, nous soulignons que dans un certain sens les troubles d'intégration peuvent être remontés aux troubles historiques et actuels du fonctionnement entier de la société. Comme certaines formes concrètes des processus macrostructurels et les troubles d'intégration ne sont pas en corrélation directe, les mesures proposées ne peuvent pas être considérées comme des *dispositions antidéviantes* spécifiques. Précisément à cause de leur caractère non spécifique, ce sont des dispositions de prévention *sociales*. Les tendances recommandées de l'action ne peuvent contribuer à faire reculer les phénomènes non désirables que d'une manière indirecte et transposée, *attachées* à d'autres actes sociaux, expressément antidéviantes, *fournissant des arguments* aux mesures de prévention spécifiques.

Le document décrit six groupes dans le milieu des mesures macrostructurelles. *Le premier groupe est connexé à la mobilité, la migration, aux changements de forme de vie et à l'intégration de l'individu à la société.* Ici nous soulevons les questions de la nécessité de ralentir la ruée vers les villes, de l'introduction d'une politique d'aménagement territorial de nouvelle conception, de la réduction du nombre, autant que possible, de ceux qui font la navette et du développement des services à leur disposition, de la suppression de la pratique d'évacuation des petites colonies, du renforcement de tous côtés des autonomies et des communautés locales et dans ce cadre le soutien accordé à la charité sociale locale. Nous parlons à part de la canalisation de la saturation de conflits des lieux de travail actuels par la voie de l'organisation moderne du travail et de l'usine, de l'extension des fonctions sociales et des services humains des lieux de travail, à côté de l'hygiène mentale de l'usine, du service social et de consultation juridique.

En parlant de la différenciation sociale, c'est-à-dire *de l'inégalité, de positions désavantageuses, cumulativement défavorisées ou marginales nous mettons l'accent sur le rapport mesurable des troubles d'intégration et de l'état cumulativement désavantageux et nous recommandons un traitement social à larges vues de ceci.* Nous parlons dans ce cadre de l'intégration sociale de la population tzigane et des échecs de ceci, ensuite de la nécessité des soins sociaux et hygiéniques de la vieillesse, comme un nouveau problème social du « troisième âge ». A propos de l'état marginal nous passons en revue les migrants en ville, les dégradés, les éliminés des études, les sortants de l'Assistance publique, les jeunes clochards des villes, ceux qui s'excluent de la société, les couches de « lumpen » mobiles et les parasites.

Parlant de la scolarité et de l'instruction publique nous touchons les points critiques du système scolaire: l'émiettement des élèves, l'âge trop avancé, la question des écoles et écoles maternelles tziganes, les difficultés des changements d'écoles et des débuts. Nous parlons de la crise de l'enseignement des adultes et des possibilités de l'enseignement post-scolaire. Nous nous référons dans ce domaine aux travaux de la réforme d'enseignement.

En parlant de la morale publique, nous mentionnons l'état de la discipline au travail, le traitement vandale de l'entourage, la corruption cachée ou ouverte, le large cercle des actes illégaux, le protectionnisme qui ne se modère point et surtout l'importance de l'opinion publique de la société, comme elle traite ces questions. Nous parlons là du sentiment démoralisant de la dépendance asservie au pouvoir, du manque de civilisation dans l'administration des petits potentats et de l'esprit de « subordination » et « d'assujettissement » dans la gestion bureaucratique. Le renforcement de la démocratie, de la publicité et des communautés locales, ainsi que l'effet des mass media peuvent être bienfaisants dans ce domaine et rendre l'expérience de l'équité et de la justice en une expérience de masse, transformer le sujet et le subordonné en un citoyen.

b) *Le deuxième groupe des propositions touche aux problèmes des ateliers de socialisation. Là, nous pensons en premier lieu à la famille.* Parmi nos propositions figurent le développement de l'allocation à la mère, la réglementation du raccourcisse-

ment des heures de travail des mères de famille nombreuse, l'enrichissement des formes d'assistance. A propos des institutions scolaires — d'éducation des enfants nous proposons le renforcement de la protection de l'enfance dès l'école maternelle, l'établissement d'un réseau d'assistants permanents de la protection des écoliers, l'introduction de la qualification scolaire de ceux qui travaillent dans des conditions particulièrement difficiles, avec des préférences particulières, la création d'un réseau de psychologues d'école, le renforcement et le développement qualitatif du réseau de comités consultatifs d'éducation, l'établissement d'un centre consultatif de méthode d'éducation, l'extension de l'activité consultative aux adolescents, le développement des institutions de neurologie d'enfants en des soins fondamentaux intégrés. Nous avons une liste de propositions à part pour intégrer les classes d'âge de 14 à 18 ans, où le service de consultations d'autognosie et psychiques doit jouer un rôle capital, ainsi que les groupes d'entraide sociale s'organisant librement pour résoudre les problèmes de ligne de conduite. Nous proposons l'introduction du traitement institutionnel des jeunes narcomanes.

Le lieu de travail est également un atelier de socialisation. Au-delà des prestations sociales, il a aussi la possibilité d'offrir des services humains: introduire des consultations d'éducation, de divorce, de mariage, de conseils sexuels, organiser l'hygiène mentale au lieu de travail et résoudre les conflits locaux.

La nouveauté la plus importante parmi nos propositions est l'établissement du réseau des Stations d'Assistance aux Familles. Celles-ci rentreraient dans le cadre de l'administration et il faut les constituer graduellement, d'après le principe régional. Au delà de la fonction d'administration ce serait des instituts de consultation d'assistance à la famille, de politique sociale, d'hygiène mentale et de pédagogie, avec leurs spécialistes. Une sorte de « cliniques familiales » pour traiter les soucis d'une manière complexe. Ces stations devront se charger de faire fonctionner d'autres institutions (de consultation d'éducation, de psychiatries d'enfants) et pourraient être les centres d'un enregistrement qui tient compte et suit jusqu'au bout tout le processus du traitement et des soins. Leur rôle joué dans l'assistance de fonds est le suivant: elles organisent des services humanitaires avec leurs propres unités et spécialistes et exercent le droit de gestion et d'inspection sur les services humanitaires d'autres institutions. La Station d'Assistance Familiale est une unité institutionnelle indépendante qui prend place entre une autorité supérieure de politique sociale et une autonomie, une administration locales. Nous proposons en même temps le développement poussé des soins fondamentaux d'hygiène mentale. A la tête de ceci se trouverait le Centre National d'Hygiène Mentale et d'Assistance Familiale.

c) *Le système d'institutions de prévention, d'assistance, de soins et de traitement et le fonctionnement complex de ceci dans notre système administratif demandent des changements.* Au niveau central de l'administration, nous proposons la création d'une autorité suprême nationale, ou comme une meilleure alternative, celle d'un *ministère de branche*. Ce serait un Ministère de la Prévoyance sociale (ou de Politique sociale) de la Protection de la Famille et de la Jeunesse. Cet organe fonctionnerait comme autorité

suprême de politique sociale touchant à la prévoyance sociale et dans cette fonction il aurait l'*autorité suprême de branche* de la prévention des troubles d'intégration sociale. Au niveau local et territorial il faut créer auprès des conseils, les Sections de Politique sociale, comme organismes unis d'*administration spéciale* de la prévention. Ainsi la prévention aurait une institution administrative et disparaîtrait le *manque de maître dans l'administration*. Naturellement, ceci n'excluerait pas l'action spontanée de la société, et le concours volontaire des organisations sociales.

d) Je ne donne pas les détails de nos propositions concernant les formes spécifiques de certains troubles d'intégration. Là, les recommandations du Conseil Scientifique sont *ouvertes* et supposent le concours constructif de *l'opinion publique professionnelle*. Au système d'*institutions de base* de la prévention qui a une autorité supérieure d'administration de branche et un appareil administratif local, la juridiction se joint par ses fonctions propres de poursuites des crimes, de la protection de l'ordre public et de la sécurité publique et remplit le rôle important de *service de signalisation*. *Le changement qualitatif important consisterait à ce que la répression des crimes n'aurait pas à agir dans une affaire de prévention, mais il y aurait une autorité et un système d'institutions qui pourraient disposer après la signalisation policière, prendre en charge et prêter assistance*. Comme il est notoire, *l'état pré-délinquant ne peut pas être diagnostiqué*, car il n'y a pas de changements spécifiques de la personnalité qui signaleraient l'exposition particulière aux crimes. C'est pourquoi la prévention du crime ne peut être imaginée qu'en tant que prévention de la déviance. Lorsque la prévention concentre donc à un *milieu personnel*, cela peut avoir comme *contenu* la prévention du crime, mais ceci ne se déroule pas dans des cadres de droit pénal. Dans ce système imaginé la prévention est donc *de politique sociale* qui ne touche pas des individus, mais son sujet est la société en général, avec ses divers processus, d'autre part des couches et groupes déterminées de la société qui comporte aussi des traitements sanitaires, pédagogiques, psychologiques et d'hygiène mentale qui ont tous *leur chef administratif*. L'aide sociale volontaire peut se joindre en bonne assistance à l'activité du chef (par exemple peut fonctionner un comité permanent de prévention du crime dans les cadres des conseils locaux, ou une section de Conseil de Femmes, de Croix Rouge etc.), mais ce sont les autorités de branche qui auront droit de prendre des mesures, car ce sont elles qui disposent d'organes et d'organisations institutionnels pour accomplir les tâches spécialisées nécessaires (p.ex. assistance aux familles, allocations etc.). L'assistance doit être offerte, mais pas imposée.

A côté de la prévention s'étendant au milieu personnel, *la prévention des occasions de criminalité est une tâche spéciale de l'autorité policière*, qu'on peut réaliser au cours d'accomplir les tâches d'ordre public et de sécurité publique. *C'est en même temps un service de signalisation pour la prévention. Le contrôle des occasions de crimes est donc en premier lieu la prévention des actes criminels potentiels, alors que la prévention du crime en général, en tant que celle de la déviance, est la prévention de ce que les auteurs potentiels de crimes deviennent effectivement des criminels.*

Проблемы ресоциализации и предупреждение преступности

А. САБО

В статье излагается, что в Венгрии ожидается коренный оборот в криминальной и превентивной политике. Это также подтверждается исследованиями по девиантному поведению, проведенными по поручению Венгерской Академии наук. Массовое появление проблем в связи с ресоциализацией вызывает необходимость как в анализе этих явлений так и в коренном изменении в разработке форм социальной интервенции.

Автор устанавливает, что венгерскому обществу приходится долгосрочно считаться с наличием помех ресоциализации. Со стороны общества требуется большая толерантность к ним. Социальная интервенция должна сосредоточиться не на санкциях, а на пунктах социальной напряженности и несправедливости, которые создают эти явления. Венгерскому обществу предстоит дать ответы на новые вызовы не посредством властных санкций, а путем создания более коллективных средств, при поддержке всех добровольных инициатив по созданию обществ гуманных услуг.

Social adjustment troubles and crime prevention

A. SZABÓ

The paper explains that in Hungary a radical change can be expected concerning criminal policy and prevention policy, which are supported substantially by the deviance research studies conducted upon the request of the Hungarian Academy of Sciences. Against the mass increase of social adjustment troubles a radical turnaround is necessary in the analysis of these phenomena, on one hand in the development of the forms of social intervention on the other hand.

The paper goes into details that the Hungarian society should take on account the existence of social adjustment troubles for a longer time; more social tolerance is needed in order to treat them; the social intervention should not concentrate on the sanctions, but on those social tensions and injustices, which create these phenomena. The Hungarian society should answer to these challenges, i.e. by shaping more communal measures, not by introducing authoritative sanctions. Every voluntary communal initiative, which aims human services should be promoted and supported.

Dogmatische Fragen des Gesellschaftsrechtsverhältnisses

Z. NOVOTNI

Professor

Juristische Fakultät, Technische Universität für Schwerindustrie, Miskolc

Der Gesellschaftsvertrag ist die bestimmende Form der Verträge in den entwickelten kapitalistischen Wirtschaftssystemen, gleichzeitig aber erlangt er eine große Bedeutung auch in den sozialistischen Wirtschaftsbeziehungen.

Es gibt mehrere Anzeichen auch im System des ungarischen bürgerlichen Rechts dafür, daß die Struktur der zweipoligen relativen Obligationen im Gange der Auflockerung ist. Die Geltendmachung der Ansprüche im öffentlichen Interesse statt der Subjekte des Vertrages und im ihren Interesse, in der Kette der Verträge die verschiedene Lösungen zur Konkretisierung der Verantwortlichkeit zeigen eindeutig den Zerfall der dogmatisch geschlossenen Struktur.

Das Gesellschaftsrechtsverhältnis ist typisch ein Vertrag mit mehreren Subjekten, in dem die durch die Subjekte gemeinsam herausgebildete Zielsetzung einen vereinigenden oder syntetisierenden Effekt ausübt. Für das Rechtsverhältnis ist auch der Umstand charakteristisch, daß die Subjekte ihren Tätigkeitsbereich und die Extensität ihres Eigentums freiwillig beschränken. Das Rechtsverhältnis ist auch durch die gemeinsamen materielle Interessiertheit charakterisiert.

Innerhalb des Gesellschaftsverhältnisses entstehen mehrfache Rechtsverhältnisse, und zwar:

a) das zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft zustande kommende Rechtsverhältnis (Grundverhältnis) von organischer-mitgliedschaftlicher Natur, deren Inhalt die mit der Gründung und Funktionieren der Gesellschaft zusammenhängende Rechte und Verpflichtungen bilden.

b) das Rechtsverhältnis von organisations- und eigentümerischer Natur zwischen Gründern und der gegründeten Gesellschaft, das die Geltendmachung der Eigentumsrechte der Gründer zu sichern berufen ist,

c) das Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinschaft der Gründermitglieder (willensbildende Struktur) und der gegründeten Organisation das das Funktionieren der die strategische Entscheidungen treffende Körperschaft sichert,

d) das Rechtsverhältnis von wirtschaftsorganisatorischer Natur unter den Gesellschaftsmitgliedern, in dessen Rahmen die Mitglieder ihre wirtschaftliche Tätigkeit integrieren,

e) das Rechtsverhältnis von wirtschaftsorganisierender Natur zwischen Gründern und der gegründeten Organisation, das auch für die entstandene Wirtschaftseinheit (Gesellschaft) selbst den Beitritt in die wirtschaftlichen Prozesse zu ermöglichen geeignet ist.

1. Der Gesellschaftsvertrag als Rechtsverhältnis mit mehreren Subjekten

Das Recht der Regelung des Wirtschaftslebens formt sich nicht von sich selbst, den Rechtsanwender und dann den Gesetzgeber zwingen immer die Umstände der gegebenen Wirtschaft, der Bedarf nach Regelung der maßenhaft auftretenden Geschäfte auf das Schaffen von Rechtsgrundsetzen und das Ausarbeiten komplizierter Regelungssysteme.

Die Vertragsregeln des römischen Rechts, näher des römischen Privatrechts beruhen auf der Regelung des Gelddarlehens (Nexum), denn unter den primitiven

Marktbeziehungen der italienischen Stadtstaaten hatte der Geldverkehr die größte Bedeutung, der Gebrauch des Geldes erschaffte das Entstehen der komplizierten Warenaustauschverhältnisse. Aus der Darlehensituation kam die Schuldner- und Gläubigerposition zustande: die Verbindung zwischen den zwei antagonistischen Rechtspolen als Obligation war geeignet, eine auf der relativen Beziehung der zwei Parteien ruhende Regelung hervorzurufen. Die Entwicklung der Produktion- und Marktverhältnisse, die zentrale Rolle des zur Weltmacht gewordenen Roms im Welthandel beanspruchte bereits nicht nur die Regelung der Gelddarlehen, sondern in erster Linie geriet der Kauf in den Mittelpunkt des rechtlich zu regelnden Verkehrs — die Form der Obligation stand aber dann schon als Mittel und zur Verfügung der Regelung der grundlegenden Warenaustauschbeziehung.

In Zeiten der kapitalistischen Produktionsordnung und der Ausgestaltung des kapitalistischen Marktbedürfnisses schienen die verfeinerten und durch die Rechtswissenschaft weiter feinerten Mittel des römischen Rechts als geeignet für die Regelung der Verhältnisse des maßenhaften Warenaustausches, so stellte das den Kaufvertrag als Grundtyp kennende Obligationsrecht neben der Betonung der verbindlichen Art der Verträge deren strenge relative Konstruktion in den Mittelpunkt der Rechtsdogmatischen Anschauung.¹

Die fortgeschrittene, kapitalkonzentrierte kapitalistische Wirtschaft trennte sich notwendigerweise vom Boden des einfachen Rechtsverhältnisses, der Kaufkonzeption los. Die Bestreben nach Konzentrierung und Akkumulation von Kapital und anderen Wirtschaftsmitteln erforderten nicht mehr das Kaufrecht des individuellen kapitalistischen Privateigentums und das, für dessen Gestaltung und Vermehrung berufene Kaufrecht, sondern eine rechtliche Form zum Durchdringen der, die Rechte anderer Privateigentümer beschneidenden und den Bewegungsraum einschränkenden Einigung der sich in Kapitalstärke zeigenden Wirtschaftsmacht, und die sich gleichzeitig auf die Anonimität dieser Macht richtet. Der kapitalistische Unternähmer bemühte sich im Wirtschaftsverkehr so aufzutreten, daß er als stärkerer Wirtschaftspartner als sein tatsächliches Wirtschaftspotenzial erscheint; der potenzielle Geschäftspartner prüfte nicht eine Person und deren finanzielle Lage, sondern den Depositär einer Kapitalgruppe. Der typische und bestimmende Vertrag im Wirtschaftsleben der fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaft ist deswegen nicht mehr der Kauf sondern der Gesellschaftsvertrag, der nach Typ nicht auf zwei sondern auf mehreren Polen beruht. Die Handelsrechte die sich grundlegend mit den Fragen der Gründung und Tätigkeit der Handelsfirmen und Handelsgesellschaften beschäftigen, neben der

¹ Es ist zweifellos, daß die gesellschaftlichen mehrsubjektigen Obligationszustände sich auch schon im römischen Recht entwickelt haben. Nach Meinung von SCHULZ ist der Ahn der römerrechtlichen Gesellschaft das Consortium, also die nach dem Tode des Vaters unter den Brüdern entstandene Eigentumsgemeinschaft. (*Classical Roman Law* Oxford, 1951. p. 550). Die Societas als Institut des ius Civile ist zweifellos uralter Herstammung. Der gesellschaftliche Vertrag war aber im römischen Recht nie ein grundlegendes, bestimmendes Institut.

sich auf die speziellen Handelsgeschäfte beziehenden Normen, werden wegen den obigen selbständig, sie reißen aus den auf römischen Recht basierenden Privatrechten aus.

Der Zerfall der relativen Struktur der Obligationen ist heute schon eine weltweit zur Geltung kommende Erscheinung. In der Zeit der komplizierten Produktionsbeziehungen, der breiten Kooperation, der überleiteten Verwertungsketten kann die strenge „Zweipersonenansicht“ der Rechtsbeziehung, das Prinzip „wer mit wem in Rechtsbeziehung steht“ auf dem Gebiet der tatsächlichen Prästations- und Leistungsverpflichtungen ebenso nicht in Frage kommen wie auf dem Gebiet der Bestimmung der tatsächlichen Haftung, des richtigen Ansiedelns der Haftungs-Rechtskonsequenzen.

Man kann in unserer Zeit — auch nicht unter den Verhältnissen der fortgeschrittenen sozialistischen Wirtschaft — die Obligationen nicht als isolierte und nur als zwischen den zwei vertragschliessenden Parteien aufgefaßte Erscheinung betrachten, weil die einzelnen Verträge sich organisch in die um sie herum existierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstände einbetten und in Folge der bestehenden engen Zusammenhänge die einzelnen Vertragsbeziehungen sich notwendigerweise überschatten, so daß die in einem gegebenen Vertrag entstehenden Rechte und Verpflichtungen in einem anderen, angrenzenden Vertrag zur Geltung kommen. Es ist genügend hier im Kreise der Verwirklichung der Investitionen auf die Wechselwirkungen zwischen den Verträgen, auf den breiten Kreis der Mitwirkung, und die komplizierten Situationen die während der Ansiedlung der Haftung entstehen hinzuweisen.

Wir finden auch in dem Regelungssystem unseres sozialistischen Bürgerrechts immer mehr Erscheinungen die auf den Zerbruch der zweipoligen Konstruktion hinweisen. Nicht nur im Kreise der Investitionsverträge sondern auch in der Frage der mit dem reparaturdienstlichen System gelösten Bürgschaftspflichten, bei den Prozeßkommissionskonstruktionen im Kreise der Haftpflichtsbeziehung wandeln sich die Obligationen notwendigerweise in vielseitige um.² Die steifen Grenzen der relativen Konstruktion durchbricht die Möglichkeit des Geltendmachens von dem Anspruch von allgemeinen Interesse, die der 21.§ des Gesetzes über das Verbot der unlauteren wirtschaftlichen Tätigkeit schafft, die rechtlichen Mittel des Verbraucherschutzes erweiternd, er stattet doch im breiten Kreise bedeutende Interessenvertretungskörperschaften zum Geltendmachen des Anspruches aus der zweipersonigen Obligationssituation aus.³

² Siehe detaillierter: NOVOTNI, Z.: *A kétszemélyes relativ szerkezet szétbomlásának jelei kötelmi jogunkban.* (Die Zeichen des Zerfalls der relativen Konstruktion für zwei Personen in unserem Obligationsrecht.) *Jogtudományi Közlöny* 11/1983.

³ Die Möglichkeit der Geltendmachung des Anspruches von allgemeinem Interesse ist im Zusammenhang mit dem unlauteren Wirtschaftsverfahren keine im ganzen neuartigen Erscheinung in unserem Rechtssystem. Der 7. § unseres ersten ungarischen Kartellgesetzes (des Gesetzes Nr. XX. von 1931. über die Vereinbarung zur Regelung der Wirtschaftskonkurrenz) regelte nach der Anweisung des Volkswirtschaftsministers das von der fiskalischen Verwaltung für Rechtssachen einzuleitende Klagerecht

Die auf den Markt orientierte sozialistische Wirtschaft kann die Eigentums- und Mittelbedürfnisse, die zum gemeinsamen Zweck gegründeten Gesellschaften der Wirtschaftsorganisationen auch nicht entbehrlich machen, gleichzeitig können auch die von Staatsbürgern gegründeten Gesellschaften mit Wirtschaftszweck Raum bekommen. Daraus fließt, daß der die Gesellschaft zustande bringende Gesellschaftsvertrag als typisch mehrsubjektiger Vertrag sich in unser Rechtssystem organisch eingliedert, und die wirtschaftliche Gesellschaft als typisch mehrpoliges Rechtsverhältnis unser Rechtsinstitut wird.

Primärcharakteristisch für das Rechtsverhältnis ist die durch die Rechtssubjekte in Form von Willenseinheit ausgestaltete gemeinsame Zielsetzung, die entweder die schon existierende und mit einander in allem einstimmende Zielsetzung der Partner vereint, oder man kann sie im ganzen mit den wirtschaftlichen Zielsetzungen keiner der sich assoziierenden Partner identifizieren, weil sie, sich selbst aus ihnen aufbauend diese synthetisiert bzw. integriert.

Die andere — gemeingültige — Bezeichnung der Rechtsbeziehung ist, daß die sich mit dem Gesellschaftsvertrag assoziierenden Mitglieder ihre eigene Handelsfreiheit, ihren Bewegungsraum freiwillig einschränken. Die Einschränkung des Bewegungsraumes äußert sich im allgemeinen auch in der Einschränkung des Eigentumsrechts.

Die dritte Beziehung verbirgt sich in der Herstellung der begrenzten oder unbegrenzten gemeinsamen finanziellen Interessen, was die Herstellung des gemeinsamen Risikos und der gemeinsamen Haftung in sich begriff.

In den Ramen des Gesellschaftsverhältnisses verbergen sich in Wirklichkeit auf mehreren Ebenen mehrerlei Beziehungssysteme.

2. Das zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft zustande kommende Rechtsverhältnis von organischer-mitgliedschaftlicher Natur

Die traditionelle rechtliche Auffassung pflegt in der Konstruktion der Gesellschaftsrechtsbeziehung innere und äußere Rechtsbeziehungen zu unterscheiden. Innere Rechtsbeziehungen nennen wir die in der Gesellschaft, also unter den Mitgliedern bestehenden Beziehungen, während in den äußeren Rechtsbeziehungen die ganze Gesellschaft — ob als juristische Person, ob als Firma bzw. die Gesellschaft vertretendes und in ihrem Namen verhandelndes Mitglied — mit dritten Personen rechtliche Beziehungen herstellt.

von öffentlicher Interesse im Falle der ins Gesetz, die Moral und die öffentliche Ordnung stoßende Kartellgebilden und Kartelltätigkeit. Mit der Frage beschäftigt sich eingehend die Monografie von KIRÁLY, F.: *A kartell*. (Das Kartell) Bp. 1930/Budapest, 1936.

Diese Anschauung der Gesellschaftsrechtsbeziehung vereinfacht aber die Situation zu sehr. Die im allgemeinen als innere Rechtsbeziehung genannte Erscheinung ist nämlich auch in sich vielseitig, sie kommt aus Rechten und Pflichten vielfältiger Natur zustande.

Die Subjekte des zu erst zu untersuchenden Rechtsverhältnisses sind eindeutig die gründenden Partner. Diese Rechtsbeziehung ist die Grundbeziehung der Gesellschaft, kommt doch die Rechtsbeziehung in dessen Ramen zustande, und sie ist geeignet zur Änderung und zur Abschluß der Gesellschaft.⁴ Die gründenden Partner, als Träger ihrer eigenen, auch bis dahin existierenden Rechtspersönlichkeit nehmen in der Rechtsbeziehung in ihren abgesonderten rechtlichen Positionen, in gleichrangigen und einander gleichgestellten Positionen Teil. Die mehrpolige rechtliche Situation ist also gekennzeichnet von der Gleichstellung der Partner und deren eigenen Bewegungsraum.

Der Gegenstand der Rechtsbeziehung ist das Verhalten der Parteien, das sich auf das Gründen, Betätigen und eventuellen Abbruch der Gesellschaft richtet. Das Verhalten äußert sich in Leistungen (materielle Mitwirkung) äußert sich in Handlungen (Teilnahme in der willensbildenden Organisation) äußert sich in Duldung (Eigentumseinschrenkungen, die aus dem zum gemeinsamen Gebrauch geben stammen).

Den Inhalt des Rechtsvertrages bilden die mit der Gründung und Betätigung in Verbindung stehenden Rechte und Verpflichtungen. Diese sind:

— Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Herstellung des gemeinsamen Vermögens, gegenüber den anderen Subjekten des Vertrags

— Rechte im Kreis der gemeinsamen Willensbildung die in Verbindung mit der Verwirklichung des gemeinsamen Zieles sind. (Teilnahmerecht an den Sitzungen des Direktionsrates, der Generalversammlung, Stimmrecht.) Ebenso gegenüber allen anderen Personen des Vertrags. Die Rechte und Verpflichtungen in den Beziehungen untereinander kommen natürlich auch in den Phasen der Gründung und des Abbruchs zur Geltung, bringt doch der einstimmende Wille der Parteien den Vertrag zustande, aber er kann die Gesellschaft auch auflösen.

Zwischen die Ramen des Grundrechtsverhältnisses gehört auch das Recht zur Kündigung des Vertrags, die Kündigung zielt nämlich die Aufhebung dessen Vertrags, den alle Partner gemeinsam errichtet haben, so muß der Kündiger dogmatisch gesehen die Kündigung an alle Vertragspartner zukommen lassen.⁵

⁴ Der Wirtschaftsgrundvertrag ist von *Kronstein* eine als Eigenart der interabschnittlichen Kartellstruktur genannte Rechtserscheinung. Seiner Meinung nach ist das wesentliche der Kartellvereinigungen in erster Linie, daß die vertragschliessenden Parteien entschließen, daß sie am internationalen Markt gemeinsam, gruppenweise, als wirtschaftliche Formation auftreten. Die Verträge werden also die Grundsätze der Planwirtschaft. (*Das Recht der internationalen Kartelle* Berlin, 1967. Cf. MÁDL F.: *Jogtudományi Közlöny* 7–8/1968.)

⁵ In unserem alten Handelsrecht kam auch die These zur Geltung, daß das Kündigungsrecht des Gesellschaftsvertrages bzw. das Klagerecht das sich auf die Auflösung der Gesellschaft bezieht sich nicht gegen die Gesellschaft richtet, sondern gegen diejenigen Mitglieder, die zur Auflösung der Gesellschaft nicht

Zuletzt kann die Abrechnung die nach dem Abschluß der Gesellschaft in den Ramen des Grundrechtsverhältnisses geschehen, sowohl in Sachen des Gewinnes und Verlustes als auch im Tragen und Teilen des Schadens. Weil die Gesellschaft als juristische Person oder andererseits als abgesondertes Rechtssubjekt nach dem den Abschluß bedeutenden rechtlichen Akt nicht mehr existiert, besteht demnach im dogmatischen Sinn das Abrechnungsverhältnis immer zwischen den Partnern, auch dann, wenn eine Art abrechnender Organisation oder eine mit demselben beauftragte Person sich noch betätigt. In solchen Situationen aber, wenn während der Abrechnung eine Assoziation/Gesellschaft die juristische Persönlichkeit bewahrt, funktioniert natürlich nicht das Grundverhältnis.

3. Das Rechtsverhältnis- von organisations- und eigentümerischer Natur zwischen den Gründern und der gegründeten Gesellschaft

Vorhergehend haben wir betont, daß in Folge des gründenden Vertrags eine, von den Gründern in wirtschaftlichen und rechtlichem Sinne gleichfalls abgesonderte, als juristische Person funktionierende Organisation zustande kommt. Die Rechtsbeziehung zwischen den Gründern und der gegründeten Organisation sieht folgendermaßen aus:

Als Subjekt muß man die Gesellschaft und nur das gegebene gründende Mitglied betrachten, also bezieht sich auf die nun diskutierte Gruppe der inneren Rechtsverhältnisse die Konstruktion der Rechtsverhältnisse für zwei Personen. Im Gegenstand zeigt dieses Rechtsverhältnis Verhaltensweisen von eigentümerischem Charakter, bis sich andererseits mit der Tätigkeit zusammenhängende Leistungen zeigen.

Der Inhalt des Rechtsverhältnisses ist ziemlich kompliziert. Einerseits hat das gründende Gesellschaftsmitglied das Recht von der Gesellschaft einen Anteil zu fordern, andererseits ist es verpflichtet Fondsergänzungen, Einzahlungen zu leisten, Stand zu halten.⁶ Die Rechte des ausgetretenen Mitglieds kommen im dogmatischen

zustimmen wollen. Auch die Kurie erklärte: Die Auflösungsklage ist nicht die Sache der Gesellschaft, sondern die der einzelnen Mitglieder, weil doch die Gesellschaft der Gegenstand der Klage ist, folglich kann sie nicht Subjekt deren sein. („C489/1983 es zitiert: NAGY F.: *A magyar kereskedelmi jog kézikönyve* (Handbuch des ungarischen Handelsrechts.) Budapest 1901 p. 273.

⁶ Die klassische Formulierung der separierten rechtlichen Situation des gründenden Mitglieds und der gegründeten Gesellschaft und die Eingehenheiten des zwischen ihnen bestehenden Rechtsverhältnisses gibt in den angelsächsischen Rechten *die Solomon Fall (Case)*. Solomon ist ein, in Leicester lebender Lederhändler, der sein Geschäft einer vom ihm gegründeten Gesellschaft mit begrenzter Haftung verkaufte. Der Eigentümer der Aktien der Gesellschaft war mit einer einzigen Ausnahme Solomon. (Diese war in Eigentum von Solomons Frau und Kinder.) Die Gesellschaft wurde ein Jahr später liquidiert und unter den Gläubigern war auch Solomon selbst, hat er doch bei der Gründung der Gesellschaft Aktien im Wert von 10000 Ft auf seinen eigenen Namen ausgestellt. Das Haus of Lords stellte fest, das Solomon als Gläubiger mit Deckung den anderen (wahrhaftigen) Gläubigern zuvor kommt, trotz dessen, das in der Wirklichkeit die Gesellschaft und Solomon als ausschließlicher Kontrolleur identisch sind.) COLIN, T.: *Company Law* Hoddes and Stoughton, London, 1982. p. 15.)

Sinn gegenüber der Gesellschaft zustande (Ansprüche auf Ausgabe), wenn auch unserer gegenwertigen Rechtsauffassung nach das Fehlen der juristischen Persönlichkeit zur Folge hat, daß die Ansprüche gegenüber den Gesellschaftsmitgliedern, also im Kreise der Grundrechtsbeziehung geltend werden, aber eine fortgeschrittenere firmenansichtige rechtliche Regelung muß die juristische Persönlichkeit der Gesellschaft auch in diesem Kreise anerkennen. Es ist auch eine Pflicht des Gegründeten, dass er gegenüber den Gründern die Abrechnung vornimmt, von seiner Tätigkeit Daten leistet, obgleich hat der Gründer das Recht hinsichtlich der gemeinsamen Tätigkeit der Gesellschaft Informationen zu verlangen.

Die Partner haben gegenüber der gegründeten Organisation die Minderheits- und auch andere Anfechtungsrechte. Weil der Direktionsrat oder eine andere willensbildende Organisation das Organ der Gesellschaft ist, sind seine Bescheide Gesellschaftsbescheide -so die ursprünglich grundrechtsbeziehunglichen Ansprüche- die Auseinandersetzungen der Gründer untereinander- bedeuten in Hinsicht auf die ausgebildete Rechtspersönlichkeit nicht mehr den Beschluß mehrerer Personen sondern die Entscheidung der willensbildenden Organisation der Gesellschaft. Der Ausschluß bringt zwischen der Gesellschaft und dem ausgeschloßenen Mitglied Rechtskonsekvenzen zustande, auch in der Frage der eventuellen Rechtsnachfolge des ausgeschloßenen Mitglieds.

4. Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinschaft der Gründermitglieder und der gegründeten Organisation

Eine Eigenart der Gesellschaften ist es, daß die gründenden Mitglieder nicht nur individuell im Rechtsverhältnis für zwei Personen mit der gegründeten Organisation stehen, sondern es entsteht und funktioniert ein spezielles Rechtsverhältnis zwischen der Gemeinschaft der Gesellschaftsmitgliedern und der Gesellschaft als Organisation.

Die Gesellschaftsstruktur hat mit wenig Ausnahme die Herstellung einer Eigentumsgemeinschaft zur Folge: die Eigentumspartner beschränken zwar einerseits ihre Eigentümerposition, bzw. sie vermindern diese im Laufe der Gründung der Gemeinschaft, andererseits üben sie aber ihre Befugnisse in Hinsicht auf die Eigentumsgemeinschaft in organisierter Form aus. Die Eigenart der Gesellschaftsstruktur ist es daß die Gründer eine einheitliche willensbildende Organisation errichten: in der Form von Verwaltungsausschuß, Direktionsrat, Generalversammlung. Diese Körperschaft sichert einerseits die Ausübung der Wirtschaftslenkungsrechte der Gründer, andererseits verkörpert es die für die Ausarbeitung strategischer Entscheidungen geeignete innere Organisation.

Die rechtliche Situation der Körperschaft der Gründer ist also mehrschichtig:

a. nach der einen Annäherung steht der Direktionsrat als Eigentümer, als Wirtschaftslenker in einer speziellen Unter- und Überordnungsbeziehung mit der Gesellschaft selbst bzw. mit der Arbeitsorganisation: sie entscheidet in wesentlichen

Fragen, sie übt Arbeitgeberrechte aus, gibt Anweisungen, kontrolliert, läßt verrechnen;

b. der zweiten Annäherung nach ist er selbst ein Teil der Organisation der Gesellschaft, also im Falle juristischer Persönlichkeit ist er das willensbildende Organ der juristischen Person — aber er ist auch organischer Teil der Struktur der Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit — daraus ergibt sich, daß der Konflikt zwischen dem Direktorat und den Mitgliedern eigentlich als Auseinandersetzung zwischen dem Gründer und der gegründeten Organisation gilt;

c. wir können auch eine dritte eigenartige Funktion der direktoratistischen Organisation erkennen: es ist das Mittel der Realisierung des Grundverhältnisses: die Gründer bringen in den Ramen des Direktionsrates auf sie selbst gesehen Pflicht werdende Entscheidungen in Hinsicht auf die Verrechnung unter den Mitgliedern und in Hinsicht auf die Gründerpflichten (Einzahlungen, Zuschlagszahlungen, Mittelübergaben usw.)

Die errichtenden Organisationen geben ihre persönliche selbständige Rechtspersönlichkeit im Laufe der Ausübung der direktionsrätlichen Funktionen nicht auf, — diese Rechtspersönlichkeit kommt zur Geltung wenn der Direktionsrat in seiner dritten Rolle tätig ist —, aber in der Struktur kommt auch eine mit gemeinsamen Befugnis verbundene komplexe Rechtspersönlichkeit zustande, die den einzelnen Personen in der Organisation (zB. den Direktoren) bzw. der ganzen Arbeiterorganisation gegenübersteht. Hier kommt also eine spezielle Rechtsbeziehung innerhalb des Unternehmens zustande, eine Rechtsbeziehung, der die Beziehung ähnlich ist, die in Hinsicht auf die über Selbstverwaltung verfügende Unternehmen zwischen dem Direktionsrat bzw. der Leitung und der Arbeiterorganisation zustande kommen.⁷

5. Das Rechtsverhältnis von wirtschaftsorganisatorischer Natur unter den Gesellschaftsmitgliedern

In fast allen von wirtschaftenden Organisationen geschlossenen Verträgen in unserem Wirtschaftsleben ist es notwendigerweise damit verbunden, daß das Vertragsverhältnis die wirtschaftliche Tätigkeit der vertragschließenden Partnern als organisatorische Kraft beeinflußt. Man muß nicht betonen welche wichtige Rolle die

⁷ In den fortgeschrittenen kapitalistischen Rechssystemen regelt man die rechtliche Beziehung zwischen dem Direktorat als Körperschaft und der Gesellschaft eingehend. Es formte sich eine eigenartige Lösung im Zusammenhang mit den neueren französischen Aktiengesellschaften, den von einem Direktorium geleiteten Aktiengesellschaften aus, wo die Mitglieder des Direktoriums den Wirkungsbereich des geschäftsführenden Direktors gemeinsam befugt sind gegenüber der Gesellschaft auszuüben, also auch im Kreis der inneren Rechtsverhältnisse. LEMEUNIER, F.: *Principes et pratique du Droit des Sociétés*. J. Delmas et C. Paris, 1983. p. 68. Das Haus of Lords erklärte im Fall von *Regal Ltd. v. Gulliver* die kollektive Abrechnungspflicht der Direktoren. (siehe AFLEY: *Business Law*. MacDonalds and Evans, London, 1983. p. 54.)

mit der Produktion, dem Marktverkehr, der Lieferung, der Bankgeschäften verbundenen Verträge unter den Verhältnissen indirekter Planwirtschaft spielen. (Es ist eine andere Frage inwieweit die Verträge derzeit die wirtschaftsorganisierende Rolle erfüllen, wenn deren Entstehen den wahrhaftigen Willen der Parteien auch nicht immer spiegeln.)

In unserem gegenwärtigen Recht gibt es aber auch spezielle Verträge, deren primäres Ziel die Organisation der sich auf die Wirtschaft richtenden Tätigkeit ist: der Vertrag selbst bringt also eine Organisation mit Wirtschaftszweck zustande (Gesellschaftsvertrag). Der Vertrag soll die Bedingungen der anhaltenden Zusammenarbeit sichern (mittelsichernde Verträge zwischen dem Unternehmen und der wirtschaftlichen Arbeitsgenossenschaft des Unternehmens oder zwischen einer Genossenschaft bzw. einem Unternehmen und der Fachgruppe, zwischen dem gründenden Unternehmen und dem Tochterunternehmen (oder die Vertragsvorbereitung reguliert die späteren konkreten Warenverbindungen) Vorverträge, Rahmenverträge, Verträge über anhaltende Zusammenarbeit, für mehrere Jahre geschlossenen landwirtschaftliche Produktverwertungsverträge).

Der Gesellschaftsvertrag kann im allgemeinen wie auch eventuell wirtschaftsorganisierende Regeln beinhalten. Der Gesellschaftsvertrag hat eine allgemeine wirtschaftsorganisierende Wirkung, wenn er in seinem Rahmen eine wahrhaftige, auf einer von den Gründern abgesonderte Art wirtschaftende Organisation schafft: ein gemeinsames Unternehmen, eine KG, eine unter gemeinsamen Namen funktionierende wirtschaftliche Gesellschaft, eine wirtschaftliche Arbeitsgenossenschaft usw. Weil der Wirtschaftsvertrag das Organisations- und Tätigkeitsprinzip der Struktur die zum Erreichen des Wirtschaftszweckes dient, beinhaltet, organisiert der Vertrag die spätere wirtschaftende Einheit. Diese wirtschaftsorganisierende Tätigkeit verwirklicht sich in den Rahmen der Grundrechtsbeziehung der Gesellschaft.

Eine besondere wirtschaftsorganisierende Wirkung hat der Gesellschaftsvertrag, wenn er außer der Organisation der Wirtschaftstätigkeit der gegründeten Gesellschaft auch die spätere wirtschaftliche Beziehung der gründenden Mitglieder seinem eigenem Regelungskreis hinzuzieht.

Es ist schon schwer die derartige Tätigkeit der Gesellschaften in die Vorstellungen über das traditionelle innere und äußere Beziehungssystem unterzubringen, weil hier die gründenden Mitglieder nicht in ihrer Strukturen-inneren Position (Eigentümerposition) verfahren, sondern in ihrer eigenen, — nicht in die Gesellschaft eingebrachten Sachen — im Kreise ihres Vermögens und ihrer Tätigkeit außerhalb der Gesellschaft, doch ist der ausschließliche Grund ihrer Tätigkeit daß sie dem Zweck der Verwirklichung der gemeinsamen gesellschaftlichen Ziele dienen. Es gibt gesellschaftliche Verträge die die wirtschaftsorganisierende Tätigkeit ziemlich allgemein beinhalten, es gibt Stellen wo dies ausgesprochen konkret wird. Einige Beispiele: der geltende Gesellschaftsvertrag des „SKALA COOP Gemeinsamen Unternehmens“ zeigt im Tätigkeitskreis des gemeinsamen Unternehmens an, das seine Aufgabe grundlegend die Organisation der Warenbeziehungen zwischen seinen Mitgliedern und weiteren

Genossenschaften, anderen gesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft oder der Aussenhandelsorganisationen (aus diesen ist das Erwähnen der Warenbeziehungen unter den Mitgliedern zu betonen).⁸ In dem Gesellschaftsvertrag der Biergerste Anbauenden Gesellschaft finden wir schon ganz konkrete wirtschaftsorganisierende Maßnahmen: so ist es laut Vertrag die Aufgabe von einem Mitglied der Gesellschaft (eine Zentrale des Unternehmens für Saatsamenproduzierung und Verwertung) „für die Lieferung des angemeldeten Saatkorns mit den Mitgliedswirtschaften Verträge zu schließen“.

Der Gesellschaftsvertrag kann also unter den Mitgliedern als von einander abgesonderten Rechtssubjekten Produktions-, Warenverkehrs-, einzelne wirtschaftliche Beziehungen schaffen, und im Laufe dieser Funktion füllt der Gesellschaftsvertrag die Rolle des Vorvertrags ein, weil die Partner im Voraus die Pflicht annehmen, daß sie in einem späteren Zeitpunkt in gegebenem Kreis Verträge gegebener Art mit einander schließen werden. Die Vorvertragseigenart trägt auch die Vertragsschließungspflicht der Gesellschaftsmitglieder in sich, denn das Gesellschaftsziel kann man nur erreichen wenn die Mitglieder ihre angenommenen Pflichten auch in dieser Hinsicht erfüllen.

Die jetzt diskutierte Rechtsbeziehung kommt also unter den Gründern zustande, ihr Gegenstand ist aber ein sich auf das Errichten von weiteren Vertragsbeziehungen richtendes Verhalten, welches inhaltlich Vertragsschließungs- und eventuell andere Pflichten, weiterhin mit denen zusammenhängende Berechtigungen ergibt.

6. Das Rechtsverhältnis von wirtschaftsorganisierender Natur zwischen den Gründern und der gegründeten Organisation

Aus dem vorhergehenden Begriff und System der Verträge mit wirtschaftsorganisierender Wirkung fließt, daß der Gesellschaftsvertrag nicht nur zur Organisation und der vorhergehenden Regelung der Beziehungen unter den Gründermitgliedern geeignet ist, seine Aufgabe ist vielmehr daß er die Vorschriften die sich auf die Organisation der Wirtschaftstätigkeit zwischen den Mitgliedern und dem gegründeten Unternehmen bezieht, enthält.

Beinahe zu allen Typen der wirtschaftlichen Gesellschaften ist es eine häufige Erscheinung, daß — in Falle einer horizontalen Struktur — der Gesellschaftsvertrag in Hinsicht auf alle Gründer die selben Anforderungen stellt, wobei es bei einer vertikalen Struktur sinnvoll erscheint, wenn die Gesellschaft mit den Mitgliedern ein individuelles, sich von einander unterscheidendes Verbindungssystem herstellt.

⁸ Darstellung: FAZEKAS J.: *Die rechtliche Struktur und die wirtschaftliche Rolle der unter den Innenhandelsunternehmen (Gemeinschaften) zustande kommenden koordinativen und marktverteilenden Gesellschaften*. Miskolc, 1984.

Es ist auch keine leichte Aufgabe das jetzt diskutierte Rechtsverhältnis in der nach innerlichen und äußerlichen Beziehungen geteilten Unterteilungsordnung unterzubringen. Es ist zweifellos, daß das Gründermitglied in Hinsicht auf die entstehenden Warenverhältnisse als äußerliches Rechtssubjekt erscheint, und so wird die gegründete Gesellschaft eine äußerliche Beziehung mit ihr gestalten, aber sie kann dies nur tun weil ihr künftiger Partner in einem auch ihr Gründer ist, der im Laufe der Errichtung der Gesellschaft im Rahmen der Grundbeziehung auf sich nimmt auch eine Beziehung mit wirtschaftsorganisierender Wirkung herzustellen. Das Gründermitglied soll man also im Verhältnis zur Gesellschaft auch in den Rahmen des ständigen Warenverhältnisses nicht als dritte Person betrachten, das Mitglied ist so eine „zweite Person“ die auch auf anderen Gebieten im Rechtsverhältnis bestimmender Art mit dem Subjekt des zu schließenden Vertrags ist. Die jetzt behandelte wirtschaftsorganisierende Vertragsbeziehung charakterisiert — ebenso wie die Rechtsverhältnisse unter den Mitgliedern — die zweiseitige, zweipolige Konstruktion. Der Gesellschaftsvertrag hat auch in diesem Kreis Vorvertragseigenart, er bringt zwischen den Parteien eine Vertragsschließungspflicht zustande.

Die Rechtsbeziehung kommt, wie schon erwähnt, zwischen der gegründeten Organisation und einem (oder allen) Gründer zustande. In unserer derzeitigen Rechtsanschauung ist es ohne Zweifel, daß die Vereinigungen mit juristischer Persönlichkeit wahrhaftig in einer wirtschaftlichen Vertragsbeziehung mit ihren Gründern steht. (Nach einer leicht pejorativen Bezeichnung der Gesellschaftsverträge mit den „Mitgliedern des gemeinsamen Unternehmens“. Ich fühle in der Abfassung Pejorativität, weil das Mitglied in erster Linie Gründer und Eigentümer und in zweiter Linie Vertragspartner ist. Das Unternehmen gehört ihm, und nicht er ist Bestandteil des Unternehmens). Die gegenwärtige Rechtsauffassung schlägt den Gesellschaften ohne juristische Persönlichkeit zwar alle Formen der Rechtspersönlichkeit ab, erkennt sie aber in den äußeren Beziehungen irgendeine Rechtspersönlichkeit deren an. Die ausgebildete, und sich auch im Gesellschaftsvertrag offenbarende Praxis weist aber darauf hin, daß die Vorbehalte mit wirtschaftsstuernden Wirkung in der Relation zwischen den Gesellschaften und den Gründern erscheinen. So ist der Wirkungskreis der oben erwähnten Biergerste produzierenden Gesellschaft unter anderem „die Organisation der Übergabe und Übernahme der von den Wirtschaften produzierten, mit der Gesellschaft im Vertrag stehenden, für Wirtschaftszwecke geeigneten Biergerste.“ Nach dem Vertrag einer Weintraubenproduzierenden Weinverarbeitenden Gesellschaft: „Die Teilnehmer verpflichten sich gegenseitig die von ihnen produzierten Weintrauben bzw. den daraus hergestellten Most oder Wein der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.“ Aus dem Vertrag einer Textilwaren herstellenden wirtschaftlichen Gesellschaft: „Die WG ist vom 1. januar 1983 Kooperationspartner des Konfektionswerks der LPG Tokajhegyalja“ (der genannte ist das eine Subjekt des Gesellschaftsvertrages.)

Von den wirtschaftsorganisierenden Anordnungen des Gesellschaftsvertrages muß man die Situation unterscheiden, wenn die wirtschaftorganisierenden, die

Gründer betreffenden Regeln nicht der gründende Rechtsakt, der Gesellschaftsvertrag enthält, sondern die willensbildende Organisation (der Direktionsrat) wünscht diese Aufgaben später zu versehen. In einer solchen Situation ist zwischen der Gesellschaft und den betroffenen Mitgliedern in Wirklichkeit noch keine Rechtsbeziehung zustande gekommen, also ist in einer derartigen Situation die Gesellschaft befugt auch in dieser Frage zu entscheiden. Diese Entscheidung kann aber nur in Form von beidseitiger Übereinkunft zustande kommen, in einer Paradoxen rechtlichen Situation, wenn das Mitglied, das Wirtschaftsbeziehungen gestalten will, im Entstehen der Willenserklärung auch als ein Subjekt des zustandezubringenden Vertrags teilnimmt, aber auch ein Mitglied der willensbedenden Organisation innerhalb der Gesellschaft. Der Vertrag kommt aber so zustande, daß er den Antrag der Gesellschaft nur in seinem eigenen Namen annimmt. Wir reden absichtlich von einem Antrag, trotz dessen, daß die gemeinsame willensbildende Organisation befugt ist Bescheide zu bringen. In den Fragen der eigenen Wirtschaft der Mitglieder kann aber die Gesellschaft keinen Bescheid bringen, sie kann nur die Entstehung von einem Konzens bestreben (die Rechtsnorm verlangt zwar einen einstimmigen Bescheid in dieser Frage), so fühlt sie aber im Wortgebrauch nicht den Unterschied zwischen dem gemeinsamen Willen in den Sachen der Gesellschaft und zwischen den mit den Sachen der Gesellschaft zusammenhängenden, aber die Fragen der eigenen separierten Wirtschaft des Gründermitglieds betreffenden Dinge, auf deren Gebiet kein Platz für das Schaffen eines Beschlusses sein kann.

Die Verrechnung zwischen der — während der wirtschaftsleitenden Regelung ausgearbeiteten — Warenverhältnissen sondert sich entweder von den Verrechnungen ab, die aus der organisatorischen Rechtsbeziehung zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern stammt — oder sie verbindet sich mit ihnen. Der Gegenwert der Tätigkeit des Mitglieds das er zu Gunsten der Gesellschaft geleistet hat, — abhängig von den Regeln des Gesellschaftsvertrags können den Anteil des betroffenen Mitglieds erhöhen, wenn der horizontalen Struktur nach sämtliche Mitglieder in einer Wirtschaftsbeziehung der selben Art mit dem gemeinsamen Unternehmen stehen.

Догматические вопросы правоотношения товарищества

3. Новотни

Договор о создании товарищества является определяющей формой договора в экономике развитых капиталистических стран, но ему придается большое значение и условиях социалистического хозяйства.

В современной системе венгерского гражданского права ряд явлений свидетельствует о том, что двухполюсная релятивная структура обязательств находится в состоянии разложения. Доказательствами распада догматически закрытой системы являются: выдвигание требований общего интереса вместо субъектов договора и в их интересах, тенденции к возложению ответственности в системе сетей договоров.

Правоотношение товарищества является типично многосубъектным договором, в котором совместно разрабатываемая субъектами права целевая установка может иметь объединяющее и

синтезирующее влияние. Правоотношение характеризуется и тем, что его субъекты добровольно ограничивают свою свободу действия, размер своих прав, принадлежащих им как собственникам. Имущественная заинтересованность также характерна для правоотношения.

В рамках правоотношения товарищества возможен ряд правовых связей:

а) организационно-членское отношение между членами товарищества (основное правоотношение), которое содержит в себе права и обязанности, связанные с основанием и функционированием товарищества;

б) правоотношение организационно-имущественного характера, возникающее между членами-учредителями и созданным товариществом; оно обеспечивает осуществление прав учредителей в качестве собственника;

в) правоотношение между коллективом членов и созданным товариществом; оно обеспечивает функционирование органа, принимающего решения;

г) правоотношение между членами товарищества, имеющее своим содержанием организацию хозяйственной деятельности; в рамках этого члены интегрируют свою хозяйственную деятельность;

д) правоотношение между членами-учредителями и товариществом, имеющее своей целью организацию хозяйственной деятельности; оно оно пригодно для того, чтобы сама созданная хозяйственная единица (товарищество) также включилась в хозяйственные процессы.

Dogmatic problems of the associational law relations

Z. NOVOTNI

The association contract is a prevailing contract form of the developed capitalist economies, it acquires a sizable importance among the conditions of socialist economic management too. In the system of contemporary Hungarian civil law several phenomena refers to the fact that the bipolar, relativ structure of obligations is falling apart. The assertion of public interest claims, instead of the subjects of contract and for their interest, the solutions aiming the transfer of responsibility in the system of contractual chains equally mean the deterioration of the dogmatically closed system. The associational law relation is a typically multilateral contract, in which the aim shaped commonly by the legal subjects expresses a unifying and synthesizing effect. It is typical to this legal relation too, that its subjects voluntarily curtail their own liberty to act and the scope of their own property. The common financial interest is also characteristic to this law relation. Within the associational law relation several kinds of legal relation is created:

a) the organisational membership relation (basic law relation) among the members of the association, its content is constituted by rights and duties related to the establishment and operation of the association;

b) the organisational-owner kind of legal relation between the founding members and the established association, which ensures the success of the membership rights of the founders;

c) the community of founding members (a system shaping the common intention) and its relation to the established association, which secures the operation of the body which makes strategic decisions;

d) the economic organisational law relation emerging among the members of the association, the members integrate their economic activities in its framework;

e) the legal relation between the founding members and the association, which is suitable for the established economic unit (association) to enter into the economic dealings on its own.

INFORMATIONES

ACT No. XI OF 1987 ON LAW-MAKING

Prior to the coming into force of the Act No. XI of 1987 there was no statutory rule in Hungarian law governing the law-making process and the codification of law. This topic was regulated, beyond the provisions of the Constitution, by several legal sources, of lower level than acts of Parliament and internal regulations of the Minister of justice, and republished government resolutions.

Although it is not necessary here to argue for the justification of a comprehensive regulation, the Act indicates clearly the importance of the law-making process in the development of the legal order and of the society in general. Thus, it has been the explicit purpose of the Act to make the legal system more consistent and clear as well as to ensure that the acts of Parliament regulating the fundamental questions of society, should fulfil decisive role within the legal system.

Hence, the Act on Law-Making defines the sources of Hungarian law, the subject of legislation, and determines the rules bearing upon central and local administrative law-making, the promulgation of legal rules, the publication of international treaties and conventions, and the codification of statutory rules. A separate chapter of the act contains provisions on other legal means of state, distinguishing these norms from the sources of law proper.

Based on the Constitution, the state organs and the norms are authorized to issue are laid down in the Act No. XI of 1987. Thus, the respective powers read as follows:

- Parliament act
- Presidential Council law-decree
- Council of Ministers decree
- President, Deputy Presidents and
Members of the Council of Ministers
/ministers/ decree
- Secretary of state in charge of an
organ of national competence order
- Council decree /statute/

In accordance with this hierarchy, a rule of law of a lower level should not be contrary to a rule of higher level. There are two exceptions, however, to this general rule of the hierarchy of the sources of law. Although the powers of the Presidential Council are restricted substantially, a

Informationes

law-decree as a source of law is at the same level as an act, beyond the exclusive legislative subject-matters. Thus, an act may be amended or repealed by a law-decree. The other exception concerns the dispositions of the secretaries of state in so far as a secretary of state is entitled to modify or repeal a ministerial decree without special authorization by an act. This is justified by the circumstance that, as a result of the rather frequent changes in the structure of the central administration some tasks which were formerly within the competence of a minister were transferred to the powers of a secretary of state after the dissolution of the respective ministry or ministries.

One of the most important characteristics of the Act on Law-Making is that in order to counter-balance administrative law-making the legislative activity of the Parliament is protected by some guarantees, thus reducing the primary regulatory powers of the ministers and secretaries of state. In terms of the Act, a minister and a secretary of state are only entitled to issue a decree or an order only within their competence and upon authorization given in a source of law of higher level, i.e. act, law-decree or decree of the Council of Ministers, respectively.

A radical change has been introduced in respect of the legislative subject-matters for, in terms of the Act No. X of 1987, amending Article 30 of the Constitution, regulating subject-matters specially reserved for Parliamentary legislation. They are divided by the Act on Law-Making into three groups, so the Parliament is entitled to codify in acts the following subjects: the fundamentals of social order, the basic institutions of the society, the organization and functioning of the state and the competences of state organs, the fundamental rules of economic order, and the legal institutions of the economy; finally, the fundamental rights and obligations of the citizens, their limitations and the procedural rules of their enforcement. Beyond regulating the explicit legislative subject-matters as laid down in the Constitution, the Act on Law-Making gives a relatively detailed enumeration of the subject-matters specially reserved to regulation by an Act of Parliament. Here are some examples of the list of 24 items: the legal status of social organizations and representative organs, plebiscite, the law of administrative procedure, the relations of ownership, the relations of property of private persons and legal entities, the finances of the state, taxes and other obligations similar to taxes, public health services, social security services, etc.

The powers of the Presidential Council are substantially reduced in terms of the Act amending the Constitution mentioned above, a law-decree cannot substitute an Act of Parliament, moreover, a law-decree amending, completing or repealing an act cannot be issued as standing for the Parliament if the act concerned is not within the exclusive legislative subject-matters. Anyhow, the Presidential Council is obliged to substantiate to the Parliament the law-decrees issued by it both within its own competence and in its competence of substituting the Parliament at the next session of Parliament.

The regulatory powers of the central administration also

Informationes

has undergone substantial changes. Contrary to the previous regulation, it is only the Council of Ministers which is authorized to regulate - of course in the absence of an Act of Parliament or not specially reserved for it and apart from regulations implementing an act of Parliament or a law-decree - any subject comprehensively, i.e. to issue a decree which would serve as a primary source of law in a particular field. Such "autonomous" decree of the Council of Ministers may be issued on subject-matters not regulated by an act of Parliament or a Law-decree. As to the ministers and secretaries of state, they have no primary power of regulation any more; all ministerial decrees and orders of a secretary of state are to be based upon a source of law of higher instance. Decrees of implementation of this kind may be issued only by virtue of a delegation of the regulatory powers and within the limits imposed by it. The sub-delegation of those powers is forbidden by the Act, i.e. the regulatory powers vested into a minister may not be transferred.

The powers of the local and regional council to adopt is not restricted by the act. Accordingly, a local or regional council is generally authorized to issue a statute to implement an act, a law-decree, and a decree of the Council of Ministers, as well as in questions not regulated by sources of law of higher instance. This is a source of law permitting to issue legal rules serving the needs of local communities.

Beyond sources of law which are of general validity and binding every citizen the act contains separate dispositions of other legal instruments the of the direction of the administration. This group comprises legal norms of various types not qualified as sources of law, such as normative instructions and directives, administrative norms and other. In terms of the Act on Law-Making, the Parliament, the Presidential Council, the Council of ministers, the committees set up by the government, the local councils, and the executive committees of the councils are entitled to issue normative instructions binding the organs sub-ordinated to them and their internal functioning; in addition, they issue resolutions determining the economic plans within their competences, except the medium-term national economic plans and the budget which are adopted by special procedure.

The normative instructions as means of administrative direction are within the powers of a minister or the head of an administrative organ of national competence in respect of state administrative organs, institutions and institutes directly subordinated to them.

The legal directions differ from the other similar instruments of administrative direction that they are not binding in law. The organs of government are entitled to issue of directives and official statements while the ministers and the heads of organs of national competence are authorized to issue directives and informative documents. The directives issued by Parliament, the Presidential Council and the Council of Ministers destined to interpret statutory rules, should be published in the Official Gazette.

The Act No. XI of 1987 has a separate chapter on the law-making process, regulating such matters as the programme of

Informationes

codification, the responsibility for the preparation of drafts and bills of official coordination of draft, public discussion of bills, the procedure of drafting and the investigations on the efficiency of the laws. Two important objectives should be emphasized in this respect: the social and political needs and the professional demands should be, so far as possible, be in harmony in the law-making process.

The possibility of participation of professional and political organizations and of citizens in the law-making process is guaranteed by the Act.

Finally, the official gazettes of the Hungarian People's Republic are enumerated in the Act, followed by dispositions on the publication of various sources of law in the Official Gazette, the Collection of Resolutions, and the official journals of the ministries and organs of national competence, as well as the regular publications of the collection of laws.

In sum, it can be stated that system of the sources of law in Hungary has been transformed by the Act on Law-Making quite essentially. The direction of this shift is to the strengthening of the legality and democracy in law-making and the establishment of a more consistent and transparent legal system.

M. Dezső

DIE NEUREGELUNG DES UNGARISCHEN VERGABERECHTS

1. Die Institution des Vergaberechts - auch Wettbewerbsverhandlungsrecht genannt - verschwand aus dem ungarischen Recht nach der Umgestaltung der ungarischen Wirtschaft zur bekannten zentralisierten Planwirtschaft in den 50-er Jahren. Da damals die Tätigkeit der Unternehmen dem zentralen Plan unterworfen war, hat das Vergaberecht wirklich gar keinen Existenzgrund gehabt. Seltsamerweise hat sich auf diesem Gebiet auch nach Einführung der bekannten ungarischen Wirtschaftsreform im Jahre 1968 fast nichts geändert. Die Irrationalität des zentral geleiteten Investitionssystems - wo die Investitionen grösstenteils zentral entschieden und die die Investition ausführenden Unternehmen einfach mit behördlicher Entscheidung bestimmt worden waren - rächte sich bald. Die vielfältige Kritik, welche ebenso von Juristen, wie von Wirtschaftswissenschaftlern ausübt worden war, hat schliesslich im Jahre 1982 zur Wiedereinführung des Vergaberechts (zur Einführung der sg. Investitionen auf Verhandlungswege) geführt.

2. Die Einführung war trotzdem von wesentlichen Fehlern nicht frei. Die rechtliche Regelung des Vergaberechts umfasste bekanntlich manchmal mehrere hundert Paragraphen; wesentlich ist, dass es den Prozess des Vertragsabschlusses in einem spezifischen Fall mit grösstenteils kogentem Charakter regelte. Dieser Charakter der rechtlichen Regelung findet in einer eingehenden Regelung seinen Niederschlag.

Die Regelung von 1982 hat aber weder inhaltlich, noch von der Detailliertheit her die Erfordernisse eines modernen Vergaberechts erfüllt. Das letzte Problem, d.h. dass wesentliche Schritte der Verhandlung ungeregelte blieben, führten zu einer Menge von "Stellungnahmen", "Rundbriefe" von Banken und Ministerien, so nach kurzer Zeit kaum jemand wusste, wie viele Regelungen auf diesem Gebiet gültig sind.

Dazu kamen noch inhaltliche Probleme. Die rechtliche Regelung hat z.B. die Verhandlungen nach der Eröffnung der Offerter zugelassen, wodurch der ganze Prozess seinen eigentlichen Sinn verloren hat. Der Offerent hat das Recht gehabt zu verbieten den Inhalt seiner Offerte im Laufe der Eröffnung der Offerter zu veröffentlichen. Viele sonstige Vorschriften entsprachen auch nicht den Stand des modernen Vergaberechts, welcher Zustand zu einer umfassenden Kritik des geltenden Rechts führte.

Ausser der Unzufriedenheit in der Theorie hat sich selbst die Wirtschaftspraxis mit ihren Schwierigkeiten gemeldet. Die Folge war, dass die Ungarische Handelskammer eine Kommission zum Leben gerufen hat mit dem Auftrag einen Entwurf eines modernen Vergaberechts zu unterbreiten. Die Arbeiten führten dann zu einem Entwurf, welcher auf Grund rechtsvergleichender Untersuchungen unterbreitet wurde.

3. Die Bemühungen für die Erneuerung des ungarischen Vergaberechts führten schliesslich im Jahre 1987 zur Neuregelung des Vergaberechts: zur Gesetzesverordnung No. 19, vom Jahre 1987 (in Ungarn kann der vom Parlament gewählte Präsidialrat zwischen den Sitzungen des Parlaments sg. Gesetzesverordnungen erlassen). Die neue rechtliche Regelung hat zwar wichtige Mängel der früheren Rechtsvorschrift beseitigt, es sind dennoch

wichtige, im Entwurf der Ungarischen Handelskammer vorgeschlagenen Lösungen vom Gesetzgeber ausser Acht gelassen.

Die neue Regelung bestimmt erstens das Geltungsbereich und den Begriff des Ausschreibers, sowie des Offerenten. Nach der Festlegung der Arten der Offerteauschreibung (offene-geschlossene) regelt die Gesetzesverordnung den Inhalt der Ausschreibung, sowie die Möglichkeit der sg. Vorqualifizierung. Der Inhalt der Ausschreibungsdokumentation wurde zwar wesentlich progressiver geregelt, als in der vorangehenden rechtlichen Regelung, blieben dennoch weiter einige Lücken. Ausser Acht lassend den Entwurf der Handelskammer beinhaltet das geltende Recht den Grundsatz nicht, wonach selbst schon der Aufruf genügend Daten beinhalten muss, damit die in Frage kommenden Interessenten über den Kauf der Dokumentation entscheiden können. Auch die vorgeschlagene Forderung wurde nicht kodifiziert, nach dem eine Offerte nur derjenige einreichen kann, welcher die Dokumentation gekauft hat. Auch ein wesentlicher Grundsatz des Entwurfes wurde nicht gefolgt, nach dem die Ausschreibungsdokumentation alle Daten und Konditionen beinhalten muss, welche ermöglichen, dass der Ausschreiber die Offerte einfach annimmt und dadurch der Vertrag zustande kommt.

4. Die neue Regelung hat aber den Grundsatz der Chancengleichheit festgelegt und den Inhalt mit einer exemplifikativen Aufzählung bestimmt. Als eine Regelung garantieller Natur muss die Lösung betrachtet werden, nach dem der Zeitpunkt für die Einreichung der Offerten mindestens 30, bei Ausschreibungen mit Ausländerbeteiligung mindestens 60 Tage nach der Bekanntmachung fest zu setzen ist. Sonst ist der Ausschreiber bis zu diesem Zeitpunkt berechtigt die Ausschreibung zurückzuziehen.

5. Bei der Eröffnung der Offerten können - etwas unverständlicherweise - nur der Ausschreiber und die Offerenten, sowie die vom Ausschreiber eingeladenen anwesend sein. Positive Weiterentwicklung des vorangehenden Rechts ist, dass die Marktaufsicht - welche für die Einhaltung des Wettbewerbs (wie die Kartellämter) zuständig ist - auch eingeladen werden muss. Der Grundsatz des Verbotes der Verhandlungen nach der Einreichung der Offerte findet in der Vorschrift seinen Niederschlag, dass die Offerten trotz der eventuellen Zustimmung des Ausschreibers nicht modifizierbar sind. Die Regelung ermöglicht nur, dass der Ausschreiber um Aufklärungen ansucht, wenn im Laufe der Entscheidung über die Offerten die Klärung einiger Fragen notwendig ist.

6. Die Bekanntmachung der Entscheidung erfolgt in Anwesenheit aller Offerenten. Die neue Regelung legt den Grundsatz fest, nach dem der Vertrag zwischen Ausschreiber und Offerent als zustandegekommener zu betrachten ist, wenn der Ausschreiber dem anwesenden Offerenten die Entscheidung bekanntmacht und gleichzeitig überreicht. Bei Abwesenden gilt jener Tag als Tag des Zustandekommens des Vertrages, an dem die Entscheidung bei ihm eingetroffen ist. Die Regelung hat den Grundsatz des Entwurfes nicht übernommen, nach dem der Ausschreiber verpflichtet ist die Entscheidung zugunsten dessen Offerenten zu treffen, welcher die günstigste Offerte eingereicht hat, wobei der Preis alleine nicht entscheidend ist.

Es wurde festgelegt, dass der Ausschreiber die Offerten nur zum Zwecke der Entscheidung zu verwenden berechtigt ist.

Informationes

Wenn eine sonstige Verwendung in Frage käme, muss der Ausschreiber darüber mit dem Offerenten eine Sondervereinbarung treffen.

7. Zusammenfassend kann man feststellen, dass die neue Regelung einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiet des Vergaberechts gebracht hat. Unser Vergaberecht ist geeignet für die Abwicklung auch solcher öffentlicher Ausschreibungen, bei denen auch ausländische Offerenten teilnehmen möchten. Besonders theoretisch muss man aber beanstanden, dass auch die Neuregelung die Aufgabe ein "Vergaberechtsverhältnis" zwischen Ausschreiber und Offerent zu gestalten, nicht bewältigen konnte. Man hat nämlich den Vorschlag des Entwurfes nicht angenommen, wonach der Ausschreiber verpflichtet sei alle Schäden des Offerenten zu ersetzen, falls der Ausschreiber irgendwelche Pflichten, die sich aus der rechtlichen Regelung des Vergaberechts ergeben, verletzt. Man muss also feststellen, dass die Chancengleichheit zwar in der Neuregelung ausdrücklich festgelegt ist, in Detailfragen sie konnte konkret nicht realisiert werden, bzw. wurde. Sie nicht hinreichend mit rechtlichen Garantien versehen. In diesem Sinne ist die Neuregelung eine Art - in gewissem Sinne - *lex imperfecta*. Zwar ist nämlich die Lauterkeit des Wettbewerbs, sowie der Schutz gegen Absprachen seitens der Offerenten durch das Gesetz No. IV vom Jahre 1984 (durch das eigentliche Wettbewerbsgesetz) gewährleistet, finden wir die Gegenseite, also die Gewährleistung der Lauterkeit des Wettbewerbs gegen Machenschaften der Ausschreiber in entsprechender Weise leider nicht. Eine Weiterentwicklung des ungarischen Vergaberechts scheint uns folglich unvermeidbar zu sein.

I. Vörös

SZENTIVÁNYI, I.: FINANZRECHTLICHE VERANTWORTUNG
IN DER WIRTSCHAFT*

The author's monograph under the title "A felelősségrendszert és a pénzügyi jogi felelősség" /The system of liability and the financial law liability/ was published in 1983 under the auspices of the Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó. The work of the author has been translated since into German by B. Ternovszky and was published in 1987 rendering possible also for the foreign reader to get acquainted with the research work, the aim of which was to decide, whether liability in financial law was suitable to help the enterprises in forming their economic activities according to macro-economic aspects and to satisfy thereby the interests of the national economy. The readers of non Hungarian mother tongue can thus get an insight into the problems, whether in the continuously changing new Hungarian economic situation the previously developed institutions of liability do function well and can thus be maintained or not. With the evolution of the independence of enterprises, the most part of micro-economic decisions has fallen under the authority of the enterprise. The assumption of risk obviously accompanying the decision has also caused a change in respect of liability. The coming into prominence of "economic competition" is the consequence of the enlargement of the commodity relations, of the special connection between plan and market, of the successive elimination of monopolistic positions in the economy.

The preliminary studies, the research work of the author has been based upon also proved that the existing institution of financial law liability cannot play the expected part for the very reason because even its principles were not scientifically formulated.

The work of the author comprising 286 pages is divided into two main parts. The first part of 118 pages is entitled "The present conception of financial law liability and interestedness." Here, the general questions of liability are investigated. The starting point of the author is that there is only liability in the case if somebody is responsible for something. The author apprehends liability in its contents as a

*Akadémiai Kiadó, Budapest, 1987. 286 p.

special obligation, existing /directly or indirectly/ between the individual and the society. He points to the differences between liability and its consequences and comes to the conclusion, that liability exists also independently of the supervision of any consequence, as disadvantage or advantage take place incidentally. Thereafter, he analyzes the rules of financial law liability, which concern enterprise management, the dogmatic problems of the present system and the possibility of their solution and further improvement.

The author defines financial law liability as a special obligation, which may directly stimulate or compel to a conduct, most cases positively and exactly defined by the norm of financial law and which means, at the same time, not only a potential possibility but also a generally expressed obligation to the calling to account, as well, as in certain fields also to the rewarding /pp. 115-116./.

The author conceives financial law liability also as a main guarantee of the interests concerning the appropriate distribution and redistribution of the national income and thus serving not only the financial interests of the state.

The author sees the deficiencies of financial law liability in that follows:

- the sanctions of disapproval are applied generally against the subject being in the subordinated position, whereas the settlement of liability in case of subjects being in a ruling position is entrusted to other branches of law;

- with the legal entities, the principle of the personal liability is exceptional;

- numerous rules of conduct are not supported by "own" sanctions and, finally, financial law liability is essentially of a repressive nature whereas, however, reparation ought to be considered a more important aim, which, on the other hand, rather "fades" away in repression.

Hereafter, the author elucidates and proves the justification and the necessity of the institutions of financial law liability and points also to its fragmental existence.

In the next part, under the title: "Questions of financial law liability in the enterprise management", the subjects of the investigation are the regulation of enterprise income, investments, credits and money turnover, foreign exchange policy, customs duty and conditions, insurance conditions.

The estimation of the questions of liability connected with the income regulation, influences that directly the economic activities of the enterprise, is the most problematic issue. This results also therefrom, that it is one of the most important functions of income regulation that on the strength of a mandatory regulation the state budget and the enterprise share the income produced by the enterprise in an optimal proportion.

The author investigates the regulation on the deprivation of enterprise income, being effective until 1981, and comes to the right conclusion that the legal norms in question contained only some indications on financial law liability, but, from the point of view of their application, they can be considered rather incomplete. As it is known, from January 1st, 1988 the order of income regulation, and, in its framework, the deprivation

Recensiones

of income, the order of the subvention and of the formation of funds radically change. In respect of the latter, the role of financial law liability unambiguously reduces as the obligatory formations of enterprise funds would hold off. As a consequence of the considerable reduction of subventions, enterprise conduct connected with the deprivation of income would prevail. The new regulation requires new organs and methods of control, comprising the necessity of the elaboration of new fundamental principles also for the judgement and sanctioning of liability.

The increase of the severity of sanctions to be applied by the fully centralized Control Office of Taxation and Finances is perceptible. It is enough to refer to the fact that if a deficiency of the tax not paid in by the enterprise in the framework of the self-taxation is established by the tax office in its decision, the office can impose a penalty - taking all circumstances of the case into consideration - making out 50 to 200 per cents of the amount of the deficiency of the tax.

The author is also right to point out that financial law rules affecting enterprise management can also be established liability by criminal law, administrative law, labour law and civil law. The criminal law regulation can further on be applied only in the most serious cases, exceptionally, and only in such cases, when the conduct of the enterprise causes damage to the entire national economy. The doubtless retreat of the administrative law sanction has to be stated, too, for two reasons. The general self-standingness of enterprises - enterprises of self-governing type - and the "wearisome" time-consuming procedural order of contraventions enforce a leading role of financial law sanctions.

In the legal regulation the positive law expression of "the new system of legal institution" by the author is unsolved even now. It is a merit of the monograph that it reveals the contradictions seeming mostly irresolvable, it introduces the many-colouredness of the problems of responsibility, the advantages and disadvantages concealed in the many-sided possibilities of solution.

It is a problem even of our days that the stimulation to greater performance, to the inherent assumption of risk, and the repression of weak performances, respectively, can be achieved only if the subjective elements are also taken into consideration. This means, at the same time, that the attributability or the influence - as far as it can be appreciated - shall be taken into account even if it is not contestable that in the practice the influence and the attributability can be hardly established abstracted from the profitability of the economic organ.

This monograph is a work for foreign professionals and inquirers, rendering possible their actual acquaintance with the complete liability system in Hungary, in details naturally with the problems of the system of financial law liability appearing in the economy, with the applied solutions, the gaining of experiences and drawing of conclusions.

This work is an excellent example of the case when theory wants to lend direct and efficient help to the solution of legislative tasks. The German translation would have deserved

Recensiones

thus a register of names and subjects which could promote the orientation, the simpler and quicker choice of the subject matters and notions and the recognition.

Á. Nagy

BRUHÁCS, J.: THE INTERNATIONAL LAW
OF WATER MANAGEMENT
/Law of the non-navigational uses of international
watercourses/
Akadémiai Kiadó, Budapest, 1986. 293 p.

One can hardly find a work in the Hungarian literature of international law that deals with problems related to the non-navigational uses of international watercourses. In fact, problems within this field are of particular importance for Hungary's situation in view of the circumstance that, as the author of the work reviewed here states, "as much as 96 to 99 pc of Hungary's water supply originates from abroad, to leave the country in southern direction after having flown through its territory".

With this preliminary remark, the reviewer is only pleased to note that Messrs. Akadémiai Kiadó /Publishing House of the Hungarian Academy of Sciences/ were clever enough to publish the work of Professor Bruhács dealing with the international law of water management supplying a great want indeed. In the present case, this remark is by no means a commonplace.

Chapter I of the work is an introduction to the international problems of water management. In this context, the reader is made acquainted with the development of international law regulating international relations bearing upon water management, the various scientific views affecting the relevant range of problems, the resolutions of international scientific organizations, and the connections between international relations concerning water management and environmental law. In the view of Professor Bruhács, the international law of water management is to be understood as comprising the rules of international law settling inter-state relations that arise with the non-navigational uses of international watercourses. The norms regulating problems related to navigation in international watercourses are delimited from the said concept to some extent, as they concern cases in which the waters of rivers are treated as waterways for boats and vessels. As to the relations between the international law of water management and environmental law the author emphasizes that the former cannot be completely dissolved in international environmental law as it has several specific features.

In Chapter II the connections between territorial sovereignty and the international relations of water management are examined.

The problem of territorial sovereignty as arising in the international relations of water management are analyzed in the book on the basis of international treaties and conventions on

water management, the relevant decisions of international courts, the opinions of international organizations and of the scientists. As Professor Bruhács set it forth, the sovereignty over waters as a natural resource has some specific features, i.e. the stability of sovereignty cannot be enforced absolutely as mobility is one of the characteristic features of watercourses, and a state can use the respective waters only as long as they are available and under control. As regards the principles of absolute territorial sovereignty and absolute territorial integrity, i.e. the two best known extreme concepts of territorial sovereignty, the author states that none of them could be enforced actually in practice. In fact, if any of the said two extreme concepts was declared as exclusive, this would be contrarian to the principle of the equality of states as the concepts in question favour, ultimately, the interests now of the upstream and then of the downstream state. With this in view, the author sees a real solution only if the principle of mutual respect of territorial sovereignty were enforced in international relations concerning water management. This view is supported by a detailed analysis of the general conclusions resulting from the principle mentioned in the foregoing.

Chapter III is concerned with the definition of international watercourses. Two concepts have been in use in relation to international watercourses: first, the traditional term of an international watercourse, and second the notion of the international watercourse system /drainage basin, more particularly/, made imperative by international cooperation. In the view of the author, the development of international law transcended the traditional term of international river in any way. Albeit the denomination "international drainage basin" has been used in several treaties or conventions and it may be found in various other international documents as well, it has not acquired recognition as a term of international law. The concept of international watercourses used to be interpreted nowadays, doubtless to say, extensively. Nevertheless, this interpretation does not go so far that the term would have an equal meaning to that of a drainage basin /cf. pp. 67-68./.

Admitting the not insignificant relevance of geographical factors, the author lays emphasis upon the transfrontier character of the effects of interference with water management relations when formulating the definition of international watercourses, in view of the circumstance that just the transfrontier effects bring about the interstate relations, in our case the international relations concerning water management which then have to be regulated by international law. As a result of technical development and the broadening of economic possibilities, the effects in question are to be taken into consideration for increasingly larger regions. In fact, some consequences of these effects may appear already at the level of a drainage basin. Accordingly, these cases command not to put the concept of the drainage basin to the foreground but to concentrate, instead, to the existence of transfrontier effects that are then determined case by case /cf. pp. 71-72./.

The author pays his attention in the following Chapter IV to the problem of the connection between international relations concerning water management and international legisla-

tion. Beyond doubt, treaties and/or conventions constitute the most important means of the regulation of international relations concerning water management. Professor Bruhács expounds in this respect that, irrespective of their undisputed significance, the treaties and/or conventions on water management failed to solve all problems of the interstate relations originating from the uses of international watercourses /p. 88./. In view of this, the fundamental principles of international law and customary law have an important role in the field of international relations concerning water management. Having taken into a due account the fundamental principles of international law which have relevance for international relations concerning water management, the process of the formation of customary rules susceptible of the settlement of international relations concerning water management, the problem of the autonomy of customary law bearing upon water management, and the legal character of these norms are examined.

Chapters V and VI offer a very useful survey of the treaties and conventions concerning water management, concluded by Hungary from 1920 to 1945, as well as of the agreements in force concerning water management.

As to these agreements in force, reference is made by the author to the circumstance that the multilateral treaties or conventions in force between the states in the Carpathian Basin provide for problems related to water uses and the protection against inundations and pollution only per tangentem. As a result of this, international cooperation in this field has been assured principally by means of bilateral conventions. The various kinds of Hungary's bilateral conventions in force concerning water management are subjected to a detailed analysis. Apart from some positive features, the agreements in question have also deficiencies. Accordingly, some of them ought to be modified, in consequence of the dynamical development of water management and the increasing preference given to the problem of environmental protection /of. pp. 152-154./.

Chapter VII, dealing with the problem of the ban on causing damages is, indeed, one of the most interesting part of the work. First, a detailed analysis is given on the appearance of the ban on causing damages in general and regional treaties concerning water management. This ban is declared in some documents in a universal form, meaning a general obligation, and this approach is characteristic for a part of treaties and conventions dealing with boundary waters. In other cases the ban is formulated, however, in a concrete form. The author emphasizes in this respect that the general enforcement of the ban on causing damages cannot be doubted. At the same time "it is difficult, however, to state that the types of the relevant damages would be determined unequivocally in the contractual practice" /p. 166./. As regards, then, the relevant damages, the author presents a very interesting expounding to this point, approaching the problem from the behaviour causing damages, on the one hand, and from the aspect of the consequences, on the other hand. In respect of the behaviour causing damages, it is put down that only damages caused by actions are susceptible of being prohibited, and damages caused by the negligence of the state are excluded from the range of the relevant damages.

Professor Bruhács is right when seeing that, as a result of the many-sidedness of life, the afore mentioned concept is not always applicable to solve the problem. With this in view, he tried to improve the said rule in his work. As to the problem of the relevant damages related to their consequences, it can be stated that an effective damage has to be demonstrated, i. e. a mere danger of damage is irrelevant.

One of the most important problems in connection with the problem of the ban on causing damages is formed by the ways and means of the protection of existing water uses. As the author sets it forth, two tendencies appear, essentially, in the relevant literature in this respect. First, all substantial damages caused to the actual uses of waters are unlawful, while the other view prefers the relative protection of actual water uses.

Having examined a resolution of the Institut de Droit International, taken at Salzburg in 1961, a document formulating the most precise rule on the protection of the actual uses of waters, the author came to the conclusion that it had an internal contradiction. Actually, the document acknowledged the right of water uses, corresponding to a reasonable and equitable share, for all states, and provided for the elimination and reduction of damages caused to the existing uses of waters, etc. At the same time, an obligation for the compensation of damages caused to actual water uses, in excess of the rate of reasonable and equitable sharing, has been laid down. The logical contradiction may lead, moreover, to a practical consequence, i.e. force some states not to proceed to the exercise of water of water uses on the basis of the principle of reasonable and equitable sharing for the amount of the payable compensation and the costs of the respective operations would exceed their financial possibilities. Accordingly, such a state proceeding to the water uses in question with a delay would be deprived of the advantages to which it was entitled in terms of the rule formulated in Articles 2 and 3." /p. 176./

The rule of the protection of actual water uses in analysed in the following taking into account the treaties and conventions concerning water management and the international practice. As the author states, "there is no rule that would prohibit to cause a grave damage to the water uses of an other state in all cases or couple the elimination or reduction of the water uses of the other state to the condition of compensation. It is evident, furthermore, that, with this in view, actual water uses have an increased momentum in a procedure aimed at the pondering of interests". /p. 181./

Summing up the essence of the principle of the relative protection of actual water uses, it is clear that causing damage to water uses, corresponding to a reasonable and equitable sharing, is considered as impermissible, and water uses in excess of this degree are not protected. In other words, the practical value of the ban on causing damages depends on the definition of the degree of reasonable and equitable sharing. In this context the author rises a question, leading to the problem of recognizing the right to a future utilization concerning the assessment of a situation in which the degree of water uses by one of an interested state would be inferior to that of its established right. The author states then that the

right to a future utilization is not only acknowledged in terms of the international law on water management but, the more, even the chances of its realization are protected.

In connection with the problem of causing damages, the question of the protection against inundations is dealt with in a separate section, and the problem whether or not the concept of the relevant damages resulting in a responsibility under international law includes damages originating from inundations is treated in particular.

Chapter VIII of the work deals with the problem of the reasonable and equitable sharing of the waters. Following a survey of the concept of reasonable and equitable sharing as laid down in various international treaties and conventions and the resolutions of inter-governmental and non-governmental international organizations, the author aims at the revealing of contextual elements of the concept. It is emphasized in this respect that the content of reasonable and equitable sharing means, first of all, a general obligation of the assessment of interests. Equitable sharing is closely linked to the concept of reasonability; their mutual relationship is visualized by the author by two non-concentric circles intersecting each other. In respect of the achievement that can be reached by reasonable and equitable sharing, it is accentuated that "... this is no guarantee of the result, i.e. the precise and unequivocal determination of the rights of water uses due to the individual states concerned". /p. 212./ Apart from this, the principle in question has an other, very important aspect, i. e. some procedural obligations included in it. They can be summed up so that the parties are subjected to an obligation of cooperation, i.e. to advise the respective state or states in a given case, and to negotiate the settlement of the arisen problems /cf. p. 213./.

From a given point of view, the principle of reasonable and equitable sharing "breaks up" the actual uses of waters; the concept of integrated utilization appeared then in order to bridge the problems that arose here. The concept of integrated utilization is, in fact, rather dubious; hence, the intention of the author to integrate given elements of the concept into a single group is well worth of acknowledgement /pp. 218-219./. In this respect he came to the conclusion that integrated utilization may have various degrees which are then realized always by means of a treaty or international convention. Furthermore, some facts cannot be disconsidered in relation to the concept of integrated utilization; thus, integrated utilization is impracticable in case of states being at different levels of economic development. It is inapplicable, as the author adds, "if the states concerned have different social systems; similarly, it is impracticable to large water systems covering territories of several states" /p. 219./. We cannot agree to this latter remark, or a more detailed reasoning concerning this statement would have been useful here. At first sight, it looks hardly convincing indeed, and it is difficult to understand why the application of some degrees of the integrated utilization of the waters of the Danube would be excluded for Austria and Hungary.

The following two problems, i.e. the obligations of noti-

fication and negotiation in connection with water uses and interference with water management conditions are very important for the cooperation of states. The author gives a very thorough analysis of both obligations, examining them in the context of treaties and conventions, the behaviour of the states concerned, the resolutions of international organizations, and the judgments of international courts.

The last part of this Chapter gives a survey of the realization of the principle of reasonable and equitable sharing in the treaties and conventions concerning water management. As to the details, the temporal /seasonal/ division of water uses, the territorial and quantitative division of waters, the distribution of the produced hydraulic power, and the fixed hierarchy of uses are dealt with.

Chapter IX, demonstrating the protection against pollution, constitutes one of the most impressive parts of the work. It goes without saying that the problems related to the protection of waters against pollution constitute already a very big and far-reaching complex, to the extent that it would require a separate monograph by itself. The very readable and informative summary of the problems concerned has been a particular merit of the author. First, the protection against pollution as reflected in treaties and conventions is examined; then the rules of customary law affecting the ban on pollution are presented, followed by an analysis of theoretical and practical problems of the ban on pollution. As regards the legal situation originating from transfrontier pollution, the author came to the conclusion that "in case of a transfrontier pollution, an interstate relationship may arise on the basis of the international responsibility of the state that caused the damage. Nevertheless, if the state in question is relieved from responsibility, efforts are to be made for the compensation of the actual damage within the frame of international private law" /p. 269./

In respect of the international treaties and conventions concerning pollution, the author emphasized as "important requirements to modernize the contents of the agreements in question meaning e.g. the precise formulation of international obligations by means of technical norms, the treatment of pollution, as a specific problem in a separate way but within the context of a uniform concept, the intensification of institutionalization in order to increase the efficiency of the regulation under international law" /p. 270./

The final part of the work presents a survey of the institutional forms of international cooperation concerning water management.

Professor Bruhács elaborated the complex of problems of the international law of water uses and management with his habitual thoroughness and high precision. It should be mentioned, as a particular value of his work, that he tried to make use of both western and socialist literature dealing with the problem. The reviewer is thus glad to state that the monograph "International law of water management" constitutes in fact a remarkable enrichment of the Hungarian literature of international law.

V. Lamm

DAS DRITTE DEUTSCH-UNGARISCHE SYMPOSIUM
FÜR ZIVILRECHT

Schon zum dritten Mal trafen sich Zivilrechtler aus der Bundesrepublik und Ungarn im Rahmen der zwischen dem Hamburger Max Planck Institut und dem Institut für Staats- und Rechtswissenschaften der UAdW bestehenden Zusammenarbeit Ende September, diesmal in Pécs zum Meinungsaustausch zusammen. Die fünf Teilthemen des Symposiums - die allgemeine Fragen der Vertragstypisierung, neue Vertragstypen, der Werkvertrag, Parteiautonomie im IPR und Mitbestimmungsrechte im Unternehmen - liessen die Teilnehmer über aktuelle Fragen der zwei Länder diskutieren. Folgende bereiteten eine Beitrag oder ergänzenden Beitrag zum Symposium: Chrysta Bán, Jürgen Basedow, László Burián, Attila Harmathy, László Kecskés, György Kiss, Endre Lontai, Aerner Lorenz, Ferenc Mádl, Dieter Reuter, Kurt Siehr, Lajos Tamás, Jürgen Thieme, Gábor Török, Lajos Vékás.

Aus den Beiträgen und Diskussionen der erster Tage ging eine sehr wichtige Frage hervor: inwieweit kann das Individuum seine wirtschaftliche Beziehungen frei gestalten und durch welche Mittel kann und soll es geschützt werden, wenn sich seine Freiheit in ihr Gegenteil verkehrt; stellt die Privatautonomie und alle daraus fliessende Freiheiten der Parteien ein Wert für sich dar oder sind sie einem wichtigeren Ziel unterzuordnen. Es schien, dass diese Frage in den zwei Ländern unterschiedlich beurteilt wird, und dass dieser Meinungsunterschied mit der verschiedenenartigen Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse in der jeweiligen Gesellschaft im Zusammenhang steht.

Ulrich Drobnig zeichnete in der Diskussion drei Phasen auf, in denen die Vertragsfreiheit unterschiedlich zur Geltung kommt. In der ersten gibt es - mindestens auf dem Gebiet der Leistungsaustauschverträge - prinzipiell nur dispositive Regel mit Orientierungsfunktion, die nach Vékás auch durch richterliche Praxis ersetzt werden könnten. In der zweiten Phase erfahren die Normen der Vertragstypen unter dem Druck der Tendenzen der Wirtschaft, die zu gesellschaftlichen Krisensymptomen und sozialen Spannungen geführt haben, eine Änderung: in das weitgehend dispositive Recht der Schuldverhältnisse werden die ersten Bestimmungen zwingenden Rechts aufgenommen. Es geht ein Anpassungsprozess der Prinzipien und Institutionen der Regelung an die Anforderungen schrittweise vor, wobei auch die Gerichtspraxis eine erhebliche Rolle spielt. Als dritte Phase kann angesehen werden, als durch sog. Verbraucherschutzgesetzgebung und ergänzende Vertragsauslegung - wie es Jürgen Thieme formuliert - eine Präsomption aufgestellt wurde, dass im Zweifel die gesetzliche Regelung angemessen und gerecht anzusehen sei, d.h. wenn die Prin-

zipien der Vertragsauslegung nicht mehr zulassen, ohne ausdrücklichen Parteiwillen von den dispositiven Regeln abzugehen, wobei die dispositiven Normen also keine Muster-, sondern eine "Ordnungs" oder "Leitbildfunktion" haben.

Die Bewertung der Parteiautonomie/Vertragsfreiheit scheint also stark von den wirtschaftlichen Bestrebungen und Zielsetzungen in einer Gesellschaft abzuhängen. Während in Ungarn die Vertragsfreiheit vor der Wirtschaftsreform in 1968 als ein unerwünschtes, die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele der direkten Wirtschaftsleitung mit Planaufteilung erschwerendes Element betrachtet war, bekam sie nach 1968 eine prinzipielle Anerkennung. Erst jedoch der allmähliche Abbau der wirtschaftlichen und politischen Hindernisse in den letzten Jahren liessen es zu, dass sie zur Geltung kommt. Es ist also verständlich, dass in der Wirtschaftsliteratur und auch in der juristischen Literatur die Privatautonomie/Vertragsfreiheit aufgewertet wurde. Wie Lajos Vékás formulierte: in Ungarn brauchen wir jetzt mehr Dispositivität und Vertragsfreiheit. Dass dieses Prinzip in einem modernen Rechtssystem nicht unbegrenzt zur Geltung kommen kann und durch bedeutende öffentliche Interessen oder triftige Privatinteressen begrenzt werden kann und soll, ist zwar von den ungarischen Juristen völlig anerkannt, doch die Entwicklung der ungarischen Wirtschaft sei jetzt - der Meinung der Juristen nach - in einer Periode, wo sie eine verstärkte und weniger begrenzte Privatautonomie brauche, wenn sie die Zielsetzung der Förderung der Eigeninitiative, der Stärkung der Vertragsdisziplin, der Akzeptierung eines Vertragsrisikos verwirklichen wolle. Ob das ein Neuanfang in der ersten der erwähnten Phasen oder ein Wiederkehr von einer zu weit getriebenen dritten sein soll, mag jetzt dahingestellt sein. Mit Reuters Bemerkung kann einverstanden werden, dass das Recht als ein wachsendes Phänomen betrachtet werden soll, das aber auch rückwärts wachsen kann. Die Bundesrepublik Deutschland sei in Hinsicht der Entwicklung seines Zivilrechts nach Meinung von Drobnig und Thieme in der dritten Phase. Wenn auch die Vertragsfreiheit anerkannt und als wünschenswert gehalten wird, scheint man mit der sich ausgebildeten Lage einverstanden zu sein und Thieme war sogar der Meinung, dass das durch sog. Verbraucherschutzgesetzgebung, ergänzende Vertragsauslegung präsumtiv zwingend gewordenes Recht auch in einen offenen gesetzlichen Typenzwang zu überführen sei mit der Bedingung dass gleichzeitig auch die atypische Vertragsgestaltung besser nomiert und dadurch legitimiert sei. Damit wäre nichts aufgegeben, was nicht schon längst verloren oder überhaupt erreichbar sei. Bei alledem sei freilich ausgesetzt, dass die gesetzliche Typenordnung den angemessenen Gerechtigkeitsanforderungen entspreche. Die rechtspolitische Problematik bestehe laut Thieme der Gewichtung der einzelnen Teilfreiheiten der von der Parteiautonomie umfassenden Vertragsfreiheit. Reuter wies auf die neue Tendenz hin, wonach sich neue Vertragstypen bilden nur aufgrund der Bemühung, die zwingenden oder die präsumtiv zwingenden dispositiven Regel zu umgehen. Deshalb solle auch bei der gesetzlichen Regelung neuer Vertragstypen darauf geachtet werden, dass sie der bewährten Begrenzungen nicht entfliehen können (E. Lontai). Andererseits könne laut Basedow die richterrechtlich ausgearbeitete Sanierungsweise der Vertragsbeziehungen eines nicht geregelten Vertragstyps als negative Folge auch an den Vereinheitlichungsbestrebungen hindern

(wie z.B. bei der Vereinheitlichung der Regel des Leasingvertrages im Rahmen des Unidroit).

Die Privatautonomie im internationalen Privatrecht, die nach Mádl's Bestimmung eine Erscheinungsform der materiellrechtlichen Autonomie sei, konnte sich erst später als die Vertragsfreiheit entfalten, da sogar die Anwendung ausländischen Rechts lange fraglich war, wie das aus dem Beitrag von Kecskés hervorging. In der letzten Zeit, wo der Staat sich von dieser Sphäre bedeutender Weise zurücktritt, sieht man eher die Bestrebungen, das Wirkungsgebiet der Vertragsfreiheit zu erweitern. Aus Siehrs, Mádl's und Burián's Beiträgen ging es hervor, dass der Parteiautonomie sowohl inhaltlich wie auch methodisch Raum gelassen werden solle. Diese Tendenz scheint mit dem Aufschwung in den internationalen privatrechtlichen Beziehungen im Zusammenhang zu stehen, die Privatautonomie auf diesem Gebiet soll eher gefördert als beschränkt werden. Besonders wichtig scheint das für Ungarn (und für die anderen sozialistischen Länder) zu sein. Wie Mádl einen heuerigen sowjetischen Gedanken zitierte: "das sei für uns das letzte Moment, den Anschluss an die moderne Rechtsentwicklung zu finden". Doch Siehr zeigte auch darauf hin, dass die Parteiautonomie zwar auf immer grösserem Gebiet Anwendung finde, aber allzu häufig versäumen die Parteien, das anwendbare Recht zu wählen, so spiele sie eine kleinere Rolle, als angenommen wird. In Hinsicht der für Ungarn wichtigen Allgemeinen Lieferbedingungen des RGW stellte Bán fest, dass es in ihr keine Regelung gäbe, die - wenn der Vertrag unter ihre Geltung fällt - den Parteien die Möglichkeit gäbe, die ALB in ihrer Gänze auszuschliessen. Dieses Prinzip der ALB wird sogar ausgehend interpretiert. Von den einzelnen Regeln der ALB könne zwar unter bestimmten Voraussetzungen abgewichen werden, aber diese Voraussetzungen werden in einigen Ländern von den Schiedsgerichten ex officio geprüft. Die Gedankensweise der ALB sei mit dem stark zentralisierten Wirtschaftssystem mit Planaufteilung in 1951 bzw. 1958 - der Formulierungszeit der ALB - in den mitgliedstaaten des RGW zu erklären. Seither sei die Parteiautonomie in einigen dieser Mitgliedsstaaten, so auch in Ungarn anerkannt, dass zu bedenken gäbe, in welcher Weise die ALB modifiziert oder abgelöst werden sollen.

Im zweiten Fragekomplex über die Vertragstypisierung und einzelne Vertragstypen stimmten die Ansichten der deutschen und der ungarischen Teilnehmer eher überein. Wie in jeder modernen Gesellschaft brachte die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Ländern die Herausbildung von neuen Vertragstypen in der Praxis mit sich. Man einigte sich darüber, dass bei der Entscheidung ob und wann diese gesetzlich geregelt werden sollen, mehrere Aspekte in Betracht gezogen werden müssen. Zuerst sei es zu entscheiden, ob das Ziel der Regelung die Festsetzung der wirtschaftlichen Spielregel oder die Realisierung einer Wirtschaftspolitik sei. Auch die Ausgestaltungsprinzipien der Vertragstypen bzw. der von schon geregelten Vertragstypen solle beachtet werden. Eine zu entscheidende Frage sei auch, wieviele parallele Regelungen für verschiedene Rechtssubjekte es geben soll. So wurde mit der Modifikation des ZGB in 1977 in Ungarn die Parallellität der Regelung zwar aufgehoben, aber in der letzten Zeit wuchs das Bedürfnis, eine andere spezielle Regelung für Kaufleute zu schaffen. Unter anderen wurde von Harmathy und Basedow darauf hingewiesen, dass eine einheitliche Regelung noch

nicht bedeutet, dass die Rechtspraxis in Hinsicht auf die verschiedenen Rechtssubjekte gleich ist, was z.B. die unterschiedliche Gerichtspraxis des Zivil- und des Wirtschaftskollegiums in Ungarn gut illustriert. Als Tendenz sei es auch in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, dass längere Zeit spezialgesetzlich geregelte Materie in die allgemeine Gesetzgebung zurückgeführt wird.

Ein Teil der neuen Vertragstypen, von denen auf einige - so der Forschungsvertrag, der Leasingvertrag, der Franchisevertrag - näher eingegangen war, hat bisher keine gesetzliche Regelung erfahren, ihre Elemente wurden von der Vertrags- und Gerichtspraxis ausgearbeitet. Thieme stellt im Zusammenhang mit der Reform des Schuldrechts in der Bundesrepublik fest, dass neue Vertragstypen im deutschen Recht derzeit kein vorrangiges dogmatisches oder rechtspolitisches Problem darstellen. Basedow meint, dass das Fehlen der nationalen Regelung bei der Rechtsvereinheitlichung sogar noch ein Vorteil sein könne. Auch in Ungarn sei man nicht dafür, sagte Harmathy und Lontai, übereilt neue Vertragstypen auszugestalten. Zuerst solle gründlich geprüft werden, ob der neu wirkende Vertragstyp sich nicht unter einen alten Typ subsumieren liesse oder wenn das zwar der Fall ist, es aus praktischen, wirtschaftlichen Gründen nicht doch vorteilhafter sei, diesen Vertrag selbständig zu regeln. Harmathy betonte den Unterschied zwischen der gesetzlichen und wissenschaftlichen Typisierung. Wie auch bei der Ausgestaltung des heutigen ungarischen Vertragssystems die Tradition eine grosse Rolle spielte, sollen auch bei der Formulierung neuer Vertragstypen nicht ausschliesslich nur dogmatische Fragen beachtet werden. Anhand des Beispiels des Franchisevertrags machten Reuter und Lorenz anschaulich, dass neu entwickelte Vertragstypen auch zur Umgehung von existierenden Vertragsvorschriften dienen können. Als Probe zur Einführung eines neuen Vertragstyps schlägt Lontai verschiedene Methoden vor: die Einführung zuerst nur als allgemeine Vertragsbedingungen, die Analyse der Vertrags- und Gerichtspraxis, eine internationale Rechtsvergleichung. In Ungarn sollen vor Einführung neuer Vertragstypen auch die ursprünglich für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staatsbürgern profilierten Vertragstypen überprüft werden, damit sie den heutigen Anforderungen besser entsprechen.

Aus der verschiedenartigen Abgrenzung bzw. der lückenhaften Ausgestaltung einzelner existierenden Vertragstypen ergeben sich auch in ähnlichen Vertragssystemen grosse Unterschiede für einzelne Verträge. Das zeigte sich auch in der Besprechung des in der Wirtschaft sehr wichtigen Werkvertrages. Aber auch die Übereinstimmungen sind erheblich. Wie es aus den Beiträgen hervorging, findet man in diesem Vertragstyp eine Vielfalt von Verträgen, die sich schwer aufzählen und speziell geregelt werden lassen. Je mehr Arten des Werkvertrags gesetzlich geregelt werden, umso mehr verliert die Regelung an Übersichtbarkeit, wird die Rechtssicherheit gefährdet, wächst die Rigidität der Regelung. Die allgemeine Regelung bringt jedoch Schwierigkeiten in der Definition und der Abgränzung des Werkvertrages von anderen Vertragstypen mit sich. So stellte Harmathy fest, dass z.D. das ungarische Recht als wichtigstes Moment des Werkvertrages die Herstellung eines neuen Werts ansehe, was bei einigen Leistungen nicht unbedingt der Fall sei. Im deutschen Recht bereite nach Lorenz die Annahme als Hauptleistungspflicht eine Schwierigkeit.

Bei der Modellisierung des Vertrages sei in Ungarn eher die Position des Auftraggebers, im deutschen Recht des Unternehmers geschützt.

Als besonders wichtiges Problem wurde über Regel der Gefahrtragung beim Untergang des noch nicht übergebenen Werkes diskutiert. Das Risiko des Unternehmers scheint nicht immer so gross zu sein, wie sich das aus dem Gesetzestext folgen lässt. Dieses Risiko kann auch durch Versicherung gemindert werden. Tamás erwähnte die interessante Tatsache, dass in Ungarn bis vor kurzem nicht zugelassen war, den Investitionsvertrag durch Versicherung abzusichern. Obwohl es heute schon mehrere Versicherungsformen im ungarischen Baurecht gibt, werden sie nach Angaben von Péter Takáts in der Praxis nicht benutzt.

Es kommt immer häufiger vor, dass sich die Unternehmer eines Erfüllungsgehilfen bedienen. Bei dieser Konstruktion gibt es keine direkte Vertragsbeziehung zwischen dem Auftraggeber und dem Subunternehmer, aber der Auftraggeber kann daran interessiert sein, dem Subunternehmer gegenüber einen direkten Anspruch zu haben. Lorenz sieht in diesem Fall den Vertrag zugunsten Dritten als einzige Lösung, damit die Vertragsklausel zwischen dem Unternehmer und dem Subunternehmer nicht umgehen werden. Drobnig schlug vor, dass der direkte Anspruch auf diesem Vertrag basiere. Andere hielten die Gewährung des Durchgriffs oder eine Deliktshaftung möglich. Harmathy erklärte, dass in Ungarn die direkte Deliktsklage zwar eine theoretische Lösung sei, doch komme sie in der Praxis nicht vor. Die Gerichtspraxis zwischen Wirtschaftsorganisationen liesse einen Durchgriff zu, während die Entscheidungspraxis zwischen Bürgern die Relativität der Dogmatik einhalte.

Als dritter Problemenkreis waren die Möglichkeiten des Arbeitnehmerschutzes, die Mitbestimmung im Unternehmen besprochen. In Reuters und Töröks, Kiss Beiträgen kam es zur Geltung, dass der Vertreter von Kollektiven den Schutz nicht nur dann braucht, wenn seine Freiheit missbraucht wird und es dadurch in eine ungünstige Position kommt, sondern auch dann, wenn es daran gehindert wird, von seinen Rechten Gebrauch zu machen. Reuter sagte, dass die Mitbestimmungsrechte in einem Unternehmen durch organisatorische Vertretungsverbote und Gewährung von Information bekräftigt und realisiert werden sollen. Es sei eine andere, aber sehr wichtige Frage, bemerkte Siehr, wie breit diese Rechte sein sollen und wie es verhindert werden sollen, dass die Vertreter der Arbeitnehmer die Strategie des Unternehmens aus der Sicht der eigenen Interesse betrachten und darüber kurzsichtig, die Interessen des Unternehmens selbst ausser Acht gelassen entscheiden. In der Bundesrepublik Deutschland soll das dadurch erschwert sein, dass da die strategischen Entscheidungen des Unternehmens zu den Betriebsgeheimnissen gehören und nur von einem Aufsichtsratsmitglied erfahren werden können. In Ungarn kam es zur Einführung der Betriebsräte verspätet, obwohl sie immer noch als ein Schritt vorwärts angesehen werden kann. Dieses Gremium funktioniere nach Töröks und Kiss Meinung in den meisten Fällen jedoch mit Zögerungen, weil seine Entscheidungskompetenz zu gross sei, sie besonders ohne die nötigen Informationen überblicken und beherrschen zu können und weil den Arbeitnehmervertretern an richtigen Schutz fehle, da sich ihre rechtliche Lage nach der Wahl nicht ändere, was in

der Bundesrepublik teils schon gelöst sei. Die Mitbestimmung im Betriebsrat soll laut der ungarischen Regelung nicht als Interessenvertretung funktionieren, doch zur Realisierung von anderen Aufgaben fehle nach der Behauptungen von Kiss bei sehr vielen Betriebsratmitgliedern die Fähigkeit und auch die Möglichkeit zum Überblick. Es sei auch noch nicht bewusst genug geworden, dass der Betriebsrat nicht zur Übernahme der Gewerkschaftsfunktionen geschaffen sei. Dies sei ein schwieriges, aber nicht unlösbares Problem. Auch Reuter war der Meinung, dass Arbeitsrecht und unternehmerische Mitbestimmung vereinbar seien, man müsse nur beachten, dass sie in Takt bleiben. Von ungarischer Seite wurde darauf hingewiesen, dass mit der neuen gesellschaftsrechtlichen Regelung auf diesem Gebiet eine Änderung zu erwarten sei.

Während der Besprechung der fünf Teilthemer des Symposiums kam auch ein weiterer Unterschied in der Einstellung der deutschen und der ungarischen Juristen zum Vorschein. Die deutschen Zivilrechtler scheinen sich damit zu begnügen, das Recht entsprechend den Anforderungen der wandelnden Lebensverhältnisse weiterzubilden, neue Lösungswege zu finden. In Ungarn sind die Juristen heutzutage - wahrscheinlich auch als Reaktion auf die frühere zwangsmässige, relative Passivität - ambitiöser und aktiver und versuchen dementsprechend den Anforderungen sogar vorzukommen. Während die deutsche Abwägungs- und Betrachtungsweise jetzt der ungarischen gegenüber abwartend erscheint, möchten die ungarischen Juristen mit Hilfe des Rechts selbst Wirkungen in der Wirtschaft erzielen. Ob ihre Bemühungen vom Erfolg gekrönt werden, erweist sich erst später. Auf jedem Fall half sie dieses Symposium durch wertvolle Anregungen in ihrer Bestrebung.

Am Ende des Symposiums wurde von Vertretern der beiden organisierenden Institute ein Kooperationsabkommen unterzeichnet, das die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und den Informationsaustausch zwischen den Juristen beider Länder fördern soll.

Á. Németh

La comparaison et les congrès internationaux de droit comparé. (En marge à la publication du recueil des rapports généraux du Congrès international à Budapest)*

La dernière semaine du mois d'août 1978 a été d'une importance faisant saillie dans l'histoire de la science et de l'organisation scientifique juridiques en Hongrie. L'Académie Internationale du Droit Comparé qui célébrait à l'époque son cinquantième anniversaire et dont le Secrétaire Général fondateur Elemér Balogh, d'origine hongroise, avait organisé son 10^e Congrès international à Budapest avec la participation de sept cents personnes représentant quelque soixante systèmes juridiques nationaux. Budapest, la capitale de la Hongrie symbolisa en même temps pendant plus d'une semaine, pour la majorité des participants, le monde socialiste, puisque depuis le début de demi siècle de la comparaison des droits ce fut la première fois qu'une rencontre pareille eut lieu dans un pays à système socialiste.

Selon sa vocation, l'Académie Internationale du Droit Comparé est un corps représentatif. Avec cinquante membres titulaires, quarante-six membres associés et dix académiciens comme membres honoraires, représentant différents systèmes politiques et cultures juridiques, elle est — citant les paroles du professeur Roland Drago, le Secrétaire Général actuel — «le symbole de l'union des comparatistes du monde entier et le moyen de réaliser la coopération et l'interprétation entre tous les systèmes juridiques». En vertu de l'article XIII de ses statuts, c'est le Comité d'experts de l'Académie qui prend des décisions au sujet des questions personnelles et d'organisation des congrès internationaux de droit comparé, ces manifestations scientifiques d'une portée énorme quant aux possibilités offertes: à savoir sur le lieu de la rencontre, les sujets à discuter, les auteurs des rapports généraux soumettant ces sujets sur la base des rapports nationaux au congrès — pour ainsi dire de tout ce qui détermine essentiellement quelles valeurs seront portées par «la coopération» et

«l'unies» dans la réalisation de l'existence de l'Académie: dans la pratique de ses Congrès. Selon la pratique suivie jusqu'en ce jour, l'Académie confie la détermination du caractère du rapport général ainsi que l'orientation éventuellement plus restreinte du caractère et même du sujet des rapports nationaux entièrement au rapporteur général, c'est à dire à ses ambitions personnelles. Cela a été également fixé comme pratique observée que les Etats participants se présentent aux congrès avec leurs rapports nationaux dans la mesure du possible reproduits (sous la forme de publication ronéotypées, suppléments de périodiques juridiques, ou encore sous la forme de collection d'études d'un extérieur exquis), alors que les rapports généraux soumis aux congrès sont publiés ultérieurement par le pays organisateur.

Le présent volume est le produit d'un tel mandat, qui contient, par sa rédaction minutieuse et son extérieur soigné, après les discours inauguraux prononcés au Congrès, la synthèse des quarante-quatre thèmes formulée par quarant-neuf rapporteurs généraux. Le simple fait de la revue des problèmes les plus actuels et les plus brûlants des divers domaines du droit en un nombre aussi considérable, de plus tout cela du niveau plus élevé d'une perspective comparative, sur la base d'une analyse des présentations d'une quantité énorme d'environ cinq cents rapports nationaux de la part de cinq cents professeurs que le Comité d'experts avait pu choisir parmi les meilleurs vivant et travaillant dans les cinq continents du monde — tout cela est déjà en soi une garantie de ce que l'apparition d'une telle publication devienne un événement faisant sensation dans le monde des sciences, un miroir sûr pour ceux qui se trouvent et à l'intérieur et à l'extérieur de notre profession quant à l'état, aux résultats et aux problèmes du droit et de la science juridique.

* Général reports to the 10th International Congress of Comparative Law—Rapports généraux au 10^e Congrès International de Droit Comparé publié par Péteri, Z. et Lamm, V. Budapest, Akadémiai Kiadó. 1981. 1049 p.

La sphère des problèmes traités est multiple. Du domaine de l'histoire théorie et méthodologie juridique, elle embrasse la méthode de l'ethnologie juridique (J. N. Lambert, Nice), l'évaluation de la tradition juridique en tant que limite aux réformes du droit (A. Bleckmann, Munster), le rôle du raisonnement par analogie joué dans l'interprétation du droit (L. Legazy Lacambra, Madrid et Vilmos Peschka, Budapest), la notion du droit positif dans le système juridique et dans la science du droit (J. G. Sauveplanne, Utrecht) et la place de l'Etat dans l'ordre juridique international (V. Toumanov, Moscou). En rapport avec le droit comparé, elle comprend l'utilisation de la méthode comparative en droit international privé (Y. Lous-souarn, Paris) et la question de l'enseignement interdisciplinaire et le droit (Winizky, I. Buenos Aires). De la sphère du droit civil elle touche le statut juridique du logement familial (Rieg, A. Strasbourg), l'ensemble des questions relatives à la responsabilité des produits (W. Gray, Michigan), le transfert de la propriété des choses mobilières déterminées par acte entre vifs (Sacco, R. Turin) et l'utilisation de la technique de l'arbitrage comme procédé de révision des contrats (David, R. Aix-en-Provence). En passant au terrain du *droit international privé* elle concerne la reconnaissance par le droit international privé des garanties réelles créées à l'étranger sans prise de possession (Drobnig, U. Hambourg) et les garanties accordées aux investisseurs étrangers (L. Perezniel Castro, Mexique et Ivan Meznerics, Budapest). Du domaine de la *procédure civile* on y trouve des analyses des rapports existant entre les juges professionnels et non-professionnels (J. Stalev, Sofia), de l'application des différentes espèces de procédures de conciliation pour régler les litiges (N. Singer, Alabama) et des causes de la surcharge de travail des Cours Suprêmes de Justice et des perspectives quant à une remède à cette situation (Grisel, A. Lausanne). De la sphère du *droit agraire* figurent la question de l'héritage des biens ruraux (H. Afchar, Téhéran) et celle de la protection du fonds de terre dans le droit agraire (M. Stafonivc, Bratislava). De l'empire du *droit commercial et des droits intellectuels* on y trouve la question du statut des engins opérant en mer autre que les navires (R. Rodière, Paris), la forme et les méthodes de collaboration entre entreprises indépendantes (J. Van Ryn, Bruxelles), ainsi que la question des contrats de licence (Y.

Eminescu, Bucarest). Quant aux thèmes ayant trait au *droit du travail*, y figurent l'ensemble des problèmes des licenciements collectifs (H. Kemal Elbir, Istanbul), la protection des mineurs selon le droit du travail (I. Zamir, Jérusalem), ainsi que la revue des avantages, autres que les salaires attribués par une entreprise à ses salariés (B. Blagoev, Belgrade). Le *droit aérien* et représenté par les problèmes concernant l'affrètement des aéronefs (J. Sundberg, Stockholm). Du domaine des disciplines de droit public, le *droit international public* est concerné par le rôle du droit comparé lors de la préparation des réglementations juridiques internationales (Bokor-Szegő, Budapest et W. E. Butler, Londres) et par l'analyse des corrélations du droit international et du nouvel ordre économique international (K. R. Simmonds, Londres). Les questions du droit constitutionnel englobent les bases constitutionnelles du système de juridiction (V. Savitsky, Moscou), le statut constitutionnel et législatif des syndicats centraux (T. Modeen, Helsinki) et les Commissions Permanentes des parlements (A. Lopatka, Varsovie et R. E. Soares, Coimbra). Le tracé de sa zone irrédicible d'intimité et les garanties de son inviolabilité touchant la sphère des libertés publiques (P. Patenaude, Moncton). Le *droit administratif* est représenté par problèmes de l'obligation de la motivation des jugements (W. J. Ganghof Van Der Meersch, Bruxelles), la proportionnalité en tant qu'exemption d'extrémisme du principe de la justice et de l'équité naturelles (K. Hailbronner, Heidelberg), ainsi que du concours entre les entreprises d'Etat et privées (T. C. Daintith, Dundee). Le *droit fiscal* est présent par la présentation de la réglementation de la fiscalité immobilière liée à la politique d'urbanisme (G. A. Micheli et A. Fantozzi, Rome). En ce qui concerne les sciences pénales, le *droit pénal* est touché par l'évaluation de la réglementation pénale de l'erreur (I. Andrejew, Varsovie), par la protection de l'environnement dans le cadre du droit pénal (Hirano, R. Tokyo), par l'ensemble des problèmes de la responsabilité pénale non individuelle (Constant, B. J. Liège), ainsi que par les questions et l'état présents de la criminologie comparé (V. Koudryavsev, Moscou). Les débats publics tenus dans l'absence de l'accusé représentent la question du *droit de la procédure pénale* (H. Luther, Berlin-Est). Représentent une catégorie dédiée à la *bibliographie* la base de la documentation et des recherches en droit (L. Nagy, Budapest et W.

A. F. P. Steiner, Londres), une catégorie dédiée à *l'informatique* les possibilités et les problèmes concernant l'informatique appliquée aux règles du droit (*Evrigenis*, D. J. Saloniki) et en guise de clôture — en tant que sujet réservé aux anciens étudiants de la Faculté Internationale pour l'Enseignement du Droit Comparé — la responsabilité des médecins selon le droit civil (*Bartsch*, H.-J. Berlin-Ouest.)

Il s'avère de cette énumération que les thèmes discutés avaient embrassé presque tous les domaines des sciences du droit. Il y aura, par conséquent, peu de lecteurs qui s'intéresseront à l'ensemble du volume; en même temps chaque professionnel des sciences juridiques pourra prendre ce volume en main en s'attendant de plein droit à ce qu'il y trouve une matière fondée sur l'élaboration d'expériences nouvelles, provenant de nombreux pays. Cela revient à dire que l'auteur du présent article ne pourrait guère se prononcer au sujet de tous ces thèmes de même, en tant que lecteur intéressé au développement des sciences juridiques, il pourra avoir des impressions qui montrent au-delà du simple fait de la publication hongroise des rapports généraux et il pourra méditer sur la direction et les succès des travaux préparatoires faits par l'Académie Internationale du Droit Comparé et aussi sur les aspects de ceux-ci qui méritent, le cas échéant, une discussion.

L'impression générale la plus marquante est la confiance toutes les questions au choix personnel et qui se présentent quant aux questions de forme et techniques qui, dans le cadre du thème donné, confient toutes les questions au choix personne et même subjectif des rapporteurs généraux. Ceci se manifeste également par les travaux de la rédaction. Non seulement par la construction structurale, mais aussi — entre autres — par la manière de l'indication de l'arrière-fond institutionnel de l'auteur aux notes et de la mise en compte des rapports nationaux servant de base, par le choix éventuel de l'omission de l'indication des sources des citations, de leur incorporation dans le texte ou de leur indication aux notes, par le choix casuel entre le traitement textuel ou n'indiquant que les écarts essentiels des matières normatives et leur mise en annexe comme appendice, et ainsi de suite.

Lorsque la personne feuilletant les pages se transforme en lecteur, il devra découvrir que le thème, la discipline, le congrès fournissant une occasion de jouer quelque rôle en fin de compte la

profondeur de l'estime de sa propre contribution projetée sur ces rôles, reposent eux-aussi sur les rapporteurs généraux. Certainement, la valeur d'un développement scientifique n'est pas déterminée par mesures de volume. Cependant, du point de vue de l'accomplissement des tâches revenant aux rapporteurs généraux, il n'est tout de même — fort probablement — pas tout à fait indifférent de constater la disproportion qui se présente entre plusieurs rapports généraux correspondant à telles trois pages et plusieurs rapports généraux dont l'étendue varie autour de soixante pages. Ces derniers permettent d'y deviner un approfondissement de monographie — avec de propres recherches, tout un appareil de notes, une bibliographie; les premiers rappellent plutôt des gloses improvisées qui, le cas échéant, en dépit de leurs phrases séduisantes et rondes, ne font cependant pas partie de la prose dissertative scientifiques. Et lorsque le lecteur commence effectivement à étudier les textes individuels, à côté du respect revenant aux performances rarement plutôt, sa confusion commence, elle aussi, à s'intensifier: il voit en quelle mesure la vocation des rapports généraux est non élucidée, tout au moins en considérant la chose à la lumière de la pratique des Congrès Internationaux de Droit Comparé. A savoir, il ne rencontrera pas seulement des œuvres faisant saillie, dignes de la tâche, comme celle qui est due au Professeur René *David*, au grand vivant le plus connu du mouvement, grâce à son manuel classique. Ce que le lecteur croit reconnaître dans son exemple, cela est le type du penseur souverain — le type uniquement scientifique — qui, dans le cas de son rapport général aussi, s'approche avant tout de l'objet de l'examen sur la base de la culture, de la *Weltanschauung*, des propres recherches de l'auteur, en bénéficiant, d'une manière y subordonnée de toutes les connaissances et expériences concernant les solutions qui lui sont transmises par les faits et idées fixés aux rapports nationaux. Fort heureusement, son exemple n'est pas unique. On en trouve des représentants de tous les continents et de toutes les cultures juridiques, en un nombre qui n'est même pas restreint. Cela est bon de prendre note de ce que, par exemple, les rapporteurs généraux hongrois ont, sans exception, essayé de détecter leurs questions et utilisant la méthode comparative comme un composant du processus de réflexion et comme un élément d'une approche complexe, et d'y apporter des réponses

bien fondées. Cela surprend néanmoins qu'on trouve également — et non pas comme une minorité pouvant être négligée — une autre attitude de rapporteurs généraux. Celle-ci est caractérisée par un retrait de la réflexion et de l'évaluation autonomes, d'une dissolution se dépersonnalisant dans les rapports nationaux passés en revue; La pratique des Congrès Internationaux de Droit Comparé indique peut-être davantage de variantes — en tout cas, le volume présent témoignage de ces deux formes élémentaires de manifestation. L'une semble suivre une approche de synthèse, en fait, il se réduit plutôt à un recueil de citations prélevées des rapports nationaux. Dans des cas extrêmes, ce ne sont que les points de vue de la sélection des citations et les conjonctions reliant les citations qui marquent la conception propre au rapporteur général. Ceci est en fait une lecture bien décourageante, parce qu'il n'est même pas possible de suivre la logique propre aux rapports nationaux; or, en les séparant de leur contexte, il ne reste qu'un rapport privé effectivement de synthèse et, par conséquent, ne promettant même pas le sentiment de succès de la chose vécue. L'autre suit une solution plus simple, acceptant déjà ouvertement, par sa structure, la frugalité: entre une brève partie d'introduction et une autre servant de clôture, elle n'offre qu'une somme des divers rapports. La question se pose — et peut-être pas seulement pour moi — dans de tels cas: y a-t-il du tout une comparaison et, dans l'affirmative, quand? Eventuellement, au cours des interventions qui ont lieu à des Congrès Internationaux de Droit Comparé pendant la discussion des différents thèmes? Or, même dans le cas où nous pourrions donner une réponse affirmative à cette question et (bien entendu, il n'est possible que formuler des espoirs quant à leur teneur, notamment qu'en de tels cas les participants procèdent effectivement à une comparaison et non seulement y a-t-il de déclarations parallèles des prises de position nationales ou même individuelles), même dans ce cas, le but comme tel n'est qu'une chose vécue une seule fois pour les participants, alors qu'il reste à tout jamais inconnu pour toutes les autres, pour nous, parce que le matériel oral des Congrès Internationaux de Droit Comparé ne voit pas le jour. Et qu'est-ce qui reste de la comparaison lorsque le matériel écrit que le lecteur est tenu à considérer comme étant le plus noble de sa sorte, n'est parfois rien de plus et rien d'autre que la mise en parallèle des parallélités

incompatibles quant à leur existence discordante?

Si cette signalisation de situation couvre des problèmes réels et s'il ne s'agit pas simplement d'une exagération simplement subjective, la clef de la solution ne pourra être recherchée que dans le commencement d'activités préparatoires de la part de l'Académie Internationale du Droit Comparé.

Dans les sciences sociales, le but de la méthode comparative n'est rien d'autre que de dépasser les particularités dissimulées dans les développements nationaux-historiques et de rendre les sciences sociales au moins plus universelles par la détection des effets réciproques de ces développements, de leurs corrélations communes et de leurs lois et régularités; en même temps, le but est aussi d'expliquer les particularités nationales-historiques dans une perspective plus générale et dans un système plus de corrélations. Par conséquent, l'approche comparative ne pourra pas être un moment exceptionnel de la recherche (reliée, par exemple, à l'événement des Congrès Internationaux de Droit Comparé): bien qu'à un niveau et avec un accent différents et en conformité avec le but des recherches concret, elle devra être une composante de tout moment des recherches. Pour cette raison, un rapport national ne pourra non plus n'être qu'un tableau du développement particulier et un cumul de données: le rapport général ne devra, lui non plus, n'être qu'une pure somme quantitative de ceux-ci, leur mise en série. Je suis de l'avis que les rapports nationaux doivent également esquisser les particularités et les conséquences dans un cadre de développement général, alors que les rapports généraux devraient se pencher sur les corrélations des manifestations diverses du phénomène en question et sur les lois et régularités communes des réponses formulées aux problèmes donnés. Dans ce cas-là, les rapports généraux ne seront pas simplement une fonction des rapports nationaux: ils auront leur propre objet dont le déploiement, en une forte mesure, sera assisté par les rapports nationaux, d'une manière qui n'est pas en soi cependant réduite à une simple documentation.

Une question ouverte est de savoir si, dans l'intérêt de l'efficacité scientifique des Congrès Internationaux de Droit Comparé, le Comité d'experts de l'Académie Internationale du Droit Comparé ne devrait-elle pas avoir recours à des recommandations pour rendre le but et, dans ce

cadre, l'attitude souhaitée du rapporteur général plus unanimes? Cela serait un grand bénéfice pour la cause du droit comparé et pourrait aussi servir à la satisfaction de l'Académie si les rapports généraux offraient en chaque cas une synthèse de leurs thèmes.

Or, même dans ce cas il faut soulever une question, notamment qu'est-ce qui rend un plus grand service au travail des chercheurs de sciences juridiques de nos temps et de la postérité: l'édition des rapports généraux recuillis en un volume et, sous la forme d'une série inextricable de publications séparées, de volumes des rapports nationaux suivant une thématique identique (le cas échéant, ronéotypés, le cas échéant, en manuscrit, dans une variété des plus large définie par les possibilités et le dévouement des Etats participants), représentant une littérature à un tel point dispersée qu'on ne pourrait guère la trouver dans son intégralité dans une seule bibliothèque, ou bien — en tant qu'alternative concevable — l'édition conjointe en commune des différents thèmes ou groupes de thèmes, embrassant également les rapports nationaux et le (s) rapport (s) général (généraux) respectif (s)?

Les deux questions c'est-à-dire celle de la détermination des exigences formulées vis-à-vis des rapports généraux et celle de l'édition complète du matériel des thèmes ou groupes de thèmes, sont apparemment séparées ne se trouvant en aucun rapport logique l'une par rapport à l'autre. Néanmoins, il semble que même si le Comité d'experts de l'Académie Internationale du Droit Comparé ne souhaitait pas modifier la pratique suivie jusqu'en ce jour, à savoir d'influencer ses rapporteurs généraux, rien que sa décision visant à l'édition de l'ensemble du matériel complet des thèmes (groupes de thèmes) serait déjà suffisante pour qu'elle assure un résultat satisfaisant à l'égard de toutes les deux questions. La présence des rapports nationaux excluerait en effet que n'importe quel rapport général puisse assumer sa fonction par

de pures répétitions; en même temps, il y aurait la stimulation d'esquisser effectivement une synthèse dans une généralité dépassant les cadres et le niveau des différentes contributions pour formuler des lois et régularités qu'on peut y formuler. On ne pourrait guère donner de proposition quant au caractère de l'organisation permettant de trouver une solution réelle. Peut-être suffit-il d'indiquer qu'une telle entreprise serait, aussi du point de vue des affaires, essentiellement plus fructueuse. En effet, et les volumes des rapports généraux et les recueils des rapports nationaux déjà publiés sont en un tel point thématiquement dispersés qu'en dehors de leurs auteurs ils n'attirent que fort peu de souscripteurs individuels en un nombre approprié. Par contre, des volumes thématiques pourraient compter sur un large camp souscripteurs intéressées individuelle aussi à titre. Cela va de soi qu'un tel intérêt ne se manifesterait pas seulement pour le caractère intéressant des divers thèmes. Mais en premier lieu au fait que les Congrès Internationaux organisés sous l'égide de l'Académie Internationale du Droit Comparé gégent, déjà lors de la préparation des rapports nationaux, une énergie intellectuelle qui, quant à son étendue et sa profondeur, ne peut être ressentie qu'étant projetés sur les divers thèmes. Cela revient à dire que ce qui dans les différents volumes nationaux n'est qu'un auto-renforcement dispersé des particularités nationales, pourrait précisément due à la publication conjointe du matériel complet de la discussion des thèmes individuelles, devenir un stimulateur du dépassement des particularités et, compte tenu de la tendance de la multiplicité se renforçant mutuellement, une source d'une valeur rare, un des témoignages les plus éloquents des aspirations montrant un pas en avant dans le mouvement international du droit comparé, ceci en faveur des recherches futures en droit comparé.

Cs. Varga

INTERNATIONALIA

KORPI, W.: THE DEMOCRATIC CLASS STRUGGLE,
Routledge and Kegan Paul,
London-Boston, 1983. 277 p.

The volume combines the case study on the relation of classes, on the politics and the elections in Sweden with the comparative analysis concerning the social conflicts and politics of 18 OECD countries. The work deals primarily with the relations and conflicts of the currently existing classes in the countries of free undertaking. In the first place the members of the Swedish Institute of Sociology participated in the research work.

It is a question, that arises, how important the conflict and the mode of change, the long-range consequences of the clashes of classes are in the present western society. Starting from Max Weber, more and more sociologists have come to the conviction that the role of classes has become less significant in the transformation of modern societies. Due to the development of the production technology, the structure of labour underwent a change, the number of "white-collar workers" exceeds that of the "blue-collar workers" and the classical class society of the last century has turned into a mass society. In these societies the structural stability of the method of production, based on the private ownership, is already seen in the development of the welfare state. There are opinions according to which, the order of the capitalist state, that functions with social empathy and long-range stability, is less threatened by the left, than the right, striving after the political ruination of market mechanisms. Once, Hobbes defined the nature of power, as the present means for the attainment of future goals. According to Marx, the production sphere means the institutionalization of unequal power. In the modern society, however, the pluralism means that even the powerless social groups may improve gradually their position within the society and, just therefore, they have the chance - at least according to the authors of the book - to grasp the political power or, at least, to participate therein.

In the sixties, several western countries have undergone drastic political and economic changes. These changes have reached Sweden in the seventies when in three sequent elections - the first time after 44 years - power has been taken again by the bourgeois parties. The peace of the industry was disturbed by significant conflicts. The Social Democratic Party and the trade unions, influenced by it, strived after the establishment of monetary funds of wage-earners which would have meant, in

their opinion, a challenge against the fundamental principle of capitalism, against the power and control of the big stockholders. Considering from the historical perspective, the seventies have signified the crisis of Swedish capitalism and, at the same time, that of the Swedish reformist social-democratic government. These problems caused a dilemma for Swedish politics whether more capitalism or economic democracy and equality of chances should be aimed at.

The volume treats thoroughly the various patterns of the structures, of the division of power among the classes in the well-developed industrial societies, the preferences and loyalty of the voters, the political rearrangements, appearing as a result of the general suffrage. It investigates, moreover, how the electoral statistics and the data of the public opinion research have changed since the twenties. It mentions the new phenomenon that, in addition to the classical differences between left and right, the protection of environment gave a new dimension, increasing with dramatic rapidity to political life.

The next chapters deal with strikes, going back to the turn of the century, comparing data of 18 OECD countries here. It mentions, that the historical compromise has resulted in a considerable reduction of industrial conflicts and strikes in Sweden in the thirties. It also investigates the question, how these social struggles for economic objectives have transformed, under the effect of appropriate impulses, into political struggles. It studies the conceptions on the strength of which the effects of the policy of inequality is examined in different countries.

According to the general hypothesis of the volume, the presence of the reformist social-democratic parties in the governments may approach the politics to the interests of the wage-earners. The three-pole social bargains between state, employees and capital may influence the chances of the development of political coalition. In the western countries, considerable differences exist in the power position of the wage-earners.

The volume deals with the political and economic mobilization of the working classes, as well, as with the sources, giving rise to certain revolts in these countries against the existing power and property conditions. Doubtlessly, the desire for and intention to the transformation of the society suffered a considerable breach in the course of the successive reforms in some countries. This is true, first of all, concerning the United States. There are significant factors, that justify that, in the United States, there has developed no large-scale radical revolutionary power which would have declared war against the power and the influence of the capital. The mobilization of the working masses is not the same in the different parts of Europe, too. In some countries a considerable part of the masses of people sees the way, leading to social achievements, to better working conditions, outside the existing institutions, by radical political activities, whereas in other countries the more efficient utilization of the possibilities offered by the existing institutional system renders or may render possible the social progress.

The volume demonstrates by several tables and diagrams the changes of the political preferences of the individual social classes, the social roots of the political preferences, all the traditions and motives which have stimulated the individuals and social groups through generations to the support of some political view or even have prompted to break away radically from the traditions. The volume is completed by an appendix containing the percentage distribution of the results of the elections in Sweden between 1910 and 1982, the composition of the Swedish governments, the preferences of the different social classes. The volume contains a comprehensive and well utilizable bibliography. The essays may reckon first of all on the interest of the young research workers dealing intensively with the sociology.

M. Udvaros

WADENSJÖ, G.: MEET SWEDEN
Kristianstads Boktryckeri AB,
Kristianstads, 1985. 248 p.

The aim of the book is to give a readable review of the society, the system of political institutions and other aspects of the Swedish mode of life. The volume is revised from time to time to render it up to date.

First of all, the history of the public administration of the nordic country of a rather large area, that consists of 24 counties and the history of the development of the counties and the hundreds of municipalities are described. The author draws the adequate conclusions of the demographical data and calls the attention to such specifics as the highly divergent ethnics of the more than half a million immigrants and the particular features of the rather liberal Swedish immigration policy. He points out, that in the earlier centuries it were primarily the traditional industrial areas, that attracted immigrants, the Germans, the Flemings, the Scotch, and so they do also in the 20th century with the immigrants of various European, Latin-American and Asian countries.

Parallely to the reduction of the agricultural population, Sweden has turned into a country becoming urbanized to an increasing extent. This fact has had considerable consequences on the development of the public administration and on national and local politics.

Sweden is called a post-industrial society in that respect that the number of the workers in the industrial sector has been surpassed for a long time by the number of these working in the services.

A separate chapter deals with the development of labour law, pointing out that before the first labour code /1919/ the employees worked 12 to 15 hours in the day. The results of the labour legislation accepted since then, deserve all respects and recognitions. The duration of the annual normal holiday increased from the 3 weeks, given in 1951, to 5 weeks until

now. The main ambition of the Swedish labour-market policy is the provision for the full employment and for this purpose a national labour-market body /AMS/ has been established, the regional and local organs of which lend help to the unemployed.

The volume makes known the general provisions of the Swedish Constitution, the law of succession to the throne, the law on the Parliament and the press law, together with the reforms and amendments of them. The author expounds the provisions on the election of the representative organs of the impressive democracy in details, the political and legal criteria of the general elections held in every third year. Special reference is made to the corporate bodies of control, investigating legality, financial fairness and consequent administration of political life.

The reader is acquainted with the political parties to be divided roughly into two groups, namely the socialist and the non-socialist ones.

The system of the municipal government is introduced as well, which look back to considerable traditions, having accepted the boundaries of the former organizations of the church.

The law on the settlements of 1977 divided the country into primary and secondary municipalities.

The set of information on the taxation, on the functioning of budget and on other financial institutions may reckon with interest.

Last but not least, the volume deals with the institutions and the legal guarantees of the protection of environment and nature, pointing to the fact that despite the hitherto taken considerable measures the development must not stop in this respect, either. In Sweden, the present political public feeling enforced e.g. the decision that the further operation of the already built up nuclear power stations will be stopped in the ninetieth and no such power station will be built in the future.

The high-standard volume, reckoning with general interest is a useful reading both for lawyers and economists.

M. Udvaros

EMINESCU, Y.: OPERA DE CREATIE ȘI DREPTUL /Intellectual
creations and the law/
Editura Academiei ESE, București, 1987. 216 p.

Professor Eminescu, a jurist of international reputation, has completed her series of recent publications /Acta Juridica has already reviewed her excellent three-volume work on the protection of industrial property/ by a monograph on copyright law.

As referred to by the sub-title of the work, the treatment of the subject matter relies on the comparative method, which is otherwise - taking into consideration the traditional internationalism of this branch of law and the thorough knowledge of the author - not at all surprising. The systematical introduc-

tion of the theme of the manual connects the aspects of positive law and philosophy of law, moreover, these of the general philosophy /aesthetics, axiology/ successfully, in addition to the historical approach of a necessary degree.

The work treats the institutions and rules of copyright law in 9 chapters. After a brief outline in the Introduction of the general conceptual questions, the historical development of the international copyright law, the role of the media, as well, as that of the special problems of the developing countries, in Chapter I the author surveys the national and international sources of copyright law. She highlights the copyright laws in force in the socialist countries in an up-to-date manner and the results of the European Community integration in this field. She enlightens the particularities of the Copyright-system and the questions to be settled, raised by the recent development, namely the special problems and the possible legal solutions of the harmonization of the author's interests and the public interest.

The comprehensive Chapter II analyzes the fundamental category of the copyright law, the notion of the author's work. It tackles with the individual-original character, the possibility of the consideration of the "value", the itemized or illustrative enumerations of the legal regulation, the distinction between the original and the derivative works. It touches upon the questions of some special artistic forms, of which only the problems of the qualification of the motion pictures, the computer programmes, the folklore works or the so-called neighbouring rights, the questions of the protection of the performances of artists are referred to here.

A similarly interesting analysis may be read in Chapter III dealing with the subject of copyright law, the author. It is enough to point here to the problems of the collective works, of the relations of co-authors or to the legal problems arising in connection with the so-called employee's works.

The questions of the contents of copyright are discussed in Chapters IV and V. Chapter IV introduces the theories relating to the legal nature of the subjective copyright, namely the monist and dualist conceptions, the theories of the droit moral, and of the Immaterialgüterrecht, respectively. Then, the personal and the property rights of the author are treated in details, such as the rights to the publication, to the withdrawal, to the recognition of the authorship, and to the integrity of the work, respectively, and the right to remuneration of the author, the problems of the so-called droit de suite. The corporations and the associations of the authors, as efficient corporate guarantees of the enforcement of copyright law, are also summed up. Chapter V - approaching the contents of the subjective copyright from another side - deals with the restrictions of the copyright. Again only by way of example, reference is made here to such actual questions, as the different approaches to the duration of the protection period, the range of free utilization, the role of licence légale or even to the introduction of the notion and the practice of "fair use", known in the common-law system.

Chapter VI analyzes some questions rendered topical by the technical development, namely the problems connected with

the uncontrollable mass utilization of protected works, the conflicts arisen with the propagation of picture and sound media, of reprography /touching upon in this connection the information centres, the libraries/.

Chapter VII investigates the legal institutions serving the "turnover" of copyrights, analyzing especially the various types of contracts for the utilization of the works and their characteristic contractual stipulations, and further, the questions relating to the inheritance of copyrights /the property rights, of course/.

Chapter VIII of the work introduces the positive law of the protection of copyrights and the judicial practice based thereon. Finally, Chapter IX offers a wide survey of the international norms and institutional system of copyright, first of all the Berne Union, the Geneva Convention, as well, as the activity of WIPO. The work is finished off by brief conclusions, formulating some evaluating-critical proposals for the further development of the Rumanian copyright law /and partly of the international copyright/.

The work of professor Eminescu is an excellent example of writings which join various methods and satisfy different requirements. The steady-hand application of historical and comparative methods, the harmonization of the theoretical approach built upon ample literary sources with the up-to-date knowledge and introduction of the solutions of positive law and of the judicial practice, stress the sound foundations of the final conclusion of the reviewer, that the reader may take in hand a work affording a high-level, thought-provoking information and, at the same time, an intellectual pleasure for the jurists, moreover, for not jurists interested both in the theoretical and practical questions.

E. Lontai

BACACI, A.: RAPORTURILE JURIDICE PATRIMONIALE
DIN DREPTUL FAMILIEI
/Property relations in family law/
Edit. Dacia, Cluj-Napoca, 1986. 271 p.

The first part of the volume treats general questions of policy and of principle of the system of family law, reflecting the headway of the socialist legal and moral conceptions in the legal regulation of the subject matter in its development.

In the second part, three separate chapters deal with such important questions, as the properties of the spouses, the obligations of the spouses, as well, as the obligations of maintenance falling on the spouses, and on the former spouses, respectively.

In the third part the legal relations of property character between parents and children are treated. The obligations of maintenance of parents and children are dealt with here, as well, as the rights and duties of the parents with respect to the properties of juvenile children.

The author treats extensively the problems of the relations pertaining to property rights under family law. Here, he confronts the rules previously in force with the recent regulation, avails himself of the ample judicial practice for introducing the solutions. He makes known the views relating to the subject matter, published in literature and if he finds some attitudes to be contestable, he expounds his own attitude and gives the grounds for that. The volume is not lacking in the analysis of the judgements of the Supreme Court and other courts. In the work information is given on the family-law regulations of the other socialist countries, as well.

The work is remarkable for its conciseness, its clear structure. The author tries with special care to make evident the principles, having directed the legislator, the social and political objectives of the law. The entire material proves fundamental conception regarding the family as the core of the society.

M. Lázár

SZUBERT, W.: UBEZPIECZENIE SPOLECZNE. ZARIS SYSTEMU.
/Social insurance. An outline of the system/,
Panstwowe Wydawnictwo Naukowe, Warszawa, 1987. 336p.

In the foreword, the author states that social insurance has social, state, organizational and legal aspects, therefore its study requires an interdisciplinary approach. The law ensures the regularity of its functioning and the main elements of social insurance are reflected in the contents of its provisions.

The first part of the work deals with the general tendencies of development of social security until the outbreak of the Second World War. By that time, several kinds of social insurance had been already known, such as insurance against sickness, accidents and to provide pensions /the insurance of workers and of the intellectual workers were organized on the basis of the German and the British legal models, respectively/. The insurance was obligatory and it comprised numerically the most part of those earning wages or salaries. The premiums were charged to employers and employees to a different, varying extent, whereas the means necessary for the pension insurance were completed by the state treasury. Outlining the development after the Second World War, the author pays attention primarily to the Beveridge plan, the ideas of which have been also expressed in 1948 in the Universal Declaration of Human Rights. This plan wanted to serve social safety by the development and broad application of social insurance. The realization of the system of wide range services can be traced back in several western countries to the ideas, reflected in the Beveridge plan. A similar evolution occurred in the socialist countries, following the Second World War. Here, in the field of the supply side of the services of social insurance, the Soviet conception was influential. This manifested itself, among others, in the de-

viation from the previously applied technical solutions of services of social security, as well, as in the fact, that the entitlement to the services depended primarily on the performance of work and not on the extent of the contribution to the raising of insurance funds.

In the second part the author deals with the evolution of the Polish social insurance in details, looking back to the times before the First World War and between the two World Wars. The author mentions that for a time even German and Austrian legal norms were in force in territories of Poland after the First World War, namely in those, which had belonged previously to Germany, and to Austria, respectively, and the unification of the social securities law was realized only by the enactment of the Act of March 28th 1933. Coming to the analysis of the situation after 1945, the author emphasizes the importance of the Polish Constitution of 1952 with respect to social insurance. Article 70 of the Constitution, as amended in 1976, expressly lays down the right of the citizens to the protection of health, as well, as to the support in case of sickness and disability to work. The enforcement of this right as completely, as possible is served, among others, by the improvement of the social insurance for the case of sickness, old age and disability to work, as well, as by the development of different forms of the social assistance. The author introduces in details the legal norms, issued for the sake of the enforcement of this constitutional provision.

In the third part the author analyzes the notion and the character of social insurance. Having introduced the conceptual criteria of social insurance, he treats the theoretical questions of principle of the legal relation in the social insurance, and states, that where the social insurance is performed by autonomous institutions of associate character /e.g. in France/, the legal relations in the social insurance belong to the sphere of civil law, though they approach gradually to public law, where, however, social insurance is the task of organs of state administration, the legal relations in the social insurance are also of administrative /public law/ character. Social insurance is traditionally bound to labour law in the legal system, taking into consideration, that the main, but not exclusive circle of the subjects of the protection under social insurance has been constituted by workers and employees. Social insurance, however, had to break gradually out of this field, to include a wider strata of citizens /free employees, individual peasants, etc./. According to the author, it is the "separation" of social insurance law into various parts that corresponds best to the questions, in as much, as some of its areas belong to administrative law and financial law, whereas some parts of the entire legal field are connected to labour law.

In the fourth part the author deals with the object of social insurance. He treats the various risks one after the other and the requirements corresponding to them, thus it deals with sickness, invalidity, old age /retiring age/, death, industrial accident and professional disease and other events /family circumstances, etc./.

In the fifth part the subjects of social insurance are reviewed /those being in labour relation, artisans and other per-

sons having independent gainful employment, peasants, creative artists, etc./ . The sixth part describes the services of social insurance /real services, sanitary services/, different kinds of pecuniary supplies, the pensions, disability pensions and the unemployment benefit included/. The seventh part treats the financial coverage of social insurance, whereas the eighth part introduces the organization of the social insurance. The subject matter of the ninth part is the settlement of disputes in social insurance. In the tenth part the author compares social insurance to other systems of service, such as, among others, welfare services.

The book of the author is unique as for its scientific standard in the surveyed field, perhaps in the whole socialist literature. A real scientist summed up his experience and knowledge here, not only in Polish relation, but always with an outlook to the world. It is highly regrettable, that the book is devoid of a summary in foreign languages, for an ample summary of the contents would have served well for readers.

L. Trócsányi

DAS STRASSENVERKEHRSSTRAFRECHT IN OST UND WEST
Bonn, 1985. 345 p.

The Munich Institute of Eastern Law organized a conference on public traffic safety. This 5th conference organized by the Institute took place from April 17th to 19th, 1985. The question at issue was connected with the subject of the previous 4th conference in which, namely, the civil-law and insurance-law questions of liability for damages in traffic were discussed.

Jurists from the below countries presented lectures to the subject matter of the 5th conference: GDR, Yugoslavia, Poland, Czechoslovakia, Hungary, Rumania, FRG, Austria, Italy, Spain, and the Netherlands. In addition, two general reports were presented on the comparison of law, one of which dealt with the questions of insurance, whereas the other treated the perspectives of European cooperation in public traffic.

The Institute published the lectures in the volume, reviewed here. First of all, the structure of the volume will be now outlined by way of introduction.

The volume treats, under "A", questions of substantive law. Title I deals with the system of states of facts, title II treats the states of facts of endangerment and the notion of danger, whereas title III concerns the role of the alcohol; in one part of the latter chapter, those criminal acts are analyzed, which are not restricted directly to the public traffic whereas in the other part the discussed question is the role of the alcoholic state. Title IV investigates escape from the scene of the accident, whereas title V discusses the possibility of sanctioning and the practice of the imposing of punishment.

Under "B" the questions of procedure are collected, such

as the legitimation to criminal investigation, the principle of opportunity and abstaining from criminal punishment, the special types of procedures, and, finally, the imprisonment under remand, and the problems of the remand, with special respect to the questions raised by foreign nationality.

Under "C" - under the heading: "International questions" - the problems of immunity, as well, as the questions of the international effect of the cancellation of driver's licence are treated.

A few questions will be picked out below of the material of the volume without, however, to deal with them to the merit here.

As for the place there are opinions according to which the acts in question cannot be ranged in the Criminal Code among the other crimes, their place would be in a special law. According to another opinion the crimes committed against the safety of the public traffic are also common crimes, therefore their place is in the Criminal Code. The first solution characterizes rather the western countries, whereas the second opinion concerns rather the Eastern-European countries, although Spain, from among the western countries, also follows this latter solution. It should be noted, that in Austria serious crimes causing real danger in the public traffic are contained in the Criminal Code, whereas the relevant acts, constituting an abstract danger, are regulated in special legal rules and are sanctioned by administrative channels.

The facts of crimes against the safety of the public traffic are defined differently in various legal systems. In some legal systems this range comprises exclusively the violation of the rules contained in the law on the public traffic, whereas other legal systems draw also the crimes connected with the public traffic or committed in the traffic /homicide caused by negligence, battery caused by negligence/ also into the range of the crimes against the safety of the public traffic. Reference should be made to the fact that several legal systems require as condition of the realization of crime mentioned in the legal rules on the public traffic also the serious endangering of persons or goods.

The driving in state under the influence of alcohol is forbidden and punished by each legal rule, whereas the conditions of incrimination are different. The act belongs generally to the domain of the application of criminal law only if the influence of alcohol reaches a certain degree or if the capability for safe driving is reduced. The degree of the influence of alcohol required for the qualification as criminal act is different in the legal rules of various countries and may depend sometimes on the existence of other circumstances. In Yugoslavia such a condition is the extent of five per mille of the alcohol content of the blood and in addition, the statement of the perceptible reduction of the capability for driving. It should be noted, however, that in Italy the law does not determine a definite degree of the alcohol content in the blood as condition of the qualification as criminal act; accordingly, in case of driving in tipsy state the criminal act may be established independently of the degree of the alcohol content in blood.

Internationalia

In addition to the neglect of help, the leaving of the scene of an accident is generally incriminated by itself as a separate crime. In some countries, such as in the GDR, Spain and Czechoslovakia, the leaving of the scene of accident is not defined as separate crime in the law but this conduct falls in indirect manner under the sanction of the criminal law as the crime of the neglect of obligatory help.

The penal system is different in the various countries, the imposing of a punishment, and its regulation by the law, respectively, is, however, generally characteristic. The confinement can be applied only in aggravated cases. According to the legal norm /e.g. in the FRG and Poland/ the confinement can be replaced by the obligation to reformatory and educative labour. In case of foreign delinquent the confinement can be replaced by a fine /Rumania, Poland/. The legal rules generally contain the cancellation of the licence as a sanction. The temporary or definitive cancellation of the licence is a complementary sanction.

As for the procedural rules, generally the common procedural rules are normative. In the FRG, in the GDR, in the Netherlands and in Yugoslavia the simplified procedure is ordained for certain cases. In some countries the expedite procedure is prescribed in case of foreign delinquents. In case of remand the payment of bail is generally legitimate, whereas some countries - Hungary, Czechoslovakia - do not permit in principle the acceptance of bail from the delinquent.

The material of the conference proves convincingly that the cooperation of nations in respect of the law at issue is indispensable in our days. In this domain the convergent elements are much more significant than the divergent ones.

M. Lázár

BUTLER, W.E.: INTERNATIONAL LAW AND THE
INTERNATIONAL SYSTEM
Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht /Boston/
Lancaster, 1987. 208 p.

Professor W.E. Butler's promotional activity aimed at better understanding of the so-called "socialist family" of law is well known for those who are seriously interested in the topic. His writings in the field and especially his series of translations devoted to monitor the up-to-date legal developments in the Socialist world are highly valued both among western and socialist scholars.

This book /edited by W.E. Butler/ is a collection of papers of the first Anglo-Soviet Symposium on Public International Law held at University College London on 25-27 April 1986. It contains 14 articles from English and Soviet authors, a Notes on contributors and a translations of the Syllabus on international law for Soviet law faculties of universities and juridical institutions.

The bulk of the articles deals with two, agreed by the

participants, topics, namely: the nature and the role of resolutions of international organizations in the international normative system and the relationships between international and municipal law. Due to the fact that on these two subject-matters there are parallel studies from both the English and Soviet sides one can easily compare the "western" and "eastern" approaches. The list of Soviet contributors includes such figures as Tunkin, Lukashuk, Usenko, Movchan, Rubanov who belongs to the cream of present days soviet international legal sciences. The contributors from the English side are Higgins, Delupis, Butler, Usher, Plender, Parkinson and Merills.

On the role of resolutions of international organizations in the norm-creating process both the English and Soviet authors make very cautious statements. Their arguments show that the aspirations of developing countries to endow United Nations General Assembly resolutions with binding force have a strong opposition among both western and socialist scholars. And it is unlikely that in the foreseeable future there would be any significant change on this point.

Authors from both sides acknowledge that non-binding resolutions can entail some consequences. The Soviet authors emphasize first of all their political and moral ones, while Higgins, for example, examines the specific legal ones.

According to Tunkin, neither the recommendatory nor the declaratory resolutions bind legally the state, and even voting for a resolution does not amount to opinio juris. Recommendatory norms can harden into custom only if states, as a result of the "coordination of wills of states", explicitly recognize them as legally binding ones.

Higgins takes a more cautious stance: according to him even a non-binding resolution can have legal significance, and the United Nations resolutions may serve as a basis of an analysis of what may constitute custom at a given moment /p. 27/.

Lukashuk considers resolutions of international organizations as constituent elements of the international normative system which consists of political, legal, moral and other norms. In his opinion, resolutions of the General Assembly are legally binding, but this does not mean that "these acts may not possess a binding force of different kind" /p.35/. His conclusion is that they are vested with, "moral and political binding force". He dwells on in considerable detail on the nature and role of political norms in international relations.

Delupis approach is of different nature. She gives a thought provoking classification of recommendations, paying special attention to voting patterns. She agrees with others that recommendations may serve as "support for future actions", or act as a "cadre de référence", but it is "not possible to hold that states are bound by recommendations, however useful they are as "material" " /p. 60-61/.

On the second agreed topic, that is on the relationship between international /community/ and municipal law, there are six articles. The most elaborate and valuable are that of Butler's, Rubanov's and Usher's. Butler gives a short but precise account about the application of international law in the British practice. He examines the problem both from the points of view of doctrinal writings and actual judicial practice. Ruba-

nov looks at the problem of interaction of international and domestic law from another point of view, namely: what is the developmental trend of those generally recognized rules of international law which mention national law. He argues that international law and national law "are two distinct legal systems, neither of which dominates the other" /p.86/, and therefore "for national law international law is not a fact, but law" /p.93/. Furthermore he writes in detail about the international law principle of respect of states' right concerning national law-making. Usher's article provides an overview of the relationship between United Kingdom law and European Community law. It is a highly professional and well documented article. In the other three papers which belong to Soviet authors one can find little fresh ideas. Mullerson's article is confined to theoretical speculations about the relationship of international law and private international law. Korbut's article is a simple commentary of the Soviet legislation concerning international treaties, and Usenko repeats the well-known ideas about the Comecon law-making activity.

The remaining four other papers which do not belong to the agreed topics deal with different international legal problems. Among them Movchan's study devoted to the concept and meaning of international law and order is written in a rather critical tone, appears to be the most vivid example of those studies which has appeared before the perestroika. The author hails the foreign policy of socialist states, castigates those who "look at international reality through Washington's glasses" /p.123/, emphasizes the primary role of socialism in the creation of modern international law and order, points out that Lenin's concept of peaceful coexistence is nothing more and nothing less than "the basis of the United Nations Charter" /p.126/, and its main politico-legal purpose lies "in creating political and legal barriers against anti-socialism anti-communism" /p.129/. Besides the Movchan's study there are three papers from English authors devoted to such problems as a right to leave any country including one's own, the legal aspects of debt crisis, and the role of international adjudication.

To receive a first-hand account on the possible "perestroika and glasnost" - induced changes in the soviet theory of international law probably was one of the main aims of the arrangement of the Symposium. But this aim has not been materialized: in 1986 the Soviet theory has not been yet prepared to digest Gorbachev's radically new views on the modern world affairs, and all of the articles written by Soviet authors repeat the well-known views of the past. However, it is not to be concluded from this remark that it is not a useful edition. On the contrary, in the future when some real changes occur in the Soviet theory of international law it might be quite valuable for those who want to understand the shift of emphases, the magnitude of changes in the Soviet views.

By the way, the first hopeful sign on the possible evolution in Soviet theory appeared in an article written by Verezhchetin and Müllerson about the "new thinking and the international law" /see, Sovietskoe Gosudartsvo i Pravo, 1988. No.3/. They are quite frank about the theoretical deficiencies of the past and indicate a number of important fields /the notion of

interdependence and its relations with sovereignty, the new interpretation of the theory of "peaceful coexistence", and the eviction of the notion of "class struggle" from the international relations, the role of international organizations, etc./ where one can anticipate some changes in the Soviet position. It remains to be seen whether these new ideas would be followed by practical steps.

V. Mavi

BOGUSLAVSKII, M.M.: PRIVATE INTERNATIONAL LAW:
THE SOVIET APPROACH

No.35 Law in Eastern Europe /F.J.M. Feldbrugge
ed./, Martinus Nijhoff Publishers, Dordrecht
/Boston/ Lancaster, 1988. 261 p.

The Documentation Office for East European Law of the University of Leyden has added another useful volume to its series of publications on the socialist legal system. The translation of Boguslavskii's work into English - who is a well-known figure of the Soviet private international law theory - is undeniably a pleasant surprise for those who have serious interest in this most complicated field of jurisprudence from a comparative point of view. Though on the subject-matter one can find numerous English-language publications /articles and monographs published both in the East and West/, it is for the first time that a Soviet textbook written for university students is available for those of English-speaking readers.

Actually this book is a concise university students textbook which in the 70s and 80s due to its short format became rather popular, and to some extent replaced Lunts' 3-volumes manual. For decades Lunts' manual on private international law had been the only officially recognized textbook for university students, but it was not very popular among them because of its highly professional language and size. So Boguslavskii at the beginning of the 70s has decided to prepare a shorter and more understandable textbook on the subject. The first version of his textbook was published in 1974 and its second edition appeared in 1982. The 1982 edition updated by the author served as the basis of the English-language translation arranged by the Documentation Office. This book is useful not only for reason that English-speaking readers at last have an authentic Soviet source-book on the notion and perception of private international law but also due to the fact that one can have a clear picture about the level of university teaching of this subject-matter in the USSR.

The book is divided into 17 chapters. It also has a bibliography and a rather detailed index. In chapters I-VII the author examines the so-called general questions of private international law which, according to the Soviet doctrine, belong to the General Part of this scholarly subject. These questions are as follows: the notion, concept, principles and place of private international law in the legal system, the sources of priva-

te international law, the historical development of the doctrine of private international law, the specific concepts used in the discipline /the notion of conflict rules, their application and interpretation, the doctrine of public policy, most-favoured treatment, national regime, reciprocity/, the civil law status of foreigners, Soviet and foreign legal persons in international economic transactions, state immunity and civil law transactions of the state. Chapters VIII-XVII treats such conflict law questions arising in different fields which supposed to be the Special Part of the discipline. These fields include property law, the law of obligations, torts, copyright law, inventions and patents, family law, succession, labour law, international civil procedure, arbitral consideration of disputes.

Within the framework of this short review it is not possible to examine in detail all of the chapters. I confine myself only to some general remarks.

As it is usual for Soviet publications, the first footnote of the book refers the reader to the works of the founder of the Soviet state, Lenin. It goes without saying, that to define the notion and concepts of private international law on the basis of marxism-leninism, to find out some loosely-related quotation is an arduous task and that is why Boguslavskii's work is not abundant with such quotations. However, where possible, he uses the opportunity to insert some references to the classical authorities of marxism-leninism.

In the chapters related to the General Part there are too much ideologically motivated generalizations /on the principle of peaceful co-existence, on the peaceful policy of the Soviet state, on its achievements in the field of international economic cooperation/ and abstract theoretical speculations on the system and place of private international law in the legal system which have little, if any, practical meaning from a lawyer's perspective.

Many of the sub-chapters do not rise above descriptive hence they do not contain any reference to the Soviet judicial practice. The author gives just a simple commentary of the existing legislation. Most of the case materials examined in the work are connected with the practice of the Foreign Trade Arbitration Commission. In the chapters dealing with such conflicts law problems as succession, family law, labour law one can find only 3-4 references, without the indication of their sources, to the judicial practice. Boguslavskii, while updating his study, made no effort to analyze those practical issues which are of real value to the reader. One would like to know much more about the Soviet judicial practice - about the "living law" and not just about the "paper law" - in the field of applying and interpreting foreign law.

On the whole however, from the academic and comparative law points of view: this book is quite valuable, the main arguments of the author are straitforward and not impenetrable to the average reader. In general he has succeeded in his endeavor to present the Soviet private international law theory and legislation in clear and coherent manner. The book, except the deficiencies mentioned above, has a useful and well-documented source of information.

Last, but by no means least, the translators of the book W.B. Simons and D. Winter deserve praise for the good and correct English-language text.

V. Mavi

SOŁTYSINSKI, St.: CHOICE OF LAW AND CHOICE OF FORUM
IN TRANSNATIONAL TRANSFER OF TECHNOLOGY TRANSACTIONS
Recueil des Cours, Nijhoff, Dordrecht /Boston/
Lancaster, Vol. 196 /1986-I/ pp. 293-383.

Professor Sołtysinski is well known in the world of industrial property. As member of the Polish Delegation to the UNCTAD Conferences, he was spokesman for socialist countries for four years /1978-1981/ when drafting the Universal Code of Conduct for International Transfer of Technology Transactions. He is professor of the Faculty of Law at the University of Poznan, moreover he is for fifteen years visiting professor at Pennsylvania University School of Law, Philadelphia and author of a number of studies in civil law, commercial law, international private law and industrial property.

Mr. Sołtysinski who has a vigorous sense for criticism and who showed earlier also an interest for difficult and complicated topics was courageous enough to make a considerable analysis in the most wide sense of the word, on the conflict of laws and choice of forum relating to international transfer of technology.

The intellectual performance of Mr. Sołtysinski is characterized by his easiness and perseverance when placing himself in the situation in which developing countries are, seeking to understand their anxieties, their errors, their interests. As a consequence the author undertakes a systematic research of legal solutions, the result of which can serve as compromise, considering, on the one hand, the interests of the suppliers, on the other, the interest of the receivers of new technology.

The work is divided in two parts: choice of law and choice of forum. As it concerns the first part, the topics dealt that we think being the most interesting are: freedom to choose the governing law and the applicable law in the absence of an effective choice.

The method applied by the author is as follows: presentation of the solutions adopted by the Acts, by treaties and in the theory in the three parts of the world: developed market economy countries, developed socialist countries and developing countries. Relating to the freedom to choose the governing law /lex voluntatis/ he says, that as well in some developed non socialist countries /esp. in France, in Great Britain, in the German Federal Republic/ as in some socialist countries /esp. in the USSR, Czechoslovakia, Hungary/ leading rule is the unrestricted freedom of choice of law. On the contrary, in a number of developing countries provisions prohibiting contracts subjected to foreign law are found. This is the case esp. in Latin America, where it seems that the Calvo Doctrine is still

alive, which asserts that foreigners doing business in Latin America are only entitled to non-discriminatory treatment there.

After a study likewise comparative about legal solutions in the three parts of the world, on potential applicability of foreign public policy rules, substituting the rule lex causae, in the next subchapter the reader is confronted with the most interesting part of the work: choice of law if the agreement is silent in this point. It is true that as well in Courts practice, as in theory this is an exciting question. Mr. Sołtysinski deals with this question in a manner as complex as learned and in our knowledge there is no comparative and critical analysis to be found at any other author.

In this context he makes the crusade against the theory of Mrs. Schnitzer and Troller, which is almost uncontested in Western Europe, and which served as a ground for the rule drafted in Art. 4 /2/ of the EEC Convention on the Law Applicable to Contractual Obligations, namely that when the law applicable to the contract has not been chosen, the law of the country governs the contract, where the party who is to effect the characteristic performance. Mr. Sołtysinski seems to be an irreconcilable enemy of this practice, he discovers that this rule serves the interests of suppliers and exporters, i.e. of the economically stronger party. From the point of view of developing countries he is probably right. But it would be worth while to remind, that this rule of conflict was developed after the Second World War, in Switzerland, that can not be considered as an imperialist country. Moreover, this conflict rule serves the aims of interstate commerce in Western Europe, between countries that are on rather similar level of industrial development. If the criticism of Mr. Sołtysinski is pertinent in connection with links North-South, it is less convincing in connection with agreements where both parties are subjects of Western European countries.

Under these aspects it seems doubtful, whether the interest of the developing countries is really served, advising them to fight for applicability of their own law, if they failed to stipulate about it in the agreement itself. We are sceptic in this point. Nevertheless, we can follow the idea of Mr. Sołtysinski when he says that in many cases the forum must apply its own legal and economic value judgements. Moreover, he admits too, that it would also encompass situations where the objective centre of gravity of the contract would be located outside the country of the situs of the licensee. That means that he do not claim for an absolute value concerning his proposal, this is an objectivity that a good scholar must have.

Whatever should be the solution: the applicability of the law of the licensor or licensee, it is reassuring to state that relating to other agreements, accompanying the main agreement /such as on know-how, engineering, independent technical services etc./ i.e. the legal environment of the transfer of technology, Mr. Sołtysinski takes position for the same conflict of law rules as to the transfer of technology agreements, i.e. he dissuades from break up the complexity of the situation in a series of agreements governed by laws of different countries.

The second part of the work on jurisdiction /choice of forum/ is more traditional and in this context Mr. Sołtysinski

is not so revolutionar: he does not propose stipulations choosing as forum Arbitration Courts in developing countries. But once more he does not disguise his hostility for the Swiss, he says that Stockholm, Vienna, Paris and many United States fora are more neutral in the context of transfer of technology disputes than Switzerland.

When resuming we have to stress that Mr. Sołtysinski has incontestable merits in situating himself mentally on the place of developing countries and considering their economic interests as his owns, when choosing the applicable law for transfer of technology. It is a good thing, that an appreciated scholar, formed under socialist law, engaged himself to perform such an intellectual work, why as well in their economy as in their social structure socialist countries are nearer to the problems of the developing countries than developed capitalist countries. Therefore, legal assistance of a qualified socialist lawyer, can be extremely useful for them and perhaps even exemplary for other socialist authors.

S. Vida

VACCA, L.: CONTRIBUTO ALLO STUDIO DEL METODO
CASUISTICO NEL DIRITTO ROMANO
/Contribution to the study of the casuistical method
in the Roman law./ In: Università di Cagliari,
Pubblicazioni della Facoltà di Giurisprudenza,
vol. 19, Giuffrè ed. Milano,
1982. IV+190 p.

Letizia Vacca treats in her book a subject falling essentially within the sphere of comparative law. She refers to the frequent parallelisms of the Roman law solution and that of the English law already in the introduction. The elaboration of this domain of questions of highly complex character is of outstanding importance also in respect of the history of sciences. It is an "attribute" of Roman law that it is jurisprudential law /diritto giurisprudenziale/. The interpretation of the notion of jurisprudential law is, however, different, according to the scientific school the research worker, making the interpretation belongs to. According to Savigny, the conceptual particularity of the Juristenrecht is the systematization, or more precisely, the tendency-like orientation thereto. This attitude is expressed especially significantly in the "System des heutigen römischen Rechts". This range of problems is investigated from quite an other side by Jhering who is a declared opponent to legal positivism. With Jhering - and this refers of all to the Geist des römischen Rechts auf den verschiedenen Stufen seiner Entwicklung - the Roman law regarded as jurisprudential law has actuality in methodological and ideological respects. The jurisprudential law character of ius Romanum is stressed in a highly grave form by Koschaker /Europa und das römische Recht/ who sees in this law the efficient type of counter-ideal of the legal positivism raised into absolute

heights. Koschaker, regarding the Roman law as "Juristenrecht", emphasizes the marked opposition to English law. English law is namely unambiguously a "judge made law", which renders obvious the diametrical difference between the two laws. The ius Romanum has never been – in either of the phases of its development, its history – a precedent law. These statements of Vacca rely on the results of an abundant secondary literature. We refer only notice-like to the works of Buckland, McNair, Schiller, Dawson, Van Caenegem, Pringsheim and Peter, upon which the Italian author relied.

The author emphasizes that the jurisprudential law character of Roman law is perceptible and can be properly documented in each stage of its development. The reason thereof is, among others, that between pontifical law /jurisprudence/ and lay jurisprudence continuity is evident. Analyzing the judge-made-law character of the Common Law, Vacca points to the particular historical and, last but not least, ideological characteristics, specificities of the development of this law. She analyzes in detail the history of the rule of "stare decisis". In this connection she refers also to some specialities of the English ius consuetudinarium. She stresses further on, that in the English law /see e.g. leg. Henr. IX,9./ the interpretation of the laws occurs in an extremely elastic manner. The judge is much less bound to the laws, more precisely to their wording, than to the previous rulings of the court. Bracton /De legibus et consuetudinibus Angliae/ is practically the first – though the traces of this attitude manifest themselves previously with Glanvill – who supports also theoretically the obligatory "vigor" of the precedents. This shows itself in especially pronounced form in his thesis "... Si tamen similia evenerint, per simile iudicentur, cum bona est occasio a similibus procedere ad similia". De legib. f.1 b/. In connection with the analysis of this range of questions, Vacca points also to the fact that with the precedents "ratio decidendi" and "obiter dicta" were not separated for long centuries. In the relation of the "stare decisis" the second period is stamped by the collections connected to the names of Plowden and Coke. The collection published "non-officially" in 1866 is a significant station being connected to the Incorporated Council of Law Reporting. The author underlines that the "stare decisis" gains a significant role in the up-to-date development of English law. As a matter of course, the distinction between "ratio decidendi" and "obiter dicta" is already marked in the modern judiciary and this distinction imposes often a serious task on the one, applying the law, as referred to frequently also by the literature /see the works of Montrose, Simpson, Derham, Allen, Cross and Paton/. Following this survey, the author investigates the historical and ideological components of the English case law, referring – among others – to the statement of Melancton, originating from 1525, giving evidence of a not negligible akribia. According to the conclusion of Vacca the "stare decisis" may be attributed lastly to the fact that the most significant element of English law has been the activity of the judge already since the beginning of the early Middle Ages, having been called by Dawson, not by chance, the "oracle of the law".

In the second chapter of the book, Vacca analyzes the relevance of judicial precedents in Roman law. Surveying legal and not legal sources, the author deals with the significance of the precedents. In this respect the law of succession is especially significant, so to say is of paradigmatic significance. In connection with some legal institutions, such as the querela inofficiosi testamenti and the compensatio, she refers to the importance of previous decisions. The importance manifests itself, of course, in the recognition of the normative power of certain legal principles. Vacca deals also in detail with the problems of ius singulare. In case of the ius singulare - i.e. in case of the franchise - the "in aliis similibus" is a notion to be interpreted very cautiously.

The author thoroughly analyzes the occurrence of "res iudicatae" in the rhetorical sources. In this respect a special importance can be attributed to the Rethorica ad Herennium which can be considered practically a separate tractate as for the application and reputation of res iudicatae. Not less significant are some works of Corpus Ciceronianum although in this range Vacca analyzes only one passage of Topica /5.28/ in detail. The author comes to the conclusion that though neither res iudicatae nor responsa prudentium may be considered to have had a binding force, their character as sources of law is, however, unquestionable, just in the age of the republic. This problem requires, however, - as concluded correctly by the author - the raising of questions of serious theoretical emphasis. In this connection Cicero's De re publica is not of minor importance /especially significant is in this respect the passage stressing the "ingenium" of Roman jurists /De rep. 2.1. 2.//.

In the third part of the book the author investigates the precedent in the range of the casuistical jurisdiction. First of all, she deals with the aspects of the history of jurisdiction /with the problems of ius dicere/. This part of the book is in fact the summary of some literary attitudes. Vacca analyzes in more details the conceptions of Kaser, Giuffredi and Orestano.

In the next chapter of the work the author goes thoroughly into the question of the casuistical method in the responses of the jurisconsults and in the imperial edicts. In this relation the ius respondendi obtains an outstanding role. Vacca studies closely one of the well-known fragments of Pomponius, much discussed in the literature /"... post hic deinde auctorum successione dicemus, quod constare non potest ius nisi sit aliquis iuris peritus per quem possit cotidie in melius produci." - D.1.2.2.13./.. The Roman jurisconsult is fully aware of the circumstance that the continuity and uniformity of casuistical decisions may ensure the coherence and, at the same time, the efficiency of the law. This is unambiguously referred to by the expression "successio auctorum" of the source. In the literature Bretone adverts to the close connection between "cognoscere originem iuris" and "dicere de successione auctorum". It follows therefrom, namely, that the development process of the law can be identified with the history of the jurisprudence - let us add, that in a certain phase of the development of the Roman law. The opinion of Scialoja is worth

mentioning, according to which the Pomponius' fragment in question may be also interpreted so that for the Roman jurisconsults the law is not as object to be discovered but in a sense it is the basis for the further development. In connection with the ius respondendi ex auctoritate principis Vacca points out that this means in fact the formal legitimation of the responsum – and this opinion is shared by us, too. Following Cannata, the author emphasizes that the right to give responsum with imperial authority is practically an efficient instrument of the control above the sources of law of the state. The author offers a good survey of the literary attitudes relating to ius respondendi. A special value of this survey is that Vacca points always convincingly to the weak points of the various conceptions – this relates especially to the views of Bretone and De Visscher. A valuable part of this chapter is the dissertation on the essence of the regulation based on the analysis of the sources, on the one hand, and of the secondary literature, on the other hand. In connection with the well-known thesis of "non ex regula ius sumatur, sed ex iure quod est regula fiat" the author comes to the conclusion that it contains an expressis verbis criticism of the normative rule. Hereinafter, the author points out, why the adoption of "stare decisis", as it is known in English law, cannot be under discussion in the relation of the responsa – even after the evolution of the ius respondendi ex auctoritate principum. In the later part of the chapter Vacca deals with the questions of the application of the imperial prescriptions and decrees /rescripta and decreta/ to analogous cases. She adverts to the fact that the role of these sources of law was different in various phases of the period of the Empire. In the age of the absolute monarchy the rescripta and decreta constitute to an even increasing degree /see the conception of Volterra/ the constant and exclusive – or nearly exclusive – sources of the law. The application to analogous cases of the rescripta and decreta can be well documented in several sources /P. Strassb. 22, Plinius Ep. X.96/97/, X. 112, Fronto Ep. ad M. Caesarem l.6., Frag. Aug. 31./. The value of these documents consists also in that they often point to the "drawbacks" of the analogous application – it is especially true of the cited epistle of Fronto.

In the last chapter of the book the author formulates her conclusions. The work is completed by an appendix in which Vacca deals with the aequitas as an element of the method of the Roman jurisprudence. The author regards the aequitas as the internal criterium of the interpretatio, which is also in our opinion plausible.

To sum up, it may be stated that the work of Letizia Vacca is a valuable contribution to the comparative analysis of the casuistical method. The book can reckon with reason on the interest of the scientists of Roman law, civil law and comparative law.

G. Hamza

BIBLIOGRAPHIA

HUNGARIAN LEGAL BIBLIOGRAPHY

1987 2nd PART

Edited by Katalin B. Veredy.

This bibliography contains legal works of Hungarian authors issued as monographs in Hungary between the 1st of July and the 31st of December 1987, material of periodicals (articles) and studies published in collective works.

The material for the period 1945-1965 is resumed in the following publication: Bibliography of Hungarian legal literature, 1945-1965. Budapest, Akadémiai Kiadó, 1966. 315 p.

The material published from the 1st of January, 1966 is currently processed half-yearly in the Acta Juridica, beginning with the Tomus 8, 1966. Nos 3-4.

Periodicals processed in this bibliography:

ÁI 5-12/1987; HLR 1-2/1985. [1987.]; JK 5-10/1987; MTud 6-12/1987; OVPr 1-2/1985. [1987.]; RDH 1-2/1985. [1987.]; Társadkut. 2-3/1987; TSZ 7-12/1987.

Abbreviations of periodicals and other abbreviations see in the Acta Juridica, Nos 1-2 of 1972.

Collective works processed in this bibliography and their abbreviations:

Dolg. állam- és jogtud.köréből.18.évf. = Dolgozatok az állam- és jogtudományok köréből. 18. évf. Szerk. Ádám Antal. Kiad. a Janus Pannonius Tudományegyetem, Állam- és jogtudományi kara. [Studies from the field of the legal and administrative sciences. Vol.18.] Pécs, Pécsi Szikra ny. 1987. 289 p.

Droit constitutionnel hongr. = Études de droit constitutionnel hongrois. Rapports nationaux préparés pour le 2^e Congrès

Bibliographia

mondial de l'Association internationale de Droit constitutionnel. Paris, Aix-en-Provence. 1987. Réd. Rácz Attila. [Publ.] Institut des Sciences juridiques et politiques de l'Académie des Sciences de Hongrie. [Studies in Hungarian constitutional law. National reports for the 2nd World Congress of the International Association of Constitutional Law. Paris, Aix-en-Provence, 1987.] [Bp. mimeogr.] 1987. 182, [2] p.

Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. = Jogtörténeti tanulmányok. Egyetemi segédkönyv. 6. [köt.] Szerk. Benedek Ferenc - Szita János. [Studies in the history of law. Auxiliary university textbook. Vol. 6.] Bp. Tankönyvkiadó, 1986. 409, [2] p.

JogtörtSZ 2.sz. 1987. = Jogtörténeti Szemle. Az Eötvös Loránd Tudományegyetem Állam- és jogtörténeti tanszékének közleményei. 2. [sz.] 1987. Szerk. Révész T[amás] Mihály. [History of Law review. Institute for the History of Hungarian State and Law of the Loránd Eötvös University. Publication No. 2.] Bp. [mimeogr. 1987.] 150, [2] p. 7 t.

Krim. tanulm. 24. köt. = Kriminológiai és kriminalisztikai tanulmányok. 24. [köt.] Szerk. Gödöny József. Közzéteszi az Országos Kriminológiai és Kriminalisztikai Intézet. [Studies in criminology and criminalistics. Vol. 24.] Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 419 p.

Legal development and comp. law. = Legal development and comparative law - Évolution du droit et droit comparé. 1986. Selected essays for the 12th International Congress of Comparative Law. [Sydney-Melbourne, August 18-27, 1986.] Ed. Péteri Zoltán - Lamm Vanda. Bp. Akadémiai Kiadó, 1986. 329 p.

ВЕНГЕРСКАЯ КРИМИЧЕСКАЯ БИБЛИОГРАФИЯ

1987, 2-я ЧАСТЬ

Библиографию составила К. Балаж-Вереди.

Настоящая библиография содержит в себе самостоятельные юридические издания, материалы опубликованные в сборниках за

Bibliographia

время от 1 июля до 31 декабря 1987 г.

Материалы от 1945 до 1965 гг. опубликованы:

Bibliography of Hungarian Legal literature. 1945-1965.

[Библиография венгерской юридической литературы. 1945-1965.]

Budapest, Akadémiai Kiadó, 1966. 315 p.

Библиография материала, появившегося с 1 января 1966 г., публикуется последовательно по полугодиям в журнале Acta Juridica начиная с № 3-4 тома 8, 1966 г.

Разработанные журналы:

ÁI 5-12/1987; HLR 1-2/1985. [1987.]; JK 5-10/1987; MTud.

6-12/1987; OVPr 1-2/1985. [1987.]; RDH 1-2/1985. [1987.];

Társadkut. 2-3/1987; TSZ 7-12/1987.

Сокращение журналов и другие сокращения см. в журнале Acta Juridica в № 1-2 1972 г.

Разработанные сборники и их сокращения:

Dolg. állam- és jogtud.köréből. 18.évf. = Dolgozatok az állam- és jogtudományok köréből. 18.évf. Szerk. Ádám Antal. Kiad. a Janus Pannonius Tudományegyetem, Állam- és jogtudományi kara. [Научные записки по вопросам государственной и юридической науки. Pécs, Pécsi Szikra ny. 1987. 289 p.

Droit constitutionnel hongr. = Études de droit constitutionnel hongrois. Rapports nationaux préparés pour le 2^e Congrès mondial de l'Association internationale de Droit constitutionnel. Paris, Aix-en-Provence. 1987. Réd. Rácz Attila. [Publ.] Institut des Sciences juridiques et politiques de l'Académie des Sciences de Hongrie. [Труды по венгерскому конституционному праву. Национальные доклады ко 2-ому Всемирному конгрессу Международной ассоциации конституционного права.]

[Bp. mimeogr.] 1987. 182. [2] p.

Jogtört.tanulm.6.köt.1986. = Jogtörténeti tanulmányok. Egyetemi segédkönyv. 6. [köt.] Szerk. Benedek Ferenc - Szita János.

Bp. Tankönyvk. 1986. 409, [2] p.

JogtörtSz 2.sz.1987. = Jogtörténeti Szemle. Az Eötvös Loránd Tudományegyetem, Állam- és jogtörténeti tanszékének közleményei. 2. [sz.] 1987. Szerk. Révész T[amás] Mihály. [Ученые

Bibliographia

записки по вопросам истории права. Публикация Института истории права Университета им. Л. Этвеша. № 2. 1987.]

Вр. [mimeogr. 1987.] 150, [2] p. 7 t.

Krim.tanulm.24.köt. = Kriminológiai és kriminalisztikai tanulmányok. 24. [köt.] Szerk. Gödöny József. Közzéteszi az Országos Kriminológiai és Kriminalisztikai Intézet. Исследования по криминологии и криминалистике. Том. 24.]

Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 419 p.

Legal development and comp.law. = Legal development and comparative law - Évolution du droit et droit comparé. 1986. Selected essays for the 12th International Congress of Comparative Law. [Sydney-Melburne, August 18-27, 1986.] Ed. Péteri Zoltán - Lamm Vanda. [Развитие права и сравнительное право-ведение.]

Вр. Akadémiai Kiadó, 1986. 329 p.

BOOKS OF REFERENCE - СПРАВОЧНЫЕ ИЗДАНИЯ

Practice of Courts - Судебная практика

Polgári jogi döntvénytár. Birósági határozatok. 10.köt. 1982-1985. Összeáll. Hartai László - Horeczky Károly - Magyar Árpád - Zoltán Ödön. Szerk. Csiky Ottó. [Case-book of civil law. Judicial resolutions. Vol. 10. 1982-1985. Сборник решений по гражданским делам. Судебные решения. Том 10. 1982-1985 гг.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 590, [2] p.

Scientific Records - Сборник статей

Dolgozatok az Állam- és jogtudományok köréből. 18. évf. Szerk. Ádám Antal. Kiad. a Janus Pannonius Tudományegyetem Állam- és jogtudományi kara. [Studies from the field of the legal and administrative sciences. Vol. 18. Научные записки по вопросам

Bibliographia

государственной и юридической науки. Том 18.]

Pécs, Pécsi Szikra ny. 1987. 289 p.

Bibliogr. passim.

-- Dt. Zusammenfassung.

Legal development and comparative law - Évolution de droit et droit comparé. 1986. Selected essays for the 12th International Congress of Comparative Law. [Sydney - Melbourne, August 18-27, 1986.] Ed. Péteri Zoltán - Lamm Vanda. Развитие права и сравнительное правоведение.]

Bp. Akadémiai Kiadó, 1986. 329 p.

Bibliogr. passim.

Studies in English and French.

Bibliography - Библиография

Book - Книга

A magyar állam- és jogtudományi irodalom bibliográfiája. 1987.

1. [füz.] Összeáll. Balázsne Veredy Katalin - Orosz Ágnes.

[Közzéteszi az] Országgyűlési Könyvtár. [Lezárva:] 1987. jun.

30. [Bibliography of the Hungarian literature of the legal and administrative sciences. 1987. Part 1. Closed: June 30, 1987.

Библиография работ по государствоведению и юридическим наукам.

Часть I 1987 г. До 30 июня 1987 г.]

[Bp.] OK Soksz. [2], XIX, 135 p.

I. THEORY OF STATE AND LAW - I. ТЕОРИЯ ГОСУДАРСТВА И ПРАВА

Books - Книги

A biróság szerepe a jogalakításban. A Legfelsőbb Biróság, az Eötvös Loránd Tudományegyetem Állam- és jogtudományi kara által - a Magyar Tudományos Akadémia Állam- és Jogtudományi In-

Bibliographia

tézetének közreműködésével - rendezett tudományos értekezlet anyaga. [Budapest], 1986. nov. 10. Szerk. Czili Gyula. [The role of courts in the formation of the law. Proceedings of a scientific conference organized by the Loránd Eötvös University, the Supreme Court, with the contribution of the Institute of Legal and Administrative Sciences of the Hungarian Academy of Sciences. Budapest, November 10, 1986. Роль судов в развитии права. Материалы научного совещания. Будапешт, 10 ноября 1986 г.]

[Bp. mimeogr.] 1986. [1987.] [2], 105 p.

Bibliogr passim.

KULCSÁR Kálmán: Modernization and law. Theses and thoughts. [Transl.] Gáthy Vera. Publ. Hungarian Academy of Sciences Institute of Sociology. Модернизация и право.]

Bp. [mimeogr.] 1987. 198, [2] p.

Bibliogr. 181-198.

KULCSÁR Kálmán: Politikai és jogszociológia. [Political and legal sociology. Политическая и правовая социология.]

Bp. Kossuth Kiadó, 1987. 573, [2] p.

Bibliogr. 533-556.

SZABÓ Imre: Ember és jog. Jogelméleti tanulmányok. Sajtó alá rend. Péteri Zoltán. [Man and the law. Essaye on the theory of law. Человек и право. Теоретические статьи.]

Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 193, [2] p.

Bibliogr. passim.

SZOBOSZLAI György: Államiság és politikai rendszer. [Közzéteszi az] MSZMP KB Társadalomtudományi Intézete. [Statehood and political system. Государственность и политическая система.]

Bp. Kossuth Kiadó, 1987. 229, [2] p.

Bibliogr. passim.

Bibliographia

Articles - Статьи

BÁNYAY László: Axiológia és jog. Jugoszláv-magyar módszertani konferencia az MTA ÁJI-ban. [Budapest, 1986. nov. 4-7] [Law and axiology. Budapest, November 4-7, 1986. Аксиология права - методологическая конференция ученых-юристов ВНР и СФРЮ в Институте государства и права ВАН.]
JK 5/87:265-266

CSANÁDY Dániel: Modernizáció, jog, komparatiztika. [Modernization, law, comparison. Модернизация - право - компаративистика.]
JK 6/87:326-329.

HAMZA Gábor: Comparaison de droits et droit naturel. [Comparison of legal systems and the law of nature. Сравнительное право и естественное право.]
= Legal development and comp. law. 1986. 57-61.

HOLLÓ András: A normatív utasítás jogforrási jellegéről. [The normative order as legal source. Нормативное указание в системе источников права.]
ÁI 7/87:636-644.

PÉTERI Zoltán: Juridical inflation and development of norms. Инфляция правотворчества и развитие норм.]
= Droit constitutionnel hongr. 1987. 99-114.

PÉTERI Zoltán: Doctrine as a source of the international unification of law. Доктрина как источник международной унификации права.]
= Legal development and comp. law. 1986. 11-34.

SAMU Mihály: A kultúra és a jog; a jogi kultúra. [The culture and the law; the legal culture. Культура и право; правовая культура.]

Bibliographia

JK 8/87:383-389.

SCHLETT István: Közelítések a politikai rendszer reformjához. [Approaches to the reform of the political system. Подходы к реформе политической системы.]

TSZ 7/87:41-53.

SOLT Kornél: A nyelv határozatlansága és a jogalkalmazás. [Inappropriateness of language and application of law. Языковая неопределенность и правоприменение.]

JK 7/87:393-395.

SZALAY Péter: Praetor ius facere non potest (?!) avagy tanácskozás a bíróságok jogalkotásban betöltött szerepéről a Legfelsőbb Bíróságon. [Budapest, 1986. nov. 11. "Praetor ius facere non potest" (?!) - conference about the role of the courts in the formation of the law at the Supreme Court. Budapest, November 11, 1986. Praetor ius facere non potest (?!) - совещание в Верховном Суде о роли судов в формировании права.]

JK 5/87:262-265.

VARGA Csaba: A jog mint történelem. [Law as history. Право как история.]

= JogtörtSZ 2. sz. 1987. 65-73.

II. STATE LAW. CONSTITUTIONAL - II. ГОСУДАРСТВЕННОЕ ПРАВО

LAW

Books - Книги

BIHARI Ottó: Államjog. /Alkotmányjog./ Egyetemi tankönyv. 2. kiad. [State law. Constitutional law. University textbook. 2nd ed. Учебное пособие для вуз-ов. 2-ое изд. Государственное право.]
Bp. Tankönyvkiadó, 1987. 360 p.
Bibliogr. 351-356.

Bibliographia

Études de droit constitutionnel hongrois. Rapports nationaux préparés pour le 2^e Congrès mondial de l'Association internationale de Droit constitutionnel. Paris, Aix-en-Provence 1987. Réd. Rácz Attila. [Publ.] Institut des Sciences juridiques et politiques de l'Académie des Sciences de Hongrie. [Studies in Hungarian constitutional law. National reports for the 2nd World Congress of the International Association of Constitutional Law. Paris, Aix-en-Provence, 1987. Труды по венгерскому конституционному праву. Национальные доклады ко 2-ому Всемирному конгрессу Международной ассоциации конституционного права.] [Bp. mimeogr.] 1987. 182, [2] p. Bibliogr. passim. Studies in French and English.

Articles - Статьи

ÁDÁM Antal: Az alapjogok, különösen a szabadságjogok alkotmányi szabályozásának fejlődési irányairól. [Trends of development of the constitutional regulation of the fundamental rights, and human rights in particular. Основные права граждан - о тенденциях конституционного развития основных свобод.] = Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18.évf. 1987. 5-39.

ÁDÁM Antal: La définition constitutionnelle des droits et des libertés. [Constitutional definition of human and civil rights. Конституционное определение прав и свобод.] = Droit constitutionnel hongr. 1987. 23-39.

ÁDÁM Antal: La decision en matière de controle de constitutionnalité. [Decisions concerning the checking of constitutionality. Предмет конституционного контроля.] = Legal development and comp. law. 1986. 245-273.

ÁDÁM Antal: Az egyesületek működésének néhány jellemzője és az

Bibliographia

egyesületi jog továbbfejlesztésének lehetőségei. [Some features of the operation of associations and possibilities of the development of association law. Некоторые характерные черты функционирования обществ, и возможности дальнейшего развития права об обществах.]

ÁI 7/87:577-587.

ANTALFFY György: A törvényességről szóló beszámoló tükrében. [On legality as it is reflected in two reports. О законности - в свете двух отчетных докладов.]

ÁI 6/87:532-535.

DEZSŐ Márta: Kié a képviselő? - avagy a képviselő-mandátum jellege. [Whos representative? The nature of the mandate of the representative. Кому принадлежит депутат? О характере депутатского мандата.]

JK 7/87:358-362.

DEZSŐ Márta: Gondolatok a választási lista szerepéről. [Thoughts about the role of electoral register. Размышления о роли выборного списка.]

TSZ 10/87:58-64.

FIAS Zoltán: A tanácsi jogi képviselet korszerűsítése. [The modernisation of the council-level legal representation. Совершенствование юридического представительства советов.]

ÁI 11/87:990-1000.

HORVÁTH Imre - KISS László: A jogalkotás időszerű kérdései. [Topical problems of the Hungarian legislature concerning the over-regulation problem. Актуальные вопросы правотворчества.]

ÁI 10/87:884-901.

KISS György: A tanácstagok összeférhetlenség és jogrendszerbeli összefüggései. [The incompatibility of the council members and its aspects concerning the legal system. Вопросы несовмес-

Bibliographia

тимости по работе членов совета, их место в системе права.]
ÁI 10/87:902-910.

KONRÁD Edit: L'affirmation des droits de l'homme dans les constitutions et les traités internationaux. [Confirmation of human rights in constitutions and international treaties. Права человека в конституциях и международных соглашениях.]
= Droit constitutionnel hongr. 1987. 168-182.

KOVÁCS István: En guise d'introduction. [A pretended introduction. Введение.]
= Droit constitutionnel hongr. 1987. 5-22.

KUKORELLI István: A parlamenti képviselők törvénykezdeményezési joga és részvétele a törvényelőkészítés folyamatában. [The right of Parliament Members to initiate legislation and participate in the process of the preparation of act. Право депутатов парламента на законодательную инициативу и их участие в процессе подготовки законодательных актов.]
ÁI 9/87:769-780.

KUKORELLI István: A parlamenti állandó bizottságok a törvényhozásban. [Standing committees in the Parliament. Постоянные комиссии Парламента в законодательной деятельности.]
JK 7/87:363-370.

MAVI Viktor V.: Solidarity rights or the third generation of human rights. Права солидарности или третье поколение прав человека.]
= Droit constitutionnel hongr. 1987. 65-87.

NIEDERHAUSER Emil: Nemzetiségi politika Magyarországon a felszabadulás óta. [The policy concerning national minorities in Hungary after liberation. Национальная политика в Венгрии в период после освобождения страны.]
TSZ 11/87:62-69.

Bibliographia

RÁCZ Attila: Protection of the fundamental rights of the citizens in Hungary. [Защита основных прав граждан в Венгрии.]
= Droit constitutionnel hongr. 1987. 40-64.

SCHMIDT Péter: Kötelező többes jelölés - az 1985-ös képviselőválasztások tükrében. [Compulsory multiple nomination - reflected by the 1985 member parliament elections. Система обязательного выдвижения нескольких кандидатов в свете депутатских выборов 1985 года.]
TSZ 10/87:48-57.

SOLTÉSZ István: Uj intézmények, vonások a lengyel államszervezetben. [New institutions and features in the Polish state organisation. Новые черты и институты в польском госаппарате.]
ÁI 12/87:1075-1087.

SZABÓ Lajos: A testületi munka fejlesztésének módszerei Veszprém megyében. [The methods of development of the organisational activity in the county of Veszprém. Методы развития коллегиальной работы в комитате Веспрем.]
ÁI 8/87:738-748.

TAKÁCS Albert: Rules of constitutional importance of emergency situation and measures in the Hungarian People's Republic. Чрезвычайное положение и меры, принимаемые при его наличии, в Конституции ВНР.]
= Droit constitutionnel hongr. 1987. 115-135.

TAKÁCS Imre: Les formes de participation des citoyens au fonctionnement de l'État en Hongrie. [Forms of participation of the citizens in the functioning of the state in Hungary. Формы участия граждан в деятельности государства.]
= Droit constitutionnel hongr. 1987. 136-145.

TAKÁCS Imre: Az Októberi Forradalom és a népi demokráciák al-

Bibliographia

kormányai. [The October Revolution and the constitutions of people's democracies. Октябрьская революция и конституции народных демократий.]

ÁI 11/87:975-980.

VEREBÉLYI Imre: A tanácsönkormányzat kibontakozásának irányai. [Directions of the development of council-level selfgovernment. Направления развертывания самоуправления советов.]

ÁI 5/87:385-409.

ZONGOR Gábor: Tanácstagok és tisztségviselők. [Council members and officials. Депутаты советов и должностные лица.]

ÁI 7/87:624-635.

III. ADMINISTRATIVE LAW - III. АДМИНИСТРАТИВНОЕ ПРАВО

Books - Книги

Energiagazdálkodási jogszabálygyűjtemény. 1-2.köt. [Összeáll.]
Kovács Ibolya - Farkas László. [Kiad] MÁV Vezérigazgatóság.
Lezárva: 1986.aug.22. [A collection of statutory rules on power management. Vols 1-2. Closed: August 22, 1986. Сборник правовых актов в области энергетического хозяйства. Том 1-2.]
Bp. [mimeogr.] 1987. 489, 465 p.

ENYEDI György: Település és társadalom. Műhelytanulmány. [Közvetéssel az] MSZMP KB Társadalomtudományi Intézete. [Settlements and society. Workshop study. Поселок и общество.]

Bp. Kossuth Kiadó, 1986. 106, [2] p.

/Helyi társadalom 4./

Bibliogr. 101-103.

-- Русск. содерж; Eng. summary.

Az építőipari tevékenységre vonatkozó jogszabályok gyűjteménye.

Bibliographia

3-4.[köt.] Összeáll. Nyikos Lajos. Szerk. Loór Péter. [Közzéteszi az] ÉGISZ Consulting - Tanorg. [A collection of statutory rules bearing upon housing activity. Vols. 3-4. Сборник правовых актов по вопросам строительства. Том 3-4.]
Bp. [mimeogr.] 1987. 159, 217 p.

I[nternational] F[ederation for] I[nformation] P[rocessing] TC 8 Conference on governmental and municipal information systems Budapest, September 8-11, 1987. [Publ.] John von Neumann Society for Computing Sciences. Материалы конференции, посвященной вопросам центральных и местных информационных систем. Будапешт, 8-11 сентября 1987 г.]
[Bp. mimeogr.] 1987. XIV, 575, [2] p.
Bibliogr. passim.

Ipari jogszabályok gyűjteménye. 1-2. köt. Szerk. Dankó János. Lezárva: 1986.dec.31. [A collection of statutory rules related to industry. Vols. 1-2. Closed: December 31, 1986. Сборник нормативных актов по вопросам промышленности. Том 1-2.]
Bp. közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 972, [4, 8], 985-1727 p.

MADARÁSZ Tibor: Közigazgatás és jog. [Public administration and law. Государственное управление и право.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 433p.
Bibliogr. 378-402.

Neue Rechtsvorschriften über das Liquidationsverfahren und die staatliche Sanierung von Wirtschaftsorganen. Red. Sieber Edit. [Recent legal provisions on the procedure of liquidation and the winding-up of economic organizations by the state. Новые нормативные акты о ликвидации и санации предприятий.]
Bp. [mimeogr.] 1987. 61 p.
/Justizministerium, Hauptabteilung für Wissenschaft und information. Publikationen 20./

New rules of winding up and economic rehabilitation of enter-

Bibliographia

prises. Red. Sieber Edit. Новые нормативные акты о ликвидации и санации предприятий.]

Bp. [mimeogr.] 1987. 61 p.

/Ministry of Justice, Department of Science and Information. Publications 19./

Order No. 21/1986.(VI.2.) issued by the Council of Ministers in subject of clean air. - Regulation No. 4/1986.(VI.2.) OKTH of the President of the National Authority for Environment Protection and Nature Conservation on the execution of the order. No. 21/1986. (VI.2.) MT regarding the protection of clean air. [Ed.] Persányi Miklós. Publ. Department for Information and Education of the Hungarian National Authority for Environment Protection and Nature Conservation. [Постановление № 21/1986 г. Совмина об охране чистоты воздуха. - Положения председателя Государственного ведомства по охране окружающей среды № 4 от 2 июня 1986 г. об исполнении постановления Совета Министров ВНР № 21 от 2 июня 1986 г. об охране чистоты воздуха.] [Bp.] Alsónémedi ny. [1987.] 18, [2] p.

Postai beruházásokat érintő legfontosabb jogszabályok. 4.köt. Beruházásokhoz kapcsolódó jogszabályok. 1986. [Közzéteszi a] Posta Beruházó-és Tervezőintézet. [Substantial statutory rules bearing upon investments of the Post. Vol.4. Statutory rules related to investments. 1986. Нормативные акты о капиталовложениях в отрасли связи.] [Bp. mimeogr.] 1987. 684-759, [6] p.

Постановление № 21/1986 г. Совмина об охране чистоты воздуха. Положения председателя Государственного ведомства по охране окружающей среды № 4 от 2 июня 1986 г. об исполнении постановления Совета Министров ВНР № 21 от 2 июня 1986 г. об охране чистоты воздуха. Издат. Миклош Першани. Изд. Управление Внешних Сношений Государственного Ведомства по охране окружающей среды и природы. [Order No. 21/1986.(VI.2.) issued by the Council of Ministers in subject of protection of clean air. Regu-

Bibliographia

lation No. 4/1986.(VI.2.) OKTH of the President of the National Authority for Environment Protection and Nature Conservation on the execution of the order No. 21/1986.(VI.2.) MT regarding the protection of clean air.]

[Bp.] Alsónémedi ny. [1987.] 21, [2] p.

A szocialista gazdaság irányításának néhány magyarországi tapasztalata. Szerk. Garam József - Varga György. [Experiences with the direction of socialist economy in Hungary. Венгерский опыт управления социалистической экономикой.]

[Bp.] Kossuth Kiadó, 1987. 276, [2] p.

VEREBÉLY Imre: A tanácsi önkormányzat. [Council autonomy. Самоуправление советов.]

Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 432 p.

Bibliogr. 411-432.

Articles - Статьи

ÁBEL József: A munkaerő-gazdálkodás ujszerű tanácsi feladatai.

[New council-level tasks of labour force management. Новые задачи советов по хозяйствованию рабочей силой.]

ÁI 7/87:662-666.

Act VI of 1977 on state enterprises. [Закон № VI от 1977 г.

"О государственных предприятиях".]

HLR 1-2/85:19-40.

ÁRVAY Árpád: A közigazgatási változások hatása az apparátusra és munkájára. [The effect of public administrative changes on the staff and its work. Действие административных изменений на аппарат и его работу.]

ÁI 6/87:516-524.

ÁSVÁNY Lajos: A közterület-felügyelet működésének tapasztalatai

Bibliographia

Pécsett. [The experiences of the activities of public area control in the city of Pécs. Опыт по инспекции публичных мест в г. Печ.]

ÁI 9/87:831-837.

BALÁZS Andrásné - NAGY Lászlóné: A hatósági árellelőrzésről. [The experiences of the official price supervision. Контроль цен со стороны органов власти.]

ÁI 10/87:952-958.

BALÁZS István: A helyi és a területi önkormányzatok pénzügyi rendszere Franciaországban. [The financial system of local and territorial autonomous bodies in France. Финансовая система местных и территориальных самоуправлений во Франции.]

ÁI 8/87: 702-716.

BALÁZS István: A minisztériumi titkárságok helye és szerepe a minisztériumi szervezetben. [The place and the role of the secretariat in the organization of ministries. Место и роль секретариатов министерств в структуре министерств.]

JK 7/87:371-375.

BARABÁS Bertalan: A rendszeres és a rendkívüli segélyezés törvényességi tapasztalatai. [The legality experiences of the regular and extraordinary welfare support. Опыт в области соблюдения законности при оказании систематической и внеочередной помощи нуждающимся.]

ÁI 8/87:762-768.

BART Veronika: A bíróság által felülvizsg lható lakásjogi határozatokról. [Dwelling right decisions to be supervised by courts. О постановлениях по жилищному праву, подлежащих обжалованию в суд.]

ÁI 13/87:1114-1119.

BARTÓK Irén: A tanácsi bizottságok helyzete, tevékenységük to-

Bibliographia

vábbfejlesztésének lehetőségei. [The situation of council commissions, the possibilities of their further development. Положение комитетов советов, возможности дальнейшего развития их деятельности.]

ÁI 5/87:467-480.

BARTÓK [Iréen] - KARA [Pál] - KÖKÉNYESI [József]: A városkörnyéki igazgatási rendszer működési tapasztalatai. [Operational experiences of the suburban administrative system. Опыты по функционированию системы управления в агломерации.]

ÁI 5/87:426-439.

BERÉNYI Sándor: Le mécanisme des reformes administratives. [The mechanism of administrative reform. Механизм административных реформ.]

= Legal development and comp. law. 1986 275-297.

BIHARI István: A tanácsok ifjúsági feladatai. [The youth-care tasks of councils. Задачи советов по работе с молодежью.]

ÁI 9/87: 838-845.

BODA János: Győr közreműködői szerepe a községek irányításában. [The city council organs of the city of Győr with county-level competence the prevalence of their role as contributions in the management of the villages. Роль г. Дьер в управлении селами.]

ÁI 10/87:929-935.

BOSÁNSZKY Lajos: Javaslat az állami felügyelet egységes rendszerére. [Proposal for the uniform system of state supervision. Предложение о введении единой системы государственного надзора.]

ÁI 12/87:1062-1074.

BOZSÓ Péter: A tanácsi kirendeltségek államigazgatási ügyintézése. [The public administrative activity of the council dependencies. Административное делопроизводство представительств

Bibliographia

советов.]

ÁI 8/87:729-737.

BUDZSÁKLIA Mátvás: Uj körülmények - új feladatok a tanácsok működésének elvi-politikai befolyásolásában. [New conditions - new tasks in the theoretical-political influencing the activities of the councils. Новые обстоятельства - новые задачи по принципиально-политическому влиянию на функционирование советов.]
ÁI 8/87:673-683.

CSÉPAINÉ SZÉLL Pálma - FOGARASI József: Gondolatok a közigazgatási karrierrendszer továbbfejlesztéséről. [Ideas on the development of the system of careers in public administration.

О дальнейшем развитии системы служебного продвижения служащих в публичной администрации.]

ÁI 12/87:1099-1106.

CSIBA Tibor: Közigazgatásunk néhány dilemmája. [Some dilemmas of our public administration. Некоторые проблемы нашей публичной администрации.]

ÁI 10/87:911-919.

FICZERE Lajos: A kormányzati gazdaságirányítás funkciói. [The functions "governing" economic management. Функции правительственного управления хозяйством.]

JK 7/87:333-340.

GULYÁS Antal - PÁLFAI Imre - BIHARI István: Csongrád megye vízgazdálkodásának hosszú távu koncepciója. [A long-term concept for the water economy management of Csongrád county. Долгосрочная концепция развития водного хозяйства в комитате Чонград.]
ÁI 12/87:1126-1130.

GYŐRPÁL Elemér - LÁSZLÓ Józsefné: A megyei és a községi tanácsszervek kapcsolata Baranya megyében. [The connection between county and community level council organs in Baranya county.

Связь между комитатскими и сельскими органами советов в коми-

Bibliographia

тате Бараня.]

ÁI 12/87:1088-1098.

HORVÁTH János: A környezet- és természetvédelmi szakbizottság munkája Vas megyében. [The activity of the special committee for environmental and natural protection in Vas county. Деятельность специальной комиссии по охране окружающей среды и природы в комитате Ваш.]

ÁI 9/87:825-830.

IMRE Miklós: Az építési engedélyezés továbbfejlesztésének lehetőségei. [The possibilities of further development of construction permits. Возможности дальнейшего развития порядка разрешения строителств.]

ÁI 9/87:802-807.

KARA Pál: Gondolatok a kétszintű tanácsigazgatásról. [Ideas on the twolevel council administration. О двухстепенном управлении в органах советов.]

ÁI 5/87:410-425.

KARA Pál: Az igazgatási társulások jelene és jövője. [The present and future situation of the administrative associations. Настоящее и будущее объединений по управлению.]

ÁI 8/87:684-701.

KILÉNYI Géza: A kormányzati tevékenység továbbfejlesztéséről. [About the further development of government activities. О дальнейшем развитии правительственной деятельности.]

TSZ 8-9/87:54-63.

KÓBOR Jozsef - Sebők Tünde: Az egészségügyi intézmények integrációjának tapasztalatai Baranya megyében. [Experiences of the integration of health institutions in Baranya county. Опыты по интеграции учреждений здравоохранения в комитате Бараня.]

ÁI 12/87:1107-1113.

Bibliographia

KOMÁROMI László - MAGYAR Rezső: A felülvizsgálati eljárások tapasztalatai Vas megyében. [The experiences of supervisory procedures in Vas County. Обобщение процессуальных вопросов надзорной деятельности в комитате Ваш.]

ÁI 11/87:1022-1030.

KOVACSICS József: Helynevek és a közigazgatás. [Names of localities and public administration. Наименования местностей и административное управление.]

ÁI 6/87:550-556.

KÖKÉNYESI József: A végrehajtó bizottságok helyének és szerepének perspektívája. [The perspective of the status and role of executive committees. Перспективы места и роли исполнительных комитетов.]

ÁI 7/87:600-614.

LEHOCZKY László: A tanácsi gazdaság fejlődési tendenciái, tervezési feladatok. [Development trends of the council managed economy and current tasks of planning. Тенденции в развитии хозяйства советов, актуальные задачи по планированию.]

ÁI 10/87:878-883.

Loi no VI de l'an 1977 portant sur les entreprises d'état.

[Act VI of 1977 on state enterprises. Закон № VI от 1977 г. "О государственных предприятиях.]

RDH 1-2/85:25-50.

LŐRINCZ Lajos: A közigazgatás szerepkörének tükröződése a magyar alkotmányban. [The reflection of the role of public administration in the Hungarian constitution. Роль государственного управления в Конституции ВНР.]

JK 7/87:340-351.

MÉRI Sándor - VÉCSEY László: Gazdálkodás a nem lakás céljára szolgáló helyiségekkel. [Management of premises serving non-

Bibliographia

habitation usage. Хозяйствование нежилищными помещениями.]
ÁI 7/87:657-661.

MIHAJLOV, Dobromir: Változások a bolgár központi és helyi államhatalmi és államigazgatási szervrendszerben. [Changes in the system of Bulgarian central and local state and administrative bodies. Изменения в болгарской системе центральных и местных органов государственного управления.]
ÁI 11/87:981-989.

MIHOLICS Tivadar: A munkajogviszony létesítése, módosítása és megszüntetése az államigazgatási szerveknél. 1-2.r. [The creation, modification and termination of labour relation at the public administrative organs. Part 1-2. Создание, изменение и прекращение трудовых правоотношений в системе органов государственной администрации.]
ÁI 8/87:717-728., 9/87:792-801.

NEMES Zoltán: A párt és a gazdasági irányítás. [The party and the economic management. Партия и хозяйственное руководство.]
JK 7/87:351-358.

NÉMETH József: Hozzászólás [Mészáros József:] A tanácsi szabálysértési ügyintézés [helyzete és továbbfejlesztésének feladatai] című cikkéhez. [Comments to the article of József Mészáros on the settlement of petty offences by the councils. Замечания по поводу статьи об усовершенствовании администрации советов в области правонарушений.]
ÁI 7/87:671-672.

PÁRICSI Viktor: A minisztériumi és az interminiszteriális bizottságok a döntés-előkészítés folyamatában. [The role of the ministerial and interministerial commissions in the preparation of decisions. Ведомственные и межведомственные комиссии в процессе подготовки решений.]
JK 7/87:376-382.

Bibliographia

PERSÁNYI Miklós: A környezetvédő társadalmi aktivitás feltételei és gyökerei. [Roots and conditions of social activities for the protection of the environment. Условия и корни общественной активности по охране окружающей среды.]

JK 5/87:239-248.

PÉTERI Gábor: A tanácsi intézményi gazdálkodás feltételei. Helyzetkép és javaslat a közoktatás példáján. [The conditions of the management of the council institutions. Предпосылки хозяйствования учреждений советов.]

ÁI 5/87:454-466.

PINTÉR István: Községi előljáróságok Vas megyében. [Community magistrates in Vas county. Сельские управы в комитате Ваш.]

ÁI 11/87:1015-1021.

PLATTHY Iván: A Művelődési Minisztérium tanácsi kapcsolatainak, ellenőrzéseinek új gyakorlata. [New practice of the council-level relations and control activity of the Ministry of Culture. Новое в взаимоотношении Министерства культуры с советами и в его контрольной деятельности.]

ÁI 7/87:594-599.

POLGÁR Tibor - SINKA József: Demokratizmus és szakszerűség a közigazgatás személyzeti munkájában. [Democratism and technocratism in the personnel of public administration. Демократизм и профессиональность в кадровой работе органов государственного управления.]

JK 7/87:383-389.

SAJÓ András: Környezetvédelmi jogunk továbbfejlesztéséről. [On the improvement of our laws on the protection of the environment. О дальнейшем развитии венгерского природоохранительного права.]

JK 5/87:213-220.

SÓLYOM László: A környezeti kockázatok elosztásának néhány elő-

Bibliographia

kérdése. [Some preliminary questions on the distribution of environmental risks. Некоторые предвратительные вопросы распределения рисков окружающей среды.]

JK 5/87:221-226.

SOÓS Pál: A kistelepülések és külterületek kereskedelmi ellátása Szolnok megyében. [The commercial provision of small communities and suburbs in Szolnok county. Торговое снабжение мелких населенных пунктов и периферий городов в комитате Сольнок.]

ÁI 11/87:1031-1037.

SZABÓ Gábor: Balatonakarattyai ankét az igazgatási társulások működésének tapasztalatairól és továbbfejlesztésük lehetőségeiről. [1987. máj.6. Discussion at Balatonakarattya on the experiences of the operation of administrative associations and the changes of their further development. Совещание в Балатонакаратья об опыте функционирования административных объединений и о возможностях их развития.]

ÁI 11/87:1047-1052.

SZABÓ László: Az új oktatási törvény [1985. évi I.tv.] végrehajtásáról. [The realisation of the new education law, act I of 1985. О приведении в исполнение нового закона об обучении.]

ÁI 6/87:497-507.

SZALAY László: The improvement of the Hungarian business law. [Совершенствование правового регулирования экономики в Венгрии.]

HLR 1-2/85:5-16.

SZALAY László: La modernisation de la réglementation juridique de l'économie en Hongrie. [The improvement of Hungarian business law. Совершенствование правового регулирования экономики в Венгрии.]

RDH 1-2/85:5-21.

[SZALAY László] Ласло Салаи: Совершенствование правового ре-

Bibliographia

гулирования экономики в Венгрии.]

[The improvement of the Hungarian business law.]

OVPr 1-2/85:5-23.

SZAMEL Lajos: Az államigazgatási eljárási jog alkotmányos szabályozása. [The constitutional regulation of the law of public administrative procedure. Конституционное регулирование административно-процессуального права.]

ÁI 6/87:481-496.

SZAMEL Lajos: A nemzetközi sportjog és a sport alkotmányos szabályozása. [The international sport law and the constitutional regulation of sports. Международное спортивное право и конституционное регулирование спорта.]

ÁI 10/87:865-877.

SZÉP László - TÓTH Zoárd: A helyi tanácsi szervek megyei irányításának munkamódszere és gyakorlata Vas megyében. [The working method and practice of county-level management of the local county bodies in the county of Vas. Метод работы и практика комитатского управления местными органами советов в комитате Ваш.]

ÁI 8/87:749-755.

SZÓCS Tamásné: Ifjúsági lakásalap. [Apartment construction fund of the youth. Жилищный фонд для молодежи.]

ÁI 6/87:543-549.

TAKÁCSNÉ Badari Éva: Helyi tanácsok törvényességi felügyelete. [Legality supervision of the local council bodies. Надзор за законностью деятельности местных органов совета в комитате Фейер.]

ÁI 10/87:936-942.

TAMÁS András: Birság és bonum a környezet védelmében. [Fine and bonum for the protection of environment. Штраф и бонум в интересах охраны окружающей среды.]

Bibliographia

JK 5/87:227-233.

TOKODY Miklós: Gondolatok a szabálysértési jog kodifikációjához. [Ideas on the codification of the law of minor offences. К кодификации законодательства о правонарушениях.]
ÁI 10/87:920-928.

TÖRÖK Gábor: Környezetvédelmi szervezetrendszerünk néhány kérdése. [Some problems of our environmental protection system. Некоторые вопросы системы органов по охране окружающей среды в Венгрии.]
JK 5/87:234-239.

TRÓCSÁNYI László, ifj.: Az államigazgatási határozatok bírósági felülvizsgálatának rendszere Jugoszláviában. [The system of the juridical supervision of decisions by public administrative bodies in Yugoslavia. Система судебного пересмотра административных решений в СФРЮ.]
JK 7/87:396-399.

TRÓCSÁNYI László, ifj.: A norvég közigazgatási ombudsman működésének egyes kérdései. [Some questions of the operation of administrative ombudsmen in Norway. Некоторые проблемы функционирования "омбудсмана" в государственном пралении Норвегии.]
JK 9/87:516-518.

VÁGI Gábor: Egy új tanácsi gazdaságyszabályozás körvonalai. [Outlines of a new economic regulation at the councils. Очертания нового регулирования хозяйствования советов.]
ÁI 5/87:440-453.

VARGA Gyula: Az előljáróságok működésének Komárom megyei tapasztalatai. [The experiences of the functioning of community offices in the county of Komárom. Опыт деятельности местных управ в комитате Комаром.]
ÁI 7/87:588-593.

Bibliographia

VINCZE Sándor: Uj vonások a művelődésügy tanácsi irányításában. [New characteristics in the council management of cultural affairs. Новые черты управления культурной деятельности со стороны советов.]
ÁI 7/87:615-623.

Zakon № VI от 1977 г. "О государственных предприятиях.
[Act VI of 1977 on state enterprises.]
OVPr. 1-2/85:27-54.

ZSIGA Ferenc: A gyámhatósági munka kriminogén tényezői. [The criminogen factors of the trusteeship activities. Криминогенные факторы работы по опеке.]
ÁI 7/87:667-670.

IV. FINANCIAL LAW - IV. ФИНАНСОВОЕ ПРАВО

Books - Книги

Act [No. V. of 1987] on the general turnover tax. Publ. Ministry of Finance. Закон № V/1987 г. О налоге с оборота.]
Bp. Hungarian Banknote Print. 1987. 29 p.
/Public finance in Hungary 39/A./

Act [No. VI. of 1987] on the personal income tax. Publ. Ministry of Finance. Закон № VI/1987 г. О личном подоходном налоге.]
Bp. Hungarian Banknote Print. 1987. 51 p.
/Public finance in Hungary 39/B./

Beruházásokkal kapcsolatos jogszabályok és magyarázatuk. Irta Fehér Ferenc - Halmai Gábor - Szalay László - Varga Imre. [Közvetési az] Ipari Minisztérium. [Statutory rules related to investments with comments. Нормативные акты по вопросам капиталовложений и комментариев.]
Bp. Egyetemi ny. 1987. 373, [2] p.

Bibliographia

The Hungarian state budget in the eighties. Factual date 1981-1985. [Publ.] Ministry of Finance. [Государственный бюджет ВНР в 80-х годах. Статистические данные, 1981-1985 г.г.]
Bp. Hungarian Banknote Print. 1987. 44 p.
/Public finance in Hungary 35./

Illetékjogszabályok. Összeáll. Bogdán Tibor - Czugler Péter.
[Statutory rules on fees. Нормативные акты о госпошлинах.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 198, [2] p.
/Kis jogszabály sorozat./

Infláció és pénzügyek Magyarországon. Szerk. Hagelmayer István.
[Inflation and finances in Hungary. Инфляция и денежная система в Венгрии.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 285, [2] p.
Bibliogr. 279-286.

International agreements for the promotion and protection of investments and for the avoidance of double taxation. Publ. Ministry of Finance. [Международные соглашения о защите иностранных капиталовложений и об избежании двойного налогообложения.]
Bp. Hungarian Banknote Print. 1987. 25 p.

New banking system in Hungary. 1987. + Supplementary inflation. Publ. National Bank of Hungary, International Monetary Department. [Новая банковая система в ВНР.]
Bp. s.p. 1987. [12], 25 p.

Statutory rules concerning the reform of the banking system. Publ. Ministry of Finance. [Нормативные акты о реформе банковской системы.]
Bp. Hungarian Banknote Print. 1987. 48 p.
/Public finance in Hungary 34./

Tax reform in Hungary. Publ. Ministry of Finance. [Реформа налоговой системы в Венгрии.]
Bp. Hungarian Banknote Print. 1987. 40 p.

Bibliographia

/Public finance in Hungary 39./

Articles - Статьи

ANDRÁSI János - KÉKESI László: A lakossági adóigazgatás szervezeti változásai. [Changes in tax administration of citizens. Организационные изменения в налоговой администрации по отношению населения.]

ÁI 12/87:1037-1061.

MISURÁK Dénes - PETYI Béláné: A költségvetési információrendszer jellemzése és továbbfejlesztésének lehetőségei Szolnok megyében. [The characterization of the budget information system and the possibilities of its development in Szolnok county.

Характеристика информационной системы по бюджету и возможности ее дальнейшего развития в комитате Сольнок.]

ÁI 12/87:1120-1125.

NAGY Tibor: Hungarian social insurance contributions as state taxes. Взносы по социальному обеспечению как государственный налог в Венгрии.]

= Legal development and comp.law. 1986. 299-330.

WIESEL Iván: Az adóreformról. [Tax reform. О реформе налоговой системы.]

TSZ 7/87:30-39.

V. CIVIL LAW - V. ГРАЖДАНСКОЕ ПРАВО

Books - Книги

ASZTALOS László: Polgári jogi alaptan. Apolgári jog elméletéhez. [Foundations of civil law. To the theory of civil law. Основы гражданского права. К вопросу о теории гражданского права.]
Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 277, [2] p.

Bibliographia

Bibliogr. 250-265.

BOD Péter Ákos: A vállalkozó állam a mai tőkés gazdaságban.
[The state as entrepreneur in the contemporary capitalistic economy. Государство-предприниматель в современной буржуазной экономике.]

Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 234, [2] p.

Bibliogr. 225-235.

Changes in insurance. Publ. Ministry of Finance. Изменения в страховой системе.]

Bp. Hungarian Banknote Print. 1987. 30 p.

/Public finance in Hungary 37./

Economic associations in Hungary with foreign participation.

[Közvéteszi a] Magyar Külkereskedelmi Bank Rt. Венгерские совместные предприятия с иностранным участием.]

Bp. [mimeogr. 1987.] [26] p.

Gemischte Unternehmen in Ungarn. Gründung von Wirtschaftsassoziationen mit ausländischer Beteiligung in Ungarn. Richtlinien. Red. Sugár Tamás. [Hrsg.] Ungarische Handelskammer, Hauptabteilung für Aussenwirtschaft, Konsulentenkörperschaft. [Nachdruck. Joint ventures in Hungary. Establishment of economic associations with foreign participation in Hungary. Guidelines. Reprint. Смешанные предприятия в Венгрии.]

Bp. Alsónémedi ny. 1986. [1987.] 101, [2] p.

Joint ventures in Hungary. Establishment of economic associations with foreign participation in Hungary. Guidelines. Ed. Sugár Tamás. Publ. Hungarian Chamber of Commerce, Department of Foreign Economic Relations, Economic Advisory Board. [Reprint] Совместные предприятия в Венгрии.]

Bp. Megamicro-press, 1986. [1987.] 85, [2] p.

Kisvállalatok, vállalkozások szerepe a modern gazdaságban című

Bibliographia

szimpóziumon elhangzott előadások gyűjteményes kiadványa. Budapest, 1987. ápr. 9-11. Szerk. Bálint László - Lányi Pál - Pákh Miklós. [Közvetési a] Gépipari Tudományos Egyesület. [A collection of the lectures delivered at a symposium on the role of small enterprises in the modern economy. Budapest, April 9 to 11, 1987. Сборник докладов конференции, посвященный вопросам роли мелкого предприятия и предпринимательства. Вудапешт, 9-11 апреля 1987г.]
Bp. [mimeogr.] 1987. 511 p.

SÁRKÖZÝ Tamás: Zu den rechtswissenschaftlichen Grundlagen der sozialistischen Unternehmens-rechtstheorie. Übers. Ternovszky Béla. [Foundations of the socialist theory of the law of enterprises in jurisprudence. Правовые основы социалистической теории предприятий.]
Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 321 p.
Bibliogr. passim.

TAKÁTS Péter: A szabványszerződések. [Patent contracts. Типовые договоры.]
Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 177, [2] p.
Bibliogr. 167-172.

TÖRŐ Károly: Az orvosi jogviszony. [Legal relations concerning doctors. Правовые отношения, связанные с деятельностью врача.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1986. 446, [2] p.
Bibliogr. passim.

[World congress on insurance law, 7.] AISA studies in pollution liability and insurance. [Budapest, May 5-9, 1986.] Ed. Pfenningstorf, Werner. [Всемирный конгресс по страховому праву. Ответственность за вред, причиненный загрязнением, и страхование. Вудапешт, 5-9 мая 1986 г.]
Bp. [mimeogr.] 1986. [1987.] VIII, 204 p.
Bibliogr. 101-104.
World congress on insurance law, 7. [Budapest, May 5-9, 1986.]

Bibliographia

Working group "motor insurance". [Всемирный конгресс по страховому праву. Группа по "страхованию мотора". Будапешт, 5-9 мая 1986 г.]

Вр. [mimeogr.] 1986. [1987.] 400 p.

Bibliogr. passim.

[World congress on insurance law, 7.] Post-congress volume.

[Budapest, May 5-9, 1986.] Всемирный конгресс по страховому праву. Послеконференционный том. Будапешт, 5-9 мая 1986 г.]

Вр. [mimeogr. 1987.] 448 p.

Bibliogr. passim.

Articles - Статьи

Act IV of 1984 on the prohibition of unfair economic activity.

[Закон № IV от 1984 г. "О запрещении недобросовестной хозяйственной деятельности.]

HLR 1-2/85:41-45.

BÁN Chrysta: Egyensúlyi problémák az üzemeltetési szerződések-nél. [Equilibrium problems with contract for operating. Проблемы равновесия в связи с договорами об эксплуатации.]

ЖК 6/87:305-312.

BODNÁR Béla - BODNÁR Zoltán: "Pótanyasági" szerződések. ["Surrogate mother" contract. Сделки о вынашивании "чужого ребенка" (матери-суррогаты).]

ЖК 9/87:481-487.

CSANÁDI György: La modification du contrat par le consentement des parties dans le droit hongrois. [Modification of a contract by the agreement of the parties in Hungarian law. Изменение содержания сделок по воле сторон в венгерском праве.]

= Legal development and comp. law. 1986. 73-89.

CSILLAG György: Terv és/vagy épület, avagy: mit véd a szerzői

Bibliographia

jog? [Plan and/or building: what does copyright law protect?
Проект и/или здание, или же, что защищается авторским правом?]
ЖК 10/87:533-538.

FALUDI Gábor: A szerzői jog kizárólagossága a Bern-i Unió E-gyezményben (BUE) - egy jogeset példáján. [The exclusivity of copyright in the Berne Convention. Исключительность авторского права в Бернской конвенции (по поводу курентного дела).]
ЖК 6/87:316-321.

FERENCZY Endre: Nagyvállalkozások jogállása összehasonlító jogi szempontból. [The legal state of large-scale enterprises from aspect of comparative law. Правовой статус крупных предприятий с точки зрения сравнительного права.]
ЖК 9/87:494-502.

HARMATHY Attila: Gazdasági szerkezet - verseny - jogi szabályozás. [Economic structure - competition - legal regulation. Хозяйственная структура - соревнование - правовое регулирование.]
ЖК 6/87:281-285.

HARMATHY Katalin: Svájci-magyar szerzői jogi szeminárium. [Budapest, 1986. jun.] [Hungarian-Swiss seminary on copyright law. Budapest, June 1986. Семинар швейцарских и венгерских юристов по авторскому праву.]
ЖК 6/87:329-332.

JOBBÁGYI Gábor: A terhesség művi megszakítása - polgári jogi kérdőjelek. [Abortion - civil law question marks. Аборт - Гражданско-правовые проблемы.]
ЖК 9/87:487-493.

KEMENES Béla: A polgári jogi felelősség érvényesítése a népgazdaságban. [The enforcement of civil law liability in the national economy. Осуществление гражданско-правовой ответственности в народном хозяйстве.]
ЖК 6/87:269-281.

Bibliographia

Loi no IV de l'an 1984 sur l'interdiction des activités économiques déloyales. [act IV of 1984 on the prohibition of unfair economic activity. Закон № IV от 1984 г. "О запрещении недобросовестной хозяйственной деятельности".]
RDH 1-2/85:51-55.

LONTAI Endre - TAKÁTS Péter: Control of illegal and irregular business practices, with particular emphasis on consumer protection policy. [Контроль за незаконной и непредусмотренной деловой практикой с точки зрения защиты интересов потребителя.]
= Legal development and comp. law. 1986. 91-116.

LONTAI Endre: Nullité du brevet d'invention dans le droit hongrois. [Voidness of a patent in Hungarian law. Недействительность свидетельства об изобретении в венгерском праве.]
= Legal development and comp. law. 1986. 205-225.

NOCHTA Tibor: Reklám és reklámjog. [Publicity and its legal regulation. Реклама и его правовое регулирование.]
= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18.évf.1987. 200-217.

PÁLFALVI József: Nem varázsszőnyeg, de mankó: az ellenüzlet. [Not a magic wand, only crutches: the barter. Бартер - не волшебное средство, но ориентир.]
JK 6/87:294-300.

Tervezet a versenytárgyalások új jogi szabályozásáról. [Szöveg]
The draft of the law-decree on the new legal regulation of competition law. Text. Законопроект об условиях объявления тендера. Текст.]
JK 8/87:450-452.

VARGA Emil: Az 1984. évi IV. törvény [a tisztességtelen gazdasági tevékenység tilalmáról] és a kapcsolódó jogszabályok gyakorlati alkalmazásának tapasztalatai. [Practical experiences of the application of the rules on the prohibition of unfair

Bibliographia

economic activities. Опыт практического применения Закона № IV от 1984 г. и соответствующих правовых норм.]
ЖК 6/87:301-305.

VIDA Sándor: Fogyasztói véleménykutatás eredményeinek felhasználása az USA védjegyjogi ítélkezésében. [Use of the results of the customers opinion research in deciding patent law cases in the U.S. Использование результатов по исследованию мнений потребителей в решениях споров по товарным знакам США.]
ЖК 10/87:565-569.

VÖRÖS Imre: A tisztességtelen gazdasági tevékenység tilalmáról szóló [1984. évi IV.] tv. gyakorlatának margójára. [On the margins of the Act IV of 1984 prohibiting unfair economic activities. К практике применения Закона о запрете недобросовестной хозяйственной деятельности.]
ЖК 6/87:286-294.

VÖRÖS Imre: A versenytárgyalások újrakodifikálásához. [On the new codification of rules of competition discussions. О рекодификации законодательства об условиях объявления тендера.]
ЖК 8/87:446-450.

Закон № IV от 1984 г. "О запрещении недобросовестной хозяйственной деятельности. [Act IV of 1984 on the prohibition of unfair economic activity.]
OVPr. 1-2/85:55-60.

ZLINSZKY János: Jogalap nélküli gazdagodás - egykor és ma. [Unjust enrichment - then and now. Необоснованное обогащение - прежде и теперь.]
ЖК 9/87:471-480.

ZOLTÁN Ödön: A termelői felelősségről. [On producers' liability. Об ответственности производителя.]
ЖК 10/87:542-548.

VI. LABOUR LAW - VI. ТРУДОВОЕ ПРАВО

Books - Книги

BÁRÁNY Lajos - CSIKI Károly - TAMÁSI Judit - WINTER Zsuzsa: A foglalkozási rehabilitáció rendszere és jogi szabályozása Magyarországon. [Közveteszi az] ELTE Jogi Továbbképző Intézete. [System and legal regulation of professional rehabilitation in Hungary. Система и правовое регулирование переквалификации профессий в ВНР.]

Bp. [mimeogr.] 1987. 190, [2] p.

Hatályos munkaügyi jogszabályok. Fel.szerk. Radnay József. Társ-szerk. Bacskay László - Fekete Zsuzsanna. Lezárva: 1987. márc. 31. [Statutory rules of labour law in force. Closed: March 31, 1987. Действующие нормативные акты о труде.]

[Bp.] Pallas Kiadó, 1987. 302, [2] p.

A munka törvénykönyve [és a Minisztertanács végrehajtási rendelete 1985. évi hatályos szövege a legfontosabb munkaügyi végrehajtási rendelkezésekkel és jegyzetekkel.] Összeáll. Bacskay László - Bus Jánosné stb. [Labour Code complete with the decree of implementation of the Council of Ministers, text in force in 1985, and the most important implementary rules of labour law and notes. Кодекс Законов о труде и постановления Совмина о его применении и исполнении.]

Bp. Népszava, 1986. 359 p.

Munkaerőgazdálkodás. Főszerk. Rózsa József. Szerk. Pulay Gyula. Kiad. az Állami Bér- és Munkügyi Hivatal, Munkügyi Kutatóintézet. 2. kiad. [Labour force administration. 2nd ed. Управление трудовыми ресурсами. 2-е изд.]

Bp. [mimeogr.] 1987. 309, [2] p.

Bibliogr. 307-309.

Munkahelyi ügyeink lexikona. Szerk. Gallé Tibor. Lezárva: 1986.

Bibliographia

dec. 31. [An encyclopedia of problems affectioning the working place. Closed: December 31, 1986. Справочник по трудовому праву для населения. До 31 декабря 1986 г.]

Вр. Népszava, 1987. 398, [2] p.

Szakszervezeti lexikon. Főszerk. Buza Márton - Simó Tibor. [Encyclopedia of trade unions. Профсоюзный справочник.]

Вр. Népszava, 1987. 678, [2] p.

A társadalombiztosítási jog kézikönyve. 1-2. köt. Összeáll. Dani József - Havasi László - Juhász József - Szijártó Márta. Szerk. Kurucz Béla. [3. kiad. Lezárva:] 1987. szept. 1. [Handbook of the law on social security. Vols. 1-2. 3rd ed. Closed: September 1, 1987. Настольная книга для работников системы социального обеспечения.]

Вр. Népszava, 1987. 639, [8], 650-1167 p.

Articles - Статьи

NAGY László: The legal nature of collective agreement. Юридическая природа коллективного договора.]

= Legal development and comp. law. 1986. 227-244.

NAGY László: Gondolatok a munkáltató anyagi felelősségének továbbfejlesztéséről. [Some thoughts on the development of the material liability of the employers. Мысли о дальнейшем развитии материальной ответственности работодателя.]

ЖК 10/87:527-533.

PONGRÁCZ László: A bér- és keresetszabályozás mai kérdései.

[Current issues of wage and income regulations. Вопросы регулирования заработной платы и доходов в наши дни.]

TSZ 7/87:11-19.

ROMÁN László: A munkajogviszony határproblémái alanyi oldalról

Bibliographia

- a munkaszervezeten belüli "más viszonyok" szempontjából. [Marginal problems of labour relations from subjective aspect, concentrating to "other relations" within a labour organization. Смежные проблемы трудовых правоотношений: субъекты и "иные отношения" в рамках трудовых коллективов.]
= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 218-248.

VII. LAND LAW - VII. ЗЕМЕЛЬНОЕ ПРАВО

Article - Статья

VERES József: The development of the Hungarian agricultural structure. 1964-1984. Развитие венгерского сельского хозяйства, 1964-1984 г.г.]
= Legal development and comp. law. 1986. 171-203.

VIII. LAW OF CO-OPERATIVES - VIII. СЕЛЬСКОХОЗЯЙСТВЕННОЕ ПРАВО

Articles - Статьи

MIKESNÉ BARNA Ildikó: A mezőgazdasági termelészövetkezetek állami törvényességi felügyelete. [The legality control of the agricultural co-operatives by the state, the topical problems of the further development. Государственный надзор за законностью деятельности сельских кооперативов.]
ÁI 10/87:934-951.

SZITA László: A tagok vagyoni közreműködése és tulajdonosi érdekeltsége a mezőgazdasági termelészövetkezetekben. [Material contribution and owner's interestedness of the members in co-operative farms. Имущественные взносы и отношения собственности в сельскохозяйственных кооперативах.]
= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 249-266.

Bibliographia

IX. CRIMINAL LAW. CRIMINAL SCIENCES - IX. УГОЛОВНОЕ ПРАВО. ВСПОМОГАТЕЛЬНЫЕ НАУКИ УГОЛОВНОГО ПРАВА

Books - Книги

HLAVATHY Attila: A magyar nemzetközi büntetőjog, különös tekintettel jogsegély típusu szerződéseinkre. [Hungarian international criminal law, with special regard to the treaties on judicial assistance. Венгерское международное уголовное право, уделяя особое внимание венгерским соглашениям о правовой помощи.] [Bp.] VM Kiadó, 1987. 123, [2] p.
Bibliogr. passim.

KOVÁCS József: Gazdaságvédelem - gazdaság elleni bűnözés. [Protection of the economy - crimes against the economy. Охрана хозяйства - хозяйственные преступления.] [Bp.] VM Kiadó, 1986. 249 p.
/Bűnügyi tanulmányok 1986/2./
Bibliogr. 239-243.

Kriminológiai és kriminalisztikai tanulmányok. 24. [köt.] Szerk. Gödöny József. Közzéteszi az Országos Kriminológiai és Kriminalisztikai Intézet. [Studies in criminology and criminalistics. Vol. 24. Исследования по криминологии и криминалистике. Том 24.] = Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 419 p.
Bibliogr. passim.
-- Русск. содерж; Eng.summary; Dt.Zusammenfassung; Rés.franc.

MERÉNYI Kálmán: A szexuális erőszak. Kutatási beszámoló. [Sexual violence. A report on researches. Половые преступления. Отчет об одной исследовании.]
Bp. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 371 p.
Bibliogr. 335-354.

Bibliographia

Articles - Статьи

BAKÓCZI Antal: A betöréssel kapcsolatos főbb kriminológiai jellemzői. [Main criminological characteristics of burglaries. Основные черты кражи со взломом.]

= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 39-78.

GÖDÖNY József: A társadalmi beilleszkedési zavarok és a bűnözés. [Troubles in social alignment and criminality. Общественная адаптация личности и преступность.]

= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 7-38.

GYÖRGYI Kálmán: Viski László és az általános bűncselekménytan. [László Viski and the general theory of criminal delicts.

Ласло Вишки и общее учение о преступлениях.]

JK 8/87:415-421.

IRK Ferenc: Deviáció, gondatlan bűnözés, megelőzés. [Deviation, criminality by negligence, prevention. Девиантное поведение, неосторожное преступление и профилактика.]

= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 263-293.

IRK Ferenc: Viski László nézetei a közlekedésbiztonság fokozásáról. [The views of László Viski on the security of traffic.

Взгляды Ласло Вишки на повышение безопасности транспорта.]

JK 8/87:427-433.

KEREZSI Klára: A devizagazdálkodást sértő bűncselekmények kriminológiája. [Criminology of crimes infringing the rules of foreign exchange management. Криминология девизовых преступлений.]

= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 156-196.

MOLNÁR József: Új jelenségek a fiatalkori bűnözésben. [New features of juvenile delinquency. Новые моменты в преступлении несовершеннолетних.]

= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 232-262.

Bibliographia

PATERA Antal: Társadalmi beilleszkedési zavarok és a visszaeső bűnözés. [Troubles in social alignment and recidivism. Общественная адаптация и рецидивная преступность.]
= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 197-231.

RÁCZ György: A foglalkozástól eltiltás - összehasonlító jogi vetületben. [The deprivation of profession - in a comparative view. Лишение права заниматься определенной профессией в сравнительно-правовом аспекте.]
JK 10/87:538-542.

RASKÓ Gabriella: Az élősdű bűnözésről. [Parasitic criminality. Иждивенчество как преступление.]
= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 110-155.

RÓZSA János: A rablásról. [On robbery. О грабеже.]
= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 79-109.

X. CIVIL PROCEDURE - X. ГРАЖДАНСКИЙ ПРОЦЕСС

Book - Книга

NÉVAI László: A szocialista polgári eljárásjog elméleti alapkérdései. [Theoretical fundamental problems of the socialist law of civil procedure. Теоретические основы социалистического гражданско-процессуального права.]
Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 349, [2] p.

Articles - Статьи

CSERBA Lajos: Vázlatok a perbeli mulasztás szabályozásához. [Outlines to the regulation of delays (omissions) in trial. Наброски о регулировании процессуального бездействия.]
JK 9/87:502-505.

Bibliographia

FARKAS József: Execution of judgements as means of enforcement available to courts in Hungary. Исполнение и способ исполнения судебных решений венгерскими судами.]
= Legal development and comp. law. 1986. 117-137.

NÉMETH János: Execution of judgements and means of enforcement available to courts in the Hungarian law of civil procedure. Исполнение и способ исполнения судебных решений согласно правилам венгерского гражданского процесса.]
= Legal development and comp. law. 1986. 139-170.

XI. CRIMINAL PROCEDURE - XI. УГОЛОВНЫЙ ПРОЦЕСС

Book - Книга

BÁRD Károly: A büntető hatalom megosztásának buktatói. Értekezés a bírósági tárgyalás jövőjéről. [Challenges to the distribution of criminal justice. On the future of court treaties. Препятствия на пути распределения функций в области уголовной политики. О будущем судебных процессов.]
Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 274, [2] p.
Bibliogr. 225-238.
-- Dt. Zusammenfassung.

Articles - Статьи

PUSZTAI László: A szakvélemény és a bizonyítékok szabad mérlegelése. [Free estimation of experts' opinions and evidences. Экспертное заключение и свободная оценка показаний.]
= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 359-389.

PUSZTAI László: Viski László kriminalisztikai munkásságáról. [The research activities of László Viski. Научная деятельность Ласло Вишки в области криминалистики.]
JK 8/87:421-427.

Bibliographia

XII. INTERNATIONAL LAW - XII. МЕЖДУНАРОДНОЕ ПРАВО

Articles - Статьи

BOGOR[NÉ] SZEGŐ Hanna: General problems of relationship between constitutional law and international law. [Общие вопросы взаимоотношения конституционного и международного права.] = Droit constitutionnel hongr. 1987. 146-167.

HERCZEGH Géza: A kisebbségek nemzetközi jogi védelme. [Minority protection under international law. Международно-правовая защита меньшинств.] = Dolg. Állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 85-105.

SZABÓ Miklós: A nemzetközi jog sajátosságainak hatása a jog fogalmára. [The influence of international law on the notion of the law. Влияние особенностей международного права на понятие права.] JK 10/87:548-553.

XIII. PRIVATE INTERNATIONAL - XIII. МЕЖДУНАРОДНОЕ ЧАСТНОЕ

LAW

ПРАВО

Books - Книги

FICZERE Lajos: A KGST működésének intézményi és jogi alapjai. [Institutional and legal foundations of functioning of the CMEA. Институционные и правовые основы деятельности СЭВ.] Вр. Közgazdasági és Jogi Kiadó, 1987. 285, [2] p. Bibliogr. passim.

MÁDL Ferenc - VÉKÁS Lajos: The law of conflicts and foreign trade. Transl. Kocsis Mihály. Коллизионное право и внешняя торговля.] Вр. Akadémiai Kiadó, 1987. XIV, 379 p. Bibliogr. 369-380.

Bibliographia

Articles - Статьи

BALÁSHÁZY Mária: A KGST 1976-os Egységes Rendelkezése a nemzetközi gazdálkodó szervezetek alapításáról, működéséről és a magyar jog kapcsolata. [The Uniform Regulation of CMEA on foundation and operation of international economic entities and their relation to the Hungarian law. Единообразны положения СЭВ 1976 г. об учреждении и деятельности международных хозяйственных организаций и их отношение к венгерскому праву.]
JK 9/87:511-516.

EÖRSI Gyula: The method of unifying the law on the international sale of goods. Способ унификации права в области международной купли-продажи.]
= Legal development and comp. law. 1986. 35-56.

KIRÁLY Miklós: A deliktuális felelősség nemzetközi magánjogi szabályozásának jelenkori fejlődéséről. [On the modern development of the regulation of the delictual liability in the conflict of laws. О развитии регулирования деликтной ответственности в современном международном частном праве.]
JK 10/87:553-559.

XIV.HISTORY OF STATE AND LAW - XIV.ИСТОРИЯ ГОСУДАРСТВА И ПРАВА

Books - Книги

BERÉNYI Sándor: A magyar népi demokratikus állam közigazgatása. 1944-1945. [Public administration of the Hungarian people's democratic state. 1944-1945. Государственное управление Венгерского народно-демократического государства.]
[Bp.] Kossuth Kiadó, 227, [6] p.
/Négy évtized./
Bibliogr. passim.

Bibliographia

ECSEDY Ildikó: A kínai állam kezdetei. [Közrem.] Ferenczy Mária. [Origins of the Chinese state. Зачатки китайской государственности.]

Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 406, [2] p.

/Keletti ktár./

Bibliogr. 377-393.

GERGELY András: Egy nemzetet az emberiségnek. Tanulmányok a magyar reformkorról és 1848-ról. [A nation for mankind. Essays on the reform era and 1848 in Hungary. Нация для человечества. Исследования о периоде венгерских реформ и событиях 1848 г.]

[Bp.] Magvető Kiadó, 1987. 500, [4] p.

/Elvek és utak./

Bibliogr. passim.

GERICS József: A korai rendiség Európában és Magyarországon.

[Early system of the Estates in Europe and Hungary. Раннее сословное общество в Европе и в Венгрии.]

Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 332 p.

Bibliogr. 322-332.

Jogtörténeti Szemle. Az Eötvös Loránd Tudományegyetem Magyar állam- és jogtörténeti tanszékének közleményei. 2. [sz.] 1987. Szerk. Révész T[amás] Mihály. [History of Law Review. Publication of the Institute for the History of Hungarian State and Law of the Loránd Eötvös University. No. 2. 1987. Ученые записки по вопросам истории права. Публикация Института истории Венгерского права Университета им. Л. Этвеша.]

Bp. [mimeogr. 1987.] 150, [2] p.

Bibliogr. passim.

Studies in Hungarian, German and English.

Jogtörténeti tanulmányok. Egyetemi segédkönyv. 6. [köt.] Szerk. Benedek Ferenc - Szita János. [Studies on the history of law. Auxiliary university textbook. Vol. 6. Ученые записки по вопросам истории права. Том 6.]

Bp. Tankönyvkiadó, 1986. 409, [2] p.

Bibliographia

Bibliogr. passim.

HERCZEGH Géza: Magyarország külpolitikája. 896-1919. [Hungary's foreign policy, 896-1919. Внешняя политика Венгрии 896-1919 г.г.]

Bp. Kossuth Kiadó, 1987. 385, [6] p.

KISS Erzsébet, F.: Az 1848-1849-es magyar minisztériumok. [Hungary's government of 1848-1849. Венгерские министерства в 1848-1849 г.г.]

Bp. Akadémiai Kiadó, 1987. 649, [2] p.

/A Magyar Országos Levéltár kiadványai III. Hatóság- és hivatal-történet 7./

Bibliogr. 620-631.

A központi államigazgatás tisztségviselői a dualizmus korában. 3.r. Magyar királyi Pénzügyminisztérium. Összeáll. Székely Vera. [Közvéveszi a] Magyar Országos Levéltár. [Functionaries of the central state administration in the era of the Austro-Hungarian compromise. Part 3. Royal Hungarian Ministry of Finances. Служащие центрального госаппарата в период дуализма. Ч.3. Министерство финансов Венгерского королевства.]

Bp. [mimeogr.] 1985. [1987.] 150 p. 10 t.

/Forrástudományi segédletek 1./

-- Русск. содерж.; Dt. Zusammenfassung.

SARLÓS Béla: Deák [Ferenc] és a kiegyezés. [Ferenc Deák and the Austro-Hungarian compromise. Ференц Деак и договор с Австрией.]

Bp. Gondolat, 1987. 270, [2] p.

Bibliogr. 261-270.

SCHLETT István: Eötvös József. [József Eötvös. Йожеф Этвеш.]

Bp. Gondolat, 1987. 297, [2] p.

/Életrajzok./

Bibliogr. 297.

Bibliographia

Articles - Статьи

BALÁS Gábor: A székelyek letelepedése és jogrendszerük kialakulása. [Settlement of the Székely and formation of their legal system. Поселение секлеров в Трансильвании и формирование их правовой системы.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 7-21.

BÉLI Gábor: Vármegyei statutumalkotás a XVI-XVIII. században. [Making of statutes of the counties in the 16-18th centuries. Земские статуты XVI-XVIII веков.]

= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 69-84.

BELLÉR Judit - KLIMA Gyula: A birói lelkiismeret dilemmái a késő középkori jogtudományban. [Dilemmas of conscience of the judge in the jurisprudence of the late Middle Ages. Проблемы судейской совести в юридической науке позднего средневековья.]

= JogtörtSZ 2. sz. 1987. 3-13.

BOTH Ödön: Az ifjú Szemere Bertalan főbb politikai és alkotmányjogi nézetei. [Main political and constitutional views of young Bertalan Szemere. Политические и конституционно-правовые взгляды молодого Берталана Семере.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 39-70.

BUZÁS József: A Magyarországi Tanácsköztársaság alkotmányának néhány kérdése. [Some problems of the constitution of the Hungarian Soviet Republic. Некоторые вопросы конституции Венгерской Республики Советов.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 71-79.

Cikkelyek, melyeket István király [Báthori István] esküvéssel fogadott. Közzéteszi Rácz Lajos. [Statutes confirmed by the oath of King István Báthori. Параграфы, принятые под присягой короля Иштвана Батори.]

= JogtörtSZ. 2. sz. 1987. 85-90.

Bibliographia

CSIZMADIA Andor: A községi jegyző jogállása és magánmunkálatainak értékelése a polgári korban. [Status and assessment of the private work of the parish clerk in the bourgeois era. Сельский нотариус и оценка его труда в период буржуазного развития.] = Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 81-95.

HAJDU Lajos: Az állandó táblák (tabulae continuae) létrehozása Erdély megyéiben és a székely székekben. 1763/[17]64. [Establishment of the tabulae continuae (permanent courts) in Transylvanian counties and the Székely administrative regions. Создание постоянных судов в земствах Трансильвании.] = Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 119-133.

HORVÁTH Attila: Fejedelmi találkozó Visegrádon. [1335. Tudományos ülészak uo. 1985. szept.] [The meeting of monarchs at Visegrád in 1335. Scientific symposium at Visegrád in September, 1985. Встреча князей в Вишеграде. Научное заседание в г. Вишеград, сентябрь 1985 г.] = JogtörtSZ 2. sz. 1987. 99-100.

HORVÁTH Pál: A születő magyar nemzeti értelmiség tudományfeszabadító törekvései a megkésztett polgári átalakulás küszöbén. [Efforts of the ascending Hungarian national intelligentsia aimed at the liberation of science on the eve of the delayed bourgeois transformation. Стремление венгерской национальной интеллигенции по раскрепощению науки в период буржуазных преобразований.] = Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 146-164.

IJJAS József: Német-Ausztria megalapítása. 1918. okt. 3. - 1918. nov. 12. [Establishment of German Austria. October 3, 1918 - November 12, 1918. Создание немецкой Австрии, 3 октября 1918 г. - 12 ноября 1918 г.] = Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 165-179.

KAHLER Frigyes: A pizetumjog keletkezése, virágzása és megszü-

nése. [Origin, flourishment, and extinction of the right of coinage. Возникновение, цветение и прекращение права чеканки монеты.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 191-208.

KAJTÁR István: A burzsoá városi jog kialakulása Közép- és Kelet-Európában. [Formation of bourgeois urban law in Central and Eastern Europe. Формирование буржуазного городского права в Средней и Восточной Европе.]

= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 106-127.

KAJTÁR István: Az államügyészség kiépítése Magyarországon a neoabszolutizmus idején. 1850-1854-1861. [Establishment of the prosecutor's offices in Hungary during the era of neoabsolutism. 1850-1854-1861. Создание государственной прокуратуры в Венгрии в период неабсолютизма. 1850-1854-1861.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 209 -225.

KÁLLAY István: Kezesség és cautio a XVI-XIX. századi magyar jogban. [Suretyship and cautio in Hungarian law in the 16th-19th centuries. Поручительство и cautio в венгерском праве XVI-XIX в.в.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 227-240.

KENGYEL Miklós: A liberális és a szociális polgári per. Fejezetek a burzsoá perjog fejlődéstörténetéből. [Civil lawsuits in liberalism and socialism. Chapters from the history of development of the bourgeois civil procedure. Либеральный и социальный гражданский процесс. К истории развития буржуазного процессуального права.]

= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 128-144.

KISS Lászlóné - SZITA János: A pénzügyi jogalkotás és jogforrási rendszer főbb vonásai a feudalizmustól a felszabadulásig. [Main features of financial legislation and the system of legal sources from feudalism till liberation. Финансовое законода-

Bibliographia

тельство и основные черты его источников в период от феодализма до освобождения.]

= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 145-164.

KOVÁCS Kálmán: A jogalkotás kezdetei a felszabadult Magyarországon. 1944-1946. [Origins of legislation in liberated Hungary. 1944-1946. Зачатки правотворческой деятельности после освобождения Венгрии 1944-1946.]

= JogtörtSZ. 2. sz. 1987. 14-22.

MEZEY Barna: A Rákóczi-szabadságharc fejedelmi rendeleteinek típusai. [Types of the decrees issued by Prince Rákóczi during the war of independence. Типы княжеских приказов в период освободительной борьбы Ракоци.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 241-251.

NAGY Zsuzsa, L.: Ellenzéki nézetek a nemzetiségi kérdéstről a Horthy-korszakban. [To the history concerning the policy of Hungarian national minorities. Оппозиционные взгляды о национальном вопросе при режиме Хорти.]

TSZ 10/87:65-72.

NAGYNÉ SZEGVÁRI Katalin: Az amerikai négerek jogi helyzetének alakulása a polgárháborútól a "polgári zavargás" korszakáig (száz év jogtörténete). [Legal status of the blacks in America from the Civil War till the time of civil disobedience (history of law of hundred years). Правовой статус негритянского населения Америки со времени начала гражданской войны до периода "гражданских волнений".]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 269-285.

NAGYNÉ SZEGVÁRI Katalin: Állástalan diplomások a nagy gazdasági válság idején Magyarországon. [Young unemployed graduates in Hungary at the time of the great economic crisis. Нетрудоустроенные дипломированные специалисты в Венгрии в период большого экономического кризиса.]

= JogtörtSZ 2. sz. 1987. 23-32.

Bibliographia

PANDULA Attila: A hóhérpallos. [The executioner's sword. Меч палача.]

= Jogtörtsz 2. sz. 1987. 74-84.

PECZE Ferenc: A munkajog kialakulásának és jogági önállóságának előtörténete a szomszédos országokban. [History of the formation of labour law and its development to a separate branch of law in the neighbouring countries. Формирование и предистория отраслевой самостоятельности трудового права в соседних странах.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 287-309.

POMOGYI László: A cigánykérdés és vármegyei rendezési kísérletek a dualizmus korában Magyarországon. [The problem of gipsies and county-level efforts for its settlement in Hungary at the time of the dualism. Попытка решения цыганского вопроса в земствах Венгрии в период дуализма.]

= Jogtörtsz 2. sz. 1987. 33-44.

PRITZ Pál: Arisztokraták a magyar külügyi szolgálatban. 1918-1944. [Aristocrats in the Hungarian foreign service. 1918-1944. Аристократы на службе венгерской внешней политики. 1918-1944 г.г.]

= Jogtörtsz 2. sz. 1987. 45-64.

RÁCZ Lajos: Államstruktúra és kormányzás a feudális abszolutizmusban. [State structure and government in feudal absolutism. Структура государства и управление в эпохе феодального абсолютизма.]

JK 9/87:505-510.

RÉVÉSZ T[amás] Mihály: Some problems concerning Hungarian parliamentary history. Некоторые проблемы венгерского парламентского развития.]

= Jogtörtsz 2. sz. 1987. 139-141.

Bibliographia

RUSZOLY József: Szemere Bertalan Borsodban. [Bertalan Szemere in Borsod. Бертаман Семе́ре в комите́те Боршо́д.]
AI 12/87:1136-1143.

RUSZOLY József: A kiegyezés újabb historiográfiája és a jogtörténet. [The new historiography of the compromise of 1867 and legal history. Новая историография Австро-венгерского соглашения и история права.]
JK 10/87:559-565.

SARLÓS Béla: Deák [Ferenc] 1861. évi felirati javaslatjai. [Constitutional proposals of Ferenc Deák in 1861. Предложения Ференца Деак 1861 года.]
= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 331-353.

STIPTA István: Provizóriumkori reformtervek és viták a vármegyék átalakításáról. [Reform plans and disputes on the transformation of the counties at the time of the provisional arrangements. Предложения и споры вокруг земских реформ в период между 1861-1865 г.г.]
= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 355-366.

SZITA János: A magyar nemesség adómentessége és adómegajánlási joga a XVIII. és XIX. században. [Immunity from taxes and the right of appropriation taxes of the Hungarian nobility in the 18th and 19th centuries. Налоговые привилегии венгерского дворянства в XVIII-XIX в.в.]
= Jogtört. tanulm. 6. köt. 367-384.

XVIII-XIX. századi magyar országgyűlések ikonográfiai ábrázolásai. [Iconographic illustrations of Hungarian diets from the 18-19th centuries. Иконографические изображения венгерского парламента в XVIII-XIX в.в.]
= JogtörtSZ 2. sz. 1987. 91-93.

TÓTH Árpád: A szénellátás néhány problémája az első világhábo-

Bibliographia

ru idején Magyarországon. [Problems of coal supply in Hungary during World War I. О некоторых проблемах снабжения углем в Венгрии в период первой мировой войны.]
= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 385-394.

VIRÁG György: A csalás jogtörténetének vázolata. [Outlines of the history of fraud. Очерки развития понятия обмана.]
= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 320-358.

XV. ROMAN LAW - XV. РИМСКОЕ ПРАВО

Articles - Статьи

BENEDEK Ferenc: Tartozatlan fizetés a római jogban. [Money had and received in Roman Law. Недолговой платеж в римском праве.]
= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 40-68.

BENEDEK Ferenc: Az actio Publiciana eredete és funkciója. [Origin and function of actio Publiciana. Возникновение и функция actio Publiciana.]
= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 23-38.

FÖLDI András: A libertinusok leszármazóinak közjogi helyzete a köztársasági és császárkori Rómában. [Public law status of the descendents of libertines in republican and imperial Rome. Публично-правовой статус освобожденных рабов в Риме в период республики и империи.]
= Jogtört. tanulm. 6. köt. 97-117.

JAKAB Éva: A legis actiók sequestrumától a pertárgy kötelező "bírói letétje" felé. [The way from the sequestrum of the legis actio to the compulsory deposit into court of the object at issue. От секвестра, предусмотренного иском, к обязательному "судебному залог" предмета иска.]
= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 181-189.

Bibliographia

MOINÁR Imre: A dologbérlő felelőssége a római jogban. [Responsibility in hiring under Roman Law. Ответственность нанимателя вещи в римском праве.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 253-267.

PINTÉR Gyula: Az aedilisi "edictum de mancipiis vendundis" célja és kibocsátásának körülményei. [Purpose of the "edictum de mancipiis vendundis" issued by aedilis and circumstances of its promulgation. Цели и основания издания эдиктов "mancipiis vendundis" римскими магистрами.]

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 311-322.

PÓLAY Elemér: "Iniuria dicitur, quod non iure fit".

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 323-329.

ZLINSZKY János: Familia pecuniaque.

= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 395-406.

XVI. MISCELLANEOUS - XVI. СМЕШАННОЕ

Articles - Статьи

Both Ödön. 1924-1985. [Irtá] Homoki Nagy Mária. [An obituary. Некролог.]

= JogtörtSZ 2. sz. 1987. 102-103.

Csizmadia Andor. 1910-1985. [Irtá] Kajtár István. [An obituary. Некролог.]

= JogtörtSZ 2. sz. 1987. 104-106.

Az európai szocialista országok jogalkotásáról. Szovjetunió. Bolgár Népköztársaság. Csehszlovák Szocialista Köztársaság. Jugoszláv Szocialista Szövetségi Köztársaság. Lengyel Népköztársaság. Német Demokratikus Köztársaság. Román Szocialista Köztársaság. [The legislation of the European socialist countries.]

Bibliographia

Новое в законодательстве европейских социалистических стран.]
JK 8/87:452-461.

HAMZA Gábor: Vécsey Tamás, az európai híró római jogász. [Tamás Vécsey, a specialist of Roman law of European reputation. Тамаш Вечей - известный в Европе специалист по римскому праву.]
= Jogtört. tanulm. 6. köt. 1986. 135-145.

HAMZA Gábor: Elemér Pólay septuagenarius.
= JogtörtSZ 2. sz. 1987. 110-120.

KISS Sándor: In memoriam Kovács Tibor.
ÁI 9/87:846-853.

MÜNNICH Iván - VÁG András: Előzetes tájékoztató az OKKRI kriminológiai kutatásainak adatbázisáról. [Preliminary information on the data basis of criminological research work performed by the National Institute of Criminology and Criminalistics. Сообщение о фонде исследовательских данных Института криминологии и криминалистики.]
= Krim. tanulm. 24. köt. 1987. 294-319.

P[ANDULA] A[ttila]: Ünnepi ülés Eckhart Ferenc születésének 100. évfordulóján. [Budapest, 1985. nov. 28. [Commemorative meeting at the birth centenary of Ferenc Eckhart. Budapest, November 28, 1985. Юбилейное заседание, посвященное 100-летию со дня рождения Ференца Экхарта.]
= JogtörtSZ 2. sz. 1987. 94-96.

SZABÓ István: A felvételi vizsgáztatás időszerű kérdései. [Actual problems of high school admission examinations. Актуальные вопросы сдачи и приема вступительных экзаменов.]
ÁI 7/87:645-648.

TÓTH István: Janus Pannonius és a jogtudományok. [Janus Pannonius and the legal sciences. Янус Паннониус и юридические

Bibliographia

науки.]

= Dolg. állam- és jogtud. köréből. 18. évf. 1987. 267-289.

Zsarnay Sándor. 1928-1987. [Nekrológ. Irta] Hajdu Lajos. [An
obituary. Некролог.]

JK 9/87:510.

Acta Juridica veröffentlicht Abhandlungen aus dem Bereich der Rechtswissenschaft in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache

Acta Juridica erscheint jährlich in einem Band aus vier Heften bei

AKADÉMIAI KIADÓ
Verlag der Ungarischen Akademie der Wissenschaften
H-1054 Budapest, Alkotmány utca 21

Manuskripte und Zuschriften an die Redaktion:

Acta Juridica
H-1250 Budapest, Postfach 25

Bezugsmöglichkeiten:

Bestellungen nehmen an

KULTURA Außenhandelsunternehmen
H-1389 Budapest, Postfach 149

und seine Vertretungen im Ausland

Acta Juridica публикует работы в области юридической науки на русском, английском, немецком и французском языках

Acta Juridica выходит четырьмя выпусками, составляющими один том в год

Журнал издается

Akadémiai Kiadó
Издательством Академии наук Венгрии
H-1054 Budapest, Alkotmány u. 21

Переписку для редакции следует направлять по адресу

Acta Juridica
H-1250 Budapest, Pf. 25

Заказы принимает предприятие по внешней торговле

KULTURA
H-1389 Budapest, Pf. 149.

и его заграничные представительства

Acta Juridica is abstracted / indexed in Abstracts on Criminology and Penology, Index to Foreign Legal Periodicals, Public Affairs Information Service

Periodicals of the Hungarian Academy of Sciences are obtainable
at the following addresses:

AUSTRALIA

C.B.D. LIBRARY AND SUBSCRIPTION SERVICE
Box 4886, G.P.O., *Sydney N.S.W. 2001*
COSMOS BOOKSHOP, 145 Ackland Street
St. Kilda (Melbourne), Victoria 3182

AUSTRIA

GLOBUS, Höchstädtplatz 3, *1206 Wien XX*

BELGIUM

OFFICE INTERNATIONAL DE LIBRAIRIE
30 Avenue Marnix, *1050 Bruxelles*
LIBRAIRIE DU MONDE ENTIER
162 rue du Midi, *1000 Bruxelles*

BULGARIA

HEMUS, Bulvar Ruszki 6, *Sofia*

CANADA

PANNONIA BOOKS, P.O. Box 1017
Postal Station "B", *Toronto, Ontario M5T 2T8*

CHINA

CNPICOR, Periodical Department, P.O. Box 50
Peking

CZECHOSLOVAKIA

MAD'ARSKÁ KULTURA, Národní třída 22
115 66 Praha
PNS DOVOZ TISKU, Vinohradská 46, *Praha 2*
PNS DOVOZ TLAČE, *Bratislava 2*

DENMARK

EJNAR MUNKSGAARD, Norregade 6
1165 Copenhagen K

FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

KUNST UND WISSEN ERICH BIEBER
Postfach 46, *7000 Stuttgart 1*

FINLAND

AKATEEMINEN KIRJAKAUPPA, P.O. Box 128 SF- 00101
Helsinki 10

FRANCE

DAWSON-FRANCE S. A., B. P. 40, *91121 Palaiseau*
EUROPERIODIQUES S. A., 31 Avenue de Versailles, *78170*
La Celle St. Cloud
OFFICE INTERNATIONAL DE DOCUMENTATION ET
LIBRAIRIE, 48 rue Gay-Lussac
75240 Paris Cedex 05

GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC

HAUS DER UNGARISCHEN KULTUR
Karl Liebknecht-Straße 9, *DDR-102 Berlin*
DEUTSCHE POST ZEITUNGSVERTRIEBSAMT Straße der
Pariser Kommune 3-4, *DDR-104 Berlin*

GREAT BRITAIN

BLACKWELL'S PERIODICALS DIVISION
Hythe Bridge Street, *Oxford OX1 2ET*
BUMPUS, HALDANE AND MAXWELL LTD.
Cowper Works, *Olney, Bucks MK46 4BN*
COLLET'S HOLDINGS LTD., Denington Estate *Wellingbo-*
rough, Northants NN8 2QT
WM. DAWSON AND SONS LTD., Cannon House *Folkstone,*
Kent CT19 5EE
H. K. LEWIS AND CO., 136 Gower Street
London WC1E 6BS

GREECE

KOSTARAKIS BROTHERS INTERNATIONAL
BOOKSELLERS, 2 Hippokratous Street, *Athens-143*

HOLLAND

MEULENHOF-F. BRUNA B. V., Beulingstraat 2,
Amsterdam
MARTINUS NIJHOFF B.V.
Lange Voorhout 9-11, *Den Haag*

SWETS SUBSCRIPTION SERVICE

347b Heereweg, *Lisse*

INDIA

ALLIED PUBLISHING PRIVATE LTD., 13/14
Asaf Ali Road, *New Delhi 110001*
150 B-6 Mount Road, *Madras 600002*
INTERNATIONAL BOOK HOUSE PVT. LTD.
Madame Cama Road, *Bombay 400039*
THE STATE TRADING CORPORATION OF INDIA LTD.,
Books Import Division, Chandralok 36 Janpath, *New Delhi*
110001

ITALY

INTERSCIENTIA, Via Mazzè 28, *10149 Torino*
LIBRERIA COMMISSIONARIA SANSONI, Via Lamarmora 45,
50121 Firenze
SANTO VANASIA, Via M. Macchi 58
20124 Milano
D. E. A., Via Lima 28, *00198 Roma*

JAPAN

KINOKUNIYA BOOK-STORE CO. LTD.
17-7 Shinjuku 3 chome, Shinjuku-ku, *Tokyo 160-91*
MARUZEN COMPANY LTD., Book Department, P.O. Box
5050 Tokyo International, *Tokyo 100-31*
NAUKA LTD. IMPORT DEPARTMENT
2-30-19 Minami Ikebukuro, *Toshima-ku, Tokyo 171*

KOREA

CHULPANMUL, *Phenjan*

NORWAY

TANUM-TIDSKRIFT-CENTRALEN A.S., Ke-1 Johansgatan
41-43, *1000 Oslo*

POLAND

WĘGIERSKI INSTYTUT KULTURY, Marszałkowska 80,
00-517 Warszawa
CKP-I W, ul. Towerowa 28, *00-958 Warszawa*

ROUMANIA

D. E. P., *Bucuresti*
ILEXIM, Calea Grivitei 64-66, *Bucuresti*

SOVIET UNION

SOJUZPECHAT — IMPORT, *Moscow*
and the post offices in each town
MEZHDUNARODNAYA KNIGA, *Moscow G-200*

SPAIN

DIAZ DE SANTOS, Lagasca 95, *Madrid 6*

SWEDEN

GUMPERTS UNIVERSITETSBOKHANDEL AB
Box 346, *401 25 Goteborg 1*

SWITZERLAND

KARGER LIBRI AG, Petersgraben 31, *4011 Basel*

USA

EBSCO SUBSCRIPTION SERVICES
P.O. Box 1943, *Birmingham, Alabama 35201*
F. W. FAXON COMPANY, INC.
15 Southwest Park, *Westwood Mass. 02090*
READ-MORE PUBLICATIONS, INC
140 Cedar Street, *New York, N. Y. 10006*

YUGOSLAVIA

JUGOSLOVENSKA KNJIGA, Terazije 27, *Beograd*
FORUM, Vojvode Mišića 1, *21000 Novi Sad*